# DER WELTBOLSCHEWISMUS

RT / DER WELTBOLSCHEWISMUS

# DER WELTBOLSCHEWISMUS

Ein internationales Gemeinschaftswerk
über die bolschewistische Wühlarbeit
und die Umsturzversuche der Komintern
in allen Ländern

Herausgegeben von der Anti-Komintern

In Verbindung mit den Sachkennern der ganzen Welt
bearbeitet von Dr. Adolf Ehrt





Mit 400 Bilddokumenten, Karten und Anschauungstafeln

Nibelungen-Verlag G.m.b.H., Berlin—Leipzig 1936

Der Vertrieb des Buches ist nicht öffentlich
In Deutschland erfolgt er durch den
Haus Lhotzky-Verlag G. m. b. H., Grünwald-München – Leipzig – Berlin


Druck und Einband: Bibliographisches Institut AG., Leipzig

# INHALTSVERZEICHNIS



## I. Die Komintern und die demokratisch-liberalen Staaten



## II. Die Komintern und die autoritären Staaten

## III. Die Komintern und die „unselbständigen“ Länder



## IV. Die Komintern und die Nachbarstaaten der Sowjetunion



## V. Die Komintern und die Völker der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)



### Abkürzungen

Agitprop = Agitation und Propaganda. Ekki = Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale. Komintern = Kommunistische Internationale. Mopr = Internationale Rote Hilfe. Profintern = Rote Gewerkschaftsinternationale. RSFSR = Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik. SDN = Völkerbund (Société des Nations). Z. K. = Zentralkomitee der Kommunistischen Partei.

# VORWORT

Der Augenblick der Herausgabe dieses Buches gibt die beste Begründung und Rechtfertigung für sein Erscheinen. Die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund, die weit fortgeschrittenen Paktverhandlungen Moskaus mit den Weltmächten, die unheilvollen Verwicklungen im Gefolge der italienischen Aktion in Ostafrika, der offene Krieg auf dem Territorium des alten China sind nur die wichtigsten Merkmale für die machtpolitische Aktivität der Sowjetunion, die ihre weltimperialistischen Absichten hinter einer fadenscheinigen diplomatischen Phraseologie nicht mehr zu verbergen vermag. Zu gleicher Zeit ist im Anschluß an den VII. Weltkongreß der Komintern die andere Heeressäule des Weltbolschewismus zum Angriff übergegangen. Zersetzende Einheitsfrontpropaganda in den Weststaaten, Aufstände und Revolutionen in Südamerika und Asien, Spionage und Verschwörung in allen anderen Ländern sind beredte Zeugnisse der neuen weltrevolutionären Offensive des Bolschewismus.

Die akute Gefährdung des Friedens der Welt einmal durch die Komintern, zum andern durch die Rote Armee als Offensivwaffe des militanten Bolschewismus ist um so größer, als der Bolschewismus seine weltimperialistischen und weltrevolutionären Ziele noch nie so raffiniert zu verschleiern und seine Methoden noch nie so geschickt an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen verstanden hat wie gegenwärtig.

Taub und blind scheint die Welt mit wenigen Ausnahmen diesem ernstesten Problem des 20. Jahrhunderts gegenüberzustehen. Voreingenommenheit, Vorurteil und Unwissenheit sind heute die stärksten Bundesgenossen des Bolschewismus.

Diesem Zustande ein Ende zu bereiten, ist die Aufgabe dieses Buches. Von nun an wird niemand mehr das Recht haben, sich auf Unkenntnis der Sachlage zu berufen, aber niemand wird es auch wagen können, die bolschewistische Gefahr als internationale politische Tatsache erster Ordnung zu bagatellisieren. Ein Urteil über diese brennendste Frage der Gegenwart wird jetzt nur noch demjenigen zustehen, der die Gesamtübersicht über die Bolschewisierung der Welt besitzt und über die internationalen Ausmaße und die Organisation des Weltbolschewismus Bescheid weiß. Die bolschewistische Gefahr für ein Land ist keineswegs identisch mit der bolschewistischen Gefahr in diesem Lande. Der Bolschewismus ist ein internationales Problem und ein politisches Problem. Er ist letzten Endes ein Problem der internationalen Politik.

Wenn es einen würdigen Gegenstand der sogenannten „kollektiven Sicherheit“ gibt, so ist es die kollektive Sicherung aller Kulturstaaten gegen den bolschewistischen Weltfeind. Wenn auf einem Gebiet engste internationale Zusammenarbeit nottut, so ist es die Zusammenarbeit in der Bekämpfung des modernen internationalen Verbrechertums unter politischer Maske, das sich Bolschewismus nennt und sich eine staatsähnliche Machtorganisation in Gestalt der UdSSR geschaffen hat. Es ist für die Zukunft der Völker und das Schicksal der Kultur zweifellos wichtig, nicht nur den Opiumhandel, den Mädchenhandel und die Falschmünzerei gemeinsam zu bekämpfen, sondern vor allem den Bolschewismus als die gewaltigste Organisation der Unterwelt, des Verrats, der Verschwörung und des Verbrechens im Weltmaßstabe.

Das vorliegende Buch darf für sich in Anspruch nehmen, den ersten Grundstein für eine zwischenvölkische Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Bolschewismus gelegt zu haben. Erste Fachkenner aus allen Ländern, Männer, denen nur das Wohl ihrer Nation und die Erkenntnis der Wahrheit am Herzen liegen, haben sich zusammengetan, um dieses Gemeinschaftswerk einer kämpferischen Forschung zustande zu bringen. Die Anti-Komintern ist stolz darauf, daß sie das Vertrauen dieser Männer besitzt; sie rechnet es sich als eine Ehre an, Kristallisationspunkt einer groß und aufrichtig gedachten internationalen Arbeit zu sein. Getreu ihrem Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen und in voller Übereinstimmung mit der Erkenntnis, daß der Kampf gegen den Bolschewismus in jedem Lande individuell, je nach der Lage der Dinge geführt werden muß, hat sie sich darauf beschränkt, auf möglichste Vollständigkeit des Gesamtbildes zu achten und einen streng objektiven Charakter der Beiträge zu fordern.

Als erstes Werk der antibolschewistischen Weltbewegung und erste Frucht der internationalen Zusammenarbeit auf diesem lebenswichtigen Gebiet ist das vorliegende Werk entstanden, das in Verbindung mit den Mitarbeitern und Freunden aus fast 50 Ländern von der Anti-Komintern heute der Weltöffentlichkeit vorgelegt wird.

Mögen die exakten und von dem Willen zur Wahrheit diktierten Erkenntnisse, unterstützt durch die zahlreichen unwiderlegbaren Bilddokumente allen denen die Augen öffnen, die auch heute noch glauben, am furchtbaren Ernst der welthistorischen Situation zweifeln zu können.

Es möge die Kameradschaft und hoffnungsvolle Zusammenarbeit aller positiven und friedenswilligen Kräfte der Welt durch dieses Werk einen entscheidenden Abschnitt vorwärts geführt werden; möge es allen denen neuen Mut und starke Zuversicht geben, die seit vielen Jahren in diesem Kampfe stehen und das Erscheinen dieses Buches als einen Sieg betrachten dürfen, an dem sie alle gleichermaßen beteiligt sind.

Ehrlicher und von Herzen kommender Dank sei allen denen ausgesprochen, die an diesem Gemeinschaftswerk mitgearbeitet haben. Allen Unbelehrbaren aber sei gesagt, daß die Schilderungen und Bilder dieses Buches, so erschütternd und unerhört sie auch wirken mögen – von der Wirklichkeit noch weit in den Schatten gestellt werden. Noch niemals in der Geschichte der Menschheit sind die Machtgelüste einer kleinen Clique mit soviel Zielstrebigkeit und Planmäßigkeit, so raffiniertem Betrug und so rücksichtsloser Brutalität verfolgt worden. Die Hekatomben von Opfern, die der Bolschewismus bis zum heutigen Tage bereits gefordert hat, sind nicht einer Idee, nicht einer Phantasie, nicht einem Irrtum, nicht einem „Experiment" dargebracht worden; sie sind gefallen, weil sie dem Weltmachtstreben politischer Berufsverbrecher im Wege standen. Möge dieses Werk dazu beitragen, daß diesem verbrecherischen Treiben durch gemeinsame Bemühung aller Nationen endlich ein Ende gesetzt wird.

Im Frühjahr 1936

Anti-Komintern
Berlin NW 40



1. Die Clique um Stalin. Von links nach rechts: Postyschew, Molotow, Tanew, Kuibyschew, Popow, Ordschonikidse, Dimitrow, Stalin, Woroschilow, Manuilskij, Kaganowitsch

# DIE KOMINTERN IN MOSKAU

von der
Anti-Komintern, Berlin

Die Geschichte der Kommunistischen Internationale, abgekürzt Komintern, beginnt mit ihrer Gründung in Moskau im Frühjahr 1919. Ihre Vorgeschichte in organisatorischer und geistesgeschichtlicher Hinsicht reicht dagegen weit in die zurückliegenden Jahrhunderte und könnte theoretisch bis in die ersten Anfänge der politischen Geschichte der Menschheit überhaupt zurückverfolgt werden. Sowohl der zynische Materialismus, den die offizielle Lehre der Komintern verkündet, wie der politische Satanismus, der sich letzten Endes hinter ihrer Ideologie verbirgt, sind keineswegs neuartige Erscheinungen des Zeitgeistes, sondern negative und zerstörende Elemente des menschlichen Geistes überhaupt.

Selbst beim Verzicht auf eine grundsätzliche und tiefergehende Betrachtung ihres Wesenskerns wird man jedoch den Ursprung der heutigen Komintern zum mindesten bis zum Beginn des XVIII. Jahrhunderts verfolgen müssen, dem Anfang des Zeitalters der Aufklärung und des Rationalismus, der zuerst in England und dann in Frankreich die nur scheinbar unpolitischen Gedankensysteme des Liberalismus, Atheismus und Internationalismus schuf. Die geheimbündlerischen Orden der Freimaurerei waren seine ersten organisatorischen Werke und die „Große Revolution" von 1789 seine erste politische Demonstration in welthistorischem Ausmaß. In unmittelbarem Zusammenhang damit stand damals und steht heute noch die Emanzipation des Judentums, eine historische Tatsache, die außerhalb Deutschlands heute leider noch nicht anerkannt wird.

Anhänger jener Geisteshaltung der Revolution von 1789, Verkünder des Liberalismus und Vertreter des emanzipierten Judentums waren die unmittelbaren Lehrer von Karl Marx (Levi-Mardochai), des unbestrittenen Begründers und Propheten der modernen kommunistischen Weltbewegung. Nicht die ersten Sozialisten romantischer oder idealistischer Prägung, wie St. Simon oder Robert Owen, sondern die Begründer der „klassischen“ Ökonomie des Kapitalismus, vor allem David Ricardo, gehören zu den Vorläufern des heutigen Kommunismus, der aus denselben weltanschaulichen Voraussetzungen des Individualismus zu den äußerlich entgegengesetzten Folgerungen des Kollektivismus gelangte. Der Mißbrauch des Begriffes Sozialismus durch den antisozialen Marxismus ist eines der am spätesten durchschauten Propagandamittel dieser Bewegung. Von Hegel übernahm Marx nur den Begriff der Dialektik, die er „umstülpte“ und zur Dienerin seiner ideologischen Konstruktionen erniedrigte.

Neben David Ricardo ist es vor allem der Vater des heutigen Zionismus, Moses Heß, der auf die Abfassung des berüchtigten „Kommunistischen Manifestes“ von Marx und Engels (1848) entscheidenden Einfluß ausübte, ja die beiden Verfasser überhaupt erst auf den Weg zum Kommunismus brachte.

1864 entsteht unter Führung von Marx die kurzlebige I. Internationale, die alsbald ein ruhmloses Ende findet. 1867 gibt Karl Marx den ersten Band seines „Kapital“ heraus, und vier Jahre darauf (18. März bis 28. Mai 1871) tritt der Kommunismus mit dem ersten bewaffneten Aufstand und der ersten Diktatur in Gestalt der Pariser Kommune auf die Bühne der Politik. Bis zum heutigen Tage wird die Blutherrschaft der Kommune in der Sowjetunion festlich begangen und so der traditionelle Zusammenhang mit ihr offiziell unterstrichen.

In seinem bekannten Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 schreibt Marx über die Kommunarden:

> „Wie dem auch sei, diese jetzige Erhebung von Paris, wenn auch unterliegend vor den Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden der alten Gesellschaft, ist die glorreichste Tat unserer Partei seit der Juniinsurrektion.“

Die Mitwirkung der Pariser Freimaurerlogen und prominenter Juden an diesem blutigen Zwischenspiel darf heute als feststehende, wenn auch noch zu wenig bekannte Tatsache betrachtet werden.

Nach einer kurzen Pause, die durch die Organisierung von „sozialistischen“ Parteien in verschiedenen Staaten ausgefüllt wird, entsteht 1889 in Paris die II. Sozialistische Internationale, deren Generalsekretariat von dem Sohn des Begründers der österreichischen Sozialdemokratie, dem Mörder des österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh (1916), Friedrich Adler geleitet wird. Sie hat ihren Sitz gegenwärtig in Brüssel; den Vorsitz führt der belgische Senator De Brouckère.

Die II. Internationale einschließlich der angeschlossenen gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen umfaßt nicht weniger als 40 Millionen Mitglieder und gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten Faktoren der internationalen Politik, da ihre Angehörigen in einer Reihe europäischer Staaten maßgebend an der Regierung beteiligt sind und sowohl im Völkerbund wie im Internationalen Arbeitsamt sehr starken Einfluß besitzen.

Ursprünglich von der III. Internationale heftig befehdet, hat die II. Internationale heute mit Moskau Frieden geschlossen und betreibt mit den Kommunisten die berüchtigte Politik der Einheitsfront auf innerpolitischem und außenpolitischem Gebiet. Unter dem Schlagwort des „Antifaschismus“ haben sich beide Internationalen in ihrem Kampf gegen Nation, Kultur und Religion gefunden.

Den unmittelbaren Anstoß zur Entstehung der III. Kommunistischen Internationale gab die Abspaltung des Leninschen Flügels auf dem 2. Parteitag der Sozialdemokraten Rußlands



im Spätsommer 1903 in London. Nach einem mehr als zehnjährigen, politisch bedeutungslosen Dasein in der Emigration bekam die Leningruppe während des Weltkrieges endlich die langersehnte Gelegenheit, eine in ihrem Sinne bedeutsame Rolle zu spielen. Auf den radikalmarxistischen und landesverräterischen Konferenzen in Bern und Zimmerwald (1915), in Kienthal (1916) und Stockholm (1917) wurde unter Führung von Lenin die bolschewistische Parole der Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg verkündet und die Theorie des bewaffneten Aufstandes entwickelt. Als „Vertreter“ der russischen, polnischen, deutschen u. a. „Arbeiterschaft“ waren anwesend: Axelrod, Sinowjew-Radomyslskij, Martow-Zederbaum, Lapinski-Löwenson, Karski, Hanetzcki-Fürstenberg, Radek-Sobelsohn, Bronski, Dombrowski, Warski, Bracke, Katzlerowitsch usw.

Im Frühjahr 1917 fuhr Lenin mit seinen Anhängern nach Rußland, wo es ihm Anfang November 1917 gelang, in einem blutigen Aufstand die Macht an sich zu reißen.

Noch während des Kampfes um die Erhaltung ihrer Macht in Rußland beriefen die Bolschewisten den Gründungskongreß der III. Kommunistischen Internationale nach Moskau ein (2.–19. März 1919). Die Teilnehmer stellten ein buntscheckiges Gemisch aus allen Völkerschaften Osteuropas und Asiens dar mit einem erheblichen Anteil an zersetzten ehemaligen Kriegsgefangenen. Dieser „Kongreß“ war kaum mehr als ein künstliches Forum, das der Bolschewistengruppe die Möglichkeit zur Verkündung ihrer Leitsätze, Programme und Manifestationen gab. Zum ersten Vorsitzenden der III. Internationale wurde Sinowjew-Radomyslskij gemacht, während die eigentliche Leitung natürlich in Lenins Händen blieb.

Ein Jahr nach ihrer Gründung trat die Kommunistische Internationale zu ihrem II. Weltkongreß zusammen. Im Sommer 1921 folgte der III. Kongreß, im November/Dezember 1922 der IV. und im Sommer 1924 der V. Weltkongreß.

Schon auf dem I. Weltkongreß ist mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß „das Proletariat direkte Zusammenstöße mit der bürgerlichen Staatsmaschine in offenem Kampf“ herbeiführen müsse, und daß Streiks und Aufstände „die einzigen Methoden des entscheidenden Kampfes zwischen Arbeit und Kapital“ seien. Der Schwerpunkt dieses Kampfes liege außerhalb der Parlamente, und deshalb müßten auch immune Abgeordnete illegale Arbeit leisten.

Auf dem II. Weltkongreß, dem Lenins programmatische Formulierungen vorlagen, ist dieser Faden weitergesponnen worden. „Die Welt“, so wurde beschlossen, „muß in revolutionäres Kochen gebracht werden, um jeden Preis, auf beliebige Art und Weise“. Und wieder war die Rede von der „Notwendigkeit der Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit“. Auch auf dem III. Weltkongreß ist dieser Grundsatz unterstrichen worden, mit der ausdrücklichen Hinzufügung, daß es für eine kommunistische Partei gar keine Zeit gebe, „in der die Parteiorganisation nicht politisch aktiv sein könnte“. Der IV. Weltkongreß bezeichnete den politischen Massenstreik als eines der wichtigsten Kettenglieder im kommunistischen Kampf. Der V. Kongreß formulierte die einzuschlagende Taktik mit den Worten: „Wo möglich – legal, wo nicht – illegal“. Er forderte die „Zerstörung des bürgerlichen Monopols auf Waffen und ihre Konzentrierung in den Händen des Proletariats“, ferner die Zersetzung in den Armeen. Weiter erklärte er, daß die nationalen Kriege und kolonialen Aufstände als ein Bestandteil der kommunistischen Weltrevolution zu betrachten seien, da sie die „Herrschaft des Imperialismus“ erschütterten.

Damit wurde ein Thema angeschnitten, das auf dem VI. Weltkongreß in aller Breite wieder aufgegriffen wurde, auf jenem Weltkongreß, dessen Protokolle zugleich das gesamte Programm der Kommunistischen Internationale enthalten. Auf diesem Kongreß, der vom Juli bis zum September 1928 dauerte, wurden alle Punkte des internationalen Marxismus besprochen und die Satzungen und das Programm der Kommunistischen Internationale angenommen.




2. Der VII. Weltkongreß der Komintern im Gewerkschaftshaus in Moskau, Juli/August 1935

So begann eine neue Periode, die Periode des „Stalinismus", deren erster Abschnitt bis zum VII. Weltkongreß im Juli/August 1935 andauerte. Sie wird gekennzeichnet durch einen fieberhaften Ausbau der Sowjetunion als der „Basis der Weltrevolution", mit ihrer Rüstungsindustrie und Roten Armee. Dem VII. Weltkongreß konnte Stalin bereits einen außerordentlich „geeigneten" Apparat für die Unterwerfung der Welt durch den Kommunismus vorführen. Neben den internationalen Propagandaapparat der Komintern war der militärische Gewaltapparat des Sowjetstaates getreten. Rote Weltrevolution und Roter Weltimperialismus demonstrierten gemeinsam unter einheitlicher Leitung.

In der offiziellen Theorie des Marxismus würde man vergeblich nach einer Begründung dieses rein machtpolitischen, um nicht zu sagen kriminellen Welteroberungszieles der Stalin-Clique suchen. Karl Marx selbst behauptete, daß sämtliche Erscheinungen des menschlichen und politischen Lebens auf materielle, genauer wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen seien. So gelangte er zu einem mechanistischen Fatalismus, aus dem Passivität statt Aktivismus, Resignation statt Fanatismus und ein Laissez-faire statt Planung und Organisierung zu folgern wären. Die Theorien des Mehrwertes, der Akkumulation des Kapitals und der materialistischen Geschichtsauffassung haben mit der bolchewistischen Praxis augenscheinlich nur wenig gemein. Dieser scheinbare Widerspruch zwischen dem marxistischen Automatismus und dem leninschen Aktivismus kann nur so erklärt werden, daß die angebliche Wissenschaftlichkeit von Karl Marx nur eine Täuschung gewesen ist. Die marxistische Theorie ist keineswegs als wissenschaftliches System anzusehen, sondern als eine politische Zweckideologie und propagandistische Waffe für die Zersetzung der Völker und die Eroberung der breiten Massen. Nicht „Befreiung des Proletariats" und „klassenlose Gesellschaft" ist das Ziel des Marxismus und Bolschewismus, sondern einzig und allein Eroberung der Macht, Aufrichtung einer totalen Diktatur, eines Monopols



der Ausbeutung im Weltmaßstabe zugunsten einer amoralischen, atheistischen und anationalen Clique.

Von Marx über Lenin bis Stalin tritt der machtpolitisch-demagogische Wesenskern des Marxismus immer deutlicher zutage. Wenn Marx nur nebenbei vom sogenannten „Hebammendienst" der proletarischen Diktatur spricht, so bezeichnet Lenin als seine Aufgabe schon ganz eindeutig die Ergreifung der Macht in Rußland und die revolutionäre Gewaltanwendung in der ganzen Welt, und Stalin baut mit Hilfe der Fünfjahrespläne einen ganz konkreten staatsähnlichen Machtapparat auf, mit dessen Hilfe er den Angriff auf die Welt, den bewaffneten Aufstand im Weltmaßstabe entfesseln zu können glaubt. Aus der Larve des „klassischen Marxismus" ist der Nachtfalter des revolutionären Imperialismus hervorgekrochen.

Der Marxismus hat heute in seiner bolschewistischen Prägung die Maske fallen gelassen und zeigt offen das Gesicht eines von Machthunger besessenen Nihilismus ohne irgendwelche Überzeugungen, Grundsätze oder andere als verbrecherische Ziele. Noch nie in der Geschichte der Menschheit ist die Dämonie der Macht so triumphierend aufgetreten wie im Bolschewismus, noch nie ist der Anspruch auf die Beherrschung der Welt so unverhüllt ausgesprochen worden, wie von der Komintern.

Das Programm der Kommunistischen Internationale übernimmt die Schlußworte des Kommunistischen Manifests:

> „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

In voller Übereinstimmung damit heißt es in der Einführung des Programms:

> „Als Erfüllung des historischen Erfordernisses nach einer internationalen Organisation der revolutionären Proletarier, der Totengräber des kapitalistischen Systems, ist die Kommunistische Internationale die einzige internationale Macht, deren Programm die Diktatur des Proletariats und der Kommunismus ist, und die offen als Organisation der internationalen proletarischen Revolution auftritt."

Als Endziel bezeichnet das Programm:

> „Das Endziel, das die Kommunistische Internationale anstrebt, ist die Ersetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch das Weltsystem des Kommunismus."

In seiner grundlegenden Rede zum Programm der Komintern sagte Bucharin am 9. August 1928 auf der 24. Sitzung des VI. Weltkongresses:

> „Jetzt ist bereits nicht mehr die Rede vom Kommunismus als von irgendeiner abstrakten Sache, nein, in unserer Zeit streben wir danach, wirklich die ganze Welt unter unseren Einfluß zu bringen und sie zu führen, sie unserem Endziele entgegenzuführen, und dieses Endziel erhebt sich in seinen Umrissen vor uns bereits in konkreter Form."

Dieses Ziel der unumschränkten Weltbeherrschung und Weltausbeutung, von dem Karl Marx nur zu träumen, aber nicht zu schreiben wagte, bildet heute den ausdrücklichen Inhalt der offiziellen Satzungen der Kommunistischen Internationale, so wie sie auf der 44. Sitzung des VI. Weltkongresses der Komintern am 29. August 1928 angenommen worden sind. Es heißt darin:

> „§ 1. Die Kommunistische Internationale – die internationale Arbeiterassoziation – ist die Vereinigung der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder zu einer

einheitlichen kommunistischen Weltpartei. Als Führer und Organisator der revolutionären Bewegung des Weltproletariats, als Träger der Prinzipien und der Ziele des Kommunismus kämpft die Kommunistische Internationale um die Mehrheit der Arbeiterklasse und der breiten Schichten der armen Bauern, für die Aufrichtung der Weltdiktatur des Proletariats, für die Errichtung einer Weltunion Sozialistischer Sowjetrepubliken, für die völlige Beseitigung der Klassen und für die Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft."

Dieser § 1 der Satzungen der Komintern ist nur eine Bestätigung und Durchführung eines Satzes von Lenin, den er am 6. März 1919 bei der Gründung der III. Internationale gebrauchte:

„Die Gründung der III. Kommunistischen Internationale ist nichts weiter als der erste Grad der internationalen Sowjetrepublik und des Sieges des Kommunismus in der ganzen Welt."

Die Kommunisten sind sich im Gegensatz zu den bürgerlichen Politikern völlig im klaren darüber, daß diese Zielsetzung eine offene Kampfansage auf Leben und Tod an die ganze übrige Welt darstellt.

„Unser Programm schleudert offen eine Kampfansage auf Leben und Tod gegen die ganze übrige Welt" („Prawda", 9. September 1928).



3. Der „Führer" und der „Steuermann" der Weltrevolution: Stalin und Dimitrow

Der VII. Weltkongreß im Herbst 1935 wiederholte die „Kampfansage auf Leben und Tod" mit einer womöglich noch fanatischeren Offenheit. Im Namen der 65 Sektionen der Komintern nahm der VII. Weltkongreß auf seiner Eröffnungssitzung eine Begrüßungsresolution an Stalin an, die u. a. folgende Sätze enthält:



„Im Namen der Millionenarmee der Kämpfer der proletarischen Weltrevolution, im Namen der Werktätigen aller Länder, wenden wir uns an Dich, Genosse Stalin, unseren Führer und treuen Fortsetzer des Werkes von Marx, Engels und Lenin, an Dich, der Du zusammen mit Lenin die Partei neuen Typs, die Partei der Bolschewiki geschmiedet hast ...

Der Siebente Weltkongreß der Kommunistischen Internationale versichert Dir, Genosse Stalin, im Namen der 65 kommunistischen Parteien, daß die Kommunisten immer und überall bis zum Ende dem großen unbesiegbaren Banner Marx', Engels', Lenins und Stalins die Treue bewahren werden. Unter diesem Banner wird der Kommunismus in der ganzen Welt triumphieren."

Es versteht sich von selbst, daß ein derartiges, wahnwitzig erscheinendes Ziel nur unter Anwendung aller Mittel der Täuschung und Lähmung des Gegners, der Zersetzung, der Lüge und des Betruges, der rücksichtslosesten Gewaltanwendung und des Massenterrors in Angriff genommen werden kann. Die Kommunistische Internationale ist sich darüber völlig im klaren und verkündet den Zynismus in der Methode ebenso unverhohlen wie die Brutalität in der Durchführung ihrer Absichten. Sie entwickelt in ihrem Programm, ihren Statuten und den Resolutionen ihrer Kongresse einen bis ins kleinste durchgearbeiteten Generalstabsplan der weltrevolutionären Offensive auf die noch nicht eroberten fünf Sechstel der Erdoberfläche. Alle kommunistischen Aktionen in allen Ländern sind Ergebnisse dieser berechnenden Planmäßigkeit und raffinierten Absichtlichkeit. Die allgemeinste Regel besteht darin, die jeweilige „konkrete Situation" des betreffenden Landes in jeder Beziehung auszunutzen und das Vorgehen ganz nach den Erfordernissen der Zweckmäßigkeit einzurichten. Es ergeben sich dabei folgende typische Fälle:

1. Die Arbeit in liberal-demokratischen Ländern mit der Möglichkeit einer „legalen" Ausbreitung der Agitation und Propaganda in jeder Form bis zu Demonstrationen und Streiks. Im Vordergrund steht, insbesondere seit dem VII. Weltkongreß, die Einheitsfronttaktik mit Massenagitation, kulturbolschewistischer Zersetzung, riesigen Organisationen, Mißbrauch des Parlaments, usw. usw.
2. Das Vorgehen in autoritären Staaten erfordert naturgemäß ganz andere Formen des Kampfes. Die Tätigkeit ist hier illegal, die Organisationen unterirdisch; Terror und Spionage sind bevorzugte „Arbeitszweige".
3. Während in den „kapitalistischen" Ländern vorwiegend Klassenkampfagitation mit dem sozialen Argument betrieben wird, geht die Bolschewisierung der unselbständigen, kolonialen und halbkolonialen Völker vor allem mit dem „antiimperialistischen" und „nationalrevolutionären" Vorzeichen vor sich. Die Kommunistische Internationale tritt unerwartet als Verfechterin der „nationalen Freiheit" der unterdrückten Völker auf.
4. In allen jenen Gebieten, die territorial an die Sowjetunion grenzen, dient die Agitation und Propaganda nur als Vorbereitung für das Eingreifen der bewaffneten Macht Moskaus. Die Rote Armee vollendet, was die Kominternagenten begannen.
5. Ist ein Volk durch Agitation, Propaganda und militärische Gewaltanwendung erobert worden, so wird es in der Form einer neuen Sowjetrepublik der UdSSR einverleibt und einem staatlich organisierten Massenterror unterworfen, der nun jedes Entrinnen, jede Befreiung von der Roten Diktatur unmöglich machen soll. In dieser Lage befinden sich alle Völker auf dem Sowjetterritorium.

Da es sich bei der kommunistischen Wühlarbeit um eine planmäßige und zentral geleitete Tätigkeit handelt, fällt es nicht schwer, ihre immer und überall wiederkehrenden Methoden festzustellen und so das System ans Tageslicht zu bringen, das jeder kommunistischen Aktivität in allen Ländern zugrunde liegt.

Abgesehen von der „Typisierung“ und „Konkretisierung“ der Maßnahmen je nach der Lage in einem Lande und abgesehen von der Anpassung an die Wünsche und die Mentalität der jeweils zu bearbeitenden Menschengruppe verfährt die Kommunistische Internationale fast durchweg schematisch und immer gleichförmig. Sie benutzt hauptsächlich folgende Arbeitsmittel: die Zersetzung oder Agitation, die Werbung oder Propaganda, die Bindung oder Organisation und schließlich den Terror in verschiedenen Graden bis zum bewaffneten Aufstand und zur militärischen Invasion[1]).

Am Anfang jeder Bolschewisierung steht die Zersetzung des Bestehenden, das Wegräumen der Institutionen, Personen und Ideen, die der Machteroberung durch den Kommunismus im Wege stehen. Es folgt daraus der ganze Komplex der Agitation gegen Religion und Glauben, gegen Sittlichkeit und Familie, gegen Tradition und Kultur, gegen Nationalbewußtsein und Staat, gegen Recht und Gesetz, gegen die Führer des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. „Kapitalismus“ ist nach kommunistischem Wortgebrauch der Sammelbegriff für den gesamten bisherigen Zustand, die Gegenwart überhaupt, „Faschismus“ ist der Ausdruck für alle organisierten Gegenkräfte, ganz ohne Rücksicht auf deren innere Unterschiede und Ziele. Der „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“, „Antinationalismus“, der „Kulturbolschewismus“, die „freie Liebe“, das „freie Denken“ und wie die Schlagworte der Roten Demagogie alle heißen, sie sind nichts anderes als Zweckbegriffe, Ausdrucksformen des bolschewistischen Vernichtungswillens gegenüber allem, was nicht bolschewistisch ist.

Die Seiten dieses Buches bieten eine ungeheure Anzahl von Beispielen für die Zersetzungsarbeit des Kommunismus. Besonders gefährlich ist natürlich die Zersetzungs- und Spionagetätigkeit in den Armeen und der Polizei der nichtkommunistischen Staaten, weil dadurch der wichtigste Widerstandsfaktor aus dem Wege geräumt werden soll. Allein in Deutschland mußten vom Juli 1931 bis Dezember 1932 111 Landesverratsverfahren gegen Kommunisten durchgeführt werden. Im Verlauf von nur vier Jahren wurden in Finnland 67 Rote Offiziere verhaftet und verurteilt. Im August 1934 standen in Philippopel 150 Angehörige der dortigen Garnison unter Anklage des Hochverrats; im März 1935 mußten 36 Urteile wegen kommunistischer Umtriebe gegen Angehörige der Hastowoer Garnison (Bulgarien) gefällt werden.

Die zweite Stufe der „Arbeit“ bildet die Werbung oder Propaganda, ein Mittelding zwischen Reklame und Verkündigung, eine Tätigkeit, die das Neue erstrebenswert und schmackhaft machen soll, die den Machtkampf ideologisch verbrämt und die kommunistische Illusion an die Stelle der nichtkommunistischen Wirklichkeit zu setzen hat. Propagiert werden die kommunistischen „Führer“, die kommunistische „Weltanschauung“ und schließlich das „verwirklichte Ideal“ des Kommunismus – die Sowjetunion. Die Propaganda knüpft immer an vorhandene Sehnsüchte, Triebe und Hoffnungen der Menschen an und verkündet laut, daß eben diese Wünsche und Triebe im künftigen Sowjetreich restlos erfüllt und befriedigt werden sollen. Ob es sich um die Lohnforderung des Arbeiters, den Freiheitsdrang des Nationalisten oder die perverse Neigung des Sadisten handelt, den Wunsch nach Abtreibungsfreiheit oder die Sehnsucht nach dem ewigen Frieden – dies alles wird versprochen und zugesagt. Alle Unzufriedenen und Zersetzten werden in die „Rote Einheitsfront“ der Verführten, Belogenen und Mißbrauchten eingereiht.

Neben Marx, Lenin, Stalin und deren Ideologie ist naturgemäß die Sowjetunion Hauptgegenstand der kommunistischen Propaganda. Agitation gegen die „Hölle“ des Kapitalismus und Propaganda für das „Paradies“ des Bolschewismus greifen eng ineinander.

[1]) Ausführlich dargestellt bei Dr. Adolf Ehrt und Dr. Julius Schweikert: „Entfesselung der Unterwelt“, 2. Aufl., Nibelungen-Verlag, Berlin-Leipzig, 1933; Theodor Adamheit: „Rote Armee — Rote Weltrevolution — Roter Imperialismus“, Nibelungen-Verlag 1935; Dr. Alfred Norman: „Bolschewistische Weltmachtpolitik“, Gotthelf-Verlag, Bern 1935.












Beispiele kommunistischer Zersetzungsarbeit:

4. Prospekt eines sexualbolschewistischen Werkes von Magnus Hirschfeld.

5. Bolschewistische Gottlosigkeit: Titelbild der Moskauer Zeitschrift „Krokodil“ Nr. 30/24. Die hochschwangere Mutter Gottes sieht den Maueranschlag eines Moskauer Kinos mit folgendem Text: „Kino-Theater. Ab 2. Dezember der erste wissenschaftlich künstlerische Film – sowjeteigener Fabrikation – in der UdSSR „Abort“. Die Unterschrift zu diesem Bilde lautet: „Ach, weshalb habe ich das nicht früher gewußt“.

6. Bolschewistisches Kinderspiel für rote Kinderklubs.




7. Die berüchtigten „Freunde der Sowjetunion" in allen Ländern am Werk



Versklavung und Freiheit, Krise und Aufbau, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsaufschwung, Kinderausbeutung und Kinderglück, Barbarei und Kultur, Wohnungselend und Wohnungsluxus, Kriegsbedrohung und Friedenspolitik, – das sind die immer wiederkehrenden Motive der Sowjetagitprop.




8. Propagandistische Ausstellung des Lenin-Instituts in Moskau

Massenagitation und Massenpropaganda bilden den Hauptinhalt der sogenannten Einheitsfronttaktik, die zuletzt auf dem VII. Weltkongreß der Komintern im Spätsommer 1935 zum wichtigsten Arbeitszweig der Komintern erklärt wurde. Zweck der Einheitsfronttaktik ist, unter Hintanstellung des letzten Zieles und Voranstellung von Zwischenzielen und Tagesparolen möglichst breite Massen ahnungsloser Menschen unter kommunistische Führung zu stellen und sie so als Werkzeuge des bolschewistischen Umsturzes zu mißbrauchen. Auf dem Argument der „Humanität" baut sich die Internationale Arbeiterhilfe auf, auf der Lohnforderung die gewerkschaftliche Einheitsfront, auf dem Schlagwort des „freien künstlerischen Schaffens" der Kulturbolschewismus mit seinen zahllosen Nebenorganisationen usw. Die Erfolge der innerpolitischen Einheitsfronttaktik in verschiedenen Ländern, so z. B. in Frankreich, werden in ihrer Bedeutung jedoch noch weit übertroffen von der genau so gearteten und genau so heuchlerischen Einheitsfronttaktik Litwinows auf dem Gebiet der Außenpolitik, wobei das verlogene Schlagwort von der „Friedenspolitik" der Sowjets die Grundlage der Einheitsfront abzugeben hat.

Gegenwärtig steht im Vordergrund der Einheitsfronttaktik vor allem die demagogische Erfindung Willy Münzenbergs, der „Antifaschismus". Wie verlogen und mit welch ausgesprochen böser Absicht die Einheitsfrontpolitik von Moskau inszeniert wird, geht u. a. aus der Rede des jetzigen Generalsekretärs der Komintern, Dimitrow, hervor. Nachdem er die Forderung nach „Einheitsfrontregierungen" in einer Reihe von Ländern aufgestellt hatte, fuhr er wörtlich fort:




9. Propagandaplakate für ein „Rotes Pioniertreffen" in Moskau

„. . . Aber wir sagen den Massen offen: eine endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeutenden zu stürzen, und kann deshalb auch die Gefahr der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig beseitigen. Es ist also unvermeidlich, sich für die sozialistische Revolution zu bewaffnen. Die Rettung wird nur . . . die Sowjetherrschaft bringen!

. . . Drittens (ist diese Einigung nur möglich) unter der Bedingung der Anerkennung der Unerläßlichkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Form der Sowjetherrschaft." („Prawda" vom 6. August 1935, Nr. 215, Fettdruck im Original.)

In seinem Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des EKKI sprach Wilhelm Pieck den eigentlichen Hintergedanken der Einheitsfronttaktik nicht minder deutlich aus, indem er sagte:

„Vor ihr (der Kommunistischen Partei Frankreichs) steht die Aufgabe: die Einheitsfront aller Schaffenden gegen die Angriffe von Faschismus und Krieg, für die täglichen Bedürfnisse der Arbeitermassen zu befestigen, die weiteren Attacken des Faschismus zurückzuschlagen und über den Kampf gegen den Faschismus die Massen in den Kampf für die Sowjetherrschaft zu ziehen."

„Antifaschismus" ist also nur das Tor, durch das die Volksmassen auf die Kampfbahn des Bolschewismus geleitet werden. „Antifaschismus" heißt im Moskauer Sprachgebrauch Probolschewismus.

Einen anderen Akzent bekommt die Einheitsfronttaktik der Komintern unter den unselbständigen Völkern. Bereits der VI. Weltkongreß vom Jahre 1928 hatte es als eine Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien und deren Taktik bezeichnet, in den kolonialen und halbkolonialen Ländern ein Bündnis mit den nationalen und bürgerlichen Bewegungen gegen die ausländischen „Imperialisten" einzugehen. Der seinem Wesen und seiner Lehre nach internationalistische Kommunismus tritt hier als „Nationalbolschewismus" auf — mit dem Ziel, die bolschewisierten Länder zu sowjetisieren und sie schließlich der Sowjetunion anzuschließen. Das Schicksal der Außenmongolei ist hier ebenso lehrreich wie die Geschichte der Roten Revolution in China.

Auch auf diesem Abschnitt erreichte Dimitrow auf dem VII. Weltkongreß den Gipfel der demagogischen Dialektik. Er sagte u. a.:

„. . . Die proletarische Internationale muß sich, sozusagen, in jedem Lande akklimatisieren, um tiefe Wurzeln in die Heimaterde zu treiben. Die nationalen Formen des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung einzelner Länder widersprechen dem proletarischen Internationalismus nicht, im Gegenteil, eben in diesen Formen kann man mit Erfolg auch die internationalen Interessen des Proletariats verteidigen."

Ganz in diesem Sinne sprach sich auf demselben Kongreß der chinesische Kommunist Wan-Min aus:

„. . . Unter den jetzigen internationalen Bedingungen des Klassenkampfes ist es für uns unerläßlich, koste es was es wolle, eine tatsächliche kämpferische, revolutionäre Welteinheitsfront des Proletariats der kapitalistischen Länder mit den unterdrückten Völkern der ganzen Kolonialwelt zum Kampf gegen die konterrevolutionäre Welteinheitsfront des Imperialismus mit seiner Agentur zu erreichen.

Hierfür haben wir alle grundlegenden Voraussetzungen, wir haben einen gemeinsamen Feind — den Kapitalismus, wir haben einheitliche Programme und Kampfziele für den Sozialismus, wir haben die Strategie und Taktik der Weltrevolution, wir haben die einige

Festung des revolutionären Kampfes — die UdSSR, wir haben eine einheitliche Weltpartei — die Kommunistische Internationale, und wir haben einen Leiter und Führer — den großen Stalin."

Die manchmal fast unbegreifliche Offenheit der Moskauer Weltbrandstifter macht es im Grunde genommen unnötig, die Einheitsfronttaktik zu demaskieren. Niemand anders als Dimitrow selbst hat die klassische Formulierung gefunden, um die Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit dieser seiner eigenen Taktik zu kennzeichnen.



10. Dimitrow auf dem VII. Weltkongreß der Komintern

In seinem Bericht über „Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeitermassen gegen den Faschismus" sagte er wörtlich:

„Genossen, ihr erinnert euch der alten Sage von der Einnahme Trojas. Troja hatte sich vor dem angreifenden Heer durch unbezwingbare Mauern geschützt. Und das angreifende Heer, das nicht wenig Verluste erlitten hatte, konnte den Sieg nicht erringen, bis es ihm gelang, mit Hilfe des trojanischen Pferdes in das Innere, in das Herz des Feindes einzudringen."

So ist denn nach eigener Aussage des „kompetentesten" Sachkenners die Taktik der Einheitsfront nichts anderes als die Taktik des „trojanischen Pferdes", ein echt bolschewistischer Betrug, mit dessen Hilfe man „in das Herz des Feindes" einzudringen versucht, um den Feind zu töten.

Der Kampf mit dieser Art „geistiger" Waffen, mit den Waffen der Lüge, der Heuchelei und Verleumdung, der Provokation, Denunziation und Spionage kann allein nach kommunistischer Auffassung noch nicht genügen, um den Widerstand des Gegners zu brechen. Trotz aller Verführung und Täuschung stellen sich ihm die gesunden Kräfte des Volkes, der



Kultur und des Charakters immer wieder entgegen. So greift der Bolschewismus bedenkenlos zur letzten Waffe, zur Waffe des Terrors. Er gebraucht den Terror sowohl als Individualterror, wie auch als Massenterror, als bewaffneten Aufstand, Bürgerkrieg, Invasion und Tschekaherrschaft.

Während der Massenterror in allen seinen Erscheinungsformen offizieller Inhalt des kommunistischen Programms, der Strategie und Taktik der Komintern geworden ist, versucht es der Kommunismus bis zum heutigen Tage zu leugnen, daß er auch den Individualterror anwende und sogar theoretisch anerkenne. Es sei daher auf die Stellungnahme Lenins selbst zur Frage des Individualterrors hingewiesen[1]).

„Jeder, der sich die Mühe nimmt, die Resolution des Vereinigungs-Parteitages ‚Über die Partisanenaktionen' aufmerksam durchzulesen, wird leicht erkennen, daß unsere Partei eine Form von Partisanenaktionen ablehnt, eine andere anerkennt und eine dritte anempfiehlt ...

Die Parteiresolution erkennt ferner Partisanenaktionen ohne Expropriation von Eigentum an, d. h. erkennt den ‚Terror' an, erkennt Partisanenaktionen an, die die Tötung des Gegners zum Ziel haben. Diese Anerkennung ist unzweideutig gleich in den ersten Worten des Schlußteiles der Resolution enthalten:

‚Schließlich empfiehlt der Parteitag der Partei geradezu eine Form von Partisanenaktionen und beschließt ohne Vorbehalte und Einschränkungen: Waffen und Kampfmunition, die der Regierung gehören, sind zu beschlagnahmen, wo immer sich nur eine Möglichkeit bietet.'

Z. B.: Die Schutzleute haben Waffen, die der Regierung gehören: ‚Es bietet sich eine Möglichkeit' ...

Wir raten sämtlichen zahlreichen Kampfgruppen unserer Partei, mit ihrer Untätigkeit aufzuhören und eine Reihe von Partisanenaktionen zu unternehmen, ganz im Einklang mit den Parteitagbeschlüssen, d. h. ohne irgendeine Expropriation von Privateigentum, mit möglichst geringer ‚Verletzung der persönlichen Sicherheit' friedlicher Bürger und mit größtmöglicher Verletzung der persönlichen Sicherheit von Spionen, aktiven Schwarzhundertern, höheren Offizieren der Polizei, des Heeres, der Flotte und so weiter, und dergleichen mehr. ‚Waffen aber und Kampfmunition, die der Regierung gehören, sind zu beschlagnahmen, wo immer sich eine Möglichkeit bietet.'"

Diese Richtlinien des „Meisters" haben die Kommunisten immer und überall getreulich befolgt.

Von Vorläufern des Bolschewismus wurden u. a. ermordet: am 16. August 1878 Gendarmeriechef von Petersburg Mesenzew, am 13. März 1881 Kaiser Alexander II. von Rußland, am 26. Juli 1904 Minister Plewe, am 17. Februar 1905 Großfürst Sergius.

Von den Bolschewisten wurden u. a. ermordet: in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1918 in Jekaterinburg Zar Nikolaus II. nebst Zarin, dem jugendlichen Thronfolger, vier Töchtern, dem Hausarzt Botkin und einer Dienerin. Der Mord wurde von den Juden Jakob Moses Swerdlow und Chaim Goloschtschekin (deutsche Bedeutung: Nacktbacke) organisiert und von dem Juden Jakob Jurowskij in einem Keller ausgeführt. Einen Tag später wurden in Alapajewsk (Gouvernement Perm) fünf weitere Angehörige des Zarenhauses ermordet. Zu Ehren des Zarenmörders wurde die Stadt Jekaterinburg in „Swerdlowsk" umbenannt.

Am 15. April 1925 wurde in Sofia auf offener Straße der bulgarische General Georgiew im Auftrage des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens erschossen.

[1]) „Proletarij" Nr. 1 vom 3. September 1906. Lenins Werke, deutsche Ausgabe, Bd. X: „Am Ausgang der ersten russischen Revolution", S. 263—265, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1930. „Partisanenaktionen" hießen damals die individuellen Terrorakte gegen Polizeibeamte, staatliche Würdenträger, öffentliche Gebäude usw.

Am 14. Januar 1930 wurde Horst Wessel in seiner Wohnung durch die halbgeöffnete Tür von dem Kommunisten Albrecht Höhler, genannt „Ali“, unter Beteiligung von Else Kohn und Sally Eppstein erschossen.

Der Verkehrsminister Kark wurde beim kommunistischen Putschversuch in Reval am 1. Dezember 1924 erschossen.

Auf den chinesischen Ministerpräsidenten Wang-Sching-Wei wurde am 1. November 1935 in Schanghai ein Revolveranschlag verübt.

Ein ständig geübter und in seiner feigen Grausamkeit unüberbietbarer Terrorakt sind die Geiselmorde, die immer dort verübt werden, wo der Bolschewismus vorübergehend zur Macht gelangt. Als Beispiele seien genannt: die Ermordung von 10 Geiseln in München am 10. April 1919; die Ermordung aller kranken und schwachen Geiseln durch die Bolschewisten auf ihrem Rückzug von Mitau nach Riga und von weiteren 50 Geiseln in Riga selbst; die bestialischen Geiselmorde Bela Kuns in Budapest.

Die Zahlen des bolschewistischen Massenterrors in der ganzen Welt übersteigen jede Vorstellung.

In Riga 264 Ermordete.
In Sofia 210 Ermordete und 600 Verwundete.
In Ungarn 570 Ermordete.
In Deutschland 416 Ermordete und mehr als 22000 Verletzte und Verwundete.
In Frankreich (1924—1935) 32 Ermordete und 4746 Verletzte.
In Spanien 1335 Tote und fast 3000 Verletzte und Verwundete.
In Georgien 7000 Ermordete.
In der Krim etwa 70000 Ermordete.
In China rund 1000000 Todesopfer.
In der Sowjetunion rund 2000000 Ermordete und 5,2 Millionen Verhungerte in den Jahren 1917/22, sowie rund 6000000 Verhungerte 1932/33.

Zu dieser furchtbaren Liste des Todes und der Vernichtung kommen noch hinzu: Hunderttausende der von den Bolschewisten getöteten Freiheitskämpfer Finnlands, Ostkareliens, des Baltikums, Polens, Weißrußlands, der Ukraine, des Kaukasus, Idel-Urals und Mittelasiens; ferner die unbekannte, in viele Millionen gehende Zahl der seit 1922 von der Tscheka und GPU hingemordeten, in der Verbannung und bei der Zwangsarbeit umgekommenen Opfer der Sowjetdiktatur; ferner die vielen einsamen Kämpfer gegen den Bolschewismus auf dem ganzen Erdball.

Die Verluste des Weltkrieges werden von den Mordziffern des Bolschewismus weit in den Schatten gestellt.

Der Terror als System richtet sich natürlich nicht nur gegen Personen, sondern ebenso auch gegen Sachen und Institutionen. Raub, Brandstiftung und alle denkbaren Formen der Gewaltanwendung werden grundsätzlich anerkannt und praktisch ausgeübt. Bei den Gewalttaten der Bolschewisten in Rußland, den Raubzügen und Plünderungen Bela Kuns in Ungarn, den Bankeinbrüchen in Spanien, den Unterschlagungen in Bulgarien, den organisierten Plünderungskolonnen in Berlin ist immer derselbe kommunistische Terrorismus am Werk. Die Sprengungen und Brandlegungen öffentlicher Gebäude in Petersburg, Sofia, Wien, Berlin, New York und Spanien sind weitere Beispiele des programmatischen bolschewistischen Terrors.

Das offizielle Programm der Kommunistischen Internationale gibt in lapidarer Kürze die Anweisungen für den rechten Augenblick und die Entfaltung des Terrors bis zum bewaffneten Aufstand.

„. . . Wenn die herrschenden Klassen desorganisiert, die Massen im Zustande revolutionärer Gärung sind, wenn die Mittelschichten dem Proletariat zuneigen und die Massen



sich kampf- und opferbereit erweisen, hat die proletarische Partei die Aufgabe, die Massen zum Frontalangriff gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Erreicht wird dies durch die Propagierung stufenweise gesteigerter Übergangslosungen (Arbeiterräte, Arbeiterkontrolle der Produktion, Bauernkomitees zur gewaltsamen Aneignung des grundherrlichen Bodens, Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats usw.) und durch die Organisierung von Massenaktionen.

Solche Massenaktionen sind: Streiks, Streiks in Verbindung mit Demonstrationen, Streiks in Verbindung mit bewaffneten Demonstrationen und schließlich der Generalstreik, vereint mit dem bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie. Diese höchste Form des Kampfes folgt den Regeln der Kriegskunst, setzt einen Feldzugsplan, einen offensiven Charakter der Kampfhandlungen, unbegrenzte Hingabe und Heldenmut des Proletariats voraus.“

Die letzten beiden Jahrzehnte haben in Europa und Amerika die praktische Anwendung dieser Roten Strategie aller Welt in zahllosen Fällen vor Augen geführt. Tausende von Streiks und Demonstrationen fanden in USA, England, Frankreich, Deutschland, Polen usw. statt. Eine große Anzahl von Generalstreiks (z. B. 1926 in England, 1925 und 1934 in Frankreich, 1934 in Österreich und Spanien) bildeten mehrfach die Einleitung zum bewaffneten Aufstand (Österreich und Spanien). Insgesamt wurden von den Kommunisten in diesem Zeitraum 17, zum Teil erfolgreiche, großangelegte bewaffnete Aufstände in allen Teilen der Welt unternommen, die alle ungeheure Blutopfer forderten.

Wie aus der Theorie und Praxis des Bolschewismus hervorgeht, ist der bewaffnete Aufstand Sinn und Ziel aller vorausgegangenen kommunistischen Aktionen, er ist deren letztes Glied und deren Vollendung. Er ist nach kommunistischer Auffassung „das letzte entscheidende Gefecht“ zur Vernichtung der Gegenkräfte.

„. . . Der bewaffnete Aufstand fällt nicht vom Himmel, er ist kein von dem übrigen Klassenkampf isolierter Akt, sondern die schärfste Form, die höchste Stufe eines sich verschärfenden und steigernden Klassenkampfes. Er ist nur ein besonderes Glied in der Kette der Kämpfe, die sich bis zum allgemeinen bewaffneten Kampf zugespitzt haben. Er wird durch die verschiedenen Teilkämpfe und Vorkämpfe nicht gestört, sondern vorbereitet . . .“[1])

Der Morgen nach dem bewaffneten Aufstand sieht entweder den Bolschewismus vernichtet oder den Staat in Trümmer geschlagen. Was dann folgt, ist die „Aufräumungsarbeit“ des Bürgerkrieges und die „Säuberungsaktion“ der Tscheka. Dies dauert solange, bis alle Gegner der kommunistischen Diktatur physisch vernichtet und ausgerottet sind. In Osteuropa hat die Periode des Bürgerkrieges mehr als vier Jahre, die des Tschekaterrors nunmehr schon siebzehn Jahre gedauert. In China wütet der Bürgerkrieg bereits seit einem Jahrzehnt. Je gesünder ein Volk, je höher seine Kultur, je entwickelter seine Wirtschaft, je stärker seine geistigen und seelischen Kräfte, desto brutaler, blutiger und länger muß sich der Bürgerkrieg hinziehen.

So schreitet der Kommunismus über Einzelmord, Massenmord, Aufstand und Bürgerkrieg zu seinem ersehnten Ziel, der absoluten Diktatur. Zu Unrecht bezeichnet er als „Diktatur des Proletariats“, was in Wirklichkeit eine Diktatur der Parteioligarchie ist. Bemerkenswerterweise wird dies von Stalin selbst zugegeben. In seiner Abhandlung „Zu den Fragen des Leninismus“ (Staatsverlag, Moskau 1926, Seite 23ff.) schreibt er:

„. . . Als höchste Ausdrucksform der führenden Rolle der Partei – z. B. bei uns, in der Sowjetunion, im Lande der Diktatur des Proletariats – muß man die Tatsache anerkennen, daß nicht eine wichtige politische oder Organisationsfrage bei uns von unseren

[1]) „Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstandes“.

Sowjetorganisationen oder den anderen Massenorganisationen ohne die führenden Anweisungen der Partei gelöst wird. In diesem Sinne könnte man sagen, daß die Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit die „Diktatur“ seiner Avantgarde, die „Diktatur“ seiner Partei, als der grundlegenden führenden Kraft des Proletariats, ist . . .“

Nach Absicht, Plan und Durchführung soll diese Diktatur für immer und unabwendbar die Völker in ihre Ketten schlagen. Nicht irgendeine chimärenhafte „klassenlose Gesellschaft“, sondern eben diese unumschränkte, grausame, ideenlose und alles Leben vernichtende Diktatur ist das letzte Ziel des Bolschewismus in der ganzen Welt. Am Ende steht das „Weltsystem des Kommunismus“, „die Weltdiktatur“, „die UdSSR im Weltmaßstabe“ so sagt das Programm der Kommunistischen Internationale selbst.

In diesem letzten Stadium würde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken das Gebiet beherrschen, das die Kommunistische Internationale heute mit ihren Sektionen überzieht – den ganzen Erdball. An die Seite der „einheitlichen kommunistischen Weltpartei“ (§ 1 der Satzung der Komintern) würde der einheitliche kommunistische Weltstaat treten und so die heutige „Zusammenarbeit“ zwischen der UdSSR und der Komintern vollenden.

Bis dahin besteht die Kommunistische Internationale, laut ihren Statuten, aus Ländersektionen, die ausnahmslos und bedingungslos der Moskauer Zentrale zu Gehorsam verpflichtet sind (§ 5 der Satzungen). Dies gilt auch für die einzelnen Mitglieder der kommunistischen Parteien (§ 3), die auf diese Weise aus Bürgern ihres Staates zu Untertanen einer fremden, feindlichen Macht werden.

Formell bildet der Weltkongreß das höchste Organ der Kommunistischen Internationale (§ 8). Da er jedoch nur selten, und zwar für kurze Zeit, zusammentritt, geht seine ganze Machtvollkommenheit auf das EKKI (Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale) über, das völlig unbeschränkt herrscht, und z. B. ganze Ländersektionen aus der Komintern ausschließen kann (§ 15) und deren Programm bestimmt (§ 16). Die Zentralkomitees sämtlicher kommunistischer Parteien sind dem EKKI restlos unterstellt (§ 13).

Über dem EKKI steht das Präsidium und dessen Sekretariat, die praktisch die eigentliche Spitze der Komintern bilden und ausdrücklich die ganze Machtvollkommenheit des EKKI besitzen (§ 20, 21 und 22). Die wichtigste und entscheidende Person im Aufbau der Kommunistischen Internationale ist deren Generalsekretär (zur Zeit Dimitrow).

Der oligarchische Aufbau der Komintern, der von den Satzungen selbst schamhaft als „demokratischer Zentralismus“ bezeichnet wird (§ 5), setzt sich in den Ländersektionen weiter fort bis hinab in die letzte Organisationseinheit der Zelle, die von ihrem Sekretär ebenso diktatorisch beherrscht wird, wie die Komintern vom Generalsekretär.

Die Bestimmungen über die Mitgliedschaft gehen auf eine alte Formulierung Lenins zurück und lauten:

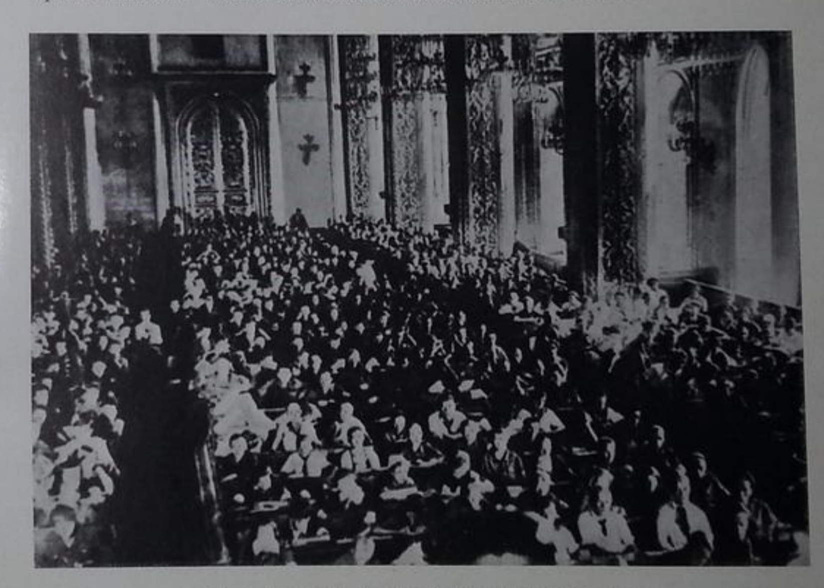
> „Mitglied der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale kann jeder sein, der das Programm und die Statuten der entsprechenden Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale anerkennt, Mitglied einer Parteigrundorganisation (Zelle) ist und aktiv in ihr arbeitet, sich allen Bestimmungen der Partei und der Kommunistischen Internationale unterwirft und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge zahlt.“

In der Kommunistischen Internationale sind sämtliche politischen kommunistischen Parteien zusammengeschlossen. Entsprechend der weit verzweigten Zersetzungsarbeit des Bolschewismus, insbesondere seiner Einheitsfronttaktik, entsteht jedoch um die politische Kernorganisation in der Zentrale, ebenso wie in den einzelnen Ländern, ein ganzes System von Nebeninternationalen und Nebenorganisationen, die letzten Endes alle dem EKKI



unterstehen, bzw. in jedem Lande dem ZK der Partei. Diese Nebenorganisationen kehren in allen Ländern mit denselben oder ähnlichen Namen immer wieder und stellen nichts anderes dar als Werkzeuge Moskaus zur Bolschewisierung der Welt. Die wichtigsten darunter sind:

1. Kommunistische Jugendinternationale
2. Rote Gewerkschaftsinternationale
3. Internationale Kommunistische Organisation der Kriegsteilnehmer (Rot-Frontkämpfer-Bund usw.)
4. Rote Sportinternationale
5. Rote Bauerninternationale
6. Rote Fraueninternationale
7. Rote Kinderinternationale
8. Rote Lehrerinternationale
9. Internationale Rote Hilfe (MOPR)
10. Internationale Arbeiterhilfe (Meschrobpom)
11. Internationale Liga gegen den Imperialismus
12. Internationale Proletarische Freidenker
13. Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion
14. Internationaler Verband Revolutionärer Schriftsteller und Künstler.



11. Der 1. kommunistische „Weltkinderkongreß“ im Kreml, 1929

Die Aufzählung ist nicht erschöpfend, da je nach den Erfordernissen des Augenblicks neue „Internationalen“ aus dem Boden gestampft werden, andere dagegen wieder in den Hintergrund treten. Aus der neuesten Gegenwart seien angeführt die „Internationale Liga gegen Krieg und Faschismus“, das neue „Welthilfskomitee für die Opfer des Faschismus“, das

# DER ORGANISATORISCHE AUFBAU DES WELTBOLSCHEWISMUS

## STAAT

„In der Gesamtkraft der III. Internationale kommt der Sowjetföderation eine ungeheure Bedeutung zu. Arbeiter und Bauern der Sowjetrepublik bilden einen riesigen Bestandteil der Komintern." Kalinin auf d. Allruß. Z.E.K. 1922.

Das oberste Machtorgan der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist der Unions-Rätekongreß, und in den Zeitabschnitten zwischen den Unions-Rätekongressen – das Zentrale Exekutivkomitee der U.d.S.S.R., das aus dem Nationalitätenrat und dem Unionsrat besteht. (§ 8 d. Konstitution.)

Der Unions-Rätekongreß der U.d.S.S.R. setzt sich zusammen aus Vertretern der Stadtsowjets und der Sowjets der städtischen Siedlungen im Verhältnis von einem Deputierten auf 25.000 Wähler und aus Vertretern der Gouvernements- und Bezirksrätekongresse im Verhältnis von einem Deputierten auf 125.000 Einwohner. (§ 9.)

Die ordentlichen Unions-Rätekongresse der U.d.S.S.R. werden einmal in 2 Jahren vom Zentralexekutivkomitee der U.d.S.S.R. einberufen. (§ 10.)

Das Zentralexekutivkomitee der U.d.S.S.R. erläßt Kodexe, Dekrete, Bestimmungen und Verfügungen, vereinigt in sich die Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit der U.d.S.S.R. und bestimmt die Kompetenzen des Präsidiums des Z.E.K. und des Obersten Volkswirtschaftsrates der U.d.S.S.R. (§ 17.)

Das Präsidium des Z.E.K. der U.d.S.S.R. ist in den Perioden zwischen den Sitzungen des Z.E.K. das höchste gesetzgeberische, vollziehende und administrative Machtorgan der U.d.S.S.R. (§ 29.)

Der Rat der Volkskommissare der U.d.S.S.R. ist das vollziehende und administrative Organ des Z.E.K. der U.d.S.S.R. (§ 37.)

Die ordentlichen Sitzungen des Z.E.K. der U.d.S.S.R. werden vom Präsidium des Z.E.K. dreimal im Jahre einberufen. (§ 24.)

Das Z.E.K. der U.d.S.S.R. ist dem Unions-Rätekongreß der U.d.S.S.R. verantwortlich. (§ 28.)

Bei der Wahl in die höheren gemeinsamen Rätekongresse dürfen die Stadtsowjets das 5-fache der ihnen gemäß der von ihnen vertretenen Bevölkerungszahl zukommenden Mitgliederzahl in die Kongresse entsenden. (§§ 8, 9 u.a.)

Durch diese brutale Vergewaltigung des 80 % der Gesamtbevölkerung ausmachenden Bauernstandes wird ein Übergewicht der zuverlässigeren städtischen Kommunisten in allen höheren Rätegremien erreicht!

Unions-Rätekongreß

Präsidium d. Z.E.K.

Gr. Rat der Volkskommiss.

Sog. Unions-Volkskommissariate

Z.E.K. der U.d.S.S.R.

Sog. Vereinigte Volkskommissariate

Gouvernements- bzw. Gebietsrätekongresse

Exekutivkomitees d. Gouv.- bzw. Gebietsrätekongresse

Kreis-Räteversammlungen

Exekutivkomitees der Kreis-Räteversammlungen

Gemeinde-Räteversammlungen

Exekutivkomitees der Gemeinde-Räteversammlungen

Stadt- und Dorf-Räteversammlungen

E.K. d. Stadt-Rätevers. — Exekutivkomitees d. Dorf-Rätevers.

| Stadtbevölkerung | Landbevölkerung |
| --- | --- |
| Kommunisten 5 % | Kommunisten 0,2 % |
| Parteilose 95 % | Parteilose 99,8 % |

„Heute ist die U.d.S.S.R. der bewaffnete Teil des Weltproletariats." Manuilski 1934. (Bis XII. 1935 Gensekr. d. E.K.K.I.)

E. Frhr. von Engelhardt. Berlin, 1. I. 1935.

## PARTEI

„Die U.d.S.S.R. muß die Basis der Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationen und der Brennpunkt der Weltrevolution werden; die K.P.(B.)S.U. übernimmt die Verantwortung der Oberleitung der kommunistischen Weltbewegung." Kommunistenkalender, Moskau 1929.

Das leitende Prinzip der organisatorischen Struktur der Partei ist der demokratische Zentralismus. (Parteistatut § 10.)

Das höchste leitende Organ einer Organisation bildet die allgemeine Versammlung, die Konferenz oder der Kongreß. (Parteistatut § 13.)

„Das Politbüro ist die beschließende Instanz. Der Rat der Volkskommissare blieb immer als verantwortungsloses Stiefkind dastehen." (Osinski, auf dem XI. Parteikongreß.)

Die Glieder der beiden Kontrollkommissionen werden vom Parteitag ernannt und vom Rat der Volkskommissare bzw. Z.K. der Partei bestätigt.

„Der Parteitag wählt das Zentralkomitee, das die Leitung der Partei bis zum nächsten Parteitag übernimmt." (Kaganowitsch.)

„In den Zeiträumen zwischen den Parteitagen beruft das Zentralkomitee Konferenzen ein." (Kaganowitsch.)

„Das Z.K. leitet die gesamte politische Ideologie und das organisatorische Leben der Partei. Insofern unsere Partei in der Sowjetrepublik regiert, insofern leitet das Z.K. durch die Parteifraktionen den Sowjetstaat." (Kaganowitsch.)

Das Zentralkomitee leitet die Tätigkeit der zentralen Sowjets und der außerparteilichen Organisationen durch die Parteifraktionen. (Parteistatut § 24.)

Die Grundlage der Parteiorganisation ist die Zelle. (Parteistatut § 47.)

Zur Leitung der laufenden Arbeiten wählt die Zelle ein dreigliedriges Büro für drei Monate. (Parteistatut § 49.)

„Die Grundlage unserer Partei bildet die Zelle, die die Parteimitglieder nach den Betrieben und nicht, wie in Deutschland, nach dem Wohnort vereinigt." (Kaganowitsch.)

(Gegenwärtig hat die Partei 20.000 Zellen.)

Parteitag der K.P.(B.)S.U.

Sekretariat des Z.K.

Politbüro

Orgbüro

Zentr. Revisionskomm.

Kommission f. Sowjetkontrolle (beim Rat d. Volkskommiss.)

Kommission f. Parteikontrolle (beim Z.K. der Partei)

Technische Abteilungen des Z.K.

Propaganda, Presse — Information, Statistik usw.

Z.K. der K.P.(B.)S.U.

Z.K. K.P.R. — Z.K. K.P.(B.)U. — Z.K. T.K.P.

Gouvernements- bzw. Gebietskonferenzen

Gouvernements- bzw. Gebietskomitees

Kreiskonferenzen

Kreiskomitees

Gemeindeversammlungen

Gemeindekomitees

Dorf-, Betriebs-, Behörden- usw. Zellenversammlungen

Zellenbüros

Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. (Parteistatut § 20.)

Die Reihenfolge der Unterordnung, der Rechenschaft, des Ganges und der Anfechtung aller Parteibeschlüsse ist (von der höheren zur niederen Instanz): der Allrussische Parteitag, das Z.K., die Gebietskonferenz, das Gebietskomitee, die Gouvernementskonferenz usw. (Parteistatut § 16.)

Das Zentralkomitee bildet für die politische Arbeit das Politische Büro, für die Leitung der gesamten organisatorischen Arbeit das Organisationsbüro aus 5–7 Mitgliedern, und für alle laufenden organisatorischen und exekutiven Arbeiten das Sekretariat aus 3 Mitgliedern des Z.K., die beständig im Sekretariat arbeiten. (Parteistatut § 25.)

„Das Politbüro ist das höchste Organ nicht des Staates, sondern der Partei, die Partei aber ist die leitende Macht im Staate." (Stalin.)

Die zentrale Revisionskommission besteht aus 3 Mitgliedern mit einer Parteimitgliedschaft von mindestens 10 Jahren. (Parteistatut § 28.)

„Die Leninschen ‚Berufsrevolutionäre' bilden den eigentlichen Parteiapparat." (Kaganowitsch.)

„Die Gebiets-, Gouvernements- und Landeskomitees haben zusammen 18.780 Mitarbeiter. Von dieser Zahl sind im Parteiapparat 7500 verantwortliche Arbeiter beschäftigt. (Rest – technische Kräfte.) Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß ein großer Teil von ihnen gleichzeitig verantwortliche Posten im Sowjetapparat einnimmt, die Vorsitzenden der Gouvernements-Exekutivkomitees der Sowjets sind fast immer Mitglieder der Gouvernements-Komitees usw." (Kaganowitsch.)

„Das Vollzugsorgan der Zelle ist das von der allgemeinen Zellenversammlung für die Dauer von 3 Monaten gewählte Zellenbüro." (Kaganowitsch.)

„In der Zeit zwischen den allgemeinen Zellenversammlungen führt das Büro die Arbeit der Zelle, handelt in ihrem Namen und ist der allgemeinen Versammlung und dem übergeordneten Parteikomitee für diese Tätigkeit verantwortlich." (Kaganowitsch.)

Die Kommunistische Partei Rußlands wird mit allen Kräften und Mitteln für die Verwirklichung der großen Aufgaben der III. Internationale kämpfen und sie erteilt dem Zentralkomitee den Auftrag, die allerstärkste und allseitige Unterstützung der Organisation und der Tätigkeit der III. Internationale angedeihen zu lassen. Programm d. Kommunistischen Partei Rußlands, März 1919.

## KOMINTERN

„Das Endziel, das die Kommunistische Internationale erstrebt, ist die Ersetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch das Weltsystem des Kommunismus." Programmpunkt d. Komintern, angenommen vom VI. Weltkongreß 1928.

Weltkongreß der Komintern

Präsidium d. E.K.K.I.

Polit. Sekretariat

Organisat. — Verlag — Propaganda — Sekretariat — Büro — Büro — Ost-Sekr. — Geschäftsführung — Intern. Zusarbeit

U.d.S.S.R.

E.K.K.I. rus. I.K.K.

Die sog. Nationalen Sekretariate

I.K.K. in Moskau

China — Deutschland — Frankreich — Tschechosl.

U.S.A. — Polen — Norwegen — Schweden — Brit. Indien

Italien — England — Schweiz — Kanada — Argentinien — Holland

Spanien — Finnland — Bulgarien — Jugoslavien — Belgien — Holl. Indien — Rumänien

Griechenland — Ungarn — Brasilien — Mexiko — Lettland — Estland — Litauen — Dänemark

In Summa 76 Parteien, davon 50 illegal.

„Die Komintern setzt sich zum Ziel, mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik als Übergangsstufe zur völligen Aufhebung des Staates zu kämpfen." Resolution d. VI. Weltkongresses d. K.I.

Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen sind auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut. (§ 5 des Statuts der K.I.)

Das höchste Organ der Komintern ist der Weltkongreß der Vertreter aller Parteien (Sektionen) und Organisationen, die der Komintern angehören. (§ 8.)

Das E.K.K.I. wählt ein ihm verantwortliches Präsidium als ständig funktionierende Körperschaft, die in der Zeit zwischen den Sitzungen des E.K.K.I. dessen Gesamttätigkeit leitet. (§ 19.)

Das Präsidium wählt das Politische Sekretariat als beschließendes Organ. Dieses bereitet die Fragen zu den Sitzungen des E.K.K.I. vor und ist dessen Vollzugsorgan. (§ 25.)

Dem E.K.K.I. und dem Präsidium des E.K.K.I. steht das Recht zu, ständige Büros einzusetzen. (§ 20.)

Der Weltkongreß wählt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (E.K.K.I.) und die Internationale Kontrollkommission (I.K.K.) (§ 10.)

Das Exekutivkomitee ist das leitende Organ der Kommunistischen Internationale in der Zeit zwischen den Weltkongressen. Es erteilt Direktiven an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale und übt die Kontrolle über deren Tätigkeit aus. (§ 12.)

Die Internationale Kontrollkommission prüft Angelegenheiten, welche die Einheit und Geschlossenheit der Sektionen der Komintern, sowie auch das Verhalten einzelner Mitglieder der verschiedenen Sektionen als Kommunisten betreffen. (§ 28.)

Die Zentralkomitees sämtlicher Sektionen der Komintern wie auch die als Sympathisierende in die Komintern aufgenommenen Organisationen sind verpflichtet, dem E.K.K.I. ihre Sitzungsprotokolle und Tätigkeitsberichte fortlaufend einzusenden. (§ 29.)

Die Sektionen der Komintern haben an das E.K.K.I. regelmäßig Beiträge zu entrichten, deren Höhe vom E.K.K.I. bestimmt wird. (§ 33.)

Die Kommunistische Jugendinternationale ist eine vollberechtigte Sektion der Komintern und dem E.K.K.I. untergeordnet. (§ 35.)

1. Kommunistische Jugendinternationale (Komsomol usw.)
2. Rote Gewerkschafts-Internationale (Profintern)
3. Intern. kom. Org. d. Kriegsteilnehmer (Rotfrontkämpferbund usw.)
4. Sport-Internationale.
5. Bauern-Internationale.
6. Frauen-Internationale.
7. Kinder-Internationale.
8. Lehrer-Internationale.
9. Intern. Rote Hilfe (M.O.P.R.)
10. Intern. Arbeiter-Hilfe (Meschrabpom.)
11. Intern. Liga gegen den Imperialismus.
12. Intern. proletarische Freidenker.
13. Gesellschaft der Freunde der Sowjet-Union.
14. Intern. Verband revolut. Schriftsteller u. Künstler.
15. Intern. Liga gegen Krieg und Faschismus.

„Internationale Komitee zur Rettung Thälmanns“ usw. Bemerkt sei auch, daß heute auch die sogenannte „Liga für Menschenrechte“, ebenso wie die „Weltliga für Sexualreform“ in der Einheitsfront mit dem Kommunismus stehen.

Auf dem VI. Weltkongreß im Jahre 1928 wurden 52 Ländersektionen von 470 Delegierten vertreten. Die Zahl der Mitglieder der Komintern betrug damals in den „kapitalistischen Ländern“ 445300, zusammen mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1676000. Die kommunistischen Jugendverbände der „kapitalistischen Länder“ zählten 127000 Mitglieder.

Auf dem VII. Weltkongreß waren 510 Delegierte anwesend, davon 371 mit beschließender Stimme, sie vertraten 65 kommunistische Parteien von insgesamt 76 angeschlossenen Sektionen. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten 26 kommunistische Parteien legal und 50 illegal. Die Gesamtzahl der Mitglieder war auf 3141000 gestiegen, davon 785000 in den „kapitalistischen Ländern“, zu denen noch 221000 Mitglieder der kommunistischen Jugendverbände hinzukamen.

Das auf dem VII. Weltkongreß neugewählte EKKI zählt 46 Mitglieder und 33 Kandidaten, davon entfallen auf die UdSSR 5, auf Deutschland und Frankreich je 4, auf England, USA, Italien, Tschechoslowakei, Polen, China und Japan je 2 bis 3. Vertreten sind im EKKI außerdem die kommunistischen Sektionen Österreichs, Ungarns, Hollands, Belgiens, Schwedens, Finnlands, Spaniens, der Balkanstaaten, Brasiliens und einiger Kolonialvölker.

In das Präsidium des EKKI wurden delegiert:

1. Gottwald (Tschechoslowakei)
2. Dimitrow (Bulgarien)
3. Cachin (Frankreich)
4. Kolarow (Bulgarien)
5. Koplenig (Österreich)
6. Kuusinen (Finnland)
7. Lenski (Polen)
8. Manuilskij (Sowjetunion)
9. Marty (Frankreich)
10. Moskwin (Sowjetunion)
11. Wan Min (China)
12. Okano (Japan)
13. Pieck (Deutschland)
14. Pollitt (England)
15. Stalin (Sowjetunion)
16. Thorez (Frankreich)
17. Florin (Deutschland)
18. Foster (USA)
19. Ercoli (Italien).

Das ständig tätige Sekretariat des EKKI besteht heute aus folgenden Mitgliedern:

1. Dimitrow (Generalsekretär)
2. Manuilskij (UdSSR)
3. Pieck (Deutschland)
4. Marty (Frankreich)
5. Ercoli (Italien)
6. Gottwald (Tschechoslowakei)
7. Kuusinen (Finnland).

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion – KP(B)SU – ist nicht nur zahlenmäßig die bei weitem stärkste Sektion der Kommunistischen Internationale, sondern auch deren tatsächliche Gründerin. Sie beherrscht die III. Internationale finanziell, administrativ und politisch. Sie ist die eiserne Klammer, die die Kommunistische Internationale mit der Sowjetunion verbindet.

Die absolut beherrschende Stellung der KP(B)SU innerhalb der Komintern und ihre unumschränkte Diktatur innerhalb des Sowjetstaates verleiht ihr eine einzigartige Machtstellung, die sich letzten Endes in den Händen Stalins konzentriert. So ist also weder die



Kommunistische Internationale ein bloßes Werkzeug Sowjetrußlands, noch die UdSSR eine bloße Hilfsorganisation der Kommunistischen Internationale – vielmehr sind sie beide Werkzeuge und Waffen in der Hand Stalins. Stalin ist der Befehlshaber aller drei Heeressäulen des Weltbolschewismus: der Sowjetunion, der KP(B)SU und der Komintern. Er beherrscht sie personell und ideologisch, finanziell und politisch. Stalin ist Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern, Mitglied des Präsidiums des VII. Weltkongresses, Mitglied der maßgebenden Sektion der Komintern im EKKI. Er ist zugleich alleiniger Generalsekretär der KP(B)SU, als solcher Vorsitzender des Politbüros und ausschlaggebendes Mitglied des ZK der KP(B)SU. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung hat derselbe Stalin auch im höchsten Gremium des Sowjetstaatsapparates seinen Sitz als Mitglied des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der UdSSR. Alle drei Apparate des Weltkommunismus sind demnach in Personalunion untrennbar miteinander verbunden.

Erwähnenswert ist außerdem, daß auch Manuilskij, Mitglied des EKKI und dessen Sekretariats, zugleich auch Mitglied des Zentralkomitees der KP(B)SU und des Zentralexekutivkomitees der UdSSR ist.

Die führende Rolle der KP(B)SU innerhalb der Komintern wird von kommunistischer Seite übrigens keineswegs geleugnet oder verschwiegen, sondern immer wieder offiziell unterstrichen. Die KP(B)SU wird stets als „Avantgarde“ der Kommunistischen Internationale bezeichnet, der „die Verantwortung für die allgemeine Leitung der Kommunistischen Weltbewegung“ auferlegt worden sei. Erst kürzlich, auf dem VII. Weltkongreß der Komintern ist die KP(B)SU wieder als die „führende“ Sektion der Internationale gefeiert worden.

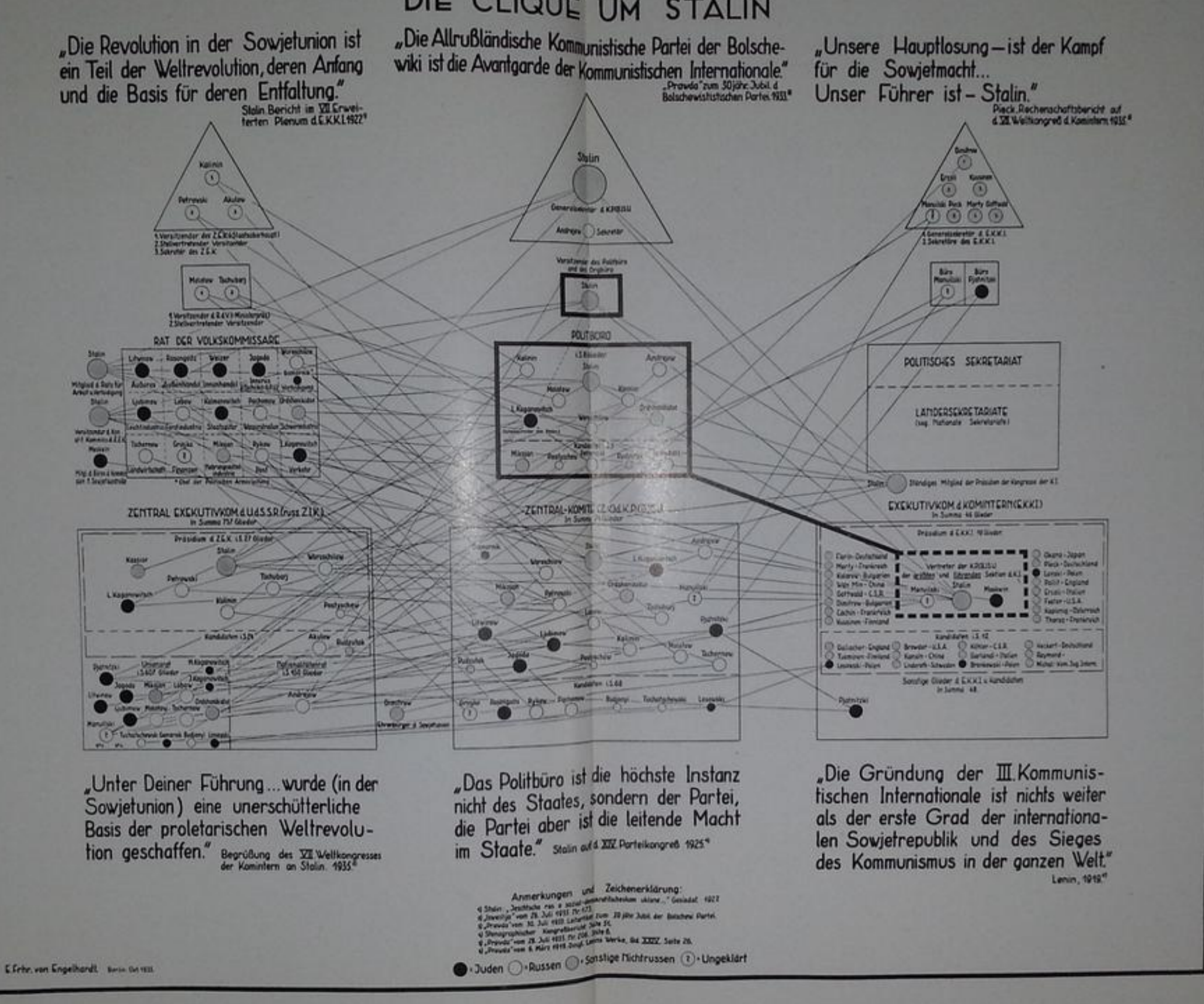
Die Tatsache der in jeder Beziehung überragenden Machtposition Stalins kann nicht wunder nehmen. Mit Lenin zusammen hat er bereits vor mehr als anderthalb Jahrzehnten die theoretischen Grundlagen für die Verfassung der Sowjetunion ebenso wie für die Statuten der Komintern ausgearbeitet. Nach dem Tode Lenins und dem kurzen Zwischenspiel Trotzkij-Sinowjew hat er den VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1928 völlig beherrscht und ist der Autor ihres damals angenommenen Programms. Anläßlich seines 50. Geburtstages im Jahre 1929 schrieb Manuilskij von der „führenden Rolle und dem unmittelbaren Anteil des Genossen Stalin an der Ausarbeitung des Programms der Kommunistischen Internationale“, und das offizielle Organ der KP(B)SU, „Prawda“ (vom 25. Juli 1935), wußte anläßlich der Eröffnung des VII. Weltkongresses von jenem VI. Kongreß zu berichten: „Die welthistorische Bedeutung des Kongresses besteht darin, daß er das unter der unmittelbaren Führung des Genossen Stalin ausgearbeitete Programm der Kommunistischen Internationale annahm.“

Der VII. Weltkongreß schließlich stand von Anfang bis zu Ende unter dem Zeichen Stalins, der immer wieder als der „Führer“ der Weltrevolution, der Kommunistischen Internationale und des „Weltproletariats“ plakatiert und gefeiert wurde.

Bemerkenswert ist, daß der gegenwärtige Aufmarsch des Weltbolschewismus in den drei Säulen der Komintern, der KP(B)SU und der Sowjetunion die Verwirklichung eines alten strategischen Plans von Stalin darstellt, den er gegen den Widerstand der „Revolutionsromantiker“ und Literaten vom Schlage eines Trotzkij und Sinowjew durchgeführt hat. Im Vorwort zu seinem Buch „Auf dem Wege zum Oktober“ schrieb Stalin bereits 1924:

> „Der Sieg des Sozialismus in einem Lande ist nicht Selbstzweck. Die Revolution des siegreichen Landes muß sich nicht als eine Größe betrachten, die sich selbst genügt, sondern als Hilfe, als Mittel für die Beschleunigung des Sieges des Proletariats in allen Ländern. Denn der Sieg der Revolution in einem Lande, im gegebenen Falle in Rußland, ist nicht nur ein Produkt der unregelmäßigen Entwicklung und des fortschreitenden Zerfalls des Imperialismus. Er ist gleichzeitig der Anfang und die Voraussetzung der Weltrevolution ...

# BASIS UND GENERALSTAB DER WELTREVOLUTION
## DIE CLIQUE UM STALIN



. . . dann ist es auch ebenso richtig, daß die Weltrevolution sich um so schneller und grundlegender entwickeln wird, je konkreter die Hilfe seitens des ersten sozialistischen Landes für die Arbeiter und werktätigen Massen aller übrigen Länder sein wird.

Worin muß sich diese Hilfe ausdrücken?

Sie muß sich erstens darin ausdrücken, daß das siegreiche Land ‚das Maximum des in einem Lande Erreichbaren für die Entwicklung, die Unterstützung, das Anwachsen der Revolution in allen Ländern durchführt' (siehe Lenin, ‚Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky', 1918, S. 88).

Sie muß sich zweitens darin ausdrücken, daß das ‚siegreiche Proletariat' der einen Seite, ‚nachdem es die Kapitalisten expropriiert und die sozialistische Produktion bei sich organisiert hat, sich . . . gegen die übrige kapitalistische Welt erhebt, indem es die unterdrückten Klassen der übrigen Länder auf seine Seite bringt, den Aufstand gegen die Kapitalisten in ihnen organisiert und nötigenfalls sogar mit Kriegsgewalt gegen die ausbeutenden Klassen und ihre Staaten vorgeht'. (Siehe Lenin, ‚Gegen den Strom', S. 130.)

Die Weltbedeutung der Oktoberrevolution besteht darin, daß sie die erste Etappe der Weltrevolution und die mächtige Basis für deren Weiterentwicklung bildet."

Nichts liegt also Stalin ferner, als ein „Verzicht auf die Weltrevolution", eine „Evolution" in Richtung einer „nationalen Diktatur", eine „Abkehr" von den weltrevolutionären und weltimperialistischen Plänen und Absichten von Marx und Lenin. Mißverstanden wird er nur von Intellektuellen, Ideologen und Literaten, die die Logik der stalinistischen Strategie, die Notwendigkeit des Zwischenzieles auf dem Wege zum Endziel verkennen und daraus die Schlußfolgerung einer „Inkonsequenz", einer „Verbürgerlichung", „Faschisierung" oder „Demokratisierung" Stalins ziehen. In Wirklichkeit ist Stalin das geblieben und kann niemals etwas anderes werden als was er immer gewesen ist – ein „alter Bolschewik" Leninscher Schule, der seinen „Meister" wenn nicht an Brutalität, Prinzipienlosigkeit und Zynismus, so doch an Zähigkeit, Verschlagenheit und taktischer Begabung in den Schatten stellt.

Zahllos sind im einzelnen die Zusammenhänge zwischen der Komintern und der Sowjetunion, die ein einziges untrennbares Ganzes, einen Gesamtapparat in der Hand Stalins bilden. Die Sowjetunion ist aus dem System des Weltbolschewismus so wenig wegzudenken, wie das Fundament von einem Bauwerk. Dies wird seitens der Komintern und seitens des Sowjetstaates selbst nachdrücklichst immer wieder betont. Stalin zeichnet offiziell die Gesetze des Staates. Molotow dagegen, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, zeichnet das offizielle Organ der Kommunistischen Internationale[1]). Die Bedeutung der kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion sieht auch Molotow in der „Herbeiführung der Revolution in allen Ländern"[2]) und den Fünfjahresplan betrachtet er als den „Stützpunkt der proletarischen Weltrevolution"[3]). Sogar der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der UdSSR und damit das offizielle Staatsoberhaupt der Sowjetunion, Kalinin, spricht sich ganz eindeutig im selben Sinne aus: „Innerhalb der Dritten Internationale kommt der Sowjetföderation eine ungeheure Bedeutung zu . . . Die Arbeiter und Bauern der Sowjetrepublik bilden einen riesigen Bestandteil der Komintern."

Selbstverständlich bezeichnet das offizielle Programm der Kommunistischen Internationale die Sowjetunion als „Basis des Weltbolschewismus" und als „Hauptherd der internationalen Revolution".

[1]) Erst seit der Nummer vom 20. Juli 1935 wird Molotows Name in der „Kommunistischen Internationale" nicht mehr genannt.

[2]) Rede auf dem 17. Parteitag der KP(B)SU, 1934.

[3]) „Prawda" vom 4. August 1929.



Auch der VII. Weltkongreß konnte sich nicht genug tun, die Sowjetunion als „Basis der proletarischen Weltrevolution" zu feiern. Stalin selbst setzte den Punkt auf das „i" in seiner Formulierung: „Die Revolution in der Sowjetunion ist ein Teil der Weltrevolution, deren Anfang und die Basis für deren Entfaltung"[1]).

Das weltrevolutionäre Ziel und die weltimperialistische Struktur der Sowjetunion wagte sogar der bevollmächtigte Vertreter des Sowjetstaates, der Volkskommissar des Äußeren und Mitglied des Zentralkomitees der KP(B)SU, Wallach-Meier-Finkelstein-Litwinow, anläßlich der feierlichen Aufnahme der Sowjetunion in den Genfer Völkerbund den Staatsmännern der ganzen Welt ausdrücklich zu verstehen zu geben, indem er in seiner Rede am 18. September 1934 erklärte: „Wir vertreten hier einen neuen Staat, neu nicht im geographischen Sinne, sondern in Bezug auf seine äußere Gestaltung, auf seine innere und soziale Struktur und den Inhalt seiner Ziele und Ideale."

Das „Neue" im „Inhalt der Ziele und Ideale" und der „Struktur" des Sowjetstaates ist der Wille zur Weltrevolution und die Politik des Weltimperialismus, der die Vernichtung aller nicht kommunistischen Nationen, Staaten und Kulturen in sich schließt.

Es ist daher nur folgerichtig, wenn auch das eigentliche Machtinstrument des Sowjetstaates, die Rote Armee, ganz und gar in den Dienst der kommunistischen Weltrevolution gestellt wird. Mit Recht betont das amtliche Organ des Kriegskommissariats der UdSSR[2]), daß „die große bolschewistische Partei Lenins, Stalins die Rote Armee organisiert, großgezogen, erzogen und bewaffnet" hat. Die Rote Armee ist „Trägerin des proletarischen Internationalismus"[3]). Ihre Kommandostellen sind, von unten nach oben gerechnet, zu 70–100% mit kommunistischen Parteimitgliedern besetzt. Stalin selbst bezeichnet die Rote Armee als „Armee der Weltrevolution", die vom „Geist und Gefühl des Internationalismus" durchdrungen sei, und der Tagesbefehl an die Rote Armee vom 23. Februar 1935 mit der Unterschrift des Volkskommissars zur Verteidigung der UdSSR, Woroschilow, hebt hervor, daß die Rote Armee „unter der weisen Leitung der bolschewistischen Partei und ihres leninistischen Zentralkomitees" stehe, daß sie von Stalin angeführt werde.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Rote Armee der Weltrevolution und nicht irgendwelchen „Verteidigungsmaßnahmen" zu dienen hat, daß sie nicht irgendein „Vaterland" gegen irgendeine „Intervention" beschützt, sondern die aggressiven und offensiven Absichten des Weltbolschewismus zu verwirklichen hat. Die Rote Armee trägt die Weltrevolution auf den Spitzen ihrer Bajonette. Sie bringt nach dem Ausdruck ihres Befehlshabers und jetzigen stellvertretenden Kriegskommissars, Tuchatschewskij, die „Revolution von außen" in die zu erobernden Länder.

„Zu erobern" ist für den Bolschewismus die ganze Welt. Er hat nach Lenins eigenem Ausdruck „der ganzen kapitalistischen Welt den Krieg erklärt", was nur einen anderen Ausdruck für den expansiven, weltrevolutionären Charakter des Bolschewismus darstellt. Tuchatschewskij, als maßgebender Kriegstheoretiker des Bolschewismus, hat es eindeutig formuliert[4]):

> „Eines steht fest, wenn irgendwo eine sozialistische Revolution zur Herrschaft gelangt ist, dann hat sie das selbstverständliche Recht, sich auszubreiten, dann wird sie mit elementarer Gewalt danach streben, durch unmittelbare Einwirkung auf alle Nachbarländer die ganze Welt zu umspannen. Ihr wichtigstes Werkzeug wird natürlich ihre militärische Kraft sein. Wir sehen also, daß die sozialistische Revolution von ihrer Armee die Fähigkeit zu aktiven Angriffsoperationen in den eigenen Grenzgebieten und, wenn der Gang der Ereignisse dazu zwingt, auch außerhalb derselben verlangen muß . . .

[1]) Rede auf dem 7. erweiterten Plenum des EKKI, 1927.

[2]) „Krasnaja Swesda" vom 23. Februar 1935.

[3]) „Iswestija" vom 23. Februar 1935.

[4]) „Die Rote Armee und die Miliz", deutsche Ausgabe, Leipzig 1921.



12. Bolschewistisches Propagandabild für die „Armee der Weltrevolution“

Können wir denn überhaupt unsere militärischen Aufgaben nur innerhalb der Grenzen der Republik sehen? Natürlich nicht, denn in der Republik selbst stehen uns ernsthafte militärische Aufgaben nicht bevor ... Im Hinblick darauf muß jede Aufgabe unserer Republik aufs engste verknüpft sein mit der Aufgabe der Weltrevolution. Das gilt natürlich in erster Linie vor allem für die Frage der Organisation unserer Roten Weltarmee.“

Natürlich können die „aktiven Angriffsoperationen“ der „Roten Weltarmee“ hinausgeschoben werden bis zu einem Zeitpunkt, der dem Bolschewismus für seine Offensive günstig erscheint. Bis dahin gilt die Parole der Litwinowschen „Friedenspolitik“. Daß der Bolschewismus selbst diese „Friedenspolitik“ nur als verlogenes Mittel zum Zweck betrachtet, besagen am besten die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Komintern, wo es heißt[1]):

„Die Friedenspolitik des proletarischen Staates ... ist nur eine andere – und zwar unter den gegenwärtigen Verhältnissen vorteilhaftere Form des Kampfes gegen den Kapitalismus, die von der Sowjetregierung seit der Oktoberrevolution konsequent verfolgt wird ...“

Die Notwendigkeit der „Friedenspolitik“ verschwindet immer mehr mit der Vollendung des „Sozialistischen Aufbaus“, d. h. mit dem Abschluß der wahnwitzigen Aufrüstung des Sowjetstaates. Diesen Gedanken spricht Stalin aus, indem er es zur größeren Autorisierung mit den Worten Lenins sagt: „... nachdem es bei sich die sozialistische Produktion organisiert hat, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erhebt und nötigenfalls sogar mit militärischer Gewalt gegen die ausbeutenden Klassen vorgeht“[2]).

So rundet sich das Bild des Weltbolschewismus, der den Propagandaapparat der Kommunistischen Internationale und den Machtapparat der Sowjetunion mit der Roten Armee gleicherweise umspannt. Er ist angesichts der Passivität der übrigen Welt zu einem der schwerwiegendsten Faktoren der internationalen Politik geworden, zu einer unerhört

[1]) Protokoll des VI. Weltkongresses, B. IV, S. 28.
[2]) Stalin, „Strategie und Taktik der proletarischen Revolution“.



ernsten, in ihren weltgeschichtlichen Ausmaßen kaum zu überschätzenden furchtbaren Gefahr für die gesamte Menschheit.

Höchst symptomatisch für die Zerfahrenheit, Uneinigkeit und Blindheit, mit der die nichtkommunistische Welt dieser Bedrohung leider immer noch gegenübersteht, ist die Rede, die der bolschewistische Jude und Massenmörder aus Ungarn, Bela Kun, erst kürzlich bei einer Festsitzung vor europäischen Gelehrten halten konnte. Er durfte es wagen, bei dieser Gelegenheit u. a. zu sagen[1]):

„... Im Besitze einer solch mächtigen Basis, wie der Sowjetunion mit ihrer bolschewistischen Partei, mit ihrer Industrie und ihrer bedeutenden sozialistischen Landwirtschaft, mit ihrer aus Arbeitern und Bauern bestehenden Roten Armee, mit einer gewaltigen Organisation an der Spitze – der Kommunistischen Internationale – und ihrem Führer Stalin, ist das internationale Proletariat, das sich nach den Worten Engels in einer Partei des Kampfes ‚zusammengeschlossen‘ hat, in einer Partei, die mit ‚Tatsachen‘ rechnet, zu einer entscheidenden Macht geworden, die Einfluß auf die Weltpolitik ausübt.“

Bela Kun und alle anderen Größen des Weltbolschewismus schreien heute ihren verfrühten Triumph offen in die Welt hinaus, in eine Welt, die nichts mehr dabei findet, wenn ein ehemaliger Verbrecher und Agent des Weltumsturzes den Vorsitz im Genfer Rat der Nationen übernimmt. Möge diese Welt jenes memento mori nicht vergessen, das ihr der Rote Marschall Tuchatschewskij nach seiner Invasion in Polen ins Gesicht schleuderte[2]):

„... und dieser Brand hätte sich nicht an den Grenzen Polens aufhalten lassen. Gleich einem wilden Gebirgsbach hätte er ganz Europa ergriffen. Die Rote Armee wird diese Erfahrung über die nach draußen getragene Revolution nicht vergessen. Wenn Europas Bürgertum uns jemals zu einem neuen Kampf herausfordern wird, so wird es der Roten Armee gelingen, es zu vernichten und die Revolution in Europa zu unterstützen und auszubreiten.“

[1]) „Prawda“, 29. September 1934.
[2]) „Der Vormarsch über die Weichsel“, Schlußwort.

3*

# I.

# Die Komintern und die demokratisch-liberalen Staaten

# AUSTRALIEN

von

„Empire Honour League", Melbourne

Die Moskauer Internationale hat auch in Australien eine Sektion, die nicht so schwach ist wie man im allgemeinen annimmt. Geführt von rührigen und gewandten Männern, entwickelt die Kommunistische Partei Australiens eine beachtliche Tätigkeit. In ihrem Lager sammeln sich mehr und mehr alle unzufriedenen und unsteten Elemente, die bei einem Umsturz nur etwas zu gewinnen glauben. Der allmählichen Erfassung des Landes dient die nach genauen Anweisungen vor sich gehende kommunistische Propaganda.

Australien ist in Bezirke eingeteilt; für jeden dieser Bezirke gibt es einen Leiter; ihm unterstehen die „Zellen" und „Kerne".

„Die Zelle des Industriegebietes" – so schreiben die Kommunisten selbst – „ist die Basis der Kommunistischen Partei und besteht aus den Mitgliedern, die in irgendeiner Fabrik oder einem Unternehmen mit den dort vom Abteilungs- oder Bezirkskomitee eingestellten Genossen zusammenarbeiten. Die Zelle muß ihre Arbeit so gestalten, daß sie jedem Genossen eine besondere Aufgabe überträgt und ihn dafür verantwortlich macht." Die Versammlungen der Sympathisierenden sollen mit den Anführern abgehalten werden, die als verläßlich gelten und dem Werkmeister die Namen der Kommunisten wahrscheinlich nicht verraten werden. Bei den Versammlungen der Sympathisierenden werden sogar die Parteimitglieder als nur Sympathisierende behandelt, um sie davor zu bewahren, ein Opfer ihrer Stellungnahme zu werden."

Der Eid, der beim Eintritt in die Partei von allen Mitgliedern zu leisten ist, lautet:

„Ich erkläre mich mit den Grundsätzen und der Taktik der Kommunistischen Partei Australiens, wie sie in dem Programm und der Verfassung dargestellt sind, einverstanden; ich willige ein, mich der Ordnung der Partei zu unterstellen, und gelobe, mich tätig ihrem Werk zu widmen."

Die Kommunistische Partei besteht aus vielen Abteilungen oder Hilfsorganisationen, von denen jeder eine bestimmte Rolle zukommt. Obgleich es eine Abteilung für Agitation und Propaganda gibt, ist fast jedes Mitglied selbst zur Ausführung der Propaganda verpflichtet.

Der Kommunist denkt und atmet Propaganda. Er ist ein Keim der Unruhe, die er überall verbreitet. Da jeder Kommunist ein Propagandist ist, ist die Gewerkschaftsabordnung, die von Moskau in die Hauptstadt eines jeden Landes eingesetzt wird, ein Mittelpunkt der Agitation. Praktisch genommen, ist jede Sowjetgesandtschaft eine Propagandaabteilung.

Zu den hauptsächlichsten kommunistischen Organisationen, die in Australien tätig sind, gehören:

Die Kämpferische Minderheitenbewegung („Militant Minority Movement", MMM)
Die Arbeitslosenbewegung („Unemployed Workers Movement", UWM)
Kommunistischer Jugendverband („Young Communist League", YCL)
Arbeiter Selbstschutz („Workers' Defence Corps", WDC)
Internationale Hilfe für die Opfer des Klassenkampfes („International Class War Prisoners' Aid Society", ICWPA)
Internationale Arbeiterhilfe („Workers' International Relief", WIR)
Freunde der Sowjetunion („Friends of Sowjet-Union", FOSU)
Antiimperialistische Liga („League against Imperialism", LAI)
„Hände-weg-von-Indien-Bewegung" („Hands off India Movement").

Auch in Australien gehört die Aufforderung zur Werkspionage sowie Vorbereitung zum Hochverrat zur Tätigkeit der Komintern. Kürzlich gab die MMM eine Broschüre heraus, in der sie die Beschlüsse des V. Kongresses der Internationalen Roten Arbeitsgemeinschaft




13. Australische Kommunisten bei einer Sportparade in Moskau

veröffentlichte. Diese Broschüre ruft zu hartnäckigen Anstrengungen auf, um über jede Phase der industriellen Tätigkeit vollständige Kontrolle zu haben. Weiter wird bestimmt, daß es „die Aufgabe der Revolutionäre ist, die Vorbereitung der arbeitenden Klasse für die bevorstehenden entscheidenden Revolutionskämpfe zu verschärfen und alle Werke und Fabriken in Festungen des Aufstandes zu verwandeln."

Mit besonderem Eifer wird jede vorhandene antibritische Stimmung zu bolschewistischer Propaganda ausgenutzt. Dieser Aufgabe hat sich insbesondere die kommunistische Wochenschrift „Workers Weekly" angenommen. Ihr stehen zur Seite die bolschewistischen Zeitungen „Working Women", „Young Worker", „Pan-Pacific Worker" u. a. Vor einigen Monaten erschien ein Heft „Die moderne Landbewirtschaftung, Sowjetstil" („Modern Farming, Soviet-Style").

Es ist kein Geheimnis, daß die Kommunisten Waffen besitzen und sich bemühen, ihren Vorrat zu ergänzen. Kenner der Verhältnisse zweifeln auch nicht daran, daß sie sie gebrauchen werden, wenn sie ihre Zeit für gekommen halten.



# BELGIEN

von

Charles Balthasar, Brüssel

Vizepräsident der Belgischen Sektion des CILACC (Internationales Zentrum für den Aktiven Kampf gegen den Kommunismus)

Die Sowjetunion ist in den Völkerbund aufgenommen. Man könnte daraus folgern, die Mitglieder der SDN seien davon überzeugt, daß die Sowjets ihre zersetzende Tätigkeit aufgegeben haben, die sie in allen Ländern der Welt durch die III. Internationale, das zweite Ich der Sowjetregierung, ausüben. Die Zulassung geschah trotz klarster Beweise des Gegenteils, die die Vertreter der Schweiz, Belgiens, Portugals, der Niederlande, Irlands usw.



14. Eine Rote Demonstration in Dixmuiden

in bemerkenswerten und sachlichen Reden in Genf lieferten. CILACC[1]) (Internationales Zentrum für den Aktiven Kampf gegen den Kommunismus) teilt in dieser Frage voll und ganz den Standpunkt jener Delegierten, denn diese Organisation hat seit Jahren in allen ihren Veröffentlichungen die Regierungen der sog. kapitalistischen Länder vor der Gefahr des Kommunismus und seiner zersetzenden Propaganda gewarnt, indem sie seine Tätigkeit enthüllte.

Die Moskauer Internationale zeigt für Belgien ein ganz besonderes Interesse. Sie sieht in diesem Lande einen günstigen Boden für ihre zersetzende Tätigkeit. Die bolschewistischen Hoffnungen gehen davon aus, daß Belgien das Land Europas ist, in dem die Zahl der Proletarier im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung am allergrößten ist: fast 80% der erwerbstätigen Bevölkerung sind Arbeitnehmer (1800000 Industriearbeiter, 300000 Angestellte und Beamte und 200000 Landarbeiter).

[1]) 3, rue de Toulouse, Brüssel, Belgien.

Diese Überlegungen haben die Komintern veranlaßt, in Belgien eine intensive Propaganda- und Organisationsarbeit aufzunehmen, die nicht ohne Ergebnisse geblieben ist, wie die Ziffern der kommunistischen Stimmen bei den Wahlen von 1932 beweisen.

In der Kammer haben die Kommunisten zwei neue Sitze erobert und die Zahl ihrer Stimmen ist um 150% auf 65849 gestiegen. Wenn auch im Senat kein kommunistischer Vertreter sitzt, so ist doch bei der Wahl die Stimmenzahl für kommunistische Kandidaten im selben Verhältnis gestiegen (von 16433 auf 36000). Endlich haben die Kommunisten bei den Kommunalwahlen von 1932 einen erheblichen Erfolg erzielt: sie gewannen 23 neue Mandate (47 gegen 24) und erhielten 97405 Stimmen gegen 63364 im Jahre 1926.

Durch ihre unermüdliche Propaganda haben die Kommunisten ein dichtes Netz von Organisationen geschaffen oder sich den bereits bestehenden anzuschließen gewußt. Hier nur einige:

1. „Parti Communiste de Belgique", PCB, Kommunistische Partei Belgiens, KPB (Sektion der Komintern)
2. Kommunistische Jugendverbände
3. Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, OSR
4. Internationale Rote Hilfe, SRI
5. Internationale Arbeiterhilfe, SOI
6. Kommunistischer Bergarbeiterverband, CRM
7. Die Freunde der UdSSR
8. Rote Front
9. Antifaschistische Italienische Liga in Belgien und Luxemburg
10. Zentrale der Polnischen Patronate in Belgien
11. Zentrale der Rumänischen Patronate in Belgien
12. „Kulturverein" der Jüdischen Proletarier
13. „Gezerd" (jüdisch-kommunistische Organisation)
14. Verband Russischer und Ukrainischer Proletarier
15. Verband Jugoslawischer Arbeiter und Bauern
16. Komitee des 1. September (ungarische Kommission)
17. Vereinigung der Komitees der Arbeitslosen
18. Vereinigung der Arbeitertheater
19. Proletarisches Theater von Brüssel
20. Proletarisches Theater von Verviers
21. „De Proletaar" (flämische kommunistische Organisation)
22. Antiimperialistische Frauenliga
23. Vereinigung zur Pflege der Kulturellen Beziehungen zwischen Belgien und der UdSSR
24. Antikriegskomitee (Sektion des Weltkomitees gegen den Imperialistischen Krieg)
25. MOI (Verband der Eingewanderten Arbeiter)
26. ARAC (Sektion der Internationale der Kriegsteilnehmer)
27. Sektion der Internationale der Proletarischen Neger
28. Antiimperialistische Liga
29. Sektion der Internationale der Proletarischen Seeleute und Hafenarbeiter, ISH
30. Gottlosenverband, Sektion der Internationale der Gottlosen
31. Sektion der Internationalen Linkskommunistischen Opposition (Trotzkisten)
32. Liga gegen Imperialismus und Koloniale Ausbeutung
33. Unabhängige Gewerkschaft der Bekleidungsindustrie
34. Unabhängige Gewerkschaft der Kammwolle von Verviers
35. Proletarischer Freidenkerverband
36. Die Lenin-Pioniere (kommunistische Kinderorganisation)
37. Revolutionäre Organisation der Invaliden



38. Verein der bessarabischen Auswanderer in Belgien
39. „Coopérons", (kommunistische Genossenschaft)
40. „Intourist" (Sowjetreisebüro).

Für ihre Propaganda haben die Kommunisten eine Reihe von Zeitungen in Brüssel und in der Provinz gegründet, besonders in allen Industriezentren. Die wichtigsten sind:

a) Zeitungen

1. „Le Drapeau Rouge", Wochenblatt der KPB
2. „La Solidarité", Organ der SOI
3. „Le Front Unique contre la Guerre Imperialiste", Organ der Internationale der Kriegsteilnehmer
4. „Au Secours!", Organ der Sektion der Internationalen Roten Hilfe (Präsident Rechtsanwalt R. Lejour)
5. „La Bataille des Classes", Organ der Roten Gewerkschaftsopposition
6. „De Roode Vaan", flämisches Organ der KPB
7. „Le Jeune Exploité", Organ der Kommunistischen Jugendorganisation
8. „La Voie des Femmes Travailleuses", Organ der Kommunistischen Frauenliga gegen den Krieg
9. „L'Ami de l'USSR", Organ der Gesellschaft gleichen Namens
10. „L'Etudiant Marxiste", Organ des Verbandes der Marxistischen Studenten
11. „La Voix Communiste", Organ der Trotzkj-Gruppe in Châtelineau
12. „La Pensée Prolétarienne", antireligiöses Organ
13. „Le Réveil", kommunistisches Organ in Roux.

b) Zeitschriften

1. „L'USSR", Organ der Gesellschaft zur Pflege Kultureller Beziehungen zwischen Belgien und der UdSSR
2. „Préparation", Monatszeitschrift der Technischen Gewerkschaft des Baugewerbes
3. „L'Economie Socialiste Soviétique"
4. „Les Publications Internationales"
5. „Bulletin Belgo-Russe".

Im übrigen erscheinen in allen großen belgischen Unternehmungen Blätter der inneren Propaganda.

Die KPB erhält ihre Direktiven von den Komintern in Moskau. Ihre Tätigkeit ist also die gleiche wie in anderen „imperialistischen Ländern". Daher versucht ihre Propaganda, alle Schichten der Bevölkerung zu erfassen.

Eine verderbliche Tätigkeit wird in den belgischen Schulen und Universitäten entwickelt. Eine große Anzahl französischer und flämischer Organisationen für Propaganda unter Studenten und Intellektuellen wurde ins Leben gerufen, wie der Verband Marxistischer Studenten, die entsprechende flämische Organisation, der Marxistische Studentenring, und ähnliche. An den meisten großen Schulen und Universitäten bestehen bestimmte kommunistische Zellen. Besondere Organisationen und Verlagsanstalten beschäftigen sich mit der Propaganda unter den Frauen mit dem Ziel, die Moral und das Familienleben zu zerstören. Ebenso hat die Propaganda gegen die Religion ihre Organisationen und Verlagszentren.

Naturgemäß ist jedoch das Hauptaugenmerk auf die Arbeit unter den Industriearbeitern und in der Armee gerichtet.

Um sich den notwendigen Einfluß bei den Arbeitermassen zu verschaffen, bildet die KPB Zellen in allen Industrieunternehmungen. Diese Zellen haben unter Leitung der örtlichen Parteiorganisationen die Aufgabe, unter den Arbeitern Unzufriedenheit zu säen. Jeder Vorwand wird ausgenutzt, um Streiks zu provozieren und die Arbeiter auf der Grundlage




15. Kommunistische Frauenkundgebung in Brüssel, Januar 1933

örtlicher Tagesforderungen zu vereinigen. In den Streikkomitees stellen die Kommunisten jedesmal sehr hohe Forderungen, um auf jede Weise eine Einigung zwischen Arbeitgebern und -nehmern unmöglich zu machen. Auf diese Weise wird die Unzufriedenheit ständig gesteigert. Ein Erfolg der Streiks und eine Besserung der materiellen Lage der Arbeiter dagegen liegen gar nicht im Interesse der KPB, denn die Streiks stellen für sie nur ein Mittel dar, um die Arbeiter zu Manifestationen zu veranlassen und sie für den revolutionären Kampf vorzubereiten. Aus diesem Grunde versuchen die Kommunisten stets, den Einzelbewegungen einen gewaltsamen Charakter zu geben, Angriffe der Arbeiter auf Gendarmerie und Polizei zu provozieren und sie so zum bewaffneten Aufstand zu erziehen.

Mit Rücksicht auf den Enderfolg propagieren die Kommunisten überall eine Einheitsfront mit den Sozialisten. Sie rechnen darauf – und mit Recht –, daß die letzteren im Verlaufe der Streiks notgedrungen die Parole der Kommunisten und ihre überspannten Forderungen, die in der Menge Widerhall finden, aufnehmen müssen. Allerdings hat die KPB auf diesem Gebiet bis jetzt nur einen Teilerfolg zu verzeichnen, denn sie hat nur die sozialistischen Jugendorganisationen für die Einheitsfront gewonnen. Die „großen Geister" des belgischen Sozialismus haben sich bisher noch nicht entschließen können, gemeinsame Sache mit den Kommunisten zu machen, da sie befürchten, ihre Unabhängigkeit unter dem Druck von Elementen der äußersten Linken zu verlieren. Sie haben jedoch nicht mehr gewagt, sich von den Sympathiekundgebungen für die spanischen Aufständischen auszuschließen, obwohl diese Aktion in krassem Widerspruch zu den von Vandervelde entwickelten Grundsätzen steht, der den bewaffneten Klassenkampf in einem demokratischen Staat mit allgemeinem Wahlrecht verwirft. Nun haben aber gerade die spanischen Aufständischen im Auge gehabt, eine auf demokratischer Basis gewählte republikanische Regierung mit Gewalt zu stürzen.

Im Verlauf der letzten Jahre hat die KPB an der Organisation zweier Streiks von großen Ausmaßen teilgenommen: des Bergarbeiterstreiks und des Textilarbeiterstreiks in Verviers.



Der erstere nahm infolge des tatenlosen Zuschauens der lokalen sozialistischen Autoritäten äußerst gefährliche Ausmaße an: die Streikenden griffen zu Gewaltmaßnahmen gegen die Ingenieure und Direktoren der Unternehmen; sogar die Kontrolle der städtischen Verkehrsmittel befand sich in ihrer Hand. Nur die energischen Maßnahmen der Regierung konnten die schwer bedrohte Ordnung wiederherstellen.

Um jede Verständigung vollkommen unmöglich zu machen, versuchten die Kommunisten, bei dieser günstigen Gelegenheit einige Gruben unter Wasser zu setzen, und es ist nur der eigentlichen Arbeiterschaft zu verdanken, daß diese provokatorischen Schritte unterblieben. Im Streikkomitee saß zwar der Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes, Sobotka, die oberste Leitung aber lag in den Händen eines Mitgliedes der Komintern, das man bis jetzt noch nicht verhaften konnte. Im Verlauf des zweiten Streiks in Verviers hatten die Behörden rechtzeitig Maßnahmen ergriffen und die von der KPB geforderten Maßnahmen verhindert. Dennoch hat dieser Streik fast sechs Monate gedauert, dank der finanziellen Unterstützung von ausländischen kommunistischen Organisationen (so hat z. B. die internationale Rote Hilfe 85000 Fr. unter die Streikenden verteilt). Die größte finanzielle Beihilfe (350000 Fr.) wurde auf Betreiben der KPB den Streikenden von Moskau gewährt, und zwar in der Form, daß die Moskauer Textilarbeitergewerkschaft den französischen Gewerkschaften ein Darlehn in der genannten Höhe gab, das diese als Rückzahlung eines 1928 vom Verband der Wollkämmereiarbeiter in Verviers erhaltenen Darlehns verwandte und damit für die Streiks freimachte. Mit Hilfe dieser Unterstützung konnte dann auch die Fortsetzung der Streiks aufrechterhalten werden, obwohl von vornherein feststand, daß er bei der ungünstigen Lage des Textilmarktes zu keinem Erfolg führen konnte. Im Endergebnis mußten die Arbeiter nach sechsmonatigem Streik die Arbeit wieder aufnehmen. Die Unternehmer selbst waren nun aber nicht mehr imstande, die Erzeugung auf den früheren Stand zu bringen, und so blieb ein großer Teil der Arbeiter (45%) ohne Arbeit. Die Absicht der Kommunisten aber war erreicht: die Zahl der Unzufriedenen hatte sich wesentlich vergrößert.

Weiter betreibt die KPB eine außerordentlich aktive Propaganda unter den Arbeitslosen, mit der Losung, daß die Arbeitslosigkeit die „natürliche Folge des kapitalistischen Systems" sei und nur durch die Diktatur des Proletariats beseitigt werden könne.

Getreu dem Artikel 4 der Zulassungsbedingungen für die kommunistischen Parteien zur Komintern ist die KPB verpflichtet, in der Armee eine scharfe antimilitaristische Propaganda zu entwickeln und so die Schlagkraft des Heeres zu untergraben.

Die Zeitungen „Le Drapeau Rouge" und „Le Jeune Exploité", also die Organe der KPB und der kommunistischen Jugendverbände, widmen der Aktion unter den Soldaten und Ausgehobenen ganze Seiten. Außerdem läßt die KPB unter den Soldaten Kasernenblätter verteilen, wie z. B. „Chass' Rouge", „Garnison", „De Roode Soldaat" u. a. m. Zwecks ständiger Vergiftung des soldatischen Geistes versäumen diese Blätter keine Gelegenheit, um gegen die Vorgesetzten zu hetzen: jeder kleine Zwischenfall in der Kaserne, jedes kleinste Ereignis während der Manöver werden in diesem Sinne ausgenutzt. Diese Propaganda wird verstärkt durch Versammlungen, Theatervorstellungen usw., zu denen die „Genossen Soldaten" eingeladen werden. So hebt z. B. „Le Drapeau Rouge" lobend hervor, daß die KPB nicht nur in fast allen Garnisonen kommunistische Zellen organisiert hat, sondern auch schon in den Vorbereitungslagern, in denen junge Propagandisten bereits vor ihrem Eintritt in den eigentlichen Militärdienst geschult werden.

Ihr besonderes Augenmerk richtet die KPB auf die Propaganda im Kongogebiet, sowohl unter der Eingeborenenbevölkerung wie unter den europäischen Arbeitern und Soldaten. Die Propaganda in Afrika soll in nächster Zeit ganz besonders verstärkt werden. Zu diesem Zweck hat die Sowjetregierung auch eine spezielle Abteilung zum Studium der afrikanischen Sprachen an der Universität Leningrad eingerichtet.

Schließlich versucht die KPB, getreu den Direktiven der Komintern, die eine Ausnutzung von separatistischen Strömungen zur Zerstückelung der „bourgeoisen“ Staaten fordert, in die flämischen antimilitaristischen Verbände einzudringen.

Die Aktivität der KPB läßt keineswegs nach, sondern wächst sich durch die mächtige Unterstützung aus dem Auslande zu einer dringenden Gefahr aus. So halten die Leiter in Moskau eine Milderung der Methoden nach der Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund für unangebracht. Im Gegenteil, die Aufnahme hat die Sowjets in ihrer Überzeugung bestärkt, daß die sog. kapitalistischen Staaten außerordentlich geschwächt sind. Sie haben die Bolschewisten dermaßen umworben, daß diese überhaupt keine Rücksichten mehr für nötig halten. Das am 7. November 1934 zum 17. Jahrestag der Sowjetherrschaft veröffentlichte Manifest der Komintern erklärt daher offen: „Es gibt keinen friedlichen Weg, auf dem das Proletariat die Macht erobern kann. Auf friedlichem Wege kann der Sozialismus niemals verwirklicht werden.“

Die Ereignisse in Spanien erwiesen klar, daß dies keine leeren Worte bleiben sollten. Die kommunistische Gefahr in Belgien ist sehr groß, und äußerste Wachsamkeit ist notwendig, um ihr mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen. Allerdings muß man zugeben, daß Belgien dabei günstiger steht als andere Länder. Seine Regierung und die öffentliche Meinung haben bisher die Bedeutung dieser Gefahr, die Bedrohung durch den revolutionären Bolschewismus zu verstehen und ihr entgegenzutreten gewußt.

Die Tätigkeit des CILACC und der von ihm gegründeten nationalen Verbände hat viel zur Verbreitung dieser Ideen in der belgischen Öffentlichkeit beigetragen. Andrerseits wird sie von hervorragenden Persönlichkeiten, amtierenden und ehemaligen Ministern, bedeutenden Männern aus Politik und Wirtschaft usw., die Ehrenmitglieder dieser Verbände sind, wesentlich erleichtert und kraftvoll unterstützt.

Der wichtigste Umstand war aber die bisher energisch ablehnende Haltung der belgischen Regierung in der Frage der Zulassung einer Sowjetvertretung in Belgien. In Übereinstimmung mit den Richtlinien des verstorbenen König Albert I. haben sich die Außenminister, und zwar sowohl der Liberale Paul Hymans wie der Katholik Henri Jaspar, kathegorisch geweigert, die Sowjets anzuerkennen. Jedoch im Juli 1935 erfolgte die Aufnahme „normaler“ diplomatischer Beziehungen zwischen Belgien und der UdSSR. Von einer Rückerstattung der auf 3 Milliarden 358 Millionen Goldfranken geschätzten Verluste Belgiens war nicht die Rede. Statt dessen erhofft man eine verstärkte Ausfuhr belgischer Erzeugnisse. Bisher ist nicht ein einziger Staat mit seinem Verhältnis zur Sowjetunion zufrieden gewesen. Jeder aber hat ein sofortiges Anwachsen der revolutionären Welle erlebt. Auch Belgien wird nicht davon verschont bleiben.

Allerdings kann der Kampf im Innern der einzelnen Länder nicht zur endgültigen Ausrottung des Übels führen, solange in Moskau ein machtvolles kommunistisches Zentrum besteht, das den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder seine erfahrene Führung, seine moralische und materielle Unterstützung gewährt, um so die Weltrevolution und Vernichtung der anderen Staaten zu erreichen. Werden die einzelnen Parteien verboten, so arbeiten sie getarnt weiter, indem sie ihre umstürzlerische Tätigkeit mit der mächtigen Unterstützung des auswärtigen Zentrums illegal fortsetzen.

Es ist die höchste Zeit, daß die sog. kapitalistischen Staaten die Unmöglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der beiden Gesellschaftsformen einsehen. Da die eine die andere ausschließt und es unmöglich ist, „das Wasser mit dem Feuer zu verheiraten“, wie sich Herr Motta so treffend ausdrückte, dürfen sie die Sowjets weder moralisch noch wirtschaftlich unterstützen. Man darf ein Regime nicht anerkennen, das die bereits unterworfenen Völker in einer beispiellosen Sklaverei und chronischen Hungersnot verderben läßt, und das kein höheres Ziel kennt als die Zerstörung der anderen Staaten und der abendländischen Kultur.



# DÄNEMARK

von

C. Carstensen, Kopenhagen

Vor der Anerkennung der Sowjetunion durch die dänische Regierung war eine eigentliche kommunistische Bewegung im Lande nicht vorhanden. Die linksrevolutionären Ansichten manifestierten sich bis dahin in kleinen Gruppen und Studienkreisen wie den Jungsozialisten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Syndikalisten. Von diesen Gruppen schienen eine Zeitlang die Syndikalisten einige Aussichten zu haben, und aus ihren Reihen bildete sich der Kern der späteren Kommunistischen Partei Dänemarks (DKP).

In den Jahren 1919–21 entwickelte sie sich allmählich. Es wurden kleine Publikationen herausgegeben, wie „Pressen“ und „Solidaritaet“. Auch die ersten ernstlichen Demonstrationen und Zusammenstöße mit Polizei und bürgerlichen Organisationen fallen in diese Jahre. Von den Leitern der jungen Bewegung sind zu nennen: der Sattlergeselle Thöger Thögersen, ein ausgezeichneter Volksredner, ferner Sperling, Robert Klitford, stud. jur. Bröcker, der Pornograph Broby Johansen. Aber Neid und Mißtrauen und das Fehlen eines befähigten Führers verhinderten in diesen Jahren ernstliche Erfolge. Erbitterte Fraktionskämpfe, die oft zu Tätlichkeiten führten, zersplitterten immer von neuem die Avantgarde Moskaus, bis endlich im Jahre 1923 die Anerkennung der Sowjetunion durch die dänische Regierung vollzogen wurde. Die staatlichen Vertretungen der Sowjets ließen sich in Kopenhagen nieder und brachten in die DKP Ordnung und eine Marschlinie. Eine neue Parteileitung wurde eingesetzt und zum Parteiführer Ernst Christiansen ernannt, früher Sozialdemokrat und Journalist beim Organ der Dänischen Sozialdemokratischen Partei (DSP), „Sozialdemokraten“, in Kopenhagen.

Trotz aller Bemühungen waren die ersten Kampfjahre von wenig Erfolg begleitet. Dänemark hatte durch den Weltkrieg großes Vermögen ins Land bekommen, die sozialen Verhältnisse des Landes waren gut, und der rechte Nährboden für die kommunistische Aussaat war noch nicht vorhanden. Vorerst erhielt die DKP ihre Proselyten aus den Reihen der Kopenhagener Studentenschaft, wo die kommunistische Zersetzung durch den Einfluß der Professoren Georg Brandes, Dr. Davidsohn und anderer jüdischer Elemente eine gute Vorbereitung erhielt.

Im Jahre 1927 müssen neue innere Streitigkeiten den Anlaß dazu gegeben haben, daß fast alle Parteiführer mit Ernst Christiansen an der Spitze die DKP verließen und unter dem Jubel der DSP-Presse als reuige Sünder in die Sozialdemokratie wieder aufgenommen wurden. Die Angelegenheit wurde in der bürgerlichen Presse als eine vollkommene Auflösung der DKP bewertet. Aber es stellte sich bald heraus, daß das Verschwinden der alten Parteileitung, die wahrscheinlich nur ihrer eigenen Absetzung zuvorgekommen war, im Gegenteil eine kräftige Aktivierung der DKP bedeutete. Die neue, von Moskau eingesetzte Parteileitung schuf unter Ausnutzung der nunmehr rasch um sich greifenden Weltkrise und auch in Dänemark einreißenden Arbeitslosigkeit in wenigen Jahren eine DKP, die sich in bedrohlicher Weise Einfluß und Geltung zu verschaffen wußte.

Erst von diesem Zeitpunkt an ist die Systematik und Taktik der Kommunisten in dem Ausmaße zu beobachten, wie man sie z. B. in Deutschland zur Genüge kennengelernt hat. In der Parteileitung der DKP sitzen heute: Professorensohn und Student Arne Munch Petersen, Metallarbeiter Axel Larsen, Maschinenarbeiter Rudolf Larsen, Brauereiarbeiter Alf Petersen, Student Otto Melchior, der Leiter des Heizerverbandes Hegener, Heizer Richard Jensen, Eigil Larsen und ein gewisser Kurt Schmidt. Wenn auch nach außen hin die beiden kommunistischen Reichstagsabgeordneten (Munch Petersen und Larsen) als Leiter der Partei angesehen werden, so ist dennoch ohne Zweifel Otto Melchior das eigentliche

Haupt der DKP. Er leitet die Parteizeitung „Arbejderbladet“, und über ihn fließen die Gelder aus dunklen Quellen in die Hände der Agitatoren. Er betreut die aus Deutschland geflüchteten Kommunisten, die Hilfsaktionen und -organisationen, sorgt für die Erlangung der Aufenthaltserlaubnis und, wenn nötig, für falsche Pässe. – In der RFO (revolutionäre Gewerkschaftsopposition), der ISH („International Seamen and Harbour Workers“), dem RFB (Rotfront-Kämpfer-Bund) und in der Studentengruppe spürt man die Hand dieses Mannes, der sich in der Öffentlichkeit klug zurückhält.

Der Kulturbolschewismus hat in Dänemark gute Tage. Weite Kreise von Künstlern und Architekten, durch sog. bürgerliche Zeitungen und Zeitschriften protegiert, haben es ver-



16. Axel Larsen bei einer Hetzrede

standen, inm in unerhörter Weise die Wege zu ebnen. Das Verständnis für die Gefahr scheint kaum vorhanden zu sein.

Überhaupt nimmt das Bürgertum der kommunistischen Bewegung gegenüber eine völlig laue Haltung ein. Bezeichnend dafür ist eine Rede, die kürzlich ein Professor der Universität Kopenhagen hielt. Prof. phil. Jörgen Jörgensen, ein Mann aus guter bürgerlicher Familie, erklärte sich bei dieser Gelegenheit als ein absoluter Anhänger des liberalen Parlamentarismus, fügte aber hinzu, daß, wenn eine Diktatur notwendig werden sollte, er doch lieber eine „rote“ als eine „schwarze“ wolle. In diesem Zusammenhange sei auch daran erinnert, daß Trotzkij-Bronstein in Dänemark öffentlich Vorträge halten durfte.

Unter den Kulturbolschewisten tritt besonders anmaßend und marktschreierisch der Kopenhagener Architekt Paul Hennigsen hervor; seine geschmacklosen Werke haben großen Erfolg gehabt. Er und seine Freunde fabrizieren Theaterstücke im Revuestil und werden hierbei von der Asphaltpresse kräftig unterstützt. Da Hennigsen dazu noch öffentlich als Emigrantenschützer auftritt und geheime Kurierdienste für die Emigranten unternimmt, kann er mit Recht als gefährlicher Zersetzer und Propagandist betrachtet werden.

Eine kleine Studentengruppe („Mondegruppe“) sorgt für sog. sexuelle Aufklärung der Arbeiterschaft. Hier haben besonders der dänische Arzt Dr. Leunbach und die Schriftstellerin



Thil Jensen dem Kommunismus gute Dienste geleistet. – Als zur „Mondegruppe“ gehörig, dürfen wir auch die Schriftstellerin Karin Michaelis nicht vergessen, die keine Gelegenheit unbenutzt läßt, für Moskau zu werben. In Kopenhagen hat sich auch der berüchtigte jüdisch-bolschewistische „Verlag für Sexualpolitik“ niedergelassen, der die „Werke“ des ehemaligen Berliner Kommunisten und „Freud-Marxisten“ Wilhelm Reich herausbringt.

Die Organisationen der DKP entsprechen im übrigen genau den früheren in Deutschland. Zu den schon erwähnten kommen: Jungkommunisten, Pioniere, Rote Hilfe, Verein der Freunde der Sowjetunion und als besondere jüdische Organisation „JKOR“ (Jüdische Kulturorganisation), die u. a. den jüdischen Sowjetstaat Birobidschan zu propagieren hat.

Außer der Tageszeitung „Arbejderbladet“ (8–12 Seiten) erscheinen regelmäßig monatlich „Kommunistisk Tidsskrift“, „Plan“ (Henry Barbusse), Monatsschrift für die Mondegruppe, „Unge Garde“ (Jungkommunisten), „Vi Gymnasiaster“ (Gymnasienzeitschrift), außerdem nach Bedarf Mieterzeitungen und Zersetzungszeitschriften für Schulkinder, Soldaten, Heer und Flotte, Werftarbeiter usw.

Die DKP verfügt über eine große Zahl sehr geschickter Redner. Besonders hervorzuheben sind Axel Larsen und Rudolf Larsen, aber über ganz Dänemark verteilt in den Gewerkschaften und Organisationen sitzen Demagogen, die immer wieder die örtliche Arbeiterschaft zu gewalttätigen Aktionen aufzureizen verstehen.

Allmonatlich erhalten die Einpauker der DKP von der Zentralstelle der Partei in Kopenhagen ihre Stichworte und Anweisungen, damit Angriffe und Aktionen, und auf Versammlungen vorzuschlagende Resolutionen durch Einheitlichkeit vermehrte Kraft und Bedeutung erhalten.

Seit 1932 ist die DKP mit 2 Abgeordneten im dänischen Reichstag vertreten. Die Wahl der beiden Kommunisten wurde dadurch ermöglicht, daß der Arzt Dr. Leunbach sich als Verfechter der freiwilligen Mutterschaft und sexuellen Freiheit der DKP-Liste anschloß und damit der Partei 1100 Stimmen in einem Kreise zuführte. Die DKP erhielt im ganzen Lande 17000 Stimmen[1]).

Um die Wahlergebnisse 1932 richtig bewerten zu können, muß in Betracht gezogen werden, daß das Wahlrecht in Dänemark erst mit dem 25. Lebensjahre beginnt und jeder, der seine Steuer nicht bezahlt oder Armenhilfe bekommt, von den Wahllisten gestrichen wird. Diese Bestimmungen treffen besonders die Anhängerschaft der DKP. Nach vorsichtiger Schätzung dürften heute der gesamten Organisation der DKP rund 40000 Personen angehören. Außer den beiden Reichstagsabgeordneten haben die Kommunisten auch in der Kommunalverwaltung Kopenhagens einen Vertreter, Viggo Lund Poulsen.

In den letzten Jahren haben wilde Streiks, Tumulte, Auftritte und große Straßendemonstrationen in bedrohlicher Weise zugenommen. Mit Hilfe der RGO ist es den Kommunisten nach und nach gelungen, in den Gewerkschaften eine Macht zu entfalten, die oft imstande war, bei Behörden und Regierung ihre Forderungen durchzusetzen. – Die Maßnahmen der Regierung, Uniformverbot für den RFB und Streikverbote haben die kommunistische Willkür in keiner Weise beeinträchtigt. Durch die Taktik, die RGO als „selbständige“ und „unpolitische“ Organisation aufzuziehen, ist es der DKP mehrmals geglückt, die Mitglieder der Gewerkschaften für ihre Zwecke heranzuziehen und Aktionen ins Leben zu rufen, die den Rahmen rein kommunistischer Unternehmungen weit überschritten. So muß die DSP, die mit den bürgerlichen Radikalen einen Regierungsblock bildet, zusehen, wie die RGO ihre Gewerkschaftspolitik geschickt zu durchkreuzen weiß.

Jedes Land hat seine Achillesferse. Dänemark würde ohne seinen Export von landwirtschaftlichen Produkten eine unerhörte Krise erleben. Die Kommunisten wissen, wie durch

[1]) Die übrigen Parteien verteilen sich folgendermaßen: 62 Sozialdemokraten und 14 Radikale bilden den Regierungsblock, während die offizielle Opposition aus 39 Linkskonservativen und 27 Rechtskonservativen besteht. Hierzu kommen noch 4 Rechtsbündler und 1 Deutscher.

eine Zerrüttung dieses Exports dem heutigen Staat und der Regierung beizukommen ist. Deshalb ist die RGO bei den Schlächtern, Hafenarbeitern und Seeleuten besonders durchgebildet. Auf diesen Gebieten werden auch zukünftig die härtesten Kämpfe ausgefochten werden.

Gegenüber dem schicksalsschweren Ringen in den Gewerkschaften des Exportgewerbes verblassen alle anderen Gewerkschaften. An dem Tage, an dem es der DKP gelingt, die Macht innerhalb jener Gewerkschaften zu erkämpfen, ist der Sieg des Kommunismus in Dänemark gesichert. Die Hafenarbeiter und der Heizerverband der Seeleute sind heute schon rein kommunistisch und ein ständiger Herd der Unruhe und Zersetzung.

Unter den Aktionen von ausgesprochen bösartigem Charakter und großem Ausmaße muß die Demonstration der Arbeitslosen vom 6. März 1930 erwähnt werden. Zum ersten Male



17. Straßenschlacht in Kopenhagen im April 1934 zwischen Roten Matrosen und Polizei. Die Polizei wurde zeitweise zurückgeworfen

benutzte die Polizei Tränengasbomben gegen die aufgehetzten Demonstranten. Mehrere Polizeibeamte wurden ernstlich verletzt. Ebenso sei an den Sturm der Arbeitslosen auf das Rathaus in Nakskov erinnert. Die Kommunalverwaltung wurde unter Anwendung von Gewalt gezwungen, die Unterstützungen an die Arbeitslosen beträchtlich zu erhöhen. Die Ruhe in Nakskov konnte erst nach 3 Tagen wiederhergestellt werden, nachdem Militär hinzugezogen wurde.

Ein Streik von ganz außerordentlicher Heftigkeit brach unter den Seeleuten im Frühjahr 1934 aus. Zum erstenmal wurden Barrikaden aufgebaut und organisierte Überfälle auf Polizeibeamte verübt. Die Hartnäckigkeit und Gewalttätigkeit dieses Streiks ist geflüchteten deutschen Kommunisten zuzuschreiben, die die Taktik des Terrors und Rotmords auf Dänemark zu übertragen suchten. Die Leitung dieser Aktion lag in den Händen internationaler Kommunistenführer, wie Vogel, Wollenweber und Schiele; sie wußten, ihre dänischen Genossen in einer bisher in Dänemark unbekannten Weise aufzuhetzen. Auf



einem anderen Gebiete suchen die Kommunisten eine ebenso schwer faßbare wie bedrohliche Wirkung auszuüben, nämlich in den Lehrerseminaren, wo sie Zellen bilden und eine stille Propaganda treiben. Sogar die Gymnasien haben sie in ihren Propagandabereich einbezogen und vertreiben dort eine besondere Zeitung für die Schüler.

Weiter wird eine lebhafte Agitation in der Wehrmacht betrieben, gegen die von behördlicher Seite viel zu wenig unternommen wird. So ist es bisher nie gelungen, der kommunistischen Propagandisten innerhalb der Kasernen habhaft zu werden. Bezeichnend für die Unentschlossenheit der Gegenmaßnahmen ist es, daß Heeresangehörige sich häufig in Uniform an kommunistischen Straßendemonstrationen beteiligen können.




18. Demonstrationszug in Kopenhagen im Frühjahr 1933

Im Jahre 1932 versuchten die Kommunisten sogar, einen Streik in der Flotte zu entfachen, der aber noch rechtzeitig unterdrückt werden konnte. Die Wühlarbeit in der Marine wird dauernd fortgesetzt, besonders mit Hilfe von Flugschriften. Vereinzelt sind auch Diebstähle von Waffen und Munition vorgekommen. Alle diese Ereignisse werden von den zuständigen militärischen Stellen als sehr ernst angesehen.

Bei der dänischen Bauernschaft haben die Kommunisten weniger Glück gehabt. Zwar haben die Landwirte eine schwere Krise durchzukämpfen, aber das Zutrauen zu ihrer alten Partei, der „Venstre“ (Linke), ist noch unerschüttert.

Der Bauernstand in Dänemark ist überkapitalisiert, und der Kampf des Bauern geht um die Befreiung von der Zinsknechtschaft. Die DKP hat natürlich ihre Aufmerksamkeit in höchstem Grade dieser Tatsache gewidmet, und starke Kräfte sind eingesetzt, um die Not der Landwirtschaft der kommunistischen Propaganda dienstbar zu machen.

Doch das Hauptgewicht wird auf die Stadtbewohner gelegt. Dänemark hat $3^1/_2$ Millionen Einwohner, davon wohnen fast 1 Million in Kopenhagen; dort befinden sich alle

Zentralstellen der Landesverwaltung, Regierung und Reichstag. Würde einmal die Hauptstadt dem Kommunismus in die Hände fallen, so wäre das Schicksal des Landes besiegelt. Die Masse der Bauernschaft wird sich kaum in Bewegung setzen, bevor ihr der Kollektivismus auf den Leib rückt.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Axel Larsen hat einmal die Worte ausgesprochen: „Die DKP wird nicht ruhen, bevor der letzte Priester an den Gedärmen des letzten Großbauern gehenkt ist.“ Der Kampf gegen die Religion ist aus taktischen Gründen in letzter Zeit mehr im stillen geführt worden. Auf den Lehrerseminaren und in den Elternräten der Volksschulen wird ein erbitterter Kampf um die Religionsstunden ausgefochten. Den direkten Angriff auf die Kirche und die Verhöhnung der Priesterschaft überläßt man den Wegbereitern des Kommunismus – den jüdischen oder unter jüdischem Einfluß stehenden Zeitungen. In ihnen sind die Angriffe viel wirksamer als im „Arbejderbladet“.

Konzentrierte Maßnahmen der Regierung gegen die DKP sind bisher nicht vorgekommen. Aus taktischen Gründen wird gleichzeitig nach links und rechts geschlagen. So geschah es 1933 mit dem allgemeinen Uniformverbot für die Jugendformationen, dem Verbot von Umzügen und Demonstrationen ohne vorher eingeholte Erlaubnis, dem Verbot kasernenmäßiger Einquartierung, dem Waffenverbot usw. Alle diese Maßnahmen gelten für jede extreme Bewegung, gleichviel ob sie rechts oder links steht. Außerdem wurde ein Gesetz erlassen, das Lockouts und Streiks verbietet und Zwangsschlichtungsverfahren vorschreibt.

Wie schon erwähnt, haben die Kommunisten durch die RGO mehrmals verstanden, dem Streikverbot zu trotzen, so daß direkte Aktionen und ungesetzliche Streiks an der Tagesordnung sind. Die von den Gerichten den Gewerkschaften auferlegten Bußen werden nicht bezahlt oder es werden, wie beim Seemannsstreik im Frühjahr 1934, die vorhandenen Gelder rechtzeitig nach dem Auslande geschafft.

Die sozialdemokratisch-radikale Regierung versucht den Kampf gegen den Kommunismus vor allen Dingen in den Gewerkschaften zu führen. In ihnen wird früher oder später die Entscheidung fallen.

Die Einheitsfronterklärungen der DKP haben schon oft für die DSP unangenehme Auseinandersetzungen gebracht. Die Parteileitung der DSP sträubt sich mit Händen und Füßen gegen alle Versuche der Kommune, gemeinsame Resolutionen oder Demonstrationen zustande zu bringen. Bei vielen Gelegenheiten haben aber die Kommunisten mit ihren Einheitsfrontbestrebungen bei Aktionen gegen das Bürgertum und gegen die Nationalsozialisten Erfolg gehabt, und viele junge Sozialdemokraten haben die DSP verlassen und sich bei der DKP gemeldet, weil ihnen das Verständnis für die Ablehnung der Einheitsfront fehlt.

Nachdem durch Hitler der Kommunismus in Deutschland vernichtet worden war, sind die Anführer und Drahtzieher des „Rotmord“ nach den Nachbarländern geflüchtet. Dänemark erhielt in dem ersten Jahr nach der Umwälzung einen gewaltigen Zuzug von Terroristen, Zersetzungsliteraten, Juden und von gemeinem Verbrechergesindel. All das beanspruchte unter dem Vorwande, politische Flüchtlinge zu sein, die Gastfreundschaft des sozialdemokratischen Landes.

Sobald sich der erste Schreck der „Emigranten“ gelegt hatte, ging man daran, die Rote Hetze im Exil fortzusetzen und zu organisieren. Hetzschriften wurden gedruckt und durch geheime Kuriere ins Ausland gesandt. Gleichzeitig versäumte man nicht, den örtlichen Kommunismus zu aktivieren. In den Streiks der letzten Zeit kehren augenfällig die Methoden und terroristischen Ausartungen wieder, die man aus den letzten Jahren vor dem Umsturz in Deutschland nur zu gut kennt.

Die sozialdemokratische Presse gewährt manchem Halb- und Ganzbolschewisten Unterschlupf und Betätigungsmöglichkeit.

Die geflüchteten Kommunisten müssen freilich in Dänemark illegal arbeiten, da sonst Ausweisung droht. Aber viele entziehen sich der behördlichen Neugierde, indem sie sich mit





19. Kommunistische Frauendelegation aus Dänemark in der Sowjetunion

falschen Papieren oder unangemeldet aufhalten und durch die Rote Hilfe bei Genossen untergebracht werden.

Mit dem Zuzug der deutschen Kommunisten nach Dänemark beginnt gleichzeitig die konspirative und illegale Arbeitsmethode in der DKP an Bedeutung zu gewinnen. – Eine GPU wurde von Vogel und Wollenweber organisiert und deren Leitung dem deutschen Kommunisten Philipp anvertraut. Dieser war gleichzeitig Leiter des Literaturversandes nach Deutschland. Seit dem Januar 1934 gehört Kopenhagen mit Basel und Prag zu den Hauptquellen der „Emigrantenliteratur“.

Auch ohne Mittun ausländischer Kommunisten wird die politische Entwicklung in Dänemark unentwegt den Marsch nach links fortsetzen, wenn nicht junge nationale Kräfte in abschbarer Zeit imstande sein werden, der Roten Flut machtvoll entgegenzutreten.

# FRANKREICH

## I

von *⁎*, Paris

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) – Französische Sektion der Moskauer Internationale – fällt in das Jahr 1920. Auf der Tagung der Französischen Sozialistischen Partei in Tours beschlossen nämlich einige Splittergruppen, sich der Komintern anzuschließen, und nannten sich „Parti Communiste Français" (PCF). Nach einigen Versuchen zur Unabhängigkeit, die aber rasch durch Drohungen und Bestechungen unterdrückt wurden, fügten sich die Leiter der neuen Partei sehr schnell und ohne Vorbehalt den Richtlinien der III. Internationale.

*

Trotz eines ziffernmäßig nicht allzu starken Bestandes, der im Laufe der letzten zehn Jahre zwischen 30000 und 60000 geschwankt hat, ist die KPF eine äußerst kräftige und bewegliche Organisation. Ihre Stärke liegt vor allem in ihrem Rückhalt in Moskau und in der materiellen Unterstützung, die sie von dort erhält. Nach den Berechnungen von Herrn Laporte, der früher Mitglied des Zentralkomitees der KPF und Gründer des Kommunistischen Jugendverbandes in Frankreich war, sich aber später mit Moskau überwarf, hat die KPF im Verlauf eines einzigen Jahres nicht weniger als 12 Millionen Franken erhalten.




20. Wahlpropaganda in Belleville



Das oberste Organ der KPF ist der Nationalkongreß, der sich bestimmungsgemäß jährlich versammeln soll. Augenblicklich ist die Rolle dieses Kongresses ohne Bedeutung, da seine einzige Tätigkeit darin besteht, die Thesen und Beschlüsse, die in Moskau herausgegeben werden, zu „billigen".

Der Nationalkongreß wählt das Zentralkomitee. Die Wahlen sind natürlich nur ein abgekartetes Spiel, denn die Kandidaten werden von Moskau schon vorher bestimmt. Das Zentralkomitee ist „verantwortlich für die Ausführung der politischen und organisatorischen Aufgaben, die vom Kongreß bestimmt werden". Es tritt mindestens zweimal monatlich zusammen und beaufsichtigt zwei Büros: das Politische Büro und das Organisationsbüro, die in Wirklichkeit die leitenden und ausführenden Stellen sind. Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Bedeutung des Politischen Büros immer mehr erweitert, weil es die ganze Macht in Händen hat und vor allem mit Moskau in direkter und enger Verbindung steht. Das Politische Büro versammelt sich wenigstens zweimal wöchentlich. Es hat die unbeschränkte politische Führung der Partei.

Das Sekretariat spielt im Leben der Partei eine hervorragende Rolle. Es bereitet die Arbeiten des Zentralkomitees und des Politischen Büros vor und überwacht die Ausführung der Beschlüsse. Das Organisationsbüro ist eine Art ständige Kommission und damit beauftragt, alle Fragen der Leitung und Organisation zu entscheiden, die ihm vom Politischen Büro oder dem Zentralkomitee zugewiesen werden. Die Mitglieder des Zentralkomitees sind im übrigen auf 13 Kommissionen verteilt, eine Art von Ministerien, deren Namen und Funktionen recht aufschlußreich sind.

1. Die Gewerkschaftskommission arbeitet an der Eroberung der Massen auf dem Wege der Durchdringung der Gewerkschaften. In allen Gewerkschaften werden kommunistische Fraktionen gebildet, und die „linke Einheitsgruppe" in der alten CGT („Confédération Générale du Travail") wird verstärkt. Ihr Zweck ist es, zwischen allen irgendwie kommunistisch beeinflußten ähnlichen Organisationen wie CGT usw., eine gemeinsame Fraktion zu bilden, die CGTU („Confédération Générale du Travail Unitaire"), die in engster Verbindung mit der KPF steht. Der Gewerkschaftskommission untersteht eine Unterkommission, die den Auftrag hat, „proletarische Einheitskomitees gegen den Faschismus und Imperialismus" zu bilden.
2. Die Frauenkommission sucht in Verbindung mit der CGTU durch Genossenschaften, Mietergruppen und andere materielle Organisationen die Sympathien der Frauen zu erobern. Sie verficht die Forderung der Frau nach politischer Gleichheit, verfügt über regelmäßige „Seiten der Frau" in den Parteizeitungen, richtet Lehrgänge für „kommunistische und sympathisierende" Frauen ein und unterstützt die Partei bei allen Wahlkämpfen. Außerdem soll sie überall regionale und lokale Frauenkommissionen bilden.
3. Die Genossenschaftskommission wirkt dahin, daß die Parteimitglieder überall kommunistische Genossenschaften als Kampfmittel bilden, um auf der Grundlage materieller Vorteile „reformistische" und „kleinbürgerliche" Kreise in die revolutionäre Massenaktion hineinzuziehen.
4. Die Mieterkommission besorgt dieselbe Arbeit unter den Mietern einzelner Häuser. Sie organisiert „Mieterkomitees", um Wohnungsinhaber gegen die Forderung der Hausbesitzer zu „verteidigen", und macht Propaganda mit einem „Mindestprogramm der Mietervereinigung". Sie hat kommunistische Fraktionen in den Mieterverbänden zu bilden und verfügt über eine in ganz Frankreich arbeitende kommunistische Mieterorganisation.
5. Die Kommission der inneren Parteiorganisation hatte ursprünglich den Zweck, die Partei auf der Basis von Zellen zu organisieren. Im Augenblick dürfte diese Kommission nicht tätig sein.



21. Die „Volksfront" unter kommunistischer Führung




22. Die „Intellektuellen" in der Einheitsfront des Generalstreiks



23. Kommunistische Massendemonstrationen in Paris während eines Generalstreiks



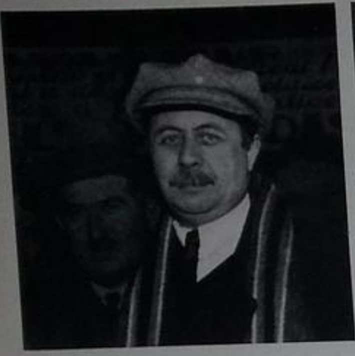

24. Der von Kommunisten organisierte Hungermarsch der nordfranzösischen Bergarbeiter trifft in Paris ein

6. Die Kommission für Gemeindeangelegenheiten bereitet die „Eroberung der Gemeindevertretungen in den Pariser Vororten“ vor. Sie stellt den Agitations- und Propagandaplan für Gemeindewahlen auf. Sie sorgt für Verbindung zwischen den verschiedenen kommunistischen Gemeindebehörden und den kommunistischen Fraktionen in bürgerlichen Gemeindevertretungen, um alle kommunistischen Gemeindevertretungen zu einsatzfähigen und kontrollierten Parteiorganen zu machen. Im allgemeinen hat Moskau für die Eroberung der Gemeindevertretungen durch die Kommunisten großes Interesse gezeigt. So wurden ganz besonders eingehende Anweisungen für diesen Abschnitt ausgearbeitet. Schon vor einigen Jahren betrug die Zahl der Gemeinden, deren Leitung in kommunistischen Händen lag, 164 und die der stark kommunistisch beeinflußten mehr als 260. Der für das Pariser Gebiet ausgearbeitete Plan sah vor, rund um Paris in den Vorstädten mit Industriebevölkerung eine Reihe von kommunistischen Gemeinden zu schaffen, gleichsam einen „Roten Gürtel“ um die Hauptstadt, der im Besitz aller strategisch bedeutenden Punkte und Zugangsstraßen wäre. Schon haben eine Reihe wichtiger Orte der Pariser Bannmeile, wie St. Denis, Puteaux, Suraisnes, Villejuif usw., seit Jahren kommunistische Gemeindebehörden und sind so dazu bestimmt, Rote Festungen darzustellen, die die Zugangsstraßen zur Hauptstadt beherrschen. Es besteht eine vollständige Analogie zwischen der Strategie der französischen Kommunisten und der Marxisten in Wien. Die letzten Wahlen haben den Gürtel fast geschlossen.
7. Die Mittelstandskommission beschäftigt sich mit der Erfassung der für Frankreich so bedeutsamen „Kleinbürger“ und deren Organisation.
8. Die Kommission der Kriegsteilnehmer soll in die Organisation der Frontkämpfer eindringen. Weiter hat sie die Arbeit in der ARAC, der linksstehenden republikanischen Frontkämpferorganisation, zu gestalten (Reise französischer Frontkämpfer nach der Sowjetunion im Sommer 1935). Sie sucht vor allem die Arbeiter, die Kriegsteilnehmer gewesen sind, zum Kampf gegen die „faschistischen Kriegsteilnehmerverbände“ zu sammeln.
9. Die Bauernkommission verfolgt die Taktik, die „reaktionären“ Leiter der Agrarorganisationen und -syndikate durch kommunistische Vertreter zu ersetzen. Durch Organisation der Landarbeiter hat sie einen Französischen Bauernrat gebildet, der überall vorgeschoben wird, wo angeblich die Interessen der Bauern und Landarbeiter gewahrt werden sollen.
10. Die Kommission der ausländischen Arbeiter in Frankreich organisiert politisch im Rahmen der Partei die zahlreichen ausländischen Arbeiter in Frankreich. Sie sorgt vor allem dafür, daß diese Elemente mit der „richtigen Presse“ in ihrer eigenen Sprache versorgt werden. Die einzelnen Gruppen stehen unter ihrer Aufsicht in Verbindung mit den kommunistischen Parteien der Heimatländer. Bemerkenswert ist vor allem die Aufgabe, „für die Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Bauern deutscher Sprache zu sorgen“. Diese Spezialkommission stützt sich besonders auf die partikularistischen und separatistischen Bestrebungen in Elsaß-Lothringen. So ist dort eine „Spezialkommission“ aufgestellt worden, die aus je einem Mitglied des Politischen Büros und der parlamentarischen Gruppe besteht.
11. Die Kommission für politische Information faßt die gesamte Information und Berichterstattung über politische Vorgänge zusammen, z. B. über andere Parteien, vor allem die sozialistischen.
12. Die Kolonialkommission unterstützt mit allen Mitteln die Abfallbestrebungen in Nordafrika, Tunis, Algerien, Marokko usw. Sie organisiert die Arbeiter aus den Kolonien, um ihnen „brüderlich bei ihrem gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern der Hauptstadt gegen die französische Bedrückung“ zu helfen. Die Art ihres Vorgehens ist durch die Ereignisse in Nordafrika und Syrien ans Tageslicht gekommen.




25. Der „Rote Donnerstag“ auf der Place du Combat, 1930


26. Während eines kommunistischen Angriffs auf die Trikolore wird ein Polizist mißhandelt (St. Dénis bei Paris)



27. Marty



28. Thorés



29. Cachin und Marty

auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau



30. Marcel Cachin (×) auf einem „Kongreß der Freunde der Sowjetunion“ in Paris

13. Die Kommission für Agitation und Propaganda befaßt sich mit der Propaganda bei großen politischen Kampagnen, kontrolliert die Presse und Literatur der Partei und sorgt für ihre Verbreitung, veranstaltet Lehrgänge, richtet sogenannte „Leninschulen“ ein, versorgt Parteiorganisationen mit ideologischem und technischem Redner- und Schulungsmaterial, besorgt Korrespondenzen usw.

*

Das gesamte französische Gebiet wird von der KPF in etwa 24 Regionen eingeteilt. Jede Region wird durch einen Regionalsekretär als Vertreter der Parteispitze geleitet. Er hat an seiner Seite eine Organisationskommission und ein regionales Komitee und steht in ständiger Verbindung mit dem Parteisekretariat und dem Zentralkomitee. Die Regionen selbst werden in Abschnitte und Zellen eingeteilt. So ist z.B. die Pariser Region in 13 Abschnitte gegliedert.

Jeder Abschnitt hat eigene Organe und eigene Aktivität. Sein leitendes Komitee hat 15 Mitglieder und 5 Vertreter, die sich mindestens zweimal wöchentlich versammeln.

*

Als im Jahre 1923 das Ruhrgebiet von Frankreich besetzt werden sollte, führte die KPF eine heftige Propaganda gegen den „französischen Imperialismus“. Während der Besetzung wurden einige Soldaten vor Militärgerichte gestellt, weil sie mit deutschen Arbeitern in Verbindung standen und gemeinsame kommunistische Zellen bildeten. Damals wurden auch einige Parteiführer verhaftet. Nach dem großen politischen Umschwung in Frankreich im Jahre 1924 beschloß der V. Weltkongreß der Komintern, die KPF organisatorisch umzugestalten. Danach stieg die Mitgliederzahl ganz bedeutend. Seit 1925 betreibt die KPF eine umfangreiche Propaganda in den Kolonien, besonders in Marokko, Siam und Syrien. Von hier aus beginnt eine neue Zersetzung in der Armee. Der Generalstreikparole folgten Hunderttausende von Arbeitern. Während der großen Finanzkrise von 1926, die wieder Poincaré an der Spitze eines Kabinetts der Nationalen Union an die Macht brachte, versagte die Organisation. Es rächte sich die opportunistische Politik, die mit den linken kleinbürgerlichen Parteien zusammenarbeitete, ohne schlagkräftige Zellen in den Fabriken zu besitzen. Eine innere Krise der Partei wurde auf dem Kongreß von Lille gelöst, indem die Leiter der Rechtsopposition, z. B. Loriot, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Erst 1927 wurde die Regierung wirklich aktiv gegen die KPF. Daraufhin wurden einige Parteiführer Anhänger legaler Tendenzen und traten nach ihrem Ausschluß zur Sozialistischen Partei über. Diese war inzwischen in der Hauptsache eine bürgerliche Partei geworden und wurde als „sozialfaschistisch“ fast schärfer bekämpft als die Rechtsparteien. Außerdem traten einige Trotzkijanhänger propagandistisch auf. Auf eine Intervention des EKKI hin wurden z. B. de Traine und Suzanne Girault ausgeschlossen. Jegliche Beziehungen zu kleinbürgerlichen Parteien wurden abgebrochen. Das Objekt stellen nur noch die proletarischen Massen dar.

In den nächsten zwei Jahren zeigte die Taktik der Streiks eine Reihe von Erfolgen: 1927 fanden 443 Ausstände mit 120000 Streikenden statt; 1928 bereits – 943 mit 220000, 1929 – 1139 mit 470000. Nach den Direktiven Moskaus wird von nun ab die „Generallinie“ verfolgt. Man richtet sich auf die Möglichkeit eines „imperialistischen Krieges“ ein und erteilt eingehende Instruktionen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsopposition und Streikorganisation. Die alten Methoden der Arbeit in Fabriken und Werkstätten wurden aufgegeben. Die Massen



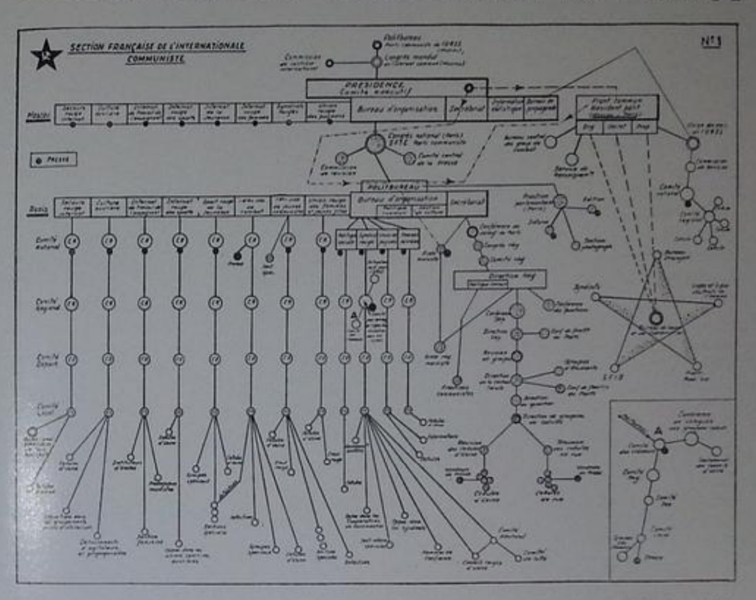

31. Kommunistische Frauendemonstration während des Textilarbeiterstreiks in Roubaix

folgen bereits den Parolen der KPF, und das Bürgertum wehrt sich mit Gegenmaßnahmen. In der ständig steigenden Streikwelle zeigt sich die Verbürgerlichung der Sozialisten, die zum Abbruch der meisten Streiks entscheidend beitragen.

Zwei verschiedene Taktiken hat die KPF in Anpassung an zwei verschiedene Perioden verfolgt:

1. Die Periode seit der Gründung bis 1925 könnte man den „Appell zur Weltrevolution" nennen. Indem sie sich auf das Beispiel der verhältnismäßig leichten Machtergreifung in Rußland berief, glaubte die Komintern, die Stunde der Weltrevolution habe schon geschlagen, und es sei leicht, die europäischen Regierungen zugunsten einer kommunistischen Diktatur zu stürzen. Der Hauptangriff erfolgte in Deutschland, Italien und auf dem Balkan. In Frankreich allerdings wurde kein methodischer Plan angewandt. Die französischen Kommunisten verkannten noch die großen Gefahren, die später entstanden. Es handelte sich also um eine Politik des „Grand Soir", des „Letzten Gefechts". Man bildete Arbeitertruppen, bewaffnete Hundertschaften, Vortrupps einer zukünftigen Sowjetrepublik. Man verfaßte einen Angriffsplan und stellte die Stützpunkte fest. Man strengte sich mit aller Kraft an, die Armee zu unterminieren, und glaubte sie bald gewonnen zu haben. Durch die Wahlen hoffte man, sehr schnell eine kommunistische Mehrheit in der Kammer erreichen zu können. Das Beispiel Osteuropas verwirrte den klaren Blick. Bald aber erschienen mit erdrückender Überzeugungskraft alle Schwierigkeiten. Man mußte sich darüber klar werden, daß die nach russischen Erfahrungen ausgearbeiteten






32. Eine umfassende Übersicht über die gefährliche Organisation des Bolschewismus in Frankreich. Danach ist also das Politbüro (führendes Mitglied: Stalin) oberste Instanz für jeden Kommunisten in Frankreich, nicht etwa der Präsident der französischen Republik. Alle Spitzenorganisationen haben ihren Sitz in Moskau, alle Befehle gehen von dort aus. (Entnommen „Je suis partout" vom 30. November 1935.)

Richtlinien aus Moskau nicht für das Frankreich von 1925 Geltung hatten. Es mußten also französische Richtlinien aufgestellt werden. Zuerst galt es, aufgeklärte, disziplinierte und schlagfertige Formationen zu schaffen.

2. In der Periode 1925–1930 wurde die gesamte Partei auf der Basis von Zellenorganisationen umgebaut und vollständig neu organisiert. Das war eine kommunistische Methode, nicht eine Kopie der sozialistischen. Über ganz Frankreich breitete sich ein Netz von kommunistischen Zellen, die Arbeitermassen wurden vom Sozialismus zum Kommunismus herübergezogen, die Organisation und die Leitung arbeiteten nur noch unterirdisch, geheim und getarnt. Eine Reinigung der Partei sicherte von neuem den unbedingten Gehorsam, auch der Leitung, und die Unterordnung unter die Befehle Moskaus. Zugleich wurden die Bemühungen um die Bolschewisierung der Kolonien verstärkt aufgenommen.

Die Kriege in Marokko und Syrien waren eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Unterminierungsarbeit im französischen Kolonialreich. Doriot, damals einer der tätigsten Führer des französischen Kommunismus, unternahm eine lange Reise nach China, um dort Erfahrungen für die Arbeit in den Kolonien zu sammeln. Die Arbeit in Indochina führte im Februar 1930 zu den blutigen Vorfällen von Yen-Bay.

*

Von 1931 an ist ein Anwachsen der kommunistischen Tätigkeit in Frankreich zu beobachten. Im September 1932 konnte die 12. Vollversammlung des EKKI feststellen, daß „der Auftrieb der revolutionären Bewegung in Frankreich sich zwar vorwärts entwickele, dennoch aber im Rückstand gegenüber der großen Spannung der internationalen Situation" sei.

Es war also notwendig, diese Verzögerung aufzuheben. Durch neue, bis ins einzelne ausgearbeitete Instruktionen wurde die Lage in Frankreich in einem für die Absichten Moskaus günstigen Sinne beeinflußt. Gleichzeitig schloß das damalige Kabinett den Nichtangriffspakt mit der UdSSR ab und zeigte sich etwas duldsamer gegenüber den französischen Kommunisten. Andererseit drohten wirtschaftliche Schwierigkeiten, von denen Frankreich bisher verhältnismäßig verschont geblieben war.

Um die Moskauer Richtlinien erfolgreich in die Tat umsetzen zu können, mußten die französischen Kommunisten im Besitz von zwei grundlegenden Faktoren sein: Formationen und Massen.

Im Augenblick dürften die kommunistischen Formationen in Frankreich ihre Fehler schon überwunden haben. Nach einer Reihe von „Reinigungsaktionen" hat Moskau sich einen gut disziplinierten Führerapparat geschaffen, der über die nötige Ausbildung und eine reiche Besoldung verfügt. Dieser Apparat wird in hervorragender Weise durch die zahlreichen Agenten der Moskauer Internationale unterstützt, die seit der Anerkennung der Sowjetunion durch Frankreich ohne Schwierigkeiten im Lande arbeiten können, z. B. unter Vorspiegelung diplomatischer Funktionen oder von Aufträgen der Außenhandelsorganisation. Im übrigen verfügt die Komintern über Formationen, die von heute auf morgen örtliche revolutionäre Bewegungen verstärken können. Endlich bestehen bei der Komintern neben diesen immerhin „legal" getarnten Organisationen überall geheime Formationen, die nur im entscheidenden Augenblick zum Einsatz kommen sollen.

Trotz ihrer augenblicklichen „Legalität" bereitet die KPF mit verstärkter Aktivität den Übergang zur Illegalität vor, da sie sich vorsichtig auf den Augenblick einstellt, in dem sie in Frankreich für ungesetzmäßig erklärt werden könnte, wie das schon in anderen Ländern geschehen ist. Die 13. Vollsitzung des EKKI der Komintern, die im Dezember 1933 in Moskau stattfand, arbeitete eingehende Richtlinien dafür aus. Es wird daher immer schwerer, die Tätigkeit der Kommunisten in Frankreich zu erfassen und zu verfolgen, denn die Kontrolle der geheimen Organe ist sehr schwierig geworden.

Entwicklung und Stärke des Kommunismus in Frankreich einzig nach der Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder zu beurteilen, würde zu Irrtümern führen. Denn seit einiger Zeit wird in den Moskauer Richtlinien weniger Bedeutung auf offizielle Mitgliedschaft als auf eine lose Anhängermasse gelegt. Zwischen 1930 und 1935 wurden durch die KPF zwei Hauptziele verfolgt:

1. die Förderung einer dem Bolschewismus günstigen Stimmung, besonders in intellektuellen Kreisen, und
2. die Schaffung der Einheitsfront und ihre Festigung nach kommunistischen Grundsätzen.



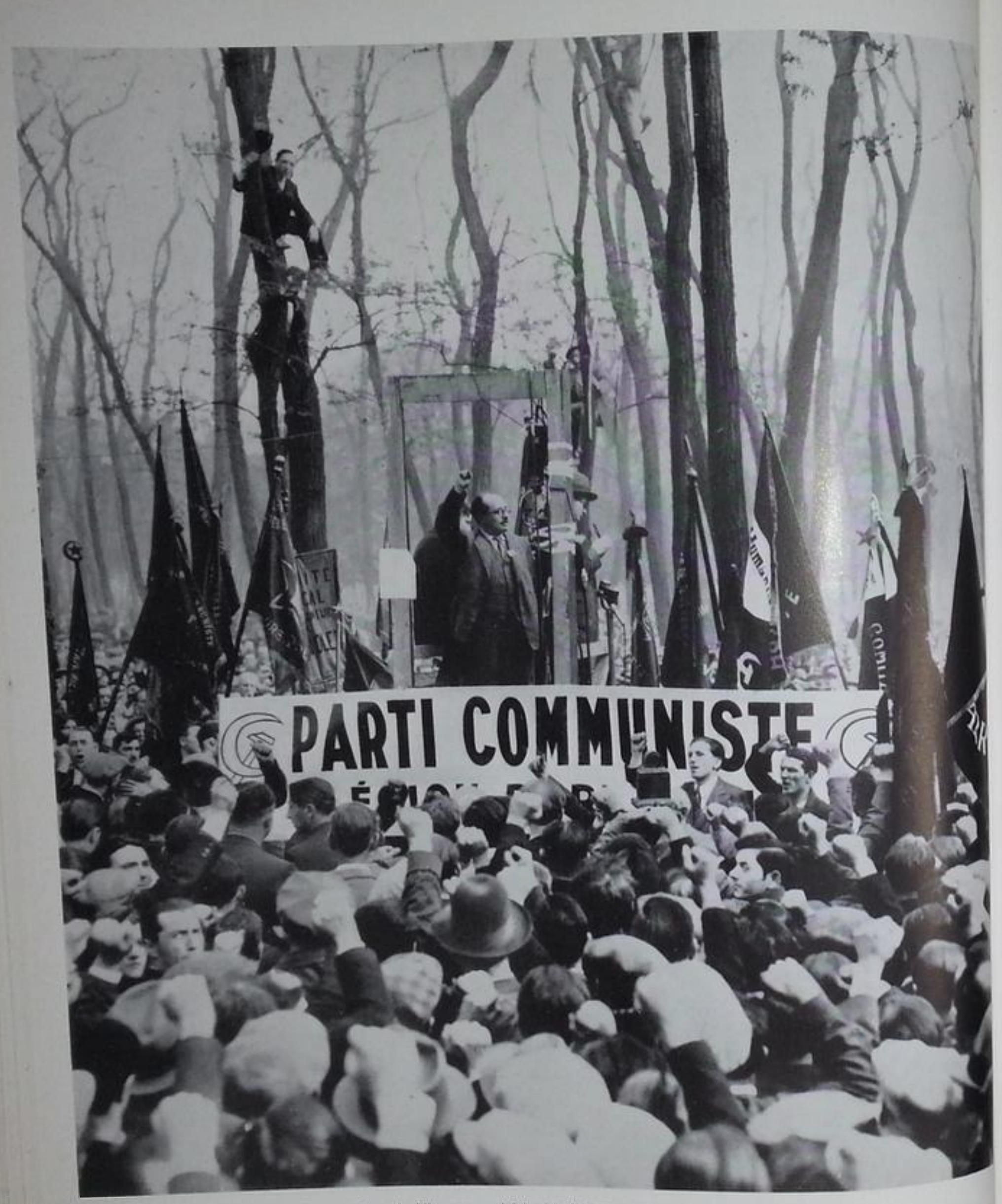


La foule au stade Karl-Marx, à Villejuif

33. Kommunistische Gemeinden (Sowjets!) mitten in Paris (Karl-Marx-Stadion in Villejuif)



34. Sympathiekundgebung für die Sowjetunion




35. 1. Mai-Versammlung in Vincennes, gleichzeitig Barrikaden und Beschießung der Polizei in Paris



36. Kriegsverstümmelte werden von den Kommunisten zu Propaganda-zwecken mißbraucht. Februar 1934




37. Selbst auf dem Kirchhof kommunistische Propaganda (Père Lachaise in Paris)

Diese Taktik ermöglicht es den eigentlichen kommunistischen Organisationen, zahlreiche an und für sich nichtkommunistische Elemente in die Bewegung hineinzuziehen. In erster Linie wären hier die Sozialisten zu nennen, die trotz aller Abneigung gegen Moskau die marxistische Doktrin hochhalten und sich schon deshalb eifrig mit den Absichten der Komintern beschäftigen.

Die Taktik der „Einheitsfront" wurde von der Komintern eingeschlagen, als sie sich über die Unmöglichkeit klar wurde, alle sympathisierenden Sozialisten von einem Tag zum andern in die offiziell kommunistischen Formationen hineinzuziehen. Es wurde also ein System ausgearbeitet, nach dem vor allem durch Hilfsorganisationen ohne offizielles kommunistisches Aushängeschild, aber unter Führung von Moskauer Agenten, die Masse der Sympathisierenden eingespannt wurde. In erster Linie sind hier zu nennen: „Die Freunde der UdSSR", der „Freidenkerverband" und die „Kampfbewegung gegen den imperialistischen Krieg", entstanden auf dem Kongreß von Amsterdam im August 1932. Daneben gibt es noch andere Organisationen, in denen der Moskauer Einfluß zwar anzunehmen, aber schwer festzustellen ist.



38. Henri Barbusse und seine Freunde

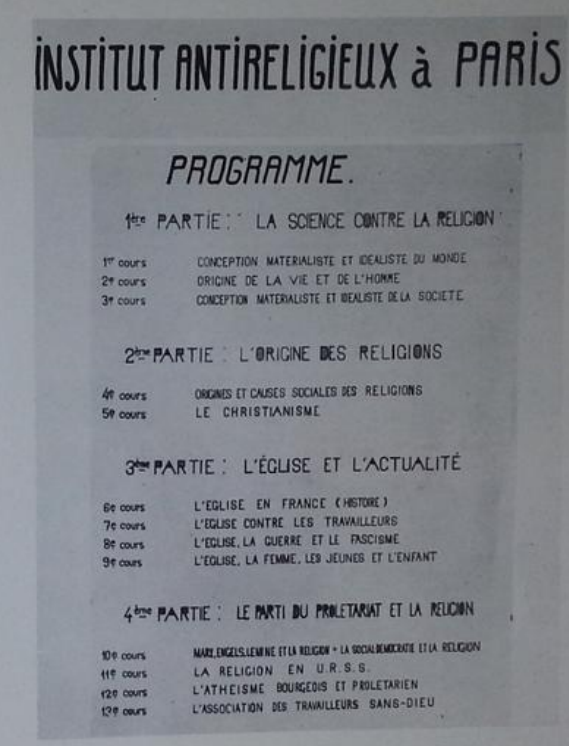
Außer von den sympathisierenden Sozialisten kommen die Anhänger der KPF besonders aus den Reihen der Arbeitslosen, aber auch der Intellektuellen, bei denen eine geschickte Propaganda von Schriftstellern wie Henri Barbusse, André Gide, Romain Rolland und André Malraux eine sehr günstige Einstellung geschaffen hat. Wichtig sind auch die „Antimilitaristen" und „Pazifisten" aller Schattierungen, die nach dem Kongreß von Amsterdam zu der großen Organisation „Kampfbewegung gegen den imperialistischen Krieg" zusammengefaßt wurden. Diese Organisation schließt auch die frühere „Antifaschistische Internationale" mit ein.



Während der Vorbereitungen zum Amsterdamer Kongreß wurden mehr als 500 „Komitees gegen den imperialistischen Krieg" gebildet, die alle bestehen blieben.

Schließlich muß die anhaltende Tätigkeit Moskaus auf dem Gebiet der antireligiösen Propaganda erwähnt werden. So wurde in Frankreich eine „Antireligiöse Fakultät" errichtet. Die Organisation der französischen Gottlosen gibt die Zeitschrift „La Lutte" heraus.

Das Programm eines Lehrganges der „Antireligiösen Fakultät" ist z. B. folgendes:





39. Programm des Antireligiösen Instituts in Paris

Im Oktober 1935 wurde nach Meldung der Zeitschrift der Gottlosen, „La Lutte", in Paris ein neues Antireligiöses Institut gegründet.

Die Liste der von der Komintern geleiteten, unterstützten und abhängigen Organisationen in Frankreich enthält u. a.:

1. PCF, Kommunistische Partei Frankreichs (Sektion der Komintern)
2. JC, Kommunistische Jugendverbände (Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale), einschließlich der „Roten Pioniere"



40. Kinder werden in die blutigen Unruhen vom 1. Mai in Vincennes verwickelt




41. Kommunistische Zersetzung unter der Schuljugend



42. Kinder werden von der KPF bei einer Demonstration für Sacco und Vanzetti eingesetzt



43. Barrikaden in Paris während der Demonstration für Sacco und Vanzetti

3. CGTU, Rote Einheitsgewerkschaften (Sektion der Profintern)
4. Liga der Kommunistischen Frauen
5. Sektion der SOI (Internationale Arbeiterhilfe)
6. Sektion der SRI (Internationale Rote Hilfe)
7. Freunde der UdSSR
8. FST, Arbeitersportverband (Sektion der Arbeitersportinternationale)
9. CGPT, Verband der Proletarischen Bauern
10. Sektion der Internationale der Marine- und Hafenarbeiter
11. ARAC, Republikanischer Frontkämpferverband (Sektion der Internationale der Republikanischen Frontkämpfer)
12. Arbeiterkulturverband, der folgende Organisationen umfaßt:
    a) AEAR, Verband Revolutionärer Schriftsteller und Künstler
    b) FTOF, Vereinigung für das Proletarische Theater in Frankreich (Sektion der Internationale des Revolutionären Theaters)
    c) APO, Proletarische Amateurphotographen
    d) RPUO, Proletarischer Radio-Phono-Verband
13. Verband Proletarischer Gottlosen (Sektion der Proletarischen Freidenkerinternationale)
14. UFE, Proletarische Studentenunion
15. FEO, Proletarische Esperanto-Union
16. UPM, Marxistische Volksuniversität
17. Sektion der Lehrerinternationale
18. Verband der Konsumgenossenschaften
19. „La Bellevilloise“, Kommunistische Konsumgesellschaft
20. Weltkomitee für den Kampf gegen Krieg und Faschismus
21. Internationales Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus
22. Komitee für die Befreiung Thälmanns
23. Internationale Liga gegen Antisemitismus
24. Antiimperialistische Liga
25. Liga gegen den Imperialismus und die Unterdrückung in den Kolonien
26. Italienische Antifaschistische Liga (in Frankreich)
27. Sektion der Proletarischen Neger-Internationale
28. Komitee für die Aufrechterhaltung der „Humanité“
29. MOI, Organisation für Eingewanderte Proletarier
30. Zentrale Polnischer „Patronati“ in Frankreich
31. Zentrale Rumänischer „Patronati“ in Frankreich
32. Arbeiter- und Bauernunion der Südslawen
33. Ungarisches Komitee des 1. September
34. Kulturverein Jüdischer Proletarier
35. „Gezerd“, Kommunistisch-Jüdische Organisation
36. Verband Russischer und Ukrainischer Proletarier
37. Vereinigung Bessarabischer Emigranten
38. Vereinigung der Arbeitslosenkomitees
39. Gesellschaft für die Kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR
40. Internationale Ärztevereinigung gegen den Krieg
41. Internationale Chemikervereinigung gegen den Krieg
42. Internationale Juristenvereinigung
43. Antifaschistisches Aktionskomitee der Intellektuellen
44. Das Haus der Syndikate
45. Revolutionärer Invalidenverband.

*



Die Kommunisten verfügen in Frankreich über eine außerordentlich verbreitete Presse. Das Zentralorgan der KPF ist die Tageszeitung „L'Humanité“, einst von Jaurès gegründet. Ihre Auflage schwankt zwischen 200–300000. Es gibt außerdem noch eine deutsche Ausgabe in Elsaß-Lothringen, deren Hauptschriftleiter, Abbé Faßhauer, im September 1935 von dem Kominternagenten Eberlein Geld erhalten sollte. Ein Netz von täglich erscheinenden Provinzorganen überzieht ganz Frankreich, ergänzt durch die revolutionäre Gewerkschaftspresse und eine große Anzahl von Veröffentlichungen, die von den einzelnen Organisationen herausgegeben werden. Schließlich bezieht ein Teil der bürgerlich-intellektuellen Presse Gelder aus Moskau. Die Wirkung der sog. „revolutionären Schriftsteller“ von größerer und kleinerer Bedeutung ist eindeutig kulturzersetzend und probolschewistisch.

Außer der im Straßenhandel erhältlichen kommunistischen Presse bestehen in fast allen industriellen Unternehmungen kommunistische Werkzeitungen. Die Zellen in diesen Unternehmen besorgen die Redaktion und tragen die Kosten. Mit Material werden sie von den regionalen Komitees beliefert. Kleine Vorfälle des Betriebes werden rücksichtslos aufgebauscht und nach den verschiedensten Richtungen ausgewertet.

Auch die Sowjets selbst unterhalten in Frankreich ein großes Unternehmen für kommunistische Literatur, das in den letzten Jahren eine große Menge kommunistischer Bücher, teils von französischen Autoren und teils in Übersetzungen aus anderen Sprachen, besonders natürlich aus der russischen, herausgebracht hat. Erwähnenswert ist das mit großen Kosten herausgegebene, technisch und propagandistisch ausgezeichnete, monatlich erscheinende Bildwerk: „USSR im Bau“, worin die Potemkiniaden des Sowjetraubbaues in glänzenden Photographien verherrlicht werden. Dasselbe Unternehmen betreibt auch die Verbreitung von Sowjetfilmen.

Endlich ist zu erwähnen, daß der Kominternsender in Moskau regelmäßig Propagandasendungen in französischer Sprache veranstaltet, deren Programm in der „Humanité“ erscheint.

*

Fast die wichtigste kommunistische Organisation ist die CGTU, „Confédération Générale du Travail Unitaire“, d. h. die Rote Gewerkschaft, die alle Berufe umfaßt. Sie ist eine Sektion der Profintern. Die Mitgliedschaft zur CGTU ist nicht durch Parteizugehörigkeit bedingt. Es wird im Gegenteil versucht, den Kreis der Mitglieder so weit wie möglich zu ziehen. Die Fusion mit der CGT 1935/36 ermöglicht die Zersetzung von etwa 1 Million Arbeitern.

Eine sehr intensive Propagandaarbeit entfaltet die KPF unter den Lehrern. Sie sind in der „Fédération des Travailleurs de l'Enseignement“ zusammengefaßt, die einerseits der CGTU angehört, andererseits eine selbständige Sektion der Internationale gleichen Namens bei der Komintern bildet. Ihr dürften etwa 70000 Lehrer angehören, von denen höchstens 15000 Parteimitglieder sind. Im Laufe der Jahre 1934 und 1935 kam es zu erregten Debatten in der Öffentlichkeit, als auf den Versammlungen der Lehrerverbände die kommunistische Mehrheit so stark war, daß rein kommunistische Beschlüsse gefaßt wurden.

*

Der vollständige Zusammenbruch des Kommunismus in Deutschland bewies, daß die dort eingeschlagene Taktik falsch war. Außerdem verbreitete sich innerhalb der Komintern die Ansicht, die Massen der II. Internationale seien reif für den Übertritt zur III. Daher änderte die KPF auf Anweisungen Moskaus ihre Taktik gegenüber den bisher als „sozialfaschistisch“ bekämpften Organisationen. Unter der Devise der Einheitsfront wurde ein konzentrischer Angriff auf die sozialistischen Parteien unternommen. Daraus ist zu ersehen, welche Bedeutung Frankreich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Deutschland in den Augen der Komintern für die Weltpropaganda gewonnen hat. In Frankreich wurde als dem ersten Lande überhaupt zur Bildung der Einheitsfront geschritten.




44. Der „Rote Februar“ in Paris: Barrikaden während der „Blutnacht“




46. Der „Rote Februar“ in Paris: Das Marineministerium brennt!




45. Der „Rote Februar“ in Paris: Am Bahnhof St.-Lazare



47. Vor der Kammer auf der Place de la Concorde



48. Der „Rote Februar“ in Paris: Am Tage darauf . . .

Ende Juni 1934 hielt die KPF ihren Nationalkongreß ab. Der folgende Beschluß ist bezeichnend für die Lage in Frankreich: „Im Augenblick stellt der Faschismus die Hauptgefahr dar. Man muß daher die gesamten Kräfte der Massen und des Proletariats gegen ihn zusammenfassen und auf dieser Grundlage alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung gewinnen.“ Schon während dieser Tagung war die Einheitsfront in Hunderten von Fällen zwischen verschiedenen örtlichen Organisationen verwirklicht worden. Auf dem sozialistischen Kongreß vom 15. Juli sprach sich eine überwältigende Mehrheit (90 %) der Beauftragten für die Einheitsfront mit den Kommunisten aus.

Am 27. Juli 1934 wurde zwischen dem Zentralkomitee der KPF und der Verwaltungskommission der sozialistischen Parteien ein einheitliches Aktionsprogramm „gegen Faschismus, Krieg und Verordnungsgesetze“ beschlossen, dessen Konsequenzen jedoch weit über die in ihm festgesetzten Punkte hinausgehen. Nach zuverlässigen Informationen besteht sogar ein geheimer Ergänzungsvertrag.

Das Aktionsprogramm sieht vor, daß „die Kommunistische und die Sozialistische Partei einen Vertrag über gemeinsames Vorgehen abschließen, in dem sie sich verpflichten, gemeinsam mit allen Mitteln und im ganzen Land eine Kampagne zu führen mit folgenden Zielen:

a) die gesamte arbeitende Bevölkerung ist gegen die faschistischen Organisationen, für ihre Entwaffnung und Auflösung zu mobilisieren;
b) für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, für die Verhältniswahl und die Auflösung der Kammer;
c) gegen Kriegsvorbereitungen;
d) gegen die Verordnungsgesetze;



e) gegen den „faschistischen Terror“ in Deutschland und Österreich, für die Befreiung Thälmanns und aller Antifaschisten.

Diese Kampagne soll mit Hilfe gemeinsamer Massenversammlungen an möglichst vielen Orten und in möglichst vielen Unternehmen, mit Hilfe von Massenkundgebungen auf der Straße geführt werden.

**Internationaler Schriftsteller-Kongress**

**Paris, 21.—25. Juni, in der Mutualité.**

*Freitag, 21. Juni, 9 Uhr abends*
Thema: Das kulturelle Erbe.
Präsidenten:
André Gide — André Malraux (Frankreich).
Begrüssung durch: André Gide.
Referenten: E. M. Forster (England), Julien Benda (Frankreich), Bert Brecht (Deutschland), Egon Erwin Kisch (Deutschland), Louis Aragon (Frankreich), Lupol (U.S.S.R.), Alexej Tolstoj (U.S.S.R.).

*Sonnabend, 22. Juni, 3 Uhr nachmittags*
Thema: Humanismus.
Präsident: Henry Barbusse (Frankreich).
Referenten: Waldo Frank (U.S.A.), Luc Durtain (Frankreich), Valle Inclan (Spanien), Paul Nizan (Frankreich), Johannes R. Becher (Deutschland), Dubois (Frankreich), Friedmann (Frankreich), Jacub Kadri (Türkei), Jean Guéhenno (Frankreich).

*Sonnabend, 22. Juni, 9 Uhr abends*
Thema: Individuum.
Präsidenten: Heinrich Mann (Deutschland — Jean Richard Bloch (Frankreich).
Referenten: André Gide (Frankreich), Robert Musil (Deutschland), André Malraux (Frankreich), Carel Capek (C.S.R.), Max Brod (Deutschland), Ilja Ehrenburg (U.S.S.R.), Menno ter Braak (Holland), Willi Bredel (Deutschland).

*Sonntag, 23. Juni, 3 Uhr nachmittags*
Thema: Rolle des Schriftstellers in der Gesellschaft.
Präsidenten: Waldo Frank (U.S.A.) — Paul Nizan (Frankreich).
Referenten: Aldous Huxley (England), J. R. Bloch, John Strachey (England), Michael Kolzow (U.S.S.R.), Martin Andersen-Nexö (Skandinavien), Karin Michaelis (Skandinavien), Ernst Toller (Deutschland), Alfred Kerr (Deutschland), Iwanow (U.S.S.R.).

*Sonntag, 23. Juni, 9 Uhr abends*
Thema: Nation und Kultur.
Präsidenten: E. M. Forster (England) — Jean Guéhenno (Frankreich).
Referenten: Henri Barbusse, André Chamson (Frankreich), Anna Seghers (Deutschland), A. William Ellis (England), Mikitenko (U.S.S.R.), Tabidse (U.S.S.R.), Michael Gold (U.S.A.).

*Montag, 24. Juni, 3 Uhr nachmittags*
Diskussion.
Präsidenten: Martin Andersen-Nexö (Skandinavien) — Guilloux (Frankreich).

*Montag, 24. Juni, 9 Uhr abends*
Thema: Schöpferische Fragen und Würde des Geistes.
Präsident: Valle Inclan (Spanien).
Referenten: Heinrich Mann (Deutschland), Léon Feuchtwanger (Deutschland), Gustav Regler (Deutschland), Tichinow (U.S.S.R.), Ernst Bloch (Deutschland), Lahuti (U.S.S.R.), Dreyfus (Frankreich), Nezval (C.S.R.), Léon Moussinac (Frankreich), J. R. Lenormand (Frankreich).

*Dienstag, 25. Juni, 10 Uhr morgens*
Organisationsfragen.
Präsident: André Malraux (Frankreich).

*Dienstag, 25. Juni, 3 Uhr nachmittags*
Verschiedene Interventionen.
Referenten: Henri Poulaille (Frankreich), Humm (Schweiz), Kirchon (U.S.S.R.), Bodo Uhse (Deutschland), Siao (China), Alfred Kantorowicz (Deutschland), Klaus Mann (Deutschland), Erich Weinert (Deutschland).

*Dienstag, 25. Juni, 9 Uhr abends*
Präsidenten: Alexej Tolstoj (U.S.S.R.) — André Chamson (Frankreich).
Referenten: André Gide, Henri Barbusse, André Malraux, Ernst Toller, etc., etc...

Editions et Imprimerie Rapide de la Presse, 4 et 5, Rue Saulnier, Paris 9e. (PRINTED IN FRANCE)

49. Kulturbolschewisten unter sich. Anzeige in „Das Neue Tagebuch“, Nr. 25 vom 22. Juni 1935

Unter voller Achtung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften sollen die KPF und die Sozialistische Partei alle Streiks unterstützen, die von den Gewerkschaften zum Kampf gegen die Verordnungsgesetze und gegen alle kapitalistischen Angriffe beschlossen worden sind.

Während der Dauer dieser gemeinsamen Aktion werden sich die beiden Parteien jeder Angriffe und Kritiken gegen die Organisationen des anderen Partners enthalten ...

Ein gemeinsames Aktionskomitee wird gebildet, das sich aus den Beauftragten beider Parteien zusammensetzt und den gemeinsamen Arbeitsplan wie die Art der gemeinsamen Kundgebungen festzusetzen hat. Dieses Komitee soll über alle Streitigkeiten entscheiden ..."

Der zitierte Beschluß wurde außerordentlich durch ein Abkommen begünstigt, das die kommunistischen und sozialistischen Organisationen des Pariser Stadtgebietes und des Verwaltungsbezirkes Seine und Oise abschlossen, um gemeinsam Aktionen gegen den Faschismus und die Verordnungsgesetze zu unternehmen.

So ist also augenblicklich die Verwirklichung der Einheitsfront, die seit so vielen Jahren von den Kommunisten angestrebt worden ist, trotz aller oberflächlichen Meinungsverschiedenheiten eine vollendete Tatsache geworden. Sie macht sich durch die zunehmende Verstärkung der revolutionären Arbeit in Frankreich deutlich bemerkbar. Als Antwort auf die Verhandlungen mit den Sowjets über die Einstellung der kommunistischen Propaganda in Frankreich wurde angeblich das äußere Zentrum der Profintern nach Paris verlegt. Die sozialistisch-kommunistischen Kundgebungen folgen einander. Allein im Sommer 1934 wurden in Paris zwei kommunistische Kongresse abgehalten: ein „Weltfrauenkongreß", an dem eine sehr starke Delegation aus der Sowjetunion teilnahm, und ein „Antifaschistischer Kongreß". An der „Antifaschistischen Juristischen Konferenz" sollten teilnehmen: der Verband Französischer Anwälte, die Internationale Juristische Vereinigung, das Juristische Komitee zum Studium des Thälmann-Prozesses, das Antifaschistische Komitee der Intellektuellen, das Welthilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus, das Internationale Komitee für die Befreiung Thälmanns sowie eine große Anzahl von Persönlichkeiten mehr oder weniger kommunistischer Färbung wie Campinchi, Moro-Giafferi, Torrès, Lord Marley, Bach, Langevin, André Gide, Romain Rolland, André Malraux u. a.

Im Juni 1935 tagte der „Internationale Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur" in Paris. Die auf dem Kongreß vertretenen Namen bezeichnen ein ganzes Programm des Kulturbolschewismus, und es ist kein Zufall, daß außer den „deutschen" Emigranten die Sowjetabordnung zahlenmäßig die stärkste war. Sie beherrschte dementsprechend „geistig" – obwohl man hier von Geist nicht im geringsten sprechen kann – das Terrain. Es hält sich auch hartnäckig das Gerücht, daß sich Radek während dieser Zeit in Paris aufgehalten habe. Die intellektuelle Einheitsfront von Gorkij bis Gide erscheint dauerhaft hergestellt, nachdem die Fortsetzung der zersetzenden Literatentätigkeit durch Gründung eines internationalen Verbandes dieser Sorte von Schriftstellern organisiert wurde. Die Liste der zu fördernden Bücher, die in den nächsten Jahren regelmäßig erscheinen soll, wird einen Wegweiser durch den gesamten Kulturbolschewismus der Welt darstellen. Die Namen aller Beteiligten, die teils anwesend waren, teils ihre Sympathie ausgedrückt hatten oder im Präsidium und den „nationalen Komitees" des Verbandes vertreten sind, seien hier dokumentarisch festgehalten, denn sie bedeuten einen Überblick über das internationale Netz der Zersetzung, das von Moskau aus über die Völker geworfen wurde.

Aus Frankreich: André Gide, Henri Barbusse (inzwischen in Moskau verstorben), Jean Richard Bloch, André Malraux, Julien Benda, Louis Aragon, Luc Durtain, Paul Nizan, Dubois, Friedmann, Jean Guéhenno, André Chamson, Guilloux, Dreyfus, Léon Moussinac, J. R. Lenormand, Henri Poulaille.



Emigranten aus Deutschland: Heinrich Mann, Klaus Mann, Alfred Kerr, Ernst Toller, Egon Erwin Kisch, Bert Brecht, Max Brod, Lion Feuchtwanger, Erich Weinert, Johannes R. Becher, Willi Bredel, Anna Seghers, Gustav Regler, Ernst Bloch, Bodo Uhse, Alfred Kantorowitsch, Emil Ludwig, Remarque, Bruno Frank, Ernst Gläser, Robert Neumann, Alfred Döblin, Kurt Kläber, Albert Ehrenstein, Ferdinand Bruckner, Annette Kolb, Else Lasker-Schüler, Artur Holitscher, Ernst Weiß, Rudolf Leonhard, George Grosz.

Aus der Sowjetunion: Ilja Ehrenburg, Lupol, Alexej Tolstoj, Michael Kolzow, W. Iwanow, Kirchon, Mykytenko, Tabidse, Tichinow, Lahuti.

Aus England: E. M. Forster, Aldous Huxley, John Strachey, A. William Ellis.

Aus USA: Waldo Frank, Michael Gold.

Aus der Tschechoslowakei: Carel Čapek, Nezval.

Aus Österreich: Robert Musil.

Aus Skandinavien: Martin Anderson-Nexö, Karin Michaelis.

Aus Spanien: Valle Inclan.

Aus der Türkei: Jacub Kadri (nicht anwesend).

Aus Holland: Menno ter Braak.

Aus der Schweiz: Humm.

Aus China: Siao.

Alles Intellektuelle, die meisten moralisch verdorben und pervers, viele Juden, wenige Talente, keine Charaktere. Das sind die Vortruppen der Komintern. Wie sie einst Osteuropa zersetzten, so arbeiten sie heute planmäßig an der intellektuellen Vorbereitung des „Aufstandes der Instinkte", der dem bewaffneten Aufstand voraufgeht. Zu der Protestkundgebung gegen den Krieg in Abessinien, am 3. September 1935 in Paris, gelang es der Komintern, eine Unzahl von Organisationen heranzuziehen, die ihr sonst nicht direkt angehören. – Als Redner in drei Massenversammlungen waren vorgesehen: Marcel Cachin, Julien Racamond (Sekretär der CGTU), Emile Farinet (Sozialistische Partei), Ernest Pernet (Vizepräsident der Radikalsozialistischen Partei), Leseur (Liga für Menschenrechte), Gabriel Cudenet (Komitee Amsterdam-Pleyel), Fonteny (Präsident der FNCR), Norman Angell (England), Young (Englische Arbeiterpartei), Jacques Duclos (Sekretär der KPF), Benoît Frachon (Sekretär der CGTU), F. Desphelippon (Sozialistische Partei), Eliane Brault (Vizepräsidentin der Radikalsozialistischen Partei), Sicard de Plauzole (Liga für Menschenrechte), Fracis Jourdain (Komitee Amsterdam-Pleyel), Emile Nedelec (Republikanischer Frontkämpferbund), Vaillant-Couturier, G. Monmousseau, Joublot (Sozialistische Partei), Caillaud (Liga für Menschenrechte), Rouffianges (Komitee Amsterdam-Pleyel), Sennac (Frontkämpfer), Pierre Biquard (Komitee der Intellektuellen) usw. Mitglieder der Kundgebung waren außerdem: Lord Cecil, Romain Rolland, Levy-Bruhl, Renaud de Jouvenel, Armand Charpantier, Raymond Offner, Largo Caballero u. a. – Ein Gemisch von Namen und Organisationen, die daran gewöhnt werden sollen, unter kommunistischer Führung zu marschieren.

Immer häufiger tritt die Einheitsfront mit gemeinsamen Streiks und Kundgebungen hervor. Meistens schließen sich an sie Tumulte und Schlägereien an.

Die Unterminierungsarbeit in der Armee hatte kurz vor der Reise Lavals fast einen Höhepunkt erreicht. Die Zusicherung Stalins, ihre Einstellung in Frankreich zu bewirken, wird praktische Ergebnisse kaum haben können, da diese Arbeit einen wesentlichen Teil der grundsätzlichen Sowjetmethoden bildet. Die Erklärungen Lenins sind endgültig, wenn er schreibt: „Wer sich nicht auf den bewaffneten Aufstand vorbereitet, soll ohne Gnade als Feigling und Verräter aus den Reihen der Revolutionäre ausgeschlossen werden." Und die „Kommunistische Internationale" unterstreicht die auch heute fortdauernde Gültigkeit dieser Anweisungen: „Der Boykott des Krieges ist eine unsinnige Formel. Der Kommunist

muß den revolutionären Krieg, so wie er ist, billigen. Einen revolutionären Krieg billigen, bedeutet aber, in die Armee einzutreten, um dort eine revolutionäre Tätigkeit zu betreiben und den Soldaten so weit zu bringen, daß er sich weigert, sein imperialistisches Vaterland zu verteidigen, um die Niederlage seiner imperialistischen Regierung in einen Bürgerkieg zu verwandeln." Die „Humanité" hat nur ihre Propagandamethode geändert. Damit ist eins klar geworden: der unbedingte Gehorsam, den Angehörige der französischen Nation dem Diktator eines fremden Staates entgegenbringen. Es ist also zu erwarten, daß dieser gleiche Gehorsam bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei Ausbruch eines Krieges, ebenfalls geleistet wird. – Die französische Ausgabe der „Kommunistischen Internationale" hat in ihrer Nummer vom 20. Juni 1934 dieser Frage einen höchst beachtlichen Beitrag gewidmet. Es ist anzunehmen, daß die darin ausgedrückten Grundsätze auch heute noch Geltung haben und daß die bisher unverhohlene Propaganda gegen das Heer nach einer alten Methode der Komintern „illegal", also verdeckt, fortgeführt wird.

Die letzten Instruktionen der Komintern schreiben der KPF ein eifriges Studium der bolschewistisch-revolutionären Wissenschaft sowie die Stärkung der Parteiorganisation und die Vorbereitung auf die Illegalität vor. Der Parteiapparat soll sich schon jetzt auf konspirative Tätigkeit umstellen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Lage in Frankreich immer gespannter wird. Die Einheitsfront hat beschlossen, zu handeln, und sie wird handeln. Dieser Lage gegenüber nimmt die französische Regierung eine nur selten durchgreifende, im allgemeinen aber schwankende Haltung ein. Die Politik der Freundschaft gegenüber der Sowjetunion wird nicht nur weiterverfolgt, sondern hat zum Abschluß eines Paktes geführt, der die Zentrale der Komintern von neuem stärkt. Die unmittelbare Folge dieses Vertrages zeigte sich in einem sofortigen Ansteigen der kommunistischen Welle in Frankreich, die ihren Ausdruck u. a. in den Gemeindewahlen vom 5. Mai 1935 fanden. Es ergibt sich, daß etwa 10 % der Wähler ganz Frankreichs den Anweisungen der Komintern folgen. Von der Listenverbindung mit den Sozialisten hatten nur die Kommunisten einen Vorteil. Es kommt hinzu, daß die sozialistische Kammerfraktion am 28. Mai den Vorschlag der Kommunisten annahm, eine Interessenvertretung sämtlicher Linksgruppen der Kammer zu bilden, die in allen wichtigen Fragen bindende gemeinsame Beschlüsse fassen soll. Die Radikalsozialisten wurden zur Teilnahme aufgefordert. Damit erreichen die Anweisungen der Komintern den größeren Teil des französischen Parlaments, und selbst wenn ihnen nicht immer gefolgt werden sollte, so ist gerade bei entscheidenden Fragen der Weg zur „Diktatur des Proletariats" geebnet.

Die gesamte Lage in Frankreich erinnert in vielen Dingen an die in Deutschland in der Zeit vor 1933: die Regierung treibt eine betonte Freundschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion und findet nur halbe und zur Erfolglosigkeit verurteilte Maßnahmen gegen den Kommunismus im Innern.

Die Erkenntnis von der Größe der Gefahr ist allerdings im Wachsen. So erklärte der Ministerpräsident Doumergue in seiner Rede vom 3. Oktober 1934: „Der wirkliche Zweck der Einheitsfront ist die Zerstörung aller Prinzipien der französischen Revolution. Frankreich hat die Pflicht, sich eine Lehre aus den Vorgängen im Auslande zu ziehen und daraus zu schließen, daß die kommunistischen Umtriebe notgedrungen zu einer Diktatur führen müssen. Wie kann diese Gefahr überwunden werden?

Der sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront muß die Einheitsfront der Nation und der Freiheit entgegengestellt werden, die Front derer, die das Werk der Vergangenheit aufrechterhalten wollen, das ihnen erlaubt, frei zu leben und frei zu sterben!

Die Einheitsfront muß um ihren Erfolg gebracht werden, und darum müssen alle übrigen Kräfte Frankreichs eine Einheit bilden . . .

Die Zukunft Frankreichs steht auf dem Spiel!"





50. Kampf zwischen Polizei und Demonstranten bei den blutigen Unruhen in Toulon



51. Aufstand in Toulon 1935. Während der Unruhen gab es 5 Tote und über 200 Verletzte



52. Senegalschützen gegen die Meuterer von Toulon

## II[1])

Der Führer der Frontkämpferorganisation „Feuerkreuz", Oberstleutnant de La Rocque, hat die Initiative ergriffen, um die Hintergründe der unheilvollen Tätigkeit der Kommunisten in Frankreich aufzudecken, deren Wirkungen er und seine Anhänger täglich zu spüren bekommen. Die Bewegung der Feuerkreuzler begegnet dem kommunistisch-sozialistischen Straßenterror, dem schon viele ihrer Mitkämpfer zum Opfer gefallen sind, mit der Parole: „Widerstand und Gegenangriff!" Für den ausländischen Beobachter ist dabei nicht der Inhalt dieser Bewegung entscheidend — jedes Land hat seine besonderen Kräfte gegen die Internationale zu mobilisieren und tut dies auf die ihm eigene Weise —, sondern die Tatsache, daß der hoch- und landesverräterische Charakter des Moskauer Kommunismus heute auch in Frankreich erkannt wird.

Oberstleutnant de La Rocque begegnet schon im Titel seines Buches dem Einwurf, daß die angeblich geringe Anzahl der eingeschriebenen Kommunisten in Frankreich die Bedeutungslosigkeit der KPF beweise. Zu der nicht genau zu bestimmenden Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der KPF (im Januar 1936 etwa 80000) stoßen noch 25000 Mitglieder der kommunistischen Jugendverbände und viele Tausende „Sympathisierender" hinzu. Die Wählerzahl erreicht bereits fast eine Million. Der Aktionsradius berührt also, wie auch die letzten Gemeindewahlen gezeigt haben, rund 10% aller Wähler direkt. Dann aber hat die Taktik der „Einheitsfront" und der „Aktionsgemeinschaft" die Wirkung, weitere Massen der Sozialistischen (SFIO) und selbst der Radikalsozialistischen Partei zu erfassen. Damit stehen dem kleinen Zentrum der rein moskowitischen Agenten die in das gesamte politische Leben tiefreichenden Verbindungen zur Verfügung, die den Weg für die große Sturmwelle der Roten Revolution vorbereiten.

Dieses System klar erkannt und angeprangert zu haben, ist das Verdienst des Buches. De La Rocque hat dazu folgende Vorrede geschrieben:

„Dieses Buch bietet dem Publikum weder ein Phantasieprodukt noch ein politisches Argument. Ich habe meine Mitarbeiter gebeten, eine genaue, nachgeprüfte, ehrliche und

[1]) „Le Complot Communo-Socialiste. L'Insurrection Armée dans ‚l'Unité d'Action'." Préface du Lt.-Cl. de La Rocque. Edité par le Mouvement Croix de Feu. Grasset, Paris 1935. — Übersetzung und Abdruck mit Genehmigung des Verlages.



brutale Zusammenstellung der unterirdischen Pläne vorzulegen, die von der Kommunistischen Partei, einer Sektion der Komintern, und den von ihr abhängigen Gruppen verfolgt werden. Diese Gruppen sind unzählbar. Man könnte einmal mit Nutzen ihre gegenseitigen Beziehungen, ihre ideologischen und taktischen Berührungspunkte untersuchen.

Unter dem Namen der Einheitsfront konnte man die Freimaurerei, die Liga für Menschenrechte, die Sozialistische Partei, Kriegsdienstverweigerer, Anarchisten und einige andere örtliche und allgemeine, zeitweilige oder dauerhafte Bündnisse schließen sehen. Man erlebte es, daß überzeugte Kommunisten sozusagen aus Gründen der Disziplin nach Moskau geschickt wurden, die dann nach einer Ausbildungszeit von einigen Monaten mit einem liberalen Mäntelchen zurückkamen, die Kriegsdienstverweigerung predigten und ihre geheimen Sitzungen in alten, mächtigen Logen des Pariser Bezirkes abhielten. Es genügt, diese Zusammenhänge aufzuzeigen und, von den Ursprüngen ausgehend, folgende Grundwahrheit noch einmal festzustellen: wenn der offizielle Bolschewismus Moskaus sein Interesse in einer zeitweiligen Verbindung mit der westeuropäischen Zivilisation findet, so darf sich kein Wissender über die grundsätzliche Gleichheit der Ideologie der Sowjets und der Ideologie der III. Internationale täuschen, deren Vermittlerin und gleichzeitig Sklavin die II. Amsterdamer Internationale ist.

Wir haben uns hier darauf beschränkt, die Revolutionsgefahr zu umreißen. Die gründliche Überprüfung der Veröffentlichungen in der Presse, der Vergleich zwischen den amtlichen und halbamtlichen Texten, die Untersuchung genauer und auf das Wesentliche zusammengeschnittener Nachrichten haben die einzige Grundlage dieser dokumentarischen Arbeit gebildet.

Es war unbedingt erforderlich, daß die anständigen Menschen in Frankreich eine genaue Definition der Gefahren vor Augen haben, die sie bedrohen. Es war dringend nötig, daß man den Regierungen einmal ihre augenblicklichen und zukünftigen Verantwortlichkeiten vorhielt, da sie selbst kraftlos und noch dazu von ihren Behörden schlecht unterrichtet sind, die ihrerseits ohne moralisches Empfinden und ohne Methode arbeiten. Diese Warnung wird mehr wirken als alle polizeiromantischen „Aktionen", wo nur Provokateure und aufgeregte Angsthasen ihren Nutzen auf Kosten der Bürgerschaft finden. Gewisse Geldmächte, die zu egoistisch sind, um klar zu sehen, werden hoffentlich nach der Lektüre dieses Buches aufhören zu glauben, daß sie ungestraft ein doppeltes Spiel zwischen den Anhängern der Ordnung und denen der Unordnung spielen können. Diejenigen, die guten Willens sind, werden auch verstehen, daß in einer solchen Verschwörung gegen den bürgerlichen Frieden Patriotismus, Opferbereitschaft und Tapferkeit durchaus nicht ausreichen: eine bestimmte Organisation und Disziplin, die dauernd verbessert wird, können allein mit einem Minimum von Opfern und Leiden die Rettung verbürgen. Was uns Feuerkreuzler und Nationale Freiwillige betrifft, wir sind bereit, die inneren Feinde unseres Vaterlandes beim ersten Versuch zu zerbrechen. Aber von unserem Sieg hätten allein die arbeitenden und ihrer nationalen Verpflichtungen bewußten Franzosen den Vorteil."

Dieser Vorrede schließt sich folgende Einleitung an:

„Um nicht nur unseren Anhängern, sondern allen Franzosen, die wie wir selbst nach dem sozialen und politischen Frieden rufen, die Gefahren zu zeigen, mit denen die marxistische Bewegung und ihre Verbündeten unser Vaterland bedrohen, haben wir uns vorgenommen, in einem kurzen Aufriß die Organisation der Kommunistischen Partei darzustellen, ihre tägliche Arbeit der Staatszerrüttung aufzuzeigen und ihre Pläne, vor allem ihr letztes Ziel klarzulegen: die Eroberung der Macht durch den bewaffneten Aufstand.

Wir haben keinesfalls ein Phantasiewerk verfaßt. Unsere Quellen stammen aus den kommunistischen Veröffentlichungen. Wir haben sie durch ausgewählte Auszüge aus ernstzunehmenden Abhandlungen vervollständigt, die in Frankreich über die sozialistisch-kommunistische Organisation veröffentlicht wurden.

Wir sagen absichtlich: sozialistisch-kommunistisch, denn wenn die letzten Aufstände in Österreich und Spanien auch eine Gegensätzlichkeit der beiden Parteien gezeigt haben, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Einheitsaktion – die grundsätzlich seit Juli vorigen Jahres in Frankreich besteht und trotz Abweichungen in der Doktrin vom Sozialistischen Nationalkongreß anfangs März 1935 bestätigt wurde – uns in die gleichen Wirren führen will, die Wien, Katalonien und Asturien in Blut getaucht haben.

In diesen Ländern waren es die sozialistischen Führer, die die Aufstandsbewegung von langer Hand vorbereitet und schließlich entfesselt haben. Sie waren es, die dank der Schwäche der Regierung und selbst unter Mitwirkung gewisser Staatsmänner die revolutionären Truppen aufstellten, beträchtliche Waffen- und Munitionslager anlegten, Stützpunkte für den Aufstand schufen und den Angriffsplan gegen die bestehende Macht ausarbeiteten. Die Kommunisten haben sich dann bemüht, die Führung der Aufstandsbewegung in die Hand zu bekommen.

Nun, in Frankreich bereiten die beiden Parteien ebenfalls die Revolution vor. Was wir von den Kommunisten sagen, gilt ebenso für die Sozialisten.

War es nicht Léon Blum, der in „Le Populaire" vom 20. Januar d. J. schrieb, daß trotz der fehlenden Parteieinheit, die er leider noch nicht schaffen konnte, die Aktionseinheit nur um so stärker und enger gestaltet werden müßte, um den bürgerlichen Staat zu zerstören? War es nicht Zyromski, Beamter der Seinepräfektur, der in seinem Kommentar zu der Unterhaltung zwischen Stalin und dem englischen Schriftsteller Wells ausrief: „Dieser ganze Teil der Unterredung ist zu beachten, denn er spricht mit packender Klarheit die Notwendigkeit der revolutionären Aktion unter proletarischer Führung aus"? („Populaire" vom 18. Januar 1935). Und ruft endlich die Tagesordnung des Sozialistischen Nationalrates vom 4. März nicht die Arbeiterparteien, namentlich die Kommunistische Partei, zur Organisierung des Proletariats in einer „Klassenpartei" auf, um die Macht zu erobern?

So könnten wir noch viele Zitate anführen.

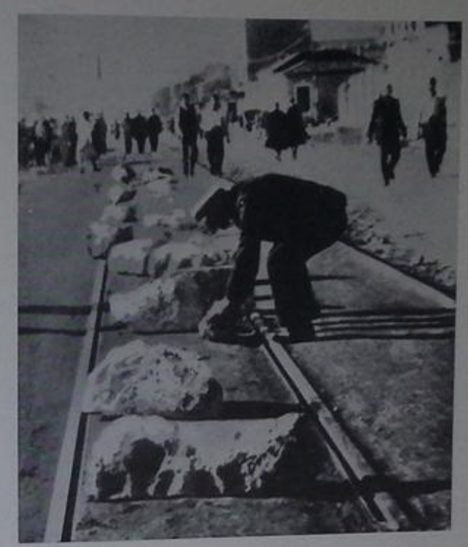
Merken wir uns nur, daß die kommunistischen Anführer ihren Aufstandsplan und die Aufstellung ihrer Leute vorbereiten, um den schnellen Übergang von dem nach ihrer Meinung augenblicklich bestehenden vorrevolutionären Zustand zu dem der gewaltsamen Illegalität zu vollziehen. Sie hoffen, die Massen mitzureißen: Kommunisten oder Sympathisierende, Sozialisten, „Unorganisierte", Arbeitslose und Unzufriedene jeder Art. Sie werden ihre Rolle, die sie zur Vorherrschaft bringen soll, hinter „Parolen", die so allgemein wie „Kampf gegen Faschismus und Krieg" (Amsterdam-Pleyel-Bewegung) sind, verbergen. Sie lauern auf die günstige Gelegenheit; ihre Propaganda ist unermüdlich, und ihre Frechheit wächst mit der Untätigkeit oder Unbeständigkeit unserer Regierenden. Sie haben ihre Doktrin vom Bürgerkrieg; sie sammeln die Mittel dazu; auch die Sozialisten versuchen sich darin; gewisse Staaten wollen nur zu gern daran mitarbeiten.

Wir Verteidiger der Ordnung und der Ehre Frankreichs haben also dringend nötig, die Methoden und die Ziele der beiden revolutionären Parteien zu kennen, die in nächster Zeit Kampfbrüder sein möchten. Nur dadurch werden wir die zerstörende Tätigkeit der „Roten Streitkräfte" enthüllen, hemmen und, wenn nötig, abdrosseln können.

Wir ehemaligen Frontkämpfer aus den vordersten Gräben haben Frankreich nicht darum gerettet, daß es durch die Schuld blinder Staatsführer in die Unordnung gestürzt und den schlimmsten Feinden unserer Freiheit und unserer Tradition ausgeliefert werde. Wir Nationalen Freiwilligen haben uns nicht an die Seite der Feuerkreuzler gestellt, um ihren Sieg den Zerstörern der Zivilisation zu überlassen.

Den Zielen Moskaus wollen wir unsere französischen Ziele entgegensetzen."





53. Kommunistischer Verkehrsarbeiterstreik in Athen im Dezember 1932: Die Straßenbahngleise werden verbarrikadiert

## GRIECHENLAND

von

Dr. Alexander Chrisochoides, Athen

In aller Stille fand im März 1934 in Athen der 5. Parteitag der Kommunistischen Partei
Griechenlands (KPG) statt. Er sollte ein Markstein in der Geschichte der kommunistischen
Bewegung in Griechenland werden. In der Verfolgung dieses Zieles hatte die KPG eine umfassende Vorarbeit ins Werk gesetzt. Innerhalb der kurzen Wintermonate 1933/34 fand eine
Reihe inhaltsreicher Tagungen statt. – Zwei Versammlungen des Roten Bauernbundes, ein
Panhellenischer Kongreß der KPG „für die Arbeit unter den nationalen Minderheiten", die
6. und 7. Vollsitzung des Zentralkomitees der KPG, der Panhellenische Kongreß der Kommunistischen Jugendverbände, eine Tagung der Revolutionären Gewerkschaften und die Bezirksparteitage der KPG in 8 Bezirken. Die 11 Landesbezirke beschickten den Parteitag mit 35 Delegierten. Zur geistigen Leitung dieses 5. Parteitages hatte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau seinen Beauftragten, Wiegler, bestimmt.

Der Parteitag hielt, was man von ihm erwartete. Er gab der gesamten marxistischen Bewegung in Griechenland einen starken Auftrieb. Das Protokoll der Tagung verzeichnet eine ansehnliche Reihe schwerwiegender Diskussionsergebnisse und Beschlüsse:

„1. Die Revolution der werktätigen Massen steht vor der Tür. Die Kommunistische Internationale siegt. Die letzten Streiks verschiedenster Art, die in Athen, Piräus, Saloniki, Volo und in anderen Arbeiterzentren stattfanden, erfolgten auf Befehl des Zentralkomitees, das auch die Mittel zur Streikdurchführung bereitgestellt hatte. Die KPG

erbrachte damit den Beweis, daß sie die Waffe des Streiks vollkommen beherrscht und sie jederzeit voll in den Kampf einzusetzen vermag.

2. Die Diskussion über die bestehende Weltwirtschaftskrise ergibt eindeutig, daß der Kapitalismus und die veralteten noch immer herrschenden Staatsformen als ihre Ursache zu gelten haben. Der Kampf gegen sie muß deshalb mit aller Schärfe aufgenommen werden.
3. Nach der Prüfung der Möglichkeiten eines Fußfassens des Faschismus und des Nationalsozialismus in Griechenland wird der Beschluß gefaßt:

   Alle revolutionären Kräfte müssen sich fest zusammenballen und mit den nationalen Minderheiten vereint handeln. Es erweist sich als notwendig, ungesäumt eine panhellenische antifaschistische Bewegung und Organisation ins Leben zu rufen und ihre Arbeit schlagartig beginnen zu lassen. Im Verfolg dieser „Antifa"-Bewegung ist eine umfassende Pressekampagne einzuleiten; es sind auch Streiks einzusetzen und – wenn nötig – allenthalben im Lande Unruhen hervorzurufen.
4. Die KPG übernimmt die Führung im Kampf um Erhöhung der Gehälter und Löhne von Staatsbeamten, Eisenbahnern, Tabakarbeitern, Grubenarbeitern, Seeleuten usw. und verfolgt diese Absicht durch Einsatz von Streiks.
5. Piräus muß zu einem rein kommunistischen Zentrum werden, wie es Serres und Kavalla bereits schon sind.
6. Der Parteitag beschließt, seine Aufmerksamkeit den konservativen Verbänden in stärkerem Grade als bisher zuzuwenden und an ihrer Zersetzung zu arbeiten.
7. Geeignete und intensive Propaganda hat unter der Landbevölkerung einzusetzen, die ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer schweren Erwerbsbedingungen wegen leicht zu gewinnen scheint.
8. Die Zusammenarbeit mit der nationalen Minderheit der bulgarischen Komitadschis, die auf die Autonomie oder Lostrennung Mazedoniens hinarbeiten, ist einheitlicher zu gestalten. Die Unterstützung und Stärkung dieser nationalrevolutionären Organisationen und die Anerkennung ihres Selbstbestimmungs- oder Lostrennungsrechtes wird es der KPG ermöglichen, das Vertrauen der Bulgaren zu gewinnen und sie zu Mitarbeitern an der kommenden Weltrevolution zu machen. Die KPG kämpft deshalb allenthalben gegen den griechischen „großnationalen" Gedanken. Die KPG fordert allerdings ebenfalls die Freigabe des Dodekanes durch Italien, bekämpft jedoch einen Anschluß dieses Gebietes an Griechenland, denn die Inseln des Dodekanes können ihr Glück nur in einer Sowjetdemokratie finden.
9. Die KPG soll ihr Augenmerk in starkem Maße der arbeitenden Jugend zuwenden und unter ihr eine rege Propaganda entfalten. Die kommunistische Jugend Griechenlands soll so rasch als möglich die gesamte arbeitende Jugend umfassen.
10. In Heer und Marine ist eine stärkere und nachdrücklichere Propaganda zu betreiben."

Das Protokoll schließt mit der Anordnung, daß künftig alle organisierten Kampfmaßnahmen unter dem Motto „Für die Herrschaft der Sowjets! Für ein Sowjetgriechenland!" stehen sollen.

Parteirundschreiben haben nach dem Parteitag dessen Beschlüsse konkretisiert:

„In Fabriken und Betrieben sowie unter den Schiffsbesatzungen hat augenblicklich eine intensive Werbung für die Ziele der KPG zu beginnen. – In konservativen Vereinen und Verbänden sind revolutionäre Zellen zu bilden, die diese Vereinigungen bolschewisieren. Zur restlosen Erfassung der Landbevölkerung sind Wanderredner in die Dörfer zu entsenden. – Seitens des Zentralkomitees werden für die Erziehung revolutionärer Führer Schulen eingerichtet. – Es sind Maßnahmen zu treffen, um im Falle eines Verbotes der KPG unverzüglich illegal weiterarbeiten zu können. Für diesen Fall sind besondere Führer heranzubilden."



Auch dieses Rundschreiben schließt mit der Ankündigung, daß sich Hellas am Vorabend der Revolution befinde, und „für sie muß fanatisch sowie ausdauernd gearbeitet werden".

Man muß zugeben, daß dieses reichlich geschehen ist. Die Kette der Streiks und der Zusammenstöße der Marxisten mit der Polizei und den nationalen Verbänden ist seit April 1934 überhaupt nicht mehr abgerissen. Überall in Griechenland kommt es zu Unruhen. Serien von Todesopfern und Verletzten bestätigen die exakte Durchführung der Richtlinien, die der Parteitag gab. In ganz Griechenland brandet seit April 1934 die marxistische Welle in einer Ausbreitung, wie sie vorher nie beobachtet wurde.

Schon kurze Zeit nach dem Parteitag trat ein Kongreß von 55 Vertretern der Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenverbände und 50 Vertretern der Wissenschaft und Kunst, eine Versammlung aus allen Parteischattierungen des Landes, zusammen und beriet eine „gemeinsame Arbeit gegen Faschismus und Nationalsozialismus". Ein „Panhellenischer Antifaschistischer Kongreß" großen Stiles wurde vorbereitet. Er unterblieb später nur, weil er am Vorabend seines Zusammentrittes polizeilich verboten wurde. Der „antifaschistische Kampf" aber wurde nichtsdestoweniger mit einer Schärfe geführt, der den Hochburgen des internationalen Judentums alle Ehre machen würde. Eine Bilderwochenschrift „Antifaschist" wurde ins Leben gerufen. Sie erschien gleich von der ersten Nummer ab mit einer Auflage von 60000 Exemplaren.

Die Erfolge der KPG im mazedonischen Tabakgebiet, wo es ihr gelang, kommunistische Bürgermeister an die Spitze der Staatsverwaltungen von Serres und Kavalla zu bringen, feuerten ebenso die neue Arbeit der KPG an, wie die Weltfront gegen den Nationalsozialismus und den Streit der griechischen Parteien in den Fragen der inneren griechischen Politik.

Griechenlands Volk ist seit der Stunde, in der ihm die Befreiung vom Türkenjoche glückte, durch eine Fülle von Staatsformen und politischen Systemen hindurchgegangen, die bunter und mannigfaltiger denn in irgendeinem anderen Lande während des gleichen Zeitraums ist. Von 1822–1828 herrschte in dem eben aus der Sklaverei befreiten Lande Demokratie. Absolutismus löste sie ab. Die Jahre 1844–1864 sahen die monarchische Verfassung, und die Spanne von 1864–1924 gehörte der konstitutionellen Monarchie. Sie stürzte unter dem General Pangalos, doch seine Diktatur währte nur bis in den Sommer 1926. Seither windet sich das Land in den Krämpfen eines parlamentarischen Regimes und sucht nach dem „starken Mann".

Von den Wellen, die der Marxismus im vorigen Jahrhundert in so zahlreichen Ländern Nordeuropas aufwühlte, hat Griechenland nichts gespürt. Es erwies sich als denkbar ungeeignetes Gebiet für die Verwirklichung marxistischer Theorien. Die Industrie des Landes war zu Beginn des ersten Balkankrieges (1911) so gut wie gar nicht ausgebaut. Manchestertum und Elendsproletariat blieben unbekannt bis in die Nachkriegsjahre, die für Griechenland erst 1922 begannen. Eine griechische Industrie von Umfang erblühte zwar in der Siedehitze des Weltkrieges, doch brachten diese Jahre dem Griechischen Volke viel Geld ins Land, und dies schützte es vor der marxistischen Gefahr. In den Jahren 1919–1922 befand sich Hellas dazu auf einer Gipfelhöhe politischer Erfolge, wie es sie in seiner verworrenen Geschichte noch nicht erreicht hatte. Die Friedensverhandlungen von Bukarest hatten Hellas Größe verdoppelt. Seine Einwohnerzahl stieg von 2635000 auf 4250000. Der Friede von Sèvres zu Anfang des Jahres 1920 aber brachte Griechenland noch weitere Gewinne, die zu vergrößern sich die griechische Armee 1922 anschickte. Als sie die alte Türkenhauptstadt Brussa erobert hatte, konnte Venizelos sagen: „Griechenland geht reich, mächtig und stark aus dem Weltkrieg hervor. Es ist nunmehr im Orient das Zentrum der Zivilisation, der Kultur und des Friedens." Es ist begreiflich, daß ein Marxismus in dieser Atmosphäre, von südlicher Leidenschaft und Begeisterungsfähigkeit erfüllt, nicht gedeihen konnte.

Dann schuf der furchtbare Zusammenbruch der griechischen Armee im Herbst 1922 eine ganz neue Lage. Der Krieg gegen die Türken wurde seitens der Entente nicht mehr

finanziert. Venizelos trat zurück. Unter seinem Nachfolger erwies sich das Offizierkorps als politisch zersetzt. Die Soldaten waren nach der vieljährigen Einberufung über das unglückselige politische Zwischenspiel des glücklichen Feldzugs jäh verbittert. Sie kokettierten erstmalig mit der bolschewistischen Heilslehre, die ihnen in der Türkei entgegendrang. Das Gift des Marxismus, ihnen geschickt eingeflößt, lähmte ihre Widerstandskraft rasch. Das Schicksal der Expedition, die ein neues Alexanderreich zimmern wollte und schließlich nach dem Zusammenbruch am Sangarios-Flusse im Tiefinnern Kleinasiens in aufgelösten Haufen zur ägäischen Küste zurückfliehen mußte, ist bekannt. Als dann infolge des Vertrages von Lausanne (1923) anderthalb Millionen Griechen, die seit Jahrhunderten und Jahrtausenden auf kleinasiatischer Erde ansässig gewesen waren, ins Mutterland Hellas zurück mußten, um fortan das berühmte „Flüchtlingsproblem“ Griechenlands zu bilden, entstand das Chaos in Hellas.

Nie sah die Welt eine größere Massenauswanderung. Die viereinhalb Millionen Einwohner Griechenlands mußten anderthalb Millionen Landsleute von jenseits des Ägäischen Meeres aufnehmen. Das Elend wuchs augenblicklich ins Riesenhafte und wurde der Nährboden für die nun sofort durch Agitatorentrupps aus der UdSSR und Deutschland nach Griechenland importierte Lehre des Bolschewismus. Die bis 1926 zunehmende politische Unsicherheit schuf geradezu Treibhausluft für die marxistischen Heilstheorien. Ein gebildeter Mittelstand, der ausgleichend hätte wirken können, fehlte. Viele, die die flüchtige Bekanntschaft mit der „Religion des Sozialismus“ gemacht hatten, sammelten sich in sozialistischen Oppositionsgruppen. Sie hatten Marx, Krapotkin, Tolstoj und Lenin gelesen und diesen Lehren mit der Inbrunst gelauscht, die den zu metaphysischem Denken neigenden Griechen eigen ist. Aus ihnen bildete sich 1924 die Kommunistische Partei Griechenlands. Sie wurde der Moskauer Internationale noch im gleichen Jahre als Sektion angegliedert.

Auf dem Südostzipfel Europas sind die politischen Formeln nordeuropäischer Völker nur mit starken Einschränkungen und Abänderungen anwendbar. Der griechische Kommunismus ist deshalb geraume Zeit eine Erscheinung gewesen, die eine Sonderstellung einnahm, denn:

1. die propagandistische Terminologie trifft nur in begrenztem Ausmaße auf die griechisch-orientalischen Gegebenheiten zu,
2. in jedem Hellenen wurzelt noch immer ein überaus stark national betontes Fühlen, und
3. obgleich drei Viertel des Griechenvolkes in Städten leben, ist das Arbeitertum in weit geringerem Grade als irgendwo anders Ausgangspunkt der marxistischen Bewegung.

Noch aus der Zeit, da das Herrenvolk der Hellenen das flache Land beherrschte, das die Heloten bewohnten und bebauten, ist in Griechenland die eingewurzelte Vorstellung verblieben, daß die Feldbebauer „Barbaren“ seien, – dazu geschaffen, um von den höheren Menschen der Stadt ausgebeutet zu werden. Vieles deutet darauf hin, daß dem Griechen jene wirkliche, leidenschaftliche Anhänglichkeit an den Boden, die den inneren schollengebundenen Menschen kennzeichnet, fremd ist. Auch der griechische Fabrikarbeiter sieht noch immer im Bauern den Proletarier.

Aus diesem Grunde war das Bauerntum am leichtesten für marxistische Ideen empfänglich. Schon in der Frühzeit der Entwicklung sozialistischen Denkens in Hellas war die Partei der Bauern eine Partei, deren Dogmen ein wunderliches Gemisch von Marxismus, Nationalismus und patriarchalischem Denken waren. Aus ihr entstanden zum Teil die Kommunisten, die – ausgebildet durch Schulungsarbeit in Moskau – die „klassischen“ kommunistischen Ideen ins griechische Volk trugen.

Merkwürdigerweise stellte noch immer nicht der Arbeiter die erste Gefolgschaft des Kommunismus. Er war eben nicht, noch nicht, das Elendsproletariat, wie das übrige Europa ihn kennt. Die ersten Gläubigen der kommunistischen Missionare waren die jungen



Intellektuellen Griechenlands. Angesichts der Akademikerinflation, unter der Griechenland schon seit 50 Jahren leidet, bilden die Intellektuellen die wirkliche Arbeitslosenklasse, und es ist verständlich, wenn Tausende junger Intellektueller mangels anderer Lebens- und Berufsmöglichkeiten ihre Zukunft im Kommunismus sehen. Erwerbslose oder studierende Intellektuelle bildeten seit je und heute noch immer die agitatorischen Stoßtrupps der bolschewistischen Partei.

Die Arbeiterschaft, die mit dem Anwachsen der Industrie entstanden war, fand ihren Weg zur kommunistischen Bewegung mangels geordneter gewerkschaftlicher Organisationen. Zwar besteht formell ein Allgemeiner Gewerkschaftsverband, doch lebt von ihm tatsächlich nur der Name. In Wirklichkeit hat er sich schon lange in einzelne Splittervereinigungen aufgelöst. Bei Streiks sind es stets die revolutionären kommunistischen Elemente, die es zuwege bringen, die Führung zu übernehmen, indem sie die Forderungen der Streikenden für ihre Ideologie nutzbar machen. Da sich also keine nationale oder überparteiliche Organisation um die Arbeiterprobleme generell kümmert, werden die Arbeiter bei ihren Streitigkeiten mit den Unternehmern mehr und mehr zu den Kommunisten getrieben, die sich ihnen als „ernsthafte Sachwalter“ der Arbeiterinteressen darbieten, gute und geschulte Führer besitzen und auch das nötige Geld zum Durchhalten von Streiks zur Verfügung stellen.

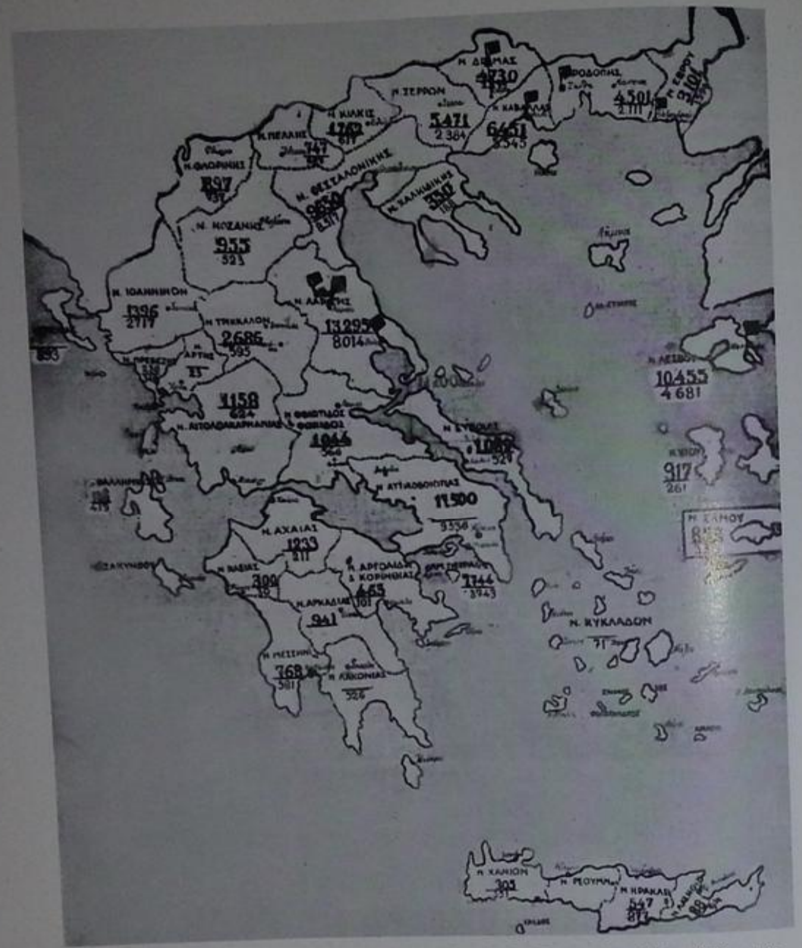
Das gleiche gilt auch für die Beamtenschaft. Auch hier mangelt es noch immer an öffentlichen Einrichtungen. Schon eine ausreichende Arbeitergesetzgebung und die Schaffung sozialer Sicherheiten würden den Zustrom zur kommunistischen Bewegung unterbinden.

Sogar die biederen Bürger „studieren“, wenn auch nur aus Bildungsinteresse, die Schilderungen der Sowjetunion, die tagein, tagaus schon nahezu regelmäßige Rubriken der Presse geworden sind und Loblieder auf das bolschewistische Eden anstimmen. Die Bürger merkten es nicht, daß ihre Zeitungen teils infolge Korruption, teils infolge „antifaschistischer“ Einstellung, teils infolge ihres Liberalisierens unter den Einfluß der kommunistischen Propaganda geraten waren.

Mit dem Hauptsitz Athen besteht selbstverständlich auch in Griechenland eine „Internationale Vereinigung der Freunde Sowjetrußlands“ als Auffangorganisation für Sympathisierende. Eine „Internationale Juristenvereinigung“ betreibt ihre Propaganda unter den Intellektuellen und den oberen Schichten, in denen das juristische Studium überaus stark verbreitet ist und die Basis der kommerziellen Tätigkeit bildet. Die „Internationale Arbeiterjugend“ versucht sich als die Jugendorganisation Griechenlands zu entwickeln. Die Arbeitersportverbände gewinnen den Arbeiter durch Propaganda für den Sport. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation“ ist besonders geeignet, Arbeiter, die aus ideologischen Gründen die KPG ablehnen, ins Fahrwasser des Bolschewismus zu ziehen. Die „Arbeiterhilfe“ aber, die in Griechenland noch meist als eine rein „charitative“ Organisation gilt und die breitesten Kreise der Öffentlichkeit über ihren wahren Charakter geschickt zu täuschen weiß, so daß sie selbst kirchliche Unterstützung gewinnt, ist nichts anderes als die bekannte „Rote Hilfe“. Die griechische Öffentlichkeit kennt nicht die Verbindungen dieser Organisationen untereinander und zur Kommunistischen Internationale. Sie weiß nicht, daß es Instrumente Moskaus sind, und daß ihre geistige Führerin, die griechische Kommunistin Stella Kosmidis alias Charistides, ihren Platz in der nächsten Umgebung Stalins hat.

*

Die KPG zählte im Sommer 1934 etwa 50000 eingeschriebene Mitglieder. Und 18 Monate vorher betrug ihr Mitgliederstand kaum die Hälfte davon. Bei den Wahlen vom 5. März 1933 gelang es ihr jedoch, 65000 Stimmen auf sich zu vereinigen und mit 15 Deputierten in die Kammer einzuziehen. Die Sozialdemokratische Bauernpartei errang 62000 Stimmen und ebenfalls 15 von den 250 Kammersitzen. Angesichts der Zahl von 1141331 Wahlberechtigten mögen diese Ziffern niedrig erscheinen, doch sie sind erstaunlich angesichts



54. Die Ziffern dieser Karte zeigen den bedrohlichen Zuwachs der Kommunisten bei den Wahlen 1935

der kurzen Zeit der marxistischen Bewegung in Griechenland. Berücksichtigt man dazu noch, daß die KPG einen erheblich stärkeren Einfluß auf die Nichtwahlberechtigten (Frauen und Jungarbeiter) ausübt und daß es ihr beispielsweise gelang, bei den obenerwähnten Wahlen rund 150000 Menschen zu Propagandamärschen aufzubieten, so wird das Bild der kommunistischen Bewegung schon deutlicher. Die Wahlstimmen einer Reihe von Städten und Ortschaften sind interessant genug, um hier Platz zu finden. Sie beweisen recht augenscheinlich,



wie intensiv die kommunistische Propaganda arbeitet. Sie verraten aber auch, welche hohen Zahlen für die KPG-Gefolgschaft heute angenommen werden müssen.

| | KPG-Stimmen | |
|---|---|---|
| | September 1932 | März 1933 |
| Piräus | 2609 | 4122 |
| Ethiosis | 293 | 660 |
| Vonitsa | 89 | 251 |
| Evritania | 56 | 121 |
| Korfu | 372 | 901 |
| Drama | 1276 | 2450 |
| Janina | 716 | 2714 |
| Prevoza | 578 | 827 |
| Canea | 168 | 1420 |
| Herakleon | 261 | 930 |

Diese Ziffern geben Ausschnitte aus Orten allerwärts im Lande und auf den Inseln. Sie zeigen stellenweise innerhalb eines halben Jahres eine Versiebenfachung, die die Folge der Kampagne durch eine rapide ausgebaute kommunistische Presse ist.

*

Das offizielle Kampforgan der KPG ist der „Risospastis", der in Athen erscheint und dessen Auflage auf etwa 40000 zu beziffern ist. Neben ihm ist (schulungsbriefartig) das „Bulletin" eine Zeitung, die den Parteimitgliedern auf Wachsplattenabzügen geliefert wird. Weiter sind als kommunistische Tageszeitungen zu nennen:

„Die Arbeiterstimme"
„Die Arbeiterfahne"
„Vorwärts"
„Der Arbeiter von Kokinia"
„Der Bolschewik"
„Rote Wahrheit"
„Der Revolutionär"
„Nor Sarsoun" (Organ der kommunistisch-armenischen Minderheit)
„Avanti" (jüdisch-kommunistische Zeitung in Saloniki).

Wöchentlich erscheinen:

„Der Arbeiter"
„Die Arbeiterin"
„Der Lederarbeiter"
„Der Glasarbeiter"
„Die Flamme"
„Der Presseprolet"
„Der Landarbeiter"
„Armut der Scholle"
„Die Beamtenzeitung"
„Die Beamtenstimme"
„Der Eisenbahner"
„Der Scheinwerfer"
„Der Auto-Prolet"
„Der Arbeiter zur See"
„Tsinimera" (antimilitaristisches Organ der Seeleute)

„Der Rote Matrose“
„Rote Fahne“ (Organ der Matrosen und Soldaten)
„Die Kaserne“ (Organ im 1. Armeekorps)
„Telegraphist und Pionier“
„Jugend“
„Der Rote Athlet“ (Organ der Arbeitersportvereine)
„Neolea“ (Arbeiterjugendzeitung)
„Junger Arbeiter“ (Zellenorgan der Jugend von Acharne)
„Junge Bauern“ (Organ der kommunistischen Jugend von Kavalla)
„El-Tsoweno“ (Organ der jüdisch-kommunistischen Jugend von Saloniki)
„Die Studentenfahne“, „Das Bulletin“, „Der Revolutionär“, „Der Funke“, „Das revolutionäre Recht“ (Organe der kommunistischen Studierenden verschiedener Fakultäten)
„Hygionomistische Welt“ (Organ des kommunistischen Ärztebundes)
„Ärztliche Bewegung“
„Kampf der Schwindsüchtigen“ (Organ der panhellenischen Organisation der Tuberkulosekranken)
„Die Jugend“ (Organ der kommunistischen Jugendorganisationen)
„Der Lebenskämpfer“ (Organ der kommunistischen Schauspieler)
„Der Gefangene“ (Organ der Strafgefangenen in Ägina)
„Der Antifaschist“.

Daneben erscheinen als Monatsschriften:

„Junge Pfadfinder“
„Der junge Leninist“
„Leninistis“
„Freunde der Sowjetunion“
„Politische Blätter“
„Kommunistische Theorie“
„Bulletin der Arbeiterhilfe“
„Helfet untereinander“
„Kreis“
„Massen“
„Pioniere“.

Zu diesen Zeitschriften gesellen sich weiterhin noch die Organe der kommunistischen Splitterparteien und der Sozialdemokraten:

„Klassenkampf“
„Spartakus“
„Die Fahne“
„Der Student“
„Permanente Revolution“
„Die Kämpferin“
„Der Bäckereiarbeiter“
„Der Schuharbeiter“
„Das Beamtensignal“
„Die Stimme der Opfer“
„Archiv des Marxismus“
„Das Bulletin“
„Die Fackel“ u. a. m.



Verläßlichen Schätzungen nach dürfte die Zahl der regelmäßig erscheinenden marxistischen Zeitungen auf etwa 80 bis 100 anzusetzen sein. Neben ihnen erscheinen noch eine beachtliche Zahl gelegentlicher Zellenzeitungen, die in Wachsplattenabzügen Verbreitung finden. Sie zirkulieren, soweit sie hier erwähnt wurden, zum größten Teil in voller Öffentlichkeit. Wird die eine oder andere Nummer beschlagnahmt, so erscheint sie dann schon in der nächsten Woche wieder.

*

Schon an diesem Aufgebot kommunistischer Presseorgane wird ersichtlich, daß starke Geldmittel hinter der kommunistischen Bewegung Griechenlands stehen. Die Eingänge aus Mitgliedsbeiträgen, Sammlungen usw. belaufen sich nach verläßlichen Angaben auf jährlich $1^1/_2$ bis 2 Millionen Drachmen. Es wird also verständlich, daß seitens der III. Internationale Subventionen erfolgen, die für das kleine Land im Jahre 1932 ganz erstaunlich hoch waren. Die KPG bezog von der Moskauer Zentrale, laut Auskunft eines ehemaligen Mitglieds des Zentralkomitees, die Summe von rund 20 Millionen Drachmen (500000 Reichsmark).

Sie flossen in Form getarnter Anweisungen oder wurden in Dollars und Pfunden durch besondere Kuriere überbracht. Die Geldmittel wurden bis zum Ende des Jahres 1932 vornehmlich aus Berlin, seither aus Wien, Paris und Genf nach Griechenland gesandt. Ein Brief vom 18. 3. 1930 läßt die Zusammenhänge erkennen. Berlin bildete damals die Zentrale der ganzen kommunistischen Bewegung und Agitation auf dem Balkan. Ein „Genosse Stephan“ schrieb aus Berlin:

„Liebe Genossen! Wir erhielten die Nachricht, daß die internationale Kasse im Monat Mai nichts an uns zahlen kann. Es scheinen in diesem Monat wichtige Gründe dafür zu bestehen. Ihr müßt also das Defizit, das bei euch infolge dieses Überweisungsausfalls auftreten wird, so gut als möglich durch eine Spende aus Mitgliederkreisen aufzufüllen suchen.“

Die Verwendung der überwiesenen Geldbeträge und der Mitgliedsbeiträge geht aus einer Aufstellung hervor, die für das Jahr 1932 gemacht wurde. Ihr zufolge betrugen die finanziellen Anlagen und Ausgaben:

| | | |
|---|---|---|
| für Arbeiterklubs und Versammlungsräume | 600000 | Dr. |
| „ Streikausgaben | 3000000 | „ |
| „ Reisekosten | 2000000 | „ |
| „ Presse, Broschüren und Zeitschriften | 8000000 | „ |
| „ Gehälter des Politbüros | 600000 | „ |
| „ Gehälter der Organisationen | 1400000 | „ |
| „ Arbeiterhilfe | 4000000 | „ |
| „ Rechtsschutz (30 Anwälte) | 850000 | „ |
| „ Wahlausgaben | 1000000 | „ |
| „ Rote Gewerkschaften | 300000 | „ |
| | 21750000 | Dr. |

Der Aufwand für Presse, Propagandabroschüren und Zeitschriften sticht gewaltig hervor. Er ist für das Land von $6^1/_2$ Millionen Einwohnern enorm hoch, doch dokumentiert sich schon hier die besondere Aufgabe, die die KPG im Rahmen der Kommunistischen Internationale erfüllt: sie ist propagandistisch und ideologisch Mittlerin nach allen Ländern des Nahen Ostens. In der Mittelmeer-Levante, in Ägypten, in der Türkei, ja bis nach Irak hin und hinein nach Arabien ist der Grieche Handels- und Geistesmittler. Das Griechische ist die Verkehrssprache des Ostens, 20 Millionen Menschen verstehen es. Der Grieche, der auch heute noch so wie im Altertum in den Raum fremder Länder vorstößt, der neuerlich

in Abessinien, in Mandschukuo, in Amerika mit seinen Kolonien Fuß faßt, ist für die Moskauer Internationale ein erstklassiger Propagandist.

*

In der Jugendfrage ist die Einmischung der Moskauer Leitung in starkem Grade feststellbar. Man überläßt sie, im Bewußtsein der Größe und Bedeutung des Problems, keineswegs den Griechen allein. Einige Zusammenhänge ergeben Teile eines Briefwechsels zwischen Athen und Berlin. Die Briefe sind mit unsichtbarer Tinte geschrieben.

Berlin, 21. 5. 30.

„Meine lieben Freunde, –

am 28. sandten wir Euch einen Scheck im Briefumschlag, der als Absender den Namen Fr. H., Berlin N, trug. Ihre Jugendlichen für das internationale Jugendtreffen sollen sofort abfahren ... Benachrichtigen Sie uns schnellstens. Wir schrieben Euch unterm 20. 5. dieses internationalen Kongresses halber und fügen heute hinzu, daß ein Fünftel der griechischen Delegationen aus Arbeiterjugend bestehen soll. Auch wenn Eure Delegation nur klein ist, soll ein Jugendlicher unbedingt bei ihr sein.

Wir machen Euch darauf aufmerksam, daß in Erledigung der Plenumbeschlüsse die Arbeit unter der Balkanjugend unbedingt verstärkt werden muß. Ihr habt aber noch gar nichts getan. Ihr habt hinsichtlich dieser Aufgabe überhaupt noch nicht einmal schriftlich Bericht erstattet. Wir bitten Euch, das sofort zu tun. Die französischen Broschüren, derenthalber Ihr schreibt, sind bereits hier. Sie werden an Euch abgehen, sobald ihr uns die betreffende Adresse schreibt. Die ‚Jugend' bekommen wir nicht mehr. Warum nicht?

Mit Genossengruß
gez. Stephan."

Berlin, 30. 6. 30.

„... Auf Grund des Beschlusses des Präsidiums der Komm. Jugendinternationale ... sollt Ihr sofort mit der Propaganda für diese Konferenz einsetzen und zugleich einen scharfen Kampf gegen die Äußerungen der Linksorientierten führen. Ihr sollt die Kräfte zur Durchführung der letzten Plenumsbeschlüsse verstärken und alle Mitglieder dafür mobil machen.

Anliegend senden wir Euch die versprochene Skizze. Am 26. 6. sandten wir Euch im Scheck 25000 Drachmen. Bestätigt sofort deren Empfang und schickt uns die Jugend. Die Internationale Kindertagung in Berlin ist verboten worden, aber sie wird trotzdem stattfinden. Veranstaltet von Euch aus eine Demonstration gegen dies Verbot. Theo wird Euch diesbezüglich besonders schreiben. Eure Kinderdelegation soll am 15., spätestens aber am 25. in Berlin sein. Veranstaltet gelegentlich der Auswahl der Kinderdelegierten eine Geldsammlung. Theo hat mir versprochen, daß er einen Teil der Rückreise beisteuert. Ihr könnt damit rechnen. Schickt uns also die Delegation sofort.

Mit Genossengruß
gez. Stephan."

Die griechische Kommunistische Jugend ist heute ein wichtiger Faktor. Sie zählt mindestens 25000 Mitglieder und wächst schnell. Eine Anweisung der KPG ordnet an:

„Wir müssen eine ununterbrochene Zersetzungsarbeit unter den bürgerlichen Jugendorganisationen betreiben. Wir müssen ihren faschistischen Charakter aufdecken und die Abwanderung in die Roten Jugendvereine erreichen. Der Kampf gegen die geistige



Reaktion und den Nationalismus bildet die wichtigste Aufgabe unserer klassenrevolutionären Front."

Auf dieser Basis ist es der Kommunistischen Jugend Griechenlands gelungen, in der Universität, der technischen Hochschule und in den Staatsgymnasien erheblich Boden zu gewinnen. Die Arbeiter- und die Landjugend wird zumeist in den Sportvereinen, die seit einigen Jahren einen ziemlichen Auftrieb erhielten, erfaßt. Dort bildet die Jugendarbeiterschaft Sondergruppen unter den Sportlern. Ihre Mitglieder stehen als Zellen unter dem Einfluß der kommunistischen Leitung, die sie schult und zu Kommunisten erzieht, ohne daß sie den konservativen Sportverein, dem sie angehören, verlassen.

*

Durch die Weltpresse gehen häufig Berichte über Generalstreiks, die in Griechenland mit großer Hartnäckigkeit geführt werden und an denen gemeinhin auch die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten beteiligt sind. Die Tatsache, daß ihre Streikbeteiligung zumeist 100-prozentig ist, vermittelt eine Vorstellung von der umfassenden Zersetzungsarbeit, die seitens der Kommunisten gerade unter den Staatsbeamten geleistet worden ist. Die bolschewistische Ideologie hat unter ihnen so stark Wurzeln geschlagen, daß sich Generalstreiks infolge der Hartnäckigkeit der Beamten bis zu vier Tagen ausdehnen.

Eine der Ursachen der Anfälligkeit der Beamtenschaft für kommunistische Ideen liegt in dem Umstand, daß die Beamten durch einen Zusammenschluß auf gewerkschaftlicher revolutionärer Basis ihre Stellungen zu verteidigen suchen. Die politische Entwicklung vieler Jahre zeigte ja gerade für Griechenland das bekannte Bild der massenhaften Beamtenentlassungen bei jedem Wechsel des Kabinetts. Griechenlands Beamte schlossen sich deshalb in einer Organisation zusammen, die „mustergültig" genannt werden kann. Sie umfaßt alle Staatsbeamten und steht unter kommunistischer Leitung. Sie hat sich erhebliche Geltung zu verschaffen gewußt. Bezeichnend für die Durchdringung des griechischen Beamtentums mit kommunistischen Elementen ist die Tatsache, daß der Panhellenische Beamten-Wirtschaftskongreß, der im April 1934 in Saloniki zusammentrat, unter den 72 stimmenden Mitgliedern 46 Kommunisten zählte. Auch im Kongreß der griechischen Volksschullehrer, der gleichfalls in Saloniki zusammentrat, hatten die Kommunisten die Stimmenmehrheit.

Ein griechischer Beamter äußerte sich deshalb freimütig:

„Die III. Internationale könnte eigentlich angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der Staatsbeamten kommunistisch denken, befehlen, den griechischen Staat in einen Sowjetstaat umzuwandeln."

Unter der Lehrerschaft hat sich die kommunistische Propaganda als besonders wirksam erwiesen. Eine griechische Zeitung schrieb deshalb auch offen: „Man darf sagen, daß die Schulen, vor allem in den entlegeneren Gegenden – geradezu Treibhäuser des Bolschewismus geworden sind." Bei einer vorsichtigen Bezifferung wurde die Zahl der kommunistisch organisierten Volksschullehrer mit 40% angegeben.

Die KPG aber hat ihre Arbeit nicht nur unter den Staatsbeamten so musterhaft organisiert. Ein Schlaglicht auf die Privatbeamtenverhältnisse wird durch die Tatsache geworfen, daß sich etwa 20 Privatbeamten- und Angestelltenverbände organisiert haben, die unter rein kommunistischer Leitung stehen. Der wichtigste und einflußreichste ist der Verband der Angestellten der Aktiengesellschaften und Banken. Er zählt etwa 2000 Mitglieder; unter ihnen befinden sich zahlreiche Diplomkaufleute, auch die Lehrer der Handelsschulen und die höheren Bankbeamten. Sein Präsidium ist kommunistisch, und sein Generalsekretär ist der kommunistische Bürgermeisterkandidat der letzten Athener Kommunalwahlen. Bei einer Vorstandswahl wurden kürzlich vom Gesamtmitgliederbestand nur 70 nationale Stimmen abgegeben.

*



55. Die griechische Polizei hat Mühe, mit den Streikenden fertig zu werden. Ein nicht seltenes Bild ist die Verhaftung streikender Roter Studenten

Unter dem Einfluß der Einheitsfrontbestrebungen, die sich im „antifaschistischen Kampf" zeigten und die auch für Griechenland immer mehr zu Tage treten, hat die KPG die Bearbeitung der Bauernschaft an einen wichtigen Platz ihres Arbeitsprogrammes gestellt. Der Bauer, den schlechte Preise und schwere Arbeit für die Heilslehre der Komintern empfänglich machen, wird unter den Einfluß der kommunistischen „Agitprop"-Redner gebracht.

Die weitgehenden Versprechungen verfehlen nicht ihre Wirkung auf den einfachen griechischen Bauern. Unter kommunistischer Führung schließen sich die Bauern zu Bauernbünden und dort, wo der Großgrundbesitzer dominiert, die Tagelöhner zu Landarbeiterverbänden zusammen, die dann seitens der kommunistischen Zentrale zu illegalen Handlungen eingesetzt werden. Die letzten Augusttage 1934 zeigten wieder einen Großteil des Peloponnes im Aufruhr. Unter schwarzen Fahnen zogen die Rosinenbauern eines ganzen Bezirks zur Stadt Ägina und zerstörten dort die Verwaltungsgebäude des unter staatlicher Kontrolle stehenden Handelsverbandes. „Nieder mit unseren Ausbeutern!" – war die Losung ihrer Demonstration, bei der schließlich Dynamitbomben flogen und die Gendarmerie zum Feuern gezwungen wurde. Die Demonstrationen endeten mit Toten und Verletzten, die der kommunistischen Propaganda neuen Zündstoff gaben.

Einer der Hauptbezirke der griechischen Landwirtschaft ist Mazedonien. Mazedonien ist aber der röteste Teil Griechenlands. Der Beweis ist also erbracht, wie wohlgezielt jede Propagandamaßnahme der KPG gegen die Bauern ist und wie groß die Gefahr ist, die dem griechischen Staate erwächst, wenn seitens der KPG diese Propaganda auch weiterhin unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausgesät wird.

*

„Die lebhafteste Schulungsarbeit muß sich den künftigen Rekruten zuwenden", steht in einer Anordnung der KPG, „damit sie darauf vorbereitet sind, in Heer und Marine im Sinne der Kommunistischen Internationale zu arbeiten."

Die praktische Anwendung dieser Anordnung ist derart, daß unter den Militärdienstpflichtigen eine ganz besonders intensive Werbung einsetzt, und daß diejenigen, die den Arbeiterjugendverbänden bereits angehören, genaue Instruktionen für ihr Verhalten während der Dauer des Militärdienstes erhalten. Sie werden nach Stadtvierteln in größeren Fabriken zu Schulungsgruppen zusammengezogen, in denen „antimilitaristisches Denken" entwickelt und die Zellenführeraufgaben der Schüler behandelt werden.

Geht die allgemeine Forderung der Kommunisten bereits dahin, den Militärdienst in seiner Dauer bis auf 25 Wochen herabzusetzen und Familienernährer gänzlich von der Dienstpflicht zu befreien, so haben die zum Militärdienst eingerückten jungen Kommunisten vor allem die Pflicht, Stimmung zu machen:

1. gegen schweren, anstrengenden Dienst,
2. für höfliche, menschenwürdige Behandlung und
3. für ein tägliches Verpflegungsgeld von 25 und für ein tägliches Taschengeld von 5 Drachmen.

Sie werden freilich auch weiterhin damit vertraut gemacht, daß sie der KPG während ihrer Dienstzeit ganz besondere Dienste zu leisten haben, indem sie sie über jedes Geschehnis informieren und von den Geheimbefehlen sowie Geheimplänen Kenntnis geben. („Auf Grund der uns bekanntgewordenen Geheiminformationen können unsere Sowjetbrüder und wir selbst die Befreiung Griechenlands vorbereiten.")

Im Jahre 1933 fanden infolge dieser Zersetzungsarbeit innerhalb von 26 Einheiten des griechischen Heeres 56 Massenmeutereien statt. Die Befehle hierfür stammten durchweg von kommunistischen Führern. Infolge der Zusammenarbeit der KPG mit den Komitadschis spielten sich zahlreiche dieser Meutereien im mazedonischen Grenzgebiet ab, denn die

Soldaten weigerten sich, auf die Komitadschis zu schießen. Auch beim bekannten Grenzzwischenfall vom 2. September 1934 gab es deshalb Verluste ausschließlich auf der Seite des griechischen Militärs.

*

„Faschismus bedeutet Sklaverei für die Frau!“ – lautet augenblicklich die Parole, die die Kommunisten in Hellas verkündet haben und unter der sie auch ihre Propaganda in den Reihen der Frauen treiben. Die griechische Frau, im Grunde völlig unpolitisch eingestellt, so wie es Tradition und Frauenstellung im Südostwinkel Europas mit sich bringen, hat auf dieses Schlagwort hin eine bestimmte Haltung gegenüber ihren „unterdrückten Schwestern“ angenommen. Von dieser politischen Einsicht aber war es nur ein kurzer Schritt bis zur Anerkennung der Forderungen für das Leben der griechischen Frau, die ihr seitens der kommunistischen Werber nahegelegt wurden.

Nicht nur die arbeitenden Frauen suchen die Bolschewisten zu erfassen, sondern auch die berufslosen und die Frauen auf dem Lande. „Gegen Krieg und Heeresdienst!“ – ist eine Losung, die bei den griechischen Frauen, die das Elend des Krieges und der Blockade vielfach am eigenen Leibe und in der Familie erlebt haben, Anklang findet. „Pensionen für Kriegerwitwen!“ – verfehlt die Wirkung ebenfalls nicht. „Unterstützungen für die kleinasiatischen Flüchtlinge!“ – das ist eine Lockung, die alle Frauen unter den $1\frac{1}{2}$ Millionen Flüchtlingen aufrüttelt. Das Ziel der KPG, die Frauen, die das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen zuerkannt erhielten, für sich zu gewinnen, liegt, angesichts des schwärmerischen Charakters der griechischen Frauen, gar nicht so unerreichbar. Ein Rundschreiben der KPG ordnet daher auch für die Zukunft an:

> „Auf Grund der internationalen Erfahrungen und Beschlüsse verlangt die Arbeit unter den Frauen infolge ihrer sozialen und wirtschaftlichen Eigenart eine besondere Leitung. Ein Genosse des Zentralkomitees wird deshalb für die Führung der Arbeit unter den Frauen ernannt. Neben ihm soll eine Genossin bestimmt werden, die in das Büro des Zentralkomitees eintritt und dort das Frauenbüro führt. Außerdem sind zwei bis drei Genossinnen, möglichst Arbeiterinnen, in dieses Büro zu delegieren. In den Fabriken sollen Organisatoren die Erfassung der Arbeiterinnen für die KPG übernehmen.“

*

Die „Arbeiterhilfe“ ist verboten worden. Sie besteht indessen illegal weiter und hat sich unter dem Namen „Verein für Sozialfürsorge“ getarnt. Ihre Arbeit ist ganz die, wie man sie bei der „Roten Hilfe“ kennt. Ihre 25000 eingeschriebenen Mitglieder betreuen 2000 politische Gefangene. Sie gibt die Zellenzeitung „Der Gefangene“ heraus und hat in den Gefängnissen und auf den Deportationsinseln Schulen eingerichtet, in denen die Verurteilten zu kommunistischem Kernmaterial erzogen werden. Sie ist auch bei Fluchtversuchen gemeinhin nicht unbeteiligt. Einmal hat sich ihre Mithilfe – der Grund des Verbots – ganz klar erwiesen, als acht gefangene Kommunisten aus den Kerkern Äginas ausbrachen und von einem Sowjetschiff, das gerade den Hafen von Piräus verlassen hatte – eine häufige und beliebte Fluchtmöglichkeit der griechischen Kommunisten – aufgenommen wurden.

Die griechische „Rote Hilfe“ hat sich neben ihren Unterstützungen aus Moskau ein Netz von Handelsgeschäften geschaffen, deren Inhaber sich – teils gutwillig, teils unter Druck – bereit erklärt haben, für diese „charitative Organisation“ ohne Verdienst liefern zu wollen. Sie erhalten daraufhin die gesamte kommunistische Bevölkerung ihrer Umgebung als Ladenkunden zugewiesen. In fast allen Arbeiterzentren unterhält sie ihre Ortsgruppen und Zellen, die auf Grund bestimmter Programme arbeiten. Ein Auszug aus dem Programm



einer Athener Seidenspinnerei ist besonders kennzeichnend für die Arbeit dieser getarnten kommunistischen Organisation:

„1. Die Zelle muß mit dem Ziel einer Erweiterung des Mitgliederbestands fest organisiert werden. Besondere Aufmerksamkeit hat den älteren Arbeitern zu gelten, da unsere Zelle in der Hauptsache vorerst nur Jungarbeiter umfaßt. Das Büro soll alle Mitglieder in die aktive Arbeit einsetzen. Wir wollen uns bemühen, unsere Mitgliederzahl auf 100 zu steigern.
2. Das ideologische Niveau der Mitglieder muß gehoben werden. Es sollen monatlich zwei Stunden stattfinden, an denen alle Mitglieder teilnehmen sollen.
3. Die Vorgänge in den benachbarten Fabriken sollen genau beobachtet und verfolgt werden.
4. Über das Wesen der Patenschaft muß eingehender aufgeklärt werden. Wir müssen regelmäßigere Verbindungen mit den Gefangenen in Ägina unterhalten. Für die Patenschaft unserer Zelle bei den Gefangenen müssen alle Mitglieder werben.
5. Die Zelle muß mit den Arbeitern des Stadtviertels in engsten Kontakt kommen und die Revolution unter ihnen vorbereiten. Dies ist durch private Diskussionen, Zusammenkünfte, kleine Versammlungen und durch Ausgabe von Flugblättern zu erzielen. Wir sollen mit terroristischen Maßnahmen gegen alle, die gegen die Arbeit unserer Zelle gerichtet sind, vorgehen.
6. Wir sollen die Frauen zur Mitarbeit gewinnen und eine Frauenabteilung bilden. Zu diesem Zwecke sollen unsere Mitglieder ihre Schwestern bewegen, sich in unsere Zelle einschreiben zu lassen.
7. Wir sollen praktische tägliche Arbeit für die Verbreitung des ‚Bulletin‘ leisten und saftige Korrespondenzen über die Arbeit der Gruppe und die Taten unseres Kreises abfassen. Der Umlauf des ‚Bulletin‘ soll 200 erreichen.“

Derartige Programme werden auf die Dauer von drei Monaten aufgestellt, nach deren Ablauf dann die Arbeit kritisiert wird. Das Vorstehende ist besonders dadurch interessant, daß es von einer Jugendarbeiterzelle ausgeht, deren Geist es trefflich verrät.

Durch die Wiedererrichtung der Monarchie sahen sich die Kommunisten gezwungen, ihre Taktik zu ändern. Die Losungen des VII. Weltkongresses der K. I. sind für die neugeschaffene Lage in Griechenland sehr brauchbar, da die bisher genossene Freiheit der Agitation und Propaganda wesentlich eingeschränkt wurde. Infolgedessen ist die Einheitsfronttaktik mit bürgerlich-demokratischen Parteien geradezu eine Lebensnotwendigkeit für die Kommunisten geworden. Und sie trägt schon die ersten Früchte: eine Koalition der Venizelisten, Demokraten und Kommunisten ist bereits verwirklicht. Der oberste Präsident des Zentralkomitees dieser Einheitsfront ist Universitätsprofessor Svolos. Außerdem macht sich diese Taktik der KPG auch in zahllosen anderen Verbänden bemerkbar, in denen es den Kommunisten immer häufiger gelingt, unter Tarnung ihrer eigentlichen Ziele und unter Hervorhebung ihrer antimonarchistischen Bestrebungen eine Verständigung mit den „bürgerlichen“ Antiroyalisten zu erzielen und oft sogar die Führung in deren Verbänden zu erobern.

*

Griechenland ist das Land der jähen politischen Umschwünge. Es ist leicht möglich, daß die Abneigung gegen das Bestehende, die so überraschend die Wiedererrichtung der Monarchie ermöglichte, nun im Gegensatz dazu auch den Zuzug zur kommunistischen Bewegung vielleicht ebenso verstärkt, wie zu den faschistischen Bünden.



56. Unter dem Sowjetsymbol! Eine Kommunistin spricht im Hyde-Park vor der Unabhängigen Arbeiterpartei und organisierten Arbeitslosen

## GROSSBRITANNIEN

von

Th. Green, London

Wie auf dem Kontinent, so arbeitet die Kommunistische Internationale auch in Großbritannien hauptsächlich durch Hilfsorganisationen, deren Ziele weitgehendst verhüllt sind.

Seit 1926 (Kohlenbergwerksstreik) wurde der „britische" Kommunismus nicht mehr als ein ernster politischer Faktor betrachtet. Erst durch die später entstehenden Organisationen, von denen jede zu dem Zweck gegründet wurde, besondere Beschwerden der Massen zu erörtern, erlangten die kommunistischen Organisationen ihren großen Einfluß. So stellt heutzutage z. B. die antifaschistische Bewegung, die von kommunistischen Führern geleitet und aus jüdischen Quellen finanziert wird, ein geeignetes Gefährt für die kommunistische Propaganda dar.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens wurde im Jahre 1920 in einer Versammlung im „Canon Street Hotel" in London gegründet, die von Vertretern verschiedener revolutionärer Gruppen besucht war. Damals gab es zwei kommunistische Parteien. Die eine wurde von Fräulein Sylvia Pankhurst kontrolliert, die zwanzig Jahre vordem eine führende Rolle in der Suffragettenbewegung gespielt hatte und die in engen Beziehungen zu den Moskauer Komintern stand. Die zweite nannte sich die „Britische Sektion der III. Internationale" und wurde von der als „schottische Gruppe" bekannten Leitung beaufsichtigt.





57. London demonstriert für Sacco und Vanzetti! Ein Blick auf die Demonstration am Trafalgar Square



58. Große von Kommunisten organisierte Demonstration in London am Tower Hill. Von Moskau kamen die Instruktionen zu diesem „Internationalen Tag gegen Arbeitslosigkeit und Hunger"

An der Versammlung beteiligten sich folgende revolutionäre Führer: Gallacher, J. T. Murphy und Harry Pollitt von der Shop-Steward-Bewegung; MacManus, Tom und Harry Quelch und Tom Mann von der Sozialistischen Arbeiter-Partei; Albert Inpken und W. Paul von der Britischen Sozialistischen Partei. Desgleichen waren verschiedene den Parteien nicht angehörende Revolutionäre erschienen. Diese Versammlung kann sozusagen als Geburtsstunde der Kommunistischen Partei Großbritanniens angesehen werden, denn sie schweißte die Elemente, die bis dahin eine besondere Agitation und Propaganda betrieben hatten, eng zusammen.

Die Kommunistische Partei, die mit genügend Kapital versehen war, setzte nun ihre Propaganda mit vereinten Kräften fort. Jedoch entsprach der Erfolg nicht dem Aufwand und die Komintern, die durch Geheimagenten auf dem laufenden gehalten wurde, ordnete eine Untersuchung und Umorganisierung der Bewegung an. Zu diesem Zwecke wurde eine unter Moskauer Aufsicht stehende Kommission unter dem Vorsitz von E. Palme-Dutt eingesetzt, den die Genossen Inpken und Pollitt unterstützten. Der Befund der Untersuchung war die Annahme des „Zellensystems“.

Diese Neuorganisation im Jahre 1922 bezeichnete das Ende einer Periode der Zufallsagitation, jener Periode, in der die Geldmittel von der Komintern ungeregelt hereinflossen. Die umfassende Tätigkeit der Bewegung wurde nun großzügig ausgebaut und in verschiedene Kanäle geleitet. Fabrikzellen, Straßenzellen, politische Zellen und Kerne wurden geschaffen, wodurch der Auftakt für das Wachstum der Hilfsorganisationen gegeben wurde. Diese entbehrten anscheinend des kommunistischen Charakters, doch wurde die jeweilige Leitung von der kommunistischen Zentrale scharf kontrolliert.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens wird von einem Zentralkomitee beherrscht. Dieses wird auf den „nationalen Kongressen“ der Partei gewählt. Ihm steht das Recht zu, Mitglieder nach Bedarf hinzuzuziehen. Das Bezirksparteikomitee setzt sich aus Abgeordneten der lokalen Parteikomitees zusammen, und die Mitglieder der letzteren wiederum werden von den Ortschaften selbst gewählt.



59. Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten in den Straßen von London






60. Zusammenstoß der Kommunisten mit der Polizei vor der Midland-Bank



61. Polizisten verhaften demonstrierende Kommunistinnen, die sich an den Angriffen auf die Polizei am 7. Oktober 1931 am Britischen Museum beteiligt hatten



**Die Bergarbeiter von Cumberland (England) streikten gegen einen von den Zechenherren geplanten 7½ proz. Lohnabbau. Durch die Unterstützung der IAH konnten die Streikenden fast acht Wochen ihren schweren Kampf führen, der aber schließlich durch die Tricks der reformistischen Gewerkschaftsführung abgebrochen werden mußte. Rechts: Arbeit in der IAH-Küche, unten: Versammlung der streikenden Bergarbeiter, an der sich auch ihre Frauen beteiligten** (Unionbild)

La ministoj de Cumberland (Anglio) strikas kontraŭ la 7½ procenta salajroredukto planata de la minejposedantoj. Dank' al la subteno de ILH la strikantoj povis konduki sian batalon preskaŭ ok semajnojn, sed kiu devis fine esti [illegible] pro la artifikoj de la reformisma sindikatestroj. Dekstre: laboro en ILH-kuirejo, sube kunveno de la strikantaj ministoj, kiun partoprenis ankaŭ virinoj



62. Bildbericht der AIZ über den Bergarbeiterstreik in Cumberland



63. Angriff kommunistischer Demonstranten auf die Polizei, um die Freilassung verhafteter Genossen zu erzielen



64. Barrikadenkämpfe in den Straßen von Belfast

Bis 1924 galt die Arbeit der kommunistischen Bewegung in den Industriezentren hauptsächlich der Roten Internationale der Gewerkschaften. Das Inseltemperament des britischen Arbeiters ging nicht sehr begeistert auf den etwas unbeholfen kontinentalen Titel dieser Organisation ein. Schon im Jahre 1924 wurde, indem man einer Vorschrift der Profintern folgte (in einem vertraulichen Brief nach England sagt Losovskij: „Ihr müßt der Bewegung einen nationalen Namen geben!"), eine Einheitsfront in Battersea Town Hall einberufen und die „National Minority Movement" – NMM – (Nationale Minderheiten Partei) gegründet. Diese Organisation, die nur mit Gewerkschaften und Industrievertretern verhandelte, wurde nach Fachgebieten gegliedert: Metall, Textil, Druckerei, Bergbau, Häuserbau, Industrie usw. Sie stand in Verbindung mit sämtlichen Unterabteilungen der Gewerkschaften und konnte sich im Jahre 1925 rühmen, der kommunistischen Urpartei in Organisation und Stärke weit überlegen zu sein. Moskau sah sich daher veranlaßt, die Subvention für die NMM im Vergleich zur KP zu erhöhen.

Da die NMM ihre intensive Agitation in der ganzen Gewerkschaftsbewegung betrieb, war sie für den daraus erwachsenden Streik im Jahre 1926 mit verantwortlich. Der Vertreter der Bergarbeiter-Minderheitenbewegung war A. J. Cook, dessen erfolglose Verhandlungen zu dem Generalstreik führten.

Nachdem der Plan, die Ziele des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu verwirklichen, im Jahre 1926 gescheitert war, verlor die NMM an Stärke. Die Unterstützung wurde ihr entzogen, und die Gewerkschaftsfunktionäre waren eifrig darauf bedacht, ihre Geschäftigkeit zu zügeln. Dennoch kämpfte sich die NMM weitere vier Jahre durch, bis endlich im Jahre 1930 eine Änderung angeordnet und die modernen „Rank and File Movements" (Reih- und Gliedbewegungen) geschaffen wurden. Sie handhaben ihre eigene Agitation und geben ihre eigenen Veröffentlichungen heraus. Als Organisation sind sie der Kommunistischen Partei nicht verantwortlich, jedoch ist in ihrer Leitung das kommunistische Element vorherrschend und gibt darauf acht, daß jede dieser Bewegungen die Richtlinie der KP befolgt. Die Stärke dieser Bewegung wird heute auf 250000 geschätzt.

Die zweite äußerst wichtige Hilfsorganisation der KP Großbritanniens ist „The National Unemployed Workers Movement" – NUWM – (Nationale Arbeitslosenbewegung), die im Jahre 1921 unter der Leitung von Wal Hannington gegründet wurde. In jedem Bezirk wurden „Komitees" eingesetzt und die Agitation derart verstärkt, daß es oft zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Hungermärsche wurden organisiert und Gruppen von Arbeitslosen nach London geführt, um sich an den Demonstrationen zu beteiligen.

Die NUWM hat eine Sonderstellung unter den revolutionären Organisationen. Sie hat es fertiggebracht, ohne finanzielle Unterstützung aus dem Zentralfonds der Komintern weiterzuarbeiten. Obwohl sie einen entschieden revolutionären Charakter trägt und stark vom Kommunismus durchdrungen ist, handelt sie den Wünschen des kommunistischen Hauptquartiers (16 Covent Garden) gelegentlich zuwider.

Eine andere wichtige Organisation, die selbst von der KP gegründet wurde, ist das „Hands off Russia Committee" (Komitee „Hände weg von Rußland"). Durch seine Tätigkeit gelang es ihm u. a. zu verhindern, daß ein Munitionsboot aus London in See stach. Es drohte der Regierung mit einem Generalstreik für den Fall, daß die Interventionstruppen aus Nordrußland im Jahre 1920 nicht zurückgezogen würden.

Diese Hilfsorganisationen schaffen eine ideale Möglichkeit, die revolutionären und prosowjetisch gesinnten Schichten der Bevölkerung, die aber ungern mit der Kommunistischen Partei identifiziert werden möchten, heranzuziehen. Die beachtenswerteste Hilfsorganisation ist die „Society for Cultural Relations with Russia" (Gesellschaft für kulturelle Beziehungen zu Rußland). Ihr haben sich viele bekannte Persönlichkeiten der verschiedensten politischen Meinungen zugesellt.





65. „Literaturbolschewisten" in Moskau anläßlich eines Frühstücks, das der Leiter des Staatsverlages den englisch-irischen Gästen gab. Vorn von links nach rechts: Karl Radek, Lunatscharsky, Lady Astor, Bernard Shaw, Chalatow (Leiter des Staatsverlags)

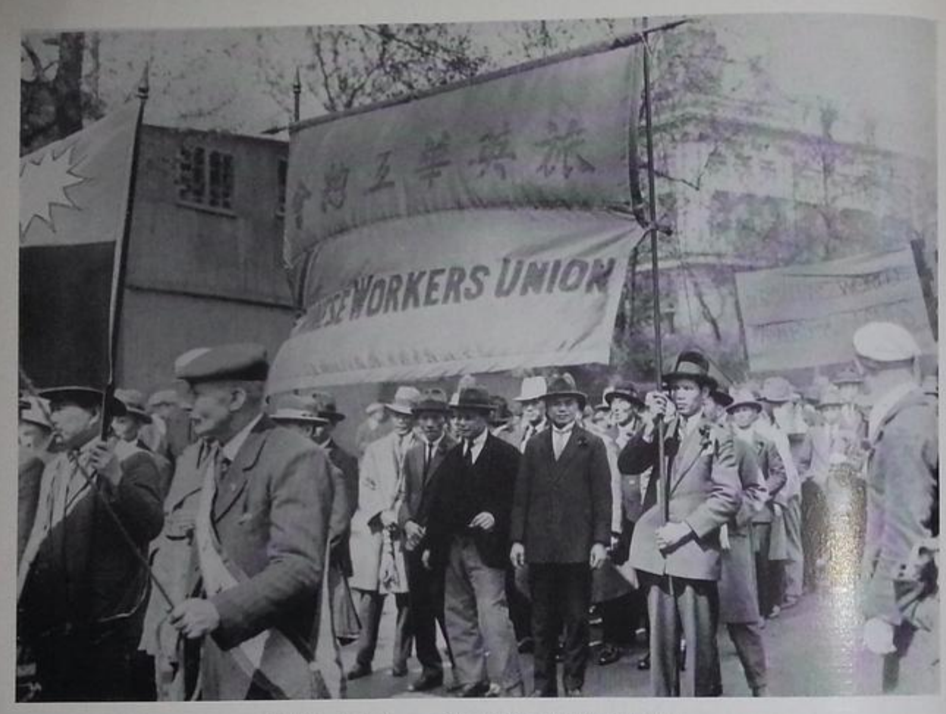
Eine andere Organisation, die nach gleichen Richtlinien, jedoch unter der Arbeiterschaft, arbeitet, nennt sich „Friends of Sovjet-Russia" (Freunde Sowjetrußlands).

„The Workers International Relief" (Internationale Arbeiterhilfe), die zuerst unter der Leitung von Frau Helene Crawford stand, sammelte ursprünglich Beträge für die Hungernden in Rußland (1921/22) und später für die „Opfer der kapitalistischen Unterdrückung". Diese „Opfer" kamen dann unter die Aufsicht der jetzigen „International Labour Defence" (Internationale Arbeitsverteidigung). Den Lehrern wurde die kommunistische Propaganda durch die Tätigkeit der „Educational Workers League" (Verband der Erziehungsarbeiter) eingeschärft. „The League against Imperialism" (Liga gegen den Imperialismus) agitierte unter der Bevölkerung der Kolonien und Dominions und für deren Abfall von der englischen Herrschaft[1].

Als die „British Union of Fascists" (Britische Faschistenunion) in Großbritannien unter Führung von Sir Oswald Mosley schnelle Fortschritte zu machen begann, wurden Bewegungen gegen den Faschismus ins Leben gerufen, die aus kommunistischen und jüdischen Quellen gespeist werden. Die kommunistische „Anti-War-Movement" (Antikriegsbewegung) wurde in die neueste Hilfsorganisation, die „Anti-Fascist League" (Antifaschisten-Liga) überführt, die für eine umfassende „Propaganda gegen den Faschismus" sorgte. Auch mit dieser Organisation sind wohlbekannte Namen von anscheinend nicht kommunistischer Färbung verknüpft. Unter den bekannten „Antifaschisten" sind zu nennen: Lord Marley, Ivor Montagu, Hannen Swaffer, Maud Royden, the Very Rev, Dick Sheppard, Gerald Barry, A. J. Cummings, Sir Bernhard Baron, Nathan Birch, Morris Isaacs und Professor Harold Laski. Wie ersichtlich, sind die meisten Namen jüdisch. Die Haupttriebfedern in dieser Aktion sind, einerseits, die KP Großbritanniens und, andererseits, reiche Juden, die im Kommunismus die sicherste Verteidigung gegen Beschränkung ihrer „Freiheit" durch den Faschismus erblicken.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens arbeitet, wie bereits erwähnt wurde, nach dem Zellensystem. Zugleich bedient sie sich einer überaus reichen Pressepropaganda. Das erste Journal, das herausgegeben wurde, war das Wochenblatt „The Communist".

[1]) Im Dezember 1929 wurde die „Christian Protest Movement" (Christliche Protestbewegung) gegründet, um gegen die religiöse Verfolgung in der Sowjetunion Einspruch zu erheben. Sie hat die Verbindung der antireligiösen Propaganda in verschiedenen Ländern mit der kommunistischen Propaganda ernsthaft studiert. Die letzten Veröffentlichungen zeigen, daß jene, die den antireligiösen Feldzug leiten, ihre Tätigkeit auf die ganze zivilisierte Welt ausbreiten.




66. Chinesische Kommunisten bei einer Maifeier in London



67. Eintreffen einer Kommunisten-Delegation aus England in Moskau. In der Mitte der „Vertreter“ der englischen Bergarbeiter



68. Protestdemonstration gegen die Maßnahme der Londoner Polizei im Fall „ARCOS“. Demonstranten in der Worowskij-Straße nahe der britischen Botschaft in Moskau




69. Der englische Schriftsteller H. G. Wells bei Lenin (Aus „Der Rote Stern" 1932, Nr. 39)



70. Eine „Frauendelegation" der englischen Gewerkschaften bei der Ankunft in Moskau




71. Campbell (England), Stalin und Dimitrow auf dem VII. Kominternkongreß 1935



72. Die Delegation der Kommunistischen Partei Englands auf dem VII. Weltkongreß der Komintern




73. Dimitrow und Harry Pollitt im Präsidium des VII. Weltkongresses

Diesem folgte eine andere Wochenzeitung „The Workers Weekly". In diesem Stadium gab das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei als Herausgeber Menschen an, die gar nicht existierten, so daß die für die Zeitung wirklich Verantwortlichen im Falle einer polizeilichen Aktion nicht zur Rechenschaft herangezogen werden konnten.

„The Sunday Worker", ein im Jahre 1925 gegründetes marxistisches Wochenblatt, wurde mit Hilfe einer von Moskau gesandten Summe von annähernd £ 30000 herausgegeben und von der Kommunistischen Partei kontrolliert. Im Januar 1930 erschien „The Daily Worker", das augenblicklich das Hauptorgan der Kommunistischen Partei in Großbritannien ist. Andere Zeitungen stehen unter kommunistischer Aufsicht. Zu ihnen gehört auch „Russia to-day", desgleichen „The Communist International" und „The Communist Review". Es gibt auch eine „International Press Correspondence" (Willy Münzenberg), die die Herausgeber der verschiedenen Zeitungen mit kommunistischer Nachrichtenpropaganda versorgt.

Die industriellen „Rank und File Movements" haben ihre eigenen Zeitungen: „The Rail Vigilant" ist in etwa 12000 Exemplaren verbreitet, „The Busmen's Punch" mit etwa 5000 Exemplaren ist hauptsächlich auf London beschränkt, während „The Seafarer" in den Häfen zirkuliert. Die „National Unemployed Workers Movement" hatte ihre eigene Zeitung, „The Unemployed Worker", die in Krisenzeiten herausgegeben wird.

Obwohl die KP den revolutionären Sozialismus predigt, stellt sie doch in allen Roten Bezirken parlamentarische Kandidaten auf. Fast immer mißlingt es ihr, die Anzahl der Stimmen zusammenzubringen, die erforderlich ist, um ein Verfallen der Summe, die jeder Kandidat hinterlegen muß, zu vermeiden. Zweimal jedoch sind die kommunistischen Kandidaten in das Unterhaus gewählt worden, und zwar Mr. J. Walton Newbold für Motherwell bei Glasgow, und Mr. S. Saklatvala, ein Inder, für Battersea, London. Mr. Newbold ist darauf aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Gegenwärtig vertritt die Kommunistische Partei im Unterhaus der schon erwähnte Mr. Gallacher. (Dieser jüdische Name bedeutet zu deutsch: Landstreicher.)

Bisher hat sich die Regierung Großbritanniens durch die Tätigkeit der Kommunistischen Partei nicht veranlaßt gesehen, auf sie sonderlich zu achten und ernste Schritte gegen sie zu unternehmen. Mehrfach ist allerdings der Herausgeber des „Daily Worker" auf Grund bestimmter Artikel vor Gericht geladen, und eine Anzahl kommunistischer Führer, darunter Tom Mann und Harry Pollitt, sind wegen aufrührerischer Tätigkeit zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Im Jahre 1934 jedoch schlug die Regierung vor, ein Gesetz in Anwendung zu bringen, das der Krone mehr Möglichkeiten geben soll, gegen aufrührerische Bewegungen einzuschreiten. So wird dieses Gesetz z. B. die Regierung ermächtigen, bei bestehendem Verdacht ein Gebäude zu betreten und es nach Spuren revolutionärer Tätigkeit zu durchsuchen. Für vorgefundene aufrührerische Literatur soll Freiheitsstrafe auferlegt werden.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat auch der Britischen Regierung die Augen für die Dringlichkeit energischer Abwehrmaßnahmen gegen die bolschewistische Gefahr geöffnet, denn auf diesem Kongreß ist es klar zutage getreten, daß der Moskauer Imperialismus sich in erster Linie gegen das Britische Weltreich richtet.




74. Überall Propaganda für einen fremden Staat, die Sowjetunion

## HOLLAND

von

Dipl.-Ing. E. Engberts, Leiden

Ganz wie in Deutschland und in den meisten anderen Ländern hat sich der Kommunismus in Holland aus dem radikalen sozialdemokratischen Flügel entwickelt. Dabei ist zu bedenken, daß die holländische Sozialdemokratie anfänglich[1]) selbst eine sehr radikale Stellung einnahm. Ihr wichtigster Führer, Domela Nieuwenhuis, war ein halber Anarchist und Gegner einer Eroberung der Macht auf legalem Wege.

Als Reaktion gegen diese radikale Haltung entstand im Jahre 1894[2]) die „Sociaal-Democratische Arbeiters-Partij" (SDAP), die ihr Ziel auf legale, parlamentarisch-demokratische Weise erreichen wollte. Das Erfurter Programm von 1891 diente dabei als Grundlage. Troelstra wurde bald der Führer der SDAP und ist es eigentlich bis zu seinem Tode im Jahre 1930 geblieben. Zwar schlossen sich der SDAP bald auch die radikalen Gruppen

[1]) 1881 wurde der „Sociaal-Demokratische Bond" gegründet, der sich 1892 auf einen revolutionären Standpunkt stellte, vom Gericht aufgelöst und durch den „Socialistenbond" ersetzt wurde (Spaander, „Staathuishoudkunde", 4. Auflage, S. 624).

[2]) Ausführlich beschrieben von E. W. H. Vliegen in „De Socialistische Gids" vom August 1934.

größtenteils an[1]), aber jetzt bildete sich in dieser Partei selbst ein radikaler Flügel, der besonders erstarkte, als 1907 die radikale sozialdemokratische Wochenschrift (seit 1916 Tageszeitung) „De Tribune" gegründet wurde. Auf dem Kongreß in Deventer im Februar 1909 wurde von der SDAP-Führung die Aufhebung der „Tribune" gefordert. Dies wurde jedoch von deren Redaktion, bestehend aus D. J. Wijnkoop, J. C. Ceton und Dr. W. van Ravesteyn, verweigert. Diese radikale Gruppe wurde deshalb aus der SDAP ausgestoßen. Sie gründete die „Sociaal-Demokratische Partij" (SDP), die als gleichberechtigt mit der SDAP in die II. Internationale aufgenommen werden sollte. Jedoch wurde auf dem Brüsseler Kongreß dieser Internationale am 7. November 1909 der SDP der Zutritt verweigert. Sie bildete nun im weiteren eine ganz selbständige kleine Organisation mit etwa 500 Mitgliedern. Zu ihr gehörten u. a. der Dichter Herman Gorter und der Astronom Dr. A. Pannekoek.

Zu Beginn des Weltkrieges nahm die SDP sofort eine ausgesprochen antimilitaristische Haltung ein, während die der SDAP – ebenso wie die der deutschen Sozialdemokratie – schwankend war. Diese Unentschlossenheit ließ manche radikale Mitglieder der SDAP zur SDP übergehen, so daß diese gegen Ende des Krieges sehr erstarkt war. Auch die schwere wirtschaftliche Lage trieb manchen Holländer in die radikale SDP. Der „Revolutionnair-Socialistisch Verbond" schloß sich unter Führung von Henriette Roland Holst am 1. Mai 1916 der SDP an[2]).

Im Jahre 1917 beim Ausbruch der Revolution in Rußland sprach sich die SDP ganz für den Bolschewismus aus. Nachdem die Bolschewisten auf dem 7. Kongreß ihrer Partei vom 6.–8. März 1918[3]) den Namen „Kommunisten" angenommen hatten, folgte ihnen die SDP im Herbst 1918 auf dem Leidener Kongreß und nannte sich jetzt „Communistische Partij Holland" (CPH). 1919 wurde diese Partei in die III. Internationale aufgenommen. Ihr vollständiger Name lautet seitdem „Communistische Partij Holland, Sectie der Communistische Internationale".

*

Nachdem die Berichte über die Revolution in Rußland und die schwierige wirtschaftliche Lage schon in den letzten Kriegsjahren zu kleinen Reibungen geführt hatten[4]), wurde die Lage in Holland durch den Ausbruch der Novemberrevolte in Deutschland ganz bedeutend verschärft. Der Augenblick schien für eine marxistische Revolution besonders günstig. Die Kommunisten wollten sofort losschlagen. Die Sozialdemokraten zögerten genau wie die deutschen Mehrheitssozialisten in den ersten Novembertagen 1918. Die psychologische Auswirkung der Novemberereignisse in Berlin war aber so stark, daß viele holländische Sozialdemokraten nicht länger warten wollten und sich den Kommunisten anschlossen. Der Führer der SDAP, Troelstra, meinte, daß ein weiteres Zögern für seine Partei gefährlich werden könnte und nahm deshalb[5]) selbst eine revolutionäre Haltung ein.

Jetzt zeigte sich aber sehr deutlich die ruhige, etwas schwerfällige Art des niederländischen Volkes, das in seiner großen Mehrheit für revolutionäre Experimente sehr wenig Interesse hat. Die meisten Sozialdemokraten wollten deshalb ihren eigenen Führer Troelstra bei seiner revolutionären Agitation nicht unterstützen. Das Resultat war natürlich, daß die revolutionäre Bewegung scheiterte, da sie nur auf die Kommunisten und auf eine kleine

[1]) Z. B. der „Socialistenbond" im Jahre 1900.

[2]) Diese Angaben sind z. T. der „Algemeene Encyclopaedie" von Winkler-Prine (5. Auflage) entnommen worden.

[3]) „Große Sowjet-Enzyklopädie" (russisch), Bd. XI, Sp. 447.

[4]) Am 26. Oktober 1918 Unruhen unter den Soldaten in Harskamp.

[5]) In seinen Erinnerungen (IV. Teil, S. 183) sagt Troelstra das ganz deutlich: „Sollen wir denn die niederländische Arbeiterklasse zum Bolschewismus drängen? Gerade meine Abneigung vor jener Methode . . . läßt mich nach einer eigenen revolutionären Methode suchen."



Minderheit der Sozialdemokraten rechnen konnte[1]). Es kam zu einigen revolutionären Kundgebungen, die aber keine praktische Bedeutung hatten und nur in vereinzelten Fällen zu kleinen Zusammenstößen mit Polizei und Militärmacht führten. Der Schluß war fast komisch. Der Kommunistenführer Wijnkoop wollte mit ein paar Tausend Anhängern die „Oranje"-Kaserne im Haag besetzen. Als sich jedoch die Kasernenwache zum Widerstande bereitete, überkam den jüdisch-kommunistischen Führer eine solche Angst, daß er den Wachkommandanten um ein Glas Wasser bat. Nachdem der tapfere Wijnkoop es ausgetrunken und sich beruhigt hatte, ging er nach Hause[2]). – Dieses Gläschen Wasser des Herrn Wijnkoop ist seitdem in Holland fast sprichwörtlich geworden.

*

Der Zusammenbruch des Revolutionsversuches war ein schwerer Schlag für die Kommunisten – nicht nur für die holländischen, sondern auch für die russischen (lies: jüdischen),




75. Sowjetpropaganda vor dem Königlichen Schloß in Amsterdam am 14. September 1934

die auf einen Sieg in Holland gerechnet hatten, wie sich aus folgender Mitteilung Sobelsohn-Radeks im Moskauer Sowjet ergibt: „In Holland, dem kleinen Holland, wohin Wilhelm geflohen ist, befindet sich die Macht augenblicklich vielleicht schon in Händen der Kommunisten, die dort in zehnjähriger harter Arbeit einen zwar kleinen, aber festen Kern gebildet haben. Die holländischen Arbeiter denken jetzt darüber nach, wohin sie den ungebetenen Gast Wilhelm und auch ihre Königin Wilhelmine schicken könnten"[3]).

[1]) Die größte Gefahr für die Regierung bestand darin, daß einige Regimenter nicht ganz zuverlässig waren; durch Truppenversetzungen gelang es dieser Gefahr vorzubeugen.

[2]) Haighton, „Leugens over Italie", 2. Auflage, S. 58.

[3]) „Sewernaja Kommuna", Petrograd, 21. November 1918.

In Wirklichkeit zeigte sich, daß nur ein kleiner Teil der holländischen Arbeiter kommunistisch orientiert war, obgleich eine Anzahl radikaler Sozialdemokraten sich der CPH angeschlossen hatte. Die Parlamentswahlen brachten den Kommunisten nur einen bis drei Sitze von 100, in den Gemeinderäten erhielten sie auch entweder überhaupt keine oder nur einzelne Sitze. Als äußerst radikale Oppositionspartei hat die CPH in den Vertretungen oft Obstruktion getrieben, ohne aber irgendein praktisches Resultat erreichen zu können. Dies gilt auch von der Proteststreikbewegung u. dgl., die ab und zu organisiert wurde. Der stärkere Ausbau der sozialen Gesetzgebung, der nach dem Revolutionsjahre 1918 erfolgte, entzog dem Kommunismus weiter den Boden.




76. Streikunruhen in Enschede

Im Jahre 1925 machte die CPH eine schwere Krise durch. Ihre beiden Führer, Wijnkoop und van Ravesteyn, gerieten in einen Konflikt mit der kommunistischen Führung in Moskau, nach deren Meinung die holländische Partei in der Gewerkschafts-, der kolonialen und der organisatorischen Frage nicht radikal genug war. Als Wijnkoop und van Ravesteyn ihre Haltung nicht ändern wollten, wurden sie 1926 von der Komintern aus der CPH ausgeschlossen. Van Ravesteyn hat sich danach vom Kommunismus abgewendet und sich den Sozialdemokraten genähert, aber eine politische Rolle hat er nicht mehr gespielt. Wijnkoop bildete dagegen eine unabhängige kommunistische Gruppe, die neben der „Moskauer" CPH bestand und deren Führer L. L. H. de Visser wurde. Im Jahre 1931 kapitulierte Wijnkoop jedoch vor Moskau, so daß die kommunistische Einheit wiederhergestellt wurde. De Visser behielt die offizielle Führung der Partei, aber Wijnkoop rückte an die zweite Stelle. In Wirklichkeit hatte er in kommunistischen Kreisen wenigstens ebensoviel Einfluß wie de Visser.

Die seit 1929 hereingebrochene Wirtschaftskrise hat auch in Holland zur Folge gehabt, daß manche von ihr betroffenen Kreise ihre Hoffnung auf den Kommunismus setzten. Bei



den letzten Parlamentswahlen 1933 erhielten die Kommunisten vier Sitze von 100, statt der früheren zwei. Trotz dieser Erstarkung hielten sich die Kommunisten in der letzten Zeit ziemlich ruhig; sie nehmen, wie es scheint, eine abwartende Haltung an. Auch der Umstand, daß die Regierung Colijns die holländischen Nationalsozialisten[1]), die gefährlichsten Feinde der Kommunisten, scharf bekämpft, dürfte die CPH vor allzu scharfen Aktionen zurückhalten.

Die am 27. Juli 1934 in Frankreich gebildete kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront ist in Holland bis jetzt nicht verwirklicht worden. Die SDAP hat diesbezügliche Anträge der Kommunisten bis jetzt abgewiesen. Die Hauptursachen sind wohl:



77. Aufstand in Amsterdam. Er kostete sieben Tote und fünfzig Verletzte

1. die traditionelle nichtrevolutionäre Haltung der SDAP,
2. die Furcht der sozialdemokratischen Beamten usw., daß die Bildung einer marxistischen Einheitsfront zu ihrer Entlassung führen würde,
3. die Befürchtung, daß die Einheitsfront die jetzige Regierung, die in politischer Hinsicht stark an die Regierung Brünings in Deutschland erinnert, zu einer freundlicheren Haltung gegenüber den Nationalsozialisten bewegen könnte.

Dennoch ist die Bildung einer marxistischen Einheitsfront für die Zukunft auch in Holland durchaus nicht ausgeschlossen. Dadurch würde die marxistische Gefahr mit einem Schlage außerordentlich bedrohliche Ausmaße annehmen.

*

„Als grundsätzliches Programm der Partei gilt das Programm der Kommunistischen Internationale, das auf dem VI. Weltkongreß in Moskau im September 1928 angenommen

[1]) Die weitaus wichtigste Gruppe – die „Nationaal-Socialistische Beweging" von Mussert.



78. Der kommunistische Aufruhr in Amsterdam Juli 1934.
Ein Opfer der Roten Hetze



79. Sogar Betten, Matratzen und Kinderwagen wurden von den Roten aus den Fenstern auf die Polizei geworfen



80. Lastauto als Barrikade



81. Nach dem Kampf

worden ist[1]). Daraus ergibt sich, daß das Programm der CPH keine prinzipiellen Abweichungen vom Programm der kommunistischen Parteien anderer Länder zeigt[2]). Nur einige Punkte beziehen sich besonders auf holländische Zustände. So z. B.:

„Vollständige und unverzügliche Unabhängigkeit von Indonesien und Westindien!"
„Indonesien los von Holland! – Jetzt!"
„Freiheit für die Bemannung des Panzerschiffes ‚De Zeven Provincien' und die Seesoldaten von Surabaia!"
„Allgemeine und unverzügliche Befreiung aller politischen Gefangenen. Aufhebung des Digoel-Lagers."
„Unverzügliche Zurückziehung von Armee und Flotte aus den Kolonien."
„Vollständiges Asylrecht für proletarische und politische Emigranten."
„Verbot aller faschistischen Organisationen, wie z. B. des Freiwilligen Landsturms, der Bürgerwachen, die sich 1918 zur Abwehr der Revolution gebildet hatten, der deutschen NSDAP in Holland und anderer faschistischer Gruppen."
„Unverzüglicher Austritt aus dem Völkerbund." (Merkwürdig, daß die UdSSR vor kurzem selbst in den Völkerbund eingetreten ist!)
„Anerkennung der UdSSR und Förderung des Handelsverkehrs mit ihr."
„Verhaftung des gewesenen deutschen Kaisers." (Etwas sonderbare Anwendung des soeben geforderten Asylrechtes!)
„Verbot des Religionsunterrichtes in den Schulen für Schüler und Schülerinnen bis zum 18. Lebensjahr"[3]).

Dieser letzte Punkt ist ja nicht spezifisch holländisch. Es ist aber nicht überflüssig, auf ihn hinzuweisen, da die holländischen Kommunisten sich in der letzten Zeit öfters der „verfolgten Kirchen in Deutschland" angenommen haben[4]).

*

Die Kommunistische Partei Hollands zählte am 1. Dezember 1933 – 5700 Mitglieder, die 142 Abteilungen bildeten, während diese Zahlen Ende 1932 – 5500 bzw. 107 waren[5]). Bei den Parlamentswahlen am 26. April 1933 erhielten die Kommunisten 118222 Stimmen von 3720758 und 4 Sitze von 100[6]). Die Zahl der Wähler ist also etwa 20mal größer als die der Mitglieder. Über diese sind vor etwa drei Jahren interessante Enthüllungen erfolgt. Der holländische Faschist Baars hatte für schweres Geld eine große Zahl geheimer kommunistischer Dokumente erlangt. Aus diesen Dokumenten ergab sich, „daß die Hälfte der Mitglieder der CPH keinerlei Beziehungen zur Arbeiterklasse hat, sondern aus professionellen Revolutionären und heruntergekommenen Intellektuellen besteht"[7]).

Aus diesen Angaben könnte man vielleicht folgern, der Kommunismus habe in Holland nur eine geringe Bedeutung. Das wäre aber nicht richtig. Denn die CPH wird von der Komintern kräftig – hauptsächlich finanziell – unterstützt. Diese Unterstützung gilt jedoch nur zum Teil der Partei. Zu einem großen Teil wird das Geld aus der UdSSR zu einer

[1]) „Parlement en Kiezer", 1934/35, S. 81.
[2]) „Wir sollen eine einzige Partei sein, die ihre Filialen in Rußland, in Deutschland, in Frankreich usw. hat . . ." (Sinowjew, „Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution", S. 35).
[3]) Die zitierten Programmpunkte sind dem Wahlprogramm der CPH zu den Wahlen am 26. April 1933 (abgedruckt z. B. in „De Tribune", Extranummer vom 6. März 1933) entnommen worden.
[4]) Vgl. „De Bezem" vom 3. Februar 1934.
[5]) „Nieuwe Leidsche Courant" vom 3. März 1934.
[6]) „Algemeen Handelsblad" vom 27. April 1934.
[7]) „Poslednija Nowosti", Paris, 26. Oktober 1931.



indirekten kommunistischen Propaganda gebraucht, nämlich zur Unterstützung von Vereinen zur Förderung der Beziehungen mit den Sowjets, die bis jetzt von der holländischen Regierung nicht anerkannt worden sind. Diese Vereine nennen sich meist „unparteiisch", betreiben aber in Wirklichkeit eine – zum Teil sehr raffinierte – kommunistische Propaganda, indem sie allerlei erfundene Berichte über sogenannte Erfolge des „sozialistischen Aufbaues" in der UdSSR verbreiten. Besonders eifrig ist in dieser Hinsicht der „Verein der Freunde




82. Der Vorstand der „Freunde der Sowjetunion", unter sieben Mitgliedern nur zwei Holländer

der Sowjetunion"[1]). Viele Holländer, die einer regelrechten kommunistischen Agitation ganz unzugänglich sind, lassen sich von dieser indirekten Propaganda betören, da sie von den wirklichen Sowjetzuständen viel zu wenig wissen, um die Verlogenheit dieser scheinbar „unparteiischen" Berichterstattung durchschauen zu können. Die Bedeutung dieser „sekundären" kommunistischen Propaganda darf nicht unterschätzt werden.

*



83. Einer der führenden Kommunisten Hollands



84. Der Reichstags-Brandstifter van der Lubbe, ein Kommunist aus Holland

Die CPH ist die am meisten links stehende große Partei Hollands. Zwar gibt es kleine, noch extremere Gruppen (z. B. die Anarchisten), ihre Bedeutung ist aber gleich Null.

Rechts von der CPH stehen die Unabhängig-Sozialistische und die Revolutionär-Sozialistische Parteien. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen sind ganz

[1]) Er gibt die Wochenschrift „Rusland van heden" heraus.

geringfügig, eine Verschmelzung ist zu erwarten. Beide nehmen eine Art Mittelstellung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ein. Ihre Bedeutung ist nicht allzu groß, obgleich die Revolutionär-Sozialistische Partei bei den Parlamentswahlen vom 26. April 1933 doch einen Sitz erlangt hat. Merkwürdig ist die Sympathie dieser Gruppen[1]) für Bronstein-Trotzkij, obgleich er bekanntlich gerade zur Linksopposition in der Kommunistischen Partei der UdSSR gehörte und jetzt eine „Vierte Internationale" vorbereitet.

Mit der Erwähnung Bronsteins wird schon die Judenfrage berührt. Zwar hat die offizielle Führung der CPH der Nichtjude L. L. H. de Visser inne und der Schrift- und Kassenführer



85. Die „Internationale Rote Hilfe" demonstriert für Sacco und Vanzetti

der Partei, C. J. Schalker, ist ebenfalls Nichtjude –, aber die wichtigste Figur der CPH ist der schon einige Male genannte Jude David Wijnkoop, Sohn eines Oberrabbiners[2]). Zwar ist Wijnkoop als Kommunist natürlich kein gläubiger Israelit, aber die Judenfrage in der Sowjetunion interessiert ihn doch ganz besonders. Vor kurzem hat Wijnkoop auch gegen eine – ganz unschuldige – französische Examensaufgabe protestiert, in der der jüdisch-kommunistische Führer eine „antisemitische Tendenz" entdecken zu können glaubte[3]).

Neben Wijnkoop hat noch der Jude de Leeuw eine höchst wichtige Stellung in der CPH; er ist Hauptschriftleiter der kommunistischen Tageszeitung in Holland „De Tribune".

Lüge und Verleumdung sind die Waffen der kommunistischen Propaganda in Holland. Sie wird zum Teil in Versammlungen betrieben – in denen als ein sehr aktiver Redner

[1]) „De Baanbreker" (Organ der Revolutionär-Sozialistischen Partei) vom 1. Dezember 1934.

[2]) Ritter, „Over Wijnkoop", S. 9.

[3]) „Algemeen Handelsblad" vom 13. Juli und 21. August 1934.



häufig der Jude de Jong auftritt –, zu einem großen Teil aber in „De Tribune" und in Flugblättern, die besonders an Samstagen verkauft oder auch verteilt werden. Diese Flugblätter nennen sich oft – ebenso wie die schon genannten „unparteiischen" Schriften der „Freunde der Sowjetunion" u. dgl. – nicht ausdrücklich kommunistisch, sondern fordern zu einer „antifaschistischen Front" auf. Beim Lesen dieser Blätter[1]) sieht man aber sofort, daß es sich nur um ein Ablenkungsmanöver handelt, und daß diese sog. Einheitsbestrebungen ausschließlich von der Kommunistischen Partei ausgehen[2]). Aus taktischen Gründen werden in den „antifaschistischen" Blättern natürlich Angriffe gegen die Sozialdemokratie nach Möglichkeit vermieden, während die offiziell kommunistische „De Tribune" die „Reformisten" in schärfster Weise bekämpft. Merkwürdig ist vor allem, daß in den „antifaschistischen" Blättern fast ausschließlich vom nationalsozialistischen Deutschland gesprochen wird. Es sind hier wohl vor allem jüdische Einflüsse am Werke. Die antideutsche Hetze übertrifft nun wirklich alles, was man sich überhaupt vorstellen kann. Dies zeigte sich besonders deutlich bei der Herausgabe der holländischen Übersetzung des berüchtigten „Braunbuches".

*

In den holländischen Kolonien wurde der kommunistische Aufstand seit 1920 aufs gründlichste vorbereitet. Die am 23. Mai 1920 gebildete Organisation „Perserikatan Kommunist di India" (PKI) zählte nach vier Jahren ihrer Tätigkeit weit über 30000 Mitgieder. Von ihren Führern seien erwähnt: Semaoen, Darsono, Tan Malaka, Moeso, Alimin Prawirodirdjo. Auch haben einige Holländer, wie Bergsma, Dekker und Baars mitgewirkt. Die PKI war eine Sektion der Moskauer Internationale[3]).

Nach längerer Vorbereitung durch unzählige Terrorakte brach im November 1926 in Westjava und im Januar 1927 in Westsumatra die Revolte aus. Die Folge davon war das Verbot aller kommunistischen Organisationen. Etwa 1300 Verhaftete wurden auf Neuguinea im Digoel-Lager interniert (Ende 1933 waren dort nur noch 444 Gefangene). Da die Kommunistische Partei in Holland selbst nicht verboten ist, gehört zu den bolschewistischen Abgeordneten auch ein „Vertreter" Niederländisch-Indiens, nämlich Roestam Effendi.

Die vielen schweren Probleme auf wirtschaftlichem, religiösem und insbesondere ethnischem Gebiet lassen jedoch für eine weitere Zukunft die Stärkung des Kommunismus in den Kolonien Hollands als durchaus nicht unmöglich erscheinen. Die Taktik der Komintern („Die Kommunistische Internationale soll mit den revolutionären Bewegungen in den Kolonien . . . vorübergehende Beziehungen unterhalten und auch Bündnisse schließen . . ."[4])) ist geeignet, große Teile der nichtkommunistischen Bevölkerung zu ihrem eigenen Schaden in den Dienst Moskaus stellen.

Ebenso wie in Holland selbst, ist in Niederländisch-Indien im Interesse der Weißen, als auch der Farbigen eine große Aufklärungsarbeit über die wahren Ziele des Bolschewismus dringend erforderlich.

[1]) Z. B. die „Antifascistische eenheid" und „Antifascistisch front".

[2]) Dagegen wird das Wochenblatt der SDAP „Vrijheid, Arbeid, Brood" (Schriftleiter – der Jude Sluyser) vom „Büro der Aktion und Propaganda gegen Faschismus und Kommunismus" herausgegeben.

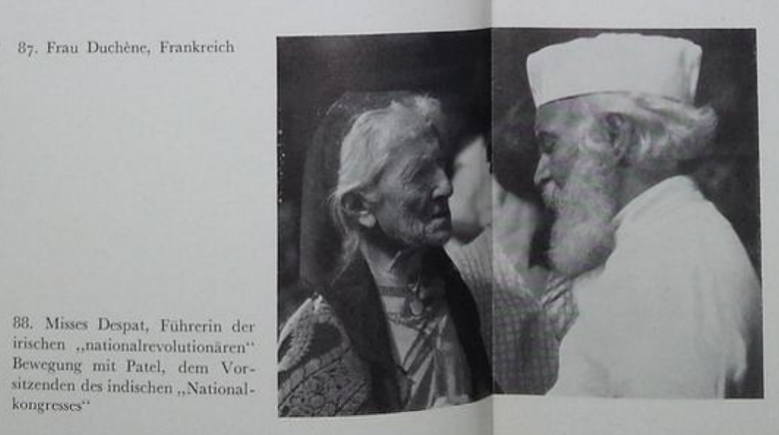
[3]) „Encyclopaedie van Nederlandsch-Indie" und „Politieke partijen en stroomingen in Nederlandsch-Indie" von P. Blomberger.

[4]) „Statuts et résolutions de l'Internationale Communiste".

86. Der „Kongreß gegen den imperialistischen Krieg“ in Amsterdam 1932. Eine Massenversammlung des Vaterlandsverrates unter Leitung der Komintern



87. Frau Duchêne, Frankreich



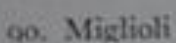
88. Misses Despat, Führerin der irischen „nationalrevolutionären“ Bewegung mit Patel, dem Vorsitzenden des indischen „Nationalkongresses“



89. Henri Barbusse bei der Eröffnung des Kongresses

Der „Kongreß gegen den imperialistischen Krieg", Amsterdam 1932





90. Miglioli



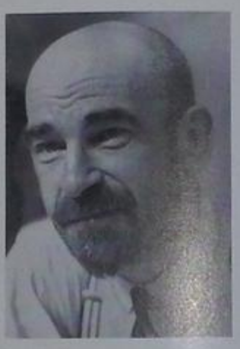
91. Der belgische Kunstbolschewist Masereel



92. General a. D. v. Schoenaich – „deutscher" Delegierter, berüchtigter Landesverräter



93. Prof. Wadsworth Longfellow Dana, USA



94. Prof. D. S. Missky, „englischer" Delegierter auf dem Kongreß in Amsterdam



95. Karin Michaelis, die bekannte Wortführerin des Kulturbolschewismus

# KANADA

von

John Brown, Winnipeg

Kanada hat auch seit einer Reihe von Jahren die Aufmerksamkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf sich gelenkt, und so entstand in Kanada eine Unterorganisation der Komintern unter dem Namen Kommunistische Partei Kanadas (CPC).

Es ist allgemein bekannt, daß die KP Kanadas ihre Anweisungen vom EKKI aus Moskau erhält und nichts ohne Wissen sowie Einwilligung desselben unternehmen darf. Die Mitglieder der CPC müssen die Sowjetunion als ihr Vaterland betrachten und es für ihre Pflicht halten, unermüdlich und mit äußerster Entschlossenheit dafür zu kämpfen, daß Kanada ein Bestandteil der UdSSR wird, wenn dies auch im Gegensatz zu ihren eigenen und Kanadas nationalen Interessen steht.

In einem Manifest, das am 1. März 1934 im „The Communist Review" veröffentlicht wurde, forderte das Zentralkomitee der CPC die Mitglieder und Anhängerschaft auf, „sich zu vereinigen und die verschleierten Kriegspläne zu bekämpfen". Der Aufruf schloß mit folgenden Worten:

„Vereinigt euch zur Verteidigung der Sowjetunion – des Landes des Sozialismus – des alleinigen Vaterlandes der Arbeiter der Welt. Für den Sieg der proletarischen Revolution in der reifen Krise der Weltrevolution! Für ein Sowjetkanada!"

Bisher war es schwierig, einen klaren Überblick über die tatsächliche Stärke der CPC, die Besonderheiten ihrer Entwicklung und ihr Wachstum, ihr System und ihre Führerschaft zu gewinnen. Eine erschöpfende Forschung darüber ist niemals in die Wege geleitet worden. Bis 1930 hat man der Bewegung zu wenig Aufmerksamkeit gezollt, so daß es schwer fiel, genauere Angaben über die CPC zu erhalten, als sie im Jahre 1931 für illegal erklärt wurde. Daher stehen Zahlen und Daten über die kommunistische Tätigkeit in Kanada nicht zur Verfügung, wie etwa bei den „Lusk"- und „Fish"-Berichten in den Vereinigten Staaten oder in „The Red Network" von Elisabeth Dilling.

Die Hauptgründe dafür liegen im traditionellen britischen Standpunkt des „Laissez faire" und darin, daß die Gefahr der Bewegung angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse in Kanada nicht richtig erkannt wurde.

Im Jahre 1926, als noch die Konservative Partei an der Macht war, erließ die Regierung Kanadas ein Gesetz über die rechtmäßigen Verteidigungsmaßnahmen gegen umstürzlerische Organisationen und deren Mitglieder. Dieses Gesetz ist als § 98 des Strafgesetzbuches bekannt. Die letzte allgemeine Wahl im Jahre 1930 verhalf der Konservativen Partei wieder zur Macht, und von nun an wurde der § 98 weitgehendst angewandt. Führer und Mitglieder der kommunistischen Organisationen, deren Tätigkeit zu Gewalttaten, zu Streiks und Demonstrationen führte, die mit Blutvergießen und Zerstörungen endeten, wurden gerichtlich verfolgt. Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren wurden über die Schuldigen verhängt. Waren es Ausländer, so hatten sie noch die Landesverweisung zu gewärtigen.

Eine der sensationellsten Gerichtsverhandlungen fand im Jahre 1931 statt, als neun der tätigsten Mitglieder, einschließlich des Führers und des Sekretärs des Zentralkomitees der CPC, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Unglücklicherweise wurde der § 98 des Strafgesetzbuches als eine Waffe der Konservativen Partei und nicht als ein gerechtes und notwendiges Gesetz Kanadas angesehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es bei den nächsten Wahlen eine der hauptsächlichsten Streitfragen bilden. Die Liberale Partei hat sich bereits für seine Aufhebung erklärt, desgleichen die „Commonwealth Federation", eine Bauern- und Arbeiterbewegung sozialistischer

Richtung. Angesichts dessen ist die Haltung der weit links stehenden Organisationen in letzter Zeit sehr herausfordernd geworden. Noch kürzlich, am 3. Dezember 1934, äußerte sich der Führer der Kommunisten, Tim Buck, in einer Versammlung von 17000 Mann, die ihn nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Maple Leaf Garden, Toronto, begrüßten, folgendermaßen:

„Diese Bewegung kann nicht unterirdisch bleiben. Es heißt, sie sei illegal. Nun wohl, das stimmt. Aber wir sind hier im Freien. Die Kommunistische Partei ist nicht länger unterirdisch. Wenn sie uns auf Grund des § 98 verfolgen wollen, so mögen sie heute abend kommen! Sie werden eine gute Handvoll finden!"

Die Behörden beobachteten und beobachten immer noch die Entwicklung der bolschewistischen Bewegung mit gespannter Aufmerksamkeit. Aber das scheint einzig und allein zur Sicherung des Lebens und Eigentums, sowie zur Verhinderung von Gewalttaten zu geschehen. Dagegen findet der tiefere Sinn des Kommunismus weniger Beachtung.

Wenn man über die Methoden, die Leitung und das Programm der Sektionen der Komintern nicht erschöpfend unterrichtet ist, kann man sich unmöglich eine annähernd richtige Vorstellung von der Arbeit und Stärke der CPC machen. Einem Eingeweihten würde in den Zeiten der wirtschaftlichen Schwäche, also in den Jahren 1919–1921 und dann wieder 1930–1934, alles Rot vorgekommen sein.

Die Kommunistische Partei Kanadas (Sektion der Komintern) scheint in den letzten Monaten von 1919 gegründet worden zu sein, obwohl das Bestehen von „Zellen" schon vor dieser Zeit nachgewiesen werden kann. Es sind Beispiele bekannt, wo Mitglieder der Partei in Alberta vereidigt wurden. Eine Anzahl von Streiks und Unruhen kennzeichnete die Zeit von 1919–1920, bei denen die Kommunisten eine beachtliche Rolle spielten. Von diesem Zeitpunkt an bis 1929 hörte man nur wenig von ihnen. Tatsächlich fand jedoch eine verstärkte Ergänzung und Erziehung von Mitgliedern in allen größeren Städten und Industriezentren des Landes statt. Studenten wurden jährlich nach Moskau geschickt, um sich für die Parteiarbeit in Kanada auszubilden. In vielen Städten wurden besondere Kurse für Erwachsene und Kinder eingerichtet.

Die slawische Bevölkerung Kanadas (Ukrainer, Polen, Tschechen und Slowaken) ist für den Kommunismus ein fruchtbarer Boden. Die ukrainischen „Arbeiterkirchen", von denen es in Kanada sehr viele gibt, haben lange als Zentralen des Kommunismus gedient. Auch Finnen und Schweden haben an der Bewegung erheblichen Anteil, wenn auch natürlich jede Nationalität darin ihre Vertreter hat.

Die Franzosen Kanadas scheinen den kommunistischen Annäherungen und der kommunistischen Propaganda am besten widerstanden zu haben, obwohl gerade der französischen Bevölkerung Ostkanadas seitens der Bolschewisten besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Daher heben die Kommunisten in dem Überblick über ihre Leistungen hervor: „. . . zum erstenmal in der Geschichte faßten wir viele Hunderte französisch-kanadischer Arbeiter in einem Streik zusammen, der von uns organisiert und geleitet wurde" („Communist Review", März 1934).

Obwohl die Juden bisher nur in geringerer Zahl unter den Führern und Organisatoren der CPC vertreten waren, gilt ihre Sympathie den Kommunisten. Viele Angehörige dieser Rasse haben ihren Ehrgeiz walten lassen und der hiesigen Bevölkerung das System und die „Errungenschaften" der UdSSR im günstigsten Lichte geschildert. In welchem Maße sie gegenwärtig in die kommunistische Arbeit verstrickt sind, ist noch nicht festgestellt. In den drei westlichen Provinzen kann man Juden treffen, die das Werk hinter den Kulissen leiten und Stellungen als Vorsitzende und Sekretäre innehaben.

Zum ersten Male sah sich Kanada während der letzten drei Jahre dem jüdischen Problem gegenüber. Der Antisemitismus breitete sich in Kanada aus. Bittere Auseinandersetzungen und heftige Bewegungen im letzten Jahr sind Zeichen für die wachsende Feindschaft gegenüber den Juden.



Im Jahre 1871 bildete die jüdische Bevölkerung Kanadas 0,03 % der Gesamtbevölkerung, im Jahre 1901 waren es 0,31 %.

Die Jahre 1929–1930 werden gekennzeichnet durch das Auftreten gut ausgebildeter und gut vorbereiteter bolschewistischer Organisationen und Agenten in allen Teilen des Landes. Die wirtschaftlichen Nöte und die Arbeitslosigkeit lieferten ein gutes Feld für ihre Arbeit. Zur selben Zeit wurde in der Presse und in öffentlichen Reden der UdSSR und ihren „großartigen Zielen" reges Interesse entgegengebracht. Alles war drüben „schön" und „wert ohne Aufschub nachgemacht zu werden". Oder es war „ein äußerst interessantes Experiment, mit dem man sich beschäftigen müsse". In lebhaften Farben wurden die „Erfolge Sowjetrußlands" und die „Leistungen des Proletariats" beschrieben und die Arbeiter zum Eintritt in die CPC, zur Errichtung eines „Sowjetsystems" aufgefordert.

Nachdem die CPC, nach vielen Streiks und Demonstrationen endlich für illegal erklärt wurde, mußten neue Mittel und Wege gefunden werden, um die Tätigkeit für die Komintern fortzusetzen. So wurden auch scheinlegale Organisationen zu Hilfe genommen. Zwar waren diese nicht streng kommunistisch, hatten aber manches mit der CPC gemeinsam und konnten so der kommunistischen Sache in mancher Hinsicht dienen.

Zu den wichtigsten Organisationen, die für die kommunistische Sache arbeiten oder ihr freundlich gegenüberstehen, zählen:

1. „Young Communist League", YCL (Verband der Jungen Kommunisten)
2. „Canadian Labour Defence League", CLDL (Kanadischer Verband zum Schutze der Arbeiter)
3. „Ukrainian Labour Temple Association" (Ukrainische Arbeiterkirchenvereinigung)
4. „Swedish and German Workers Union" (Schwedische und Deutsche Gewerkschaft)
5. „ICOR" (Jüdisch)
6. „Mine Workers Union of Canada" (Bergarbeitervereinigung von Kanada)
7. „Workers Ex-Service League", WESL (Verband der Außer-Dienst-Arbeiter)
8. „Lumber Workers International Union", LWIU (Internationale Vereinigung der Bauarbeiter)
9. „Farmers Unity League" (Bauern-Einheitsverband)
10. „Needle Trades' Union" (Schneidergewerbeverband)
11. „Metal and Steel Workers Union" (Metall- und Stahlarbeiterverband)
12. „Maxim Gorki Club"
13. „Workers Unity League" (Arbeiter-Einheitsverband).

In einem Überblick über die Tätigkeit der Partei wird mit Genugtuung berichtet: „Der starke Masseneinfluß der Partei zeigt sich in der großen Anzahl der gewählten revolutionären Kandidaten für die Gemeindeverwaltungen und in der starken Zunahme an Stimmen (in 11 Städten, Großstädten und Hauptstädten gibt es annähernd 25 kommunistische Stadtverordnete, Schulräte oder Ratsmitglieder)" („The Communist Review", 1/3, 1934).

Seit 1933 widmete die Partei der Arbeit unter der Landbevölkerung eine besondere Aufmerksamkeit, wodurch ihr Einfluß auf die Massen beträchtlich stieg.

Die wichtigste Folge der neuen Taktik der Komintern im Jahre 1933 ist die Bildung der Einheitsfront gewesen. Es ist ein geschickter Versuch, Mitglieder der verschiedenen sozialistisch eingestellten Arbeiter- und Bauern-Organisationen und die Organisationen als solche der kommunistischen Bewegung näher zu bringen. Die Kommunisten bemühen sich anscheinend, das durchzuführen, was Winston Churchill im „New York American" vom 3. März 1931 schrieb:

„Das erste Manöver in der Geschichte des Kommunismus, das darin besteht, alle freiheitlichen und radikalen Bewegungen gegen die bestehende Regierung zu unterstützen, und dann am Morgen ihres Erfolges, die neugewonnenen Menschen zu überrumpeln und unter

dem Vorwand der Demokratie und des Fortschritts an deren Stelle die kommunistische Diktatur zu errichten."

Die Bauern- und Arbeiterorganisationen Kanadas haben bisher der Einheitsfronttaktik widerstanden. Doch nicht überall blieb es dabei. Bei den unorganisierten Arbeitern z. B. hatte die Einheitsfrontparole Erfolg.

In das Jahr 1933 fiel schließlich auch der Anfang der systematisch angelegten Streiks, die sich immer mehr häuften und an Stärke und Wichtigkeit zunahmen. Es wird befürchtet, daß das Schlimmste noch nicht überstanden sei.

Über die Streiksituation in Kanada sagt die „Communist Review" folgendes:

„... in 5 Monaten vom August 1932 bis zum 1. Januar 1933 waren 48 Streiks ausgebrochen, von denen 28 durch unsere Partei organisiert und geführt wurden. Während der 5 Monate vom 1. September 1933 bis zum 1. Februar 1934 haben wir fast 159 Streiks zustandegebracht, an denen sich über 23000 Arbeiter beteiligten und durch welche ein Verlust von 290000 Arbeitstagen eintrat."

Da die Wirtschaftskämpfe fortdauern, ist mit neuen Streiks zu rechnen. Der aufmerksame Beobachter kann nicht umhin, in den meisten Fällen die verborgene Hand der CPC zu entdecken.

Die tatsächliche Mitgliederzahl der CPC steht nicht fest. In der „Communist Review" vom 1. März 1934 heißt es, daß die Zahl 1000 noch nicht erreicht sei. Andererseits weiß sie von einer raschen Ergänzung von 3–4000 Mann zu berichten, die der Partei nahestanden. Außerdem rühmt sich die Partei, 40000 Mitglieder in den revolutionären Vereinigungen zu haben, die von der CPC geleitet werden.

Trotzdem die Partei verboten ist, werden viele Schriften veröffentlicht, die der kommunistischen Sache dienen. Genannt seien nur:

1. „The Worker" (Der Arbeiter), Toronto, Ontario
2. „Canadsky Gudok", russisch, Winnipeg
3. „Labour Defender" (Arbeitsschutz)
4. „Always ready" (Immer bereit), Organ der Roten Pioniere.

Erfreulicherweise gibt es auch in Kanada schon seit längerer Zeit Bewegungen, die sich die Bekämpfung des Kommunismus zum Ziele machen. In richtiger Erkenntnis, daß den zerstörenden und zersetzenden Umtrieben eine große aufbauende Idee entgegengestellt werden müsse, trachtet man auch nach einer gesunden Regelung der Wirtschaft.

So sagte der Premierminister R. B. Bennett in seiner Rede in Montreal am 15. Dezember 1934, daß er zwar das kapitalistische System in Schutz nehme, aber auch die Notwendigkeit einsehe, „die Habsucht der Menschen zu regulieren". Er schloß mit den Worten:

„Wie weit diese Regulierung am Platze sein wird, kann ich nicht entscheiden. Aber ich bin überzeugt, daß die Welt niemals wieder so sein wird wie jetzt. Wir sind am Scheideweg angelangt. Wenn unser System veraltet ist, wird es ersetzt werden müssen durch etwas Besseres."



96. Das zerstörte Zeitungsgebäude „O PAIZ" in Rio

## LATEINAMERIKA

von

José Albornoz, Buenos Aires

Die Schlagkraft und Stärke der kommunistischen Bewegung in Südamerika in exakten Ziffern anzugeben, ist unmöglich. Denn die Parteien, die sich offen zum Kommunismus bekennen, sind fast in allen lateinamerikanischen Ländern im Laufe der letzten Jahre verboten worden. Und dort, wo dies nicht der Fall ist, haben die Drahtzieher Moskaus es nach bewährtem Rezept verstanden, ihre Organisationen so zu tarnen, daß auch in den Fällen, in denen begründeter Verdacht besteht, der gerichtliche Nachweis illegaler Betätigung nur schwer zu erbringen ist. Dazu kommt, daß die kommunistischen Parteien und ähnliche Organisationen in Südamerika in keiner Weise über so scharf umrissene politische Programme und Satzungen verfügen, wie das in Europa, speziell in Deutschland, der Fall ist oder war, sondern sie sind in ihrer Haltung viel wendiger, weniger dogmatisch eingestellt und unterliegen demzufolge der Beeinflussung durch geschickte Agenten auch leichter als anderwärts. So gibt es in Lateinamerika politische Parteien, die sich sozialistisch nennen, die jedoch als durchaus harmlos-bürgerliche Parteien anzusehen sind, während andere, die vielleicht sogar die Bezeichnung „sozialistisch" gar nicht angenommen haben, sondern sich – dem Namen nach – zu irgendwelchen „freiheitlichen" oder „demokratischen" Idealen

bekennen, in ihrer tatsächlichen Haltung etwa mit den ehemaligen „Unabhängigen Sozialdemokraten" Deutschlands zu vergleichen sind oder gar noch weiter links stehen.

Die gesamte Ideologie und Terminologie des Marxismus ist ja nicht auf dem Boden Südamerikas gewachsen, sondern ist aus Europa importiert worden, der theoretische Unterschied zwischen den einzelnen Richtungen des Marxismus ist selbst den hiesigen marxistischen Funktionären kaum oder gar nicht geläufig, geschweige denn, daß die überzeugten Anhänger oder Mitläufer unter dem südamerikanischen „Proletariat" – soweit man von einem solchen sprechen kann – derartige, ihnen unverständliche Haarspaltereien gelten lassen würden. Sie sind stets bereit, gegen „die da oben", bei jeder Gelegenheit loszuschlagen, und soweit sie sich überhaupt Gedanken darüber machen, was denn eigentlich beim Gelingen eines Umsturzes an die Stelle des Alten gesetzt werden soll, schweben ihnen Ideen vor, die durchaus dem Bolschewismus ähnlich sind.

Ein typisches Beispiel hierfür bietet Kuba. Im Laufe der letzten Revolutionen in diesem Staate gelangten Parteiführer – nicht Parteien – an die Macht, die ihre Karriere den höchst radikalen Programmen verdankten, mit denen sie ihre Anhänger begeisterten, die dann aber, im Besitz der Macht, teils unter dem Druck gewisser ausländischer Staaten, teils weil sie sich innerlich durchaus nicht zu den Moskauer Idealen bekannten, sofort wieder nach rechts zu drücken begannen und dadurch die nun enttäuschten Massen aus der Hand verloren. Diese hörten jetzt wieder auf andere Propheten, die ihnen den „wirklichen und reinen Kommunismus" versprachen. Wenn es allgemein zum Wesen der Berufsrevolutionäre gehört, daß diese weniger an den Staat, an das Allgemeinwohl denken als vielmehr an ihren persönlichen Einfluß und an einträgliche Pfründen für ihre engeren Mitarbeiter, so trifft diese Charakteristik auf die Revolutionsführer der Staaten Lateinamerikas in ganz besonderem Maße zu.

So ist es denn kein Wunder, daß Moskau schon seit Jahren auch die wildesten Revolutionäre in Südamerika für wenig „zuverlässig" hält und demzufolge am liebsten und in geradezu überraschend großem Umfange seine Ziele in „Bezirk Sieben und Acht", wie Lateinamerika in der Sowjetsprache heißt, von kommunistischen Emissären verfolgen läßt. Stößt Moskau dabei wieder auf den Widerstand derjenigen südamerikanischen Politiker, die zwar eifrig an einem sozialen Umsturz arbeiten, im entscheidenden Moment jedoch aus den oben angegebenen Gründen sich davor scheuen, die letzten Konsequenzen zu ziehen, so ist doch sein Einfluß auf das „revolutionäre Proletariat" ausgesprochen groß. Es sei nur auf die jüngste politische Entwicklung in Kuba und in Spanien hingewiesen. Wer diesen Einfluß nicht kennt, wird dazu neigen, die Größe der kommunistischen Gefahr zu unterschätzen, wie es z. B. in dem Bericht des „Committee on Inter-American Relations" geschieht, der im Jahre 1929 herausgegeben wurde, zu einer Zeit also, als Moskau schon festen Fuß in Lateinamerika gefaßt hatte.

Ebenso wie sich in Lateinamerika praktisch kaum eine Grenze ziehen läßt zwischen sozialistischen und kommunistischen Organisationen, so ist auch der Übergang zu den terroristisch-anarchistischen Gruppen durchaus fließend. Zahllose Einzelgänger oder Gruppen, die auf Marx schwören, sind ohne weiteres bereit, von heute auf morgen zu terroristischen Einzelaktionen zu schreiten.

Zunächst gilt es, sich an Hand praktischer Beispiele ein genaues Bild davon zu machen, wie die Abgesandten Moskaus in Südamerika arbeiten, bzw. welche Erfolge sie bereits erzielt haben. Es wird sich zeigen, daß die Bolschewisten zwar im allgemeinen nach denselben Rezepten arbeiten wie einst in Deutschland, daß sie sich jedoch klug der jeweiligen Lage anpassen, ihre Taktik also immer nach den besonderen Verhältnissen richten, die sie vorfinden.

Das Beispiel Argentiniens ist besonders lehrreich und typisch, da die Entwicklung des Kommunismus in den anderen lateinamerikanischen Ländern sich etwa in denselben oder doch in analogen Bahnen bewegt.



Buenos Aires hat sich in wenigen Jahrzehnten zu einem Welthafen, zu einer Stadt von internationaler Größe entwickelt. Ihre Einwohnerzahl betrug bei Kriegsende etwa 2 Millionen. Es ist selbstverständlich, daß sich in einer derartigen Stadt eine große Anzahl Gescheiterter und Entgleister aller Art ansammelte, ein Mob, der zu allem zu haben war, wenn es „gegen die Reichen" ging, der sich also zu jedem dunklen Zweck willig gebrauchen ließ. Diese Tatsache veranlaßte die Moskauer Machthaber dazu, bei der Organisation der „revolutionären Erhebung des Weltproletariats" in Südamerika ihre Hebel zunächst in Buenos Aires anzusetzen.

Bereits zu Beginn des Jahres 1918 kam ein bolschewistisches Aktionskomitee aus Moskau nach Buenos Aires, dessen Führer zwei berüchtigte Moskauer Revolutionsgrößen, ein gewisser Salomon Jaselman und seine Frau Julia Fitz-Jaselman, waren. Letztere vor allem hatte es in Moskau als Mitglied der Tscheka zu hohem Ansehen gebracht, wie ihr „Ehrenname" „Rote Hyäne", den ihr die Moskauer Machthaber auf Grund ihrer Grausamkeiten verliehen hatten, zur Genüge beweist. Salomon Jaselman nahm in Buenos Aires sofort Beziehungen auf zur Unterwelt, zu terroristischen Einzelgängern und Verbrecherbanden, ebenso zu den wenigen damals bestehenden Arbeiterorganisationen, vor allem zu der



97. Revolutionskämpfe in Rio de Janeiro

Gewerkschaft der Metallarbeiter, dem Verbande der Schneidergehilfen, der Bäckereiarbeiter usw. Sehr bald fand er in diesen Kreisen die Unterstützung einer entschlossenen Minderheit, die die weniger entschlossene Mehrheit rücksichtslos an die Wand drückte und die betreffenden Verbände verblüffend rasch in ein rein bolschewistisches Fahrwasser hineinmanövrierte.

Die „Rote Hyäne" dagegen suchte ihr Tätigkeitsfeld vor allem in den Kreisen des argentinischen Kleinbürgertums mit der besonderen Absicht, durch Untergrabung der alten, aus Spanien übernommenen sittlichen Anschauungen, durch Zerstörung des Familienbegriffs und der religiösen Einstellung dieser Kreise den inneren Widerstand gegen den Bolschewismus zu lähmen und Sympathien für die neuen Moskauer Heilslehren zu wecken. Kurz, sie betätigte sich als „Salonbolschewistin" gefährlichster Art, wobei es ihr ein leichtes war, in der Unterhaltung mit ihren neuen, in diesen Dingen völlig unerfahrenen Freundinnen deren Einwände zu „widerlegen". Außerdem hatte die Jaselman den besonderen Auftrag, die für die Finanzierung des geplanten Aufstandes erforderlichen Gelder zusammenzubringen. Sie arbeitete hierbei Hand in Hand mit dem berüchtigten internationalen Verbrecher Oscar Montenegro Paz, der damals, nachdem ihm die Londoner Polizei den Aufenthalt in England verleidet hatte, sein Tätigkeitsfeld nach Buenos Aires verlegte. Dieser Verbrecher, der sich ebenso geschickt in Hafenspelunken wie auf dem Parkett der vornehmen Salons bewegte, entledigte sich seiner Aufgabe mit geradezu imponierender Gewandtheit. So gelang es ihm

unter anderem, Mitglied eines hochfeudalen argentinischen Klubs zu werden und in dieser Eigenschaft riesige Beträge zu sammeln, die angeblich dazu bestimmt waren, die topographische Aufnahme aller argentinischen Landstraßen zu finanzieren, während er tatsächlich diese Gelder teilweise nach Moskau sandte, teilweise zur Finanzierung der revolutionären Bewegung in Argentinien verwandte.

Die außerordentlich günstigen Berichte, die Jaselman nach Moskau sandte, veranlaßten Trotzkij, der die Propaganda in Südamerika persönlich leitete, eine größere Anzahl neuer jüdischer Agenten nach Argentinien zu entsenden. Gleichzeitig ließ er in Buenos Aires eine Zweigstelle der „OZET" gründen, jener Vereinigung reicher jüdischer Kreise, die mit Moskau Hand in Hand arbeiten, und die unter dem Namen „PROCOR" heute noch in Buenos Aires besteht und eingestandenermaßen neben „wohltätigen Zwecken" alle politischen Bewegungen, die von links her an einem Umsturz der bestehenden Weltordnung arbeiten, finanzieren hilft.

Ende 1918 hielten die Sowjetagenten die Stunde zum Losschlagen für gekommen. Es besteht kein Zweifel, daß die kommunistischen Aufstandsversuche vom Januar 1919, die nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in zahlreichen anderen europäischen Ländern und in Argentinien ausbrachen, einheitlich von Moskau aus geleitet wurden. In Buenos Aires wurde ein lokaler Streik am 7. Januar von den Kommunisten benutzt, um zu einem allgemeinen Aufstand zu hetzen, der am 10. Januar bei Gelegenheit der Beerdigung der beklagenswerten Opfer schlagartig einsetzte. Es kam in Buenos Aires sowie in zahlreichen Provinzstädten zu tagelangen schweren Kämpfen zwischen Polizei und Militär auf der einen und den Aufständischen auf der anderen Seite, die schließlich mit der blutigen Unterdrückung des Putsches endeten. Die Zahl der Todesopfer, die die „tragische Woche" allein in Buenos Aires kostete, wurde damals offiziell mit 800 angegeben, während inoffizielle Schätzungen diese Zahl um das Mehrfache überstiegen. Mehr als 4000 Verwundete fanden allein in den städtischen Krankenhäusern Aufnahme. Der offizielle Führer des Putsches, ein gewisser Pedro Wald alias Walekoskij, der sich als „Präsident der Marxistischen Republik Amerika" bezeichnet hatte, sowie der „Kriegsminister" dieses neuen „Staates", Macarco Ziazin, gleichfalls ein Ostjude, wurden verhaftet. Die eigentlichen Drahtzieher jedoch, Salomon und Julia Jaselman, blieben im Hintergrund. Die Rolle, die dieses Paar spielte, wurde erst viel später aufgedeckt.

Trotz der Hochblüte des Wirtschaftslebens war in Argentinien im Jahre 1919 die Lage der Arbeiterschaft alles andere als rosig, wenn auch im Vergleich zu anderen Ländern immerhin noch erträglich. Die Löhne waren verhältnismäßig niedrig, die Arbeiterschaft wurde also an den ungeheueren Gewinnen, die Industrie, Landwirtschaft und Handel damals brachten, in keiner Weise beteiligt. Dazu bestand keine Alters- oder Invalidenversicherung, überhaupt keinerlei Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung oder Ausbeutung, also mit einem Wort keinerlei soziale Gesetzgebung, wie sie in Deutschland seit 50 Jahren selbstverständlich ist. Der Stein wurde ins Rollen gebracht durch das ständige Steigen der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel, die durch gewissenlose Spekulanten und Zwischenhändler ungerechtfertigterweise in die Höhe getrieben wurden, ohne daß die Regierung eingriff oder daß das Einkommen der Arbeiterschaft und der kleinen Gewerbetreibenden und Angestellten Schritt hielt.

So kam es bereits seit 1917 zu dauernden Streiks in Argentinien, die an sich keinerlei politischen Charakter trugen, sondern durch die lediglich eine vernünftige und gerechte Reform der Arbeitsbedingungen erstrebt wurde. Erst durch die Moskauer Regisseure wurde den Streiks, die am 7. Januar 1919 begannen, eine politische Tendenz gegeben, und die Blutopfer, die die Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes, der sich aus dem Streik entwickelte, kostete, gehen zu Lasten der Sowjetsendlinge, die sich wohlweislich im Hintergrund hielten und damit begnügten, die irregeleiteten Arbeiter in das Feuer der Maschinengewehre zu hetzen.





98. Die Zerstörung des Verlagsgebäudes des „Journal do Brasil" in Rio de Janeiro

Die argentinische Regierung unterließ es, die eigentlichen Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und traf keinerlei Maßnahmen, um die kommunistische Propaganda in Argentinien zu unterbinden. Moskau vergalt diese Großzügigkeit damit, daß umgehend eine große Anzahl weiterer Agitatoren entsandt wurde, um das revolutionäre Feuer wieder anzufachen; desgleichen wurde eine Reihe „bewährter Führer des argentinischen Proletariats" nach der RSFSR abkommandiert, um dort in gründliche Schulung genommen zu werden. Im übrigen änderten die Roten Agenten ihre Taktik. Hatte man bisher gehofft, in Argentinien durch einen Überraschungsangriff zum Ziele zu kommen, so stellte man sich jetzt nach dessen Scheitern auf einen langwierigen Stellungskrieg um. Seit dem Jahre 1920, also seit dem Wiederaufbau der „Revolutionären Front" in Argentinien, erstrecken sich die Bemühungen der Bolschewisten vor allem nach drei Richtungen.

Hatten die Ereignisse von 1919 bewiesen, daß der überwiegende Teil der Arbeiterschaft für den Bolschewismus noch nicht „reif" war, so galt es nun, die noch abseits Stehenden zu gewinnen. Hand in Hand damit sollte eine planmäßige Erziehung der Arbeiterjugend zum Kommunismus gehen, und schließlich mußte versucht werden, in den Kreisen der „Intellektuellen" für die Ziele Moskaus zu werben und wenigstens einen Teil derselben auf die Seite der Sowjets zu ziehen.

Nach dem Jahre 1920 wurde ganz Buenos Aires mit einem dichten Netz von „Arbeiterkomitees" überzogen, deren Aufgabe es war, in Arbeiterkreisen für die bolschewistische Lehre zu werben. Diese wiederum richteten nach und nach in allen Fabriken und sonstigen Unternehmungen „Zellen" ein. Sehr bald schon wurde diese Organisation, die einheitlich von dem Zentralkomitee in Buenos Aires aus geleitet wird, von dort ihre Instruktionen bezieht und diese an die Zellen weitergibt, über das ganze Land ausgedehnt. Durch persönliche Beeinflussung, geheime Verhandlungen, „Werkzeitungen" und Flugblätter aller Art suchte und sucht man, die Arbeiter direkt zu gewinnen. Hand in Hand damit gehen die Versuche, für die Vorstände der Gewerkschaften eine genügende Anzahl von Vertrauensleuten wählen zu lassen, um mit ihrer Hilfe die Gewerkschaften vor den Wagen Moskaus zu

spannen. Bezeichnenderweise wandten sich die Agitatoren zunächst an die Gewerkschaften derjenigen Berufe, die vorherrschend in jüdischen Händen sind, also Schneiderei, Konfektion, Stoffweberei usw., die sich denn auch sofort der „Unión Sindical Clasista“ (etwa „Verband der klassenbewußten Gewerkschaften“) und damit der Profintern anschlossen. Es ist bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß in Argentinien in diesen Berufen durchaus noch das Kleinunternehmertum vorherrscht und die diesbezüglichen Werkstätten fast ausschließlich in der Hand jüdischer Gewerbetreibender aus Osteuropa sind. Der Verband der Schneidereiarbeiter scheint in der bolschewistischen Propagandataktik insofern eine besondere Rolle zu spielen, als ihm offensichtlich die Aufgabe zugefallen ist, das Bindeglied zwischen den rein kommunistischen Gewerkschaften und denen, die etwa auf dem Boden der II. Internationale stehen, zu bilden.

Zu der „Unión Sindical Clasista“ (USC) bekennen sich zur Zeit folgende argentinische Gewerkschaften:

„Sindicato Obrero de la Carne“ (Fleischereiarbeiter)
„Sindicato de Parquetistas y anexos (Parkettarbeiter und verwandte Berufe)
„Sindicato de Sastres y anexos“ (Schneider und verwandte Berufe)
„Federación Obrera de Vendedores de diarios“ (Zeitungsverkäufer)
„Sindicato Gastronómico“ (Küchen- und Gasthausarbeiter)
„Sindicato de la Madera“ (Holzarbeiter)
„Sindicato de Obreros Gorreros“ (Mützenmacher)
„Sindicato Metalúrgico“ (Metallarbeiter).

Eine Anzahl weiterer Gewerkschaften, die nicht direkt der USC angeschlossen sind, mit deren Zielen jedoch sympathisieren und im Ernstfall unbedingt zu ihr halten, schlossen sich zusammen zu den „Grupos de Oposición Clasista“ (Gruppen der klassenbewußten Opposition), einer losen Vereinigung, der folgende Verbände angehören:

„Grupo Ferroviario“ (Eisenbahnarbeiter)
„Grupo Chauffeurs“ (Chauffeure)
„Grupo Tranviario“ (Straßenbahnarbeiter)
„Federación de Empleados de Comercio“ (Handlungsgehilfen)
„Federación Obrera Marítima“ (Hafenarbeiter)
„Sindicato de Peones y Quinteros“ (Landarbeiter und Kleinbauern)
„Sindicato de Pintores“ (Maler)
„Grupo de Obreros de Calzados“ (Arbeiter der Schuhfabriken)
„Grupo clasista de Marmoleros, Mosaiquistas y anexos“ (Marmorarbeiter, Mosaikleger und verwandte Berufe).

Die Schätzungen, wie viele Arbeiter in den oben genannten Gewerkschaften organisiert sind, schwanken zwischen 60000 und 80000. Es ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß sich auch in denjenigen Gewerkschaften, die nicht der Profintern angeschlossen sind, zahlreiche Mitglieder befinden, die jederzeit bereit sind, auf ein gegebenes Signal hin nach links abzuschwenken und mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen. Innerhalb der Gewerkschaften der Bäckereiarbeiter und der Bauarbeiter gewinnen in letzter Zeit kommunistische Tendenzen immer mehr die Oberhand. Terroristische Attentate auf Leben und Eigentum von Bäckern sowie Bäckereigehilfen, die diese Wendung nicht mitmachen wollen, häufen sich neuerdings immer mehr. Offiziell richten sich diese Attentate gegen „Streikbrecher“, Angehörige dieser Berufsgruppen also, die die gewaltsamen Methoden, mit denen die Kommunisten in ihren Reihen für „eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ kämpfen, nicht mitmachen wollen.



Mit der gleichen Energie, mit der Moskau an die „Bekehrung“ der Arbeiter ging, wandte man sich der zweiten Hauptaufgabe zu, der Erziehung der Arbeiterjugend im bolschewistischen Sinne. Nach den argentinischen Gesetzen genießen diejenigen Privatschulen, die in Dörfern oder Stadtvierteln gegründet werden, in denen sich noch keine staatlichen Volksschulen befinden, den Schutz und die Unterstützung der Regierung. Auf Grund dieses Gesetzes vermochten die Kommunisten zahlreiche Schulen zu gründen, in denen, ähnlich wie in Spanien in den „Berufsschulen zur Förderung der Bildung der Arbeiterjugend“, viele Tausende argentinischer Kinder planmäßig im Geiste des Bolschewismus erzogen werden. Der Gründer und Organisator dieser Schulen ist wieder ein Jude aus der UdSSR namens Siskin Aisemberg. Es ist bezeichnend, daß in einem großen Teil dieser Schulen der Unterricht, abgesehen von der spanischen Landessprache, auf jiddisch erteilt wird, wohnen doch in Buenos Aires und Umgegend rund 200000 Juden.

Da die Gründung dieser Schulen im Einklang mit den argentinischen Gesetzen erfolgte, irgendwelche Gesetze jedoch, die es gestatten würden, der kommunistischen Verhetzung wirksam entgegenzuarbeiten, nicht bestehen, verstand der Genannte glänzend, die argentinischen Unterrichtsbehörden dahin zu bringen, diese Schulen weitgehend zu fördern. Das war um so leichter möglich, als sich unter den leitenden Beamten, ebenso wie im Lehrkörper, viele befinden, die sich offen zum Kommunismus bekennen oder ihm doch, gelinde gesagt, wohlwollend gegenüberstehen. In wie weitem Maße kommunistische Ideen in die argentinische Lehrerschaft Eingang gefunden haben, bewies zur Überraschung der argentinischen Öffentlichkeit die erste Lehrerversammlung, die im Januar 1928 in Buenos Aires stattfand und in deren Verlaufe sich zahlreiche Vertreter der Lehrerschaft auf den Boden der, der III. Internationale angeschlossenen „Internationale der Unterrichtsarbeiter“ stellten.

Es erwies sich bei dieser Gelegenheit, daß auch die Versuche Moskaus, in den Kreisen der argentinischen Intellektuellen festen Fuß zu fassen, von bemerkenswertem Erfolg gekrönt sind. Selbst an den argentinischen Universitäten gibt es heute eine Anzahl von Dozenten sowie starke Gruppen von Studenten, die dem kommunistischen Einfluß erlegen sind. Die Reihe von Studentenstreiks und Tumulten an den Hochschulen, die mitunter nur durch Anwendung von Gewalt unterdrückt werden konnten, und durch die das Studium an den argentinischen Hochschulen seit Jahren immer wieder aufs schwerste in Mitleidenschaft gezogen wird, sind zweifellos zum größten Teil auf planmäßige bolschewistische Zersetzungsarbeit zurückzuführen. Die bolschewistische Taktik, Zwischenfälle an sich harmloser Art dazu zu benutzen, um Unruhen und Tumulte zu provozieren, Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen, aus denen sich dann Kapital schlagen läßt, und alles zu tun, um die Disziplin und die Moral der Jugend zu untergraben, läßt sich an Hand der ständigen Zwischenfälle an den argentinischen Universitäten trefflich erkennen. Die studentische Jugend merkt in den meisten Fällen gar nicht, wer eigentlich die Urheber bei diesen Tumulten sind.

Von den kommunistisch gesinnten Gruppen der Studentenschaft spinnen sich Fäden hinüber zu der „Federación Juvenil Comunista“ (Kommunistischer Jugendbund), in der die ältere, schulentlassene Arbeiterjugend organisiert ist, vor allem die Jungen und Mädchen, die durch die kommunistischen Arbeiterschulen hindurchgegangen sind. Diese Organisation gilt als besonders radikal und gefährlich.

Die Finanzierung der Arbeiterschulen, in denen nach zuverlässigen Schätzungen heute etwa 10000 Kinder erzogen werden, erfolgt, soweit der Staat nicht die Kosten übernimmt, von der „PROCOR“ in Verbindung mit „OZET“. Nach einem vertraulichen Rundschreiben des Vorstandes dieser Organisation vom April 1930 zählte sie 74000 aktive und zahlende Mitglieder, die in 75 Ortsgruppen organisiert waren. Dokumentarisch läßt sich nur belegen, daß die „PROCOR“ die Arbeiterschulen mit Geldmitteln versieht. In eingeweihten Kreisen ist es jedoch kein Geheimnis, daß sie eine offene Hand hat für alle

anderen Organisationen kommunistischer Einstellung, so z. B. für die „Federación Juvenil Comunista", „La Femenil Comunista" (Kommunistischer Frauenverband) und die „Socorro Rojo Internacional" (Internationale Rote Hilfe). Das gleiche gilt für die kommunistischen Gruppen innerhalb der ausländischen Kolonien in Argentinien, unter denen sich vor allem die Vereinigungen von italienischen, ukrainischen, bulgarischen, ungarischen, litauischen und tschechischen Kommunisten hervortun, von denen die Italiener besonders unter der Flagge des „Antifaschismus" segeln. Ein Wort übrigens, hinter dem sich neuerdings besonders gern kommunistische Umtriebe verstecken. Zweifellos wird auch eine Anzahl der kommunistischen Zeitungen, die im Laufe der Jahre in Argentinien herausgegeben wurden oder heute noch erscheinen, von der „PROCOR" finanziert. Es seien hier wenigstens die wichtigsten derartigen Zeitungen und Zeitschriften genannt:

„La Bandera Roja" („Die Rote Fahne", 1930 verboten)
„El Lampazo" („Die Klette", herausgegeben von der „Federación Juvenil Comunista", wird vor allem unter den argentinischen Soldaten verbreitet)
„El Rebelde" („Der Rebell")
„Nuestra Palabra" („Unser Wort")
„El Riel Proletario" („Die proletarische Schiene", wird in Eisenbahnerkreisen verbreitet)
„El Yunque" („Der Amboß")
„Frente Unico" („Die Einheitsfront", wird herausgegeben vom „Comité Marítimos y Portuarios" und demgemäß vor allem von Seeleuten und Hafenarbeitern gelesen)
„El Ferroviario Rojo" („Der Rote Eisenbahner")
„Campañerito" („Der kleine Genosse", wird herausgegeben von der „Federación Infantil Comunista" und vor allem unter der Schuljugend verbreitet)
„La Voz de la Obrera" („Die Stimme der Arbeiterin", herausgegeben vom „Comité Femenil del Partido Comunista")
„El Libertario" („Der Freidenker")
„La Antorcha" („Die Fackel")
„Juventud Obrera" („Arbeiterjugend")
„El Pioneer" („Der Pionier", herausgegeben von der „Federación Infantil Comunista")
„Lucha des Clases" („Klassenkampf", offizielles Organ des „Comité Sindical Clasista")
„El Obrero Sastre" (Organ der Gewerkschaft der Schneider und verwandter Berufe)
„Rytojus" (litauische Kommunistische Zeitschrift)
„Roiter Stern" („Der Rote Stern", jiddisch)
„Roite Hilf" („Rote Hilfe", jiddisch)
„Der Poer" („Der Bauer", jiddisch)
„Chivolt" („Neue Welt, jiddisch)
„Rabotchaja Pravda" („Arbeiter-Wahrheit", russisch)
„El Obrero Telefónico" („Der Telefonarbeiter")
„El Tejedor" („Der Weber")
„El Obrero de la Carne" („Der Fleischereiarbeiter")
„El Obrero de Riel" („Der Streckenarbeiter").

Die letzten vier Zeitschriften sind offiziell nicht kommunistisch, sondern Organe der „Oposicion Clasista", die etwa auf dem Boden der Einheitsfrontgewerkschaften steht.

Diese Aufstellung, die nicht etwa alle kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften umfaßt, beweist zur Genüge, durch wieviel Adern das kommunistische Gift in den argentinischen Volkskörper hineingepumpt wird. Es kommt noch die lange Reihe von periodischen Veröffentlichungen hinzu, die als „Werkzeitungen" in den Betrieben verteilt werden.

Einen großen Erfolg errang die kommunistische Bewegung in Argentinien im Jahre 1927. Damals erschien im Hafen von Buenos Aires das bolschewistische Schulschiff „Towarischtsch",



angeblich um in Argentinien Stimmung für einen weiteren Ausbau des argentinisch-sowjetischen Handelsaustausches zu machen. Wie sich später herausstellte, verfolgte dieser Besuch vor allem den Zweck, eine Reihe von Sowjetagenten, die aus anderen Ländern ausgewiesen worden waren, nach Argentinien zu schmuggeln. Nach einer geschickt eingefädelten Pressekampagne im Anschluß an diesen „Freundschaftsbesuch", an der sich große „bürgerliche" Blätter beteiligten, gelang es der bereits seit zwei Jahren in Buenos Aires ansässigen Sowjethandelsgesellschaft („Yuschamtorg"), den Charakter einer juristischen Person zu erhalten und ihre Tätigkeit auf eine sehr viel breitere Basis zu stellen. Die Geschäfte dieser „Handelsvertretung" wurden bald derart anrüchig, daß sich die argentinische Polizei entschloß, am 31. Juli 1931 alle Angehörigen derselben zu verhaften, die Geschäftsräume zu schließen und die Akten zu beschlagnahmen.

Die Ermittelungen ergaben, daß diese Gesellschaft, ähnlich wie die Sowjethandelsniederlassungen in anderen Ländern, nur pro forma den Zweck verfolgte, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu pflegen. In Wirklichkeit bestand die Hauptaufgabe der „Yuschamtorg" darin, die kommunistische Propaganda mit allen Mitteln zu fördern. Die meisten Angestellten waren wohlbekannte kommunistische Agitatoren, die unter Umgehung der argentinischen Gesetze heimlich ins Land gekommen waren. Die Arbeitsdirektiven kamen direkt vom Moskauer Außenkommissariat, von dem die Angestellten auch finanziell abhängig waren. Sie hatten sich außerdem konsularische Befugnisse angemaßt. Ferner ging aus den Papieren hervor, daß eine der Abteilungen dieser Gesellschaft eine regelrechte Zweigstelle der „Tscheka" war, die „besondere" Aufträge zu erledigen hatte.

Die argentinische Regierung tat darauf das einzig mögliche: sie schloß die Geschäftsräume der „Yuschamtorg" und verwies eine Anzahl Angestellter des Landes. Wobei es wiederum die linksliberale Presse von Buenos Aires war, die am lautesten gegen diese „Verletzung der gastlichen Gepflogenheiten Argentiniens" protestierte. Die „Yuschamtorg" jedoch verlegte ihren Sitz nach Montevideo (Uruguay), einer Stadt, die nach der Überzeugung aller Sachkenner die Zentrale der kommunistischen Bewegung und Propaganda für ganz Südamerika ist.

Im Jahre zuvor gelang es der argentinischen Polizei, eine Gesellschaft unschädlich zu machen, die angeblich rein humanitäre Zwecke verfolgte. Diese Gesellschaft „Zwi Migdal" („Die große Kraft") betrieb seit 1906 einen schwunghaften Mädchenhandel. Der größte Teil der 424 Mitglieder bestand aus vielfach vorbestraften oder verdächtigen Elementen, die sich aus denselben Kreisen rekrutierten wie die Mitglieder der „PROCOR" und der „Yuschamtorg" – den Kreisen der eingewanderten Ostjuden.

Die kommunistischen Umtriebe in den Jahren 1929 und 1930 nahmen unter der lässigen Amtsführung des Präsidenten Yrigoyen derartigen Umfang an, daß sich in der Bevölkerung Argentiniens die gesunden Kräfte zur Abwehr zu organisieren begannen. An die Spitze dieser Bewegung, die vor allem vom argentinischen Heere gestützt und wesentlich von faschistisch-nationalsozialistischen Anschauungen getragen wurde, trat der auch in Europa bekannte General José F. Uriburu.

Die Revolution, die in Argentinien am 6. September 1930 zum Ausbruch kam, richtete sich vor allem und zunächst gegen die Herrschaft der Radikalen Partei bzw. deren Führer, den alt gewordenen Präsidenten Yrigoyen, dem man mit Recht zum Vorwurf machte, daß er die Zügel der Regierung völlig am Boden schleifen ließ und so allen destruktiven Elementen die Bahn frei machte. Die Revolution Uriburus endete nicht nur mit dem Sturze der Radikalen, sondern sie bedeutete auch die entschlossene Aufnahme des Kampfes gegen den Bolschewismus in jeglicher Gestalt. Die Geschäftsräume der „Yuschamtorg" wurden geschlossen, ebenso die „Arbeiterschulen" und die kommunistischen Komitees. Ferner wurde die gesamte bolschewistische Presse verboten und eine große Anzahl kommunistischer Hetzer und Agitatoren ausgewiesen. Darüber hinaus schuf Uriburu eine halbmilitärische Formation,

die „Legion Civica“ (Bürgerlegion), die, auf dem Boden des Faschismus stehend, den Kampf gegen die Bolschewisierung Argentiniens entschlossen aufnahm.

Schwere Krankheit und ein frühzeitiger Tod machten dem großen General und Staatsmann die Vollendung seines Aufbauwerkes unmöglich. Aber sein Geist lebt weiter unter der argentinischen Jugend und im Heere. Neben die „Legion Civica“ traten zahlreiche andere vaterländische und faschistische Organisationen. Den Kampf gegen die bolschewistische Weltanschauung hat vor allem die „Comisión Popular Argentina contre el Comunismo“ (Argentinische Volkskommission gegen den Kommunismus) auf ihre Fahne geschrieben, eine höchst aktive Organisation, die von dem tatkräftigen Prof. Carlos M. Silveyra geleitet wird.

Die Maßnahmen Uriburus konnten die kommunistische Wühlarbeit in Argentinien nur für eine gewisse Zeit stillegen. In den letzten Jahren werden die kommunistischen Organisationen, wenn auch in einer sorgfältig getarnten Form, wieder aufgebaut; die kommunistischen Zellen und Gewerkschaften arbeiten heute wieder mit verstärktem Druck an der „Revolutionierung der Arbeiterschaft“; fast alle oben genannten kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften werden heimlich weitergedruckt und verteilt, die meisten kommunistischen „Arbeiterschulen“ haben ihren Betrieb wieder aufgenommen und die Wühlereien unter der studentischen Jugend gehen weiter. Es fehlt in Argentinien immer noch an Gesetzen, die die Handhabe zu einer wirklich durchgreifenden Bekämpfung des Kommunismus bieten können. Unter diesem Mangel hat auch die Arbeit der Abteilung „Orden Social“ (Soziale Ordnung) des Polizeipräsidiums von Buenos Aires, deren Aufgabe die Bekämpfung aller umstürzlerischen Bestrebungen ist, zu leiden. Der Endkampf mit dem Kommunismus in Argentinien steht noch bevor.

*

Der Angriff Uriburus auf den Bolschewismus in Argentinien hatte zur Folge, daß die Sendlinge Moskaus ihr Hauptaugenmerk zunächst auf andere südamerikanische Länder wandten.

Das unter der Wirtschaftskrise schwer leidende Chile schien besonders reif für die bolschewistischen „Ideale“ zu sein. So kam es in der Zeit vom Beginn des Jahres 1931 bis zur Mitte des Jahres 1932 zu jenen bekannten kommunistischen Aufständen, deren erster Höhepunkt die Meuterei in der chilenischen Flotte im März/April 1931 darstellte, und die schließlich in die kommunistische Revolution des Obersten Grove am 4. Juli 1932 mündete, der zwölf Tage lang das Heft in der Hand behielt, bis am 16. Juni ein Handstreich des Heeres den Obersten Grove und seine Anhänger hinwegfegte. Nach mancherlei Kämpfen mit den Anhängern Moskaus ergriff eine Regierung das Ruder, in der sozialistische und nationalistische Vertretungen einen Bund schlossen, und die den Wiederaufbau des Landes energisch in Angriff nahm.

In Uruguay hatten die Kommunisten die Karnevalstage 1932 zu einem entscheidenden Angriff in Aussicht genommen. Nur dank den außergewöhnlich energischen und klugen Maßnahmen der Regierung gelang es damals, die raffiniert vorbereitete Revolution im Keime zu ersticken. Die uruguayische Regierung hat nicht nur aus Kreisen der eigenen Bevölkerung, sondern auch von auswärts den Vorwurf hinnehmen müssen, daß sie es versäumt habe, der zügellosen bolschewistischen Propaganda, die von Montevideo aus im Lande selbst wie in den anderen südamerikanischen Staaten betrieben und geleitet wurde, rechtzeitig entgegenzutreten. Nicht weniger als elf lateinamerikanische Regierungen erhoben damals in Montevideo Vorstellungen. Seitdem sieht man in Uruguay den zahlreichen bolschewistischen Agitatoren, vor allen Dingen denen, die aus anderen Ländern ausgewiesen wurden und in Montevideo einen Unterschlupf finden, scharf auf die Finger, ohne daß jedoch bisher entscheidende Erfolge im Kampf gegen die bolschewistischen Zentren errungen worden sind.





99. Die rote Fahne in Sao Paulo. Erste Flammenzeichen der kommenden Roten Revolution



100. Nach Sowjetmuster lassen die Aufständischen von Sao Paulo zuerst die Sträflinge frei, die sofort zu plündern beginnen

In Brasilien arbeitete bis zu Beginn des Jahres 1935 der von Moskau organisierte Kommunismus nach den in Industrieländern allgemein angewandten Methoden, mit Streiks, Lohn- und Klassenkämpfen. Da diese Methoden erfolglos blieben, ging man zu dem in Kolonialländern üblichen Verfahren über. Der internationale Kommunismus wurde durch nationale Parolen getarnt und nicht mehr der inländische, sondern der ausländische Kapitalismus, der über Brasilien herrsche, als der Feind dargestellt. Damit soll in erster Linie die Intelligenz und das Kleinbürgertum gewonnen werden, da ein Industrieproletariat einfach nicht vorhanden ist. Dagegen sucht man die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in die Hand zu bekommen.

Die Syndikate wurden staatlich kontrolliert und waren politisch untätig. Daher wurde ein Antrag von kommunistischer Seite im Parlament eingebracht, nach dem durch Verfassungsänderung die Syndikatsbildung freigegeben wurde. Durch diesen Erfolg hatte sich die verbotene, aber illegal sehr lebendige Kommunistische Partei Brasiliens einen offiziellen Weg zur Durchführung ihrer revolutionären Ziele eröffnet: die Bildung einer freien Gewerkschaft von überberuflichem Charakter („Syndicato Unitario"), die nicht mehr durch den Staat kontrolliert werden kann.

Unter der Intelligenz wird die Bolschewisierung mit nationalistischen, manchmal sogar rassischen Parolen in die Wege geleitet. Die ganz links stehenden Elemente der Revolution von 1930 übernahmen diese Methode in das Programm der „Alliança Nacional Libertadora", durch die diese Partei überraschend schnell über ganz Brasilien ausgebreitet wurde und heute gegenüber dem Integralismus die einzige, alle Landesteile umfassende politische Partei darstellt. Am 13. Mai konnte sie eine von etwa 30000 Menschen besuchte Massenversammlung abhalten, die eindeutig kommunistischen Charakter trug. Allein die Namen Luiz Carlos Prestes, der drei Jahre lang in Rußland gelebt hat und heute als der politische Leiter der kommunistischen Propaganda nicht nur in Brasilien, sondern in ganz Südamerika gilt, Juan Cabanas, Hercolino Cassardo und Carlos de Lacerda genügen, um die kommunistische Einstellung dieser Partei aufzuzeigen. Nach der Taktik der Einheitsfront sucht sie Verbindung mit allen unzufriedenen Elementen, in erster Linie mit der parlamentarischen Opposition. Im Juli 1935 wurde sie auf 6 Monate verboten, aber die gesamte Organisation besteht unverändert weiter.

Ihr Einfluß reicht bereits bis in die Regierungskreise. Der Gouverneur Dr. Pedro Ernesto hat plötzlich und insgeheim eine rein proletarische Arbeiterpartei unter dem Namen „Humanitäre Arbeiter-Union" gegründet und damit den bürgerlichen Flügel der Autonomistenpartei (Regierungspartei) erheblich vor den Kopf gestoßen. Da der Bundespräsident selbst bisher als das unsichtbare Oberhaupt der von Dr. Pedro Ernesto geführten politischen Gruppe – dem linken Flügel der drei großen politischen Gruppen in Brasilien – galt, so ist diese Wandlung um so erstaunlicher. In dem Programm der neuen Vereinigung, die von ihren Gründern nicht als „Partei" bezeichnet wird, finden sich Dinge wie „unerbittliche Verteidigung des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung durch fremde Großunternehmer, Zusammenfassung aller arbeitenden Klassen (Einheitsgewerkschaft), Streikrecht, direkte Beteiligung des Proletariats an der Regierung, Beteiligung des Staates an alle Großunternehmen, Aufhebung aller Privatverträge in öffentlichen Einrichtungen, Siebenstundentag, kostenlose Krankenhilfe für das Proletariat" und anderes mehr.

Die am 3. Mai dem Kongreß vom Bundespräsidenten zugeleitete Jahresbotschaft läßt dagegen hoffen, daß es sich nur um eine zeitweilige Politik der Regierung handelt. Offensichtlich ist der Präsident Anhänger eines starken autoritären nationalen und sozialistischen Staates und strenger Gegner kommunistischer Experimente. Die Unbekümmertheit jedoch, mit der einer seiner intimsten Mitarbeiter, eben Dr. Pedro Ernesto, offensichtlich kommunistische Ziele verfolgt – die „Humanitäre Arbeiter-Union" setzt sich durchweg aus







101 bis 103. Der jüdische Drahtzieher und eigentliche Anstifter des Aufstandes in Brasilien 1935, Arthur-Ernst Ewert (Harry Berger), zwischen seiner Frau und seiner Mitarbeiterin nach der Verhaftung




104. Die Hauptschuldigen an den Bluttaten in Natal: Sargento Elieser Diniz, José Macedo und Joa Baptista Galvão, die eine „Sowjetregierung" gebildet hatten. 1935

Elementen der verbotenen Kommunistischen Partei Brasiliens und dem gefährlichsten Hafenproletariat zusammen –, erscheint um so unverständlicher.

Beide Parteien, die „Alliança Nacional Libertadora“ und die „Humanitäre Arbeiter-Union“, ebenso wie die kommunistische Organisationsarbeit zur Schaffung des freien Einheits-Gewerkschaftsbundes, haben ihre Agitation verdoppelt und verdreifacht, seitdem der bisherige Kriegsminister General Goes Montiero, ihr erbittertster Gegner, von der politischen Bühne abgestiegen ist. Seit demselben Datum stieg die kommunistische Welle im Heer erschreckend. Die bürgerlich-demokratische Presse stand der Gefahr instinktlos gegenüber.

Eine grundsätzliche Wandlung in der Haltung der südamerikanischen Staaten gegenüber Moskau vollzog sich im Anschluß an den kommunistischen Aufstandsversuch in Brasilien vom 23.–27. November 1935. Unter Führung von Luis Carlos Prestes, der seinerseits dem Kominternagenten Ewert (Harry Berger, Jude) gehorchte, meuterten verschiedene Truppenteile in Natal, Pernambuco und schließlich in Rio. Es gelang ihnen z. B. in Natal mit Hilfe des kommunistisch verseuchten Hafenproletariats eine Räteregierung zu bilden und die Macht mehrere Tage lang in der Hand zu behalten. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, sämtliche Mittel zur Unterdrückung des Aufstandes zu gebrauchen. Nach den abschließenden Berichten sind etwa 150 Tote und 400 Verwundete zu beklagen. Die kommunistischen Aufständischen gingen, im Besitze der Macht, nach den gleichen Methoden vor, wie man sie aus der Oktoberrevolution 1917 in Rußland kennt: Bankraub, Erschießungen usw. Die Mitglieder der jüdisch-revolutionären „Braccor“ (ostjüdische kommunistische Organisation) leiteten den Ausbruch aller Instinkte des Hafenproletariates, um die Tage der Sowjetmacht in Lateinamerika möglichst blutig und gewinnbringend zu gestalten. Nach der Niederwerfung flüchtete alles mit vollen Taschen oder wurde aufgegriffen.

Diese Vorgänge schließen sich unmittelbar an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vom Juli bis August 1935 an, in dem die brasilianischen Vertreter der Komintern, Lazerda und Marques, die Situation in Brasilien als „revolutionsreif“ erklärten. Die Bundesregierung Brasiliens stellte einwandfrei fest, daß Luis Carlos Prestes, Mitglied des Exekutiv-Komitees der Moskauer Komintern, vom Ausland her und mit Moskauer Geldern (von denen etwa 2 Millionen RM. bei einem Kommunisten noch gefunden wurden) den Aufstand inszeniert hatte. Es ist bezeichnend, daß die flüchtigen kommunistischen Revolutionäre z. T. freie Überfahrt nach Moskau auf sowjetrussischen Schiffen erhielten.

Die Zentrale der Komintern für Lateinamerika wurde schließlich im Gesandtschaftsgebäude der UdSSR in Montevideo entdeckt. Der ehemalige jüdische Fellhändler und Sowjetgesandte Minkin, der seinerzeit als Handelsvertreter bereits aus Argentinien wegen bolschewistischer Umtriebe ausgewiesen worden war, erschien durch die polizeiliche Untersuchung dermaßen belastet, daß die Regierung von Uruguay Ende Dezember 1935 die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrach und Minkin sowie dem gesamten Botschaftspersonal die Pässe zustellen ließ. Ein Protest Minkins wurde in ungewöhnlich scharfen, eindeutigen Ausdrücken zurückgewiesen. Daraufhin stellte Moskau dem Uruguayer Gesandten ebenfalls die Pässe zu und beschloß, die Handelsgesellschaft „Juschamtorg“ in Uruguay aufzulösen und alle Waren uruguayischer Herkunft zu boykottieren. Die Sowjetregierung wagte es, in Genf gegen das Vorgehen der Regierung Uruguays „Protest“ zu erheben und zeigte damit, daß sie bereits jetzt den Völkerbund selbst für ihre weltverschwörerischen Ziele, die sich gegen die anderen Mitglieder des Völkerbundes richten, einspannen möchte. Litwinow-Wallach, der in Genf die gleichen Weltrevolutionspläne verfolgt wie Minkin in Lateinamerika, wies zynisch darauf hin, daß erst vor kurzem Uruguay „die Bitte an die Sowjetunion unterschrieb, in den Völkerbund einzutreten“. Die Sowjetregierung wisse nichts von der Tätigkeit ihrer Kominternagenten. Der Vertreter Uruguays zeigte eindeutig die Verantwortlichkeit der Moskauer Regierung auf und lehnte im übrigen jede Erörterung über den Abbruch der Beziehungen ab. Litwinow-Wallach flüchtete sich

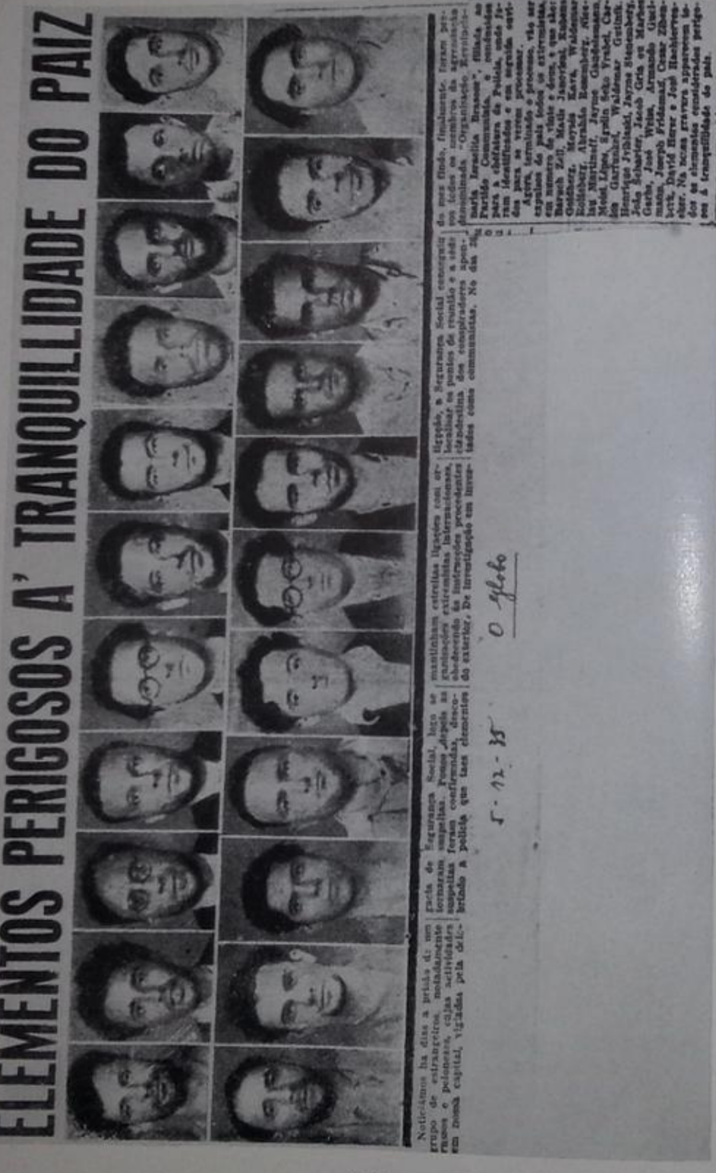




105. Der kommunistische Aufstand griff auch auf Truppen der Hauptstadt Rio de Janeiro über, die weitgehend kommunistisch verseucht waren. Bei den Kämpfen gegen die Regierungstruppen wurde die Kaserne des 3. Infanterie-Regiments zerstört




106. Die Fassade einer Polizeikaserne, die während der kommunistischen Revolte 1935 mit Maschinengewehren und Dynamitbomben beschossen wurde



ELEMENTOS PERIGOSOS A' TRANQUILLIDADE DO PAIZ

O Globo 5-12-35

107. Die Agenten der Komintern in Brasilien: Ostjuden, Zuhälter, Ganoven! (Man beachte die Namen)



schließlich in einen Appell „an das Weltgewissen". Der Vertreter Brasiliens in der Schweiz protestierte energisch gegen den unverschämten Ton Litwinow-Wallachs, den dieser gegenüber Brasilien anzuschlagen wagte. Der Beschluß des Völkerbundes jedoch, der die Angelegenheit ohne Verurteilung der Sowjetunion einer Kommission überwies, ist ein beredtes Zeichen dafür, wie groß bereits der zersetzende Einfluß der „Roten Diplomatie" in Genf tatsächlich ist.

Um so erfreulicher ist es daher, zu sehen, daß sich die südamerikanischen Staaten energisch und einheitlich zur Wehr setzen und durch eine gemeinsame Aktion sowohl den Kommunismus im eigenen Lande niederkämpfen, wie auch durch ihre klar ablehnende Haltung gegenüber dem Sowjetstaat anderen Ländern den unvermeidlichen Weg weisen.



108. Luis Carlos Prestes, Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern, der Hauptschuldige an dem kommunistischen Aufstand in Brasilien 1935

109 bis 110. Der jüdische Fellhändler und Bolschewik im Frack: Der Sowjet-„Gesandte" Minkin, aus Buenos Aires und Montevideo wegen Mitverantwortlichkeit an den blutigen Unruhen 1929–1935 ausgewiesen, und seine Frau



111. Barrikadenkämpfe in Mexiko, Februar 1929

# MEXIKO

von

Juan Barreto, Mexiko

Innerhalb des Tätigkeitsgebietes der Kommunistischen Internationale nimmt Mexiko eine besondere Stellung ein, denn die ideologischen Voraussetzungen des radikalen Marxismus wurden hier schon durch die Politik des früheren inoffiziellen Diktators Plutarco Elias Calles in nicht geringem Maße erfüllt.

Erfreulich ist es aber, daß der jetzige Staatspräsident durchaus über allen politischen Parteien steht, von denen die „Revolutionspartei", das „Arbeitssyndikat" mit seinen marxistisch-bolschewistischen Tendenzen, eine führende Rolle spielt. Der Parteileiter ist derselbe Calles, Sohn eines aus Syrien stammenden Juden und einer Indianerin, Freimaurer 33. Grades und Großgrundbesitzer. In seiner Regierungsperiode war es leider möglich, daß – wie „La Prensa" von San Antonio berichtete – ein Bild von Karl Marx im Nationalpalast in Gegenwart des Staatschefs und des Kabinetts feierlich eingeweiht wurde.

Flankiert wird die Callespartei durch zwei Gruppen, die „Rothemden" und eine kommunistisch-anarchistische Gruppe. Die beiden bilden, trotz ihrer oppositionellen Haltung, die Stoßtruppen der Revolutionspartei gegen Kirche und „Faschismus", wie auch hier das Bürgertum und alle rechtsstehenden Gruppen von den Roten genannt zu werden pflegen. Von den angeschlossenen Organisationen, die teils rein kommunistische Gründungen, teils bolschewisierte „reformistische" Verbände darstellen, seien genannt:



1. Kommunistische Partei Mexikos (KPM)
2. Kommunistische Jugendföderation Mexikos
3. Nationaler Block der Arbeiter und Bauern
4. Internationale Rote Hilfe
5. Bund der Arbeitersyndikate (Abteilung der CROM)
6. Zentralkomitee der CROM
7. Syndikalistische Einheitsvereinigung Mexikos (Abteilung des Syndikalistischen Bundes Lateinamerikas und der Roten Gewerkschafts-Internationale)
8. Frauensyndikat
9. Kulturelle Gruppen (z. B. „Universo" in Tijuana).

Wenn auch die Revolutionspartei die kommunistischen Schlagworte in ihrer Propaganda vor der Machtergreifung reichlich angewandt hat, so blieb in den Händen der Anarcho-bolschewisten immer noch ein wichtiges Argument zur Bekämpfung ihrer „Konkurrenten". Das ist die Frage der Güterverteilung, denn Calles und seine Partei stehen in enger Verbindung mit dem „internationalen Kapital". So ist z. B. der „Führer des Arbeitssyndikats" an der Industrie in USA beteiligt, und der Wert seiner Besitzungen wird vorsichtig auf etwa 80 Millionen Pesos geschätzt. Er gilt als der reichste Mann in Mexiko. Und einer seiner mächtigsten Parteigänger sowie intimstes Werkzeug, der Jude Aron Saenz, besitzt ungefähr 40 Millionen.

Damit ergibt sich für die mexikanische Sektion der Moskauer Internationale als eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Entfesselung des bewaffneten Bauernaufstandes die Aufrollung der Agrarfrage. Marenco, der Vertreter der KPM auf dem VII. Weltkongreß der Komintern, bezeichnete daher folgerichtig als Ziel des Bolschewismus in Mexiko, „die breiten Massen des Kleinbürgertums in die antiimperialistische Agrarvolkrevolution hineinzuziehen". Daraus erklären sich auch die zahlreichen Landarbeiterstreiks des Jahres 1932.

Nicht nur gegen die Kirche, sondern gegen jede Religion überhaupt wird seit Jahren ein heftiger Kampf geführt. Die Verfolgungen waren in den Jahren 1926–29 und dann wieder seit 1931 besonders blutig. Die Zahl der Opfer erreichte rund 20000, darunter 300 Priester und 200 Mitglieder der katholischen Jugend. Die angewandten Methoden sind die gleichen wie in der Sowjetunion: Zerstörung und Profanierung der Kirchen, Dezimierung der Priesterschaft, Verbrennung von Heiligenbildern, Verbot des Religionsunterrichts und aller charitativen Einrichtungen der Kirche. Dagegen sorgen antireligiöse Theaterstücke und Rundfunkvorträge, marxistischer Schulunterricht sowie regelmäßige „antifanatische" Stunden des „Nationalen Kampfbundes gegen den Religiösen Fanatismus" für eine systematische Loslösung der Jugend von der Religion und ihre Erziehung im materialistisch-marxistischen Geiste. Eine derartige Bekämpfung der Kirche und Religion ist ohne Frage reinster Bolschewismus, auch wenn die Urheber derselben nicht der III. Internationale angehören.

Das Zusammenspiel der angeblich „feindlichen" Gruppen, der Revolutionspartei und der Rothemden, wird am besten durch die bekannten Tatsachen bestätigt, daß der Gouverneur von Yukatan ein „ABC des Kommunismus" auf Staatskosten drucken und in den Schulen verteilen ließ, oder daß ein Lehrer in Altotonga im Staate Veracruz, der den marxistischen Unterricht ablehnte, niedergeschossen und seine Schule eingeäschert wurde.

Es ist kein Wunder, daß man in der Geschäftsstelle der KPM unzählige Hetzschriften und „russische" Literatur gefunden hat, wenn man z. B. einer Reihe von Lehrern, darunter vielen Staatsangehörigen der UdSSR, die amtliche Genehmigung erteilt, in der Nähe des Schlosses Chapultepec bei Mexiko eine „Kinderstadt" zu errichten, wo 10000 Kinder



112. Wahlpropaganda 1929. In ihrem Verlauf wurden 19 Personen getötet

113. Kommunistische Studentendemonstration gegen einen nationalen Führer, der in effigie verbrannt wurde

untergebracht werden sollen, die man dem Einfluß der Eltern entzieht und im „bolschewistischen Gemeinschaftssinn“ erzieht. Zu diesem Zwecke sind auch 5 Millionen Pesos bewilligt worden.

Die Reihe ähnlicher Beispiele könnte nach Belieben ausgedehnt werden. Erwähnt seien noch die Plakate im Landwirtschaftsministerium: „Dem Glauben an Gott verdanken wir den Rückstand der Menschheit und die Versklavung der Völker. Nieder mit Gott!“ Auch die Kundgebungen der kommunistischen Studentengruppe, der man das „Anfiteatro Bolivar“, die berühmte Aula der Universitätsvorschule, zur Verfügung gestellt hat, sind ein trauriges Zeichen der Zeit. Die verhetzten Redner beschimpften die mexikanische Staatsfahne und bezeichneten sie als „wertlosen Lappen“: „Es gibt kein Vaterland, das Mexiko heißt! . . . Allen Mexikanern muß beigebracht werden, nur die Republik der Sowjets als Weltvaterland anzuerkennen und sich mit der glorreichen Roten Armee der Sowjetunion zu verbünden . . .“

Daß die Moskauer Agenten unmittelbar an den bolschewistischen Wühlereien in Mexiko beteiligt sind, beweist am besten die Feststellung der Staatszugehörigkeit der Todesopfer bei einem Zusammenstoß zwischen den „Goldhemden“ und den Kommunisten: nicht weniger als fünf Getötete waren Bürger der UdSSR oder polnische Kommunisten!

Zweifelsohne erstreckt sich die Rote Umsturzpropaganda auch auf die mexikanische Wehrmacht. So verhafteten z. B. die Mannschaften des 260. Regiments am „Tage des Soldaten“ einen Teil ihrer Offiziere und hißten danach die bolschewistische Fahne.

Diese kurze Auswahl aus den Ereignissen der letzten Zeit genügt, um die bedrohliche Lage in Mexiko erkennen zu lassen. Vielleicht haben es sogar die Linksparteien schon getan, wenn sie im Zusammenhange mit der letzten Wahlkampagne von der „grundsätzlichen“ Einstellung der antireligiösen Aktionen sprechen. Diese Redensarten würden aber an den Verhältnissen hier im Lande nichts ändern, wenn man sich nicht endgültig vom Bolschewismus und Staatsmarxismus abwendet. Andernfalls würde Mexiko zu einer Gefahrenquelle für ganz Amerika werden, denn der Bolschewismus könnte diesen Staat in eine Operationsbasis gegen Süden und Norden verwandeln und von hier aus in erster Linie auf Kuba übergreifen. Der Abgang Calles ist solange wirkungslos, als seine Verbündeten, die Marxisten aller Schattierungen, weiter freie Hand in Mexiko besitzen.



114. Von den Rothemden erschossen: 30. Dezember 1934 in Coyoacan



# NORWEGEN

> Die Kommunistische Partei in Norwegen ist sehr klein. Dafür gibt es jedoch benachbarte und verwandte Massenorganisationen, die einen ungeheuren Einfluß ausüben. Von allen Seiten her wird der Staat und die norwegische Volksgemeinschaft von den Marxisten unterwühlt. Aus der nachfolgenden Darstellung geht dies in deutlicher Weise hervor. Gulbrand Lunde

Sucht man in Norwegen nach dem Kommunismus, so erhält man auf den ersten Blick den Eindruck, als spiele diese Bewegung nur eine ganz unbedeutende Rolle.

Die Kommunistische Partei Norwegens (KPN), die der Komintern unterstellt ist, hat nur ganz wenige Anhänger. Niemand sieht daher in ihr eine wirkliche Gefahr. Prüft man aber die norwegischen Verhältnisse näher, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild.

Die bei weitem stärkste Partei Norwegens ist die „Arbeiterpartei“. Sie hat bei den Wahlen im Herbst 1933 im Storting von 150 Sitzen 69, also fast die Hälfte aller Stimmen erobern können. Diese Partei ist dem Anschein nach eine brave, friedliche Partei, die aus reiner Menschenliebe für das soziale Wohl und die berechtigten Interessen der Arbeiter kämpft. Als solche lebt sie jedenfalls in der Vorstellung der meisten Bürgerlichen. Den wirklichen Charakter dieser Partei mag nun aber folgendes beleuchten.

Auch die Norwegische Arbeiterpartei gehörte in den Jahren 1919–1923 der Komintern an. Sie trennte sich offiziell von ihr, nicht weil sie sich im revolutionären Ziel von der Komintern unterschied, sondern weil sie – von der Ansicht ausgehend, daß die Volkspsyche jedes einzelnen Landes stärker berücksichtigt werden müsse, als es damals von der Komintern geschah – sich den Befehlen Moskaus nicht bedingungslos unterwerfen wollte. Die Trennung blieb jedoch nur eine äußerliche. Die Arbeiterpartei vertritt nach wie vor im Ziel wie in der Taktik die Grundsätze der Komintern. Im Programm der Partei von 1930 heißt es z. B. unter Punkt 12:

„Die Partei, die sich auf dem Marxismus und den Erfahrungen, welche in allen Ländern im Kampfe gewonnen worden sind, aufbaut und aktiv für die soziale Revolution kämpft, muß sich darauf einstellen, die organisierte Macht der ganzen Arbeiterklasse auszunutzen, um den Widerstand der Bürgerlichen zu zerstören.“

Dieselben Anschauungen kehren auch in verschiedenen anderen Punkten des Programms wieder. Der Führer der Arbeiterpartei im Storting, der jetzige Stortingpräsident Nygårdsvold, sagte am 30. Juni 1932: „Die norwegische Arbeiterpartei muß eine revolutionäre Klassenkampfpartei sein, um den Sozialismus durchzuführen.“

Daß derselbe Nygårdsvold bei der Eröffnung des Stortings im Januar 1934 in der obligaten Form Gottes Segen für König und Vaterland erbeten hat, was von den Bürgerlichen mit Genugtuung als Widerlegung seiner revolutionären Absichten betrachtet wurde, ist nur eine taktische Phrase. Denn es entspricht den Grundsätzen der Partei, den Parlamentarismus als ein Mittel zur Durchführung der Revolution zu praktizieren. Umstürzlerisch bleibt die Partei trotzdem. Der Jude Edvard Bull, der kürzlich verstorbene zweite Vorsitzende der Partei, ging in seinen Wahlreden 1930 so weit, offen zum Blutvergießen aufzufordern.

Die bedeutendsten Führer der Arbeiterpartei, wie Martin Tranmael, Schefloe und andere, sind oft und lange in der Sowjetunion gewesen. Sie halten nach wie vor die persönliche Verbindung zu Moskau aufrecht. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, wie gut gerade die „Prawda“ über die letzten norwegischen Wahlen unterrichtet war, die am 18. Oktober 1933 von dem großen Erfolg der „sogenannten“ (man merke der „sogenannten“!) Arbeiterpartei und der Kommunisten unter ihrem Führer Tranmael berichtete.



115. Norwegische „Fischerdelegation" in Moskau

Außer der persönlichen Abhängigkeit von Moskau bestand noch eine weitgehende finanzielle. Es ist bekannt, daß die norwegischen Gewerkschaften, die eng mit der Arbeiterpartei liiert sind, in den Jahren 1927–30 beträchtliche Mittel als Streikunterstützung aus Moskau erhalten haben, während die Gewerkschaften ihrerseits gleichzeitig der Arbeiterpartei in der Wahlagitation finanziell aushalfen. So wurde weiter aus sicherer Quelle berichtet, daß 1932 verschiedenen norwegischen Stellen von der Komintern über Berlin 1,5 Millionen Kronen für Propagandazwecke zugeführt worden seien. Trotz offizieller Behandlung dieser Angelegenheit ist dies bisher nicht widerlegt worden.

Die Loslösung von der Komintern besteht also nur pro forma. Eben wegen der norwegischen Verbindung zur Moskauer Internationale haben die dänischen und schwedischen Arbeiterparteien es kürzlich abgelehnt, sich, auf den Vorschlag Tranmaels, mit der norwegischen Arbeiterpartei zu gemeinsamem Vorgehen zu verbünden. Das ist das eigentliche Gesicht der Arbeiterpartei, der größten Partei Norwegens.

Auch die KPN spielt keine unbedeutende Rolle. Sie soll den Sündenbock abgeben, an dem die Bürgerlichen ihre Entrüstung über zu deutliche revolutionäre Umtriebe abreagieren können. Sie sei so „klein", daß man sie nicht zu „fürchten" brauche. So wird aber meist übersehen, daß neben diesem kleinen Radaubruder die wohlorganisierte revolutionäre Arbeiterpartei steht. Sie bereitet unter einem Netz von Verfälschungen, Lügen und einer frommen, an das Mitleid aller rührenden, sozialen Geste die Revolution vor. In welcher Weise dies geschieht, soll an einigen Beispielen erläutert werden. Wie überall in der Welt arbeiten die marxistischen revolutionären Kräfte auch in Norwegen auf zwei Fronten, durch Zersetzung und Aushöhlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in allen ihren Teilen und durch Aufbau ihrer eigenen Kampforganisation.

Vor der Zersetzungsarbeit, die man als Kulturbolschewismus zu bezeichnen pflegt, ist kein Gebiet der nationalen Kultur sicher. Sie spekuliert auf jede menschliche Schwäche und



versucht jede ihr günstig erscheinende Situation, wie politische Spannung, Tarifstreitigkeiten, Unglücksfälle für sich auszunutzen. Schon bei den Kindern setzt diese Arbeit an. In sogenannten Sonntagsschulen und Schulzellen werden die Kinder, ohne Willen und Wissen der Eltern, zur Opposition gegen Schule und Elternhaus erzogen. Tage wie der 17. Mai, der norwegische Nationalfeiertag, werden dazu benutzt, um die Ehrfurcht vor dem eigenen Vaterland zu vernichten. Die Kinder werden mit roten Fahnen, statt mit der Nationalfahne, zu den Umzügen ausgestattet. Die stetig wachsende Kriminalität der Jugendlichen ist zweifellos eine Frucht dieser Erziehung zur Respektlosigkeit. In die Auflösung jeder Bindung fällt auch die gerade von den Führern der Arbeiterpartei so sehr geförderte Sexualaufklärung. Es ist doch ein sehr bedenkliches Zeichen, wenn die kürzlich in Oslo gegründete Zeitschrift „Sexualaufklärung" in einer Auflage von 60000 Exemplaren erscheinen kann, in einer Auflageziffer, die die größte norwegische Tageszeitung kaum erreicht.

Presse, Literatur und Kunst werden allmählich zersetzt und für den Kommunismus gewonnen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Lektoren der größten norwegischen Verlage ausgesprochene Kommunisten sind. Sie geben daher der zeitgenössischen Literatur des Landes das Gepräge des Standpunktlosen und Auflösenden. In der Presse ist es nicht viel besser. Daß die Arbeiterzeitungen einen krassen Klassenstandpunkt vertreten, ist selbstverständlich. Aber auch die sogenannten „bürgerlichen" Zeitungen machen aus einem grenzenlosen Liberalismus und der Sucht nach Sensation kein Hehl, was schließlich zu einer vollkommenen Verwirrung der Begriffe führt. Ein besseres Arbeitsfeld kann sich der Kulturbolschewismus nicht wünschen.



116. Norwegische „Touristendelegation" auf dem Sowchos „Jassnije Poljani" bei Moskau

Es gibt in Norwegen kaum einen Verein, kaum eine Bewegung, in die die Marxisten nicht einzudringen versucht haben. In jedem Sportverein stecken sie. Die Abstinenzbewegung versuchen sie für sich zu mobilisieren. Die „Mållags"-Bewegung, eine an sich rein nationale Bewegung, die besonders für die alte norwegische Sprache, für die alten Volkssitten kämpft, ist von ihnen durchsetzt. Vor kurzem wandte sich die Arbeiterpartei an die Friedensvereine mit der Aufforderung, sich ihrem Antrag im Storting wegen Streichung des diesjährigen Militäretats anzuschließen. Kaum einer der Mitglieder der Friedensbewegung begriff das Paradoxe dieser Aufforderung angesichts des Waffenschmuggels und der Schutzkorps der Arbeiterpartei.

Langsam aber sicher werden alle Stützen der bestehenden Gesellschaft wie Kirche, Gericht, Heer usw. untergraben und weggerissen durch die sogenannte liberale Theologie, durch die jedem gesunden Rechtsempfinden widersprechende Handhabung des Gesetzes von parteilichen Richtern und Geschworenen.

Dieses Mürbemachen ist die eine Seite des revolutionären Kampfes. Auf der anderen Seite baut die Arbeiterpartei sich eine starke, schlagkräftige Organisation aus. Der Schutzbund („Arbedervernet") wird ständig verstärkt und immer besser ausgerüstet. So hatte z. B. die Arbeiterpartei, nach ihren Sitzungsprotokollen von 1930, in Wien ihren „Abgesandten", der den Aufbau des österreichischen Schutzbundes an Ort und Stelle studieren sollte. Gleichzeitig ist die Grenze in Nordnorwegen nicht nur ein beliebtes Einfallstor Moskauer Agenten nach Europa, sondern auch eine Stätte des Waffenschmuggels in großem Stil. Auf diesen Waffenschmuggel ist wohl verschiedentlich hingewiesen worden, von öffentlicher Seite jedoch wurde bisher nichts Ernstliches dagegen unternommen. Der Polizeipräsident von Oslo kennzeichnete einmal das Resultat einer staatlichen Waffenrazzia spöttisch mit den Worten: „Man habe nur eine alte Vogelflinte entdecken können."

Wie ernst im Grunde die umstürzlerischen Umtriebe der marxistischen Parteien in Norwegen sind, zeigt am besten die sogenannte Menstadaffäre vom Juni 1931. Hier in Menstad bei Skien kam es im Sommer 1931 zu Streikunruhen, die sich zu gewaltsamem Vorgehen der aufgestachelten Massen gegen die Polizei steigerten. Dabei war die unerhört brutale Art des Vorgehens der Menge sehr auffällig. Der Staat, der seine Munitionsdepots in Menstad bedroht sah, hatte während der Unruhen Militär zu ihrem Schutze zusammengezogen. Aus aufgefangenen telegraphischen Befehlen aus Moskau ließ sich später einwandfrei feststellen, daß es sich bei den Menstadunruhen nicht um eine lokale Streikbewegung gehandelt hatte, sondern um eine wohldurchdachte Revolte, die das Signal für den allgemeinen Aufstand im ganzen Lande bilden sollte. Es sei in diesem Zusammenhang auf die gleichzeitigen Revolten in Ådalen in Nordschweden hingewiesen, die die Ausrufung einer Sowjetrepublik in dieser Gegend zum Ziele hatten. Den eigentlichen kämpferischen Einsatz bei dieser Affäre hatten die Kommunisten geleistet, doch hat hinterher auch die Arbeiterpartei sowohl in ihrer Presse wie auch im Storting Partei für die Aufrührer genommen und an Vorwürfen gegenüber der Regierung, die Militär herangezogen habe, nicht gespart. Auch hier wiederum zeigte sich das Hand-in-Hand-Arbeiten der Kommunisten und der Arbeiterpartei.

Die Hauptvorwürfe der „Arbeiterpresse" richteten sich gegen den damaligen Verteidigungsminister Major Quisling, der als „Lakai des internationalen Kapitals" hingestellt wurde. Mit Recht betrachten die marxistischen Elemente in Norwegen Quisling als ihren gefährlichsten Gegner. Quisling kannte durch seinen 12jährigen Aufenthalt in der Sowjetunion, z. T. als engster Mitarbeiter Fridtjof Nansens in der Hungerhilfe der Jahre 1921/23, den Kommunismus in seinem Vorgehen und seiner vernichtenden Auswirkung aus eigener Anschauung. Als Quisling in einer groß angelegten Rede im Storting im April 1932 die Öffentlichkeit erneut auf die kommunistische Gefahr im Lande hinzuweisen versuchte, drehten die „Arbeiterführer" den Spieß um, indem sie den Generalstab als Spionagezentrale gegen die norwegischen Arbeiter hinstellten und Quisling selbst früherer kommunistischer Beziehungen bezichtigten.



Dieser Kampf ist jedoch noch nicht zu Ende. Quisling sammelt jetzt seine Anhänger in der nationalen und politischen Bewegung „Nasjonal Samling" und versucht, in ihr dem organisierten internationalen Marxismus eine ebensogut organisierte nationale Bewegung entgegenzustellen.

Norwegen macht eine geistige und politische Krise durch, wie sie heute die ganze Welt heimsucht. Der Marxismus scheint vorläufig auf allen Gebieten die stärkste Position innezuhaben, doch ist der Kampf noch nicht entschieden. Was es gilt, zeigen am besten die Worte des Dichters Hamsun: „Was geht in unserem Lande vor? Gewalt, Rechtsbruch, Revolution, soweit nur Roheit und Zügellosigkeit reichen. Das ist nicht eine Erregung des Augenblicks, es gilt dauernden Schrecken und Chaos unter den Menschen zu schaffen, das ist ein Plan, der den Untergang von Leben, Gesetz und Recht zum Ziel hat. Hier wird die Polizei, der Schutz der Gesellschaft, niedergeschlagen, dort treten Banden auf und verbieten den Leuten zu arbeiten. Hier gebraucht man Messer, dort wird geschossen. Gewalt, Rechtsbruch und Revolution. Ich lege die Tageszeitung fort und erwarte neue Ausschreitungen morgen. Lebe ich in Norwegen?"



117. Ottar Lie auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau

Inzwischen schreitet die Bedrohung Norwegens durch die Sowjetunion weiter fort. Laut Bericht des Generals Nygren wurde Nordskandinavien nach 234 Meldungen aus Norwegen, 96 aus Schweden und 157 aus Finnland in 46 Fällen von den Sowjets überflogen. Die reichen Eisenerzlager Schwedens erscheinen dem Sowjetimperialismus offenbar ebenso wichtig wie der einzige eisfreie Hafen der europäischen Arktis Narwik, der auch für Schweden von größter Bedeutung ist. Hier aber hat die kommunistische Propaganda dazu geführt, daß bereits 1928/29 jeder vierte Einwohner Kommunist war, so daß Narwik einen besonderen Delegierten auf den VII. Weltkongreß 1935 der Komintern entsandte. Der „Vorposten der Weltrevolution", Trotzki, hielt sich um die Jahreswende 1935/36 monatelang im Lande auf und unterstrich durch seine Gegenwart, daß die Herbstwahlen 1936 die endgültige Entscheidung bringen würde: Norwegen den Sowjets oder den Norwegern!




118. „Internationale Solidarität": „Kampfkongreß" 1930 in Stockholm mit Willy Leow, dem Vertreter des Kampfkomitees gegen das RFB-Verbot in Deutschland

## SCHWEDEN

von

Hauptmann a. D. Nils von Bahr, Stockholm

In Schweden, wie auch in den meisten anderen Ländern, hat die Sozialdemokratie die verschiedenen Organisationen des Kommunismus erzeugt. Im Jahre 1903 wurde der „Socialdemokratiska Ungdomsförbundet" (Sozialdemokratischer Jugendverband) gegründet. Dieser war wiederum der Anlaß zur Bildung der „Sveriges Socialdemokratiska Vänsterparti" (Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens) im Jahre 1917, die einen eigenen Jugendverband organisierte.

Als in Moskau im Jahre 1920 die Kommunistische Internationale (Komintern) die sog. 21 Thesen annahm für all die Parteien, die ihr anzugehören wünschten, entstand ein heftiger Streit im Lager der schwedischen Linkssozialisten (die Partei hatte sich 1919 der Komintern angeschlossen). Das Ende davon war, daß die Mitglieder, die die 21 Thesen nicht annehmen wollten, ausgeschlossen wurden. Diese bildeten dann unverzüglich – unter der Leitung des jetzigen Wehrministers und unter Beibehaltung des Namens „Vänstersocialister" (Linkssozialisten) sowie des alten Programms – eine neue Partei. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die Parteikasse leer war, und da die Führer nicht zu denen gehörten, die die leiblichen Güter gern für die Idee opfern, fand man sie alle bald wieder um die sozialdemokratischen Fleischtöpfe versammelt.



Als diese linkssozialistische Gruppe im März 1921 aus der Partei ausgeschlossen wurde, bildeten gleichzeitig die Getreuen Moskaus unter der Leitung von Z. Höglund „Sveriges Kommunistiska Parti (SKP), Sektion av Kommunistiska Internationalen" (Kommunistische Partei Schwedens, Sektion der Komintern). Neue Statuten und ein neues Programm wurden in Übereinstimmung mit den Richtlinien der III. Internationale aufgestellt.

Innerhalb dieser Partei haben sich starke Zersplitterungstendenzen geltend gemacht. Die erste Spaltung geschah im August 1924. Ein Teil der Mitglieder fand den Einfluß Moskaus zu groß und lästig und kündigte der Komintern Treue und Gehorsam. An der Spitze dieser Gruppe standen Z. Höglund, der bis Ende 1923 Mitglied des Exekutivkomitees der III. Internationale war, und Fredrik Ström. Der Führer der „Moskauer" war der Redakteur Karl Kilbom.

Durch einen Handstreich glückte es diesem, sich in den Besitz des Hauptorgans der Partei, des „Folkets Dagblad Politiken" zu setzen. Die Lokale einschließlich des „Parteiapparates" blieben in den Händen der Höglundrichtung.

Es bildeten sich also zwei scharf rivalisierende kommunistische Parteien: „Sveriges Kommunistiska Parti" Höglunds und „Sveriges Kommunistiska Parti, Sektion av Kommunistiska Internationalen" Kilboms.

Die Höglundpartei suchte später (1926), ungefähr aus demselben Anlaß wie die Linkssozialisten einige Jahre früher, Anschluß an die Sozialdemokraten, wo sie sich bald heimisch fühlten und zu den einflußreichen Führerposten gelangten. Gegenwärtig ist Z. Höglund der Wirtschaftsleiter des sozialdemokratischen Regierungsorgans, „Social-Demokraten", und in Wirklichkeit, wenn auch nicht dem Namen nach, der eigentliche Leiter der Sozialdemokratischen Partei, während Fredrik Ström, der frühere kommunistische Parteisekretär und Generalkonsul der UdSSR, den Posten des Chefredakteurs derselben Zeitung bekleidet. Daraus erklärt sich die kommunistenfreundliche Einstellung dieses führenden Blattes.

Im Oktober 1929 trat die zweite Spaltung im kommunistischen Lager ein. Dieses Mal war es Kilbom, der sich gegen Moskau auflehnte. Gestärkt durch die finanzielle Unterstützung, die er von Großkapitalisten wie Ivar Kreuger u. a., erhielt, kündigte er indessen der Komintern den Gehorsam und bildete eine eigene „Sveriges Kommunistiska Parti" (gewöhnlich die „Kilbomkommunisten" genannt). Die Kominterngetreuen, die die Parteilokale behielten, bekamen als Leiter Hugo Sillén, welcher der jüngeren Generation angehörte und seine „Ausbildung" in Moskau genossen hatte („Sillénkommunisten"). Es gelang Kilbom, die Parteizeitung „Folkets Dagblad Politiken" zu behalten, während Sillén mit einer reichlichen Unterstützung von Moskau ein neues Parteiblatt, „Ny Dag", gründete.

Im Jahre 1933 hat Sillén gegen allerhand innere Intrigen zu kämpfen gehabt, u. a. gegen die Ränke, die von geflüchteten deutschen Kommunisten gesponnen wurden. Seine Macht wurde beschnitten, und er mußte nach Moskau fahren, um die Obrigkeit um Gnade zu bitten.

Ende 1933 trat in Göteborg, der zweitgrößten Stadt, eine Aufsehen erregende Spaltung im sozialdemokratischen Lager ein. Es gelang einem sozialdemokratischen Demagogen, Albin Ström, die Arbeitslosen zur Aktion gegen die Sozialdemokraten zu sammeln, was zu einer Spaltung von deren Organisation führte. Weitere Sprengungsversuche sind noch zu erwarten. Alle diese Aktionen sind Glieder eines großangelegten Planes mit dem Ziel eines politischen Rucks zum Kommunismus. Die in jüngster Zeit erfolgte Zusammenlegung der gegen die Sozialdemokraten revoltierenden Strömgruppe und der Kilbomkommunisten unter dem Namen „Socialistiska Parti" ist lediglich als ein Tarnungsversuch zu werten.

*

Im Reichstag des Jahres 1932 hatte die Kilbomgruppe einen Vertreter in der ersten – und sechs in der zweiten Kammer. Die Kominternpartei (Sillén) erhielt damals zwei Mandate in der zweiten Kammer.

Die Zahl der organisierten Mitglieder der beiden Parteien, die von den Kommunisten selbst angegeben wird, ist nicht zuverlässig. Viele sind aus den Parteien ausgetreten und viele, wahrscheinlich bedeutend mehr, sind aus der durch den Kommunismus stark verseuchten Sozialdemokratischen Partei, deren linker Flügel auf wenigstens 33 % der gesamten Anzahl der Parteimitglieder geschätzt wird, zugeströmt.

Bei der letzten Wahl zur zweiten Kammer im Jahre 1932 erhielten die Kilbomkommunisten 132368 Stimmen (5,3 %) und die Sillénkommunisten 73941 (3 %). Hierbei ist zu bemerken, daß etwa 50 % der Mitglieder der beiden Parteien kein Wahlrecht besitzen, und zwar wegen mangelhafter Steuerzahlungen oder Nichterreichens der Altersgrenze. Die Mehrzahl der Mitglieder besteht nämlich aus Jugendlichen.

Im Jahre 1933 kamen in der ersten Kammer ein Kilbomkommunist und 58 Sozialdemokraten auf 150 Reichstagsabgeordnete und in der zweiten Kammer 6 Kilbom- und 2 Sillénkommunisten sowie 104 Sozialdemokraten auf 230 Reichstagsabgeordnete, – noch 4 Vertreter mehr, und der sozialdemokratisch-kommunistische Block würde innerhalb der wichtigen Kammer des schwedischen Reichstages über die Mehrheit verfügen! – Etwa 207000 Kommunisten und 347000 Linkssozialisten (33 % der Partei) im Verein mit rund 30000 Syndikalisten und Anarchisten bilden den „revolutionären Block" Schwedens.

Beweise dafür, daß Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenarbeiten, lassen sich vielfach erbringen. Sogar von Moskau selbst ist das bestätigt worden. Nach dem Protokoll des X. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern, das vom 3.–19. Juli 1929 in Moskau tagte, äußerte sich einer der hervorragendsten Mitglieder, Chitarow, u. a. wie folgt:

> „In Schweden hat unsere („unsere"!) Partei Jahre hindurch sich brüderlich mit der Sozialdemokratischen Partei vertragen. Innerhalb der schwedischen Magistratsparlamente gibt es kommunistische und sozialdemokratische Fraktionen, sog. Arbeiterfraktionen. Diese haben gemeinsame Mehrheitsbeschlüsse gefaßt, die für alle Fraktionsmitglieder verbindlich waren."

Von schwedischer Seite soll nur die Äußerung des sozialdemokratischen Parteichefs vor einigen Jahren hervorgehoben werden, daß „er lieber einen Kommunisten als einen Mann der Rechten zum Reichstagsabgeordneten gewählt sehen würde". Diese Auffassung hat sich auch in dem Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Kommunisten bei verschiedenen Wahlen widergespiegelt.

Ein solches Zusammengehen, bei dem die daran beteiligten Gruppen sich – dem herrschenden Verhältniswahlsystem gemäß – die überschüssigen Stimmen gegenseitig anrechnen können, ist sowohl bei politischen als bei kommunalen Wahlen vorgekommen. Der Bericht des statistischen Zentralbureaus für die Provinziallandtagswahlen 1930/31 sagt darüber, daß „die am häufigsten vorkommenden Parteikombinationen die der Sozialdemokraten und Kommunisten waren, die in 89 Wahlbezirken auf dem Lande und 31 in den Städten oder in sämtlichen Bezirken, wo die Kommunisten als Partei (Kilbom) aufgetreten sind, dieselben Wählerbezeichnungen gehabt haben". (Die Sillénkommunisten wählen vorläufig unter eigener Parteibezeichnung: „Klasse gegen Klasse".)

So ist auch in verstärktem Maße das Verhältnis der beiden kommunistischen Parteien zueinander. Ungeachtet einer gewissen gegenseitigen feindlichen Einstellung haben die beiden Gruppen im großen und ganzen gemeinsame Grundsätze und Ziele. Die Kilbomkommunisten erklären also in ihren Statuten – obgleich die Partei sich nicht offiziell zu Moskau bekennt –, daß die Partei einen Teil der internationalen revolutionären Bewegung darstellt, „deren Ziel es ist, durch die revolutionären Massenaktionen des arbeitenden Volkes die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und das klassenlose kommunistische Gesellschaftssystem aufzubauen". Zu diesem Zweck betreibt die Partei eine internationale Zusammenarbeit mit allen denen, die auf der Basis des



revolutionären Sozialismus kämpfen, und betrachtet noch immer die Sowjetunion als „das Vaterland des Sozialismus".

Die Sillénkommunisten dagegen geben offen in ihren Statuten bekannt, daß sie sich als „Sektion" der Moskauer Internationale untergeordnet haben. Die Partei erkennt voll und ganz die Statuten und das Programm der Komintern an und führt ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit deren Richtlinien und Beschlüssen aus. Die Sillénpartei ist nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus" aufgebaut, welches die entscheidende Macht in die Hände Moskaus legt. Die Kilbompartei ist nach einem ähnlichen Muster organisiert, jedoch mit dem Unterschied, daß die entscheidende Macht, wenigstens offiziell, von der Parteileitung ausgeübt wird, was wiederum praktisch bedeutet, daß es Kilbom ist, der leitet und regiert. Daß dieser sich nicht weit vom „Vaterhause" entfernt hat, das beweist auch u. a. seine Proklamation bei der Maidemonstration 1930 (also im Jahre nach dem Bruch mit der Moskaupartei): „Wir gehören zum Begriff Moskau, wir sind die echten Söhne der Komintern."

Bei den Reichstagswahlen 1932 nahm die Stimmenzahl der beiden Parteien um 36½ % zu (die größte Zunahme, die je eine Partei hat aufweisen können). Jeder zwölfte, im Regierungsbezirk Norrbotten sogar jeder vierte und in der Hauptstadt jeder siebente Schwede wählte eine Kommunistenliste. Eine noch größere Zunahme dürfte innerhalb der Kategorie der nicht wahlberechtigten Jugendlichen (17–22 Jahre) stattgefunden haben. Außerdem muß, wie gesagt, darauf Rücksicht genommen werden, daß ein höchst beträchtlicher Teil der Sozialdemokratischen Partei – mit ihren vielen Zeitungen, Nebenorganisationen und Unternehmungen – mehr oder weniger kommunistisch eingestellt ist.

In einem großen Teil der 29 Zeitungen der Sozialdemokraten, wovon 18 täglich erscheinen, wird der Ton von kommunistischen Literaten angegeben, die in der reinen Kommunistenpresse ihr Auskommen nicht finden können. Ganz offen betreiben sie hier eine mehr oder minder verkappte bolschewistische Propaganda.

*

„Clartésektionerna", die sich in der Hauptsache aus Universitäts- und Hochschulstudenten zusammensetzen, wollen offiziell als politisch neutral angesehen werden, sind aber tatsächlich rein kommunistisch eingestellt. Vor allem bilden sie – durch die Verächtlichmachung aller ethischen und moralischen Werte und durch die bekannte Moskauer Methode, reine Wissenschaft mit infamer Lüge zu vermischen – die gefährlichste Form des Kulturbolschewismus.

Eine andere Organisation, die eine starke Stütze der Marxisten darstellt, ist der von der schwedischen Arbeiterbewegung gegründete „Kooperativa Förbundet" (KF) – eine unerhört reiche und mächtige, mit eigenem Verlag ausgestattete Organisation, die, im Verein mit dem „Epa"-System, einen großen Teil des schwedischen Einzelhandels nach und nach zu ersticken droht. Es ist hier den Kommunisten gelungen, sich vielerorts in die Leitung einzuschleichen, von wo aus sie ihre Maulwurfstätigkeit betreiben. In den Organisationsthesen der Komintern findet man u. a. folgende Instruktionen:

„Der Zweck der Gruppe ist, innerhalb der kooperativen Bewegung, in Übereinstimmung mit den erlassenen Instruktionen und Anweisungen, für die Verbreitung der kommunistischen Ideen und für die Interessen der kommunistischen Bewegung zu wirken; außerdem soll innerhalb der Arbeiterorganisation, der ein Gruppenmitglied angehört, dieses Mitglied, neben seiner sonstigen kommunistischen Arbeit, für den Erfolg und für die Verbreitung der kooperativen Bewegung tätig sein." – Die Gruppe hat u. a. dafür zu sorgen, „daß die Kooperation bei Streiks, Arbeitskonflikten und bei den von der Bourgeoisie provozierten Unruhen diese die Arbeiter mit Lebensmitteln und anderen Waren zum Selbstkostenpreis versorgen" sowie, „daß in die leitenden Stellungen und in den Vorstand der kooperativen

Unternehmungen politisch und revolutionär gesinnte Arbeiter eingesetzt werden, um auf diesem Wege die Bewegung davor zu schützen, daß sie in bürgerliche Hände übergeht."

Es ist leicht zu erkennen, worauf die oben wiedergegebenen Instruktionen hinzielen. Die verschworenen Anhänger Moskaus sollen alle Möglichkeiten ausnützen, die die Kooperation den wohlorganisierten Putschmachern bietet, um sich zu Herren der Bewegung zu machen. Durch den vollzähligen Aufmarsch in den meistens schwach besuchten Versammlungen werden sie sich bald die Mehrheit verschaffen und die Beschlüsse diktieren. Wenn die Macht erobert worden ist, werden die Bolschewisten diese dazu ausnützen, um mit den Mitteln der Konsumvereine u. a. Streiks zu finanzieren. Außerdem sollen sie darauf achten, daß die Genossenschaften Kommunisten als Funktionäre und Arbeiter einstellen. Mit anderen Worten, die Bewegung soll den bolschewistischen Umstürzlern und Agitatoren sichere und gute Stellungen in den kooperativen Unternehmungen verschaffen, wo sie in Ruhe und Frieden ihre Ränke gegen die Gesellschaft spinnen können. Also die Konsumvereine sollen zu einem brauchbaren Werkzeug für die bolschewistische Wühlarbeit gemacht werden.

Eine marxistisch eingestellte Organisation, die eine landesverräterische pazifistische Propaganda betreibt, ist auch die „Svenska Freds- och Skiljedomsföreningen" (Schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung). Durch eine vom Staate unterstützte Zeitung mit dem Namen „Freden" wiegelt diese Organisation die Jugend gegen die Landesverteidigung auf, indem sie die Wehrpflichtigen zur Dienstverweigerung zu verleiten sucht. Als Beispiel möge folgende Anzeige in der vom Staate unterstützten Zeitschrift gegen das (ebenfalls vom Staate unterstützte!) Militärwesen dienen:

„Kein schwedischer Bürger kann gegen sein Gewissen gezwungen werden, seiner Militärdienstpflicht zu genügen. Wendet euch an die Schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung in Stockholm, wo alle Auskünfte erteilt und Formulare für Gesuche und Bescheinigungen ausgehändigt werden. Interessenten sollen auch die Broschüre von Per Gyberg „Ist Kriegsdienstverweigerung ein Verbrechen?" bestellen (Preis 50 Öre), die außerdem Erläuterungen zum Gesetz vom Jahre 1925 betr. übertrieben gewissenhafte Militärpflichtige enthält."

Wohin diese „Friedens"-Agitation geführt hat, beweist am besten die offizielle Äußerung des Generalstabschefs Anfang 1933, worin er hervorhebt, daß sich die Zahl der „übertrieben gewissenhaften" Militärpflichtigen von Jahr zu Jahr so gesteigert hat, daß einem Teil derselben wahrscheinlich nicht mehr Gelegenheit geboten werden kann, ihrer Dienstpflicht durch zivile Arbeit nachzukommen.

Buchverlage und Leihbibliotheken, die oft in den Händen von Juden sind und von diesen geleitet werden, tragen auch das ihrige dazu bei, die Zersetzungsarbeit zu fördern. Der größte Verlag Schwedens, „Bonniers", lanciert in immer stärkerem Maße Verfasser mit kulturbolschewistischem Anstrich als „wirkliche Genies". Die Erzeugnisse von „Modernisten", „Überrealisten" und „Dadaisten" werden als das Höchste in der schwedischen Literatur angesehen. Sie werden prämiiert, und die Verfasser werden unterstützt, über die Maßen angepriesen und zum „dernier cri" gemacht, insbesondere in der Presse, wo der jüdische Einfluß sich mehr oder weniger direkt geltend macht. Die Verlage „Spektrum" und „Aldors" stehen ebenfalls im Dienst der Geschmack und Sitten verderbenden Mission des Kulturbolschewismus. Der erstere gibt die Zeitschrift „Spektrum" heraus, die modernistisch-dadaistisch eingestellt ist, und der letztere vertreibt pornographisch betonte Literatur. Die kulturbolschewistischen Veröffentlichungen verschiedenster Art in allen Graden von Deutlichkeit, die auf diese Weise in weiten Kreisen Verbreitung finden, verwirren und täuschen das ahnungslose Bürgertum und werden – wie alles, was keiner versteht, was aber den Ruf hat, „genial" zu sein – von diesem aufgenommen.

Auch der Leihbibliothekbetrieb, der in Schweden eine große Bedeutung hat, ist vom Marxismus-Kommunismus und dessen zersetzenden Lehren infiziert. In der Stadtbibliothek in



Stockholm konnte man lange nach einem Buch über den Nationalsozialismus und Faschismus suchen, wohingegen Hunderte von bolschewistisch-kommunistischen Erzeugnissen übelster Art vorhanden sind. Werke von Marx, Lenin, Bucharin, Trotzkij und allen anderen Umstürzlern sind in großer Anzahl vertreten. Die Erklärung hierzu liegt darin, daß die Leitung der Bibliothek marxistisch eingestellt und ein Mitglied des Vorstandes „Clartéist" sowie blutroter Kommunist ist.

*

Auf dem kulturellen Gebiet nimmt der kommunistische Einfluß von Tag zu Tag zu. In den „Clartésektionen" betreiben die kommunistischen Literaten durch Vorträge, Diskussionsabende und durch die Zeitung „Clarté" eine methodische Propaganda. Andere Veröffentlichungen, die sich nunmehr dem reinen Kulturbolschewismus zuwenden, sind „Fönstret" (juristische sozialdemokratische Zeitschrift), „Tidevarvet" (liberale Frauenzeitung), „Morgonbris" (sozialdemokratische Frauenzeitung), „Tidskrift för sexuell upplysning" u. a. m. Diese letztere Zeitschrift wird von Juden redigiert und erscheint in einem Clartéverlag, dessen Chef auch in der sozialdemokratischen Jugendbewegung tätig ist.

Auf dem religiösen Gebiet betreiben die Kommunisten eine intensive Propagandatätigkeit ganz in Übereinstimmung mit den Direktiven der Komintern. In den Zeitungen wird jede religiöse Anschauung verhöhnt. Man stellt sich besonders auf die Jugend ein, welche durch die sog. Pionierbewegung bearbeitet wird. Diese geistigen Schandtaten haben auch in dem einen oder anderen Vertreter des öffentlichen Schulwesens eine Stütze gefunden. (Lehrerreisen in die Sowjetunion usw.).

Sogar auf dem Gebiet der Außenpolitik verstehen es die Kommunisten, ihren Einfluß geltend zu machen. So tragen sie die Hauptschuld an dem von schwedischen Landesorganisationen (Exekutive der Gewerkschaften) proklamierten, ebenso unsinnigen wie unklugen, Boykott gegen deutsche Waren, obgleich der Außenminister eine ernste Warnung vor diesem internationalen Unfug ausgesprochen hat.

Alles Erwähnte legt ein deutliches Zeugnis davon ab, daß der bolschewistische Einfluß in Schweden dank der zahlreichen Mitläufer und Sympathisierenden aus verschiedenen Kreisen wesentlich stärker ist, als es aus den Wahlziffern hervorgeht.

So ist auch, besonders in einigen Teilen des Landes, der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften sehr groß. Die Sillénanhänger haben auch eine eigene Gewerkschaftsorganisation, „Röda Fackliga Oppositionen" (RFO), die ein kommunistisches Gegengewicht zu der legalen Gewerkschaftsbewegung darstellt. Die RFO ist eine Unterabteilung der „Röda Fackföreningsinternationalen" (Rote Gewerkschaftsinternationale oder die Profintern mit dem Sitz in Moskau).

Krawalle, Putsche, Streiks usw., die von den Gewerkschaften organisiert werden, werden meistens durch kommunistische Elemente hervorgerufen, die dort eine methodische und intensive Hetzpropaganda in rein provokatorischer Absicht betreiben. Die Kommunisten sind der Meinung, daß sie durch die Gewerkschaften die größten Aussichten haben, die Parole der „Einheitsfront von unten" zu verwirklichen.

Die Sillénpartei verfügt auch über „De Arbetslösas Centralorganisation" (DAC), die durch ihre Lokalabteilungen („De Arbetslösas Förening") unter den Arbeitslosen wirkt und diese zu Gewaltakten aufzuhetzen sucht. Im Jahre 1932 wurde allerdings diese Organisation „offiziell" aufgelöst, sie wurde aber an den Stempelstellen der Arbeitslosen durch durchaus kommunistisch eingestellte Aktionsgruppen ersetzt.

Auch auf dem kommunalen Gebiet nimmt der kommunistische Einfluß zu, wird oft geduldet und vielfach von andern einflußreichen marxistischen Kreisen gestützt. So z. B. in der Hauptstadt, wo die führenden Männer der sozialdemokratischen Gruppe zwei ehemalige Kommunisten sind.

Während der Parteikongresse der Kilbomkommunisten im Jahre 1929 wurde bei der Debatte über die kommunale Arbeit u. a. verkündet, daß „die Kommunisten in den kommunalen Einrichtungen ihren Sitz einnehmen, um diese Einrichtungen als Stützpfeiler für die Tätigkeit der revolutionären Bewegung auszunützen". Dieser Anspruch ist ein Schlag ins Gesicht des Schwedischen Volkes in Anbetracht seiner tausendjährigen Tradition auf dem Gebiete der lokalen Selbstverwaltung und ist in gleich hohem Grade bezeichnend auch für die Sillénkommunisten.

Das Hauptorgan der „unabhängigen" Kommunisten Schwedens ist „Folkets Dagblad" in Stockholm. Die weiteren Organe (sog. Distriktzeitungen) sind „Arbetare-Posten" in Göteborg sowie „Norrlands-Kuriren" in Sundsvall. Das Organ der Jugendverbände ist „Avantgardet".

Das Hauptorgan der Sektion der Komintern ist „Ny Dag" in Stockholm. Weitere Zeitungen sind „Sydsvenska-Kuriren" in Kristianstad, „Norrskensflammen" in Luleå, „Kalmar Läns-Kuriren" in Oskarshamn und „Nya Värmland". Das Organ des Jugendverbandes ist „Stormklockan". „Röda Facklan" ist vor allem das Hetz- und Lügenorgan der Sillénkommunisten.

Die Syndikalisten geben zwei Zeitungen heraus, und zwar „Arbetaren" in Stockholm und „Norrlandsfolket" in Kiruna. Der „Brand" ist die Wochenzeitung der Anarchisten.

Außerdem geben mehrere Sonderorganisationen, die den beiden Kommunistenparteien unterstellt sind, mehr oder weniger gelegentliche Zeitungen heraus. Beide Parteien haben ihre eigenen Verlage und betreiben eine lebhafte Publikationstätigkeit.

Die Sillénsche Stützorganisation „Sowjet-Unionens Vänner", SUV (Freunde der Sowjetunion), gibt neben der illustrierten Monatszeitung, „Sovjetnytt", eine Menge kleiner Schriften und Bücher heraus, die nicht nur durch Anzeigen in der Parteipresse, sondern auch in allen Versammlungen verbreitet werden. Ebenso gibt es eine Organisation „Kommunistpressens Vänner", KPV (Freunde der Kommunistenpresse). Sie zählt etwa 6000 Mitglieder und wird von einem Sekretariat geleitet.

Eine andere verkappte Stützorganisation Silléns, die eine lebhafte Verlagstätigkeit betreibt, ist die „Internationella Röda Hjälpen" (IRH). Sie druckt Bücher, Neujahrskarten, Gelegenheitszeitungen sowie die Monatsschrift „Röda Hjälpen". Außerdem sei auf „Internationella Arbetarhjälpen" hingewiesen, die eine Monatsschrift herausgibt. Diese Organisation ist wie die IRH dem EKKI in Moskau unterstellt und wird von dem aus Deutschland geflüchteten bekannten Kommunisten Willi Münzenberg geleitet.

„Arbetarnas Idrottsförening", AIF (Sportvereinigung der Arbeiter), ist der Roten Sportinternationale (Sportintern) angeschlossen und wurde gegründet, um zu verhindern, daß die Parteimitglieder, Parteifreunde und Sympathisierenden an der bürgerlichen Sportbewegung teilnehmen. Hier werden auch gewisse militärische Übungen betrieben. AIF hat etwa 7000 Mitglieder und gibt eine periodisch erscheinende Sportzeitung „Arbetaridrott" heraus.

Versteckter und illegaler ist die Propaganda, die „Röda Frontförbundet" (RFF) mit seiner Unterabteilung „Röd Marin" und „Antifa" betreibt. Große Mengen von Flugblättern und kleineren aufhetzenden und aufwiegelnden Schriften stammen aus der landesverräterischen und kriminellen Tätigkeit dieser Organisationen. Sie wurden zwar im Jahre 1932 „offiziell" aufgelöst, aber durch eine ähnliche Organisation („Arbetarvärnet") ersetzt. Diese gibt eine Monatszeitschrift mit demselben Namen sowie eine Wochenzeitschrift „Antifasciten" heraus. Innerhalb dieser Verbände wird auch der bewaffnete Aufstand durch methodische militärische Übungen und Kurse vorbereitet. Die Leiter werden oft einberufen und nach der Sowjetunion gesandt, um regelrechte Ausbildung in Revolutionstaktik und -technik zu erhalten. Daß diese Organisationen über Vorräte von Waffen, Munition und Sprengstoff verfügen, ist klar. Es ist auch festgestellt, daß die Spionagetätigkeit zugunsten der Sowjetunion von diesen Gruppen ausgeht.






119. Marxistische Zeitungen und Broschüren



120. Skandinavische „Arbeiterdelegation“ in Moskau

Außer durch die hier genannten Druckerzeugnisse betreiben die Kommunisten in Schweden eine intensive mündliche Propaganda, teils offen durch öffentliche Vorträge, teils im geheimen durch besonders geschulte Agenten. Die letztere Form findet vor allem in militärischen Kreisen Anwendung, wo man es sich angelegen sein läßt, Anhänger zu gewinnen. Eigens ausgebildete Organisationen arbeiten unermüdlich auf die Unterwühlung des Militärwesens hin. Von der unmittelbar organisierten Sowjetpropaganda ist wohl die innerhalb und durch das „schwedische“ Unternehmen „Naftasyndikat“ betriebene am bedeutungsvollsten und frechsten. In einer der meistgelesenen schwedischen Zeitungen wurden im Mai 1933 unter der Überschrift „Das Naphtasyndikat: unsere Kommunisten und die Subventionen“ bezeichnende Enthüllungen über diese Wühlarbeit der Komintern gemacht.

*

Ähnlich wie die Sozialdemokraten haben die kommunistischen Parteien zwischen die Lokalabteilungen und die Distriktsorganisationen statutengemäß eine Kreisorganisation eingeschaltet. Der große Unterschied besteht darin, daß die Lokalabteilung, die Arbeiterkommune, nicht die Grundorganisation der Kommunistenpartei ist. Diese wird durch die Zelle dargestellt.

Die Kilbompartei gibt als Grundorganisationen die folgenden an: Betriebs-, Dorf-, Wohnzelle, Fach- und Frauenklubs, Stadtteilvereine, Kameradschaftsvereinigungen und Organisationen gleichartigen Charakters sowie die Kommune auf Plätzen, wo diese noch nicht auf der Basis von Zellen, Klubs und Vereinigungen organisiert worden ist.

Die Sillénpartei sagt, daß die Grundorganisation die Zelle ist, fügt aber erklärend hinzu: Betriebs-, Dorf- und Wohnzelle sowie auf den Plätzen, wo die Zelle noch nicht organisiert werden kann – die Kommune.





121. Schwedische „Frauendelegation“ in Moskau

122. Schwedische Zollamtsangestellte als Delegation in Moskau

Die Kilbompartei schreibt vor, daß auf jedem Arbeitsplatz, wo eine Betriebszelle der Partei besteht, alle Parteimitglieder auf diesem Arbeitsplatz der Zelle angehören sollen. Bei Nichtvorhandensein einer Zelle haben sich alle einer anderen Grundorganisation anzuschließen. Die Grundorganisation wählt einen Vorstand, bestehend aus 3, 5 oder 7 Mitgliedern. Dieser Vorstand ist für die Arbeit verantwortlich. Die Arbeit soll, so heißt es, in der „Parteiarbeit unter den Arbeiter- und Bauernmassen durch systematische Agitation und Propaganda“ bestehen, ferner in „der Werbung neuer Mitglieder, der Werbung von Abonnenten für die Parteipresse, der Verbreitung der Parteiliteratur, der Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Parteimitgliedern und übrigen Arbeitern, zäher und ausdauernder Arbeit zwecks Eroberung von Funktionärstellen innerhalb der Arbeitermassenorganisationen, Eingreifen in die wirtschaftlichen Streitigkeiten der Arbeiter und deren Erläuterung aus den revolutionären Klassenkämpfen durch unermüdliche Arbeit für die Interessen der Klasse“.

Das Arbeitsprogramm der Sillénpartei ist im großen und ganzen das gleiche. In der letzten Zeit ist nach Sowjetmuster ein Punktsystem als Kontrolle für die Arbeit der Zelle eingeführt worden. In einem kommunistischen Bericht Anfang 1934 heißt es, das Gesamtergebnis dieser Methode sei, daß die Gruppe (drei Gruppen in einer Zelle, die 40 Mitglieder zählt) den Dreimonatsabschnitt des Arbeitsplanes zu 100 % erfüllt hat.

„Centralkommittén“ (CK) ist innerhalb der beiden Parteien zwischen den jährlichen Kongressen das höchste Organ. Es vertritt in dieser Zeit die Partei, leitet die ganze politische und organisatorische Arbeit, bestimmt die Redakteure der Parteipresse, organisiert und leitet alle Unternehmungen, die für die Partei von Wichtigkeit sind, verteilt die Arbeitskräfte und führt die Parteikasse. Das CK richtet auch ein Sekretariat ein, das alle laufenden Arbeiten zu erledigen hat. Soweit Mitglieder des CK in der Hauptstadt oder deren unmittelbaren Umgebung wohnen, bilden sie einen Arbeitsausschuß.

Die Organisation, durch die sich der kommunistische Einfluß innerhalb des politischen und kommunalen Lebens in erster Linie und auf breitester Grundlage Geltung verschaffen soll, ist die Fraktion. Sie besteht aus sämtlichen kommunistischen Parteimitgliedern innerhalb einer Organisation. Eine solche Fraktion ist überall dort zu bilden, wo mindestens drei Kommunisten sind. Die jetzt geltenden Statuten der Kilbompartei schreiben ganz allgemein vor, daß solche Fraktionen innerhalb aller Massenorganisationen einzurichten sind. In

disziplinärer Hinsicht wird in beiden Parteien gefordert, daß die Fraktion nach gefaßtem Beschluß auf der Versammlung der betreffenden Organisation einheitlich auftreten und stimmen soll.

Die kommunistischen Jugendabteilungen haben ebenfalls ihre bestimmte Aufgabe innerhalb der Propagandaarbeit. „Sveriges Kommunistiska Ungdomsförbundet" der Kilbompartei arbeitet auf derselben Linie wie „Sveriges Kommunistiska Ungdomsförbundet, Sektion av Kommunistiska Ungdomsinternationalen" der Sillénpartei. Sie sind beide aufgebaut auf der Zellenbasis an den Arbeitsplätzen und in jedem Betriebe in Klubs zusammengeschlossen. Als Unterorganisationen der Klubs fungieren Gruppen, Arbeitsgemeinschaften, Radfahrerpatrouillen usw. Die Arbeit innerhalb der Verbandsleitung wird auf verschiedene Abteilungen verteilt, die in den Statuten wie folgt angeführt werden: Politische, Organisations-, Fachwirtschaftliche, Antimilitaristische, Presse-, Bildungs-, Propaganda-, Pionier-, Sport- und Abstinenzlerabteilungen.

Außer den genannten Organisationen rechnen die Kommunisten mit vielen anderen von geringerer Bedeutung. Der Kilbompartei sind eine Menge Frauenklubs und Frauenausschüsse eingeordnet, denen die Aufgabe zufällt, Propaganda unter den Parteilosen zu betreiben und dort Anhänger zu werben.

Beide Parteien betreiben auch Agitation unter den Kindern. Die Sillénkommunisten haben eine besondere Pionierbewegung, die für die Rote Erziehung der Kleinen bestimmt ist. Innerhalb der Parteien gibt es ferner nach Moskauer Muster Theatergruppen, Sprechchöre, Volkstanzklubs usw., die alle eine große Rührigkeit an den Tag legen.

*

In den letzten Jahren sind die Kommunisten in Schweden immer kühner und frecher geworden und ihr Auftreten und ihre Aktionen immer roher und rücksichtsloser. Auf dem X. Plenum des EKKI wurde „der Mangel an revolutionärem Aktionsgeist bei der schwedischen Bruderpartei" scharf kritisiert. Die dort anwesenden schwedischen Vertreter mußten Rechenschaft ablegen und versprachen (nach dem Protokoll), sich zu bessern: „Durch zielbewußte Arbeit und unter der Führung der Komintern werden wir unsere Schwächen und Fehler überwinden und aus der Kommunistischen Partei Schwedens eine wahre bolschewistische Massenpartei schaffen."

Gegen Ende des Plenums wurde die Lage innerhalb der schwedischen „Bruderpartei" im folgenden Schlußsatz von einem Moskauer Funktionär zusammengefaßt: „Daher ist es im Interesse der proletarischen Revolution in Schweden notwendig, daß die Schwedische Kommunistische Partei sobald wie möglich aktiviert, aufgefrischt und revolutioniert wird."

Während des Jahres 1931 begann eine lange Reihe von Gewalttätigkeiten in dem sonst so friedlichen Lande. Eine Probemobilisierung, um Krawalle zu inszenieren, fand Ende Februar 1931 in Luleå (Nordschweden) unter der Leitung des vom EKKI aus Moskau indirekt gesandten, in Deutschland geborenen, Bolschewisten Bernhard Kühl statt. Er wurde in dem Augenblick festgenommen, als er nach Norwegen reisen wollte, um dort seine „revidierende" Tätigkeit fortzusetzen. In seinem gleichzeitig beschlagnahmten Gepäck fand man u. a. einen von ihm verfaßten Bericht, in dem er die „glänzende Weise" hervorhebt, in der die Kommunisten in Luleå trotz des Polizeiverbotes während des „Roten Tages" ihre Demonstrationen durchführten. Es war ihm dabei Gelegenheit gegeben, die Demonstrationszüge zu leiten und die Zusammenstöße mit der Polizei zu arrangieren. Aus den beschlagnahmten Papieren ging auch in allen Einzelheiten hervor, wie die kommunistische Bewegung und die Presse in Schweden und mehreren Ländern von den Sowjets wirtschaftlich unterstützt werden.

Kurz danach fanden in Halmstad (Südwestschweden) am 20., 23. und 27. April ernstere Zusammenstöße statt. Kommunisten fanden hier irgendeinen Anlaß, wilde Putsche und



Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Eigentum zu organisieren. Mehrere Polizeibeamte wurden während des Kampfes verwundet. Darauf folgte eine Reihe von Terrorakten, Übergriffen und Überfällen, vor allem auf Nationalsozialisten (z. B. in Upsala) und andere national gesinnte Bürger. In Lidköping, Vänersborg und Borås mußte die Polizei mit blanker Waffe die Versammlungsteilnehmer des Nationalen Jugendverbandes gegen den Angriff des von kommunistischen Hetzern aufgereizten Pöbels schützen.

Diese Unruhen fanden ihren Höhepunkt in den skandalösen Revolten in Ådalen (Nordschweden) am Himmelfahrtstage, den 14. Mai. Hier organisierten bolschewistische Provokateure die rohesten Verfolgungen gegen Arbeitswillige, die dorthin beordert waren, um vertragliche Lieferungen von Zellulose zu verladen. Erst nachdem die Kommunisten einen Dampfer „Milos" während der Ladung gestürmt, die Arbeitswilligen terrorisiert, sowie sich in der rohesten Weise an ihnen vergriffen und diejenigen, die nicht bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen waren, gefangen genommen und eine „Gerichtsverhandlung" improvisiert hatten, waren die Behörden der Ansicht, daß das zu weit gehe und riefen Militär herbei. Dieses entging bei dem Hintransport nur durch einen Zufall dem Schicksal, das Opfer eines von kommunistischen Elementen geplanten Eisenbahnattentats zu werden.

Unmittelbar nach der Ankunft des Militärs wurde eine Protestdemonstration angeordnet, die, obgleich größtenteils aus dortigen Sozialdemokraten zusammengesetzt, bezeichnenderweise von bolschewistischen „Rotfrontlern" geleitet wurde. Das Militär versuchte, den Zug zu den Baracken der „Streikbrecher" aufzuhalten. Die reitenden Trainsoldaten wurden von den Fahnenträgern und „Frontsoldaten" an der Spitze des Zuges angegriffen. Die Masse wurde vom Taumel erfaßt und fing an, auf die Hetzrufe der kommunistischen Leiter hin, das Militär unter ständigem bedrohlichen Vorwärtsrücken mit Steinen zu bombardieren. Der Militärbefehlshaber, der seine kleine Truppe bedroht sah, befahl seinen Leuten, Warnungsschüsse abzugeben. Fünf Demonstranten wurden getötet und ebensoviele verletzt. Der Demonstrationszug wurde aufgehalten und aufgelöst.

Ein Zetergeschrei erhob sich in der Marxistenpresse, und niemals waren sich in Schweden Kommunisten und Sozialdemokraten, vor allem die jüngeren Elemente, so einig wie diesmal. Man entstellte Tatsachen, nützte die Lage zu der wildesten Hetzpropaganda aus und scheute sich nicht, das Begräbnis der Opfer politisch auszuschlachten. – Die kommunistischen Provokateure hatten ihr Ziel voll und ganz erreicht.

Das Schauspiel, daß diesen Ereignissen folgte, muß man als in hohem Grade beklemmend bezeichnen. Es wurde eine marxistisch-liberal betonte Untersuchungskommission eingesetzt, der Militärbefehlshaber von Ådalen wurde vor Gericht gestellt und zu 8 Tagen Mittelarrest verurteilt. Die Strafe wurde indessen vom Militärobergericht und auch vom höchsten Gericht später aufgehoben. Im Zusammenhang hiermit muß erwähnt werden, daß keiner von den tatsächlichen Unruhestiftern und Urhebern bis jetzt unter Anklage gestellt worden ist.

Durch diesen Prozeß sah man deutlich, wie geschwächt der nationale und staatserhaltende Wille im Lande geworden war und wie wankelmütig die Behörden auftraten. Diese Tatsachen, die indirekt die Kommunistenprovokateure in ihrem dreisten und rücksichtslosen Auftreten bestärkten, waren der Hauptanlaß zu dem äußerst beklagenswerten blutigen Nachspiel. Die Kommunisten säumten nicht, aus der Situation Nutzen zu ziehen. Unmittelbar nach dem Putsch in Ådalen herrschte dort während einer ganzen Woche, nachdem das Militär zurückgezogen war, der Rote Terror.

Die Stellungnahme Moskaus zu den blutigen Vorfällen in Halmstad und Ådalen geht aus der Moskauer „Prawda" vom 20. Mai 1931 hervor, worin es u. a. heißt: „Nur dank dem energischen Zusammenschluß der Arbeiter und dem Umstand, daß die Kommunisten die Leitung des Kampfes in die Hände nahmen, dauerte der Streik noch an. Die Ereignisse in Halmstad und Ådalen stellen die Arbeitermassen in Schweden in ihrer Gesamtheit vor die Frage des politischen Streiks und vor die Frage der Umwandlung der wirtschaftlichen



123. Unruhen in Stockholm am 20. Mai 1931 während des Streiks in Ådalen



124. Ein Arbeitswilliger wird auf dem Schiff „Milos“ mißhandelt



125. Der Demonstrationszug in Ådalen



126. Streik in Ådalen: 6 Tote!

Kämpfe in politische Kämpfe gegen das bestehende Klassensystem. In beiden Fällen hat die Kommunistische Partei die Massen richtig geleitet."

Nach der Revolte in Ådalen folgte eine Serie anderer kommunistischer Gewalttaten, insbesondere im nördlichen Schweden, wo die Moskaukommunisten ihre stärksten Stellungen haben.

Am 5. Juli war Klemensnäs vor der Stadt Skellefteå der Schauplatz neuer schwerer Krawalle, hervorgerufen von den „fliegenden Kolonnen" der Kommunisten. Die aufgewiegelte Menge stürmte dort eine Zellulosefabrik, trat die Umzäunung des Fabrikgeländes nieder und griff die „Streikbrecher" mit Steinen und anderen Wurfgeschossen an. Daß es den „Streikbrechern", die sich diesmal aus den Beamten der Fabrik zusammensetzten, gelang, ihr Leben zu retten, ist nur dem Umstand zu verdanken, daß sie mit Revolvern bewaffnet waren.

Am 7. Juli ereignete sich eine ähnliche Begebenheit in Luleå. Die Polizei mußte hier die Arbeitswilligen gegen die von kommunistischen Agitatoren aufgehetzte Menge mit blanker Waffe verteidigen. Es gab viele Verwundete. Am 9. Juli fanden weitere Kommunistenaufstände vor Söderhamn statt. Mehrere Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt und vier Demonstranten durch Säbelhiebe der Polizei verwundet.

Kommunistenunruhen, Gewaltakte und Terrormaßnahmen folgten nun beinahe auf jeden Streik. Und die Streiks wurden in den meisten Fällen mit der Absicht provoziert, Putsche hervorzurufen.

Bezeichnend für das kommunistische Vorgehen bei den Provokationen von Krawallen war, daß man bei den Angriffen auf die Ordnungsmacht Frauen und Kinder in die vordersten Reihen stellte.

Der am meisten aufsehenerregende Kommunistenüberfall im Jahre 1933 war der in Göteborg im Zusammenhang mit dem großen Streik der Seeleute. Hier entführten die Kommunisten einige Leute der Besatzung eines Dampfers im Auto, um sie in der rohesten Weise zu mißhandeln.

*

Auch in militärischen Kreisen wird die kommunistische Wühlarbeit nicht ohne Erfolg betrieben. Das zeigt sich am deutlichsten darin, daß der Gehorsam an manchen Stellen erschüttert wurde. Es sind Hungerstreiks vorgekommen, die schon mehr den Charakter einer Meuterei trugen. Es sind auch mehrere Fälle von Spionage bekannt, und an verschiedenen Stellen wurden landesverräterische Schriften beschlagnahmt.

Die bedeutendsten und am meisten Aufsehen erregenden Fälle waren die „Oras-Affäre" 1927 und die „Alexandrow-Affäre" 1929. – Die Sowjets sahen sich gezwungen, ihren damaligen Militärattaché Oras in Schweden und dessen Sekretär zurückzurufen. Auch Alexandrow war gezwungen, nach Moskau zurückzukehren. Er war ein Jude aus Rußland und erhielt von der damaligen Regierung die schwedische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig verblieb er aber Mitglied der Kommunistischen Partei der UdSSR und fungierte einige Zeit als stellvertretender „Generalkonsul und TASS-Korrespondent" in Schweden. In der „Oras-Affäre" nahm die Zeitung „Sozial-Demokraten" Partei für die Sowjets, und in der „Alexandrow-Affäre" trat der auch vom Leipziger Prozeß bekannte Sozialdemokrat G. Branting als Verteidiger Alexandrows auf.

Von den unter den Soldaten verteilten unzähligen Broschüren und Flugblättern mit landesverräterischem Inhalt, von denen – wegen mangelhafter Gesetzesbestimmungen – nur ein geringer Teil beschlagnahmt werden konnte, mag hier ein bezeichnendes Beispiel aufgeführt werden. Es handelt sich um das im Jahre 1930 beschlagnahmte Kommunistenblatt „Torpeden, manskapstidning för revolutionära flottister". Das Titelbild zeigt, wie das Panzerschiff „Sverige" von einem Torpedo in die Luft gesprengt wird. Die Sprengwolken sind in Gestalt von Sowjetsternen mit Hammer und Sichel dargestellt. Im Text heißt es u. a.:



„Unsere Aufgabe ist es, die Armee und die Flotte als Instrument in der Hand der herrschenden Klasse unbrauchbar zu machen . . ."

„Wer Gelegenheit gehabt hat, die Entwicklung der kommunistischen Bewegung näher zu verfolgen, wird finden, so heißt es im diesbezüglichen Polizeibericht, daß die Kommunistische Internationale u. a. zielbewußt für die Auflösung der Disziplin in Armee und Flotte, sowie für das Zustandekommen eines Bürgerkrieges in allen Ländern arbeitet. Sie halten nicht damit hinter dem Berg, daß ihr Ziel der gewaltsame Umsturz des in verschiedenen Ländern bestehenden Staatsregimes ist. Alle Maßnahmen, welche die Kommunistische Internationale ihren Sektionen in verschiedenen Ländern vorzunehmen befiehlt, haben die Revolution zum Ziel. Letzten Endes laufen alle diese Maßnahmen darauf hinaus, das gegenwärtige Staatsregime gewaltsam zu stürzen und nach russischem Muster die „Diktatur des Proletariats" zu errichten. Von diesem Standpunkt aus muß man alle Schritte der Komintern in nichtrussischen Staaten betrachten."

*

Im führenden Kommunistenblatt „Ny Dag" vom 8. Januar 1934 wird folgende zusammenfassende Order vom III. Plenum des EKKI veröffentlicht:

„Das Plenum des Exekutivkomitees befiehlt allen Sektionen der Komintern, bei jedem Wechsel der Ereignisse auf ihrer Hut zu sein, und ohne eine Minute zu verlieren, alle Kräfte zur revolutionären Vorbereitung des Proletariats auf die bevorstehenden entscheidenden Kämpfe um die Macht anzuspannen."

Wenn man im Zusammenhang hiermit die Aussprüche eines einflußreichen schwedischen kommunistischen Verfassers (Paul Thunell, „Hungerabkommen oder Klassenkampf", Stockholm 1931) liest, daß „die Hauptaufgabe der Streikleitung nicht nur die ist, die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf die für den Kampf aufgestellten Forderungen zu konzentrieren, sondern auch, was von besonderer Wichtigkeit ist, die ursprünglichen Forderungen zu ergänzen und zu erweitern und auch neue zu stellen, auch politische, je nach der Situation und den veränderten Verhältnissen" – so ergibt sich daraus ein vollständiges Bild.

In der letzten Zeit haben die kommunistische Agitation und Aktion an Umfang und Intensität zugenommen, wahrscheinlich nicht zuletzt durch die Mitwirkung der nach Schweden geflüchteten deutschen Kommunisten. Ende Januar vorigen Jahres teilte der Sekretär der schwedischen Sektion der Internationalen Roten Hilfe einer Zeitung in Nordschweden mit, daß „man, um den deutschen kommunistischen Flüchtlingen zu helfen, eine besondere Kommission errichtet habe, die sich darauf vorbereitete, weitere etwa 50 Flüchtlinge zu empfangen und für diese ein Asylrecht in Schweden zu fordern".

Das schwedische Volk sieht noch nicht ein, oder will noch nicht diese landes-, volks- und kulturfeindliche Gefahr einsehen, die in der sich unter den verschiedensten Tarnungen verbergenden bolschewistisch-kommunistischen Propaganda und Tätigkeit liegt.

In jüngster Zeit haben sich jedoch Anzeichen des Erwachens bemerkbar gemacht. Man kann nur hoffen, daß diese Erkenntnis zu einer tatkräftigen nationalen Sammlung führen möge, bevor es zu spät ist oder zu viele Opfer an Blut und kulturellen Werten kostet.




127. Rote Fahne gegen Schweizer Flagge in Basel

# SCHWEIZ

von

Theodore Aubert, Genf

Präsident der Internationalen Vereinigung gegen die III. Internationale

Nachdem die maßgebenden Leute des Bolschewismus, Lenin, Trotzkij, Sinowjew und all die anderen, in der Schweiz ein schützendes Asylrecht gefunden hatten, was allerdings nicht ausschloß, daß sie ständig die ihnen auferlegte Enthaltung von einer politischen Betätigung verletzten, machte sich auch sofort der von ihnen in der Schweiz hinterlassene Einfluß bemerkbar.

Schon im Jahre 1917 kam es in Zürich zu kommunistischen Unruhen. Größeren Umfang nahmen sie aber 1918 an, dirigiert von der Sowjetmission in Bern, die unter der Leitung von Bersin und der bolschewistischen Agitatorin Balabanowa stand. Auf der anderen Seite hatten extreme einheimische Elemente das sogenannte „Komitee von Olten" unter der Leitung von Grimm gebildet, der in engem Kontakt mit Lenin und Trotzkij gestanden hatte. Dieses Komitee hatte bald einen großen Anhang.

Umgeben von lauter kriegführenden Mächten, Sammelpunkt aller möglichen politischen Agenten, Deserteure und sonstiger übler Elemente, befand sich die Schweiz in einer verhängnisvollen Lage. Hieraus zog das „Komitee von Olten" Vorteile und stellte in diesem kritischen Augenblick unerfüllbare Forderungen. Auch wirkte eine Reihe deutscher kommunistischer Agenten in ihm mit.

Im Herbst 1918 brach der Generalstreik aus. Man glaubte in Moskau, daß die Schweiz ihm keinen Widerstand leisten könne. Zur Übernahme der Führung war Radek bestimmt



worden. Mit dem Aufgebot aller Kräfte gelang es, diese revolutionäre Bewegung zu ersticken. Die wirtschaftlichen Verluste waren bedeutend, darüber hinaus jedoch gab es zahlreiche Todesfälle in den Truppen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten wurden. Nahezu 4000 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten wurden von einer Grippeepidemie dahingerafft. Das Schweizer Volk wird das Andenken an die Opfer dieses bolschewistischen Umsturzversuches stets in seinem Herzen bewahren. Nach Wiederherstellung der Ordnung wurde die Sowjetmission unter militärischer Bedeckung des Landes verwiesen.

Noch einmal, im April 1919, kam es in Zürich und im August desselben Jahres in Basel zu kommunistischen Unruhen.

Die Politik der Regierung und die Haltung der Bevölkerung trugen jedoch zur Verringerung des bolschewistischen Einflusses bei. Die Schweiz weigerte sich, den Sowjetstaat anzuerkennen. Wieweit die Erbitterung des ganzen Volkes gegen die Bolschewisten ging, beweist die Tat Conradis, der den Sowjetdelegierten Worowskij erschoß und dabei durchaus das Verständnis der gesamten Öffentlichkeit fand, besonders nach den im Prozeß gemachten Enthüllungen.

Immer enger aber wurde der Kontakt der bolschewistischen Führer mit Genf als dem Sitz des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsbüros u. a. m. gestaltet. Es war unvermeidlich, daß Delegationen der UdSSR in der Schweiz erschienen und die Verbindung mit den einheimischen Revolutionären aufnahmen. Wiederum ereigneten sich 1927 und in den folgenden Jahren in Genf und besonders in Zürich, dem Sitz des Vollzugskomitees der Schweizer Kommunistischen Partei, Unruhen.

Am 16. und 17. Juni 1932 kam es hier zu Barrikadenkämpfen und zu einem Angriff auf die Kaserne von Aussersihl. Das größte Ausmaß nahmen die Unruhen allerdings in Genf an, wo die sozialistisch-kommunistische Propaganda durch die Zeitung „Le Travail" eine große



128. Der marxistische Nationalrat Nicole, Genf, unter den Angeklagten des Prozesses gegen die Aufrührer

Anhängerschaft geschaffen hat. Der Leiter der Linkssozialisten in Genf ist Léon Nicole und neben ihm Dicker, ein Jude aus Rußland. Am 9. November 1932 kam es zu scheußlichen und hinterhältigen Straßenkämpfen: 13 Tote und fast 100 Schwerverletzte waren zu beklagen. Gleichzeitig waren auch in Lausanne Unruhen ausgebrochen.

Mit verstärkter Intensität ging Moskau weiter in der Schweiz vor. Besonders seit 1933 wurde die Kampagne verstärkt, bei der das bolschewistische Geld eine große Rolle spielte.

Freilich verfügt Moskau in der Schweiz noch über keine ausreichenden Formationen. Die beiden schweizerischen Mitglieder der Komintern, Humbert-Droz und Müller, wurden zur Rechenschaft gezogen, und die kommunistischen Organisationen in der Schweiz sollten, nach Mitteilung der „Internationalen Korrespondenz", reorganisiert werden.

Offiziell blieb auch die kommunistische Propaganda für die „Einheitsfront" in der Schweiz ohne Erfolg, in Wirklichkeit jedoch war sie besonders in zwei Kantonen der romanischen Schweiz durchaus erfolgreich. Obwohl die Einheitsfront von der Sozialistischen Partei abgelehnt wurde, besteht sie in Genf und Waadt tatsächlich doch. Dicker hat offen seine Stellung zu Moskau bekannt (er ist Kompagnon des Rechtsanwalts Vincent, des Führers der Genfer Kommunisten). Ebenso verfolgt auch die sozialistische Presse der Schweiz eine einheitlich probolschewistische Linie. Nach der letzten Tagung des Exekutivkomitees der Arbeiterinternationale in Zürich hat sich Grimm zugunsten der Einheitsfront ausgesprochen.

Es ist daher wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, daß sich viele Sozialisten in der Schweiz der Einheitsfront der III. Internationale anschließen. Besonders die jüngeren Elemente sind Anhänger dieser Richtung.

Weiterhin macht sich die Tätigkeit kommunistischer und prokommunistischer Emigranten aus Deutschland bemerkbar, die unter Vorschützung liberaler, menschenfreundlicher Argumente in Wirklichkeit die Schweiz in eine philobolschewistische Richtung ziehen wollen.

Durch die nahe Berührung mit bolschewistischen Führern, Delegationen usw. ist das Bewußtsein der kommunistischen Gefahr im Volke jedoch sehr stark. In richtiger Erkenntnis des aus Moskau drohenden Angriffs ist die Haltung der Schweizer Öffentlichkeit in schärfster Ablehnung der Sowjetunion und vor allem aller zersetzenden Erscheinungen, wie der Gottlosenbewegung, des Kulturbolschewismus und des Sittenzerfalls immer einmütig gewesen. Einmütig ablehnend war sie auch gegenüber den Zuständen in der UdSSR, – dem Hunger, dem Elend und dem Terror, die eine kleine Clique über die Bevölkerung gebracht hat.

So kann man behaupten, daß die Rede des Außenministers Motta im September 1934, worin er die ablehnende Stellungnahme der Schweiz gegenüber der Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund begründete, das eigentliche Credo aller patriotischen Bürger der Schweiz wie auch das der ganzen zivilisierten Welt zum Ausdruck brachte. Wenn heute wieder, unmittelbar nach dem blutigen Kommunistenaufstand in Brasilien, versucht wird, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Verantwortlichen solcher Aufstände zu erzwingen, so sei nur an die Worte Mottas erinnert: „Der bolschewistische Staat, die Kommunistische Partei Rußlands und die III. Internationale, die aus ihr hervorgegangen ist, stellen eine moralische Einheit dar . . . Der Kommunismus bedeutet auf jedem Gebiet – dem religiösen, moralischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen – die radikalste Verneinung aller Ideen, die unsere Lebensgrundlage bilden. . . . Die Schweizer Regierung . . . hat indessen niemals ihr (der UdSSR) augenblickliches Regime de jure anerkennen wollen. Sie ist entschlossen, ihre abwartende und ablehnende Haltung beizubehalten."





129. Joggi Herzog, einer der gefährlichsten Organisatoren des Kommunismus in der Schweiz




130. Titelbild einer kommunistischen Hetzbroschüre 1924 in Berlin



# SPANIEN

## I

von

Luis Lopez Olivella, Barcelona

> „Spanien ist nach Rußland der für die sozialistische Revolution reifste Staat." Trotzkij

Dieser Ausspruch Trotzkijs ist in Spanien bekannt genug, um in einem großen Teil der Bevölkerung den Glauben zu befestigen, daß Spanien geradeswegs in die marxistische Revolution hineinsteuerte; und, obgleich liberal-demokratisch, sind die genannten Kreise bereit, jede Art pessimistischer Wahrsagung zu glauben.

Diese Atmosphäre begann in Spanien im Jahre 1930 nach dem Sturz der Militärdiktatur Primo de Riveras, durch den jeder Agitation der sozialistischen Bewegungen der Weg freigegeben wurde. Sie erreichte ihren Höhepunkt mit der Errichtung der Republik im Jahre 1931, in der zuerst die anarchistischen Elemente und später die mit den Sozialisten verbundenen Kommunisten gemeinsam mit einem Teil der republikanischen Bourgeoisie die Rote Revolte vom Oktober 1934 anzettelten. Sie war so gut vorbereitet, daß die Regierung ihre ganzen militärischen Kräfte zur Unterdrückung des Aufstandes einsetzen mußte, besonders in Asturien, dem größten Bergwerksgebiet Spaniens.

Der Klassenkampf wurde nicht nur von der Sozialistischen und Kommunistischen Partei gepredigt, sondern außerdem auch von der CNT (Bund der Nationalen Arbeiter), der von Anarchisten geleitet wird und sein Entstehen direkt der I. Internationale und dem Kreise um Bakunin verdankt.

Die Initiative zu fast allen revolutionären Bewegungen der letzten 60 Jahre ging in Spanien von den anarchistischen Elementen der Land- und Fabrikarbeiter aus, wenn auch die Sozialisten und später die Kommunisten allmählich die Leitung übernahmen. Die Revolution in Rußland hat gezeigt, wie in einer revolutionären Koalition eine kleine Partei bei umsichtiger Führung die Macht an sich reißen kann, um dann die früheren Verbündeten als „gefährliche Gegenrevolutionäre" zu vernichten.

Die Politik der letzten drei Jahre in Spanien im Zusammenhang mit den letzten drei Monaten vor dem Oktoberaufstand hatte die kommunistische Führung in Moskau glauben lassen, daß ein marxistisches Regime in Spanien unmittelbar zu erreichen wäre. In alle revolutionären Komitees, die für den Sturz der Monarchie kämpften, selbst in die konservativen, drangen Sozialisten und Kommunisten ein. Dank dieser Koalition gelang es den Sozialisten, die den größten Teil der marxistischen Elemente bildeten, bei Errichtung der Republik in die neugebildete provisorische Regierung einzutreten, in der sie die am meisten linksgerichtete Gruppe bildeten. Ihre rein marxistische Tätigkeit führte aber bald zu der unausbleiblichen Reaktion.

Der Sieg der „gegenrevolutionären" Parteien in den gesetzgebenden Wahlen von 1933 warf die bis dahin in der Regierung befindliche Sozialistische Partei in die Opposition zurück. Anstatt nach ihren Grundsätzen die nächste Gelegenheit des parlamentarischen Auf und Ab abzuwarten, bereiteten die Sozialisten ganz offen die zweite Revolution vor. Sie näherten sich den Kommunisten und verbanden sich mit ihnen, um so mit Hilfe der von Moskau beeinflußten Jugend die Macht zu erlangen, die ihnen das Volk verweigert hatte.

Die Roten Redner wurden nicht müde, 1934 als „das Jahr der Revolution" zu bezeichnen. Im Laufe desselben entdeckte die Regierung geheime Lager von Waffen und Kriegsmaterial, die mehr als deutlich den Umfang des geplanten Aufstandes bewiesen. So entwickelte sich die undurchsichtige Atmosphäre, die zum „blutigen Oktober" führte. Nach dem Scheitern

des Aufstandes bestritten die Sozialisten jede Beihilfe, um die Verantwortung für ihre umstürzlerische Mitarbeit abzuschütteln.

Nachdem man nach der Niederschlagung der Revolte die Beteiligten zerstreut, ihre Anführer, soweit sie nicht geflohen waren, eingesperrt und die anarchistischen Syndikate geschlossen hatte, ist die Ruhe in Spanien wieder eingekehrt.

Trotzdem zeigen sich immer wieder Spuren der kommunistischen Tätigkeit. Die Zukunft ist noch keineswegs unbewölkt. Große Teile der Bevölkerung sind noch mit Bazillen der bolschewistischen Krankheit infiziert, andere, die mit Entsetzen sahen, wie die Rote Flamme im Heimatlande wütete, sinken allmählich wieder in die dem Spanischen Volke eigene Gleichgültigkeit.

*

Die Kommunistische Partei Spaniens (SEJC) verdankt ihr Entstehen den Spaltungen, die sich innerhalb der der Internationale von Amsterdam angeschlossenen Sozialistischen Parteien vollzogen. Sobald die Herrschaft Lenins und Trotzkijs im Innern Rußlands gesichert schien, wurden die verschiedenen Gruppen von Sozialisten und Anarchisten im Schoße der III. Internationale vereinigt.

Die Einladung von Moskau aus an alle syndikalistischen Organisationen der Welt hatte auch in Spanien deshalb Erfolg, weil hier während des großen Krieges der heftigste Klassenkampf geführt worden war. Die mit großer Verbitterung in den Straßen der Industriestädte der Halbinsel ausgefochtenen Kämpfe, bei denen Hunderte von Arbeitern und Arbeitgebern dem Götzen „Klassenhaß" zum Opfer gebracht wurden, die Morde und terroristischen Attentate, deren Schauplatz Spanien seit Entstehung der I. Internationale war und die schließlich in der Ermordung des Ministerpräsidenten Eduardo Dato durch einen Anarchisten gipfelten (15 Jahre später wurde dieser zum Leiter des spanischen Kommunismus befördert!) sowie die unausgesetzte sozialistische Agitation, die sich sichtbar in Generalstreiks mehr oder weniger revolutionärer Natur auswirkte, und schließlich der Revolutionsversuch von 1917 hatten Unzufriedenheit bei der großen Masse des Proletariats hinterlassen.

So war es auch im Bund der Nationalen Arbeiter, in dem sich sämtliche anarchistischen Gruppen der Halbinsel zusammenschlossen. Hier sprühten die ersten Funken zugunsten eines Anschlusses an die Moskauer Internationale auf. Die Leiter, die das Feuer der Anarchie hüteten, Erben und Künder der Lehre Bakunins, Kropotkins, Anselmo Lorenzos, Malatestas und anderer, mußten sich dem Druck der Mehrheit der Parteiorganisation beugen, die in ihren Kongressen den Anschluß an die Komintern forderte. Diese Forderung nahm Gestalt an auf dem Kongreß im Theater „Die Komödie" in Madrid, wo von der CNT eine Abordnung ernannt wurde, die sich in die Sowjetunion begeben sollte, um ihre Zustimmung zu geben, zugleich aber einen Bericht abzufassen, der dann den Kämpfern zur endgültigen Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung vorgelegt werden sollte. Nur einer von dieser Abordnung, der berüchtigte Syndikalist Angel Pestaña aus Barcelona, der „Messias des spanischen Proletariats", erreichte es, auf der Versammlung des II. Kongresses der III. Internationale zu erscheinen und seine Aufgabe zu erfüllen (einschließlich Ausübung seines Stimmrechts als Abgeordneter der CNT).

Die anarchistischen Ideen Pestañas stießen auf dem erwähnten Kongreß mit den autoritären Grundsätzen des Staatskommunismus zusammen, von denen die Mehrheit der Kongreßteilnehmer durchdrungen war. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er einen äußerst ungünstigen Bericht über die Sowjetregierung, der später in ganz Spanien durch sein Werk „Was ich in Rußland sah" verbreitet wurde. Daraufhin brach innerhalb der CNT ein harter Kampf um den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. Neue Delegationen begaben sich nach Moskau, um vervollständigende Berichte einzuholen. Schließlich trug auf dem Kongreß von Saragossa 1922 die anarchistische Tendenz den Sieg über alle anderen davon.



Eine kleine Gruppe von Kongreßteilnehmern trennte sich von der Organisation und schritt dazu, die Grundlagen für die neue Kommunistische Partei zu schaffen, dank der damals ausgeübten Unterdrückung auf illegaler Grundlage. Zu ihr stieß der linke Flügel der Sozialistischen Partei. Zu Führern wählte man den ehemaligen Artilleriehauptmann Pérez Solis und A. Anguiano. Gleichzeitig begann die Bildung der ersten kommunistischen spanischen Kampftruppen. Der Streit, der sich von diesem Augenblick an zwischen den verschiedenen spanischen Organisationen erhob, nahm heftigste Formen an. Auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei Spaniens, der in der „Casa del Pueblo" zu Madrid abgehalten wurde, fielen Schüsse, und auf verschiedene Abgeordnete wurden Attentate verübt.

Unter Führung von Pérez Solis erwarb die SEJC allmählich eine Schlagkraft, die der Vorherrschaft der Syndikalisten und Sozialisten in den Kreisen des spanischen Proletariats ein Ende zu machen drohte. Dieser alte Militär warf sich mit Energie und Organisationsgabe in den Kampf. Man sah ihn stets, die Pistole in der Hand, die Stoßtrupps anführen. Seine erfolgreiche Tätigkeit veranlaßte sogar seine Ernennung zum Mitglied des Exekutivkomitees in Moskau. Die Taktik der von Moskau geschickten Agenten, des Juden J. B. Borodin, verbunden mit den Kenntnissen, die Pérez Solis in den Hörsälen der spanischen Militärakademie erworben hatte, veranlaßte das Aufflammen einer Revolution von solcher Heftigkeit, daß die ganze bestehende Ordnung in Gefahr geriet, zerstört zu werden.

Die kommunistischen Drahtzieher wollten die individualistische Taktik der Anarchisten, wie grausame Attentate oder Einzelstreiks, durch Massenaktionen und Taten auf breiter Basis ersetzen. Sie machten sich die Unzufriedenheit zunutze, die wegen der Niederlage der Spanier bei Anual in Marokko durch Abd-el-Krim entstanden war. Aufstandsbewegungen im Heer folgten einander. Durch pazifistische Propaganda wurde das Militär aufgewiegelt, die Teilnahme am Kriege in Marokko zu verweigern. So erhoben sich zu gleicher Zeit mit dem Ausbruch des Generalstreiks in Bilbao die Truppen in Malaga, die zum marokkanischen Kriegsschauplatz eingeschifft werden sollten. Danach fand der Aufstand in der Carmen-Kaserne in Saragossa statt, bei dem eine Anzahl Soldaten, unter Führung eines Zeitungsverkäufers, die Kaserne eroberte und im Kampfe mehrere Offiziere tötete.

*

Unabhängig von Sympathie oder Antipathie muß man feststellen, daß die Regierung Primo de Riveras eine natürliche Reaktion auf die revolutionären Attentate war, die jede Ordnung zu vernichten drohten. Unter jener Regierung hatte die Agitation der Kommunisten äußerlich aufgehört. Was geschah, geschah im geheimen. Das erste Zeichen für den Beginn einer neuen Entwicklungsphase der SEJC war ihre Einladung an alle sozialistischen und syndikalistischen Parteien zur Bildung einer gemeinsamen Front zur Niederwerfung der Diktatur. Ein Delegierter der Partei ging nach Perpignan in Frankreich, wo eine große Sitzung stattfand, an der auch die anarchistische Gruppe der CNT, die linkseingestellten Katalanen und Basken teilnahmen. Frucht dieser Zusammenkunft war das Übereinkommen, gemeinsam gegen die Diktatur zu kämpfen (Einheitsfront), und ihre praktische Folge der Überfallversuch auf die Atarazanas-Kaserne in Barcelona. Nach dem Fehlschlagen des Versuchs fiel Pérez Solis, der heimlich aus Paris gekommen war, um die Partei zu leiten, in die Hände der Polizei.

Damals begannen von neuem Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SEJC und Ansätze zu Spaltungen, die später beim Sturz Primo de Riveras die Einigkeit der Partei zerstören mußten. Während Pérez Solis im Gefängnis saß, wurde Maurin von der Komintern mit der Parteileitung betraut. Bald konnte er jedoch in Haft genommen werden.

Im Gegensatz zu den französischen Kommunisten, die mit allen Mitteln den Kampf gegen Abd-el-Krim sabotiert hatten, hatten die spanischen Kommunisten gegen den Krieg in Marokko keinen lebhafteren Protest eingelegt und sich damit die Unzufriedenheit der hohen

Stellen in Moskau zugezogen. Das war die Ursache der Übertragung der Parteileitung an neue Gruppen, die diese Aufgabe bis zur Errichtung der Republik im Jahre 1931 erfüllten.

Hier muß auch erwähnt werden, daß die Schwächung der KP in jenem Zeitabschnitt zum großen Teil der Enttäuschung zuzuschreiben ist, die unter den Kommunisten dadurch hervorgerufen wurde, daß sich Pérez Solis nach Verbüßung seiner Strafe wegen des Überfalls auf die Atarazanas-Kaserne zu den christlichsozialen Ideen bekannte.

Bullejos und Erilla, die neuen Leiter der Partei, errichteten das geheime Sekretariat in Bilbao, einem wegen der Nähe der französischen Grenze strategisch gut gelegenen Ort. Dagegen wurde Andres Nin abgesetzt, obgleich er in der Moskauer Organisation einen hohen bürokratischen Posten bekleidete, weil er von Stalin wegen seiner Sympathien für Trotzkij mit Mißtrauen betrachtet wurde.



131. Symbolische „Hinrichtung" Primo de Riveras in Madrid 1931



Konflikte mit dem Gesetz wurden unvermeidlich, als sich greifbar zeigte, daß die kommunistische Organisation Spaniens sich nur dank der laufend von der Komintern übersandten Geldsummen entwickeln konnte. Zu diesem Zeitpunkt stellte sich die Partei trotz strikten Streikverbots der Regierung an die Spitze eines Aufstandes asturischer Bergleute und erwarb sich damit die Sympathie der III. Internationale. Es war selbstverständlich, daß die Regierung energisch handelte und Bullejos sowie alle seine Mitarbeiter ins Gefängnis schickte. Das Parteisekretariat führte vorübergehend Manuel Adamé, der wenige Monate nach Errichtung der Republik zum Sozialismus übertrat.

Im Jahre 1930 erlebte man die Rückkehr des „verfassungsmäßigen Zustandes" nach dem Sturz der Militärdiktatur Primo de Riveras. Obgleich die neue Regierung auch in Händen eines Militärs lag, wurde Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit allmählich wiederhergestellt. Natürlich erschien damit die SEJC sofort wieder an der Oberfläche.

Diesmal zeigten sich neben dem wirklichen Proletariat auch Gruppen Intellektueller und sogar junge Menschen der Aristokratie, die sich aus Snobismus zum Kommunismus bekannten. Das Sowjetgold ergoß sich in Strömen über Spanien und füllte in wenigen Monaten die Buchhandlungen und Zeitungskioske mit kommunistischen Schriften über das „Rote Paradies". Mehr oder weniger freiwillig sangen die Gruppen der Liberalen oder Demokraten nur das Lob Stalins und seines „Führertums". Die bürgerliche Presse andererseits gab der Zersetzung in hohem Maße Raum und trug durch ihre Artikel dazu bei, den Glauben an ein paradiesisches Sowjetreich zu nähren. Damit gab sie Trotzkij Recht, der in seinem Artikel über die Möglichkeit der Einführung des Kommunismus in Spanien sagt: „In Spanien brauchen wir in der Presse keine kommunistische Propaganda zu machen, denn da tun es die bürgerlichen und kapitalistischen Zeitungen gratis für uns."

In dieser günstigen Atmosphäre entwickelte sich der Kommunismus und rückte in die erste Reihe neben die CNT und die Sozialistische Partei vor. Um seinen Kampfruf möglichst durchdringend hinauszuschreien, erklärte er den Streik der Bauarbeiter in Bilbao über den Kopf des autonomen Syndikats hinweg, in dem sich viele Arbeiter, die aus den syndikalistischen, sozialistischen und anarchistischen Organisationen hervorgegangen waren, vereinigt hatten. Jedoch war die Hochburg des Kommunismus in Spanien Sevilla, wo fast alle Hafenarbeiter einem Syndikat angehören. Bald darauf fanden weitere Streiks in San Sebastian und verschiedenen anderen Orten statt.

In geheimer Sitzung in Pamplona erteilte man dem Vollzugskomitee, das aus Bullejos, Adamé und Trilla bestand, das Vertrauensvotum und löste gleichzeitig die von Maurin geleitete radikale Gruppe in Katalonien auf. Seitdem arbeitete man an dem gewaltsamen Sturz der Diktatur und Monarchie.

Im Dezember 1930 zeigten sich die ersten Erfolge, als ein Hauptmann des Heeres sich gegen die Regierung erhob und die Republik mit einem Programm und Vorschlägen, die man schon als kommunistisch bezeichnen konnte, ausrief. Auf der Seite der Heereskräfte, die an dem Aufstand teilnahmen (der dem Hauptmann Galan und einem seiner Kameraden das Leben kostete), befanden sich Zivilisten und eine große Anzahl Studenten aus Madrid, hauptsächlich aber Angehörige der SEJC.

Nachdem nun 1931 die Republik proklamiert war, trat ein besonderes Ereignis innerhalb der Partei in Erscheinung: die Uneinigkeit zwischen den Führern verschärfte sich, und die Kämpfe um die besten Posten gingen so weit, daß sie sich gegenseitig vorwarfen, „Trotzkisten" zu sein. Alle bemühten sich, vor Moskaus Augen als treue Anhänger Stalinscher Orthodoxie zu erscheinen. Die Trotzkisten in Spanien sonderten sich unter dem Namen „Linke Kommunisten" ab. Maurin gab den katalanischen kommunistischen Organisationen einen gewissen Auftrieb und taufte sie „Block der Arbeiter und Bauern".

Nach dem Verschwinden der orthodoxen Kommunisten aus Katalonien machten die Madrider Dirigenten verzweifelte Anstrengungen, einen Zweig der Partei dorthin zu



132. Kommunistische Funktionäre in Katalonien nach der Verhaftung

verpflanzen. Zu diesem Zweck war jedes Mittel recht. Auf Grund der vollen politischen und sozialen Amnestie, die die provisorische Regierung der Republik gewährt hatte, kam der Offizier des Sowjetheeres und ehemalige anarchistische Kämpfer Ramón Casanellas nach Barcelona, der einige Jahre vorher eine so traurige Berühmtheit durch die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Eduardo Dato erlangt hatte. Seiner Popularität gelang es, die katalonischen Massen mit dem Versprechen zu locken, daß die III. Internationale den unterdrückten Nationalitäten helfen werde.

In diesem letzten republikanischen Zeitabschnitt verlor jedoch die KP Spaniens schnell das im Jahre 1930 eroberte Terrain. Die Mißgriffe der Behörden trieben die Massen ins rechte statt ins linke Lager. An der Universität, die bis dahin von der pseudomarxistischen Organisation beherrscht wurde, erschienen die ersten Spuren des Faschismus. Andererseits brachte der Verzicht der Sozialisten auf die Regierung eine große Verschärfung ihrer marxistischen Grundsätze mit sich. Dadurch wurden viele Kommunisten bewogen, sich der Sozialistischen Partei anzuschließen, die offen auf die Revolution hinarbeitet. Der Führer des extremen sozialistischen Flügels, der ehemalige Minister der Republik und frühere Ratgeber der Krone, Largo Caballero, wird von seinen Parteigenossen öffentlich als spanischer „Lenin" bezeichnet. Die Kommunisten, gelockt von der Hoffnung auf eine baldige Revolution, die Caballero in seinen Reden ankündigt, werden ihrer Partei entzogen und treten



planmäßig in sozialistische Stoßtrupps oder in anarchistische Gruppen ein, um diese für den Moskauer Kommunismus zu gewinnen.

Als diese Abwanderung zu stark wurde, erließ die Komintern eine Verordnung, worin die Leiter der SEJC des Verrats geziehen wurden. Die Clique Bullejos, Trilla und Genossen wurde durch ein neues Komitee ersetzt, das aus Leuten besteht, die der großen Masse bis dahin gänzlich unbekannt waren. Ramón Casanellas, der noch immer in Katalonien einen großen Einfluß hatte, kam bei einem Motorradunfall um. Dem materiellen Verfall der Partei folgte das merkliche Schwinden des pseudorevolutionären Geistes im Mittelstand und bei den Intellektuellen. Obgleich Moskau fortfuhr, den Büchermarkt mit bolschewistischen Werken zu überschwemmen, wurden diese nicht mehr vom Publikum aufgenommen. Der von der Roten Stadt Malaga gewählte Dr. Bolivar verdankt seine Wahl dem Umstand, daß er als Agitator während der blutigen Zusammenstöße ins Gefängnis kam und es mit dem Nimbus jener Popularität verließ, mit der die Menge die angeblichen Märtyrer der Idee umgibt. In Madrid wird Bolivar als komische Figur ohne jede Rednergabe nur mit Neugier betrachtet.

Die Arbeiter, einschließlich der Kommunisten, sind Mitglieder der Gewerkschaften der CNT und der Vereinigung Sozialistischer Arbeiter. In Madrid und in einigen Orten Andalusiens und Asturiens gibt es auch kleine kommunistische Gewerkschaften, die gemeinsam die Einheitsfront bilden. In den übrigen Teilen des Landes bilden die kommunistischen Kämpfer die Opposition innerhalb der anderen Gewerkschaften.

Geographisch ist die Kräfteverteilung folgendermaßen: an der ganzen Levante (Ostgebiet) einschließlich Aragoniens besteht noch die Vorherrschaft der CNT über sämtliche revolutionären Kräfte. Es gibt kleine sozialistische Kreise, die trotz der Hilfe der Regierung in den beiden ersten Jahren keinen Einfluß auf das Volk erreichten. In Kastilien und




133. Aufbahrung des Mörders Ramón Casanellas (der für seine Flucht in die UdSSR Geld und Pässe von dem Sowjetbotschafter in Berlin erhalten hatte)



134. Der zerstörte Altar der Kirche „Santo Domingo“ in Malaga



135. Brandstiftung in Sevilla (1932)




136. Verwüstung eines Klosters in Madrid

Estremadura gehört den Sozialisten die Übermacht, während sie in Andalusien, natürlich mit Ausnahme Sevillas, zwischen Sozialisten und Anarchisten geteilt ist. In Asturien, den baskischen Provinzen und Madrid kann die Kommunistische Partei mit organisierten Massen rechnen.

*

Äußerlich von der KP getrennt, besteht der von Maurin geleitete „Block der Arbeiter und Bauern“. Jedoch hat der Fehlschlag, den die Partei im übrigen Spanien erlitt, sich auch in den Reihen dieser katalanischen Gruppe bemerkbar gemacht. Verschiedene ihrer extremsten Kämpfer sind 1934 ins Lager der katalanischen Linken („Esquera“), der Partei des verstorbenen Obersten Macia, hinübergewechselt. Der BOC (Block Kommunistischer Arbeiter) macht große Anstrengungen, seinen Einfluß auf Valencia und Asturien auszudehnen. Mit Rücksicht auf die Verhängung des Kriegszustandes, der die Tätigkeit der revolutionären Parteien in Katalonien seit dem Oktoberaufstand verhindert, ist es heute schwer zu berechnen, wie groß die Stärke dieses Blockes ist. In letzter Zeit hat Maurin verschiedene Auslandsreisen gemacht, um mit den Kommunisten verschiedener Länder, die nicht zur III. Internationale gehören, in Verbindung zu treten zum Zweck der Schaffung einer IV. Internationale. Trotzdem kann man die Beobachtung machen, daß diese Partei beständig die Bezeichnung „Trotzkisten“ ablehnt und einstimmig die Tätigkeit Stalins in bezug auf die revolutionären Probleme in Spanien bejaht.

Innerhalb des kommunistischen Bereiches besteht noch die von Andres Nin geführte kommunistische Linke, die offiziell von Trotzkij abhängt. Es sind nur kleine Gruppen in Madrid und Barcelona.

*

Der Aufbau und die Stärke der Sozialistischen Partei in Spanien, die in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei die Oktoberrevolution durchführte, zeigen, auf welch günstigen Boden die Saat Moskaus fiel.

Mit der Dezemberrevolution von 1868, die die Bourbonen für einige Jahre stürzte, kamen die ersten revolutionären Agitatoren der I. Internationale ins Land. Die Teilung in Anarchisten und Sozialisten brachte eine Spaltung in die spanische Klassenbewegung. Die Sozialistische Partei und ihr anderes Ich, die Gewerkschaften UGDT (Generalvereinigung der Arbeiter) verwarfen den Bakunin und seiner Umgebung so wichtig erscheinenden Terror. Unter der Leitung von Pablo Iglesias bauten sie die Organisationen auf und beteiligten sich an den politischen Kämpfen der republikanischen Parteien als Verbündete.

Als Frucht dieser Taktik besaßen sie schon im Jahre 1909 und später 1917 umfangreiche revolutionäre Verbände, die unter Beihilfe kleiner republikanischer Gruppen und der anarchistischen Gewerkschaften zu Versuchen eingesetzt wurden, das Bestehende zu stürzen. Der blutige Ausgang des letzten dieser Versuche im Jahre 1917, dessen Schauplatz wie 1934 auch Asturien war, und die gleichzeitige Erklärung des revolutionären Generalstreiks im ganzen Lande rechtfertigen es, daß die Kriegsgerichte eine Gruppe sozialistischer Führer zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten. Als Abgeordnete mußten sie jedoch wieder freigelassen werden.

Das Scheitern dieser Bewegung veranlaßte die Sozialisten, jede Art revolutionärer Abenteuer zu vermeiden, zu denen sie der linke Flügel, der sich später abtrennte, um die Kommunistische Partei zu gründen, antrieb. Unter der Diktatur Primo de Riveras wurden die übrigen revolutionären Arbeiterorganisationen verfolgt, während sich die Sozialisten der offenen Hilfe der Regierung erfreuten, die in der Illusion befangen war, sie neutralisieren zu können. Diese Hilfe erleichterte die Ausbreitung des Sozialismus über ganz Spanien sehr. Nur Katalonien und Valencia blieben außerhalb dieser Einflußzone. Während dieses

Zeitabschnittes floß den großen und kleinen sozialistischen Führern das Geld des Staates reichlich zu. Die „Verbürgerlichung" schien gelungen.

Der 14. April 1931 brachte Spanien mit der Errichtung der neuen Regierung drei sozialistische Minister, die während der beiden Jahre ihrer Beteiligung an der Regierung sozialistische Prinzipien und Methoden in die legislative Arbeit einführten und einen fortgesetzten Kampf gegen die kommunistischen Organisationen führten, mit denen sie bei anderer Gelegenheit Hand in Hand gingen. Die Organisationen der Sozialisten dagegen gingen bei jeder Untat, die sich gegen die öffentliche Ordnung und das Privateigentum richtete, straflos aus. Mehr als 90% aller Attentate, Raubüberfälle, Brandstiftungen, Plünderungen und Zerstörungen blieben unbestraft.

Zu dieser Zeit stand die Sozialistische Partei im verfassunggebenden Parlament mit ihren Abgeordneten zahlenmäßig an zweiter Stelle. Ihre Disziplin gegenüber der unsicheren bürgerlichen Linken ließ sie bald dahin gelangen, dem Parlament die Marschroute vorschreiben zu können.

Durch Präsidialbeschluß wurde das Parlament aufgelöst, und die Wahl zur neuen Kammer im November 1933 zeigte wie in allen Ländern die grenzenlose Enttäuschung der Massen. Die Macht ging auf das Zentrum und die Rechte über.

Die Sozialisten und ihre Gewerkschaften zerfielen schnell. Die rein sozialistische Arbeiterschaft der Hauptstadt verlor sowohl den Buchdrucker- wie auch den Generalstreik von 1934. In diesem Augenblick gab dann die Sozialistenpartei in ihren Zeitungen und den Reden ihrer Führer bekannt, daß die Revolution dicht bevorstünde. Sie war reif, um in die Hand der Kommunisten überzugehen. Die Stoßtrupps wurden uniformiert. Unzählige Handgemenge fanden zwischen den Faschisten und den Sozialisten statt, die ihre Vorherrschaft durch Pistolenfeuer zu erhalten suchten.

Und so kam es am 6. Oktober zu der revolutionären Allianz zwischen der kommunistischen und sozialistischen Jugend. Der Generalstreik flackerte an verschiedenen Punkten auf, die Sozialisten stürzten sich, vielfach unter Führung der Kommunisten, in die Revolte.

*

Schwerlich wird sich in den übrigen Teilen der Welt eine Vereinigung finden mit so ausgesprochen revolutionärem Fanatismus, wie die spanische anarchistische Organisation. Sie folgt in gerader Linie den Lehren Bakunins nach seiner Trennung von der I. Internationale. Die CNT hatte in ihren Kämpfen die gleichen Methoden verfolgt, die die Nihilisten in Rußland im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts berüchtigt gemacht hatten, und die von der Komintern direkt fortgesetzt werden. Die terroristischen Attentate, Ermordungen von Staatsmännern, Attentate und Angriffe auf die öffentliche Ordnung und die „verfluchte Bourgeoisie", Generalstreiks und endlich revolutionäre Aufstände, selbst Raubüberfälle zur Erlangung von Geld (wie Stalin und Litwinow!) bilden das Programm. Selbstverständlich war es auch unvermeidlich, daß ein Teil von denen, die mit politischen und sozialen Verfehlungen begonnen hatten, auf die Verbrecherlaufbahn gerieten.

Schon in den Jahren 1870 und 1872 wurden in Barcelona zwei anarchistische Kongresse abgehalten. Damals gab es in Spanien ungefähr 300000 Arbeiter, die in 270 Abteilungen gruppiert waren. Die „föderalistische" revolutionäre Bewegung, die sich gegen jene Republik richtete, zog ihre Stärke aus den Anarchistenkreisen, die ihren Aktionsbereich über die ganze Levante und Südspanien ausgedehnt hatten.

Schon Anfang des Jahrhunderts, im Jahre 1909, erlebte man außer verschiedenen Streikbewegungen von sehr großer Ausdehnung einen Aufstand in Barcelona von ausgesprochen republikanischem und anarchistischem Charakter – bekannt unter dem Namen „Tragische Woche" –, in dessen Verlauf eine Reihe von Attentaten begangen wurde. Im Jahre 1917 nahm die CNT in Verbindung mit den Sozialisten sehr tätigen Anteil an den revolutionären



Ereignissen jener Epoche. In diesen Zeitabschnitt fiel die Ermordung Eduardo Datos, obgleich dieser für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft sehr Wichtiges durchgesetzt hatte. Sozialistische Kämpfe, besonders in Barcelona, waren an der Tagesordnung. Man zählte täglich Morde, die an Mitgliedern der Regierung verübt wurden. Mehr oder weniger ernsthafte Streiks folgten einander. Als sich die Bewegung auf die anderen Industriezentren Spaniens zu verbreiten drohte, wurde sie aufgehalten durch die Errichtung der Diktatur im Jahre 1923.

Während der Diktaturperiode entwickelte sich die CNT in der Stille weiter. In ganz Spanien herrschte zwar Ruhe und Frieden, aber es ist nicht nötig zu sagen, daß die Organisation mehr oder weniger tätig an allen revolutionären Versuchen beteiligt war, die sich gegen das Regime richteten. Mit der Rückkehr zu konstitutionellen Verhältnissen wagte sich auch die CNT wieder ans Licht.

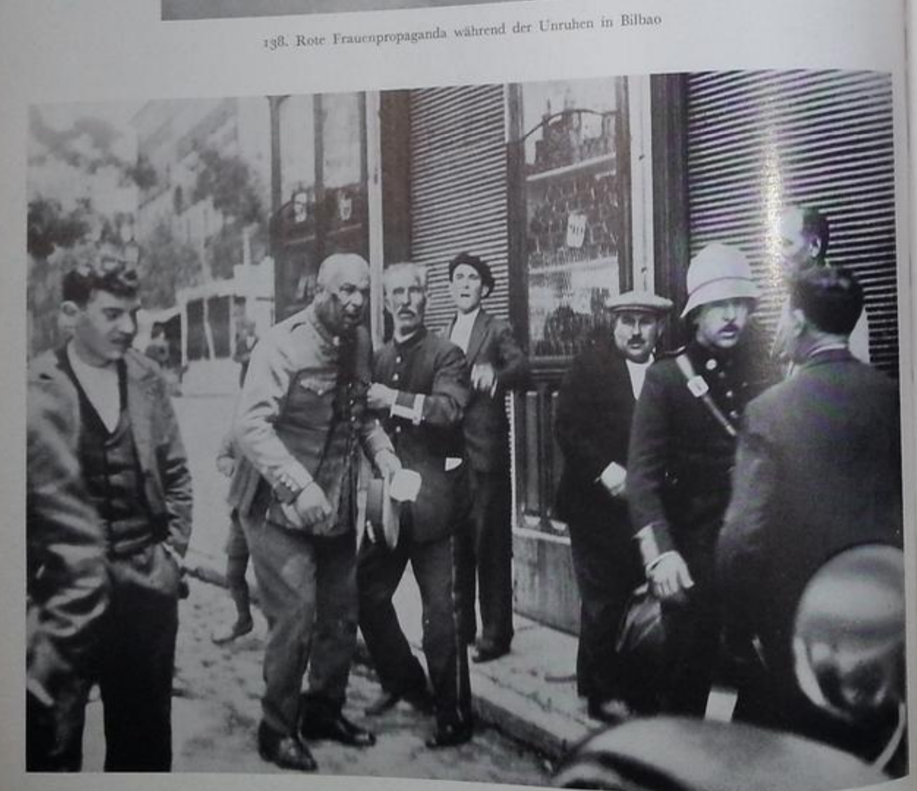
In diese Zeit fällt die Aufrichtung der Republik, die die politische Situation in Spanien von Grund auf änderte. Aber die extremen Gruppen arbeiteten weiter, wie es sich knapp zwei Wochen später in seiner ganzen Furchtbarkeit zeigte, als die Feier des 1. Mai Tage der Trauer über ganz Spanien brachte. Als die republikanischen Behörden Druckmittel gegen die anarchistischen Organisationen zu ergreifen begannen, brach der Kampf genau wie unter der Diktatur aus. Die Bergleute von Alto Llobregat in Katalonien erhoben sich in dem Glauben, daß man im ganzen Lande ihrem Beispiel folgen würde. Das schnelle Handeln der Regierung erstickte die Bewegung in ihren ersten Anfängen. Es endete damit, daß diejenigen, die an dem Aufstand teilgenommen hatten, nach den spanischen Besitzungen am Golf von Guinea in Afrika deportiert wurden. Ein Jahr später kam es aber zu einem neuen Aufstand, der für fünf Provinzen schreckliche Folgen haben sollte. Der Brennpunkt der Bewegung war Andalusien, wo der Kampf mit äußerster Grausamkeit geführt wurde.



137. Massenkundgebung im Stadion von Madrid kurz vor dem Aufruhr



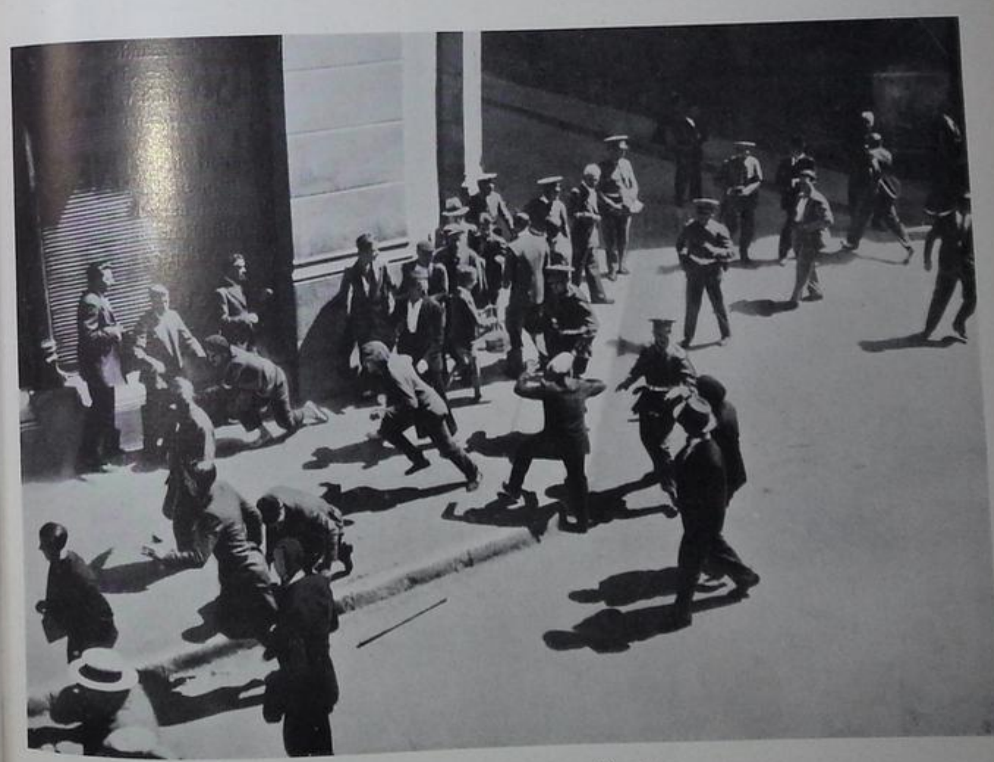
138. Rote Frauenpropaganda während der Unruhen in Bilbao



139. Der von den Revolutionären schwer mißhandelte Polizeipräsident von Madrid



140. Die Polizei geht gegen Aufständische in Santa Cruz vor



141. Revolte im Zuchthaus von Barcelona

Ein weiterer Aufstand im Dezember desselben Jahres, dessen Auswirkungen viel schlimmer waren als bei den vorhergehenden, zeigte plötzlich die Hand der Komintern in aller Deutlichkeit. Der bewaffnete Aufruhr ergriff eine große Zahl von Ortschaften in neun Provinzen. In einem halben Hundert Dörfern und Städten versuchte man Sowjets auszurufen und hatte in verschiedenen von ihnen Erfolg, so daß die Heeresmacht eingreifen mußte. In Landesteilen, in denen die Bevölkerung bei den vorhergehenden Aufständen ruhig geblieben war, wie in Aragonien und Teilen von Kastilien, nahm der Kampf die bedenklichsten Formen an. Bei einem der Attentate, der Entgleisung des Expreßzuges Sevilla—Barcelona, wurde eine große Anzahl von Opfern gezählt. Angriffe auf Kasernen und Flugplätze beunruhigten die Regierung sehr ernsthaft, da sie den Kontakt zwischen Aufständischen und Soldaten fürchtete. Sie griff daher energisch durch. Die CNT war von da an wieder dazu verurteilt, im geheimen zu arbeiten; aber die Duldsamkeit der republikanischen Regierung erlaubte nach kurzer Zeit wieder die Erneuerung anarchistischer Gewerkschaften. Mit dem Beginn des Jahres 1934 wurde dann von den Kommunisten die Einheitsfront mit dem Ziel der Revolution hergestellt.

*

Die revolutionäre Oktoberbewegung 1934 hatte eine Tragweite wie keine andere seit der Kantonalrevolution der ersten Republik. In Asturien und Katalonien gingen die sozialistischen und kommunistischen Aktionsgruppen ein Bündnis zum gemeinsamen Kampf ein. Sie rechneten auf die Mitwirkung der Regierung des autonomen Kataloniens und ferner auf die Kräfte der CNT.

Im Laufe der Revolte in Asturien lag die Leitung in den ersten Tagen in den Händen der Sozialisten. Dann aber, als der Kampf immer länger dauerte und das Heer den eisernen Ring um die Rebellen immer enger und enger zog, ging die Leitung der Aufstandsbewegung von einer Hand in die andere, bis sie in der der Anarchisten und schließlich Kommunisten blieb.

Am 6. Oktober hatten sich die Katalanen mit den Waffen in der Hand erhoben, aber am gleichen Tage schon war die Bewegung in der Hauptstadt erstickt worden. In der kleinen Stadt Granollers dagegen, etwa 30 Kilometer von Barcelona entfernt, setzten anarchistische Gruppen die Behörden ab und entwaffneten sie. Die Fahne der Republik Katalonien ersetzten sie durch das rotschwarze Banner der FAI (Internationale Föderation der Anarchisten).

Das revolutionäre Ereignis ist noch frisch, und eine bis ins einzelne gehende Untersuchung würde einen Band füllen. Das Ergebnis waren etwa 1400 Tote und 3000 Verwundete.

Das Schuldkonto der verschiedenen Internationalen ist auf ein unerträgliches Maß gestiegen. Wo Ausgangs- und Zielpunkte aller Revolutionäre von heute zu suchen sind, zeigt vielleicht eine Meldung, die im März dieses Jahres durch die Presse (ATE) ging:

„Nach Meldungen aus Moskau traf heute daselbst eine größere Zahl spanischer Revolutionäre ein, die an den Oktoberkämpfen teilgenommen hatten. Die Organisationen Moskaus veranstalteten den spanischen Revolutionären auf dem Bahnhof eine feierliche Begrüßung. Auf dem Platz vor dem Bahnhof fand eine feierliche improvisierte Versammlung statt, auf der eine Reihe von Propagandaansprachen gehalten wurde. Die spanischen Revolutionäre befinden sich unter dem Schutz des MOPR und werden in Kürze in der Sowjetindustrie beschäftigt werden."

Und der Vertreter der spanischen Kommunisten auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau, Garcia, erklärte dort am 31. Juli 1935, daß die Oktoberrevolte in Spanien „unter Führung der Kommunisten" durchgeführt worden sei. Damit erkennt Moskau seine Urheberschaft und Verantwortung für alle Greuel an.

*





142. Ein Panzerzug der Aufständischen, mit dem in Asturien der Terror durchgeführt wurde



143. Die Roten Rebellen besaßen etwa 40 Geschütze



144. Selbst Panzerwagen hatten die Revolutionäre

Die Revolutionäre hoffen auf den günstigen Augenblick, wo sie unter dem Schutz der konstitutionellen Garantien, welche die Regierung allmählich wieder in ganz Spanien gewährt, abermals den Kopf erheben und einen neuen blutigen Angriff auf die herrschende Macht vorbereiten können; denn mittels der illegalen Zeitungen, die sowohl Kommunisten wie Sozialisten und Anarchisten regelmäßig herausgeben, bereiten sie die Stimmung ihrer Anhänger vor, indem sie ihnen den gegenwärtigen Zeitabschnitt nur als eine Ruhepause auf dem Wege zu einem neuen Aufstand bezeichnen.

Die roten Wahlen vom Februar 1936 bestätigen den Erfolg der Volksfrontparole, die auf dem VII. Weltkongreß der Komintern ausgegeben wurde.




145. Kommunistische Propaganda für Thälmann in Valladolid

## II

## „12 Tage"

(Aus dem offiziellen spanischen Bericht über die Oktoberrevolte 1934)

Ein halbes Jahr nach dem Oktoberaufstand haben die spanischen Behörden einen Bericht[1]) herausgegeben, der in eindringlichen Sätzen und Bildern die furchtbaren Folgen dieser blutigsten Revolte der jüngsten Geschichte Spaniens wiedergibt.

Die unvorstellbaren Ereignisse im Rußland von 1917, aus denen das heutige Zentrum aller Revolutionen der Welt im Gewande eines „Staates" hervorging, sind noch in aller Gedächtnis. Sie haben im inneren Leben der Sowjetunion, in Hungersnot und planmäßigem Massenmord eine grauenhafte, aber sorgfältig verborgene Kontinuität gefunden.

Der Aufstand in Spanien dagegen hat sich unverschleiert vor den Augen der Welt abgespielt. Moskauer Agenten leiteten ihn nach erprobten Methoden in die Bahnen, die im Laufe von zwölf Tagen zu einem ebenso blutigen Ergebnis führten wie etwa zwölf Tage der bolschewistischen Revolution in Rußland. Die Ähnlichkeit des Ablaufes ist unverkennbar. Die Ziele waren die gleichen. Wie die Leiter der Komintern die Lage in Spanien beurteilten, die sie dann praktisch zur Revolution ausnutzten, geht aus der „Kommunistischen Internationale", Nr. 25 vom September 1934 (sic!) hervor. Hier einige Sätze daraus:

„Für die Lage in Spanien ist es zur Zeit charakteristisch, daß die Frage der Machtergreifung nicht mehr als Zukunftsaussicht vor uns steht ..." „... Die Idee eines Sturmangriffs auf die Macht der Bürger und Besitzer reift ... im Einsehen der Arbeiter, die es

[1]) „La revolución de octobre en Espagña", Madrid 1935.





146. Oktoberaufstand: Mord, Sabotage, Bombenattentate, Waffendepots

mit den Kommunisten halten . . .“ „. . . ist es also ein Verdienst der kommunistischen
Partei, wenn diese Hauptfrage der Revolution, die Frage der Machtergreifung, auch den
breiten Massen klar wurde, denn diese Partei hat an die Massen seit dem Aprilumschwung
die Forderung gerichtet, den Kampf um ein revolutionäres Ergebnis aufzunehmen . . .“
„. . . Aber wer hat denn das Proletariat zum Siege in der großen Oktoberrevolution (in
Rußland – Anm. d. Hsgbs.) geführt? Wer hat denn daraufhin all die Jahre hindurch . . .
das Fortschreiten des revolutionären Klassenkampfes, das Fortschreiten der Diktatur des
Proletariats verteidigt und verteidigt es heute noch . . .? Wie bekannt, sind es nur die
Bolschewiken, nur die III. Kommunistische Internationale . . .“

Die Revolution wurde nicht nur mit kommunistischen, sondern in Katalonien auch mit
separatistischen Parolen entfesselt. Die Komintern äußert sich darüber: „Die nationale
Befreiungsbewegung, die augenblicklich in Katalonien und Biscaya vor sich geht, ist in den
Händen des Proletariats ein starker Hebel, um die Macht des spanischen Imperialismus ins
Wanken zu bringen.“

Im Lichte der Ereignisse vom Oktober erhalten diese unmittelbar vorher geschriebenen
Sätze des offiziellen Organes der Komintern die Bedeutung eines Programms, dessen rück-
sichtslose Ausführung man erlebt hat und das eine direkte Anklage rechtfertigt. Unter den
Rufen „Es lebe der Kommunismus! Es lebe der spanische Lenin!“ geschahen die Ver-
brechen, die zur Ausrufung von Sowjets führten.

Die Regierung Spaniens berichtet über den „furor der marxistischen Revolution, der
die Grundlagen der westlichen Kultur zu zerstören sucht“, und belegt ihn mit Dokumenten
ihrer Archive wie folgt:

Die letzten Wahlen ergaben für die Rechte = 207 Abgeordnete
„ „ Mitte = 167 „
„ „ Linke = 99 „

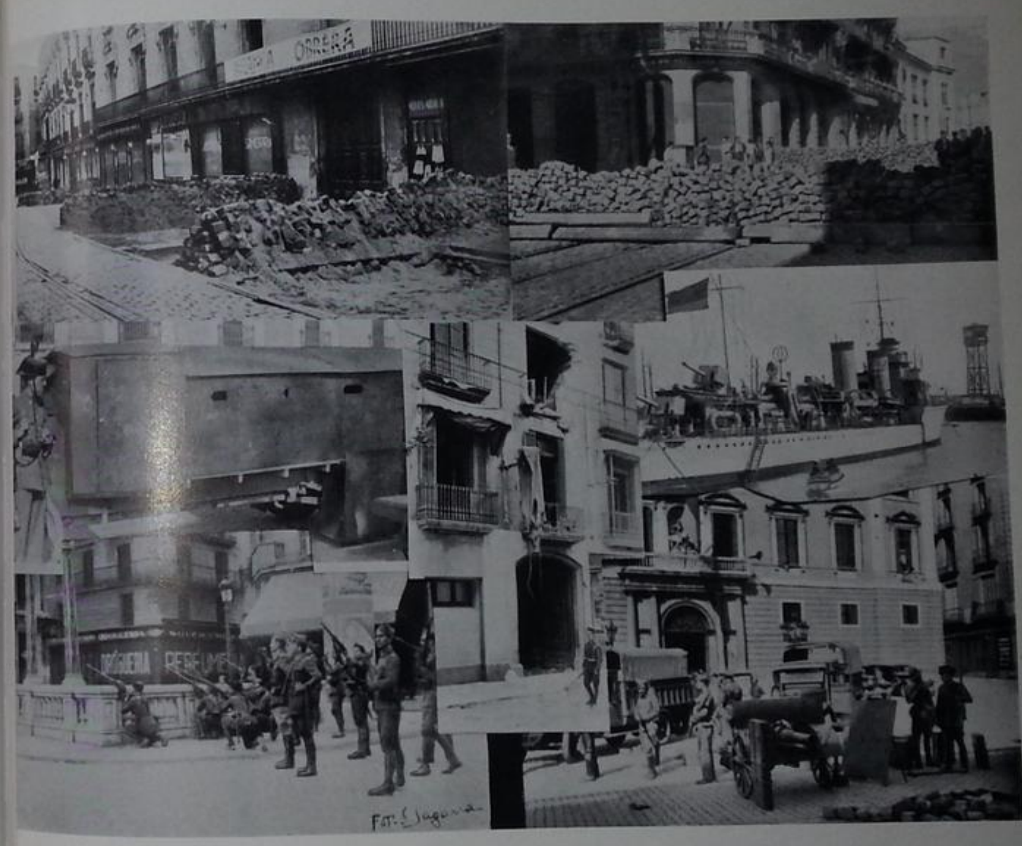
Es handelte sich also keineswegs um eine „Erhebung des Volkes“. Auch die Katalanen
waren nur „Mitarbeiter der Revolution“. Alles übrige fällt Sozialisten und Anarchisten
unter kommunistischer Führung zur Last. Besonders die „revolutionäre Jugendmiliz“ der
Einheitsfront tat sich in der Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Aktionen hervor.
Sie stellte die Waffen her und transportierte sie heimlich an Sammelplätze, z. B. in das
„Haus des Volkes“ in Madrid, oder in Privatwohnungen, wie die des Abgeordneten Lozano.
So beschlagnahmte die Polizei in San Esteban de Pravia mehrere Lastwagen des Provinz-
parlaments von Oviedo mit 116000 Mauserkartuschen, während es in der aufgehetzten
Kolonie Marruecos unter den Eingeborenen schon zu örtlichen Aufständen kam.

In der Frühe des 5. Oktober brach der Generalstreik und der bewaffnete Aufstand in
Katalonien aus. Die Verbindungen wurden unterbrochen, die öffentlichen Gebäude besetzt.
Am 6. erklärte Companys die Unabhängigkeit Kataloniens. Einige Stunden später hatten
die Regierungstruppen schon wieder alles besetzt, die nationalistische Revolution war unter
schweren Opfern gescheitert. Nur in einem benachbarten Ort hielten sich einige Gruppen,
die bezeichnenderweise nicht aus Separatisten, sondern aus Kommunisten bestanden.

Gleichzeitig aber wurde der „Proletarische Aufstand“ in Asturien entfesselt und mit der
unerhörtesten Grausamkeit durchgeführt. Unter den Bergarbeitern hatte der Kommunismus
festen Fuß gefaßt, die ausländischen Agitatoren fanden einen guten Boden. „Die Kom-
munisten waren am hartnäckigsten.“ Die Erschießungen in Turón zeugen von der gründ-
lichen Arbeit der „revolutionären Justiz“.

In Oviedo führte der Aufstand, der durch die schwere Bewaffnung der Revolutionäre,
durch Panzerautos, Geschütze und selbst durch einen Panzerzug unterstützt wurde, zu den
schwersten Kämpfen. Die auf dem Land zusammengezogenen „revolutionären Milizen“
drangen in die Stadt, übten dort den schärfsten Terror aus, legten Feuer an die Universität,





147. Oktoberaufstand in Barcelona: Barrikaden, Straßenkampf, Bombenanschläge, Panzerwagen



148. Von Kommmunisten zerstörte Waffenfabrik von Oviedo



149. Das Innere des Theaters Campoama nach der Oktoberrevolte in Oviedo



150. Der zerstörte Bischofspalast in Oviedo



151. Die Reste der „Heiligen Kammer“ in der Kathedrale von Oviedo

die Bank von Asturien, das Karmeliterkloster und zerstörten den Bischofssitz, die „Heilige Kammer“ der Kathedrale und eine Unzahl von anderen Gebäuden. 200 Tote wurden allein von den Straßen fortgetragen.

In vielen anderen Orten wurde nach dem gleichen Plan vorgegangen. Besonders die Banken waren zumeist das erste Ziel. In Langreo mußten sich Polizei und Gendarmerie nach 32stündigem Kampf ergeben, 87 Beamte wurden von den Revolutionären auf dem Friedhof erschossen.

Außer öffentlichen und Privathäusern wurden vor allem Kirchen verwüstet und dabei unersetzliche Kunstwerte vernichtet. Die zerstörte „Cámara Santa“ war ein weltberühmtes Kunstwerk romanischen Stiles, ebenso die Kreuze „de Los Angeles“ und „de la Victoria“, Goldarbeiten schönster spanischer Romanik. Genannt sei nur noch „Santa Christina de Lena“, eine der ältesten Kirchen des Abendlandes überhaupt, die fast vollständig zerstört wurde.

Die tragische Bilanz der 12 Tage, die der Bericht der Regierung zieht, läßt sich in folgenden Zahlen übersichtlich wiedergeben:

| Tote: | | Verwundete: | |
|---|---|---|---|
| Heer und Polizei .... | 321 | Heer und Polizei ... | 870 |
| Zivilisten ........... | 1051 | Zivilisten ........... | 2051 |
| | 1372 | | 2921 |
| Vermißte .......... | 7 | | |

Waffen, Sprengstoffe und Munition, die bei den Rebellen bis zum 3. Januar gefunden wurden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Gewehre ............ | 89354 Stück | Dynamit .......... | 10824 kg |
| Revolver ........... | 33211 „ | Bomben ............ | 31345 Stück |
| Repetiergewehre ..... | 149 „ | Sprengbüchsen ..... | 3507 „ |
| Aut. Pistolen ........ | 98 „ | Dynamitpatronen ... | 50585 „ |
| Andre Waffen ...... | 711 „ | Gewehrmunition .... | 97322 „ |
| Geschütze .......... | 41 „ | Revolvermunition ... | 255375 „ |
| | | Geschützmunition ... | 1177 „ |

Außerdem wurden in Barcelona 26 Tonnen Waffen gefunden, die hier noch nicht aufgeführt sind.

Gebäudeschäden (zerstört oder beschädigt durch Sprengung und Brandlegung):

| | |
|---|---|
| Öffentliche Gebäude ...... | 63 |
| Kirchen.................. | 58 |
| Fabriken ................ | 26 |
| Brücken.................. | 58 |
| Private Gebäude .......... | 730 |

| Zerstörungen an Verkehrsmitteln: | | Bargeldraub: |
|---|---|---|
| Eisenbahnen ......... | an 66 Stellen | im Werte von etwa 40 Millionen RM. |
| Landstraßen .......... | an 31 „ | |

In der Waffenfabrik von La Vega in Oviedo wurden schon lange vor dem Aufstand Gewehre und Repetierwaffen hergestellt. Es wurden dort 80000 Mausergewehre gefunden. In der Waffenfabrik von Trubia wurden Kanonen und Bomben hergestellt.

Der Gesamtschaden läßt sich auch heute noch nicht berechnen. Der Bericht schätzt ihn allein in Asturien auf mehr als 200 Millionen Peseten. Im Laufe der Nachforschungen dürften sich alle Ziffern noch erhöhen.

Soweit der Bericht. Diese Zahlen mögen für sich selbst sprechen.





152. 30000 Bergarbeiter streiken im nordböhmischen Kohlenrevier

## TSCHECHOSLOWAKEI

von

Dr. Karel Vachavek, Prag

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß die tschechischen Politiker, die die Anlehnung an Rußland und dann die Verknüpfung des Schicksals der ČSR mit dem der RSFSR und UdSSR aus Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse und die drohende bolschewistische Revolution verwarfen und bekämpften, heute auf dem Wege über Frankreich zu Freunden der Sowjetunion geworden sind und mit ihr sogar einen Militärpakt abgeschlossen haben.

Sah Dr. Benesch noch bei Kriegsausbruch im zaristischen Panslawismus eine Gefahr für die Existenz des Tschechischen Volkes und eine Bedrohung für den zu errichtenden selbständigen Staat, so ist er jetzt dem bolschewistischen „Panslawismus“ erlegen. Obwohl die Erinnerung an die Kämpfe der tschechischen Legionen gegen den Bolschewismus an der Wolga und in Sibirien (1918/19) auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Hradschin und Kreml stets einen Schatten warf und die scharfe Ablehnung jeglichen Zusammengehens mit den Sowjets wegen des Anwachsens der Kommunistischen Partei der ČSR und ihrer staatsfeindlichen Agitation fast 16 Jahre dominierte, ist die gesamte Welt heute Zeuge eines beängstigenden Bündnisses zwischen zwei staatspolitisch grundverschiedenen Ländern.

Das Erstarken Deutschlands ließ das Prager Außenministerium leider alle innerpolitischen Widerstände gegen die Annäherung an die UdSSR vergessen oder überwinden und in der künstlich erzeugten deutschfeindlichen Atmosphäre eine systematische Kursänderung seiner

„Rußlandpolitik“ vornehmen. Man sah plötzlich nur die gigantischen Ziffern der Roten Armee und erhoffte sich von ihr den „Schutz vor dem deutschen Feind“, ohne zu erkennen, daß der wirkliche Feind im kommunistischen Osten steht.

Als nach der Gründung der ČSR Dr. Benesch aus Frankreich zurückkehrte, wurde ihm durch die Bevölkerung ein wahrer Triumphzug bereitet. Später demonstrierte man jedoch gegen ihn und nannte ihn einen „Verräter am slawischen Gedanken“. Es bedurfte der ganzen Autorität des Präsidenten Prof. Masaryk, um ihn auf seinem Posten zu erhalten. Und trotzdem blieb der damalige Außenminister seiner politischen Linie – die ČSR in keinen Gegensatz zur UdSSR zu bringen – treu. Auf dem Parteitag der tschechischen nationalen Sozialisten im Dezember 1934 erklärte er unumwunden, er wolle mit Moskau in das gleiche Verhältnis wie Frankreich treten.

Nach der Aufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen zu den Bolschewisten setzte Prag im Einvernehmen (wenn nicht sogar im Auftrage) mit Paris alles daran, den Einzug der UdSSR in den Völkerbund vorzubereiten. Gerade in diese Zeit fällt der erste Besuch der Sowjetsportler in der ČSR. Kam es bei einem Fußballspiel in Prag bereits zu großen Kundgebungen, so gestaltete sich die Reise durch die slowakischen und ukrainischen Gebiete zu einer regelrechten bolschewistischen Propaganda, die zu der Ausweisung der „Gäste“ führte. Dessenungeachtet lud man hintereinander einige Abordnungen der Sowjetwehrmacht nach Prag.

Mit dem Eintritt der Sowjets in die Genfer Liga wurde der Abschluß ihres Militärbündnisses rasch erledigt. Als Folge davon gestalteten sich die letzten Sommermanöver in der Slowakei zu einer Kundgebung der Waffenbruderschaft Paris-Prag-Moskau. Aber auch bei dieser Gelegenheit kam das wahre Gesicht der Roten in den Zwischenfällen bei einer Feierlichkeit deutlich zu Tage.

Trotzdem läßt man unter Anleitung von Sowjetspezialisten auf slowakischem Gebiet unter Zuhilfenahme einer Anleihe von 200 Millionen tschechischer Kronen Flugplätze und Stützpunkte für die verbündeten Armeen schaffen. Die Republik wird so zum Vorfeld der militärischen Aktivität des Bolschewismus in Mitteleuropa. Man glaubt hier einen „Bundesgenossen“ gegen das Deutsche Reich gefunden zu haben, übersieht aber, daß die blanken Sowjetbajonette die Brandfackeln der bolschewistisch-jüdischen Zerstörung hinter sich verbergen.

Es besteht kein Zweifel, daß ähnlich wie in Frankreich, so auch in der Tschechoslowakei, der Kommunismus durch die Gestaltung der außenpolitischen Lage in der letzten Zeit einen mächtigen Auftrieb erhalten hat. Man nahm ihm das Omen der Staatsfeindlichkeit, indem man die Sicherheitsbehörden des Staates, die bisher jedermann wegen eines „Heil-Moskau!“-Rufes ohne weiteres verhafteten und bei allen kommunistischen Demonstrationen rücksichtslos vorgingen, angewiesen hat, in ähnlichen Fällen Zurückhaltung zu üben.

Wenn auch die KP der ČSR augenblicklich nicht mehr auf der Liste der Staatsfeinde steht, so gibt ihre zahlenmäßige Stärke jeden Anlaß zu Besorgnis. Bei den Wahlen im Jahre 1920 gab es über 2250000 sozialdemokratische Stimmen (Tschechoslowaken – 1600000, Deutsche – 690000). Mit 74 Mandaten bildeten die tschechoslowakischen Sozialdemokraten die weitaus stärkste Partei im Parlament. Hinzu kamen 31 deutsche Marxisten. Trotzdem gelang es den Sozialisten nicht, ihre Forderungen durchzusetzen. Mit der zunehmenden Verbürgerlichung der Parteileitung radikalisierte sich dann der kommunistische Flügel der Partei.

Im Jahre 1921 vollzog sich schließlich die Spaltung der Sozialdemokratie und die Gründung einer Sektion der Komintern, die insgesamt 27 Abgeordnete zählte. Bei den Wahlen 1925 trat die KP zum erstenmal selbständig auf und erreichte fast eine Million Stimmen (41 Sitze im Parlament, 20 im Senat). Dieses Ergebnis hatte allgemeines Aufsehen erregt und vor allem die Sozialdemokraten überrascht. Die Auswirkung des Bolschewistensieges



wurde im ganzen Lande fühlbar. Im Bewußtsein ihrer Stärke ging die KP an die Zersetzungsarbeit. Streikunruhen, bewaffnete Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmerie, Agitation unter den Soldaten, Spionage und Sabotage wurden zu Tagesereignissen.

Einige Jahre später schieden die marxistischen Minister aus der Regierung aus und begannen, in ihrer Agitation mit den Bolschewisten zu wetteifern. Dadurch konnten sie im Jahre 1929 fast 400000 ihrer Wähler zurückgewinnen, während die KP über 200000 Stimmen einbüßte. Die Sozialdemokratie glaubte nach ihrer Rückkehr in die Regierung (1930), daß sie die Staatsgewalt auch gegen den Kommunismus anwenden könne, um durch Einschränkung der bolschewistischen Propagandamöglichkeiten ihre eigene Position zu stärken. Vorübergehend schien es sogar, der Bolschewismus in der ČSR werde – trotz der ungünstigen Wirtschaftslage – immer mehr an Anhang verlieren. Da trat aber durch die neue Einstellung der Prager Regierung zum Kreml eine plötzliche Änderung in der Entwicklung ein.



153. Slansky (ČSR) auf dem VII. Weltkongreß der Komintern

Bezeichnend ist dabei, daß der neugewählte kommunistische Abgeordnete Schwerma bereits in einer großen Kundgebung im Mai 1935 in Prag die Linie der Kommunistenpolitik so entwarf, wie er es auf dem VII. Kongreß der Komintern tat, wo er – wie auch der französische Vertreter – über die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung, ja sogar von der Übernahme der Führung der Regierungsgeschäfte durch die Kommunisten sprach. Um die beschlossene „Loyalität“ nach anderthalb Jahrzehnten staatsfeindlicher Tätigkeit zu demonstrieren, verkündete Schwerma feierlich, die KP der ČSR würde im Interesse der „Verteidigung“ des Landes gegen das Dritte Reich für den tschechoslowakischen Kriegshaushalt eintreten. Gerade daraus wird die ganze Tendenz der Politik der III. Internationale und die Tatsache klar erkenntlich, daß diese Politik von der internationalen jüdischen Freimaurerei mitbestimmt wird.

Die „neue Taktik“ der Kommunisten in der ČSR konnte schon bei den letzten Parlamentswahlen ihren ersten Erfolg buchen: während die kommunistischen Stimmen in den volksdeutschen Gebieten durchschnittlich um 50 % zurückgingen, stiegen sie in anderen Teilen der Republik dermaßen, daß die KP mit rund 850000 Stimmen zur viertstärksten Partei geworden ist.

Das sind die Folgen der abgeänderten Taktik der Moskauer Internationale im Zusammenhange mit der widernatürlichen „Freundschaft“ zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Das Ziel des Weltbolschewismus ist aber dasselbe geblieben. Hieß es einst „Zerstörung“ aller Staatsgrundlagen, so lautet es heute „Eroberung“ des Staates.

Und in den verantwortlichen Kreisen des Staates will man immer noch nicht erkennen, daß Moskau, nach Dimitrows Ausspruch, ein „trojanisches Pferd“, von dem die größte Gefahr droht, in das Land hineinziehen ließ.

Im Gegenteil! Durch die Wahl Dr. Beneschs zum Staatspräsidenten, die unter Beteiligung der Kommunisten vollzogen wurde, scheint die Weiterentwicklung der sowjetfreundlichen Außenpolitik und damit das weitere Anwachsen des Kommunismus in der ČSR. gesichert zu sein. Die ersten Beweise hierfür liefert die Zustimmung der kommunistischen Fraktion anläßlich der außenpolitischen Ausführungen Dr. Beneschs im Parlament anfangs November 1935 und die Beteiligung der Kommunisten an dem Triumphzug zu Ehren des neuen Staatspräsidenten. Die oberste Staatsführung glaubt also, mit dem ehemaligen Staatsfeind Frieden schließen zu können.

So hat der Sowjetimperialismus ein neues Kraftzentrum in Mitteleuropa erhalten.



154. „Delegation“ tschechischer Pädagogen in Moskau

# VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA

## I

von

Dr. H. Williams, New York

Von der Mitte des XIX. Jahrhunderts an gibt es auch in USA eine Arbeiterbewegung. Sie bestand hier in der Form von handwerklichen Gewerkschaften. Ende der 60er Jahre hatten diese schon etwa 200000 Mitglieder und waren von 1866 ab in der „National Labor Union“ zusammengefaßt. Im Fluß des Wirtschaftsaufbaues, dem ständigen Druck neuer Einwandererwellen und nicht zuletzt im theoretischen und praktischen Kampf um die anzuwendenden Arbeitsmethoden mußte diese Organisation, nach anfänglichen Erfolgen, der loser aufgebauten „American Federation of Labor“ (AFOL) weichen. Unter der Führung von Samuel Gompers, einem anglo-amerikanischen Juden, kam 1886 dieser große allamerikanische Gewerkschaftsbund als eine Dachorganisation zustande, unter deren Schutz die einzelnen Gewerkschaften weitgehenden Spielraum erhielten. Ein ausgeklügeltes System des Ausbalancierens und der allmählichen Abstufung der jeweiligen Befugnisse innerhalb des Gewerkschaftsbundes ermöglichte es Samuel Gompers, seine AFOL in gemäßigtem Kurs zu halten. Sie bildet auch heute noch das Rückgrat der gemäßigten Richtung der amerikanischen Arbeiterbewegung, der Sozialisten, geführt von William A. Green und Norman Thomas.

Während so die Sozialisten auf verfassungsmäßigem Wege die Arbeiterbewegung gleichsam zum zufriedenen und gedeihenden Teilhaber des amerikanischen Geschäftsaufschwungs machten, kamen mit den europäischen Einwanderern revolutionäre Ideen in unaufhörlichem Fluß ins Land. Unter den Korrespondenten der „New York Tribune“, der arbeiterfreundlich eingestellten Zeitung des bedeutenden Zeitungsmannes Horace Greeley, befand sich niemand anders als Karl Marx selber. Marxistische Gedanken des internationalen Klassenkampfes kamen besonders durch die deutsche Einwanderung nach 1848 ins Land und fanden ihren Weg bis zu den aufstrebenden Staaten in Illinois und Missouri. Der Kampf gegen die bürgerliche Republik, der Streit um die Sklaverei und ihre Abschaffung boten Streitpunkte genug, auch für die erste kommunistische Zeitung, „Die Republik der Arbeiter“, begründet 1850 von Wilhelm Weitling.

Nach dem Bürgerkrieg 1861–1865 und der Abschaffung der Sklaverei begannen im Gleichschritt mit dem Aufschießen der amerikanischen Industrie in den 70er und 80er Jahren die ersten, von den Radikalen geführten Massenkämpfe. Es bildeten sich die Zentren, auf die sich der heutige Kommunismus besonders stützt: die Großstädte und ihr Proletariat im Osten, im Kohlengebiet Pennsylvaniens, in der Schwer-, Fertigwaren- und Nahrungsindustrie des Mittelwestens.

Besonders früh begann der revolutionäre Kampf unter den pennsylvanischen Bergarbeitern. Ohne staatliche Arbeitsregelung oder Gesetzgebung, in freier Wirtschaft als Ware nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage behandelt, schlossen sie sich als Klassenkämpfer zu Geheimbünden – wie den „Molly Maguires“ oder dem „Ancient Order of Hibernians“ (meist Iren) – zusammen. Durch Gewaltakte, Terror und Überfälle auf die gehaßten „Bosses“ (Meister) suchten sie, ihre Forderungen zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzuführen und darüber hinaus als radikale Sozialisten die Führung der gesamten Industrie in die Hand zu bekommen. Schon in diesen Jahren schied sich der radikale vom gemäßigten Flügel der Gewerkschaften, als die „United Mine Workers of America“ streng legal blieb und infolgedessen der geplante Gesamtstreik im Kohlengebiet 1875 zusammenbrach. Durch Detektive aufgespürt, wurden die Rädelsführer der

155. Polizei sprengt eine kommunistische Demonstration in New York auf dem Wege nach der City Hall

156. Kommunisten leiten eine antideutsche Hetzdemonstration in New York. Neger und Juden als Moskaus Agenten

Revolutionäre gefaßt und 1877 im Zusammenhang mit erfolgten Morden und Gewaltakten 17 Mann hingerichtet.

In dasselbe Jahr fiel ein großer Eisenbahnerstreik, bei dem es in Chicago, Buffalo, Reading zu Zusammenstößen mit Polizei und Regierungstruppen, also richtigen Straßenkämpfen, kam. Im Juli fand in New York unter „sozialistischer", das heißt radikaler Führung, die erste Riesenkundgebung statt, mit 10000 Zuhörern und flammenden Ansprachen über die Unterdrückung durch das Kapital, über Arbeiterrepublik und die sozialistische Revolution. Die Pariser Kommune hatte ihr amerikanisches Gegenstück und Karl Marx mit Friedrich Engels waren in USA aufgenommen worden. Die „Socialist Labor Party" (SLP) und die „New Yorker Volkszeitung" entstanden, als Organe des Klassenkampfes, der nur Schritt für Schritt vorging, und als Streiter gegen Gompers. Einwanderungsfragen wurden geregelt, die größten Mißstände in der Industrie abgestellt, ein Arbeiterministerium wurde eingerichtet.

Sobald aber eine der periodisch wiederkehrenden Krisen über das Land hereinbrach, erfolgten neue Unruhen. Die SLP erhob 1886 die Forderung des Achtstundentags und hielt am Union Square in New York den ersten „Roten Tag" am 1. Mai ab, der bald in der ganzen Welt als sozialistischer Feiertag anerkannt wurde. Einem Bombenattentat am Haymarket in Chicago, bei dem Polizisten getötet wurden, folgte die Verhandlung gegen 7 daran beteiligte Sozialisten, von denen 4 gehängt wurden. Damit war der Höhepunkt des Kampfes erreicht, in dem wieder „Märtyrer der Arbeiterklasse" fielen.

Die SLP, anfänglich nach deutschem Muster aufgezogen, führte diese „kämpferische Klasse" in scharfe Opposition zur AFOL. Von letzterer spaltete sich um 1905, von der Brauereiindustrie ausgehend, die „Industrial Workers of the World" (IWW) ab; beide arbeiteten bis in das Kriegsjahr 1917 hinein gegen „das kapitalistische System und die gemäßigten Gewerkschaften".

Der große Krieg, die ihm folgenden Jahre der Konjunktur und die daraus erwachsenden Umwälzungen änderten langsam, aber entscheidend, das Bild des amerikanischen Sozialismus. Als in dem verarmten und erschöpften Europa die III. Internationale in Moskau die Pläne der Weltrevolution entwarf, da war der Boden in Amerika noch nicht reif für den Kommunismus als Massenbewegung. Erst mit dem Beginn der großen revolutionären Krise, etwa im Jahre 1930, und noch viel mehr nach der Zerschmetterung der kommunistischen Bewegung in Deutschland durch den Nationalsozialismus wird der Kommunismus in Amerika eine Gefahr. Sie erhebt sich im reichsten Lande der Welt immer stärker und droht alle wirtschaftlichen Spannungen im Lande auszunützen, nicht nur in Amerika, sondern heute in der ganzen Welt.

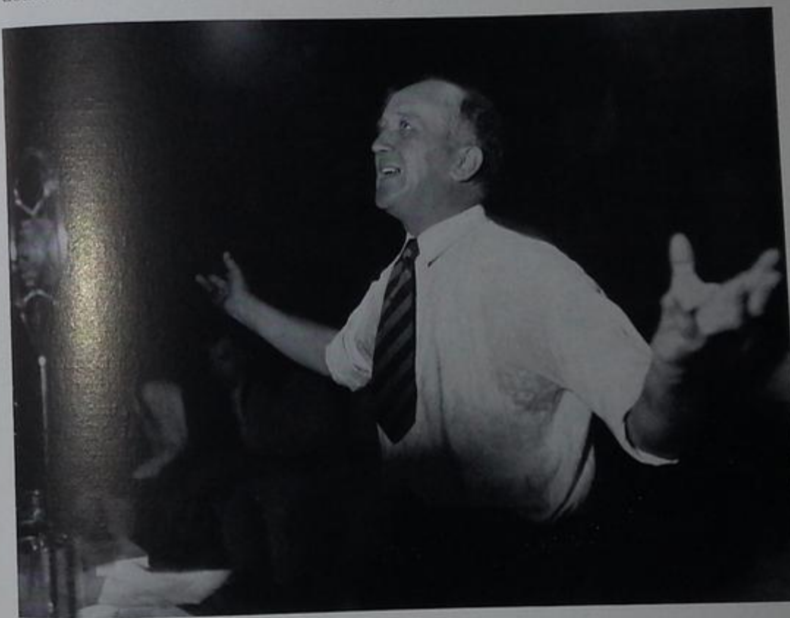
Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten, Sektion der Kommunistischen Internationale, entstand am 1. September 1919, als sich von den 125000 Mitgliedern der IWW aus der SLP und den nach Nationalitäten organisierten Parteien die Elemente abtrennten, die ihrer Partei die Prinzipien der Sowjetmacht, der Diktatur des Proletariats und der Moskauer Internationale zugrunde legten. Da der bolschewistische Staat von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt worden war, liefen die Beziehungen zwischen beiden Ländern über die Sowjethandelsvertretung in New York, die „Amtorg". Diese vermittelte den ausgedehnten Handels-, Wirtschafts- und Kapitalverkehr zwischen New York und Moskau. Das „Forschungsinstitut" aber war die Verbindungsstelle für die kleine kommunistische Partei und deren Büro am Union Square.

Da die Zeiten in Amerika vorerst gut waren, ging es mit der kommunistischen Bewegung sehr langsam. Es kam zu kleinen Teilstreiks in der Textilindustrie. Am 6. Januar 1924 wurde der „Daily Worker" begründet, „Amerikas einzige klassenbewußte Tageszeitung". Nie war diese Zeitung und war die Bewegung den bolschewistischen Machthabern energisch genug. Noch 1929, zu Beginn der großen Krise, verlegt sich der „Daily Worker" auf die Propagierung von rein legalen Methoden. Von der Kommunistischen Partei trennten sich bald Splittergruppen ab, die sich dann bei Streiks teilweise den gemäßigten Sozialisten der AFOL,



den „praktischen Opportunisten" anschlossen. Es gab Gruppen um Muste, Lovestone und Trotzkij. 1929 wurde Jay Lovestone von Stalin nach Moskau zitiert, als Generalsekretär der Kommunistischen Partei abgesägt und statt seiner William Z. Foster zum Generalsekretär bestimmt. Zugleich wurde die Partei nochmals ganz gründlich gereinigt; nur 8000 der revolutionärsten Marxisten blieben nach. Beim Parteikongreß 1929 sagt Stalin zu den amerikanischen Parteiführern:

„Die Kommunistische Partei der USA ist eine der wenigen kommunistischen Parteien in der Welt, der die Geschichte Aufgaben zugewiesen hat, die vom Standpunkt der internationalen Bewegung von entscheidender Bedeutung sind. Ich glaube, der Augenblick ist nicht mehr fern, da eine revolutionäre Krise in den Vereinigten Staaten in Szene gesetzt werden wird. Wenn die revolutionäre Krise in den Vereinigten Staaten kommt, dann bedeutet sie den Anfang des Endes des Weltkapitals."



157. Der amerikanische Kommunistenführer William Z. Foster bei einer Agitationsrede in Detroit

Die Krise kam noch im selben Jahr, mit ihr der schnelle Fortschritt des Kommunismus. Wenn die Partei im Jahre 1930 nur 7500 eingeschriebene Mitglieder, ein Jahr später nur 9200 hatte, so ging mit der wachsenden Not und Arbeitslosigkeit diese Zahl schnell hoch:

| | |
|---|---|
| Im Januar 1930 ....... | 7500 |
| „ „ 1931 ....... | 9200 |
| „ „ 1932 ....... | 14500 |
| „ „ 1933 ....... | 19200 |
| „ „ 1934 ....... | 24600 |

Nun sind diese Mitglieder keineswegs als einfache Mitläufer der kommunistischen Bewegung anzusehen, sondern eher als die kleinen, aber festen Kerne der Propaganda und Wühlarbeit. Die Zahlen zeigen nicht das allgemeine Fortschreiten, sondern vielmehr das Eindringen der Sowjetideen in immer weitere Kreise der Bevölkerung. Über die verschiedensten Zwischengruppen hinweg werden diese Ideen durch die Vollmitglieder geleitet.

Deswegen werden bei der Aufnahme zunächst sehr genaue Nachforschungen angestellt. Zwei Bürgen müssen namhaft gemacht werden; der Arbeitgeber, die Art und Größe des Betriebes, die Gewerkschaft, die Loge oder sonstige Vereine, zu denen der Kandidat gehört, sind anzugeben. Auch werden die in ihnen eingenommenen Stellungen untersucht, vor allem aber die früheren Parteiverbindungen, der Einwanderstatus (in USA geboren, naturalisiert oder noch nicht), weiß oder schwarz usw. Natürlich erklärt der Antragsteller sich bereit, „dem Programm und den Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten Folge zu leisten, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen und sich aktiv an ihrer Arbeit zu betätigen“. Er unterstellt sich also klar und eindeutig Moskau, das jeden zur Verantwortung ziehen kann. Die aktive Arbeit bedeutet Tag und Nacht auf den Ruf für die Partei bereit zu sein.

Eine Organisation der KP („Communist Party“) besteht in 41 der 48 nordamerikanischen Staaten. Der Mittelpunkt und Sitz des Generalsekretärs ist New York. Das ist der wichtigste Punkt für die Weltrevolution und zugleich die Verbindungsstelle mit den wichtigsten angeschlossenen ausländischen Verbindungen, zum Zentralkomitee der Kubanischen KP, der Kubanischen Revolutionären Gewerkschaft, der illegalen Kanadischen KP und der Irischen KP. Besonders mit letzterer besteht eine alte traditionelle Freundschaft.

Das Hauptaugenmerk richtet die Partei auf die lebenswichtigen Betriebe und Produktionsstätten. Zu diesem Zwecke versucht sie in die Gewerkschaftsbewegung einzudringen und auf diese Weise die AFOL zu sprengen. „Die Hauptaufgabe der neuen revolutionären Gewerkschaft, der „Independent Federation of Labor“, ist die Führung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse“. Unter vielen einzelnen gibt es immer einige, die aus dem einen oder anderen Grund mit dem gemäßigten Kurs der AFOL nicht einverstanden sind. Bei Abstimmungen über die Haltung in einer Lohnfrage oder über die Anwendung einer der Bestimmungen des Rooseveltschen Neuen Kurses ergibt sich vielleicht eine radikale Mehrheit, und seien es auch nur 51%. Dann versucht die KP die Arbeiter zum Austritt aus der AFOL zu veranlassen und nach dem Prinzip der Einheitsfront mit der „einzigen klassenkämpferischen Arbeitspartei“ in die „Trade Union Unity League“ (TUUL) einzugliedern, zu „amalgamieren“. Nach den Schätzungen der Kommunisten selber hat die TUUL 200 000 Mitglieder.

Auf diese Weise war es im Jahre 1933 möglich, über eine Million Arbeiter (nach eigenen Schätzungen der KP) fast aller Industrien in den Streik zu treiben. In einem Parteibefehl des Cleveland-Kongresses vom April 1934 heißt es: „Jeder Kommunist muß zur Führung des bolschewistischen Kampfes Verbindungen mit nichtkommunistischen Arbeitern herstellen und unterhalten. Der achte Parteikongreß verpflichtet jedes Parteimitglied, sich in eine Gewerkschaft einzugliedern, und besteht darauf, daß das Zentralkomitee innerhalb von drei Monaten die Durchführung dieses Beschlusses nachprüft.“

Auf diese Weise sollen die „kämpferischen Sozialisten“ in den Gewerkschaftsbund und in die ebenso wichtigen Eisenbahngenossenschaften („Brotherhoods“) eindringen, die alten Führer herausdrücken und selbst die Leitung in die Hand nehmen. Nach den Worten von Earl Browder, dem jetzigen Generalsekretär der KP, geht es um „den revolutionären Streik, den Dauerstreik, der von einem Ort zum anderen überspringt, den wiederholten Streik, den Demonstrationsstreik, der die rote Flagge in den Straßen hißt und revolutionäre Ansprachen und Parolen in die Massen trägt“.

Die Arbeit in den Betrieben wird durch „Zellen“ geführt; sie verwurzeln die Partei in den Fabriken und machen „jede Fabrik zu einer Festung der Revolution“. Die Zahl der Zellen





158. Der Sturm auf das Kapitol. Die unter kommunistischer Führung stehenden ehemaligen Kriegsteilnehmer der Vereinigten Staaten dringen in das Parlament ein, um die Auszahlung von Kriegsrenten zu erzwingen

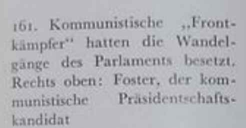



159. Kommunisten demonstrieren in Sträflingskleidung vor dem Rathaus in Detroit



160. Kommunisten versuchen das New Yorker Rathaus zu stürmen. „Auch die Judenfrauen kämpften wie die Tiger“

161. Kommunistische „Frontkämpfer“ hatten die Wandelgänge des Parlaments besetzt. Rechts oben: Foster, der kommunistische Präsidentschaftskandidat









162. Im Industriegebiet von Alabama, in Birmingham, sind 3500 Grubenarbeiter, zum großen Teil Neger, in den Streik getreten





163. Bei einem Roten Verkehrsstreik in Brand gesetztes Auto

hat sich sehr schnell vermehrt: 1930 64 Betriebszellen mit 571 Mitgliedern, 1934 338 mit 2355 Mitgliedern. Die Zellen arbeiten nach Vorschriften Moskaus und nur illegal. Zugleich, und das ist für die Staaten besonders gefährlich, arbeiten sie als Spionageinstrumente für die Sowjetunion. So sind sie die besten Wirtschaftshelfer der „Amtorg“ in New York zur Förderung der Moskauer Fünfjahrespläne, durch die die amerikanische Technik nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen werden soll. Ingenieure und Fachleute kommen den Sowjets teuer zu stehen; die kommunistischen „Genossen“ arbeiten umsonst.

Neben den Bergarbeitern der „National Miners Union“ und den Seeleuten ist unter den Industriegewerkschaften von Bedeutung die kommunistische „Needle Trade Workers Industrial Union“ (NTWIU) und die „National Textil Workers Union“ (NTWU) zu nennen. Die Textilindustrie, meist im Osten, hat von jeher ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen mit niedrigen Löhnen beschäftigt; ihre Gewerkschaften waren traditionell radikal. Auch hatten sie jahrzehntelange Streikerfahrungen hinter sich, denn jede Konjunkturschwankung wirkte sich jeweils zuerst hier aus. Ihre Hauptstützpunkte sind Lowell Massachuetts Paterson, New Jersey und Alabam, Georgia. Die NTWIU verfügte ebenfalls über viele ungelernte Arbeiter und ebenfalls über viele Einwanderer aus dem Osten Europas. Sie ist fast vollkommen jüdisch, wie das ganze Gewerbe; Schneiderei und Konfektion sind in allen Städten und Großstädten vertreten, wo sie die Führung des Asphaltproletariats in die Hand genommen haben. Nirgends ist auch die gegenseitige Ausbeutung größer als in den sogenannten „Sweat Shops“ des Textil-, Schneider- und Modegewerbes.

Nicht nur in den gewerblichen Verbänden, die die KP wie einen Keil in Gütererzeugung und -verbrauch hineinschiebt, wird gewühlt, sondern, von der Komintern gefördert, mit besonderem Eifer in strategisch wichtigen Betrieben. Hier erweist sich als vorzüglich zugkräftig die Parole: „Kampf gegen Faschismus und Krieg!“ Ein großartiger Ruf der Einheitsfronttaktik, die den Quäker, der aus Gewissensgründen den Krieg ablehnt, den Edelpazifisten auf hoher Kirchenkanzel, den demokratischen Zionisten des jüdischen Großkapitals und den klassenbewußten Arbeiter in den chemischen, Munitions- und Flugzeugfabriken umfaßt. Unter dieser Devise läßt sich ebenso leicht ein offener und ein geheimer Kampf gegen die militärische Sicherheit und gegen die Landesverteidigung führen, zur Sabotage auffordern und Spionage betreiben. Mit schamloser Offenheit wird in der kommunistischen Presse immer und immer wieder hervorgehoben, daß ein Kommunist Angehöriger und Untertan des „Arbeitervaterlandes“, das heißt der Sowjetunion, ist und daß alle anderen Länder den Krieg gegen dieses „Vaterland der Werktätigen“ vorbereiten. Darum müssen alle Punkte in Wirtschaft und Industrie besetzt werden, welche kriegswichtige Erzeugnisse herstellen.

Der langwierigste und hartnäckigste Streik seit Jahren ist der Streik an der Pazifischen Küste, der im Mai 1934 begann. In den Ausstand traten 12000 Seeleute der „International Longshorsmen's Association“ längs der ganzen Küste, mit San Francisco als Mittelpunkt, wo bald der australische Kommunist Harry Bridges die Leitung des Streikkomitees in die Hand bekam. Um den Streik zu überwinden, sollten diesmal Ausschüsse von Arbeitern und Reedern unter Führung des Erzbischofs von San Francisco entscheiden. Bevor eine Vermittlung zustande kam, entstanden ernsthafte Unruhen im Hafen gegen die Streikbrecher, die nur unter Einsatz von Polizei und Nationalgarde mit Tränengas, Feuerwehrspritzen und Bajonetten unterdrückt werden konnten. Mit Maschinengewehren und Bajonetten wurden die Piers genommen und besetzt. Zwei Streikführer wurden getötet. Endlich sollte das Schiedsgericht arbeiten. Die Erregung unter den Werftarbeitern ausnützend, rief Bridges jetzt die 120 Gewerkschaften von San Francisco zum Sympathiestreik auf. Wenn von diesen auch nur die Fuhrleute offen, die anderen nur durch ein „strategisches Komitee“ Folge leisteten, so brachte Bridges doch alle anderen Seefahrtgewerkschaften: Lotsen, Köche, Stewards zum Anschluß und zur Aufstellung von Forderungen, die über das ursprüngliche Programm weit hinausgingen. Die Zufuhr von Lebensmitteln in San Francisco und der ganzen Umgebung war unterbunden






164. Rote Demonstrationen am Jahrestage der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti



165. Ein Attentat der Demonstranten für Sacco und Vanzetti: Durch Bomben zerstörter Untergrundbahnhof

und der Hafenarbeiterstreik zum richtigen Bürgerkrieg zwischen dem Staat Kalifornien und dem Streikkomitee des Kommunisten Harry Bridges geworden. In diesem Augenblick sprang der Streik weiter nach Portland und Seattle, nach Osten, nach Minneapolis und Wisconsin, über. Sofort stellten sich ganze Geschäftszweige auf einen Belagerungszustand ein. Bridges versuchte durch eigene Streikpolizei die wichtigsten Lebensmittel für die 600000 Einwohner der Stadt sicherzustellen. Aber es war leichter, den Streik auszurufen und alles lahmzulegen, als auch nur einen Teil des großen Räderwerkes selbst behelfsmäßig wieder in Ordnung zu bringen. Vor allem hatte die Streikleitung versäumt, die Presse mundtot zu machen. Je mehr sich die Bevölkerung gegen die Aushungerung empörte, um so mehr schwand auch die Macht, die Bridges und die KP an sich gerissen hatten, und um so mehr kamen die ursprünglichen gemäßigten Führer wieder an die Oberfläche. In diesem Augenblick setzte der Gegenangriff des Hearst-Zeitungssyndikats ein. Der erregten Bevölkerung wurde nun eindringlich vorgehalten, daß nur die Kommunisten an dem grausigen Durcheinander schuld seien und daß Ordnung nicht zu erwarten sei, ehe nicht diese Ultraroten aus der Führung ausgeschieden seien. Junge Leute mit Abzeichen der gemäßigten Gewerkschaften marschierten zu den kommunistischen Lokalen und Zeitungen, schlugen alles kurz und klein und überließen der Polizei dann das übrige. Sie verhaftete, wer von Kommunisten noch übriggeblieben war, und steckte die Vorbestraften und Eingewanderten ins Gefängnis zur Aburteilung und Ausweisung. Die AFOL und Green lehnten öffentlich den Streik ab, und General Johnson, Roosevelts Wirtschaftsdiktator, brandmarkte den Generalstreik als Bürgerkrieg und offene Empörung. Jetzt war es die höchste Zeit, daß die Arbeitnehmer nachgaben, wollten sie nicht selbst ihre gemäßigten Gewerkschaften in Gefahr bringen. Sie wechselten die Front, überstimmten Bridges und kehrten zu dem Schlichtungsvorschlag zurück. Die KP hatte den Streik verloren, aber sie hatte gezeigt, wie stark ihre Macht inzwischen geworden war, nachdem sie 10 Wochen den Westen vollkommen beherrscht hatte.

Das Vorgehen der Kommunisten in San Francisco ist klassisch für die heutige Streiktechnik der amerikanischen Sektion der III. Internationale. Zunächst Aufhetzung der Gewerkschaften und Mitreißen der Führer, die nicht radikal genug sind. Dann soll ein Ausschuß der Parteien über die Streitpunkte entscheiden. Es handelt sich nicht nur um Lohnforderungen oder Arbeitszeitverkürzung, sondern oft auch um die Kontrolle der Wiedereinstellung, also um reine Machtkämpfe. Hat man sich auf den Ausschuß geeinigt, dann sind die Streikenden inzwischen zu noch größeren Forderungen aufgefordert worden. Die Zustimmung zum Schiedsgericht wird widerrufen, Kommunisten übernehmen die Streikführung. Die kommunistischen Schwesterorganisationen werden als Reserven herangeholt. Jedwede Schwierigkeit, in der sich die kapitalistischen Unternehmer befinden, wird ausgenützt. Wenn infolge der großen Dürre die Regierung das Vieh aufkauft, um es in Chicago schlachten zu lassen, dann werden die ungelernten Viehtreiber in den Ausstand befohlen. Hierauf werden die befreundeten Fleischpackergewerkschaften zum Anschluß aufgefordert. So zeigt der Kommunismus alle Augenblicke und an vielen Stellen wiederholt seine Macht. Er versucht, immer mehr Arbeitnehmer von den Sozialisten abzusplittern, sich als den wirklichen und alleinigen Kämpfer der Arbeiterklasse aufzuspielen und über die augenblicklichen Streitpunkte hinaus das ganze kapitalistische System für alle Schäden verantwortlich zu machen.

Zu den lebenswichtigen Betrieben gehört auch das Transportwesen, und von diesem wegen seiner Propagandamöglichkeiten ganz besonders die Seefahrt. Diese hat auch heute noch in den Staaten einen Abglanz der früheren Seeräuberei; auch der alte und ewig neue Schmuggelbetrieb, der das Gesetz bricht und die Regierung betrügt, erhält und vergrößert die Feindschaft gegen den Staat. Die „Marine Workers Industrial Union" (MWIU), die amerikanische Sektion der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter, hat sich 1930 aus den verschiedenen Seemannsgenossenschaften wie „Interclub" (International Seamens



Club"), „Marines Workers Progressivs League" u. a. zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, die aus Schiffs- und Dockabteilungen besteht. In ständiger Verbindung mit den Roten Zentren in den internationalen Häfen der Sowjetunion und des Kontinents, hat die MWIU in den letzten zwei Jahren außerordentlich große Fortschritte gemacht, und 1933 bei einer Linie (Munson) allein 29 Streiks durchgeführt.

Zu den großen lokalen und wirtschaftlichen Gegensätzen kommt in den Vereinigten Staaten noch eine außerordentliche Mannigfaltigkeit der Nationalitäten und Rassen hinzu. Vor allem hat die Negerfrage schon seit den ersten Tagen amerikanischer Geschichte der Regierung genug Sorgen auferlegt. Diese 12 Millionen Schwarzen stammen aus den Südstaaten, wohin sie schon seit der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts verschleppt worden waren, um als Sklaven in niedriger Stellung auf Plantagen zu arbeiten. Auch nach ihrer Befreiung 1862 waren diese Neger meist ohne irgendwelche Schulbildung und arbeiteten, soweit sie nicht auf den Plantagen blieben, in schlecht bezahlten Gewerben als ungelernte Arbeiter und Tagelöhner. Als unterdrückte, gesellschaftlich geächtete „Proletarier" passen sie ausgezeichnet in das materialistische und alles gleichmachende System des Bolschewismus. Da dieser Rassengegensatz durch das ganze amerikanische Leben hindurchgeht, so wagt sich die KP hier an einen Punkt heran, in dem nicht nur von Weißen, sondern auch von seiten der Schwarzen instinktmäßig der große Gegensatz der Rasse verspürt wird. Das „Proletarier aller Länder vereinigt euch" wird in eine Groteske des Blutes verzerrt.

Natürlich werden die Schwarzen beständig auf ihre Entrechtung aufmerksam gemacht. Der besonders rassenbewußte Süden macht mit der Lynchjustiz auch heute noch bei jeder wirklichen oder vermeintlichen Rassenschändung kurzen Prozeß. Körperliche Mißhandlung, „Jim-Crowism" genannt, wird dort nicht tragisch genommen, auch werden dem schwarzen Mann als dem Ungebildeten niedrige Löhne bezahlt. Alle diese Dinge benutzt die KP; sie hat deren gründliche Abschaffung auf ihre Fahne geschrieben. Hauptarbeitsgebiete sind das Kohlen- und Baumwollgebiet von Alabama, die Agrarstaaten von Louisiana bis nach Maryland und die Großstädte, insbesondere New York und Chicago. Ihr Führer James W. Ford arbeitet mit dem Ausspruch von Karl Marx aus seinem „Kapital": „Die Arbeitsklasse mit weißer Haut kann sich nicht emanzipieren, wo die Arbeitsklasse mit schwarzer Haut gebrandmarkt wird. Aber aus dem Tod der Sklaverei entsprang neues starkes Leben. Die erste Frucht des Bürgerkrieges war eine Agitation für den Achtstundentag, eine Bewegung, die mit Expreßgeschwindigkeit von Atlanta bis zum Pazifik lief, von Neuengland bis Kalifornien." So werden die Schwarzen von den kommunistischen Führern als Bundesgenossen im Kampf für den Achtstundentag, als „unterdrückte Proletarier", als gemaßregelte Ausgestoßene aufgewiegelt. Mit besonderer Vorliebe arbeitet die KP dabei mit den Frauen oder Müttern der „Märtyrer der Revolution" aus der Negerklasse, um die Schwarzen durch menschliche Instinkte zu gewinnen.

Dennoch sind die Neger, soweit sie überhaupt organisiert sind, durchaus nicht alle Kommunisten. Ihr gemäßigter Flügel wird geführt von Frank Grosswaith, einem Sozialisten, und der einzige Negerabgeordnete im Repräsentantenhaus, Oscar de Pries, gehört der republikanischen „Kapitalistenpartei" an. Allgemein sind die Schwarzen jeglicher Neuerung gegenüber mißtrauisch. Nicht nur steckt ihnen die Rassenunterlegenheit im Blut, sondern sie sind auch mißtrauisch gegen alles, was vom „weißen Mann" kommt. Um den Marxismus verstandesgemäß zu erfassen, fehlt ihnen die Bildung und, um ein bewußter Klassenkämpfer zu sein, der Wille.

Die „League of Struggle for Negro Rights" (LSNR) versucht, als Nebenorganisation der Einheitsfront mit der KP, den Schwarzen aufzuklären und dann für ihn einzutreten. Sie fordert die Todesstrafe für Lynchen, bekämpft den „Jim-Crowismus" und bemüht sich um die Gleichstellung der afrikanischen mit den europäischen Nationalitäten.

# Die schwarze Rasse stösst zur roten Front!

VON J. W. FORD VORS. D. INTERN. GEWERKSCHAFTSKOMITEES UND MITGLIED DER EXEKUTIVE DER LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS



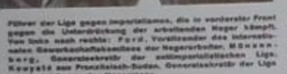
Gilbert Lewis, ein bekannter revolutionärer Negerorganisator in Südamerika wurde in Ketten gelegt und ins Zuchthaus gesteckt



Führer der Liga gegen Imperialismus, die in vorderster Front gegen die Unterdrückung der arbeitenden Neger kämpft. Von links nach rechts: Ford, Vorsitzender des internationalen Gewerkschaftskomitees der Negerarbeiter, Münzenberg, Generalsekretär der antiimperialistischen Liga, Kouyaté aus Französisch-Sudan, Generalsekretär der Liga zur Verteidigung der Negerrasse



In gemeinsamer Kampffront marschieren schwarze u. weiße Arbeiter durch die Straßen amerikanischer Städte, um gegen Hunger u. Arbeitslosigkeit zu demonstrieren. Diese Kundgebungen sind die beste Antwort auf die Vorstöße der Unternehmer, die besonders während der Wirtschaftskrise schwarze und weiße Arbeiter gegeneinander hetzen wollen



Der afrikanische Arbeiterführer J. W. Nkosi, der in den erbitterten Kämpfen am Dingaans-Tag, 16. Sept. 1930, von der Burenpolizei ermordet wurde. Der Dingaans-Tag wird von den südafrikanischen Massen als Trauer- und Protesttag gegen den Raub ihrer Freiheit alljährlich mit Kundgebungen begangen





Der rote Gewerkschaftler Patterson, Organisator der New-Yorker Negerarbeiter, fordert in einer Massenversammlung die Freilassung der acht jungen Negerarbeiter von Alabama, die von der amerikanischen Klassenjustiz schuldlos zum elektrischen Stuhl verurteilt worden sind (Vgl. A-I-Z Nr. 24). / Der Protest des revolutionären Weltproletariats vereinigt sich mit dem Ruf Pattersons, diesen Mord an Unschuldigen unter allen Umständen zu verhindern

Die große Masse der Negerrasse bilden Arbeiter und Bauern. Sie leiden nicht nur als unterdrückte Rasse, sondern auch als ausgebeutete Klasse. Seit vor Jahrhunderten der Sklavenhandel eingeführt wurde, haben die kapitalistischen und imperialistischen Unterdrücker die brutalsten Mittel angewandt, um aus dem Schweiß und Blut der Negervölker ihre Gewinne zu ziehen.

Die Ausbeutung der Neger gehört zu den schmachvollsten Seiten in der Geschichte des Kapitalismus. Die Eroberungs- und Knechtungs-Politik, welche die christlichen kapitalistischen Länder gegen die Negervölker anwandten, wurde mit äußerster Grausamkeit durchgeführt, mit Hilfe von Raubzügen und der zwangsweisen Einführung von Bibel, Nilpferdpeitsche und Whisky. Die räuberische Niederwerfung des afrikanischen Kontinentes und die Ausbeutung der Negervölker bildet einen der wichtigsten Faktoren in der Entwicklung und dem Wachstum des kapitalistisch-imperialistischen Systems.

Schätzungsweise wurden während der Zeit des Sklavenhandels über hundert Millionen Neger vom afrikanischen Kontinent verschleppt. Ihr Blut tränkte die Schiffe der Sklavenräuber und rötete den Boden aller Sklavenländer von der westafrikanischen Küste über ganz Amerika.

Mit Hilfe schwerer Besteuerung und anderen Raubformen werden die imperialistischen Heere ausgerüstet, um die Bevölkerung Afrikas und Westindiens niederzuhalten. Blutige Massaker ertränken ihre Freiheitskämpfe. Truppen zerstören und tilgen ganze Eingeborenendörfer in Afrika und Westindien. Während der letzten 35 Jahre wurden viele tausende Neger in den Vereinigten Staaten gelyncht. Und heute, während der Weltkrise des Kapitalismus, vereelenden und verhungern Millionen von Negern. Die Imperialisten laden die schwersten Lasten der Krise auf ihren Rücken. Sie verschärfen die brutale Unterdrückung der Neger durch massenweise Ausnutzung und durch Steigerung des weißen Terrors und des Lynchsystems.

Zwangsarbeit und andere verhüllte Formen der Sklaverei bilden bis heute die Hauptmittel zur Ausbeutung der Negerarbeiter. In Südafrika dienen Millionen Eingeborene in den Minen und Plantagen als Zwangsarbeiter und Sklaven. Ueber 1½ Millionen Industriearbeiter und Landarbeiter werden in Viehhürden und umzäunten Höfen eingeschlossen oder durch Paßgesetze und Kastensysteme eingeengt. Ueber 80 000 Eingeborene aus Portugiesisch-Afrika werden jährlich dazu gezwungen, in den Minen Südafrikas zu arbeiten.

In Kamerun werden die Eingeborenen dazu genötigt, die Bebauung ihres eigenen Landstückes aufzugeben, um dafür auf den europäischen Konzessionen zu arbeiten, wo sie Kokos, Palmennüsse, Kautschuk usw. anbauen, aber keinen anderen Lohn dafür erhalten, als ein wenig Reis und getrockneten Fisch.

Um aus ihrer „schwarzen Armee" und aus Zentralafrika so viel Gummi, Holz, Kupfer und andere Produkte herauszuziehen wie möglich, haben die französischen

166. Eine Seite aus Willi Münzenbergs AIZ aus dem Jahre 1931

WORKERS! OWN TOOLS! DEMONSTRATE MAY DAY!

Liberator

JOIN NATION-WIDE FIGHT ... FRAMED BOYS!

UMSEBENZI

THE SOUTH AFRICAN WORKER

REVUE INTERNATIONALE DES OUVRIERS NÈGRES

Letzte Tagung des Afrikanischen Nationalkongresses in Bloemfontein, auf dem sich die revolutionären Führer Nzula, Gumede und viele andere von den mit den Imperialisten paktierenden Führern trennten und den unabhängigen afrikanischen Nationalkongreß gründeten. Die Mitglieder des Generalrats der antiimperialistischen Liga Nzula (×), Sekretär der südafrikanischen Kommunistischen Partei und Gumede (× )

Imperialisten ein System brutalster Zwangsarbeit eingeführt. Den Konzessionsgesellschaften wird Eingeborenenarbeit in „Raten" von 1500 bis 8000 Köpfe pro Monat zugewiesen. Ganzen Dörfern werden bestimmte Aufgaben zugeteilt, werden diese Aufgaben aus irgendeinem Grunde nicht erfüllt, so wird das ganze Dorf besteuert oder von den Truppen ausgepeitscht. Bei der Anlage einer Eisenbahnstrecke in Zentral-Afrika arbeiteten die Eingeborenen unter so furchtbaren Verhältnissen, daß 25 000 während der Bauarbeiten starben. Für jeden Kilometer der angelegten Strecke starben 123 Eingeborene. In einem Bezirke, „Gabun", sank die Bevölkerung von 1 050 000 im Jahre 1911 auf 300 000 im Jahre 1921, hauptsächlich an den Folgen der Zwangsarbeit.

In den Vereinigten Staaten leben Millionen von Neger-Kleinbauern, Teilpächtern und Pächtern Jahr für Jahr in Verschuldung und Elend, unter Bedingungen, die sich in keiner Weise von Zwangsarbeit und Sklaverei unterscheiden; wenn die Neger von den Farmen entweichen oder die geringste Auflehnung gegen ihre Lebensbedingungen zeigen, werden sie eingefangen, irgendeines Vergehens angeschuldigt (gewöhnlich „Raub" oder „Notzucht") und gelyncht. Im südlichen Gebiet der USA passieren alljährlich 30 % der männlichen Negerbevölkerung durch die Gefängnisse in die Sträflingstruppen, und als Zwangsarbeiter in die Minen und Plantagen.

Durch diese und andere Mittel brutaler Unterdrückung saugen die Imperialisten aus dem Lebensblut der Negerarbeiter ihre schmählichen Profite.

Das bemerkenswerteste Ereignis der letzten Jahre ist das wachsende Klassenbewußtsein der Negerarbeiter und die zunehmenden Revolten von Negerbauern gegen ihre Unterdrücker. Der bedeutsamste Aufstand der letzten Jahre war die Empörung der Eingeborenen in Aequatorial-Afrika (1928) gegen die Zwangsarbeit und andere unerträgliche Bedingungen, die ihnen der französische Imperialismus auferlegte.

Die Eingeborenen entwaffneten einige französische Kolonialtruppen und töteten systematisch alle jene Eingeborenen-Häuptlinge, die sie verrieten.

(Forts. S. 512)

Lamine Senghoor, der hervorragende Führer der Negermassen in Französisch-Aequatorialafrika, der 1927 im französischen Gefängnis qualvoll starb. Unvergeßlich wird den um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch ringenden Völkern seine Rede auf dem Brüsseler Kongreß der antiimperialistischen Liga sein, in der er die Schandtaten der Unterdrücker enthüllte. Senghoors letzte Worte, sein Vermächtnis an alle Ausgebeuteten, lauteten:

„Der Kapitalismus ist es, der den Imperialismus gebärt. Darum müssen diejenigen, die unter der kolonialen Unterdrückung leiden, sich die Hände reichen und sich Seite an Seite mit denjenigen stellen, die unter dem Imperialismus der Hauptländer leiden. Kämpft mit den gleichen Waffen, zerstört das Weltübel, den Weltimperialismus und ersetzt ihn durch den Bund der freien Völker ... dann wird es keine Sklaverei mehr geben!"

167. Eine Seite aus Willi Münzenbergs AIZ (1931)

Mächtiger als die LSNR und von ausgesuchten, meist jüdischen Rechtsanwälten geführt, ist die ILD, die „International Labor Defense“. Ihre Aufgabe ist die Auswertung von Rechtsfällen proletarischer Arbeiter für kommunistische Propaganda.

Durch den Appell an die Mildtätigkeit für die besitzlosen Arbeiter gewann die „International Labor Defense“ ebenso wie die „Workers International Relief“ (IAH) all die prominenten Persönlichkeiten, die sich nicht unmittelbar in die KP einschreiben konnten, da sie nicht zur Arbeiterklasse gehörten. Dazu gehören: Charles Steinmetz, Upton Sinclair, Helen Keller, Albert Einstein, Bischof William M. Brown.

Daneben versucht eine andere unterstützende Nebenorganisation, die IWO, „International Workers Order“, durch eine Arbeiterversicherung in großem Stil für den Kommunismus zu werben. Der Ruf nach Versicherung ist in Amerika besonders groß, da es keine staatlichen Krankenkassen, nur ein loses Arbeitsverhältnis und gesetzlich vollkommen freie Kündigungsfristen gibt. Da springt die IWO als proletarische Hilfskrankenkasse ein. Von 1930–1934 von 5000 auf 40000 Mitglieder angewachsen, hat sie heute $ 600000.– Reserven und schon fast eine Million Unterstützung ausbezahlt. Zugleich dringt sie in alle gemäßigten sozialistischen Klassen gleicher Art und in die Bruderschaftsunternehmungen auf Gegenseitigkeit ein, um die Mitglieder abzusplittern und in die Einheitsfront der KP einzugliedern.

Ein besonderes Problem bleibt die Arbeitslosigkeit für die Jugend. Wenn sie früher in Aufbauzeiten unerschöpfliche Arbeitsmöglichkeiten hatte, so geht sie heute, aus der Schule entlassen, ohne Besinnen zu jeder Arbeit innerhalb und außerhalb des Gesetzes, sofern sie nur etwas einbringt. Sie landet dann meist in einem der vielen Schwindelunternehmen („rackets“) mit ihren Abstufungen bis hinunter zur Unterwelt. Jedenfalls ist sie schon deshalb ein leichter Fang des Kommunismus, weil es gegen diesen eine einheitliche Front oder eine positive und geschlossene Gegenbewegung nicht gibt.

Die Unterwelt, schon seit Jahren eine geheime Großmacht, ist überhaupt in schlechten Zeiten Verbündeter, schätzender Aufnehmer und Verteidiger illegaler „Unterströmungen“.

Kommunistisch organisiert ist die Jugend in der „Young Communists League“, der „Young Circle League of America“, in den „Young Pioneers“ für die Arbeiterjugend und in der „National Student's League“ für die Hochschulen und Universitäten. Die „Young Pioneers“, die Kinderabteilung der „Young Communist League“, nehmen zur Schulung von frühester Jugend an Kinder von 8 bis 9 Jahren auf, insbesondere in die sommerlichen Erholungslager.

Die NSL hat an allen Universitäten ihre Zellen, sogar an den ältesten und besten Schulen wie Harvard, Amherst, „Institute of Technology“. Vielfach sind sie unter anderem Namen aufgezogen, um so Nichtkommunisten leichter für ihre Einheitsfront zu gewinnen. So kämpfen sie gegen den „faschistischen Krieg“, gegen die Unterdrückung der Neger, gegen die „imperialistische Regierung“, oder sie propagieren Aufstände der Kolonien gegen das Mutterland, einschließlich der Vereinigten Staaten, oder sie arbeiten gegen „militaristische“ Jugenderziehung, für Kriegsdienstverweigerung, für den Klassenkampf, oder für das ganze revolutionäre Programm der III. Internationale. Eine besonders enge Interessengemeinschaft verbindet die NSL mit der „American League against War and Fascism“. Diese nimmt auch nichtakademische Anhänger auf; ihr Vorstand ist Earl Browder.

Eine weitere „Einheitsfront“ besteht zwischen der NSL und der LSU („Labor Sports Union“). Die LSU kämpft gegen die verschiedenen Sportvereine, die von der Regierung und von der Armee gefördert werden, wie die „Amateur Athletic Union“ und gegen die große YMCA (Christlicher Männerverband). Einer der Hauptpunkte der LSU ist natürlich wieder die Gleichberechtigung der Schwarzen und der Widerstand gegen die vormilitärische Jugenderziehung der CCC, des amerikanischen Arbeitsdienstes.

Wenn in allen Verbänden und Vereinigungen kommunistische Zellen gebildet werden, so dürfen auch die kommunistischen Frauen nicht übersehen werden. Die UCWCW („United Council of Working Class Women“) hat 51 Ortsgruppen und erstreckt sich auf Boston und






168. Moskauer Kinder müssen für die „8 Negerjungen von Sealsborough“ demonstrieren




169. Ein Neger agitiert für die „Verteidigung der Sowjetunion“



170. Handgemenge zwischen Roten „Frontkämpfern" und Polizisten. Die „Veteranen" sind mit Knüppeln, Röhren und Steinen bewaffnet 5 Polizisten und über ein Dutzend „Veteranen" wurden verletzt



171. Während der von Kommunisten organisierten Sakdakistas-Revolte wurden in Manila 75 Personen getötet und 70 verwundet. Die Sakdakistas konnten drei der Hauptgebäude in drei Städten einnehmen, wurden aber von den Soldaten der Philippinen-Wachmannschaft unterworfen

172. Opfer der Sakdakistas-Revolte

Los Angeles. Ihre Tätigkeit besteht im Protestieren gegen die hohen Lebensmittelpreise und in Hilfsdienst und Hilfsaktionen bei Streiks. Getreu der Streiktechnik der Partei bei Unruhen in der vordersten Linie vorgehend, haben die Frauen einen großen Teil der „Klassenkampfmärtyrer" gestellt.

Die KP begnügt sich keineswegs mit der Arbeit unter dem werktätigen Volk und dem Proletariat; sie betreibt ihre Propaganda mit Erfolg bis weit in die gebildeten Schichten hinauf. Der Kulturbolschewismus ist in Amerika besonders gefährlich. Einmal ist das Land aus geschichtlicher Tradition für scheinbar neue Ideen immer offen gewesen, vor allem, wenn diese Ideen als rein wirtschaftlicher Natur erscheinen. Die Größe der Sowjetunion und der Versuch der Fünfjahrpläne, selbst Amerika an Leistungsfähigkeit zu übertreffen, der Anteil, den die UdSSR hierbei amerikanischer Technik und Ingenieurkunst einräumt, und der scheinbar geschlossene und unbeirrbare Kurs der Männer des bolschewistischen Aufbaus, gibt so viele Vergleichspunkte mit der eigenen Vergangenheit, daß es geradezu als ungebildet gilt, sich nicht für den Bolschewismus zu „interessieren".

Dann aber kommt hinzu dieselbe überragende Stellung des Judentums in der Sowjetunion, wie in Amerika. Die Führer der Kommunistischen Partei sind Mittelstandsjuden. Sie verstehen es, mit ihrer Gewandtheit und Intelligenz die unwissenden Massen der Eingewanderten einzufangen; sie verstehen es auch, in den Salons der Gesellschaft, in den Kreisen der Wissenschaft und Kunst für den Bolschewismus zu werben.

Es ist immer schwer, im amerikanischen Judentum eine klare Grenze zu ziehen zwischen den „Edelkommunisten" und Theoretikern und den aktiven Kommunisten und Praktikern. Viele jüdische Organisationen sind geschlossen kommunistisch, wie z. B. die ICOR, die Siedlungsgesellschaft für Birobidschan in Sibirien. Jedenfalls gibt es keine Gewerkschaften ohne starke jüdisch-kommunistische Abteilung und außerdem gibt es die geschlossenen jüdischen „Jewish Workers Club", „Jewish Workers Union", „Left Poale Zion" (Arbeiterverein für Kolonisierung in Palästina).

Von den Kulturgruppen des Kommunismus sind führend der ARTEV („Arbeiter-Theater-Verband"), eine rein jüdische Theatergruppe für die Pflege des proletarischen Dramas (Gorkij) in englischer und jüdischer Sprache, ferner der FGV, der „Freiheit-Gesang-Verein", ebenfalls rein jüdisch, „Feder und Hammer", ein Schriftstellerbund, und ganz besonders der „John Reed Club".

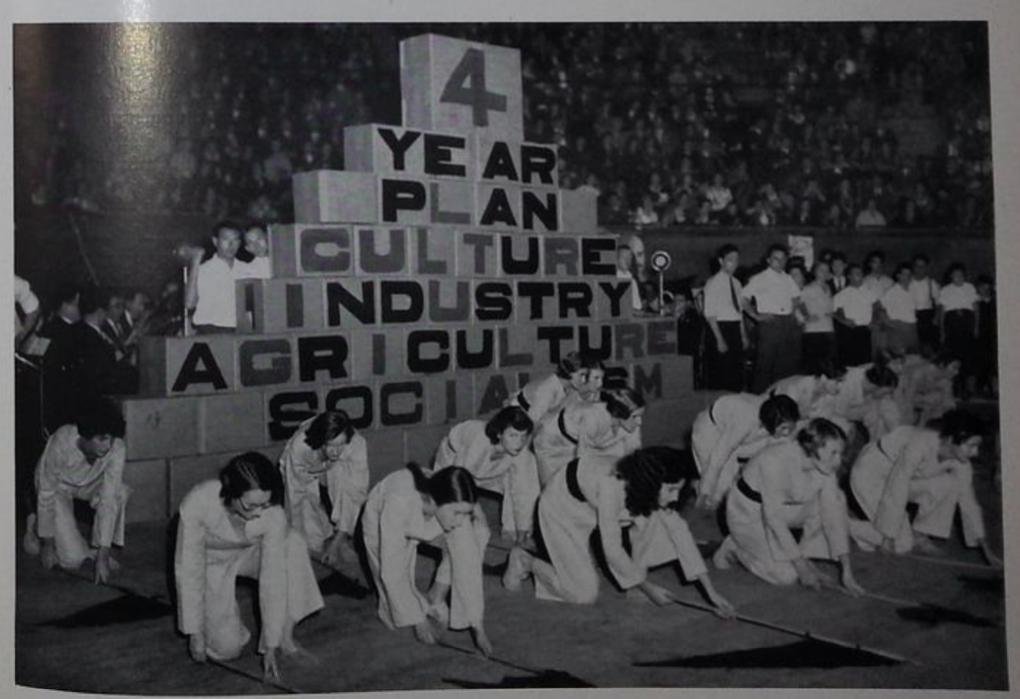
John Reed war der Sohn einer reichen Familie aus dem Westen, Harvardstudent, ein erfolgreicher Journalist und seit dem Kriege vollkommen im Fahrwasser des sozialistischen Klassenkampfes. Er lebte dann als Kriegsberichterstatter in Europa, erlebte die bolschewistische Revolution im Oktober 1917 mit und schrieb: „Zehn Tage, die die Welt erschüttern", die den Beifall Lenins fanden. Als er 1920 in der Sowjetunion starb, wurde er auf dem Roten Platz neben Lenins Grab beigesetzt, das klassische Beispiel der gebildeten Amerikaner, die überdrüssig der Ausbeutung und der sozialen Ungerechtigkeit ihres Heimatlandes, sich für die „Diktatur der Werktätigen" begeistern lassen.

Durch all diese Organisationen, die die Gesamtheit des amerikanischen Lebens berühren, zieht sich als Hauptwerbe- und Kampfmittel kommunistisches Schrifttum und kommunistische Presse. Das älteste Organ der Komintern in USA war, und das ist bezeichnend, die jüdische „Morning Freiheit" (erste Ausgabe am 2. April 1922). Der „Daily Worker" erschien erstmalig am 13. Januar 1924, heute eine sechsseitige Tageszeitung in amerikanischem Großformat. Er hat Radiodienst von Moskau und einen ständigen Berichterstatter in Washington. Am 1. April 1934 erschien er 24 Seiten stark und in einer Auflage von 500000; abonniert wird er in 2000 Städten der ganzen Union. Zusammen gibt es heute 600 rotradikale Blätter und ein Dutzend ebenso eingestellter Magazine, angefangen von der offen kommunistischen „New Masses" bis zur „Nation" von Oswald Garrison Villard, die in der besten Gesellschaft gelesen wird und in jeder Bücherei ausliegt. Die „New York Post",






173. Rotes Pioniertreffen in USA (ein Neger — ein weißes Mädchen — ein Jude)




174. Zu Ehren des Sowjetvierjahrplanes wurden 1932 bei der kommunistischen Kundgebung im Madison Square Garden ein Tanz veranstaltet . . .

eine sehr alte angesehene Abendzeitung, ist seit der Übernahme durch David Stern vollkommen in jüdisch-kommunistische Hände gelangt. In der Kunst macht de Rivera, als Lenindarsteller in der Malerei, Lync Ward – im Holzschnitt, und noch viele andere Expressionisten und Kubisten in Magazinen, Galerien und in der Innenausstattung der neuen Riesenbauten Radio City, von sich reden.

Als die Vereinigten Staaten im Januar 1934 die Sowjetunion formell anerkannten, knüpften sie an diesen Schritt die Bedingung eines völligen Verzichtes Moskaus auf jegliche kommunistische Propaganda in den USA. Doch ist es den Kommunisten gelungen, die Schwierigkeiten, die sich ihrer Propaganda in den Weg stellten, in genialer Weise zu umgehen. Ihre Propaganda setzte sofort ein, aber nicht als solche für den Kommunismus, sondern als eine Propaganda gegen den „Faschismus“ und gegen die „Kriegsgefahr“. Und es ist erstaunlich, bis zu welchem Maße es den Vertretern Moskaus mit Hilfe ihrer Schlagworte „Antifaschismus“ und „Antikrieg“ gelungen ist, weite Kreise der nichtkommunistischen, bürgerlichen Öffentlichkeit und der Presse ihrer Kampagne direkt oder indirekt dienstbar zu machen. Auf den Massenversammlungen begeisterte man sich ehrlich und ahnungslos für die Sache des „Antifaschismus“ und des „Friedens“, um erst nachträglich einzusehen, daß es sich hierbei vielmehr um die Propagierung des Moskauer Systems und Ideals handelt.

Noch deutlicher als auf den Massenkundgebungen offenbarten sich die Exponenten Moskaus in der Presse. Selbst der deutsche Kommunist Willi Münzenberg ließ zu guter Letzt jede Rücksicht auf seine „antifaschistische“ und „antimilitaristische“ Tarnung fallen und legte (in der New-Yorker Kommunistenzeitung „New Masses“ vom 31. Juli 1934) schriftlich Geständnisse nieder, die deutlich die Ziele dieser Aktion zeigten: neben der Verbreitung kommunistischer Ideen in den Vereinigten Staaten bleibt die Machtergreifung in Deutschland nach wie vor ihr wichtigstes Ziel. Münzenberg erklärte in diesem Artikel: „Wir, die kommunistische Führerschaft Deutschlands, haben den deutschen Kommunisten den Befehl erteilt, bewußt und methodisch in Massen in die SA und in die anderen nationalsozialistischen Organisationen einzutreten. Wir taten es in der Absicht, den Geist der Revolte in die Sturmtruppen zu tragen und die nationalsozialistischen Organisationen von innen heraus zu zersetzen und zu vernichten. Wir haben kommunistische Flugblätter unter den Sturmtruppen in ganz Deutschland verbreitet. Diese Flugblätter werden gedruckt und verbreitet von Kommunisten, die Mitglieder der SA sind. Denn sie wissen es und leben in dem Bewußtsein: Nach Hitler ein Sowjet-Deutschland!“

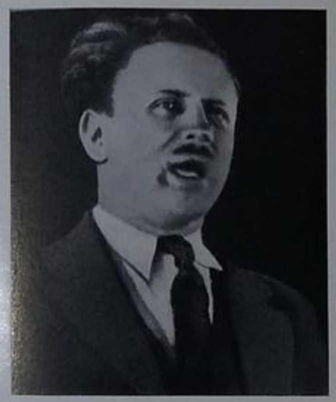
Doch bleibt es Tatsache, daß jetzt, nachdem der erste Teil der Moskauer Aktion beendet ist, nun bei vielen maßgebenden Persönlichkeiten der amerikanischen Öffentlichkeit und selbst in Kreisen, die dem Faschismus bzw. dem Nationalsozialismus keineswegs wohlwollend gegenüberstehen, die Erkenntnis zu dämmern beginnt, daß es sich bei all diesen gegen den „Faschismus“ und die „Kriegsgefahr“ gerichteten Kundgebungen im Grunde genommen um nichts anderes als um eine klug angelegte Aktion zur Vorbereitung eines kommunistischen Umsturzes in den Vereinigten Staaten handelt. Die Rückwirkung der allzu dreisten bolschewistischen Propaganda ist um so stärker, als jetzt auch eindeutige Meldungen vorliegen, die auf Zusammenhänge der San Franciscoer Hafenarbeiterunruhen, des Großen Textilstreiks und anderer Unruhen in den USA mit der Komintern hinweisen. Es genügt, hier nur daran zu erinnern, daß die Kommunisten außerhalb San Franciscos auf einem Hügel eine rein kommunistische Siedlung angelegt hatten. Sie hieß: „Der russische Berg“ und war das Hauptquartier, von dem aus der Streik geleitet wurde. Beim Zusammenbruch dieses Aufruhrs suchten sämtliche Bewohner des „Russischen Berges“ das Weite.

Wie ist ein solcher Riesenerfolg der Komintern in der Neuen Welt fast über Nacht möglich gewesen? – Nur dadurch, daß die Großmächte und ihre Vasallenstaaten allein ihre täglichen Zwistigkeiten im Auge haben und durch die schweigende Duldung der Moskauer Aktion



und durch ihre ganze Haltung alles tun, um die kommunistische Propaganda in der Welt mittelbar oder unmittelbar zu unterstützen.

Erst die offene Provokation der Kulturwelt in Gestalt des VII. Weltkongresses der Komintern in Moskau 1935 hat die amerikanische Regierung zu energischen Maßnahmen gegen die Wühlarbeit Moskaus und die planmäßige Einmischung in die inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten veranlaßt. Amerika ist entschlossen, den Weltbolschewismus mit entschiedenen Widerstand zu brechen.



175. Darcy (USA) auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau



176. Der „amerikanische“ Delegierte, der Neger Johnson, auf dem V. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale

## II[1]

In dem Blättchen „Revolutionary Greetings“, das jedem neuen Parteimitglied in USA überreicht wird, heißt es:

„Die Kommunistische Partei wurde am 1. September 1919 von den revolutionären Arbeitern gegründet, die aus der Sozialistischen Partei ausgewiesen worden waren oder sie verlassen hatten, als sie eine reformistische Organisation wurde.

Die Partei wurde von der Bundesregierung im Januar 1920 verboten, wobei tausende ihrer Mitglieder verhaftet wurden.

Die Partei führte ihre Funktionen ungesetzlich bis zum 26. Dezember 1921 aus und änderte ihren Namen dann in ‚Arbeiter-Partei‘.

Später wurde der Name in ‚Arbeiter- (Kommunistische) Partei‘ und im April 1928 schließlich wiederum in ‚Kommunistische Partei‘ geändert.

Die Partei ist von dem Tage ihrer Organisation an eine Sektion der Kommunistischen Internationale.“

Das Zentralkomitee der KP von USA erhält seine Anweisungen direkt von der III. Internationale und leitet sie durch die Bezirkskomitees und durch die kommunistische Presse wiederum an ihre Mitglieder.

Die Vereinigten Staaten sind (1934) in 20 Bezirke eingeteilt, von denen jeder sein eigenes Komitee hat. Jeder Bezirk ist in Abteilungen und Unterabteilungen geteilt mit Abteilungskomitees, deren Standort im Einklang mit dem Wohnsitz der Kommunisten festgelegt ist.

Der 8. Bezirk umfaßt alle Abteilungen von Illinois, einen Teil von Indiana und einen kleinen Teil von Mo (St. Louis). Das Bezirkshauptquartier ist in Chikago. Die Bezirksparteischule zur Heranbildung von Organisatoren, Agitatoren, Funktionären usw. wird „Arbeiterschule“ genannt.

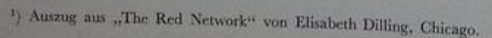
Die Stadt New York gehört zum 2. Bezirk und beherbergt die Hauptquartiere der gesamten Staaten und auch die eines Teils von Lateinamerika. New Haven, Connecticut, gehört zum 13., Boston zum 1. Bezirk.

Jeder Bezirk setzt sich aus „Einheiten“ zusammen. Diese Einheiten errichten „Zellen“ (zwei oder drei Mitglieder) an verschiedenen Orten und in verschiedenen Betrieben. Es gibt zwei Arten von Zellen: Betriebszellen, die sich aus Arbeitern eines Betriebes zusammensetzen, und Straßenzellen, deren Mitglieder örtlich gesammelt sind.

Jede Einheit hat ihre eigenen „Funktionäre“, wie Organisatoren, Agitationsdirektoren, Agenten für die kommunistische Literatur usw. Die Einheiten werden, wenn sie mehr als 25 Mitglieder zählen, meist geteilt. Versammlungen dieser Einheiten werden in den Wohnungen der Mitglieder abgehalten und Einlaß wird nur nach Legitimation gewährt (1934 wurde ein Zahlensystem eingeführt). Hauptversammlungen der Einheiten-Funktionäre werden in den Parteihauptquartieren abgehalten, auch da ist eine vorherige Legitimation notwendig. Seitdem die KP eine „geheime Organisation“ ist, ist es, mit Ausnahme der öffentlichen Organisatoren und Führer, unmöglich zu erfahren, ob jemand Parteimitglied ist oder nicht. Nur ein kleiner Prozentsatz von Kommunisten sind als solche bekannt.

Alle Parteimitglieder müssen sich in tätiger Weise dem kommunistischen Werk widmen, andernfalls werden sie aus der Partei gewiesen. Die KP säubert regelmäßig ihre Organisation von trägen oder andersgesinnten Mitgliedern. Ein Wort gegen die Parteibefehle genügt, um ausgestoßen zu werden.

„Der Kommunist“ vom August 1933 (S. 716) beklagte sich, daß tausende in die Partei eintreten möchten, aber „wir können sie nicht unterbringen . . . Im Jahre 1932 wurde unsere Mitgliederzahl verdoppelt. Viele Jahre lang hat sie um 8000 geschwankt. Die gegenwärtige



[1]) Auszug aus „The Red Network“ von Elisabeth Dilling, Chicago.





177. Erste amerikanische „Arbeiterdelegation“ in Sowjetrußland (mit der Mütze James Maurer, der Führer der Delegation)



178. Festlicher Empfang einer amerikanischen „Delegation“ in Moskau



179. Der Dirigent der New-Yorker Staatsoper nach einem Konzert in Moskau

Anzahl der tätigen Mitglieder wird mit 27000 angegeben. (Clarence Hathaway, January 21, 1934.) Wenn wir die Zusammensetzung der Massenorganisationen, die Tausende der Linkseingestellten, die 150000 Leser der englischsprachigen Presse, die unter unserem Einfluß stehen, betrachten, dann ist es klar, daß wir bereits über große Kräfte in den Fabriken und unter den Millionen der Arbeitslosen verfügen."

Earl Browder, der Generalsekretär der KP, erklärte auf der Gewerkschaftskonferenz in Cleveland (29.–30. August 1933), daß die Mitgliedschaft der Hilfsorganisationen 1200000 betrage. Diese Zahl wird von neutralen Sachverständigen als fair bezeichnet. Die Sowjetunion wird jetzt durch ungefähr die gleiche Anzahl in Schach gehalten. Die bolschewistische Revolution wurde durch nicht mehr als 79000 Bolschewisten bewerkstelligt. Die Zahl von 1200000 der kommunistischen Hilfsorganisation schließt die Mitglieder der alliierten Sozialistischen Partei wahrscheinlich nicht ein, die bei der letzten Wahl ungefähr 800000 Stimmen zählte.

Das Politbüro der UdSSR kontrolliert die „Torgpred", die Sowjethandelsvertretung. Diese kontrollierte Organisation für die Tätigkeit der Sowjets in USA ist in drei Abteilungen organisiert. Die eine dieser Abteilungen ist die „Tscheka" (OGPU). Sie ist geheim in allen ihren Handlungen und hat folgende Aufgaben:

a) Nachprüfung, Forschung, Haussuchungen
b) Erziehung der revolutionären Massen
c) Organisation von Angriffen auf Menschen, die von der Tscheka verurteilt worden sind
d) Schutz prominenter kommunistischer Beamter, die in USA weilen, sei es in offener Mission oder, was gewöhnlich der Fall ist, inkognito.

*

Es werden stets neue Kämpfer eingezogen, um für die blutige revolutionäre Aktion zu trainieren. „Rote Front", die Monatsschrift für die Rote Armee in den Vereinigten Staaten, wird von dem „Zentralexekutivkomitee der Liga der Rotfrontkämpfer von USA" (95 Ave., B. N. Y. City) herausgegeben. Die Ausgabe vom November 1933 wurde bei der kommunistischen Massenversammlung am 7. Nov. 33 im Colosseum in Chikago verteilt und trug die Schlagzeile „Mobilisierung":

„. . . Wir leben in einer neuen Zeit, in der jeder Tag den Beginn des Kampfes bringen kann . . . Wir Rotfrontkameraden haben eine große Verantwortung, die Arbeitslosen für den Kampf gegen Hunger und Kälte zu gewinnen und Lebensmittelspeicher zu stürmen. Zugleich ist unsere Aufgabe, die Rotfront in den verschiedenen Fabriken, Geschäften, Eisenbahnen usw. zu errichten, von größter Bedeutung. So wird es im gegebenen Augenblick der revolutionären Erhebung leichter sein, den ganzen Regierungsapparat zu zertrümmern."

Auf Seite 8 heißt es: „Mit Rotfront gegen das Hungerregime! Rotfront für eine sozialistische Sowjetrepublik von Amerika! Genossen! Entscheidet, auf welcher Front ihr kämpfen wollt!"

*

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – ‚die Mutter von Huren und der Abscheu der Erde' – wird zur höchsten Macht der Welt erklärt. Sie erhebt die Fahne eines unbegrenzten Hasses gegen Gott den Allmächtigen, und macht nicht nur kein Geheimnis aus ihrem satanischen Atheismus, sondern finanziert und stützt auf der ganzen Welt ihre unmoralische Sexuallehre und die streitbare Atheistenbewegung. Sie bemüht sich, mit ihrem Massenmord, ihrer Verfolgung und Verbannung russischer Christen die schlimmsten Zeiten des heidnischen Rom zu übertreffen und die Seelen der jungen Generation zu verderben, indem sie es verbietet, den Kindern den Gottesglauben zu lehren. Sie nötigt die

180. Amerikanische Pioniere begrüßen in Moskau die eintreffenden Delegationen der IAH und der Freidenker zu den Oktober-Feierlichkeiten



181. Ankunft einer „Delegation" amerikanischer Studenten in Moskau





182. Ankunft einer amerikanischen „Delegation" unter Führung von Prof. Dewey in Leningrad

Kinder öffentlich, ihre nichtatheistischen Eltern zu verwerfen, sie zwingt die Eltern, ihre Kinder der atheistischen Staatskontrolle zu übergeben; sie lästert Gott und Christus immer und überall in der kommunistischen Presse, in Aufführungen, in antireligiösen Paraden und Schaustücken und in widerlichen Plakaten, die an entweihten Kirchen befestigt werden. Die Gesellschaften für Geburtenregelung haben in der UdSSR und USA den Zweck, die Demoralisation zu erleichtern, die Ehelosigkeit zu fördern und die christliche Ehe abzuschaffen.

Neil H. Ness sprach im radikalen „Klub der Sieben Künste" in Chikago am 14. Oktober 1933 von der schrecklichen russischen OGPU. Er prahlte, daß die Sowjetunion in 15 Jahren unter dem Kommunismus als Militärmacht an die erste Stelle der Welt gerückt sei, und daß das „gottlose Rußland" in 15 Jahren mehr geleistet hätte als das Christentum in 1900 Jahren. Auf eine Frage nach der Ehelosigkeit erzählte er von seinen Beobachtungen: die „schamhaften Damen" seien nach der Revolution gute Bolschewistinnen geworden und „händigen jetzt ihre Ware in kameradschaftlicher Weise aus". Wahrlich, dieses Werk, das Laster aus einem bemitleidenswerten Gewerbe in einen allgemeinen Brauch verwandelt zu haben, ist etwas, was das Christentum nicht in 19 Jahrhunderten fertiggebracht hat, ebensowenig die Wilden in Tausenden von Jahren. Sie sind weniger verkommen.

In der Flugschrift Nr. 15, „Die Kirche und die Arbeiter", aus der Reihe der „Internationalen Flugschriften", die für den Gebrauch der KP veröffentlicht werden, heißt es stolz: „Die Sowjetunion unter der Arbeiter- und Bauernregierung ist das einzige Land der Welt, in dem die Kirchen und die Religion unter tätiger Beihilfe der Regierung bekämpft werden. Als streitende Materialisten sind die Sowjetführer rücksichtslos in ihrer wissenschaftlichen und atheistischen Haltung. Es ist nötig, den Kampf gegen Kirche und Religion mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus zu vereinen ... Da der antireligiöse Feldzug in der Sowjetunion gelang, organisieren und unterstützen die religiösen Kräfte der Welt Gegenbewegungen, um den Arbeiterstaat zu vernichten ... Es muß eine antireligiöse Bewegung kämpfender Arbeiter organisiert werden."

In den „Arbeiterstimmen", einem offiziellen Kommunistenblatt (1. März 1933, Chikago), sagt Joseph Stalin, der Diktator von Moskau, in einem Artikel „Kommunisten und Religion": „Die Partei kann nicht neutral sein hinsichtlich der Religion und dennoch gegen alle religiösen Vorurteile antireligiöse Propaganda betreiben ... Die Partei kann nicht den Trägern von religiösen Vorurteilen gegenüber neutral sein, der reaktionären Geistlichkeit gegenüber, die die Gemüter der arbeitenden Massen vergiftet. Haben wir die reaktionäre Geistlichkeit unterdrückt? – Ja! Aber unglücklicherweise noch nicht vollständig. Die antireligiöse Propaganda ist ein Mittel, durch das die vollständige Ausschaltung der reaktionären Geistlichkeit erzielt werden muß. Es kommt vor, daß Mitglieder der Partei die vollkommene Entwicklung der antireligiösen Propaganda behindern. Es ist gut, daß solche Mitglieder ausgeschlossen werden, denn für solche ‚Kommunisten' ist in den Reihen unserer Partei kein Platz."

*

Man prüfe die trockenen dokumentarischen Beweise, so z. B. die Listen der kommunistischen Organisationen und Führer, die Seite für Seite als „Friedens"organisationen und -führer bezeichnet werden, oder die Liste der öffentlichen Gönner der von den Kommunisten organisierten Angelegenheiten, wie es die verschiedenen Kongresse gegen den Krieg sind. Man würde dann nicht mehr daran zweifeln können, daß die pazifistische und die kommunistische Bewegung wie durch Stahlhaken miteinander verkettet sind.

Man könnte sich fragen, warum die Kommunisten den Pazifismus unterstützen. Daß sie es tun, und zwar mit schwerem Geld, geht aus den „Garland Fund"-Berichten hervor. So stifteten z. B. die kommunistischen Diktatoren Wilhelm Z. Foster, Robert W. Dumm, Scott

Nearing, Elisabeth Curley Flynn und Benjamin Gitlow (der erste amerikanische Kommunist, der während des Krieges verurteilt wurde) sowie ihre nahen Verbündeten und sozialistischen Direktoren Norman Thomas, Harry Ward, Roger Baldwin u. a. viele Jahre hindurch große Summen an die Jane Addam's „Internationale Liga der Frauen für Frieden und Freiheit". Diese Gesellschaft zog gegen alle ROTC- und CMTC-Lager, gegen jede militaristische Übung, gegen jede Rüstung der Vereinigten Staaten zu Felde, tritt aber für die Anerkennung des Militarismus in der UdSSR ein.

*

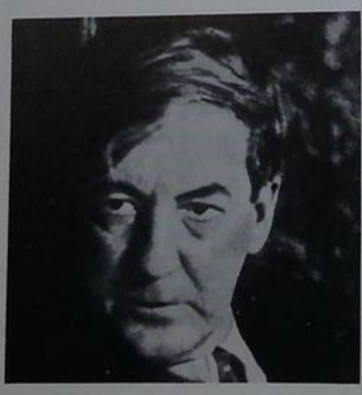
Von den 460 kommunistischen, anarchistischen, sozialistischen und radikalpazifistischen Organisationen seien nur einige genannt:

1. „American Anti-Bible Society, Inc."
2. „Committees for Human Rights against Nazi'sm"
3. „American Association for Advancement of Atheism" („4 A").

*

In einer einzigen Bücheranzeige wurden 180 antireligiöse Bücher angeführt. Darunter: „Zwielicht des Christentums" von Prof. H. E. Barnes, „Ungläubige und Ketzer" von Clarence Darrow und Walter Rice, „Die Fehler Jesu" von Wilhelm Floyd, „Laßt die Freiheit erklingen" von Arthur Garfield Hays, „Joseph Lewis, der Feind Gottes" von Arthur W. Howland, „An die Reinen" von Morris Ernst und Wilhelm Seagle. Das letzte ist eine Studie über Unzucht und Zensur; es wird angepriesen als ein wertvoller Beitrag zur Literatur über den Kampf des Menschen mit seinem Sexualkomplex und über die Anstrengungen der organisierten Religion, das Streben der Menschen nach Aufklärung zu ersticken.

In dieser Weise wird alles getan, um Religion, Sittlichkeit und Kultur in den USA zu zersetzen und so den Weg zu bereiten für die UdSSR.



183. Sherwood Anderson, berüchtigter amerikanischer Linksliterat



# II.

# Die Komintern und die autoritären Staaten



184. Der bekannte bulgarische Kommunist Minkow



185. Dimitrow, Generalsekretär der Komintern

# BULGARIEN

von

Oberst a. D. A. Mussewitsch-Borikow, Sofia

Als sich vor einigen Jahrzehnten in Bulgarien die ersten linksradikalen Kräfte regten, war der Boden für den Marxismus politisch noch nicht reif. Die 500 Jahre währende Knechtschaft des Bulgarischen Volkes hatte eine geistige Atmosphäre geschaffen, die für revolutionäre Ideen sehr empfänglich war. Dazu kam noch die Nachahmung alles Westlichen seitens der eben befreiten jungen Balkanvölker und die starken Einflüsse der russischen nihilistischen Literatur auf die sogenannten gebildeten Kreise.

Während der türkischen Unterjochung entwickelten sich in der Seele des Bulgaren negative Anlagen, die seine Empfänglichkeit für Aufruhr, Neid, Rache, Verschlossenheit und Grausamkeit bedrohlich schürten. Damit ist es zu erklären, daß trotz des Fehlens von Klassenunterschieden die moderne marxistische Lehre in Bulgarien, besonders in der Jugend, Fuß fassen konnte. Wegen der verhältnismäßig gerechten sozialen Lage des jungen Bulgarien war der Marxismus von vornherein nur zu einem theoretischen Dasein verurteilt. Es ist nicht zu verwundern, wenn er damals lediglich in der Demagogie seiner Verkünder bestand, in den unklaren Vorstellungen der im Entstehen begriffenen Intelligenz. Im reinen Agrarstaate Bulgarien gab es keine Industriearbeiterschaft, die Träger einer neuen sozialistischen Lehre hätte sein können; dafür gab es aber ein großes Heer geistiger Proletarier, dem die Einführung der Marxschen Lehre zu verdanken ist.

Im Jahre 1908 spalteten sich die Sozialisten in radikale und gemäßigte. Die Radikalen bildeten die sogenannte Kommunistische Arbeiterpartei unter der Führung von Blagoew, der in Rußland studiert hatte und ein Freund von Plechanow, Lenin und Trotzkij war. Die Gemäßigten vereinigten sich in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Diese wurde immer schwächer, bis sie vor dem 19. Mai 1934, als die Regierung Georgiew an die Macht kam und alle Parteien auflöste, einem von der Genossenschaft „Napred" („Vorwärts") vertretenen Handelsunternehmen ähnelte, daß nur dem Unterhalt der Parteichefs diente. Im Jahre 1900

beteiligte sich die Sozialdemokratische Partei lebhaft an den parlamentarischen Kämpfen und hatte ein Jahr darauf 2 Abgeordnete im „Sobranje". Im nächsten Jahre stieg die Zahl der Abgeordneten auf 8. Und 1908, als sich die Sozialisten spalteten, war die Partei auf 8627 Mitglieder gesunken. Im November 1913, nach dem ersten Kriegszusammenbruch Bulgariens, wuchs die Mitgliederzahl beider Parteien: die Sozialdemokraten zählten 19 Abgeordnete und 55157 Parteimitglieder, die Kommunisten 18 Sitze und 54217 Mitglieder. Die allgemeine Wahlbeteiligung betrug damals 537067.

1914 ging die Zahl der Stimmen von neuem zurück: die Sozialdemokraten besaßen 10 und die Kommunisten 11 Abgeordnete. Während des Weltkrieges hörte man wenig vom Sozialismus. Die unterirdische Tätigkeit der Kommunisten wurde jedoch fortgesetzt und war besonders rege im Heer an der Front. Die Propaganda wurde nicht etwa unter der Flagge des Marxismus geführt, sondern es wurde eine allgemeine Unzufriedenheit in der Armee geschürt. Zu diesem Zweck benutzte man jeden Anlaß (Essen, Bekleidung, Medikamente, Kritik an den Dorfschulzen usw.). Selbstverständlich gab es Ursachen zur Unzufriedenheit, aber die geheimen kommunistischen Agitatoren kritisierten auch jede beruhigende Tat und entfachten die Unzufriedenheit immer mehr. Zuerst entwickelte sich diese Unzufriedenheit nur stellenweise. Allmählich aber wurde sie organisiert und erreichte die Ausmaße einer großen Revolte. Die kurzsichtigen Militärbehörden merkten die Planmäßigkeit der Hetze nicht und betrachteten die Tumulte als Einzelfälle. Als aber die Truppen am Dobro-Pole die Waffen niederlegten und sich weigerten weiterzukämpfen, wurde es klar, daß die Armee lange und systematisch bearbeitet worden war.

Etwas später, als Stambolijski und Raiko Daskalow die Republik in Radomir ausriefen und nicht nur einzelne Fahnenflüchtige, sondern ganze Regimenter die Revolutionsarmee Daskalows bildeten, erkannte man, daß die Kommunisten zusammen mit den Agrariern („Druschbaschi") monatelang an der Front und hinter ihr mit dem Ziel einer allgemeinen Revolution gearbeitet und agitiert hatten.

Gerade zu dieser Zeit errang die bolschewistische Revolution in Rußland ihren Sieg und übte einen starken Einfluß auf die Kommunisten in Bulgarien aus. Nach dem Zusammenbruch im Kriege verschärften sich die kommunistischen Wirren, ständig kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, und Truppen mußten oft herbeigeholt werden, um die Ruhe wiederherzustellen. Das Verbrechertum verstärkte sich, die Morde wurden etwas Alltägliches. Im Jahre 1919, als schon die „Druschbaschi" die Macht hatten, zählte das Parlament 38 sozialdemokratische und 47 kommunistische Abgeordnete. Zu dieser Zeit hatte die Kommunistische Partei 119395 Mitglieder oder 18,2 % von 656354 Wahlberechtigten Bulgariens.

Im nächsten Jahre sank die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 9, die Zahl der kommunistischen dagegen stieg auf 51, und die KP zählte dabei 184616 Stimmen oder 20,1 % der infolge des Gesetzes über die Pflichtwahlen auf 915182 gestiegenen Wahlberechtigten. Nach dem nationalen Umsturz am 9. Juni 1923 waren die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament (18. November 1923) mit 30 und die kommunistischen – mit nur noch 9 Sitzen vertreten. Die Zahl der Wahlberechtigten für diese Parlamentswahl war 1075377. Die Zahl der kommunistischen Wähler betrug im April 1923, nach der offiziellen Statistik, 206540 (22,5 % der Wahlberechtigten).

Das starke Anwachsen des Kommunismus in Bulgarien nach 1918 ist auch auf die große Propaganda zurückzuführen, die Moskau im Auslande und insbesondere in den Balkanländern betrieb. Selbstverständlich konnte diese Propaganda nur dann Erfolg haben, wenn sie zu gleicher Zeit durch innere Ursachen gefördert wurde. An diesen fehlte es nicht.

Im Jahre 1918 war das Bulgarische Volk aus dem langen und zermürbenden Kriege nach kolossalen Menschen- und Materialopfern heimgekehrt – besiegt, entkräftet, erniedrigt und moralisch sowie materiell schwer geschädigt. Die Folgen des in Neuilly aufgezwungenen Friedens brachten noch größere Erbitterung in das Volk. Der Zusammenbruch der



Volkswirtschaft infolge der großen Kriegsausgaben und das Stocken des Wirtschaftslebens im allgemeinen riefen ein vollkommenes Chaos hervor. Nur das Judentum in Bulgarien bereicherte sich wie durch einen Zauber, und alle großen Unternehmen gingen in seine Hände über Die Einquartierung von Ententetruppen trug auch viel zum Aufblühen des Schiebertums bei. Eine Menge bulgarischer Juden waren Staatsangehörige verschiedener Ententestaaten und betrieben unter dem Schutz fremder Gesandtschaften und Militärkommandos einen fragwürdigen Handel. Man erinnert sich heute noch der mit Wertpapieren vollgestopften Koffer, die ins Ausland verschoben wurden. Der Schmuggel von Seide, Delikatessen, Wein, Süßstoff, Kokain usw. stand auf der Tagesordnung. Alles dies geschah vor den Augen der im Kriege schwer geprüften Bulgarischen Nation.

Die Reparationszahlungen und Kriegsschulden, die Verteuerung der notwendigsten Gegenstände und die katastrophale Entwertung der bulgarischen Valuta – waren die letzten Tropfen, die den mit Gift gefüllten Becher zum Überlaufen brachten. Eine noch nicht dagewesene und für die Außenwelt unbekannte Not kam über das unglückliche Bulgarien. Der Staat geriet in immer größere Schwierigkeiten. Das Parteiwesen und die Parteimacht des Parlaments konnte keinen Ausweg aus der Not finden, sondern verschlimmerte die Lage damit noch mehr statt zu lindern. Es ist klar, daß bei dieser Lage der Kommunismus ständig zunahm. Die Kommunisten verstanden es, die wachsende Unzufriedenheit der breiten Volksmassen für die Ziele ihrer Zersetzungspropaganda auszunutzen und den Staat weiter zu schwächen.

Man darf hierbei auch nicht die Politik der Agrarpartei vergessen, die in Bulgarien von 1919 bis 1923 regierte und zur Stärkung des Kommunismus viel beigetragen hatte. Das Regieren dieser Partei ist in der Geschichte Bulgariens als eine Zeit des Klassenhasses, der Rache und der vollständigen Unfähigkeit gekennzeichnet worden. Das Ziel war die vollständige materielle Vernichtung des Bürgertums und der vermögenden Bauern, um ein Bauernproletariat zu schaffen, das die Willkür seiner Führer zu unterstützen bereit wäre.

Die KP war der gewünschte und beste Bundesgenosse der Agrarbolschewisten, und aus diesem Grunde wurde sie von der Regierung nicht nur geduldet, sondern auch unterstützt. Die Organe der Komintern fühlten sich in Bulgarien wie zu Hause. Die Tschekamitglieder, General Komissarow und der Matrose Tschajkin, erteilten Anweisungen darüber, wer von den russischen Emigranten in Bulgarien verhaftet oder ausgewiesen werden sollte. Dieselben Leute organisierten die Ermordung mehrerer „Weißgardisten", wie z. B. die des Journalisten Kalinikow in Sofia und des Seeoffiziers Pokrowskij in Küstendil. Dem Kommunismus wurden große Zugeständnisse gemacht, da man auf seine Hilfe rechnete, um die Republik auszurufen und die endgültige „Bauerndiktatur" einzuführen. Die Absichten Stambolijskis gehen aus den in seinem Archiv gefundenen Dokumenten hervor, die gleichzeitig Aufschluß über die Verbindungen zwischen der „Bauernpartei" und dem Bolschewismus geben.

Im Juli 1920 versuchten die Kommunisten einen Aufstand anzuzetteln, der aber dank dem Patriotismus der Armee im Keime erstickt werden konnte. In den Jahren 1918–1923 lag die Armee ständig in Bereitschaft, um jeden Versuch zur Errichtung einer „Proletarischen Republik" sofort niederzuwerfen. Die Aufgabe des Heeres wurde aber täglich schwieriger, weil dieses nach dem Vertrag von Neuilly sehr verkleinert war. Dazu kam noch die Einmischung der Agrarpartei in die internen Angelegenheiten der Armee, verbunden mit dem Versuch der Kommunisten, in die Kasernen einzudringen, um die Wehrmacht von innen aufzulösen.

Das Offizierkorps wußte genau, was die Parteieinmischung wie auch die kommunistische Ansteckung für die bewaffnete Macht bedeutete und war vollkommen im Bilde darüber, daß es außer ihr in Bulgarien keine andere Macht gab, die den Staat vor großen Wirrnissen retten konnte. Unter dem Druck der Ereignisse sahen sich die Offiziere gezwungen, sich in einer eisernen Organisation zusammenzuschließen, die vom gleichen Denken und Fühlen geleitet wurde. Diese Organisation, der „Geheime Militärbund" genannt, wurde im Mai 1919 endgültig gegründet. Die Ziele des Geheimbundes waren: die Armee vor Zersetzungen und



186. Streikversammlung der Tabakarbeiter in Tater-Pasartschik



187. Kommunistische Streikversammlung der Textilarbeiter in Warna

äußeren Einflüssen zu schützen, das politische Leben im Lande zu beobachten und im Falle der Not die Absichten der Ruhestörer zu vereiteln.

Der Militärbund rettete mehrmals den Staat aus den Händen der Komintern und vor den wahnsinnigen Plänen der „Bauerndiktatur". Erst wenn die Archive dem Historiker zugänglich werden und man mehr davon erzählen darf, was heute nur die Eingeweihten wissen, wird das Bulgarische Volk die Verdienste der Offiziere unmittelbar nach dem großen Kriege zu würdigen wissen.

Für die vielen Terror- und Zersetzungsversuche der Kommunisten und der Bauernpartei zeugt eine Reihe charakteristischer Fälle. Da ist z. B. das Attentat am 3. März 1920 im Theater „Odeon" vor dem Vortrage des Herrn Peter Riß, zu dem viele Schriftsteller, ehemalige Minister und bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erschienen waren. Das Attentat richtete großen Schaden im Theater an, und es gab Tote und Verwundete. Es wurden auch eine Reihe politischer Morde ausgeführt, wie die Ermordung des Staatsanwaltes Tschuklew und des Direktors Grekow von der Zeitung „Slowo". Zur Zeit des Bauernkongresses im Jahre 1922 plünderten die zügellosen Massen die Bahnhofswirtschaften und viele Läden in der Hauptstadt und steckten den Klub der Demokratischen Partei an.

Der Bund der Reserveoffiziere, der Hand in Hand mit der Armee ging, wurde im Jahre 1919 ins Leben gerufen und führte einen energischen Kampf gegen die Kommunisten. Die bolschewistischen Reserveoffiziere versuchten ihn im Jahre 1921 zu sprengen, wurden aber aus allen Vereinen herausgeworfen. Die Roten bildeten einen neuen Bund der Reserveoffiziere. Sie erlitten aber einen vollen Mißerfolg.

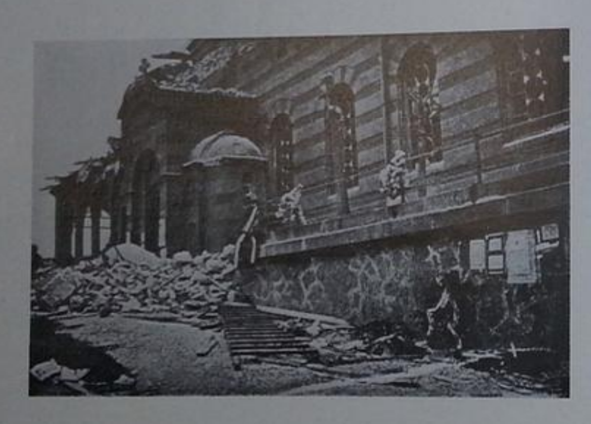
Da die übrigen Bürger keine Mitglieder des Offiziersbundes werden durften, gründeten einige seiner energischen Mitglieder die vaterländischen Verbände „Rodna Saschtita" und „Kubrat", um die übrigen Bürger für den Kampf gegen den Kommunismus zu organisieren. Bis zum Sturz der Bauernregierung waren diese Verbände geheim und zählten wenige Mitglieder, vergrößerten sich aber danach zusehends und spielten eine große Rolle im politischen und öffentlichen Leben. Besonders hervorgetreten ist die „Rodna Saschtita", die nicht nur einen Ideenkampf gegen die Kommunisten führte, sondern sich auch an den Straßenkämpfen beteiligte. Das war die erste faschistische Organisation Bulgariens und wurde deswegen von den Kommunisten als ihr Erzfeind betrachtet. Die marxistische Presse von 1924–1933 ist erfüllt vom Haß gegen die vaterländischen Verbände. „Rodna Saschtita" war auch im offenen Kampf gegen das morsche demokratisch-parlamentarische System führend und hat das erste Programm für einen künftigen Autoritärstaat mit allen Einzelheiten ausgearbeitet. In dieser Beziehung kämpfte sie nicht nur gegen die Marxisten, sondern auch gegen alle Parteien bis zur äußersten Rechten.

Am 9. Juni 1923 wurde die „Bauernregierung" von der Armee und den Reserveoffizieren gestürzt. Die „Bauern- und Arbeiterdiktatur" wurde vereitelt und die Macht ging auf den „Naroden Sgowor" über, der im August desselben Jahres nach der Verschmelzung mit einigen Parteien den Namen „Demokratitscheski Sgowor" erhielt. Die Kommunisten verloren ihre Stütze. Da veranstalteten sie zusammen mit den „Druschbaschi" den Septemberaufstand von 1923. Der grausame Aufstand wurde von der Armee und den aus Reserveoffizieren, Unteroffizieren und Soldaten gebildeten Truppen niedergeworfen.

Bezeichnend ist es, daß die einfachen Kommunisten hartnäckig kämpften, während ihre Führer über die Grenze meistens nach der UdSSR flohen. Aus sicherem Versteck betrieben sie, unterstützt durch die III. Internationale, wieder eine ununterbrochene Propaganda.

Die in Bulgarien zurückgebliebenen, von außen her verhetzten und mit Geldmitteln versorgten Kommunisten entfalteten einen heftigen Terror. Er kam in einer Reihe von Anschlägen zum Ausdruck, wie z. B. im Attentat auf Zar Boris in Arabakonak, im Mord an General K. Georgiew und zum Schluß im Attentat in der Sofioter Kathedrale „Sweta Nedelja". Der verantwortliche Drahtzieher dieses Verbrechens saß damals in Wien. Es war

188 und 189
Die gesprengte Kathedrale in Sofia



190. Friedmann, Kojew und Sargorski, die an der Sprengung der Kathedrale schuldigen Verbrecher



— Dimitrow, der „große Held" von Leipzig, heute Generalsekretär der Komintern und Vertrauter Stalins! Bei diesem Attentat kamen etwa 200 Reserveoffiziere und Bürger ums Leben, und 600 wurden verwundet. Dieses Verbrechen war in Moskau vorbereitet. Über Wien wurde die Verbindung mit den Kommunisten in Sofia hergestellt.

Die Hauptverbindungsmänner, welche die größte Rolle bei den erwähnten Morden und Anschlägen spielten, waren die Juden Friedmann und Jack Primo. Friedmann wurde als der Hauptschuldige bei der Ermordung des Generals Georgiew und beim Anschlag auf die Kathedrale verurteilt und hingerichtet. Jack Primo konnte über die Grenze entkommen und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Zusammen mit Friedmann wurden der Küster der Kirche Sargorski und Georg Kojew gehängt. Bei den Kämpfen mit der Polizei sind die bekannten Kommunisten Jankow, Minkow und Kodschejkow erschossen worden.

Der Plan zum Attentat in der Kathedrale war von Sinowjew erdacht. Er war einfach, aber teuflisch. Der Zar sollte zuerst ermordet, und bei seinem Begräbnis sollte dann das Attentat ausgeführt werden, so daß alle höheren Militär- und Zivilbeamten den Tod unter den Trümmern des Gotteshauses fänden. Danach sollten die führerlose Armee und der Staat von den Kommunisten erobert werden. Da der Anschlag auf den Zaren am 14. April 1925 mißglückte, tötete Friedmann am selben Tage den General Georgiew. Zu dem Begräbnis des Generals waren tatsächlich alle Würdenträger des Staates und der Armee erschienen. Durch einen Zufall verspätete sich S. Majestät, und die Höllenmaschine explodierte früher. Doch wurde einer der Minister getötet. Obgleich mehrere verwundet wurden, hatten sie doch noch die Möglichkeit, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen.

Gleich nach dem Attentat wurden in den Straßen bewaffnete Kommunisten verhaftet, die die entstandene Panik auszunutzen suchten, um einen Umsturz herbeizuführen. In den ersten Tagen nach dieser Greueltat hat man kommunistische Waffenlager, meist Moskauer Ursprungs, entdeckt. Weiter wurden verschiedene Aufrufe und Archive ermittelt, die den Ausführungsplan genau festlegten und die Mittäterschaft der Komintern bestätigten.

Die Regierung ergriff die strengsten Maßnahmen, indem sie das Gesetz zum Schutze des Staates angenommen und die Kommunistische Partei verboten hat. Trotzdem setzten die Kommunisten ihre Tätigkeit in Bulgarien fort, wühlten in allen Städten und Dörfern, gaben verschiedene Zeitungen und Zeitschriften heraus, verbreiteten Aufrufe, Literatur und veranstalteten bei jeder Gelegenheit Umzüge. Ihre Tätigkeit verstärkte sich besonders in Schulen und Kasernen. Seit 1925 sind bis heute von der Polizei etwa ein Dutzend geheime Druckereien ausgehoben worden. Im Jahre 1933 enthielt die von dem Bund der Reserveoffiziere veranstaltete antibolschewistische Ausstellung etwa 58 zugelassene und 40 illegale periodische Druckschriften, abgesehen von großen Mengen verbotener Bücher, Broschüren, Aufrufen u. a. m. Ein großer Teil dieser Literatur sind Übersetzungen von Sowjetwerken. Es genügte nur ein Blick, um sich zu überzeugen, daß die Mittel für die Herausgabe dieser Schriften nicht bulgarischen Ursprungs sind, da der reichste bulgarische Verlag nicht imstande wäre, auch nur den hundertsten Teil davon zu finanzieren.

Bis zum 19. Mai 1934 waren die Universitäten, Gymnasien und verschiedene Fachschulen die Kampfplätze, auf denen der Streit zwischen der kommunistischen und der nationalen Jugend ausgefochten wurde. Diese Kämpfe verliefen sehr oft blutig. Zur Schande der parlamentarisch-demokratischen Regierung muß man feststellen, daß sie des öfteren kommunistische Freiheiten duldete. Häufig wurden nicht die Bolschewisten, sondern die Nationalisten bestraft, weil sie die Roten Kundgebungen in der Schule nicht zugelassen hatten. Kommunistische Streiks in den Gymnasien waren keine Seltenheit. Es gab viele Verschwörerzirkel unter den Schülern. Der Direktor des Gymnasiums in Stanimaka, ein Kommunist, wurde von den Eltern und Schülern der Stadt als Beschützer der kommunistischen Schülergruppe entlarvt. Er wurde jedoch nicht vom Amte entfernt, sondern nur nach dem Gymnasium in Ichtiman versetzt. Auch dort propagierte er den Kommunismus. Er

wurde, nach dem Protest der Bürger, nicht etwa entlassen, sondern bekam einen hohen Posten in dem staatlichen Grubenwerk Pernik. Der Maiumschwung rettete Bulgarien vor der legalisierten kommunistischen Propaganda in den Schulen, die die Schuljugend beinahe zersetzt hätte.

Mit derselben Hartnäckigkeit wühlten die Kommunisten in der Armee. Sie gingen soweit, daß sie kommunistisch ausgebildete Abteilungen von jungen Leuten in die Kasernen als Soldaten eintreten ließen. Sie wurden von außerhalbstehenden Kommunisten geleitet und mit Geldmitteln versorgt und bildeten innerhalb der Truppen kommunistische Zellen. In den letzten Jahren konnten in der Armee mehrere solcher Verschwörernester entdeckt werden. Das bekannteste davon war das in Philippopel. Es kam 1934 vors Gericht. Dieser Prozeß zeigte die neue Taktik der Komintern bei der Zersetzung der Armee. Sieben Agitatoren wurden zum Tode verurteilt.

Auch die Tätigkeit der Moskauer Internationale unter Staatsbeamten und Angestellten verschiedener Privatunternehmungen hatte große Erfolge zu verzeichnen. Der Mittelstand wurde gleichfalls allmählich zum Opfer des Kommunismus. Selbst die freien Berufe waren nicht verschont geblieben. Es bestand also die Gefahr, daß infolge der schlechten Lebensbedingungen die eingetretene Zersetzung und die planmäßige Verbreitung des Kommunismus eine Staatskatastrophe hätte herbeiführen können. Nur der starke Patriotismus der Armee und der vaterländischen Verbände gebot dieser Entwicklung halt.

Trotz der Stabilisierung des Staates nach dem 19. Mai 1934 und obwohl der Staat neue Wege der Regierung eingeschlagen hat, darf man daraus nicht den falschen Schluß ziehen und glauben, die Gefahr des Kommunismus in Bulgarien sei vorbei. Im Gegenteil! Wer die elastische Zersetzungstaktik und die Anpassungsfähigkeit des Bolschewismus in allen Lagen kennt, der weiß, daß höchste Wachsamkeit geboten ist, insbesondere nachdem die Sowjetgesandtschaft ihren Einzug in Sofia gehalten hat.



191. Bulgarische Kommunistenkinder beim Eintreffen zu einem „Erholungsaufenthalt" in Moskau






192. Zehnjahresfeier der KPD im Zirkus Busch, Berlin. (Der plakatierte Ausspruch stammt von Rosa Luxemburg)

# DEUTSCHLAND

von

Dr. Adolf Ehrt, Berlin

„Ein Bollwerk der nationalen europäischen Disziplin und Kultur gegen den bolschewistischen Feind zu bleiben, wird auch im kommenden Jahre unser eifervolles Bestreben sein. Dessen Versuch, durch fortgesetzte Revolutionen, blutige Aufstände und Unruhen die Ordnung der Welt zu untergraben und die Völker gegeneinander zu hetzen, werden wir so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft in Deutschland erfolgreich abwehren."

Reichskanzler Adolf Hitler in seiner Neujahrsbotschaft 1936

Deutschland ist um die Mitte des XIX. Jahrhunderts zur Geburtsstätte des Marxismus und wenige Jahrzehnte später zum Musterbeispiel der marxistischen Irreführung und Organisierung der Arbeiterschaft geworden, um zuletzt das klassische Land der Überwindung des Marxismus und Kommunismus zu werden. Der Begründer des Marxismus, Karl Marx, Sohn des jüdischen Justizrats Hirschel Marx Mordechai und Enkel des Rabbiners Marx Levi Mordechai war in Trier zur Welt gekommen. Seine Mutter war die holländische Jüdin Henriette Preßburg. Unter dem Einfluß des zionistischen Vorläufers Moses Heß und der englischen und französischen Sozialisten verfaßte Karl Mordechai zusammen mit seinem Freund Friedrich Engels das Kommunistische Manifest (1847/48), ein Pamphlet der Rache und des Umsturzes, das bis zum heutigen Tage die Grundlage der kommunistischen Ideologie bildet.

Marx Mordechai war Begründer und Leiter der kurzlebigen I. Internationale (1864), heftigster Verteidiger der von Freimaurern geschaffenen Pariser Kommune und ihrer Schreckensherrschaft und Verfasser des für den Weltmarxismus grundlegenden Werkes „Das Kapital" (1867).

Die wichtigsten Theoretiker des Marxismus und Kommunismus sind ebenfalls in Deutschland gebürtig oder tätig gewesen, z. B. Friedrich Engels, Bebel, Kautsky, Luxemburg, Liebknecht u. a. m.

Auch die „Musterorganisation" des Marxismus in Gestalt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wurde in Deutschland geschaffen. Sie geht zurück auf Ferdinand Loslauer, Sohn der Rosalie Herzfeld und des Heymann Loslauer, der ursprünglich Chajim Wolfsohn hieß und in Loslau im Kreise Rybnick geboren wurde.

Nach kurzer Verbotszeit durch die sogenannten „Sozialistengesetze" des Fürsten Bismarck nahm die SPD unter vorwiegend jüdischer Führung z. B. des Eduard Bernstein und des Konfektionärs, Millionärs und Vorstandsmitglieds der Partei, Paul Singer, einen raschen Aufschwung.

Von der Woge der nationalen Opfergemeinschaft im August 1914 beiseite gedrängt, machte die SPD gute Miene zum bösen Spiel, ließ jedoch bereits im November 1914 eine Gruppe von Reichstagsabgeordneten unter Führung der Juden Haase und Herzfeld sowie Karl Liebknechts die wehrfeindliche Grundhaltung des Marxismus zum Ausdruck bringen. Man arbeitete eng zusammen mit dem polnischen Juden Karl Radek-Sobelsohn, heute in Moskau, und der polnischen Jüdin Rosa Luxemburg alias Rosalie Lübeck, die zusammen mit Liebknecht anläßlich des Spartakusaufstandes in Berlin im Januar 1919 den Tod fand.

Aus dieser Gruppe von Landesverrätern ging unter Führung von Haase und Ledebour die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) hervor, die mit der illegalen Spartakusgruppe um Luxemburg und Liebknecht aufs engste zusammenhing. Vertreter beider Gruppen waren beteiligt an den Verrat- und Spionagekonferenzen von Zimmerwald und Kienthal im Dezember 1915 und April 1916. Zu den Mitgliedern jener Konferenzen gehörten außerdem als „polnische" Delegierte Bronski, Dombrowski, Lapinski-Löwenson, Warski-Warschauer und der unvermeidliche Radek-Sobelsohn; als „Russen" – Zederbaum-Martow, Orthodox-Axelrod und Radomyslskij-Sinowjew, der zugleich auch als „Lette" auftrat. Die Führung lag in der Hand von Uljanow-Lenin[1]). — Zimmerwald und Kienthal waren die Geburtsstätten der III. Kommunistischen Internationale.

Sabotage-, Streik-, Spionage- und Zersetzungstätigkeit der USPD und der Spartakisten unter wohlwollendster Förderung und dem Protektorat der offiziellen SPD führten schließlich im November 1918 zum Zusammenbruch des Deutschen Reiches.

Die nächsten Monate waren dem internen Kampf zwischen den gemäßigten Juden, wie Hugo Preuß, Landsberg, Schiffer, den Mitgliedern der neuen „Reichsregierung" und den radikalen bolschewistischen Juden, wie Rosenfeld, Mathilde Wurm, Eisner, Luxemburg usw. gewidmet, die an der Spitze der Arbeiter- und Soldatensowjets standen und mit finanzieller Hilfe des Sowjetbotschafters in Berlin, Joffe, die kommunistische Diktatur errichten wollten.

Im Januar 1919 erhob der Spartakusbund in Berlin die Fahne des bewaffneten Aufstandes. Die Kämpfe waren außerordentlich blutig und konnten nur nach tagelangen schweren Gefechten durch militärische Formationen und Artillerie niedergeworfen werden.

Zu gleicher Zeit wurde in Bremen die Sowjetrepublik ausgerufen, in Hamburg und Wilhelmshaven tobten Straßenkämpfe.

Im Februar 1919 wurden in Braunschweig und in Baden Sowjetrepubliken ausgerufen und mußten mit großen Menschenopfern niedergerungen werden.

In aller Erinnerung ist noch der Generalstreik und der bewaffnete Aufstand Anfang März 1919 in Berlin und der gleichzeitige bewaffnete Aufruhr im Ruhrgebiet.

Aus der ununterbrochenen Kette von Aufständen und Kämpfen ragt der kommunistische Umsturz in München hervor, wo vom 7. April bis zum 2. Mai 1919 eine Sowjetrepublik unter Führung der Matrosen Rudolf Eglhofer und der jüdischen Sowjetkommissare Leviné,

[1]) Über Lenins unklare Abstammung – mütterlicherseits stammt er von der Familie Blank ab – vgl. H. Fehst, „Bolschewismus und Judentum".











193—96. Leichen von Soldaten, die bei den Kämpfen in Berlin im Frühjahr 1919 gräßlich verstümmelt wurden. Unten: die Soldaten Gold und Müller, die unter dem Schutz der weißen Flagge angelockt und ermordet wurden

Levien und Axelrod errichtet wurde. Vom 14. bis 22. April war Generalstreik. Unter Führung von Kommunisten wurde eine Rote Armee geschaffen. Beschlagnahmungen, Enteignungen, Telephonzensur führte man durch. Am 1. Mai begann der Vormarsch gegen das Rote München. Der Straßenkampf dauerte bis zum 8., wobei auch Artillerie eingesetzt werden mußte, um den Widerstand der Kommunisten zu brechen. Die Zahl der Opfer belief sich auf 927 Tote und ungezählte Verwundete. Am letzten Tage der Räteherrschaft ließen die Kommunisten im Hofe des Münchener Luitpold-Gymnasiums 9 Münchener Bürger und eine Frau als Geiseln erschießen. Der „Oberkommandierende" der Roten Armee, Eglhofer, kam bei den Kämpfen um. Der geistige Vater des Münchener Aufstandes, Eugen Leviné, wurde verhaftet und nach eingehender Gerichtsverhandlung am 6. Juni 1919 erschossen.

Es gab ferner Aufstandsversuche des Spartakusbundes in Leipzig und in Hamburg.

Im März 1920 erfolgte ein Umsturzversuch im Ruhrgebiet, wobei es ebenfalls zur Bildung einer regelrechten Roten Armee kam.

Der nächste Monat desselben Jahres sah das Wüten des berüchtigten Terroristen Max Hölz im Vogtlande. Zahllose Brandstiftungen, Morde und Gewalttätigkeiten begingen die Banden des Max Hölz, und der Aufstand konnte nur nach langwierigen Kämpfen unter Aufgebot von Militär niedergeworfen werden.

Wieder ein Jahr darauf kam es zu schweren kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland, Hamburg und im Ruhrgebiet.



197. Dem amnestierten Massenmörder Max Hölz wird von Berliner Kommunisten ein stürmischer Empfang bereitet









198—200. Der Münchener Geiselmord am 30. April 1919. Drei von den zehn Ermordeten: Gräfin Hella von Westarp, Kunstmaler Walter Neuhaus, Kunstmaler Frhr. von Seydlitz

Inzwischen verschlechterte sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Weimarer Republik dank der beispiellosen Unfähigkeit ihrer Lenker bis zur Inflationskatastrophe im Herbst 1923. In demselben Maße stieg die Welle der kommunistischen Unruhen und Aufstandsversuche. In Sachsen und Thüringen trat die kurz vorher gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in die Regierung der Länder ein. Ende Oktober 1923 erfolgte in Hamburg ein bewaffneter Aufstand, der zunächst zur Eroberung zahlreicher Polizeiwachen durch die Terrorgruppen der KPD führte und erst nach langwierigen Kämpfen unterdrückt werden konnte.

Der Aufstand kostete die Angreifer mindestens 40 Tote, während sich die Zahl der Verwundeten auf über 150 belief. Auf der Seite der Polizei betrugen die Verluste allein bei der




201. Aufmarsch des Roten Frontkämpferbundes in Berlin

Wiedereinnahme der Polizeiwache „42“ drei Tote und 12 Verwundete, während bei den Kämpfen um Barmbeck-Nord und -Süd fünf Polizeibeamte getötet und 13 verwundet wurden[1]).

Die Niederschlagung der zahlreichen kommunistischen Aufstandsversuche geschah durch ehemalige Frontsoldaten, Freikorpskämpfer, Studenten und Männer, die nicht für die Republik, sondern für Deutschland kämpften.

In jenen schweren Tagen des Kampfes gegen die bewaffnete bolschewistische Revolution in Deutschland wurde die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP) durch Adolf Hitler ins Leben gerufen.

Die Republik wußte den opfermutigen kampfbereiten Männern keinen Dank. Als „Hochverräter“ oder „Fememörder“ wurden sie gebrandmarkt und verfolgt.

Die Liquidierung des Hamburger Aufstandes und die vorübergehende Wirtschaftskonjunktur zwangen den Kommunismus zur Änderung seiner Taktik.

[1]) Vgl. Adolf Ehrt, „Bewaffneter Aufstand“.



202. Rotfrontler am Denkmal Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

An die Stelle der bisherigen „action directe" trat nunmehr die großangelegte „action indirecte" auf weite Sicht. Terror wurde durch Propaganda und „Angriffsfront" durch „Einheitsfront" ersetzt. Die Republik bot dem Bolschewismus die denkbar besten Bewegungsmöglichkeiten. Seine Bestrebungen wurden nicht nur geduldet, sondern – als „Gegengewicht" gegen die erwachenden nationalen Kräfte des Volkes, die den Bestand des parlamentarisch-demokratischen Staates bedrohten – sogar gefördert. Von 1924 bis 1931 reichte diese Periode einer beispiellosen Bolschewisierung Deutschlands, einer Kulturzersetzung und Zerrüttung, die das Reich an den Rand des Abgrundes führte. Aus der Fülle der Tatsachen sei hier einiges herausgegriffen[1]).




203. Kommunistische Einheitsfront-Propaganda in Berlin

Anfang 1932 gliederte sich das kommunistische Organisationssystem in Deutschland nach dem Grade der politischen Aktivität in drei Stufen:

1. die eigentlichen parteipolitischen Grundorganisationen,
2. die kulturbolschewistischen sowie gewerkschaftlichen Massenorganisationen der Einheitsfront und
3. die losen Vorpostenorganisationen.

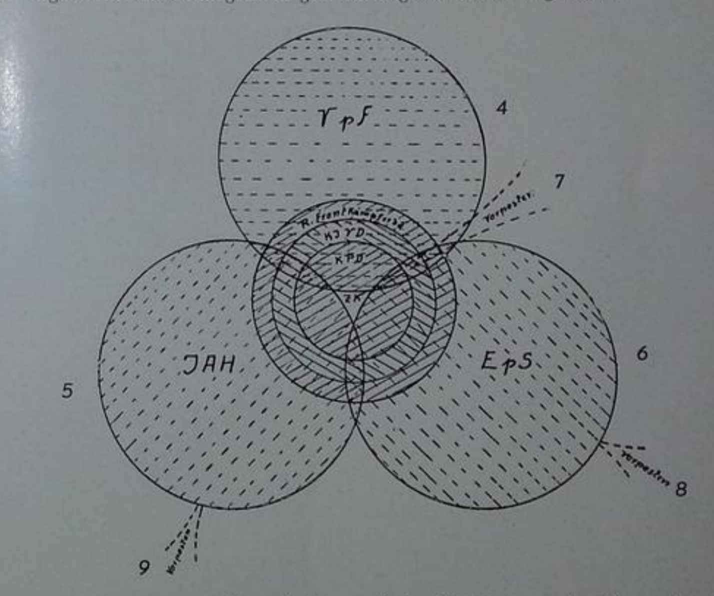
1. Grundorganisationen:
   Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale (KPD, Sektion der Komintern) mit rund 300000 Mitgliedern,
   Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Jugend-Internationale (KJVD, Sektion der KJI) mit rund 50000 Mitgliedern,
   Rot-Frontkämpfer-Bund (RFB), illegal, und andere Wehrorganisationen.
2. Einheitsfrontorganisationen:
   Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Sektion der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGO, Sektion der RGI oder Profintern) mit rund 300000 Mitgliedern,

[1]) Vgl. Dr. Adolf Ehrt und Dr. Julius Schweickert, „Entfesselung der Unterwelt". Ein Querschnitt durch die Bolschewisierung Deutschlands.



   Rote Hilfe Deutschlands, Sektion der Internationalen Roten Hilfe (RHD, Sektion der IRH) mit rund 325000 Mitgliedern,
   Internationale Arbeiter-Hilfe (IAH) mit rund 1:0000 Mitgliedern,
   Verband proletarischer Freidenker Deutschlands, Sektion der Internationale proletarischer Freidenker (VpFD, Sektion der IpF) mit rund 160000 Mitgliedern,
   Einheitsverband für proletarische Sexualreform und Mutterschutz,
   Kampfbund gegen den Faschismus (rund 25000 Mitglieder).
3. Vorpostenorganisationen:
   Rote Pioniere (rund 30000 Mitglieder),
   Frauendelegiertinnen (rund 10000 Mitglieder),
   Erwerbslosendelegierte (rund 20000 Mitglieder),
   Rote Sportler,
   Sonstige Kulturorganisationen (Sänger, Mandolinenspieler, Schachspieler, Schriftsteller, Schauspieler, Esperantisten u. a. m.),
   Kampfausschüsse und Aktionskomitees aller Art (Antimilitaristische Liga, Reichsbauernbund, Mieterausschüsse, Ausschüsse gegen Fürsorgeerziehung, § 218, Kampfausschuß zur Wiedereröffnung des Zehlendorfer Hindenburg-Krankenhauses, Kampfkomitee zur Rettung von Ruegg, Kampfkomitee zur Rettung von acht jungen Negern vor dem elektrischen Stuhl usw.).

Der organisatorische Grundgedanke geht aus folgender Zeichnung hervor:




Die Grundorganisationen bilden die konzentrischen Kreise 1, 2 und 3, die um denselben Mittelpunkt – das Zentralkomitee der KPD – laufen. Die hinzutretenden Einheitsfrontorganisationen werden von den drei exzentrischen Kreisen 4, 5 und 6 dargestellt. Jede

Einheitsfrontorganisation greift über die Grundkreise hinaus in die nichtkommunistischen Volksmassen. Das war ihr Sinn und Zweck. Mit einem Teil, der auch die Führung in der Hand hat und in der Sprache der Komintern eine „kommunistische Fraktion“ bildet, deckt sich jeder Einheitsfrontkreis mit den Grundkreisen. So zählt z. B. der Verband proletarischer Freidenker – Kreis 4 – unter seinen 160000 Mitgliedern rund 30000 Kommunisten und daneben 130000 Parteilose. Die nächste Einheitsfrontorganisation, etwa die Internationale Arbeiterhilfe (dargestellt durch Kreis 5), schneidet sich sowohl mit den Grundkreisen wie auch mit der ersten Einheitsfrontorganisation. Sie enthielt also neben der Masse der Parteilosen auch solche Menschen, die entweder im Kern oder in der anderen Einheitsfrontorganisation oder in beiden gleichzeitig standen usw. Das ganze erinnert stark an das Schachtelsystem der modernen Konzerne aus Aktiengesellschaften, wo der Unternehmer, von einer Muttergesellschaft ausgehend, Aktienbesitz von anderen Gesellschaften erwirbt und so mit einem kleinen Eigenkapital ein ums Vielfache größeres Fremdkapital kontrolliert. Die KPD war die politische Holdinggesellschaft der Einheitsfrontorganisationen.

Dieses Organisationssystem warf nun seine Schlingen in Gestalt der Vorpostenorganisationen in die umliegenden Volksschichten. Es sind dies in der Zeichnung die Figuren 7, 8 und 9, Organisationen in stato nascendi, deren Mitgliederzahlen mit den Ziffern der Massenorganisationen nicht mehr vergleichbar sind, da sie eine andere Qualität hatten.

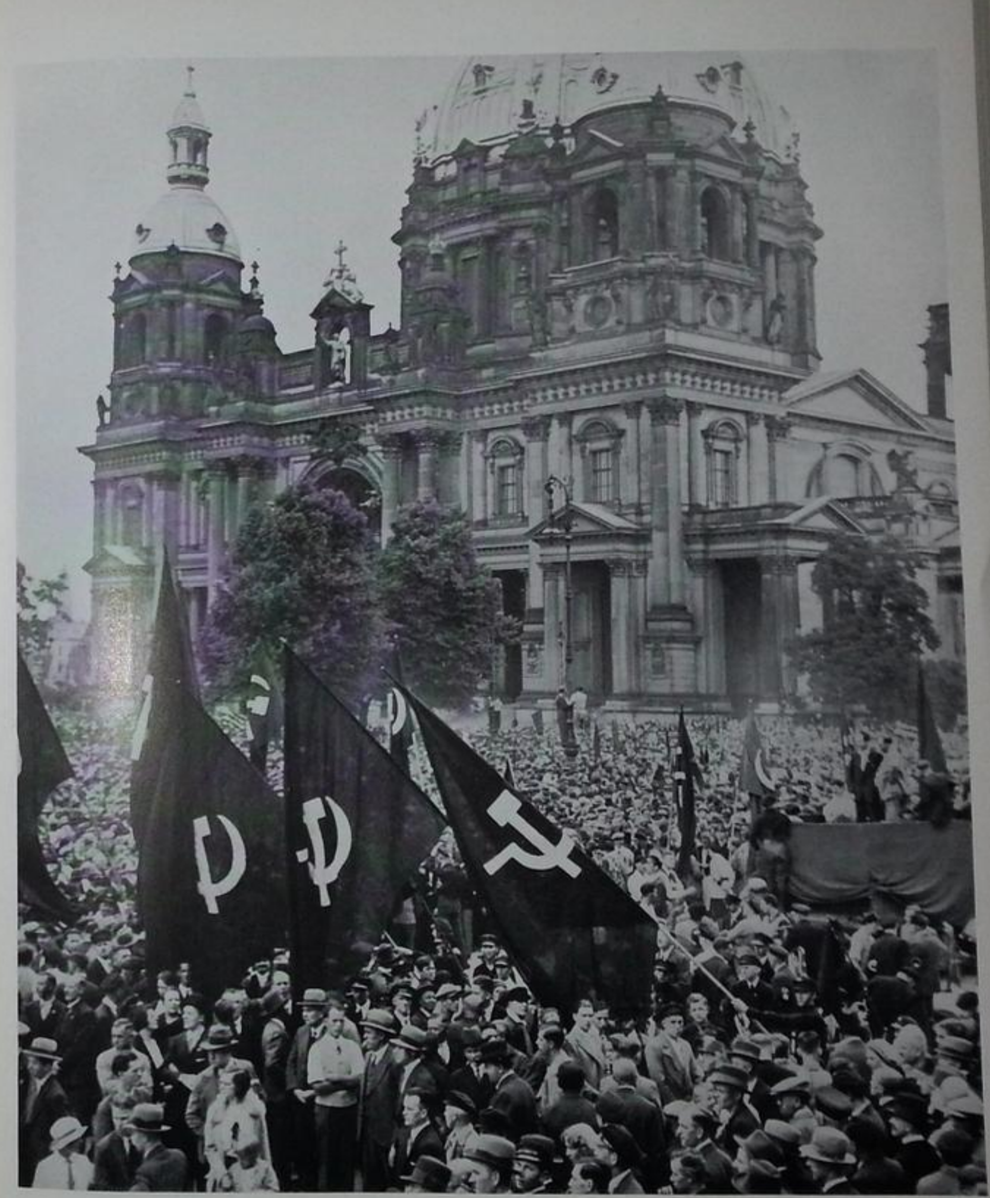
Insgesamt betrug die Zahl der organisierten Kommunisten in Deutschland Anfang 1932 etwa 1 Million, sie vermochten die sechsfache Zahl an Wählern für die KPD auf die Beine zu stellen.

Mit besonderm Nachdruck wurde von der KPD natürlich die Arbeiterschaft bearbeitet. Jeder größere Betrieb beherbergte neben der unerläßlichen Parteizelle noch Betriebsgruppen




204. Kommunistische Maidemonstration vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin







205. Was bis 1933 alltäglich war: rote Fahnen vor dem Berliner Dom

der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, zahlreiche „Betriebskorrespondenten", d. h. im Grunde genommen Werkspione, und schließlich Rote Betriebsräte, die die Belegschaft gegenüber dem Unternehmer zu „vertreten" hatten. Der Betrieb war das bevorzugte Propagandafeld der KPD. Sie benutzte dazu mit besonderer Vorliebe die sogenannte Betriebszellenzeitung, worin die Werkmeister, Ingenieure und Betriebsführer aufs heftigste angegriffen wurden. Die Zahl der Betriebszellen betrug am 1. Januar 1932 fast 2000 (annähernd die Hälfte aller Großbetriebe waren mit kommunistischen Zellen behaftet). Die Zahl der Betriebsgruppen der RGO belief sich allein in Berlin Mitte Juni 1931 auf mehr als 1000. Neben der politischen Verhetzung der Arbeiterschaft war selbstverständlich der Streik das wichtigste Ziel der Betriebszellen und -gruppen.

Mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu den katastrophalen Ausmaßen der letzten Jahre vor der nationalsozialistischen Erhebung wuchs auch die Zahl der kommunistischen Straßenzellen von 2500 im Jahre 1929 auf fast 6000 am 1. Januar 1932. Die Erwerbslosen stellten in ihrer Entwurzelung und Verzweiflung die besten Truppen des Bolschewismus. Die KPD wurde zu einer Partei des Proletariats auf der Straße, jener Zwischenklasse zwischen Welt und Unterwelt, die vom Bolschewismus ergriffen wird, bevor sie in der Unterwelt verschwindet. Die Erwerbslosenorganisationen der KPD zählten bald Hunderttausende von Mitgliedern.

Getreu seinem Grundsatz des Alleserlaubtseins mit dem Ziel der Eroberung möglichst großer Massen drang der Bolschewismus in erschreckendem Umfange auch in die Jugend ein und verschonte selbst die Kinder nicht. Neben dem offiziellen Kommunistischen Jugend-Verband gab es Jugendsektionen bei allen anderen Massenorganisationen, so daß die KPD

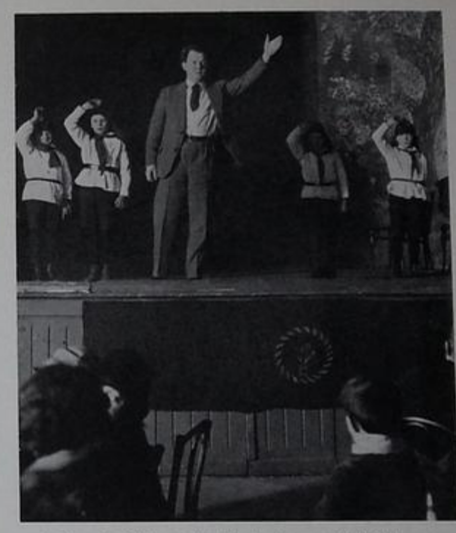



206. Aus „Der Rote Stern" vom 7. Juli 1930






207. Berliner Kommunisten feiern das 10jährige Bestehen der Sowjetunion. Im Vordergrund immer wieder Sacco und Vanzetti

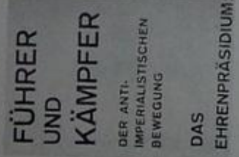


208. Ein „Hofdichter" des Bolschewismus: Erich Weinert vergiftet die Jugend




209. Deutsche Jugend wird von Kommunisten verhetzt










Aus „AIZ“

210. **Zum Antiimperialistischen Weltkongress**
in Frankfurt am Main am 20. Juli 1929
„Das Kampfbündnis der unterdrückten Völker mit der internationalen klassenkämpferischen Bewegung des Proletariats in den imperialistischen Ländern ist der gewaltigste Hebel zur Befreiung aller Unterdrückten.“

über mehrere Hunderttausend kampfbereiter, durch die lange Erwerbslosigkeit erbitterter Jugendlicher verfügen konnte, die ihren leeren Tag zwischen der Straße und dem KPD-Lokal teilten. Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften, Schulungskurse und reguläre Schulen sorgten für die Erziehung dieser Jugendmassen im Geiste des Bolschewismus. Genannt sei vor allem die marxistische Arbeiterschule (MASCH), die allein in Berlin über 23 Schullokale verfügte, wo meistens jüdische Intellektuelle den Unterricht erteilten, darunter z. B. Alfons Goldschmidt, Prof. Einstein, Rechtsanwalt Frey, Hans Eisler, Friedländer, Löwenthal, Münzenberg, Grünberg, Maslowski usw. Für die Kinder schuf man kommunistische Spiele, Lieder, Bücher, Klubs und Lager, wo das Kind im Spiel die Thesen des Marxismus lernte



211. Teilnehmer am „Antiimperialistischen Kongreß“ in Frankfurt a. M.

und sich ahnungslos in die aus Lüge und Haß gewobene Vorstellungswelt des Bolschewismus verstrickte. In den Schulen wurden Schulzellen eingerichtet, die u. a. auch kommunistische Schulzeitungen herausgaben. Gleichzeitig versuchte man die Roten Elternbeiräte zu organisieren. Auch die Frauen vergaß man nicht und berief „Reichskonferenzen der werktätigen Frauen“, gründete Komitees, veranstaltete „Bunte Abende“ und gab zahlreiche Frauenzeitschriften heraus.

Ebenso versuchte der Kommunismus die Bauernschaft mit ihrer traditionsgebundenen, mit Scholle und Hof verbundenen Arbeit zu zersetzen. Zahlreiche Bauernkomitees wurden gegründet und eine eifrige Propaganda für die Rote Bauerninternationale getrieben. Ausschreitungen, Steuerstreiks und Gewalttaten aller Art waren die Früchte dieser Arbeit.

Vielleicht das erfolgreichste Geschäft machte der Kommunismus in Deutschland mit der Propaganda der „freien Liebe". Die sexualbolschewistische Agitation wirkte um so hemmungsloser, als sie immer auf die Neugier der Zeitgenossen rechnen konnte. Von Siegmund Freud bis Magnus Hirschfeld stellte sich eine auserlesene Phalanx von Aufklärungsjuden in den Dienst des politischen Bolschewismus. Man scheute sich nicht, Perversitäten übelster Art offen zu propagieren, Blutschande, Abtreibung, Homosexualität, Sodomie, ja den Lustmord als „natürlich" und „selbstverständlich" und „interessant" hinzustellen – vielleicht weil die sexuelle Perversität und die politische Perversität in einem inneren Zusammenhang stehen mögen.

Nirgends wird der Ursprung des Bolschewismus aus der menschlichen Unterwelt so deutlich wie auf dem Gebiet, wo er offen als Sachwalter des gemeinen Verbrechertums auftritt.



212. Zwei Zuchthäusler und deren Interpret. Von links nach rechts: Max Hölz, der Attentäter auf den General von Seeckt Rudolf Margies und Kisch in Moskau

Aus dem Vorwort des berüchtigten Terroristen Max Hölz zu seinem Buch „Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne" seien folgende bemerkenswerte Sätze zitiert:

„Den zweiten Teil meiner Erinnerungen an das ‚Leben' hinter Zuchthausmauern widme ich nicht nur allen politischen Gefangenen, sondern auch den Kriminellen, den Dieben, den Meineidigen, den Sexualverbrechern, den Zuhältern, Mördern und Schwindlern, allen, die für Jahre oder Jahrzehnte lebendig begraben sind . . .

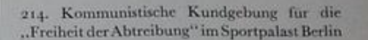
. . . Die Selbstsucht und Verlogenheit, der Neid, die Mißgunst und Roheit der von der bürgerlichen Gesellschaft Verstoßenen sind wahr und echt. Sie tragen wenigstens keine Maske."

Die höchste Blüte erreichte der Sexualbolschewismus im Kreise des berüchtigten Magnus Hirschfeld mit seinem „Sexualwissenschaftlichen Institut" in Berlin, das gleichzeitig das größte „Organisationsgenie" des internationalen Marxismus Willy Münzenberg beherbergte und dessen Dachgeschoß als Bordell ausgebaut war. Genannt seien aus diesem trüben Kreis






213. Deutsche Bauernfrauen wurden verführt, für die „Freiheit der Abtreibung" zu demonstrieren



214. Kommunistische Kundgebung für die „Freiheit der Abtreibung" im Sportpalast Berlin



noch Dr. Felix Abraham und Dr. Levy-Lenz. W. Reich, der heute in Kopenhagen „wirkt“, propagierte die widerlichste Unzucht und empfahl den Geschlechtsverkehr von Kindern, während der ehemalige Berliner Stadtarzt Dr. Max Hodann sich auf die Onanie spezialisierte und u. a. allen Ernstes behauptete, daß der Sturz des Kapitalismus auch alle Onanisten endlich „befreien“ würde! In dieselbe Kerbe schlug übrigens auch die kommunistische Parteipresse mit ihrer ständigen Rubrik „Um Tisch und Bett“, mit Photographien von Nacktbadeabenden jugendlicher Kommunisten usw. Gegen den § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) wurde ein spezielles „Reichskomitee“ gegründet, dem u. a. auch der heutige Mitarbeiter der „Neuen Weltbühne“, Dr. Kurt Hiller, angehörte.

Mit besonderem Nachdruck betrieb der Kommunismus die antireligiöse Agitation durch seine Nebenorganisation, den Verband proletarischer Freidenker. Dieser bildete den Kern der sogenannten „Interessengemeinschaft der Arbeiterkultur“, der u. a. noch angehörten: Proletarische Elternbeiräte, Sozialistischer Schülerbund, Reichsverband freisozialistischer Studenten, Arbeitsgemeinschaft für marxistische Pädagogik, Marxistische Arbeiterschule, Arbeiterbuchhandlungen, Bibliotheken und Lesezirkel, Arbeitertheaterbund Deutschlands, Volksbühne (Opposition), Junge Volksbühne, Opposition im Deutschen Arbeiter-Sänger-Bund, Deutscher Arbeiter-Mandolinistenbund (Opposition), sonstige Arbeiter-Musikvereine, Arbeiterphotographenbund, Bund revolutionärer bildender Künstler, Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Freier Radiobund, Hörerkreis des Rundfunks, Sprachgruppen (Esperanto, Ido usw.), Jüdischer Arbeiter-Kulturverein und Arbeiter-Abstinenz-Bewegung (Opposition).

Zahllose Broschüren, Zeitungen, Versammlungen und Ausstellungen waren in den Dienst der Gottlosenpropaganda gestellt. Der Erfolg zeigte sich in dem riesenhaften Anwachsen der Kirchenaustritte, die allein im Jahre 1932 rund 200000 betrugen.

Ein Sammelbecken für Ahnungslose bildete die Internationale Arbeiterhilfe unter Leitung von Willy Münzenberg. Sie konnte im Jahre 1930 fast eine halbe Million Mark für Streikunterstützung ausgeben. In dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens 1921 bis 1931 betrugen die



215. Jakubowitsch von der Sowjetbotschaft, Berlin, Oberbürgermeister Adenauer, Köln, der Leiter des Staatsverlages der UdSSR Chalatow und die Kommunisten Uritzkij und Schnerson auf der „Pressa“-Ausstellung





216. Willi Münzenberg, Begründer der „Liga gegen den Imperialismus“, roter Millionär und Drahtzieher der „Antifaschistischen Einheitsfront“. Rechts von ihm Rothesoohst, Vertreter der kommunistischen Neger Französisch-Nordafrikas, links der amerikanische Negerführer Ford

Gesamteinnahmen der IAH 118 Millionen Mark, von denen sie für Streiks 37,6 Millionen, für Filme 29,8 Millionen, für Propagandadrucksachen 21,5 Millionen verausgabte. Erwähnenswert ist auch die Rote Hilfe als Sektion des MOPR, dessen Bilanz von 1922 bis 1930 mit 26 Millionen Mark schließt. Davon gingen für Unterstützung politischer Verbrecher 2 Millionen und mehr als 1 Million floß den jüdischen Anwälten des Kommunismus zu.

Unendlich verzweigt und wohlorganisiert war die Spionageorganisation des Kommunismus, der seinem Wesen nach einen organisierten Landesverrat darstellt. Kommunistische Zellen wurden in einzelnen Polizeikasernen errichtet. Mit Flugblättern und Broschüren wurde eine intensive wehrfeindliche Propaganda getrieben. Bemerkenswert ist, daß die Komintern in Deutschland auch mit nationalrevolutionären Schlagworten zu arbeiten versuchte und dabei in intellektuellen Kreisen nicht immer auf die notwendige Ablehnung stieß. Genannt sei z. B. der „Aufbruch-Arbeitskreis“, dem eine Reihe ehemaliger nationaler Aktivisten angehörten, wie Scheringer und Beppo Römer, sowie Karl Paetel mit seinem „Nationalbolschewistischen Ring“. Diese Linie verlief weiter zur „Schwarzen Front“ von Otto Strasser und mündete bei einzelnen Elementen der bündischen Jugend.

So bot Deutschland im Jahre 1932 das Bild einer weit fortgeschrittenen bolschewistischen Zersetzung in allen Schichten des Volkes, auf allen Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Die Republik und die bürgerlichen Parteien standen dieser Erscheinung verständnislos und machtlos gegenüber. Allein der Nationalsozialismus nahm den Kampf gegen die Bolschewisierung auf und führte ihn unter großen Blutopfern zum Siege. Nicht die morsche Republik, sondern diese Bewegung wurde daher zur Zielscheibe eines blutrünstigen Hasses der KPD.

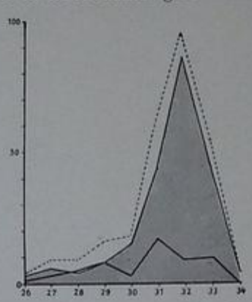


217. Thälmann spricht zu hunderttausend Rotfrontlern („Rote Pfingsten“ in Berlin 1926)



218. Heinz Neumann, ehemals Mitglied des Zentralkomitees der KPD, Freund und Beauftragter Stalins für China, bei einer Hetzrede in der Kösliner Straße in Berlin

Über die Ausmaße des kommunistischen Terrors und die endgültige Brechung der marxistischen Terrorherrschaft in Deutschland gibt nachfolgende Tabelle Aufschluß[1]):




------- Kurve der Gesamtzahl der Ermordeten

Kurve der ermordeten Nationalsozialisten

—— Kurve der ermordeten Nicht-Nationalsozialisten

Die Kurve spricht für sich selbst. Sie bricht im Augenblick der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus in sich zusammen.

Der Krieg gegen das Deutsche in Deutschland wurde durch den Sieg über das Undeutsche in Deutschland beendet.

Aus dem amtlichen Material über den marxistischen Terror ergibt sich die einwandfreie Tatsache, daß rund drei Viertel aller vom Marxismus Ermordeter dem Arbeiterstand angehörten. Unter ihnen befand sich kein einziger Jude.

Die Zahl der Einzelüberfälle, die in gemeinster und bestialischster Weise mit Schußwaffen, Messern, Zaunlatten, Düngegabeln und Stiefelabsätzen durchgeführt wurden, verfünffachte sich im Jahre 1932. Der tägliche Rotmord war das Vorspiel für den bewaffneten Aufstand.

Besonders bemerkenswert ist das Spiel mit verteilten Rollen, das dabei betrieben wurde. Die KPD mordete und die SPD deckte die Mörder. Unter dem Schutz der demokratischen und liberalen Minister wuchs in Deutschland die Pest des marxistischen Verbrechertums ins Riesenhafte.

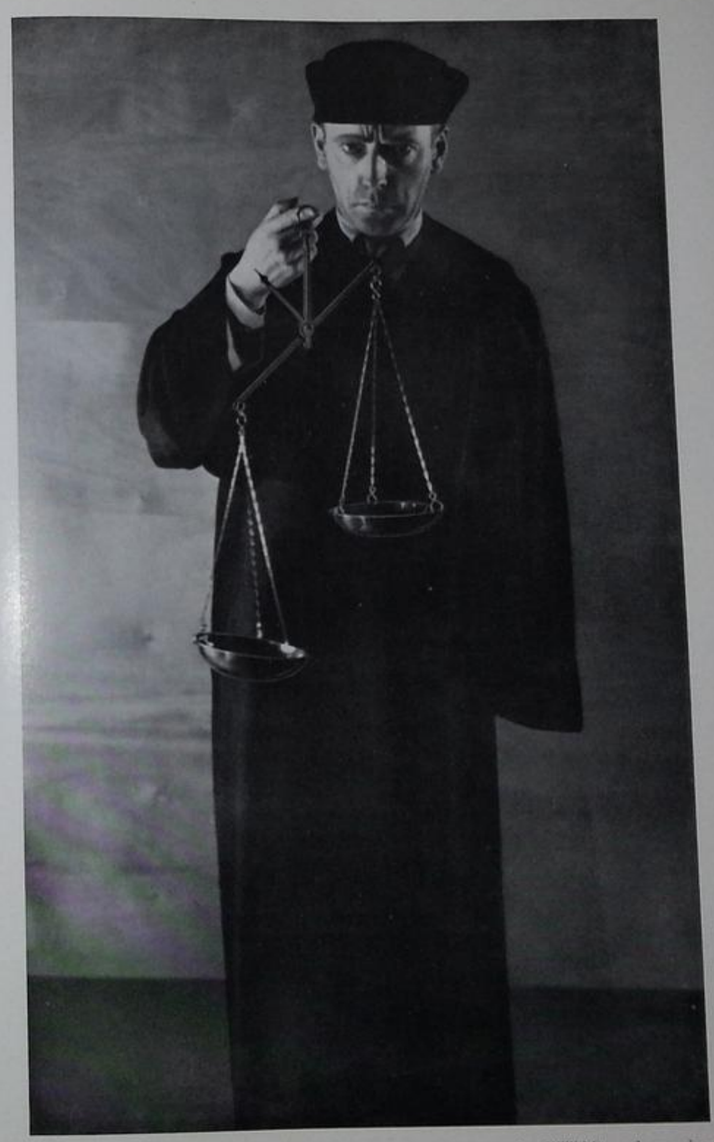
Um die Jahreswende 1932 war der Kulminationspunkt der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen erreicht. Die Arbeit des vorausgegangenen Jahrzehnts sollte nun im bewaffneten Aufstand gipfeln.

Der Rote Frontkämpferbund stand in Alarmbereitschaft, ebenso der Kampfbund gegen den Faschismus, der Rote Massenselbstschutz und die Terrorgruppen der KPD. Durch Diebstahl und Schmuggel hatte sich die „Rote Front“ mit Waffen und Sprengstoffen reich versehen. Aus allen Teilen des Reiches trafen Meldungen ein über die unmittelbaren Vorbereitungen zum gewaltsamen Umsturz seitens der schwerbewaffneten kommunistischen Kampforganisationen. Genauestens ausgearbeitete Aktionspläne für Ende Februar und Anfang März 1933 waren vom „Generalstab“ der Revolution fertiggestellt worden. Wohlausgerüstete Rotfrontbanden lagen kampfbereit in Alarmquartieren und warteten auf das Signal zum Losschlagen. Die KPD entschloß sich für das Wagnis eines allgemeinen blutigen Aufstandes In der Nacht vom 27. zum 28. Februar ging der Deutsche Reichstag in Flammen auf.

[1]) Entnommen dem Buche „Terror“ (Die Blutchronik des Marxismus in Deutschland) von Dr. Adolf Ehrt und Hans Roden.



219. Der „Führer“ des Rotfrontkämpfer-Bundes Willi Leow bei einer Ansprache



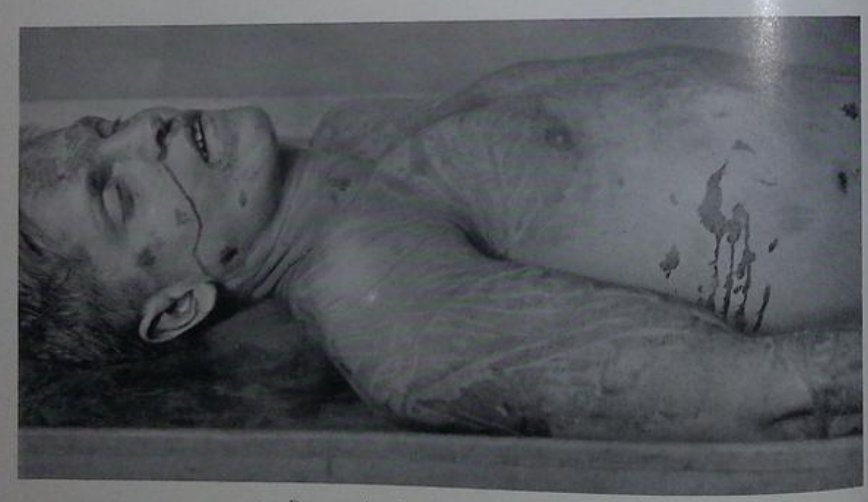
220. John Heartfield (recte Herzfeld) der berüchtigte Fotomontagenmacher Willi Münzenbergs, einer der übelsten Hetzer gegen das neue Deutschland persifliert hier die deutsche Rechtsprechung



221. Hans Kippenberger, ehemals Leiter der kommunistischen Terrororganisationen in Deutschland, der Anstifter zu dem Mord an den Berliner Polizeihauptleuten Lenk und Anlauf



222. Der von Kommunisten am 9. Dezember 1928 ermordete Referendar Günther Schaffer



223. Der ermordete SA.-Mann Hermann Thielsch







224 bis 226. Der Vorkämpfer des Nationalsozialismus Horst Wessel und sein Mörder Albrecht Höhler, genannt Ali

Die KPD kam zu spät. Die siegreiche nationalsozialistische Revolution kam ihr zuvor und rettete das Deutsche Volk vor dem blutigen Gemetzel eines Bürgerkrieges. Innerhalb kurzer Zeit wurde der kommunistische Aufstandsversuch niedergeschlagen und die KPD vernichtet. Ihre illegalen Überreste bilden in Deutschland keine Gefahr mehr.

Damit hatte die Kommunistische Internationale im Herzen Europas eine schwere Niederlage erlitten. Die weltrevolutionäre Offensive Moskaus war am eisernen Widerstandswillen der Deutschen Nation zusammengebrochen.



227. Der Kommunist Pick bei seiner Eröffnungsrede auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau

Begreiflich ist daher der unversöhnliche Haß, mit dem die Sowjetunion eine „Einheitsfront" zum Angriff auf das Dritte Reich zustande zu bringen trachtet, unbegreiflich allerdings die Blindheit all derer, die sich für die Welteroberungsziele der Moskauer Internationale als Werkzeuge hergeben.

Das neue Deutschland ist der Antipode Moskaus, das wichtigste Bollwerk gegen den Weltbolschewismus und dessen militante Angriffswaffe — die rote Armee. In diesem Sinne ist die Mission Adolf Hitlers für die gesamte Kulturwelt von entscheidender Bedeutung.

„Wenn Deutschland, im Zeichen des Nationalsozialismus gereinigt und geeinigt, diesen Kampf gegen die internationale Bolschewisierung der Welt an der Spitze aller gleichgerichteten Gruppen führt, so ist es sich darüber klar, daß es damit weit über den nationalen Zweck hinaus eine Weltmission zu erfüllen hat, von deren glücklichem Ausgang das Schicksal aller Kulturvölker abhängt."[1])

[1]) Reichspropagandaleiter der NSDAP Dr. Goebbels in seiner programmatischen Abrechnung mit dem Weltbolschewismus „Kommunismus ohne Maske". (Rede auf dem Parteitag der NSDAP Nürnberg, 1935.)






228. Eine Delegation deutscher sozialdemokratischer Arbeiter vor dem Eingang des Charkower Traktorenwerkes (rechts neben dem Auto der seinerzeit zur KPD übergetretene Pfarrer Eckert-Mannheim)





229. Max Hölz in der Sowjetunion




230. Die Abordnung deutscher Kommunisten in Moskau



231. Der kommunistische Tendenzliterat Friedrich Wolff, der „Rasende Rote Reporter“ Egon Erwin Kisch, der bolschewistische Regisseur Piscator (Fischer) und der Rote Parteidichter Erich Weinert bei einer Veranstaltung in Moskau

# ITALIEN

von

Dr. Giacinto Trevisonno, Rom

Diese kurze Studie wurde geschrieben, noch bevor man die gegenwärtige Lage im Zusammenhange mit dem italienisch-ethiopischen Konflikt voraussehen konnte.

Die Rolle des Bolschewismus im Hinblick auf die internationalen Verwicklungen nach den Ereignissen in Afrika ist der beste Ausdruck der Aktivität der Komintern.

Es wird manchmal behauptet, die bolschewistische Gefahr in Italien sei durch einen ganz natürlichen Prozeß, gleichsam durch die Reaktion eines innerlich gesunden Organismus, ausgeschaltet worden. Und diejenigen, welche die Verdienste des Faschismus verkleinern wollen, sagen: „Italien ist von selbst gesundet.“ Diese Worte bedeuten eigentlich nichts und können das Antlitz einer nunmehr von der ganzen Welt anerkannten Wirklichkeit nicht verändern. Höchstens kann man durch ähnliche Aussprüche die bekannte Tatsache unterstreichen, daß Italien in seinem Kampfe gegen den Bolschewismus von niemandem unterstützt wurde. Innerhalb der Nation aber, im innenpolitischen Leben Italiens, ist die Gesundung durch eine Minderheit, ein starkes und vitales Element – durch den Faschismus –, herbeigeführt worden, der mit entschlossenen Taten auf die Rote Gefahr reagiert und die Schützengräben und Festungen des Kommunismus überwunden hat.

Es wäre allerdings nicht begreiflich, aus welcher politischen Reife heraus man in Italien zu dieser plötzlichen Umkehrung des Laufes der Geschichte gelangte, wenn man nicht auf die sozialistische Bewegung zurückgreifen würde, die über ein Vierteljahrhundert den zentralen und beherrschenden Faktor im italienischen politischen Leben dargestellt hat.

*

Von 1867 an hat Bakunin seine Lehren in Italien verbreitet, indem er in Neapel eine Sektion der Internationale und eine Propagandazeitschrift („Eguaglianza“) gründete. Obwohl die Bakuninschen Ideen anarchistisch-revolutionärer Art waren, bildeten sie die ersten Anfänge der internationalistischen Bewegung auf italienischem Boden. Die Italiener waren damals noch sehr stark um die Unabhängigkeit und Einigung ihres Vaterlandes besorgt und von den Theorien Mazzinis durchdrungen. Daher konnte auch die durch Bakunin heraufbeschworene Bewegung nicht die Massen durchdringen und in Gärung versetzen.

Es kann allenfalls angenommen werden, daß sich die sozialistische Bewegung in Italien etwa um das Jahr 1890 ausdehnte, indem eine kleine Schar von Wirtschaftspolitikern und sonstigen Intellektuellen den marxistischen Patrouillen den Weg ebnete.

Außer in kleinen Industriezentren des Nordens und unter der Arbeiterschaft des Pogebietes hatte jedoch die Bewegung keinen Massenzulauf, denn es gab in Italien noch nicht die geschichtlichen Vorbedingungen für die Entstehung und Entwicklung eines eigentlichen „proletarischen Denkens“. Die Wirtschaftsstruktur Italiens bot den großen Industrien sowie dem Großgrundbesitz keine Nahrung und stützte sich gleichsam auf ein hundertjähriges Gerüst, das dem Leben der Kleinindustrien, dem kleinen Handwerkerstand, dem Kleingrundbesitz sowie den Pächtern günstig war, – also denjenigen Wirtschaftsbildungen, die eine klare Unterscheidung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht zulassen. Da diese zwei gegensätzlichen Kategorien nicht vorhanden waren, fehlte auch die wichtigste Voraussetzung des Klassenkampfes.

Hinzu kommen noch die Charakterwerte des Italieners: die Bescheidenheit, der lateinische Sinn für die Realität, die Harmonie, das gerechte Maß und die Achtung vor den Einrichtungen des Vaterlandes. Dies waren gerade äußerst wichtige geistige Faktoren, die den Marxismus daran hinderten, sich im Volke tief zu verwurzeln und späterhin die von dem Sozialismus anderer europäischer Völker eingeschlagenen Wege ebenfalls zu beschreiten.

Noch zu erwähnen wäre, daß der Marxismus sich unter der Jugend des gebildeten Bürgertums ausbreiten konnte, die zu spät geboren war, um an den italienischen Freiheitskämpfen teilzunehmen und die schweren Folgen einer langen Kriegsperiode zu ertragen. Ihre Erziehung, die an den Lehren der positivistischen Philosophie gereift war, bestimmte sie gerade zur begeisterten Aufnahme der materialistischen Geschichtsauffassung des Marxismus und entfremdete sie dem nationalen Einheitsgedanken, der den Großen und Einsamen – Mazzini, Gioberti, Cavour, Garibaldi, Crispi – vorbehalten blieb.

Diese deutliche Tendenz des Klein- und Mittelbürgertums verlieh dem Sozialismus in Italien seinen Charakter: die Bewegung wurde durch Elemente geführt und bestimmt, die dem Arbeitertum fremd waren. Mit diesem „Geburtsfehler" entstand der italienische Sozialismus, der – mangels einer vorbereiteten, gut organisierten und ihrer eigenen Kraft bewußten „proletarischen Masse" – niemals dahin gelangte, eine Entscheidungsschlacht herbeizuführen. Statt dessen begnügte man sich mit Teilerfolgen und Positionen, die durch die Methode parlamentarischer Machenschaften erreicht wurden und den Marxisten erlaubten, langsam und unbemerkt in den Staat einzudringen.

So geschah es, daß die Arbeitermassen und die Landbevölkerung, die von den Segnungen des aufblühenden Italien wenig Nutzen hatten, sich nur darum dem Sozialismus zuwandten, weil sie annahmen, daß dieser ihnen die Möglichkeit geben würde, am politischen Leben der Nation unmittelbar teilzunehmen. Jedoch trugen sie – einer eigenen großzügigen Auffassung unfähig – in das parlamentarische Staatsgetriebe ihre persönlichen und lokalen Streitigkeiten hinein, indem sie sich auf eine unbedeutende, gebundene Politik beschränkten. Das war auch der Grund, warum die italienischen Sozialisten, trotz ihrer Stärke und Zahl, nicht vermochten, eine „wahre und revolutionäre Bewegung des Proletariats" im Sinne der Theorien von Karl Marx zu entfalten. Sie waren aber auch nicht fähig, einen eigenen nationalen Charakter anzunehmen, der sie den großen Ereignissen des „Risorgimento" zugeführt hätte. Sie waren zu einem verzichtleistenden, unentschlossenen und willenlosen Faktor geworden. Mit diesen Mängeln behaftet, durchliefen sie – mit verschiedenem Erfolg, aber immer mit gleicher Haltung – die dramatischsten Zeiten der italienischen Geschichte.

*

Als im Jahre 1911 der libysche Kolonialfeldzug entschieden war, befand sich der Marxismus in Italien in seinen ersten organischen Krisen. Er war von den Ereignissen überrascht, wie er später auch vom Weltkrieg überrascht wurde.

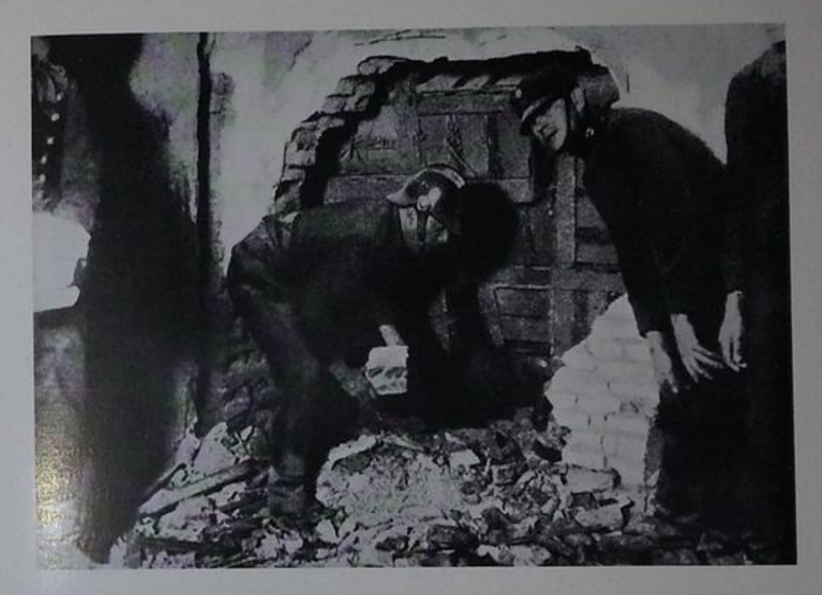
Es kam zu Spaltungen, wenn auch nicht zu sehr wesentlichen und weiter ausgedehnten. Die revolutionäre Strömung – auf dem Kongreß in Mailand 1900 vernachlässigt und in Florenz 1908 äußerst schwach – behauptete sich stark in Reggio Emilia 1912. Diese Strömung, deren Haupt Benito Mussolini war, lenkte den italienischen Sozialismus in neue Bahnen.

Unter der Führung von Leonida Bissolati entstand eine sozialistische Strömung mit nationalem Charakter, die die Interessen der „Proletarier" nicht von denen der gesamten Nation trennen und nicht denen des Staates gegenüberstellen wollte.

Inzwischen saugte die revolutionäre Strömung Mussolinis die syndikalistischen Elemente, die im politischen Kampf am besten geschult waren, auf.

Der revolutionären Bewegung gelang es jedoch nicht mehr, alle Hindernisse des Reformismus über den Haufen zu werfen: das größte Experiment, das in den Roten Tagen vom Juni 1914 gemacht wurde, vermochte das Ziel nicht zu erreichen, obwohl es zum Bündnis aller







232 und 233. Das kommunistische Bombenattentat vom 2. Mai 1928 auf das italienische Generalkonsulat in Buenos Aires kostete 9 Menschenleben und 35 Verwundete

revolutionären italienischen Bewegungen (Republikaner, Syndikalisten und Anarchisten) führte.

Nun war aber der große Krieg in nächste Nähe gerückt. Der italienische Sozialismus stand ihm mit der traditionellen Verständnislosigkeit gegenüber. Die Anhänger Mussolinis und Bissolatis setzten sich mit allen Kräften für die Intervention ein. Durch eine kleine Minderheit wurde sie beschlossen. Auf den Plätzen sammelte man die Massen und begeisterte sie zu Kundgebungen voll heroischer Leidenschaft.

Das war der Anstoß zur Niederlage des Marxismus und zur Wiedergeburt Italiens. Die großen verborgenen Kräfte des Wiederaufstiegs und die vergessenen, aber tief verwurzelten nationalen Gefühle drängten jetzt unvermutet mächtig empor. Deshalb wies die Einmischung Italiens in den Weltkrieg auch jene dramatische Note auf, die den anderen europäischen Ländern unbekannt blieb: es war ein ausgesprochener Willensakt, es war der Aufbruch eines des fünfzigjährigen Mißbrauchs müden Volkes.

*

Bis zum Tage der Kriegserklärung an Österreich-Ungarn hat der italienische Sozialismus seine politische Unfähigkeit und unzulängliche Vorbereitung genügend bewiesen. Ohne Rücksicht auf die Geschichte verdammte er einfach alle Kriege als Kundgebungen des Kapitalismus. Streng materialistisch orientiert, nahm er nicht die ideellen Beweggründe wahr, die in jener trüben Zeit Italien zum Waffenkampfe riefen. Er gab sich der Täuschung hin, daß Neutralität den Krieg hätte abwenden können, und veranstaltete unpopuläre und demütigende Kundgebungen.

Noch einmal beschritt der italienische Sozialismus falsche Wege: er wurde „pazifistisch", aber nicht um des Friedens willen als natürlichen Abschlusses eines jeden Krieges, sondern um irgendeines „Friedens um jeden Preis" willen, und ließ in die Volksmassen den Zweifel an der Notwendigkeit des Opferns und an der Heiligkeit der Pflicht dem Vaterlande gegenüber hineinsickern.

Die Grausamkeiten des Völkerringens erleichterten den Sozialisten ihre zersetzende Propaganda unter den Kämpfenden. Der Marxismus drang tief ein und bereitete die furchtbare Katastrophe von Caporetto vor.

Ungeachtet der Roten Wühlarbeit, die ihren Höhepunkt in der leidenschaftlichen Hetze des Bolschewismus erreichte, wurden die nationalen Gefühle nach der Schmach der großen Niederlage wieder wachgerufen und führten zur Revanche von Vittorio Veneto. Der italienische Sieg bedeutete nicht allein einen schweren Schlag gegen die Kriegsgegner, sondern auch gegen die zersetzenden Kräfte des Marxismus und des Kommunismus.

Nach dem Friedensschluß retteten dann die aus dem Felde zurückgekehrten „Arditi" (Sturmabteilungen) und später die Legion von Fiume Italien vor der bolschewistischen Gefahr.

*

Der Kommunismus brachte nach Italien kein wirkliches Programm sozialer Reformen mit. Man nannte ihn Bolschewismus oder Leninismus, aber in Wirklichkeit war es ein ausgesprochener Anarchismus – chaotischer Ausdruck der entfesselten rohen Masseninstinkte.

Im Grunde genommen kann man nicht abstreiten, daß das Fehlen eines aufbauenden Programms ein Charakteristikum des Bolschewismus überhaupt ist. Auch in Rußland hat Lenin mit seinen Aposteln den Klassenkampf und die sozialistische Revolution gepredigt, und die irregeführten Massen folgten ihm nicht etwa eines genau umrissenen Zieles wegen, sondern allein weil in ihnen eine schlummernde Neigung zur Revolte verborgen lag.

Der Kommunismus in Italien entstand und behauptete sich als revolutionäre Bewegung im Augenblick der schweren kapitalistischen Krisen. Wenn es dem Sozialismus niemals gelang, sich an die Stelle der staats- und wirtschaftserhaltenden Kräfte in Italien zu setzen, da das Wesen der Klassenunterschiede und des Klassenkampfes den Italienern fremd war,



so kristallisierten sich die ökonomischen Gegensätze nach dem Kriege, als die sogenannten Neureichen auf dem Plane erschienen, mit erstaunlicher Schnelligkeit heraus.

Gleichzeitig damit verbreitete sich der Kommunismus in Italien mit unerwartetem Erfolg. Die verlockenden Nachrichten über den Zusammenbruch des Zarenreiches und die Oktoberrevolution in Petrograd begünstigten die leninistische Propaganda unter den demobilisierten italienischen Soldaten. Man impfte dem alten Organismus des italienischen Sozialismus neue Energien ein. Die brutalste Zügellosigkeit, deren sich der Bolschewismus bediente, gab der Bewegung eine vorher nicht gekannte Dynamik. Furchterregend eroberte der Kommunismus innerhalb kürzester Zeit alle sozialistischen Stellungen.

Die Unzufriedenheit der Armen wurde von den bolschewistischen Agitatoren in eine einheitliche Richtung gelenkt. Gemeinsam mit den Sozialisten veranstalteten die Kommunisten revolutionär-anarchistische Aktionen. So konnte es im September 1920 den vereinigten sozialistisch-bolschewistischen Kräften gelingen, von fast allen Produktionsmitteln Besitz zu ergreifen, alle Fabriken zu besetzen und dadurch mit einem Schlage die Führung des wirtschaftlichen und politischen Lebens Italiens an sich zu reißen.

Die Streikstatistik jener Zeit spricht eine sehr deutliche Sprache: in nur drei Jahren wurden in der Industrie 4539 (1919 – 1613, 1920 – 1881, 1921 – 1045) und in der Landwirtschaft 497 (1919 – 208, 1920 – 190, 1921 – 99) Ausstände angezettelt. Die Zahl der Streiktage erreichte im September 1921 – 2152000 und im März 1922 – 3841000.

Es genügt festzustellen, daß 2022 Gemeinden, unter ihnen verschiedene Städte und Industriezentren, im Jahre 1920 durch die Roten erobert wurden. Rund zwei Millionen Mitglieder zählten damals die verschiedenen sozialistisch-bolschewistischen Organisationen.

Diese katastrophale Lage war von einem Verfall der Staatsfinanzen begleitet (17 Milliarden 409 Millionen Defizit 1920/21). Die Häuptlinge der Sozialisten und Kommunisten glaubten schon, Siegeshymnen singen zu können.

*

Doch der Sieg wurde ihnen nicht zuteil, weil inzwischen der Faschismus geboren war.

Diese Bewegung entstand im Jahre 1919. In nur vier Jahren gelang es ihr, nach einer episch anmutenden Revolution, Italien von allen alten Parteien zu befreien und einen neuen autoritären Staat zu schaffen.

Ursprünglich waren die „Fasci di combattimento" keine politischen Gruppen, sondern Freiwilligenabteilungen. Sie verteidigten den Sieg im Weltkriege, bekämpften den Umsturzgedanken, sicherten die produktive Arbeit. Der Hauptbestandteil kam aus den Reihen der Syndikalisten.

In einem Artikel von Benito Mussolini („Popolo d'Italia", 18. April 1919) erschien das kurze Programm des Faschismus: „Wir kämpfen offen und stolz, zusammen mit der Mehrheit der Sozialisten der ganzen Welt, gegen jenes dunkle und verbrecherische Phänomen des Rückganges, der Gegenrevolution und der Unfähigkeit, das sich Bolschewismus nennt." Dieser Artikel und der faschistische Angriff auf den Sitz der sozialistischen Zeitung „Avanti" in Mailand bildeten die eigentliche offene Kriegserklärung an den Bolschewismus Lenins.

Inzwischen verschärfte sich die kommunistische Propaganda. Der Beauftragte der Sowjetregierung, Dr. Vondorow, einigte sich mit dem Abgeordneten Bucco über die Schaffung einer Sowjetpresse in Italien und versprach für diesen Zweck Gelder aus Rußland. Die III. Internationale leitete von ferne den Kommunismus in Italien, der den Befehlen Moskaus mit einer seltenen Blindheit und einer demütigenden Unterwürfigkeit gehorchte.

Im Januar 1920 stimmte der „Nationale Rat" der sozialistischen Partei in Florenz mit großer Mehrheit folgendem Beschluß zur Schaffung von Sowjets in Italien bei: „Der Nationale Rat, der von dem durch die Parteileitung vorgeschlagenen Entwurf und von der durch den Sekretär Bombacci über die Gründung der Sowjets verfaßten Erklärung Kenntnis

nimmt, billigt den Beschluß des Kongresses von Bologna über die Schaffung der Sowjets, beauftragt die Parteileitung, eine ausführliche Diskussion unter der Arbeiterschaft und in der Partei in Anwesenheit der Klassenorgane einzuleiten, und nach einem ausführlichen, aber beschleunigten Entschluß, wird ferner bestimmt, daß der Nationale Rat spätestens in zwei Monaten wieder zusammengerufen werden soll, damit er für die endgültige Konstituierung der Arbeitersowjets Vorbereitungen trifft."

Es gab also auch in Italien einen wirklichen Versuch, Sowjets zu bilden, deren Spitzen in Sarzana, Chiusi und Sassa nach den Instruktionen der Komintern arbeiteten. Ihr gehorchten die italienischen Kommunisten noch im Januar 1921, als anläßlich des Kongresses von Livorno, Lenin, Trotzkij, Sinowjew und Bucharin folgendes Telegramm sandten: „Bevor man weiß, welches die Mehrheit ist, die sich innerhalb eures Kongresses bilden wird, erklärt



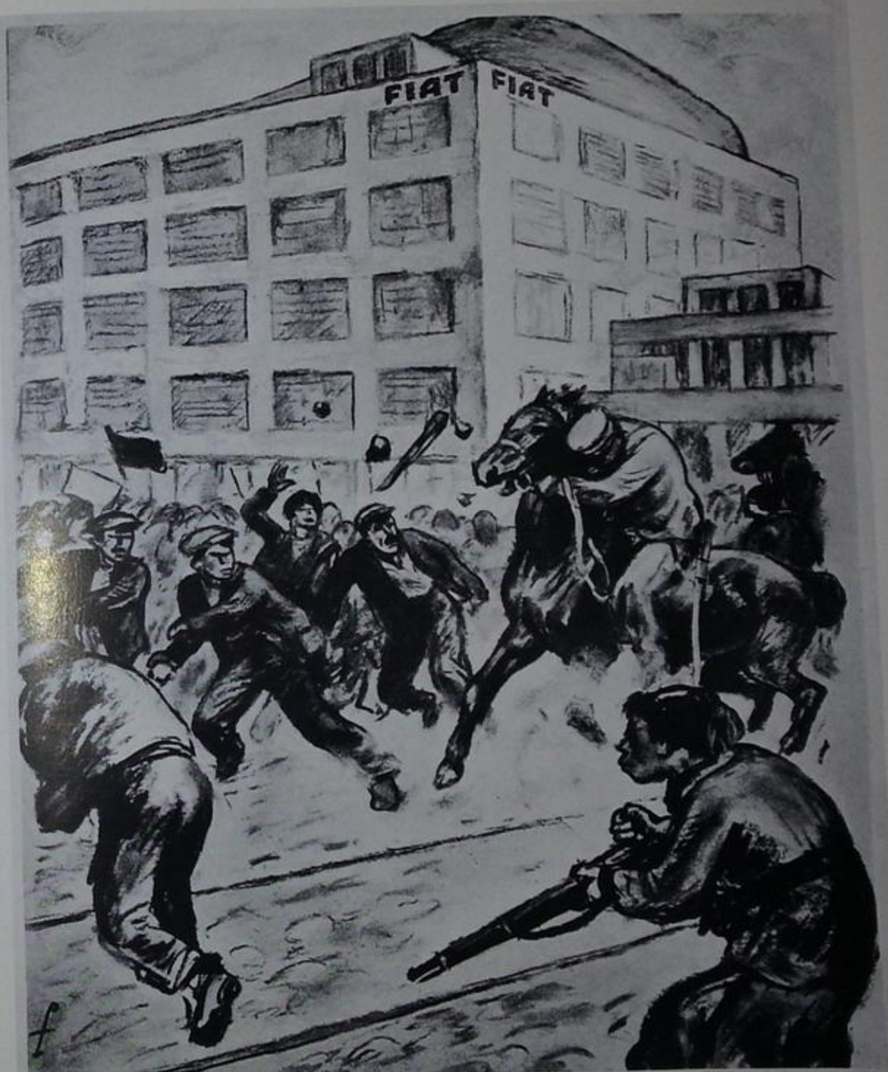
234 bis 237. Am 21. Juni 1921 von Kommunisten erschlagene Faschisten

das Exekutivkomitee offiziell und in absolut bestimmter Weise gegenüber diesem Kongreß: Die Beschlüsse des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale verpflichten jede dieser Internationale zugehörige Partei, mit den Reformisten zu brechen. Wer sich weigert, diese Trennung durchzuführen, verletzt einen wesentlichen Beschluß der Kommunistischen Internationale, und diese einzige Handlung genügt, um ihn aus dieser Internationale auszuschließen."

Inzwischen bemühte sich die bolschewistische Umsturzpropaganda, die lebenswichtigen Zentren der Nation in Venezia Giulia, Triest, Pola und Istrien zu treffen. Es kam zu blutigen Kämpfen in Rom, Turin, Florenz, Bologna, Modena, Empoli, Casale Monferrato, Mailand (Theater „Diana"), Foiano della Chiana, Sarzana, usw.

Die Geschichte des Faschismus ist voll von Zusammenstößen und Schlachten mit den marxistischen Umstürzlern. Unzählige Opfer an Toten und Verwundeten brachte die






238. Hetzbild gegen den Faschismus, Turin 1930 (Aus der AIZ)

faschistische Bewegung in ihrem jahrelangen Zweikampf mit dem blutgierigen Bolschewismus. Dies dauerte bis zur Machteroberung durch Benito Mussolini.

*

In einem Artikel vom Jahre 1928 („Gerarchia", „Journal", „New York Herald" und „Weekly Dispatch") schrieb der Regierungschef Italiens unter dem Titel „Präludien des Marsches auf Rom":

„Die Gegner des Faschismus haben lange Zeit versucht, den Ereignissen, die sich gegen Ende Oktober 1922 abspielten, den revolutionären Charakter abzusprechen, indem sie folgende Gründe ins Feld führten: erstens, es sei kein Widerstand geleistet worden, und es sei daher auch nicht zu blutigen Zusammenstößen gekommen; zweitens, alle antifaschistischen Parteien hätten den Weg freigelassen, da – so fügen diese Kommentatoren in schlechtem Glauben (mit Absicht) hinzu – die bolschewistische Gefahr schon seit 1920 verschwunden sei, als die Besetzung der Fabriken, von Giovanni Giolitti ausgedacht und aufgeblasen, wie eine Seifenblase endigte.

Es ist falsch, daß die bolschewistische oder umstürzlerische Gefahr, wie man behaupten möchte, vom italienischen Horizont bereits in dem Jahre verschwunden sei, als die Schwarzhemden auf Rom marschierten.

Es ist aber wahr, daß die bolschewistische Tätigkeit in ganz Italien auch nach der fehlgegangenen Besetzung der Fabriken äußerst intensiv war.

Es ist ferner wahr, daß im November 1921, d. h. ein Jahr nach der Besetzung der Fabriken, der römische Bolschewismus auf die Versammlung der Schwarzhemden mit einem Generalstreik und mit blutigen Überfällen antwortete.

Es ist ebenso wahr, daß im August 1922, das sind zwei Jahre nach der Besetzung der Fabriken und nur drei Monate vor dem Marsch auf Rom, der Bolschewismus sich so wenig erledigt fühlte, daß er mit der berüchtigten ‚Alleanza del Lavoro' versuchte, ganz und gar die Herrschaft über die politische Lage und vielleicht die Macht wiederzugewinnen. Daß in der ‚Alleanza del Lavoro' vielleicht auch sozialistische Elemente waren, bedeutet nichts. Der Charakter der ‚Alleanza del Lavoro' war antifaschistisch und kommunistisch, weil die Kommunisten sie selbst gewollt und aufgestellt hatten. Ihr Ziel war klar: den Faschismus durch einen offenen Angriff, verbunden mit einem politisch-parlamentarischen Manöver, zu zerschlagen. Generalstreik einerseits, Gang von Filippo Turati zum Quirinal andererseits. Die Bildung der ‚Alleanza del Lavoro', das Geheimnis, das über die Namen ihrer Führer und die Allgegenwart ihres Sitzes waltete, zeigen, daß der Generalstreik sich gegebenenfalls in eine ganz und gar revolutionäre Bewegung verwandeln sollte. Der Generalstreik sollte der allerletzte Versuch sein, dem Faschismus den Weg zu versperren. Das geschah, wiederholen wir es bis zur Bewußtlosigkeit, nicht 1919, 1920 oder 1921, sondern im August, sage im August 1922. Die Wahrheit ist, daß der blutige Kampf zwischen dem Faschismus und dem Antifaschismus vom 15. April 1919 an gedauert hat und seinen Höhepunkt in den ersten Tagen des August 1922 erreichte: fast vier Jahre, während welcher Zeit die Nation sich im Zustande eines fast allgemeinen Bürgerkrieges befand.

Es war erst im August 1922, sagen wir es noch einmal, 1922, daß der tragische und paradoxe Zweikampf aufhört, zu dritt ausgefochten zu werden. Eine der streitenden Parteien wurde geschlagen und unterworfen. Mit dem Abbruch des Generalstreiks im August 1922 schreibt der Faschismus eine der schönsten und glühendsten Seiten seiner Geschichte, zerbricht den letzten Versuch seiner Gegner, beweist ferner den Italienern, daß er die Regierung ersetzen und die Fortdauer des Lebens der Nation garantieren kann."

*



Das war der Kampf gegen den Bolschewismus in Italien. Ohne Gnade wurde dieser beispiellose Kampf eröffnet. Mit dem klassischen Abführmittel (Rizinusöl) bereinigten die faschistischen Sturmabteilungen das politische Leben Italiens.

Nachdem die bolschewistische Gefahr in den Straßen und auf den Plätzen niedergerungen war, versuchte die Komintern, die letzten Reste der Roten in Italien in geheime Vereinigungen zurückzuziehen. Sie sind jedoch entdeckt und, kaum gebildet, ausgerottet worden. Das Gesetz über die illegalen Verbände und die Schaffung des Sondergerichts zum Schutze des Staates sind revolutionäre Taten der faschistischen Regierung. Dadurch gelang es, den Abgesandten Moskaus in Italien die Beine zu brechen.

Jedoch gaben sie sich noch nicht besiegt. Die hartnäckige Beharrlichkeit der III. Internationale ist aller Welt bekannt. In Moskau beherrscht man alle Künste und Listen. Der Bolschewismus bedient sich überall der Handelsvertreter und Diplomaten, um seine Wühlarbeit zu betreiben, Waffen zu liefern und Druckerzeugnisse zu verbreiten. Noch einmal versuchte der unterirdische Kommunismus in Italien, in die freigebildeten und gesetzlich anerkannten Vereine einzudringen. Er glaubte, im Dunkeln ungestört handeln zu können. Aber auch die letzten Schlupfwinkel wurden ausgeräuchert.



239. Einem kommunistischen Bombenattentat auf italienische Frontkämpfer fiel am 1. September 1929 Alberto Vendramini zum Opfer



240. Der durch eine von Kommunisten geworfene Bombe getötete Cevonini (1929)

Es wäre naiv zu glauben, die Moskauer Internationale hätte auf alle Manöver auf italienischem Boden verzichtet. Obwohl jeglicher Versuch agitatorischer Arbeit zu sicherem Mißerfolg verdammt ist, da der faschistische Staat genug Sicherheitsorgane besitzt, kommt es verschiedentlich zur Aufdeckung immer neuer Unternehmungen der Roten Agenten. Die Unmöglichkeit eines Eindringens und eines Handelns im Inneren haben die Leiter der Komintern wohl schon erkannt. Aber dennoch scheut man in Moskau kein Mittel, um auf dem Wege über die bekannte „Internationale Antifaschistische Liga", die ihr kümmerliches Leben im Auslande fristet, eine antiitalienische Hetze zu entfalten. Daß der „Grand Orient" der Freimaurer seinerseits dieselbe Liga unterstützt, ist ein offenes Geheimnis. Ab und zu finden diese Mächte irgendeinen Geisteskranken oder einen bezahlten, vom Tode bedrohten Menschen, der durch einen Terrorakt den Lauf der Geschichte zu ändern hofft.

Die Macht des Faschismus in seinen organisierten Massen und in der heranwachsenden Generation bildet aber ein festes Bollwerk gegen alle Gelüste des Bolschewismus. Wenn auch die Utopisten eines internationalen Kommunismus glauben mögen, daß es leicht sei, in die straff organisierten Reihen der Italiener einzudringen, um sie zur stalinistischen Abart des Bolschewismus zu bekehren, – wenn sie vielleicht immer noch im Traume die Sichel und den Hammer über den faschistischen Organisationen sehen mögen, so sollten sie doch das eine nicht vergessen, daß der antibolschewistische Faschismus für das Italienische Volk eine Religion geworden ist.



241. Mussolini, „Lautsprecher des Todes“ (entnommen aus „Die Rote Fahne“ Prag)

Diese kommunistische Hetzkarikatur gegen Mussolini, von der kommunistischen Presse der ganzen Welt veröffentlicht, ist nur ein Beispiel für die schmutzige Propaganda, mit der die Komintern die Aktion Litwinow-Wallachs in Genf gegen Italien begleitete. Die Lage, in die Italien durch den Konflikt mit Abessinien 1935/36 geraten ist, erschien den Moskauer Bolschewiken günstig genug, um ihre offiziellen Agenten in Genf ebenso wie ihre inoffiziellen in der ganzen Welt zur Vernichtung Italiens anzusetzen. Da im Inneren des Landes ein Erfolg des Kommunismus aussichtslos erschien, arbeitete in folgerichtigem Zusammenspiel die rote Diplomatie an der Einkreisung von außen. Während Litwinow-Wallach alles tat, um militärische Sanktionen durchzusetzen, dadurch Italien zum bewaffneten Widerstand zu zwingen und so einen europäischen Krieg heraufzubeschwören – dessen einziger Nutznießer nur Moskau sein kann –, hetzte die Komintern gleichzeitig die Volksmassen der einzelnen Länder auf und ließ durch sie einen wirksamen Druck auf die Parlamente und Regierungen zur Herstellung der Einheitsfront gegen Italien ausüben. Aus der Fülle des Materials greifen wir nur einige Beispiele heraus, die klar das Zusammenspiel von Sowjetregierung und Komintern gegen Italien beweisen.

Litwinow-Wallach: „Ich kann Sie versichern, meine Damen und Herren, daß das von mir vertretene Land hinter niemandem in der loyalen Ausführung seiner von ihm



übernommenen internationalen Verpflichtungen zurückstehen wird.“ (Sanktionen! – 14. September 1935 in Genf.)

Losungen der KPbSU. 1935: „Faschismus, das ist Hunger, Armut, Zerstörung.... Schließt euch zusammen in der Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus, den wütendsten Feind aller Völker!“

Litwinow-Wallach teilt dem Völkerbund mit, daß „die Regierung der UdSSR. keinen Einwand gegen die Ausdehnung der Ausfuhrbeschränkung nach Italien aller in Punkt 4a aufgezählten Erzeugnisse ... erhebt.“ (Petroleum, Kohle, Gußeisen, Stahl. – November 1935.)

Aufruf der KPI: „Verjagen wir Mussolini und seine Regierung von der Macht, um der Erniedrigung Italiens vor der ganzen Welt und dem katastrophalen Krieg ein Ende zu bereiten.“

Manifest des ZK. an die italienischen Soldaten: „Denkt an eure Verpflichtungen an der Front, an die Verbrüderung mit dem abessinischen Heer, die organisierte Verweigerung des Kampfes, an die Flucht von der Front, die Waffe in der Hand! Nützt die Waffen, die ihr habt, zum Kampfe gegen die Unterdrücker Italiens aus!“

So geht es bis zur offenen Aufforderung zur Meuterei. Das endgültige Ziel wird klar genug ausgedrückt; z. B. im Aufruf der Komintern gegen Italien: „ Der Krieg des italienischen Faschismus gegen Abessinien kann das Vorspiel eines neuen imperialistischen Weltkrieges werden.“ Die Parole „Gegen den Krieg“ soll „die Revolution vorbereiten“. Diese aber soll erreicht werden, indem man „bereit ist, die internationalen Gegensätze auszunutzen, um auf jeden Fall den Sieg der sowjetrussischen Armeen durchzusetzen ...“ (Kommunistische Internationale“, Oktober 1935.)

Die Jahre hindurch äußerlich bezeugte „Freundschaft“ der Sowjetunion gegenüber Italien erweist sich so als ein Manöver, das den gleichen Zielen diente wie die heute offen erklärte Feindschaft. Sämtliche Länder, die sich neuerdings der besonderen Zuneigung der Sowjets erfreuen, werden eines Tages die gleiche Erfahrung machen müssen.




242. In den Straßen von Paris verteilte Karten: Die Parole „Gegen den Krieg – bereite die Revolution vor“

# JUGOSLAWIEN

von

Dr. Dušan Milošević, Belgrad

Von Anfang an schenkte Moskau seine größte Aufmerksamkeit dem jungen Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen. Wie überall, entfalteten die Bolschewisten auch hier eine zweifache Tätigkeit: Kampf um die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Königliche Regierung, einerseits, und die Zerstörung der bestehenden Staatsform Jugoslawiens, um auf deren Trümmern neue Sowjetrepubliken zu gründen, andererseits.

Wie ernst es der III. Internationale um die Vernichtung Jugoslawiens ist, beweist die vom Kommunisten Ivo Rajić in der 13. Plenarsitzung des EKKI im Dezember 1933 geäußerte Ansicht: „Jugoslawien ist eines der schwächsten Glieder in der Kette des Weltimperialismus, und es hängt von der Aktivität und Arbeit der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ab, ob es gelingt, die Kette des Imperialismus an ihrer schwächsten Stelle zu zerreißen.“ – Der Bolschewismus betrachtet also Jugoslawien als den geeigneten Angriffspunkt für die Zertrümmerung der Reihe der „kapitalistischen“ Staaten.

Dieses Ziel der Moskauer Internationale soll mit dreierlei Mitteln erreicht werden: 1. durch die Schaffung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ), als einer Sektion der Komintern, 2. durch das Eindringen in alle separatistischen Bewegungen innerhalb des jugoslawischen Staates, um sie für die bolschewistischen Zwecke zu mißbrauchen; 3. durch die Zersetzungspropaganda auf allen Gebieten der Kultur (Herausgabe legaler und illegaler bolschewistischer „Literatur“, „theoretische Forschungen“ in der Wissenschaft und der Kunst usw.). Als besonders wirksame Taktik erwies sich das Eindringen in die ansehnlichsten Organisationen der Jugend, der Künstler, der Gelehrten u. a. m. sowie die Verschärfung der Mißverständnisse und der Unzufriedenheit in diesen Kreisen.

Die Pioniere der KPJ waren Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, die als Kriegsgefangene nach Rußland kamen und dort die bolschewistische Revolution erlebten. Ein Teil davon blieb in Moskau, um die „jugoslawische Sektion“ der Komintern zu vertreten. Andere kehrten heim, um hier die kommunistische Wühlarbeit aufzunehmen. Formell entstand die KPJ fast gleichzeitig mit der Ausrufung des neuen Staates. Als das junge Königreich noch alle „demokratischen Freiheiten“ sorgfältig wahrte, arbeitete die KPJ unter der Firma „Unabhängige Arbeiterpartei“ legal. Sie stützte sich auf die Arbeiterschaft, konnte aber, angesichts der schwachen Entwicklung der Industrie im Lande, keinen Massenerfolg haben.

Um so beachtlicher ist die rege Tätigkeit der KPJ in den ersten Jahren ihres Bestehens. Schon im Jahre 1920 fühlte sie sich z. B. in Belgrad stark genug, um auf die Straße zu gehen. Es war damals für den 1. Mai eine große Kundgebung geplant. Der entschlossene Innenminister Drašković ließ am Vorabend alle Anstifter verhaften und die Hauptstadt durch Militär sichern. Kurz danach wurde die Unabhängige Arbeiterpartei verboten. Das war der Beginn der unterirdischen Tätigkeit des Bolschewismus in Jugoslawien. Schon im nächsten Jahre mußte Drašković seine Maßnahmen mit dem Leben bezahlen. Er wurde in Zagreb ermordet.

Selbstverständlich erklärte die KPJ damals, sie sei an dem Morde wie auch an dem kurz vorher versuchten Attentat auf den Regenten Alexander unbeteiligt. Dieselbe Erklärung wiederholten die Bolschewisten auch nach dem Königsmord in Marseille im Jahre 1934 und beriefen sich dabei auf die Parteisatzungen, laut derer der individuelle Terror „verboten“ sei ... Was ähnliche Erklärungen wert sind, zeigen die Anweisungen des Sekretärs des EKKI, des Bulgaren Kolarow, an die Agenten der Komintern: „Jeder verantwortliche Agent, dem die Arbeit in einem bestimmten Sektor zugewiesen ist, muß mit allen bürgerlichen Organisationen engste Beziehungen anknüpfen und sich diesen möglichst annähern. Während der Kommunist diese Mission ausführt, wird er von allen allgemeingültigen Satzungsvorschriften



der Kommunistischen Partei befreit.“ – Es fällt den Bolschewisten also nicht schwer, nach einem verübten politischen Mord sich auf satzungsmäßige „Verbote“ zu berufen.

Einen furchtbaren Schlag erlitt die KPJ durch die radikale Reform des Königs Alexander I. vom 6. Januar 1929. An jenem Tage hat der Monarch, in der Überzeugung, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die bolschewistische Gefahr im Rahmen des demokratischen Parlamentarismus nicht möglich sei, eine Reihe von Gesetzen erlassen, die der Befestigung der zentralen Staatsmacht dienten. An die Spitze der Regierung trat der erfahrene Mitarbeiter der Krone, General Zivković, der seine Macht unverzüglich gegen alle staatsfeindlichen Elemente anwandte. Rasch deckte die Polizei eine Reihe von Herden der kommunistischen Seuche auf. Die Mehrzahl der Kommunistenführer, denen es nicht gelang, nach Moskau zu flüchten, wurde verhaftet, verurteilt und z. T. hingerichtet.

Mitte 1932 beschloß die Komintern, alle Anstrengungen zu machen, um die bolschewistische Bewegung in Jugoslawien zu beleben. Die KPJ wurde mit neuen Geldmitteln und neuen Richtlinien versorgt und die Parteileitung aus neuen Leuten gebildet, die zur Durchführung der Aufgaben geeigneter zu sein versprachen. Die Anweisungen forderten Verstärkung der Propaganda auf dem Lande und in der Wehrmacht, Errichtung der „Einheitsfront“ mit anderen Organisationen, um diese im bolschewistischen Sinne zu beeinflussen, und schließlich – erbitterten Kampf gegen den „imperialistischen“ Krieg sowie eine eventuelle Intervention gegen die UdSSR. Die Wühlereien der KPJ erhielten wieder neuen Aufschwung und hatten schon bald sichtliche „Erfolge“ zu verzeichnen. Erwähnt sei hier vor allen Dingen der große Prozeß in Marburg/Drau (Maribor) im Jahre 1933, der ein verzweigtes Netz von kommunistischen Zellen im Heere aufdeckte. Einige Soldaten (darunter zwei Offiziere) erhielten hohe Strafen, manche der Angeklagten flüchteten beizeiten nach Moskau.

Die 4. Konferenz der KPJ im Dezember 1934 – die erste nach der Auflösung der Partei – stand im Zeichen der engsten Verbindung mit der Komintern. Sämtliche Beschlüsse und Wahlen wurden genau wie in der UdSSR „einstimmig“ durchgeführt. Laut Protokoll stellte die Konferenz mit Befriedigung fest, daß die Mitgliederzahl 3000 erreichte, die illegalen Zeitungen und Zeitschriften regelmäßig erscheinen, die Streiks in den Industriewerken sich mehrten, wovon zwei Drittel von den Kommunisten oder der Einheitsfront organisiert waren. Es wurde erneut beschlossen, die Bauern- und Separatistenbewegungen in verschiedenen Teilen des Landes der Parteileitung unterzuordnen. „La Correspondance Internationale“, das Organ der Komintern, schließt den Bericht über die 4. Konferenz mit folgenden Worten: „Die nationale Konferenz der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bewies, daß sich die jugoslawische Sektion der Komintern reorganisiert, endgültig konsolidiert und vereinigt, politisch und organisatorisch befestigt und ihrer Aufgaben am Vorabend des zweiten Zyklus der Revolutionen und Kriege bewußt, vor den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale treten wird.“

Im Rundschreiben des Vollzugskomitees der KPJ 1934 sind die Forderungen des Bolschewismus in Jugoslawien wie folgt formuliert: „a) Sturz der Monarchie, b) freie Selbstbestimmung der kroatischen, slowenischen, mazedonischen und montenegrinischen Völker bis zur völligen Lostrennung, c) Versammlungs- und Vereinsfreiheit, d) Amnestie für alle politischen und militärischen Verbrecher, e) Aufhebung des Gesetzes zum Schutze des Staates, f) Errichtung der Sowjetmacht der Arbeiter und Bauern“. („La Correspondance Internationale“ Nr. 98–99/1934.)

Noch viel bedrohlicher und ihrer Intensität sowie ihren Ergebnissen nach bedeutungsvoller als diese eine Seite der kommunistischen Tätigkeit ist die Wühlarbeit, die Moskau unter gewissen kroatischen Gruppen ausübt. Wenn diese Gruppen vielleicht auch bei manchen Nachbarn Jugoslawiens Förderung finden, so genießen sie die wirksamste Unterstützung doch von Moskauer Seite.

Die Grundsätze der Komintern für die Zusammenarbeit mit den nationalrevolutionären Bewegungen in allen Ländern wurden auf dem VI. Weltkongreß festgesetzt. Sie lauten: „Die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Staaten sollen den Kampf für die

Freiheit, welchen die bedrängten Minderheiten führen, unterstützen, ihre revolutionäre Tätigkeit leiten und ohne jedes Schwanken ihre Rechte zur weitesten Autonomie und gar zur vollkommenen Befreiung verteidigen."

Schon seit langem hat die Komintern nicht nur durch die KPJ, sondern auch unmittelbar Beziehungen zu den separatistischen Gruppen im Königreich unterhalten, am engsten – zu der kroatischen nationalrevolutionären Organisation der „Ustaši" und mit der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation (IMRO) – d. h. bemerkenswerterweise zu jenen zwei Gruppen, aus deren Reihen die Mörder des Königs Alexander I. von Jugoslawien hervorgegangen sind.

Neben der rein revolutionären und terroristischen Tätigkeit trachten die Bolschewisten auch in Jugoslawien, weiteste Kreise der Gesellschaft mit der materialistisch-atheistischen Ideologie zu vergiften und durch falsche Nachrichten über das „Sowjetparadies" irrezuführen, um auf diese Weise möglichst viele bewußte oder unbewußte „Freunde des Neuen Rußland" zu werben. Der Boden für diese Zersetzungsarbeit ist günstig genug, da die rasch wachsende Schicht der jugoslawischen Halbintellektuellen immer genug Adepten für allerlei primitive Weltauffassungen und „Lebenstheorien" abgibt. Die sowjetophile Propaganda wird noch dadurch gefördert, daß die Öffentlichkeit Jugoslawiens stets das größte Interesse für Rußland hatte. Daraus ziehen die kulturbolschewistischen Agitatoren ihren Nutzen, indem sie durch eine zielbewußte Pressepropaganda sowie durch den Sowjetfilm die Annäherung Jugoslawiens an die UdSSR betreiben.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Kommunismus der jugoslawischen Jugend. An allen Mittel- und Hochschulen bestehen seit Jahren geheime Zellen und Bünde mit z. T. ausgesprochen bolschewistischem Charakter. Auch die unpolitischen fachlich-wissenschaftlichen Jugendgruppen werden nicht ohne Erfolg durch eine unsichtbare Hand unter den Einfluß der Moskauer Agenten gebracht. Dieselben Kräfte verstehen es ausgezeichnet, die anfangs harmlosen Studentenunruhen auf die Spitze zu treiben und ins Endlose zu ziehen. Bei den großen Unruhen in Belgrad war diese Hand besonders zu spüren. Im Jahre 1931 begann man mit Forderungen beruflicher Natur und endete mit den Parolen „Nieder mit Živković!" oder sogar „Es lebe Stalin!" Dasselbe war 1935 der Fall, als die Unruhen einen großen Aufschwung nahmen und sogar ein Toter sowie mehrere Verletzte zu beklagen waren. Man verhaftete dabei eine Jüdin, die der Studentenschaft nicht angehörte, aber einen Mitgliedsausweis der KPJ bei sich hatte. Zwecks Verbreitung ihrer Umsturzideen geben die Bolschewisten auch verschiedene illegale Studentenzeitschriften heraus. Hebt die Polizei einen Verlag aus, so entsteht sehr bald ein anderer.

Der Bolschewismus hat insgesamt nicht unbedeutende „Erfolge" bei seiner unterirdischen Aktivität auf jugoslawischem Territorium erzielt. Anders steht es jedoch mit der durch Moskau so angestrebten Anerkennung der UdSSR durch Belgrad. König Alexander lehnte bis zum letzten Tage seines Lebens jegliche Beziehungen zum Kreml entschieden ab. Diese Politik wird auch durch den Regentschaftsrat befolgt.

Die tatsächliche Gefahr seitens der Komintern nicht nur für den Bestand des Staates, sondern auch für die höchsten Werte der Menschheit, wurde bis in die jüngste Zeit nur durch wenige Jugoslawen erkannt. Selbst unter Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern usw. hielt man den Kommunismus für eine „theoretische und nicht uninteressante Bewegung", der man mit Neugier oder gar mit Sympathie begegnete. Nur die Geistlichkeit mit dem Patriarchen Varnava an der Spitze kämpfte unermüdlich dagegen und versäumte keine Gelegenheit, um die Gläubigen auf die Weltgefahr des Bolschewismus hinzuweisen. Je länger je mehr erkennen alle Schichten der Bevölkerung Jugoslawiens die dringende Notwendigkeit eines großangelegten Abwehrkampfes. Durch die Presse (u. a. Wochenschriften „Ideje" und „Balkan" in Belgrad, katholische Zeitschriften in Kroatien und Slowenien, Verlag „Mosk" in Zagreb) sowie durch mündliche Aufklärung gelang es in kurzer Zeit, die bisherige Gleichgültigkeit zum Schwinden zu bringen und an ihre Stelle einen zielbewußten Widerstand zu setzen.



# ÖSTERREICH

von

Karl von Winckler, Wien

Im November 1918, als die alte österreichisch-ungarische Monarchie zusammenbrach, kam es unter der Führung einiger aus russischer Gefangenschaft zurückkehrender Männer, so insbesondere Karl Tomanns, zur Gründung einer kommunistischen Gruppe in Österreich. Schon früher war ein Kreis von weit links stehenden Sozialdemokraten an Lenin herangetreten, um sich von ihm Ratschläge über die Gründung und den Aufbau einer neuen Kommunistischen Partei zu holen. Diese Gruppen traten auch mit einem sehr naiv gehaltenen Brief an den exponiertesten Führer der offiziellen Linken innerhalb der Sozialdemokratie, Friedrich Adler, heran und ersuchten ihn, den Vorsitz der jungen Kommunistischen Partei zu übernehmen. Mit dem Hinweis darauf, daß in einer Sozialdemokratischen Partei unbedingte Einheit notwendig sei, lehnte Adler nicht nur den Vorsitz, sondern auch die Gründung einer Kommunistischen Partei Österreichs ab. Dennoch kam es aber zu ihrer Entstehung. Es wurde ein Zentralkomitee gewählt, dem unter anderem auch Bettelheim, Friedländer und Frey angehörten.



243. Dr. Friedrich Adler, Mörder des Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Generalsekretär der 2. Internationale



244. Der Reichssekretär der Kommunistischen Partei Österreichs, Johann Koplenig, der im Zusammenhang mit dem Aufruhr am 15. Juli 1927 angeklagt, aber von den Wiener Geschworenen freigesprochen wurde

Die neue Kommunistische Partei Österreichs (KPOe) war in den ersten Jahren ihres Bestehens ganz unter dem Einfluß der Sozialdemokraten. Diese verstanden es, sich einen bedeutenden Einfluß unter der kommunistischen Anhängerschaft zu wahren, wie überhaupt der Austromarxismus hinsichtlich seiner Ideologie und seiner Methoden dem Kommunismus viel näher stand, als die sonstigen sozialdemokratischen Parteien. Mit diesem Manöver erreichte die Sozial-Demokratische Arbeiter-Partei (SDAP), daß es nur zu verhältnismäßig geringen Abspaltungen von ihr kam, und daß der Kommunismus nur unbedeutende Anhängerschaft gewinnen konnte. Er war aber in den Arbeiter- und Soldatenräten stärker vertreten; des weiteren standen noch einige Gruppen der Volkswehr auf seiner Seite, so vor allem die „Rote Garde" in der Stiftskaserne von Wien und das Volkswehrregiment Nr. 37.

Bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Frühjahr 1919 erhielten die Kommunisten nur wenige Stimmen: in Wien 56000, in der Provinz 12000. Die Sozialdemokraten trugen weitaus den Sieg davon, so besonders in Wien mit 1300000 Stimmen.

Als dann in Ungarn die Kommunisten zur Macht gelangten und dort sogar eine Sowjetregierung schaffen konnten, als gleichzeitig auch in Bayern eine Sowjetrepublik ausgerufen wurde, wollte auch die kleine KPOe zum entscheidenden Schlag ausholen.

Es wurde der Arbeiter- und Soldatenrat mobilisiert, die Besatzung der Stiftskaserne bereitgehalten und eine zentralisierte bewaffnete Massendemonstration organisiert. Am 5. Juni 1919 hat man mit einer großen Aktion begonnen. Die erste Demonstration wurde vor dem Herrenhause in der Herrengasse veranstaltet. Hier geschah es seit dem Bestehen der jungen Republik zum ersten Male, daß auf demonstrierende Arbeitermassen geschossen wurde. Die Kommunisten hatten 9 Tote.

Dieser Aufstand war von vornherein zu einem Mißerfolg verurteilt. Der einzige „Erfolg" der Demonstration war, daß es den Kommunisten gelang, neben der Ausräumung von Geschäften, vor allem Lebensmittelhandlungen, die „Neue Freie Presse" zu besetzen, die dann zweimal unter kommunistischer Redaktion erscheinen mußte. In einem Ton, der eine österreichische Sowjetrepublik schon für gegeben ansah, versuchten die kommunistischen Propagandisten in dieser Zeitung nachträglich für einen Umsturz zu werben.

Die nächsten Jahre brachten eine Stabilisierung der Verhältnisse, ein Erstarken der Sozialdemokratie und ein Abflauen der revolutionären Welle mit sich. Die KPOe mußte eine Rückentwicklung mitmachen, dies um so mehr als nur wenig Kräfte von den Sozialdemokraten zu ihr überströmten. Zu einer nennenswerten Abspaltung aus der SDAP kam es nicht, wie etwa in Deutschland, wo die Vereinigung mit den Unabhängigen vollzogen wurde, oder in Frankreich, wo sich die Mehrheit der Sozialdemokraten auf dem Parteitag zu Tours für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aussprach. Die KPOe hatte in den ersten Jahren ihres Bestehens rund 16000 Mitglieder gehabt. Diese Zahl erscheint besonders für österreichische Verhältnisse ziemlich groß; sie ging aber im Laufe der Jahre immer mehr zurück, bis sie schließlich im Jahre 1927 bei 2000 angelangt war. Die Ursache dieses Niederganges war die „Fraktionspolitik" innerhalb der Partei selbst. Der Kampf der revolutionären Gruppen untereinander war auch der Grund zu der unheimlichen Fluktuation in der Partei. In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens dürften nicht weniger als 120000 Menschen durch die KPOe hindurchgegangen sein.

Aus allen Schwierigkeiten heraus, die den Kommunismus nie recht zur Entfaltung kommen ließen, entstand jedoch eine kleine, der Partei treu ergebene Gruppe von Mitgliedern. Sie setzte sich langsam durch und konnte die sich ihr entgegenstellenden Widerstände langsam überwinden. Der Parteitag im Jahre 1927 wählte ein Zentralkomitee, dessen Sekretär Koplenig wurde. Von diesem Jahre an machte die organisatorische, politische und ideelle Festigung der Partei große Fortschritte.

*

Im Januar 1927 waren im Burgenland von Mitgliedern der Frontkämpfervereinigung zwei sozialdemokratische Schutzbundmitglieder erschossen worden. Die Staatsanwaltschaft strengte gegen die Täter einen Prozeß an, den sogenannten Schattendorfer Prozeß (nach dem Ort der Mordtat), dessen Ausgang mit größter Spannung erwartet wurde. Als am 14. Juli 1927 in den späten Abendstunden die Nachricht vom Freispruch der Schuldigen bekannt wurde, mußte man mit gewaltsamen Gegenaktionen rechnen. Schon vorher hatten die Führer des Schutzbundes immer damit gedroht, daß, wenn es zu einer Verletzung der „Ehre und Rechte der Arbeiter" käme, ein Wort genüge, um die „Arbeiterbataillone" in Wien aufmarschieren zu lassen. Es muß dabei bedacht werden, daß zur damaligen Zeit der Schutzbund die Macht in Österreich war. Die Marxisten beanspruchten für sich das unbedingte und alleinige Recht auf die Straße. Die Demonstration gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß erfolgte spontan aus sich heraus. Die Siemens- und Schuckert-Arbeiter waren die ersten, die am Morgen des 15. Juli die Arbeit niederlegten und gemeinsam auf den Ring





245. Demonstrationszug streikender Roter Arbeiter der Metallwerke Heid in Stockerau bei Wien




246. Kommunistischer Demonstrationszug in den Straßen Wiens

247. Kommunistischer Massenaufmassch in der Wiener Innenstadt



248. Der brennende Wiener Justizpalast (15. Juli 1927)



249. Der Justizpalast brennt



250. Der 15. Juli 1927: Die Straßen werden von berittener Polizei geräumt

zogen. Die Elektrizitäts- und Straßenarbeiter schlossen sich der Bewegung an, und bald war, nachdem man den Generalstreik ausgerufen hatte, die Mehrheit der Wiener Arbeiterschaft auf der Straße.

Ursprünglich fehlte dem Aufstand Führung und Parole. Nun setzten die Kommunisten ihre eigens zu solchen Zwecken erzogenen aufrührerischen Elemente ein, die planmäßig das Vorgehen der Massen zu organisieren begannen. So wollte man zuerst die Universität als die Stätte, die das „Bürgertum" wissenschaftlich und praktisch zum „Kampf gegen das Proletariat" vorbereite, anzünden. Doch richtete sich die Bewegung der Menge, der kein Widerstand entgegengesetzt wurde, vornehmlich auf den Justizpalast. Dieser ist eines der repräsentativsten Gebäude am Ring in Wien. Unter den Augen der Polizei, die einen halben Vormittag lang untätig den Ausschweifungen der Massen zusah, wurde der Justizpalast in Brand gesetzt. Er brannte vollkommen aus. Die Polizei schritt nicht ein. Erst als sich der Haß der Menge auch gegen die Polizei selbst richtete, als man begann, Polizisten zu schlagen, zu beschießen, ja sogar zu martern, wie es in einer dem Justizpalast nahegelegenen Wachstube in der Lichtenfelsgasse der Fall war, stürmten Polizisten in die Polizeidirektion und verlangten dringend Waffen (bis 1927 machten die Polizisten ständig ohne jede Waffe Dienst!). Dort wollte man ursprünglich die Waffen nicht herausgeben aus Angst, die Verantwortung für einen bewaffneten Konflikt zwischen Polizei und Arbeiterschaft zu übernehmen. Erst als der damalige Bundeskanzler Dr. Seipel sich bereiterklärte, die Verantwortung hierfür zu übernehmen, begann die Polizei planmäßig mit der Waffe in der Hand gegen die Aufrührer vorzudringen.

Während dieser Zeit übernahm der Vorsitzende und Führer der SDAP, Bürgermeister Dr. Seitz, von einem Löschwagen aus den Versuch, die Demonstranten zu beruhigen. Man achtete nicht auf ihn. Die Stadt war mehrere Stunden lang vollkommen in der Hand der Aufständischen.



251. Einigen Polizisten wurden die Uniformen vom Leibe gerissen und an Laternenpfählen aufgehängt

Endlich wurde die Polizei eingesetzt, überall genügte die erste Salve, um die Massen auseinanderzutreiben. Es war für die damaligen Verhältnisse etwas Außergewöhnliches und Befremdendes, daß die Polizei es wagte, den Demonstranten bewaffneten Widerstand zu leisten. Am Ende des Tages war die Ruhe zum größten Teil wiederhergestellt. Die Regierung hatte sich behauptet. Hundert Tote und fast tausend Verwundete wurden als Opfer dieses Tages beklagt.

Der Generalstreik war ohne besonderen Erfolg durchgeführt worden. Er wurde in der Provinz, so vor allem in Tirol unter der Führung Steidles, in Steiermark unter Pfriemer, beide Heimwehrleute, gebrochen. Mit Gewalt wurde dort die Eisenbahn wieder in Bewegung gesetzt, der Verkehr aufrechterhalten und somit der Streik niedergeschlagen. Kleine Heimwehrgruppen waren imstande, größere Massen von gut organisierten Schutzbundtruppen zurückzuwerfen. Dies war die Geburtsstunde der Heimwehr. Von diesem Kapital hat die Heimwehr in den nächsten Jahren gezehrt. Kurze Zeit darauf, am 4. Oktober 1927, kam es zum erstenmal zu größeren Heimwehraufmärschen in dem durchaus Roten Wiener Neustadt. Es schien damals, als ob es zu einem neuen Bürgerkrieg kommen sollte. Giftspeiend wehrte sich die Sozialdemokratie dagegen, daß ihr das „Recht auf die Straße“ genommen werde. Alle Gegenversuche blieben aber vergeblich. Der Aufmarsch in Neustadt war nur die Generalprobe zu einem bald darauf stattfindenden Aufmarsch in Wien selbst. Die Marxisten hatten das „alleinige Recht auf die Straße“, die Roten Bataillone ihr Ansehen und ihre militärische Bedeutung verloren.

Die KPOe war zur Zeit des 15. Juli auf ihrem Tiefpunkt angelangt. Sie hatte jeden Kontakt mit den Massen verloren und sich sogar bereit erklärt, in den Wahlen mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, wenn diese auf einige wenige Forderungen eingingen. Obwohl die kommunistische Parteileitung augenscheinlich auf den Ausbruch des Aufstandes am 15. Juli nicht vorbereitet war, wußte sie doch die Situation geschickt auszunutzen. Die Ereignisse hatten unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft den Glauben an die Demokratie stark ins Wanken gebracht. Die Gewalt der Waffen, die von der Regierung aufgeboten war, hatte den Sieg über die ziemlich große Menge von sozialdemokratischen Stimmzetteln davongetragen. Wesentliche Teile der Sozialdemokraten wandten sich von ihrer Partei ab und wurden von anderen Parteiorganisationen erfaßt, vor allem vom Nationalsozialismus, von der Christlichsozialen Partei, aber auch vom Kommunismus. Die Gruppen, die zur KPOe übergingen, wurden die besten Kader der Partei und beschleunigten ihr Wachstum, obwohl der Einfluß der Sozialdemokratie noch ziemlich stark war. Die Führung der SDAP ging gegen alle Oppositionen drakonisch vor und schloß alle Unzufriedenen aus der Partei aus.

*

Fortschritte machte auch die politische Bedeutung der KPOe. Die Partei wurde langsam aus einem Anhängsel der Sozialdemokratie zu einer selbständigen Organisation, die eine eigene Politik führte. Mit Hilfe der Moskauer Internationale verfolgte sie politisch eine feste Linie. Die starke Kommunistische Partei Deutschlands wurde als Vorbild genommen. Der österreichische Kommunismus ahmte mit Erfolg die Aktionen der „Roten Brüder im Reich“ nach. Der Rotfrontkämpferbund in Deutschland war zu einer Riesenorganisation geworden, der auf seinem Reichstreffen in Magdeburg 250000 aktive Kämpfer vereinigen konnte. Nach diesem Vorbilde gründete auch die KPOe einen Rotfrontkämpferbund, dessen Bestehen aber nur kurze Zeit dauerte. Er wurde trotz des Koalitionsrechtes der Republik Österreich von der Polizei verboten. Als Ersatz dafür gründete man die „Arbeiterwehr“, die wegen schwerer innerer Zerwürfnisse sich nie recht zu entfalten vermochte.

Im Jahre 1931 trat die KPOe, nach dem Vorbild der KPD, mit einem geschlossenen Programm, dem sogenannten „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des



Volkes“, an die Öffentlichkeit. Es begann aus verschiedenen Gründen langsam ein Aufstieg der Partei. Auf dem Hernalser Parteitag (Hernals ist ein Wiener Arbeiterbezirk) kam dies zum Ausdruck. Es war der erste Parteitag, auf dem es keine Fraktionen mehr gab, auf dem bereits ein einheitlicher Wille vorhanden war und ein Ziel klar vor Augen lag. Die Zahl der Mitglieder hatte sich verdoppelt und betrug nun 6000. Die Wahlen von 1930 hatten ebenfalls einen Zuwachs gezeigt. Die Wahl des Jahres 1932 brachte ein weiteres Plus: die Zahl der kommunistischen Wähler in Wien stieg von 10000 auf 22000. Insgesamt hatte die Partei im Frühjahr 1932 an die 60000 Anhänger. In Wien vermochte die KPOe zwei Bezirksratsmandate (Ottakring und Favoriten) zu erwerben. Die Zahl der kleinen Gemeinderatsmandate in der gesamten Provinz betrug 60 bis 80. Die „antifaschistische Aktion“ im Sommer und im Herbst des Jahres 1932 brachte weitere Erfolge. Wie arg die Zustände im damaligen Wien waren, beweist, daß bei einer kommunistischen Versammlung in Hernals bereits 10000 Menschen aufgeboten werden konnten. Am 15. Jahrestage der bolschewistischen Revolution in Rußland organisierte man in Wien allein 15 Versammlungen, an denen ungefähr 20000 Menschen teilnahmen.

*

Im Januar 1933 konnte Hitler in Deutschland die Macht ergreifen und die KPD vernichten. Ein Schritt, der Deutschland mit Sicherheit vor seinem Untergang bewahrt hat. Auch in Österreich glaubte die Regierung stark genug zu sein, um gegen sozialistisch-kommunistische Verbände vorstoßen zu können. Ohne jeden Widerstand der SDAP wurde der Schutzbund aufgelöst. Man kerkerte einige Hundert bekannter Kommunisten ein. Am 28. Mai 1933 wurde die KPOe verboten und bei Strafe jede Betätigung für sie untersagt.

Den Kommunismus störte dies aber nicht; er stellte sich mit überraschender Schnelligkeit auf illegale Betätigung um. So gelang es der Regierung nicht, auch nur eine einzige kommunistische Organisation zu zertrümmern, denn alle wurden in streng geheimer Weise weitergeführt. Allerdings erlitt die Mitgliederzahl einen starken Rückgang. Im allgemeinen kann aber gesagt werden, daß die Kaders fast vollständig bewahrt blieben. So gelang es der Polizei auch nicht, die führenden Mitglieder der Partei, weder aus dem Zentralkomitee noch der Wiener Stadtleitung, namhaft zu machen und zu erreichen. Die Illegalität schloß die Zellen der Partei enger zusammen und zwang sie zu festerer und aktiverer Arbeit. Außerdem kam es zu einer Verbindung mit einer Gruppe linker Sozialisten, die nicht mehr ihrer Parteiführung folgten. Diese Einigung, die sich in der „linksradikalen Arbeiteropposition“ vollzog, führte auch zu einer gewissen Kampfeinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Inzwischen waren die Sozialdemokraten ebenfalls bis zu einem gewissen Grade in die Illegalität getrieben worden. Der Schutzbund mußte illegal weitergeführt werden und begann sich allmählich der Methoden der KPOe zu bedienen.

Bereits im März 1933, als die Regierung das Parlament aufgelöst hat, verlangte die aufgehetzte Arbeiterschaft von ihren Parteiführern, die Parole des Generalstreiks auszugeben und einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Wie immer, schob auch diesmal der Parteivorstand solche Maßnahmen hinaus und begnügte sich damit, lächerliche Komödien aufzuführen. Er hatte angekündigt, daß, wenn die Regierung den Zusammentritt des Parlaments verhindern werde, „die Stunde des Handelns gekommen sei“. Für den Fall, daß die SDAP verboten oder der Bürgermeister von Wien, Dr. Seitz, abgesetzt werden würde, gab man die Parole des Generalstreiks aus. Im Januar 1934 wußte die Wiener Arbeiterschaft bereits, daß sich eine „große Sache“ vorbereitete.

Ausgelöst wurde der Aufstand in der Provinz, besonders in der Obersteiermark und in Oberösterreich, wo die revolutionären Strömungen am stärksten waren, da die dortigen sozialdemokratischen Organisationen nicht so unter dem Druck des zaudernden Parteivorstandes standen. Diesmal hatte auch die KPOe die Lage rechtzeitig erfaßt und griff

aktiver als im Juli 1927 ein. Bei Ausbruch des Aufstandes wurde in einem illegalen Flugblatt, daß in einer Riesenauflage verbreitet wurde, die Arbeiterschaft zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand aufgefordert. Man peitschte dadurch die Massen noch mehr auf. Bezeichnend ist, daß der Aufstand gerade in Linz, wo die kommunistischen Organisationen durch eine illegale Betätigung sehr erstarkt waren, losbrach. Der 12. Februar brachte den Wiener Elektrizitätsarbeitern die Nachricht von dem Widerstande, den der Linzer Schutzbund der Waffensuche der Polizei entgegensetzte. Die Wiener Arbeiter, von ihrer Führung vollkommen losgelöst (diese verfolgte andere Ziele), erklärten sich solidarisch mit den Linzern und legten die Arbeit nieder. Um 11 Uhr 15 war Wien ohne elektrischen Strom. Der Schutzbund hatte sich versammelt, um für das „Rote Wien“ und die „demokratischen Errungenschaften“ zu kämpfen, doch stand er ohne Führer da. Die Parteiführung war sich noch immer im unklaren darüber, was zu tun sei. Sie wagte es nicht, eine „Arbeitermacht“ zu proklamieren. So wurde der Kampf in den Februartagen schließlich kaum mehr als eine Verteidigung.

Dort, wo die Kommunistische Partei zur Stelle war, schritt man allerdings zur Offensive. An einigen Stellen war es der KPOe gelungen, die Führung des bewaffneten Aufstandes an sich zu reißen. Kommunisten machten gemeinsame Sache mit den Sozialdemokraten.

Die Kommunisten wußten diese Gelegenheit dahin auszunutzen, daß sie die Sache der Partei zu einer „Sache der gesamten Arbeiterschaft“ erklärten. Außerdem verstanden sie es, bei der Bevölkerung, auch soweit sie antimarxistisch war, eine gewisse Sympathie zu erwecken, da die Regierung wegen ihrer Haltung in nationalen Fragen nicht nur Freunde hatte. Von ihren Führern verlassen, den demokratischen Illusionen nicht mehr glaubend, gingen viele Sozialdemokraten zu den Kommunisten über.

Es wäre der Regierung auch nicht gelungen, den Aufstand, der sich über ganz Österreich ausdehnte, im Laufe einer Woche niederzuschlagen, wenn sie nicht noch in der Nacht vom 11. zum 12. Februar die maßgebenden Sozialdemokraten sowie die wichtigsten Unterführer des Schutzbundes hätte verhaften können. Diese Leute hatten eben nicht den Befehl der KPOe befolgt, am Vorabend „großer Pläne“ nicht nach Hause schlafen zu gehen. Ein Teil der Sozialistenführer war übrigens sofort geflohen oder hatte sich einsperren lassen, um sich ein Alibi zu sichern. So der als besonders „radikal“ bekannte Neustädter „Arbeiterführer“ Püchler, der bereits am 10. abends einem Schutzmann auf offener Straße ein paar Ohrfeigen gab, um sich rechtzeitig „sicherstellen“ zu lassen.

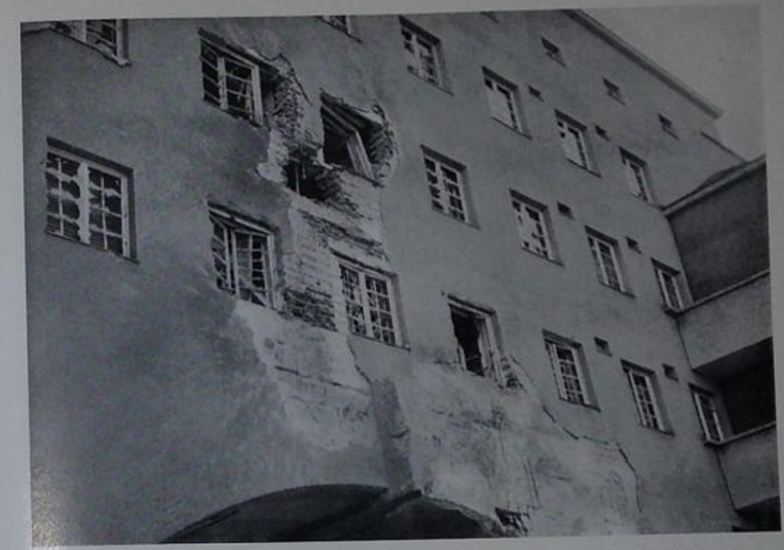
Auch war es den Aufständischen nicht möglich gewesen, die Telephonverbindungen zu unterbrechen. Insbesondere das automatische Telephon funktionierte störungslos. Auch die Wasserversorgung wurde nicht unterbrochen. Die Aufständischen wagten es auch nicht, die beiden in Wien befindlichen großen Gasometer in Brand zu stecken.

In den Vororten von Wien befanden sich, strategisch angelegt, große Arbeiterwohnhäuser, von welchen eines – der „Karl-Marx-Hof“ – ein Kilometer lang ist und 25000 Menschen beherbergt. Diese sogenannten Wohnburgen wurden den Aufständischen insofern zum Verhängnis, als sie sich dort ganz sicher fühlten. Die Regierungstruppen und die Polizei konnten diese Festungen jedoch ruhig umzingeln und ohne Hast mit schweren Maschinengewehren und Artillerie beschießen. In der Provinz war es ähnlich. In den Industriezentren hatten sich die Aufständischen häuslich eingerichtet und konnten ruhig umzingelt werden. So war die kleine Industriestadt Bruck a. d. Mur zur „Sowjetstadt“ geworden, jedoch konnte die gesamte Gendarmerie Steiermarks rundherum gelegt werden, so daß sich der Ort nach einer Artilleriebeschießung schließlich ergab.

Das Ergebnis dieser Methode war allerdings eine große Zahl von Opfern. Insbesondere viele Frauen und Kinder wurden durch die Artilleriegeschosse, die durch die Wände oder Fenster in die Wohnungen eindrangen und erst darin krepierten, getötet.

Auch nach dem Aufstand setzte sich der Übertritt zu den Kommunisten, insbesondere in den Reihen der Jugendlichen, fort. So hatten sich schon im April 1934 die kommunistischen

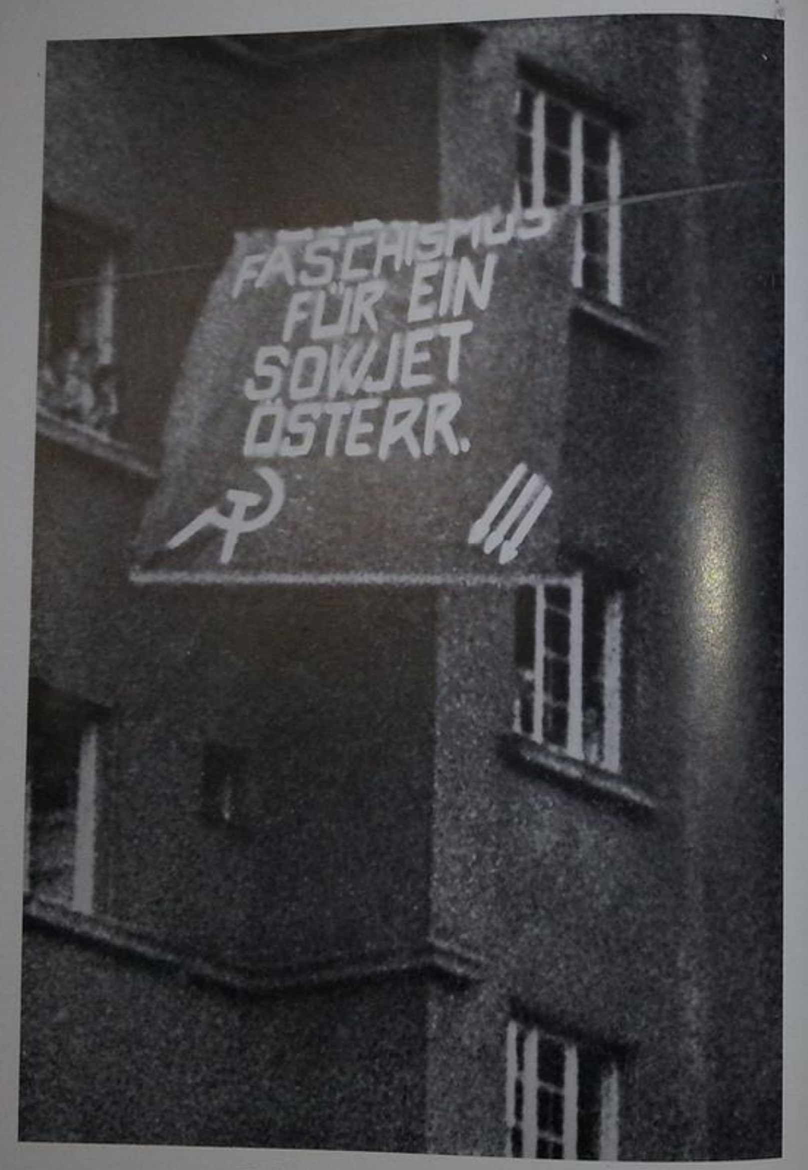




252. Der aus der Februarrevolte bekannte Karl-Marx-Hof in Wien nach der Beschießung




253. Das „Arbeiterheim“ Ottakring. Eines der Häuser in Wien, in denen sich die Roten Aufständischen im Februar 1934 zu halten versuchten




254. Das Symbol der „Einheitsfront" in Österreich



Organisationen vervierfacht und einige Monate später sogar verachtfacht. Dabei machte es sehr viel aus, daß sich die offizielle Linke der Sozialdemokratie der KPOe anschloß. In einer eigenen Organisation – der „Rotfront" – wurden diese Sozialisten bei einer in Wien Ende Juni 1934 stattfindenden Konferenz mit den Kommunisten zusammengefaßt. Auch eine Anzahl höherer SDAP-Funktionäre, unter anderen der Redakteur der „Arbeiterzeitung", Ernst Fischer, der bisher der Führer der Linken gewesen war und über einen großen Anhang besonders unter der Jugend verfügte, trat zur KPOe über. Diese hatte die Parole ausgegeben, keine einzige sozialdemokratische Organisation aufzugeben, sondern sie als „überparteiliche" weiterzuführen. Deshalb gelang es auch, den Schutzbund in überraschend kurzer Zeit neu aufzubauen und unter eine gemeinsame sozialdemokratisch-kommunistische Führung zu stellen. Die Sozialdemokraten, die darauf bestanden, weiter eine eigene Partei zu bilden, hatten einen Bund „Revolutionäre Sozialisten" gegründet, der sich im September zu einer „Vereinigten Sozialistischen Partei" umbildete. Auch mit dieser Organisation verstand es die KPOe, zusammenzuarbeiten.

Im September 1934 fand der 12. Parteitag der KPOe statt. Hier konnte der Vertreter der III. Internationale feststellen, daß sich „durch Geschick und Mut der Kommunisten die bolschewistischen Ideen in den Arbeitermassen ganz durchgesetzt" hätten. Ein auf dem Parteitag neugewähltes Zentralkomitee besteht heute zur Hälfte aus ehemaligen Sozialdemokraten, und alle übrigen sind KPOe-Mitglieder.

Die kommunistisch-sozialistische Einheitsfront in Österreich steht zwischen der Komintern und dem revolutionären Flügel der Sozialdemokratie. Gegenwärtig soll die „Rote Front" in Österreich rund 300000 organisierte Anhänger haben, wovon rund 200000 in Wien sind. Kreise, die der Gesandtschaft der UdSSR nahestehen, auch die Führerkreise der „Rotfront", beabsichtigten, ihre Militärformationen in Österreich im Jahre 1935 stark auszubauen. Militärisch-revolutionäre Aktionen sind vorläufig für den Fall internationaler Komplikationen vorgesehen, in die, wie man hofft, Österreich auf jeden Fall hineingezogen würde. Zur Vorbereitung dieser Aktionen fanden am 7. und 20. November 1934 in Wien Probealarme statt. Das Ergebnis war eine Beteiligung von etwa 70% der Formationen.

Zugleich mit der Organisation der Kampfformationen der „Rotfront" wird eine Durchsetzung und Zersetzung der „Vaterländischen Front", insbesondere der Heimwehr und der ostmärkischen Sturmscharen, betrieben. Dieser Prozeß soll möglichst bald soweit fortgeschritten sein, daß im Falle von bewaffneten Unruhen Heimwehr- und Sturmscharenleute zu einer unzuverlässigen Truppe der Regierung werden.

Seit 1933/34 hat Moskau seine besondere Aufmerksamkeit auf Wien gerichtet. Man glaubt, daß Österreich durch seine innerpolitische Lage leicht in internationale Konflikte verwickelt werden könnte, die es zu einem Sprungbrett der bolschewistischen Revolution in Europa machen würden. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß Moskau in Wien in dieser Richtung am Werke ist. Es kann daher die weitere Zukunft nicht ohne ernste Besorgnis beurteilt werden.

# UNGARN

von

Redakteur Franz Doroš, Budapest

„Wem die wahre Demokratie, wem Sitte, Rechtsordnung, Kulturfortschritt, wem Friede, Christentum, ehrliche Arbeit unter Herrschaft der Freiheit und Vernunft heilig sind, der muß allen Gleichgesinnten die Hände reichen gegen den Bolschewismus, denn dieser ist nichts anderes als die terroristische Tyrannei des Pöbels über die ganze Menschheit.

Völker der Welt, vereinigt Euch gegen den Bolschewismus!"

(Karl Huszár, Ministerpräsident a. D.)

Eine politische Karikatur: „Der Bolschewismus in Ungarn", so könnte man tatsächlich am besten dieses mißlungene Experiment bezeichnen, das unter der Führung von zehn Strolchen 133 blutige Tage lang in Ungarn gedauert hat.

Die Hand ballt sich zur Faust, wenn ein Ungar heute noch an das Jahr 1919 zurückdenkt, und das Blut steigt ihm ins Gesicht, wenn ein Ausländer ihn über diese Schandzeit fragt. Es ist und bleibt ein ewiges Memento für Ungarn, dieses schreckliche Erlebnis, das auch für die ganze Welt eine Mahnung sein soll.

*

Der Kalender zeigte den 31. Oktober 1918, den bis zur Explosion angespannten Tag des Ausbruches der ungarischen Revolution und der Machtübernahme durch die marxistische Oppositionspartei. Sie legte sofort auf alles ihre Hände, besonders aber auf das ungarische Heer, mit dem ausgesprochenen Ziel, den Sozialdemokraten Schutz zu gewähren.



255. Soldaten bei der Lektüre der „amtlichen" „Vörös Ujsag"

Man sprach damals noch nicht offen von einem ungarischen Bolschewismus, aber alle Anzeichen deuteten schon auf das werdende Unglück hin, und Ministerpräsident Graf Michael von Károlyi vertrat ganz offen seine kommunistische Auffassung. Er glaubte sogar,



nur mit dem Kommunismus das verstümmelte Ungarn retten zu können. Kaum zum provisorischen Präsidenten ernannt, erklärte Károlyi, nachdem er von General Franchet d'Espéray die furchtbaren Abrüstungsbedingungen übernommen hatte, an Bord des Belgrader Schiffes, „alles wäre sowieso nur ein Schmarren, der Bolschewismus werde schon alles reparieren".

Reparieren! So glaubte es der kurzsichtige, den Pazifismus völlig mißverstehende aristokratische Ministerpräsident, dessen Kriegsminister Béla Linder es fertigbrachte, die Parole auszugeben: „Ich will keine Soldaten mehr sehen!" Doch anstatt einer „Reparatur" kam die schreckliche Zertrümmerung. Károlyi, ein Mensch mit negativem Vorzeichen, ließ sich irreführen; er glaubte vielleicht gar nicht aus Überzeugung, sondern nur aus bequemlicher Faulheit an den Bolschewismus; er glaubte blind an seine Mitarbeiter, die, von einer satanischen Idee getrieben, ihm die Erwünschtheit eines Rotungarn zuflüsterten.

Sein außenpolitischer Staatssekretär Josef Diener-Dénes und sein Schweizer Gewährsmann Paul Kéri brachten es fertig, ihm die Notwendigkeit des Kommunismus darzulegen



256. Die oberste Leitung der blutigen 133-Tage-Herrschaft: Garbai (1), Kun (2) und Böhm (3)

und die Türen weit vor den aus Rußland heimkehrenden Agitatoren zu öffnen. Bereits im November 1918 setzte mit Volldampf die Rote Agitation in Ungarn ein, und es gab leider Ungarn, die als Gefangene nach Rußland gekommen waren, und sich durch Belohnungen täuschen ließen, um ihr eigenes Vaterland preiszugeben.

Der 33jährige Jude Béla Kun, mit seinem eigentlichen jüdischen Namen Aaron Kohn, übernahm die literarische Propaganda. Seine „Kommunistenbibliothek" und die „Revolutionsschriften" wurden größtenteils in Moskau (in miserabelstem ungarischen Stil) gedruckt. Die Roten Flugschriften begannen ihre Zersetzungsarbeit gegen Vaterland, Kirche und Familie[1]).

Der Jude Tibor Szamuely, der sich später zu der übelsten Gestalt des Kommunismus auswuchs, trieb, gestützt auf seine ehemalige journalistische Tätigkeit, zusammen mit Kun

[1]) Kuns Laufbahn: Vor dem Kriege Beamter bei einer Krankenkasse, wo er wegen Unterschlagung seinen Posten verlassen mußte. Dann wurde er Journalist, meist bei kleineren Blättern. Er zog in den Krieg, von wo er sehr bald mit einem gefälschten Paß als „Regimentsarzt" durchbrannte. Lenin unterstützte ihn von dieser Zeit an als seinen „Sekretär" und beauftragte ihn vorläufig mit der Leitung des in Budapest ansässigen und später zur ungarischen Kommunistenpartei sich auswachsenden russischen „Gefangenen-Unterstützungs-Büros".

die Propaganda. Bald bildete sich um sie ein kleiner, aber um so beweglicherer Kreis der Roten Schriftsteller, die mit Strömen Roter Tinte das ganze Land schnell in Aufruhr brachten. Es wäre ein schlechtes Zeugnis für das Ungarische Volk gewesen, wenn es sich so mit Phrasen hätte verführen lassen, aber zur Verfügung Kuns standen 300000 Mark und weitere 12 Millionen Rubel Lenins. Das Geld brachte in den Reihen der Verwahrlosten das fertig, was Worte nicht bewirken konnten.



257. Der bolschewistische Oberhenker Ungarns, der Jude Tibor Szamuely wird in Moskau von Lenin empfangen

Der Boden war leicht zu bearbeiten. Alles befand sich in einem Zustand der Auflösung und Kopflosigkeit, die Polizei versagte, das Heer war schon Diener der Roten Ideen, da sich die ernsteren Elemente des Heeres in ihrem Unvermögen lieber zurückzogen, als bei einer Roten Horde die Chargen weiterzuführen. Sie haben damit bedauerlicherweise den Weg für die Bolschewisten freigemacht. Der Kehricht der Gesellschaft, die Unterwelt einer Millionenhauptstadt wollte ohne militärische Disziplin das sonderbarste Heer der Welt schaffen. Sie warfen ihre Befehlshaber hinaus und erklärten, von nun an diese „selbst" nach ihrem Belieben zu wählen. „Volkspatrouillen" und „Nationalpatrouillen" bildeten sich. Sie plünderten überall mit großem Krach, beschuldigten sich gegenseitig und terrorisierten jeden, der ihnen nicht gefiel.

Die Arbeiterschaft wurde in den Industriezentren aufgewühlt. Béla Kun agitierte mit großem Redeschwall und versprach alles, was schön und teuer ist. Um die noch Widerstand leistende, von denkenden Menschen bewohnte Hauptstadt schloß sich der Ring immer enger, bis schließlich nur die Wahl blieb zwischen der Annahme des Kommunismus oder dem Tod.

Auf die Hauptstadt legte sich eine tiefe Apathie. Der politische Dilettant Graf Károlyi versuchte nach fünfmonatigem Experimentieren mindestens sein politisches Ableben schön zu gestalten und die richtige Form der Machtübergabe zu finden. Am 12. Februar 1919 beschloß der Ministerrat einzuschreiten, da die Roten schon mit Schießereien auf der Straße und mit der Bedrohung des sozialdemokratischen Blattes „Népszava" einen Druck auf die Regierung auszuüben suchten. Da mußten – wenigstens wegen des guten Anscheins und



aus Rücksicht auf die Entente – die Rotfrontführer verhaftet werden. Es wurden etwa 100 Leute, darunter auch die späteren Kommunistengrößen Béla Kun, Otto Korvin-Klein, Béla Vágo, Mathias Rákosi und auch drei Frauen, der Polizei übergeben. Es ist nicht uninteressant, daß Kun selbst seine Kameraden verriet und während seines Verhörs die Namen der Revolutionäre nannte.

Die Regierung Károlyis konnte sich von der Angst vor einer rechtsradikalen Revolution nicht befreien. Sie litt derart unter diesem Alpdruck, daß sie bereits am 22. Februar 1919 mit der Verfolgung und Verhaftung der Rechtselemente begann. Die Gegensätze zwischen dem Volk und der Regierung wurden immer schärfer. Die Kabinettsmitglieder besuchten ganz offen die im Gefängnis sitzenden Kommunistenführer, um mit ihnen die Möglichkeit einer Machtübernahme zu besprechen. Kaum ist es je in der Weltgeschichte geschehen, daß eine vor Angst bebende Regierung ihren eigenen Häftlingen die Ministerstühle anbot.



258. Bewaffnung des „Proletariats": Freie Waffenverteilung an die Gesinnungsgenossen Bela Kuns

Graf Károlyi erklärte schon damals, daß niemand wegen seiner kommunistischen Weltanschauung „Unannehmlichkeiten" ausgesetzt werden dürfe, was natürlich eine helle Freude in den Kreisen der Rotfront erregte. Der Präsident des Militärrates, Josef Pogány, dem das etwa 12000 Mann starke „Sozialistenheer" unterstellt war, schenkte seinen Soldaten die freie Befehlshaberwahl. Er erlaubte das offene Tragen der Roten Symbole an der Uniform und kümmerte sich auch nicht darum, wenn die rot-weiß-grüne ungarische Nationalfahne geschändet oder mit Füßen getreten wurde. Ungarn war von Zersetzungsmaterial überschüttet. Auf den Straßen und in öffentlichen Lokalen brüllten kommunistische Propagandisten ihre „volksbefreienden" Sinnlosigkeiten. Jeder wußte, daß beim Antritt der Bolschewistenmacht eine zweitägige freie Plünderung geplant sei.

Es war alles vorbereitet, damit der Kommunismus mit einer neuen Staatsform nach Ungarn einziehen konnte. Mit Finanz- und Wirtschaftsfragen oder mit ethischen, physiologischen, ja selbst mit soziologischen „Kleinigkeiten" beschäftigte man sich nicht.

Am 18. März machte der Wehrminister Böhm dem Ministerrat den Vorschlag, Varga, Garbai und Landler die größten Vollmachten zu geben. Drei Tage später berichteten die von den Tschitscherinschen Propagandaleuten irregeführten hohen Offiziere Tombor und Stromfeld dem Grafen Károlyi über das „unaufhaltsame“ Eindringen der Bolschewisten vom Osten und schlugen „darum“ vor, „im Interesse des Landes“ ihnen Ungarn lieber freiwillig zu übergeben. Das völlig mißverstandene Schreiben des französischen Generals Vix (er stand an der Spitze der Ententedelegation in Budapest) erschwerte noch die Lage, da es der Regierung eine weitere Ausbreitung der rumänischen Demarkationslinie ankündigte. Graf Károlyi verlor endgültig jede Überlegung und entschloß sich mit beispielloser Feigheit, das Land den Roten zu überlassen.

Dieser Entschluß erfolgte ohne Gewissens- und Seelenkampf. Károlyi hatte – infolge seiner schwächlichen Passivität – maßloses Vertrauen zu jenen Volksverrätern und ist dadurch selbst nichts anderes als der übelste Verräter geworden. Er verstand es aber, mit einer jeden Komödianten übertrumpfenden Geste aufzuschreien: „Die Entente will uns beseitigen! Dann lieber den Bolschewismus als den Tod!“

Der Ministerrat vom 20. März dankte ab und sandte den Minister Kunfi ins Gefängnis, um Béla Kun um die Machtübernahme zu bitten (!). Der Sträfling Kun schien „gnädig“ zu sein und erklärte, er sei bereit, sich zu „opfern“ und die Führung Ungarns zu übernehmen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten vereinigten sich in der Nachmittagssitzung vom 21. März unter dem Namen „Sozialistische Partei“. Ungarn wurde zur Sowjetrepublik erklärt, und man beschloß neben der Einführung der „proletarischen Diktatur“ die innigste Zusammenarbeit mit Moskau. Die Proklamation wurde innerhalb von Minuten in ganz Ungarn verbreitet. Man zwang die Einwohnerschaft, mit roten Fahnen die Fenster zu schmücken. Wer keine Fahnen besaß, mußte rote Tücher oder rote Teppiche „hissen“. Die Roten Soldaten fuhren wie Blitze hin und her. Sicherheitsbeamte wurden abgeschafft. Unbekannte Kommunisten bestellten unschuldige Familienväter zum Verhör. Wer nicht „Es lebe Sowjetungarn!“ rief, galt als Hochverräter. Daß aber Männer aus den engsten Kreisen des Grafen Károlyi es für das beste hielten, das Land schleunigst zu verlassen und einfach durchzubrennen, fiel scheinbar niemandem auf.

Es ist aber auch nicht uninteressant, was zu dieser politischen Fusion die österreichischen Sozialisten sagten. Man liest in einem Heftchen der „Sozialistischen Bücherei“ (1919, Nr. 14) unter dem Titel „Entstehung und Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur“:

„Der Übergang war überraschend ruhig. Die erste Nacht verlief begeistert, ganz ohne Blutvergießen. Die größte politische und ökonomische Revolution Ungarns wurde ohne Blutopfer herbeigeführt. Dieser Umstand ist ausschließlich der sozialdemokratischen Partei zu verdanken.“

In Wirklichkeit merkte man aber von dieser „Ruhe“ herzlich wenig. Alles stand kopf und fieberte, es kam zu heftigen Zusammenstößen, und niemand wußte, wohin das Staatsschiff steuerte.

In dieser Sturm- und Drangperiode waren wegen der riesigen Anzahl von Flüchtlingen die Eisenbahnkassen angewiesen, Fahrkarten ins Ausland nur nach Vorlegung der Kommunistenausweise auszuhändigen. Dann wurde als Grundlage der bolschewistischen Herrschaft beschlossen, das „Klassenheer des Proletariats“ zu schaffen und mit den Sowjets auch die innigste Waffenverbundenheit zu erklären.

„Präsident“ der Räteherrschaft wurde der ehemalige Steinmetzgehilfe Sándor Garbai. Ihm standen in jedem Ressort ein bis zwei „Volksbeauftragte“ zur Seite. Es gab je einen Volksbeauftragten – meist unreife Burschen weit unter 30 Jahren – für Äußeres, Inneres, Landwirtschaft, Finanzen, Schule, Arbeit, Handel, Wehr, Justiz, Sozialisierung, Deutschtum, Rußlandfragen, Volksernährung, Polizei und Hauptstadt. Béla Kun war mit seinen 35 Jahren der älteste Volksbeauftragte, während Szamuely bereits mit 23 Jahren dazu





259. Massenversammlung im Roten Budapest 1919. Der Präsident der Sowjetregierung Garbai (×) bei einer Hetzrede

ernannt wurde. Diese Regierungsbildung meldete das natürlich ebenfalls unter Zwang stehende ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro aus Budapest in der bekannten Proklamation „An Alle!“ und sandte damit in die weite Welt die Nachricht von der Entstehung der Sowjetrepublik Ungarn hinaus.

Nun stand nichts mehr dem waschechten Kommunismus im Wege. Es begann der systematische Aufbau der „proletarischen“ Verwaltung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Als erstes Geschenk der Roten durfte das Volk die Sperrung der Läden begrüßen. Die Ware wurde dann unter dem Schlagwort „Gütergemeinschaft“ als Lohn unter den Bolschewisten verteilt. Lebensmittelausgabe erfolgte später nur bei Vorlegung von Bezugsscheinen. Dem Bürger ließ man aber sagen, er möge froh sein, daß er überhaupt noch lebe. Also wer nicht Parteimitglied war, konnte ruhig verhungern, währenddessen sein Eigentum einfach als „Volksvermögen“ beschlagnahmt wurde[1]).

Gleichzeitig mit diesem Feldzuge und mit der Verstaatlichung des Handels „sozialisierte“ man auch das Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnis. Alle Bergbau- und Verkehrsbetriebe, die über 20 Arbeiter beschäftigten, wurden als „Zellen“ in das öffentliche Eigentum übernommen, Produktionskommissaren („Zellenobmannen“) unterstellt und von den Arbeiterräten kontrolliert. Dasselbe galt aber auch für die Bürger, die man in ihren Wohnhäusern unter die Kontrolle der „Hausvertrauensmänner“ stellte. Und zum Schutze der Dienstboten waren die „Vertrauensweiber“ da.

Professoren, Fabrikanten, Künstler, Gelehrte wurden wie Tiere behandelt. Der Haß des „Proletariats“ gegen die „Bourgeois“ ließ man künstlich hochzüchten, und jeder Bürger konnte erleben, daß er eines Tages seine Wohnungs- und Schrankschlüssel den bei ihm

[1]) Dr. Frost berichtet, daß der gesamte Schmuck eingezogen wurde. Behalten durfte man nur eine Uhr – war diese mit Brillanten besetzt, mußte sie auch abgeliefert werden – und den Ehering. An Kleidern wurde konfisziert was über 2 Anzüge, 2 Paar Schuhe und 3 Garnituren Wäsche hinausging.

zwangseinquartierten „Prolis" übergeben mußte. Es galt als höchste Freude, den „Herrschaften" Unannehmlichkeiten zu bereiten. Die „Proletarier" fühlten sich dabei aber gar nicht wohl in den ihnen zur Verfügung gestellten Wohnungen. Das Gefühl, sie sollen sich jetzt rächen und dürfen dem anderen schaden, war das einzige, was sie reizen mochte.

Himmlische Tage lebten die Kommunisten, wie in einem tollen Fasching. Man schwamm in einem Meer der Freude. Wer dachte an Katzenjammer und Enttäuschung? Ganz Ungarn schien ein Land der Verrückten geworden zu sein. Theater[1]), Kino, Presse, Wissenschaft, Kultur wurden „enteignet". Die Arbeitslöhne wurden auf eine gleiche Stufe für alle festgesetzt. Versammlungen durften nur von Bolschewisten abgehalten werden. Den „Bürgerlichen" verbot man sogar, in Privatwohnungen zusammenzukommen.

Kinder von Bürgern waren täglich den schlimmsten Terrorakten in ihren Schulen ausgesetzt. Kleine, gegen ihre eigenen Eltern aufgehetzte Lümmel oder Rote Agitatoren schrieben ihren Lehrern den Unterrichtsstoff vor und drohten, „ihnen eins in die Fresse zu hauen", wenn der Lehrer doch seine „konservative" Auffassung zu äußern versuchte.

Man predigte den jungen Schülern freie Liebe. Das Rote Ungarn sollte auch die Frau als „Kommune" betrachten. Der Jugend war die Sexualfreiheit samt Prostitution, Homosexualität und sonstigen Perversitäten gewährt. Man führte ein neues Wahlrecht ein ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter und Nationalität des Wählers. Noch nie wurden so leicht die Universitätsprofessorentitel verliehen wie in jener Zeit. Die unehelichen Kinder wurden als ehelich anerkannt. Die Ehe, als „alte bürgerliche Einrichtung", sollte abgeschafft werden.

Ein Paradies für Minderwertige, die im Besitz der ihnen plötzlich in den Schoß gefallenen Macht gar nicht einmal wußten, was sie damit anfangen sollten. Sie halfen sich aber sehr einfach und fingen an, ihren Staat in ein riesiges Gefängnis umzubilden und jeden, der ihnen lästig erschien, ohne weiteres einzusperren.

Die Börse ließ man schließen. Über 10000 Beamte wurden brotlos. Das Geschäftsleben stockte. Um ihre Macht „juristisch" gegen die „Bourgeois" zu schützen, gründete man das „Revolutionsgericht", dessen gesamte Leitung, bestehend aus 2 Präsidenten, 2 Mitgliedern, Ankläger und Protokollführer, in die Hände von Menschen „gesetzmäßig" gelegt wurde, die vorher gar nichts mit dem Recht zu tun hatten. Ihr Urteil war heilig und unantastbar. Eine Berufung gab es nicht. Rechtsanwälte waren nicht zugelassen. Es hieß: „Das Volk urteile selbst über sich."

Die in einem, zum „Sowjethaus" erklärten, am Donaukai gelegenen Luxushotel tagende und dort auch Orgien abhaltende Regierung erließ diktatorisch alle Befehle. Man überwachte scharf Post und Telephon. Die Presse wurde durch „Redaktionsvertrauensmänner" und unzählige neugegründete Revolverblätter überwacht[2]).

Dagegen aber mußte man einen kommunistischen Propagandaartikel nach dem anderen veröffentlichen und den Kunschen Generalstab vergöttern. Wegen des enormen Geldmangels wurden mit Zuhilfenahme der noch in Budapest stehenden Maschinen der ehemals Österreichisch-Ungarischen Bank Banknoten gefälscht.

Die Kirche wurde als „lächerliche Dummheit" bezeichnet, der Religionsunterricht in den Schulen verboten, Priester und Nonnen aus ihren Klöstern verjagt.

Oszkár Jászi, der ins Bolschewistische hinüberspielende Leiter der Radikalen, versuchte eine „Konstruktion der Ideenwelt der ungarischen Kommunisten" zu finden. Seiner

[1]) Aus dem Bericht eines Augenzeugen (Eugen Szatmári): „Zwei Drittel der Eintrittskarten wurden den Gewerkschaften zugeteilt, die sie kostenlos oder zu außerordentlich niedrigen Preisen unter die ‚Proletarier' verteilen sollten. Diese Theaterpolitik suchte mit kühnem Schwung alle Theater ganz plötzlich in Volksbühnen umzuwandeln, wobei nur Stücke gespielt werden sollten, die einerseits nicht gegen den Geschmack des Kommunismus waren, andererseits aber zur Erziehung des Volkes dienen sollten."

[2]) Wegen der großen Papiernot durfte kein Buch ohne Erlaubnis des „Zentralrates für geistige Produktion" hergestellt werden. Die Schriftsteller warfen sich darauf, Propagandaschriften zu verfassen, die die Regierung in unglaublicher Menge drucken ließ.



Auffassung nach standen im Mittelpunkt der Bestrebungen der Sowjetrepublik hauptsächlich drei Probleme:

1. Die Sozialisierung der Produktion und der Verteilung.
2. Die Vernichtung des Klassenstaates, der Bürokratie und des Militarismus.
3. Die Schaffung einer kommunistischen geistigen und moralischen Atmosphäre.

Nirgends konnte eine Opposition gegen die organisierte Verbrecherherrschaft seitens der Bevölkerung aufkommen. Die Entente ließ das alles zu. Es diente ja dem Zweck, Ungarn zu verwüsten. Sie hätte es verhindern können. Es geschah aber nichts. Das ehemals stolze Land lag in tiefer Ohnmacht.

Die Mitglieder der Ententedelegation kümmerten sich nicht um Ungarn und glaubten, Herren in einem besiegten Land zu sein, bis man schließlich auch die Ententeoffiziere zu belästigen begann, ja eines Tages selbst General Vix in seinem Büro einsperrte. Vielleicht öffnete ihm das die Augen, und er verließ schleunigst die ungarische Hauptstadt.

In diese Zeit fiel auch die Entsendung der ersten sowjetungarischen „Diplomaten". Elek Bolgár und Andor Fenyö wurden zu „Gesandten" in Österreich ernannt. Beim natürlichen Mangel an diplomatischen Fähigkeiten studierten sie dort überwiegend das Wiener Nachtleben statt des politischen Lebens und faßten ihre Mission (unter Mitnahme der bescheidenen Summe von etwa 200–300 Millionen Kronen) überwiegend „propagandistisch" auf[1]). Fenyö hielt sich bei Ankündigung einer Staatsanleihendelegation in Wien, um seine völlige Unwissenheit zu verheimlichen, tagelang versteckt.

Als weiterer außenpolitischer „Erfolg" kann das Balfoursche Telegramm bezeichnet werden, in dem London mit der Einmischung wegen der Sicherheit der britischen Staatsbürger in Ungarn drohte. Und dann kam am 4. April General Smuts nach Budapest, um eine neue Demarkationslinie vorzuschlagen. Die Kommunisten rühmten den Besuch als „riesigen Erfolg", obwohl Smuts gar nicht in die Stadt fuhr, sondern Kun einfach zu sich an den Bahnhof bestellte. Kun meinte, er könne auch der Entente befehlen. Aus den Verhandlungen wurde nichts.

Inzwischen stürzte der Wehrvolksbeauftragte Josef Pogány, was eine Neubesetzung der Regierung, allerdings wieder unter der Präsidentschaft Garbais, mit sich brachte. Am 7. April wurde mit großem Tamtam die „Volkswahl" der 500 Militär- und Arbeiterratsmitglieder durchgeführt. Darauf folgten unter Leitung von Tibor Szamuely die zwangsweisen Wohnungsräumungen und Ladenausverkäufe. Ebenfalls wurden die Groß- und Mittelgrundbesitzer enteignet und ihr Besitz zu „Produktionsgemeinschaften" gemacht. Dies brachte wiederum natürlich sehr schnell die größte Lebensmittelnot mit sich.

Die Lage begann kritisch zu werden, zumal die Rumänen ganz offen mit einem weiteren Vormarsch drohten. Am 18. April forderte der Volksbeauftragte Kunfi die Ungarn auf, sich mit den Waffen gegen die Rumänen zu wehren. Doch die Rote Armee fand die Budapester Kneipen angenehmer als Schützengräben der Front und verweigerte einfach den Gehorsam. Die unter der Parole „Schutz der Diktatur" durchgeführte „Mobilmachung" endete mit einem denkbar kümmerlichen Ergebnis. Während die Kommunistenpresse über das „Heldentum der Roten Armee" Lobhymnen sang und Kun der Auslandspresse über eine „noch nie erlebte fabelhafte Stimmung" berichtete, drangen die Rumänen vor. Auch die Einberufung der Arbeitslosen und des „Proletariats" nützte nichts, da nur ein kleiner Teil der Aufgerufenen einrückte. Man verfügte über fast gar keine Mannschaft und noch weniger über strategisch geschulte Führer. Nationalbewußte ungarische Bauern versuchten, das Vaterland mit Spaten und Axt zu verteidigen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen. Doch erlitten die Bauern natürlich, einer gegen hundert, eine schwere Niederlage. Bauernblut tränkte die Scholle.

[1]) Béla Kun ließ auch tschechische Kommunisten wie auch die Münchener Sowjetregierung finanziell unterstützen; 20 Millionen Kronen spendeten die Bolschewisten Ungarns zu diesem Zweck.

Am 27. April stand das rumänische Heer schon tief im tausendjährigen Ungarn. Noch nie hatte es ein Heer so leicht wie die Rumänen 1919, die in nicht anstrengendem Spaziergang gegen die ungarische Hauptstadt marschierten[1]).

Nichts kennzeichnet besser den unverfrorenen Zynismus der Sowjetregierung als die Tatsache, daß sie in der Zeit, während das Leben des Vaterlandes so schweren Erschütterungen ausgesetzt war, fieberhaft mit den Vorbereitungen zum 1. Mai und zur Selbstbeweihräucherung verbrachte. Das Volk sollte irregeführt werden, und die Roten schoben mit ruhigem Gewissen und voller Unverschämtheit die Kulissen ihres kommenden Festes hin und her. Sie versprachen den Arbeitern Lohnerhöhungen und ließen am 1. Mai jung und alt, reich und arm in geschlossenen Kolonnen mit dem Gesang der „Internationale“ aufmarschieren[2]).

Am nächsten Tage des stilgemäßen Katzenjammers mußte man, allerdings noch in bescheidener Form, auf die starken Verluste an der rumänisch-ungarischen Front hinweisen. Auf der ungarischen Donau kreuzten bereits feindliche Monitoren. Die Volksbeauftragten packten ihre Koffer und sicherten sich ihre Sonderzüge gen Wien. Kunfi kündigte im Freundeskreise seinen Selbstmord an. Nur Kun fühlte sich noch immer ganz sicher. Es regte ihn nicht einmal auf, daß in der Stadt Szolnok die in schwarze Uniform gekleidete „Rote Leibgarde“ der „Leninbuben“ unter Führung des temperamentvollen, im Volksmund „Oberhenker“ genannten, Szamuely in einem Atemzuge 150 Ungarn hinrichtete[3]). Der Grund hierfür war ein nicht allzu freundlicher Empfang der Bolschewisten in diesem ungarischen Städtchen. All das störte Kun nicht. Das war für ihn nur eine quantité négligeable.

Und wer weiß, was noch alles geschehen wäre, wenn die Entente nicht den Rumänen Halt geboten hätte. Kun war aber gar nicht dankbar und richtete am 5. Mai an sämtliche Nachbarstaaten ein diplomatisches Schreiben, man möge ihm von Ungarn wegnehmen, was man wolle, lasse man ihm auch nur ein ganz kleines Stückchen übrig, einerlei wo, er werde auch damit zufrieden sein, um dort die Sowjetrepublik weiterzuführen.

Die Tschechen besetzten gleichzeitig, wenn auch nur vorübergehend, die Stadt Miskolc, während das Rote Heer mangels eines Erfolges an der Front die ungarischen Bürger plünderte. Es ging so weit, daß sogar die Regierungsmitglieder das Schlimmste zu befürchten

---

[1]) Béla Kun schrieb fast mit Stolz in einem Telegramm an Clemenceau am 16. Juni um 15 Uhr u. a.: „Es ist Tatsache, daß wir in das von Rumänien okkupierte Gebiet keinen einzigen Schritt vordrangen und sogar nicht einmal den Versuch dazu gemacht haben, da ja doch das rumänische Heer uns nicht neuerdings angriff.“

[2]) Prof. Baron Albert v. Kaas schreibt über den 1. Mai: „Mit Glanz und Herrlichkeit, mit Pomp und Prunk sollte das Freudenfest des Proletariats, der Rote 1. Mai, gefeiert werden. In kolossalen Dimensionen, mit einem Riesenaufgebot der Massen, mit theatralischem Effekt sollte es begangen werden, um die Macht, die Kraft und innere Einheit der Diktatur des Proletariats zu veranschaulichen und weit zu verkünden. Es war eine Propaganda . . . nach außen . . ., doch gleichzeitig eine nach innen . . ., um durch rauschende Festesfreude und Vergnügungen, durch die künstlich erzeugte und wach erhaltene Begeisterung den nagenden Hunger, das namenlose, durch das neue System über die Massen hereingebrochene Elend betäuben und vergessen zu machen.“

[3]) Dr. Frost zog die Parallele zwischen Béla Kun und Tibor Szamuely folgendermaßen: „In der russischen Räterepublik sind zwei politische Strömungen vorherrschend. Eine gemäßigte, deren Führer Lenin ist, und eine radikalere, an deren Spitze Trotzki steht. Dasselbe finden wir in Ungarn. Den Leninismus verkörpert Kun. Den Trotzkismus Szamuely.“

Ein anderer ungarischer Schriftsteller, Ladislaus Bizony, berichtet sehr interessant über den 23jährigen Szamuely: „Er wollte immer Blut sehen und mit Bergen von Leichen die Herrschaft des Kommunismus umgeben. Von seiner blutdürstigen Wut sprachen auch einzelne minderfanatische Volksbeauftragte mit wahrem Entsetzen, die geradezu machtlos ihm gegenüberstanden und es mehrmals versuchten, Szamuely in den Hintergrund zu drängen, aber ohne Erfolg. Wo er sich aufgehalten, bezeichnete eine Legion gehenkter Leute seinen Weg.“

Szamuely war das Urbild des Sadisten. Er befahl die Hinrichtung ohne Prozeß zu vollstrecken. Nur ein kleines perforiertes Blankettbündel und einen Stempel führte er mit sich. Auf das Blankett schrieb er den Namen des zum Tode Verurteilten, drückte den Stempel darauf, und schon führte man das Opfer zum Galgen.



hatten. Die Eisenbahner streikten, und sämtliche Züge blieben auf freier Strecke stehen. Rote Miliz mischte sich mit Maschinengewehren ein. Der Parteitag vom 12. und 13. Juni brachte es jedoch fertig, Béla Kun zu feiern und die ungarischen Arbeiter und Beamten aufzurufen, sich zur Roten Fahne zu bekennen.

Außenpolitisch gab es einen Mißerfolg nach dem anderen. Mitte Juni manövrierte Clemenceau das Rote Heer mit einem geschickten Wort aus Oberungarn, also aus dem eigenen Lande, hinaus, indem er Kun „im Interesse der schwebenden Verhandlungen“ den Rückmarsch vorschlug. Von diesem Zeitpunkt an schien die militärische Position der Sowjetrepublik endgültig erschüttert zu sein.

Die Roten zogen es vor, überall statt einer Offensive in die Defensive zu gehen. Vaterlandsliebe lag diesen Menschen fern. Ein ständiges Spiel aufs Ganze war dieser „Verteidigungskrieg“, wo man alles dem Glück und dem braven Feind überließ. Es war in jener Zeit schon so weit, daß es ratsamer erschien zu schweigen, als die Rettung der Heimat zu verlangen und dann in kurzer Zeit von den Bolschewisten in die andere Welt befördert zu werden.

Am 4. Juli richtete der Oberbefehlshaber Böhm an den französischen General Péllet ein Telegramm, in dem er ihn unter Berufung auf Clemenceau und Foch um Intervention zur Befreiung Oberungarns bat. Auf dieses Telegramm kam nicht einmal eine Antwort, so daß Kun sich entschloß, sich selbst an Clemenceau zu wenden. In einem äußerst verzweifelten Telegramm bat er ihn am 11. Juli abends um 9 Uhr 15 um dringendstes Eingreifen. Dieses „dringende“ Telegramm blieb zwei Tage unbeantwortet, bis endlich ein Telegramm ohne Unterschrift Kuns Bitte scharf ablehnte. Kun fragte nochmals an, bat um Auskunft über das namenlose Telegramm. Alles schwieg. Und nur Kun hoffte noch immer mit der Hartnäckigkeit eines politischen Idioten.

Die dringende Notwendigkeit einer Offensive gegen die Rumänen schien aber zwingender als je. Das Ungarische Volk hungerte infolge der Zwangswirtschaft und staatlichen „Regelung“ der Produktion. Man war bereits auf der letzten Stufe der Verzweiflung. Doch man konnte sich von der Militäraktion angesichts der miserablen Ausrüstung nicht viel versprechen. Die so oft zur „Elite“ des Bolschewismus erklärten Roten Soldaten plünderten Städte und Dörfer[1]). Nebenbei brachen auch in ihren Reihen Revolten aus, da wegen der enormen Lebensmittelnot nicht einmal die Soldaten ausreichend ernährt werden konnten. So mußte man z. B. am 13. Juli Mannschaften des 2. Roten Bataillons beurlauben, um die Frage der Ernährung radikal zu lösen.

Am 20. Juli früh lief schließlich die ungarische Offensive vom Stapel, anfangs mit Erfolg, da die Rumänen von der anderen Seite der Szolnoker Theiß darauf fast gar nicht reagierten. Am zweiten Tage konnte die Rote Armee bis Törökszentmiklós vorrücken. Das verlieh dem Generalstab der Bolschewisten solch eine Zuversicht, daß er noch am selben Tage an Clemenceau eine Siegesmeldung geben ließ. Abgesehen von dem kleinen Zwischenspiel, daß die Heeresleitung gezwungen war, noch am selben Tage das ganze 23. Regiment und das I/39. Bataillon wegen feigen Benehmens verhaften und entwaffnen zu lassen, fühlte man sich im siebenten Himmel. Doch bereits am fünften Tage der Offensive brachte es das rumänische Heer fertig, mit einem unbedeutenden Kraftaufwand das Rote Heer zu schlagen. Kun, Böhm, Landler und Vágo amüsierten sich noch, als die Rumänen ihrer Lorbeeren schon sicher waren. Am 26. Juli gab der Oberbefehlshaber Landler eine „Betrachtung über die feindliche Lage“ heraus, und am 27. flüchteten die Roten.

---

[1]) Nach dem Bericht Dr. Mroses soll in einer Sitzung des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Josef Gyurits u. a. referiert haben: „Bei den Requirierungen hat es große Mißbräuche gegeben. Die Rote Armee geht sehr schonungslos vor. Sie führt auch Melkkühe und Zugvieh weg, wenn man die Requirierungsorgane nicht mit größeren Summen besticht.“

Telegramme dieser Tage beweisen den seelischen Zustand der Bolschewistenhelden. Am 28. herrschte in Budapest die tollste Kopflosigkeit, und die Regierung ließ die fluchenden Soldaten festnehmen, da man das Ernsteste befürchtete. Am 30. Juli stießen die Rumänen bereits auf keinen Widerstand mehr. Eine schnelle Umschichtung bei der Heeresleitung, und selbst die Mobilisierung der Reserveoffiziere des ehemaligen K. u. K. Heeres halfen nichts. An der Front versuchte Korpskommandant Vágo ergebnislos, Soldaten zu werben. An den Bahnhöfen spielten sich beispiellose Szenen ab: die Soldaten stiegen in die eine Tür der Waggons ein und verschwanden grinsend durch die andere. Herr Vágo bot tobend jedem einzelnen doppelten Sold und Essen an. Alles umsonst[1]).

Am 31. Juli gab es in Budapest freie Plünderung. Am 1. August wußte man schon, daß der Krach unaufhaltbar sei. Das Kommando fühlte sich bedroht. Man ließ schnell eine neue Regierung bilden, und zwar jetzt auf sozialdemokratischer Basis. Die Volksbeauftragten wurden durch ein Ministerium unter dem Vorsitz von Gyula Peidl abgelöst, in dessen Reihen sich jetzt nur noch vier echte Kommunisten befanden. Man erließ eine Proklamation, und die Kommunistenführer wie auch sämtliche Mitläufer der Roten Regierung – das gute Beispiel der Graf-Károlyi-Regierung – packten, nach Hinterlassung des Trümmerhaufens eines nicht gelungenen Systems, ihre Sachen, um in jeder Minute das sinkende Staatsschiff verlassen zu können.

Am 2. August mußte man den Sturz öffentlich mitteilen. Mit dem ersten Zauber war es nun aus. Doch es gab auch eine Ironie des Schicksals. Die Sozialdemokraten ließen an der Grenze die Geldtaschen der nach Wien flüchtenden Rotfrontler bis auf kleine Summen beschlagnahmen. Es stellte sich dabei heraus, daß die Bolschewistenführer allein nicht weniger als 25 Millionen Kronen aus dem Lande mit sich nehmen wollten.

Am 3. August standen die Rumänen vor Budapest und marschierten am nächsten Tage dort ein. Es mußte geschehen, daß Ungarn durch die Rumänen von den Kommunisten befreit wurde. Das Volk durfte sich aber in diesem Zustande der Anarchie nicht regen. Das vom Rande des Abgrundes zurückgerissene Ungarn wird immer nur mit Trauer an dieses Geschehen zurückdenken.

Die beschämenden Ereignisse waren aber glücklicherweise schon bald überwunden. Die bolschewistische Schreckensherrschaft wurde von der am 4. August vorstürmenden Arader-Szegediner Weißen Gegenrevolution abgelöst. Die Weiße Armee marschierte unter der Führung des Admirals von Horthy in Budapest ein. Ungarn durfte eine nationale Erhebung erleben.

*

Das schmachvolle Ende des ungarischen Bolschewismus schloß das traurigste Kapitel ungarischer Geschichte. Ein Alpdruck verschwand aus dem Leben jenes Ungarntums, das in ruhiger aufbauender Arbeit, mit Moral und Gerechtigkeit im Dienste seines Vaterlandes und der Volksgemeinschaft leben will.

Fern standen die Revolutionäre allem Menschlichen. Vaterlandsliebe kannten sie nur vom Hörensagen. Unverantwortliche Männer ließen eine Revolution erstehen, in der unter der Führung von nur zehn Leuten eine lächerliche aber um so gewaltsamere Anzahl von Terroristen ein ganzes Volk mißhandelten.

Ungarn und die ganze Welt konnten aber dabei Führer und System des Kommunismus kennenlernen. Die Lügenhaftigkeit und Feigheit der Führer traten besonders klar hervor. Sie

[1]) Das bereits zitierte anonyme Heftchen der Wiener Sozialisten meint zu dieser Angelegenheit:
„Die Haltung der Armee hat viele von uns nicht überrascht. Die Armee bestand aus den drei jungen Jahrgängen, die als Revolutionäre gewiß nicht unbedingt verläßlich waren; weiter wurden durch Tanzunterhaltung und Straßenfeste Soldaten angeworben, und diese waren auch nicht als revolutionäre Soldaten zu betrachten. Die Armee wurde selbstverständlich geschlagen. Sie hat sich bis zur Theißlinie zurückgezogen. Einzelne Bataillone sind auseinandergelaufen. Zwei Bataillone haben sich an die Rumänen angeschlossen (!) und später als Weiße Garde gegen uns gekämpft."



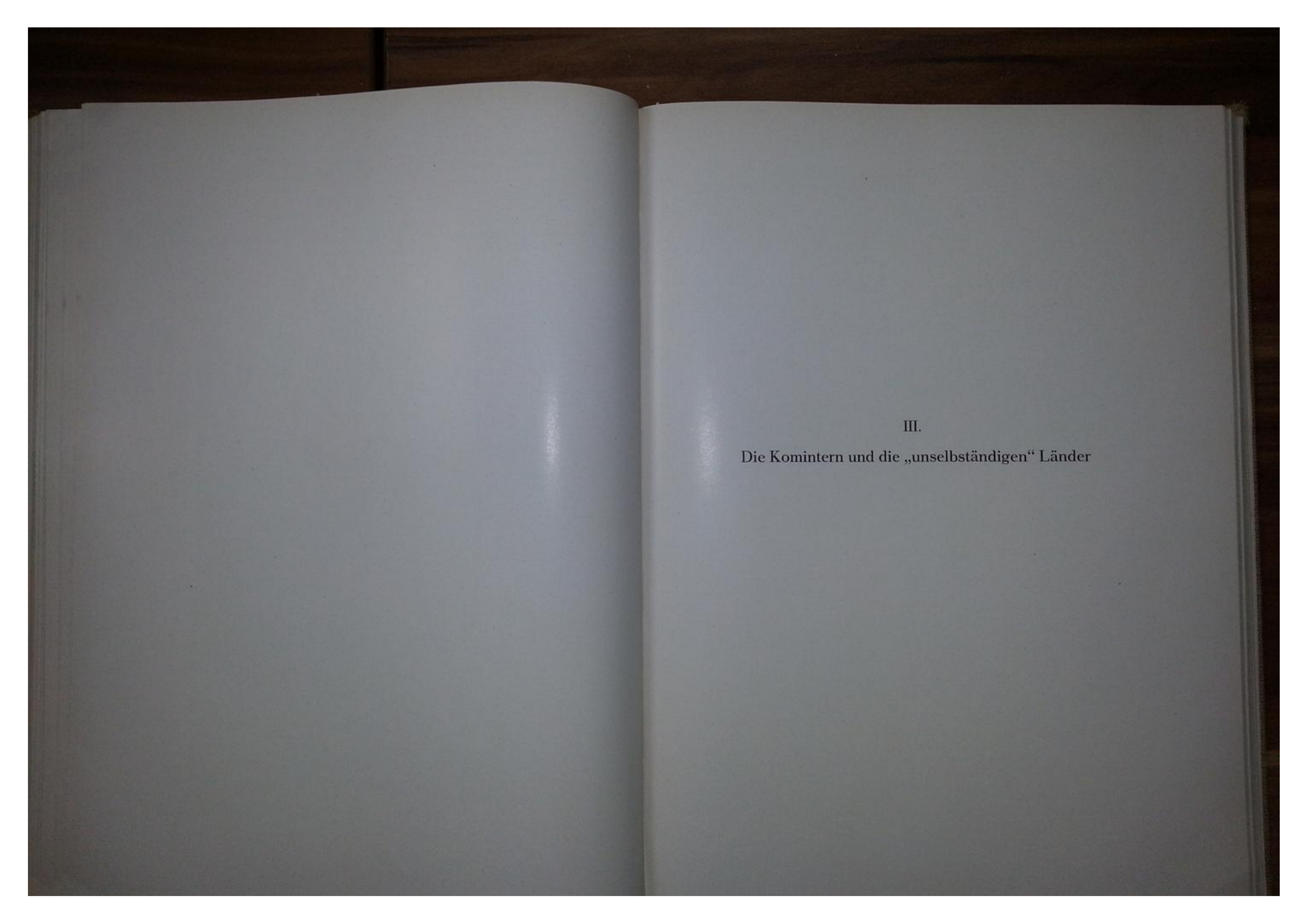
versprachen mit großer Redekunst alles, ohne etwas von ihren Versprechungen zu halten. Die meisten brannten bei erster Gelegenheit durch. Viele, wie z. B. Szamuely, wählten den Selbstmord. Andere leben noch heute in der Emigration. Béla Kun befindet sich in der Sowjetunion, wo er in der Komintern eine große Rolle spielt.

Seitdem herrscht in Ungarn Ruhe. Wenn hin und wieder die aufgehetzte Jugend doch im Dienste der Moskauer Sache ertappt wurde, so gelang es der ungarischen Polizei bisher fast immer, mit gütiger Behandlung und ernster Aufklärung diese verirrten Menschen der anständigen Gesellschaft und dem Elternhause wieder zuzuführen.

Ungarn will nichts, gar nichts vom Kommunismus wissen!



260. Ein von Kommunisten in Budapest anläßlich einer Roten Demonstration in Brand gesetztes Auto. Über 300 Personen wurden dabei verletzt und einige getötet



III.

# Die Komintern und die „unselbständigen“ Länder

## Moskau und die „kolonialen und halbkolonialen“ Länder

Nach der Begriffsbestimmung Stalins ist der „Lenismus“ der Marxismus der Epoche des „Imperialismus“ und der „proletarischen Revolution“. Die Lehre vom „Imperialismus“ ist immer noch die originellste Leistung Lenins. Er machte diese Lehre zum wesentlichsten Inhalt des Programms der Komintern.

Die Epoche des „Imperialismus“ gilt danach als letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus. Als „imperialistische Mächte“ werden die kapitalexportierenden Länder bezeichnet, weil sie die anderen Länder angeblich unterdrücken und ausbeuten. Zu dem Kampf der „proletarischen Klasse“ gegen die „kapitalistische Klasse“ in den „imperialistischen Ländern“ selbst, zum „Klassenkampf“ im eignen Lande also, tritt als neue Erscheinung der Kampf der „kolonialen und halbkolonialen Länder“ und der „unterdrückten Nationalitäten“ gegen die „imperialistischen Mächte“ hinzu. Das „Proletariat des imperialistischen Landes“, z. B. die englische Arbeiterschaft, hätte also denselben Feind wie das ausgebeutete Kolonialvolk als ganzes, z. B. die Inder; dieser gemeinsame Feind wäre die englische „Bourgeoisie“. Auf diese Weise entsteht, so behauptet Lenin, eine „Einheitsfront der ausgebeuteten Völker mit dem Proletariat der Ausbeuterstaaten gegen die Bourgeoisie“ in allen Ländern.

Die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern haben folgerichtigerweise die Pflicht, die revolutionären Bewegungen in den „kolonialen und halbkolonialen“ Ländern mit allen Mitteln zu fördern oder gegebenenfalls zu provozieren. Eine kommunistisch beeinflußte, nationalvölkische Revolution soll, nach Lenin in eine „proletarische Revolution“ umgewandelt werden, bis zur Errichtung der Sowjetdiktatur in dem „befreiten“ Land. So soll aus einer „Finanzkolonie“ eine Sowjetkolonie gemacht werden.



261. Rote Araberdemonstration in Palästina

# ARABERLÄNDER

von

Jawad Ali, Bagdad

Unter den „Araberländern“ versteht man nicht nur die Arabische Halbinsel, auch nicht diejenigen Länder, die von den Arabischen Völkern besiedelt sind, sondern den ungeheuren Erdstreifen, vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean, auf dem man sich des Arabischen als Muttersprache bedient. Hierzu gehören, politisch umrissen: Marokko, Algerien, Tunis, Tripolis, Ägypten, Palästina, Syrien, Irak und die Staaten der Arabischen Halbinsel. Wie bekannt, stellen diese Länder die Kerngebiete der mohammedanischen Religion dar und sind bis heute noch mehr oder weniger Kolonial-, Mandats- oder zum mindesten Einflußgebiete der Großmächte England, Frankreich und Italien.

Geographisch betrachtet, sind Syrien-Palästina und Irak die nächsten Nachbarn der Sowjetunion. Sie hatten schon zum zaristischen Rußland ein ausgesprochen feindliches Verhältnis, das auf Peter den Großen zurückgeht, der in seinem Testament den Vernichtungskampf gegen den Islam und dessen Kalifat verkündete. Dieses Haßvermächtnis wirkte sich aber nicht so sehr zum Schaden für die Religion Mohammeds aus, als vielmehr in imperialistischen Eroberungen mohammedanischer Gebiete.

Im Orient überhaupt und in den Araberländern insbesondere spielt die Religion eine überragende Rolle im Volksleben. Das ist auch der Grund, warum die marxistisch-bolschewistische Lehre, die die Religion für ein „Opium des Volkes“ erklärte, hier keinen günstigen Boden findet. Eben darum hat auch der arabische Emir Chekib Arslan in der Zeitschrift

262. Linkszionistische Wahlpropaganda in Tel-Aviv



263. Kommunistische Straßenkämpfe in Kairo (Polizeiauto wird umgestürzt und in Brand gesetzt)

„La Nation Arabe" (Genf 1935) die These aufgestellt: „Der Bolschewismus ist mit dem Islam unvereinbar."

Außer der starken Religiosität ist die glühende Freiheitsliebe ein Hauptmerkmal aller Araber. Daraus ist auch der starke Widerhall der Moskauer „Freiheitsbotschaften" leicht zu begreifen, die seit 1917 den arabischen Orient in Unruhe setzten. Es ist doch für jeden Araber so verlockend, „vollständig frei von England, von Frankreich und von Italien" zu werden ... Richten die arabischen Völker aber ihre Blicke nach dem roten Norden, so sehen sie dort viele Millionen Mohammedaner, die unter dem Sowjetstern noch mehr als unter dem Zarenadler zu leiden haben. Wurde allen mohammedanischen Völkern Rußlands anfangs großzügigerweise sowohl politische als auch religiöse Befreiung versprochen, so sieht man sich nunmehr bitter enttäuscht und rücksichtslos betrogen.

Die furchterregenden Schilderungen der Sowjetknechtschaft durch die turkestanischen Vertreter auf dem Panislamischen Kongreß in Jerusalem im Jahre 1932 wirkten niederschmetternd auf die islamische Welt. Sie protestierte geschlossen gegen die Politik der Moskauer Regierung und wandte sich über Emir Chekib Arslan und den Rektor der Azhar-Universität in Kairo mit einer entsprechenden Eingabe an den Völkerbund.

Immer von neuem führt die Zentrale des Bolschewismus, trotz der Verbote der Länderregierungen im Einvernehmen mit den Hohen Kommissaren Englands und Frankreichs, einen großangelegten Propagandafeldzug mit dem Ziel der Revolutionierung der Araberländer. Diese Propaganda wird in der Hauptsache von bezahlten Agenten aus der jüdischen Bevölkerung Palästinas oder der größeren arabischen Städte betrieben. Außerdem beteiligen sich daran auch zahlreiche Armenier, die im Orient denselben Ruf wie die Juden haben. Demnach sind Armenien und Jüdisch-Palästina als Einfallspforten des Kommunismus nach dem Vorderen Orient anzusehen. Die aus Frankreich stammenden Kommunisten in Nordafrika kommen noch hinzu.

Daß die bekannten armenischen Parteien („Daschnaken" und die „Hodschen") mit bolschewistischen Elementen stark durchsetzt sind, beweisen viele Tatsachen. So weiß z. B. die ägyptische Zeitung „Ahram" vom 5. März und 14. April 1935 von Moskauer Agenten zu berichten, die sich nach ihrer Festnahme als Mitglieder der Hodschpartei entpuppten. Die palästinensische Zeitung „Algamia al-arabiya" vom 20. Dezember 1934 berichtet von einer Razzia im Judenviertel Jerusalems, die ergab, daß Juden und Armenier gemeinsam

kommunistische Propaganda trieben. Unter der maronitischen Bevölkerung Syriens ist ein Rechtsanwalt Anton el Hadsch bekanntgeworden, der sich bolschewistischer Umtriebe schuldig gemacht hat. Er wurde in Beirut auf Veranlassung des französischen Hohen Kommissars verhaftet und nach Palästina abgeschoben. Dort und später in Ägypten erhielt er jedoch auch keine Aufenthaltserlaubnis.

Große Scharen von Juden aus Rußland, Polen, Deutschland und Frankreich strömten nach dem Weltkriege in die arabischen Länder und sammelten sich unter dem Banner eines „National Home" unter dem englischen Protektorat in Palästina. Doch erkannte London neuerdings die Gefahr dieser Einwanderung und sah ein, daß das Judentum den Bolschewismus nach dem Orient einschleppt. Es sei hier nur der jüdische Direktor einer Schule in Bagdad erwähnt, der im Jahre 1931 mit einigen Agitatoren und ungeheurem Propagandamaterial versuchte, die Grenze nach Irak zu überschreiten.

Unter der arabischen Bevölkerung selbst lassen sich nur sehr wenige Individuen zum Kommunismus bekehren. Die Hoffnungen der ungebildeten Schichten der Araber auf das „Sowjetparadies" sind einzig und allein auf die schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen. Es sind nur einzelne Verhaftungen von Arabern wegen des Verdachts bolschewistischer Tätigkeit bekanntgeworden. Das arabische Bauernvolk besitzt kein Verständnis für die Ideen Moskaus. Und die arabische Arbeiterschaft in den industrialisierten Gebieten schließt sich in den radikal-nationalen Organisationen und Parteien zusammen, von denen die Nationale Arbeiterpartei des Cherif Abbas Halim in Ägypten am meisten bekannt ist.

Von den europäischen Kommunisten sind im Orient hauptsächlich die „Humanité"-Franzosen stets darum bemüht, mit den Kreisen der arabischen Nationalisten in Fühlung zu treten, um das Volk unter der „Rayat al-hamra" (Rote Fahne) gegen Frankreich aufzuhetzen. Der französische Innenminister stellte auf seiner Nordafrikareise fest („Ahram", 11. März 1935), daß die Gefahr des Bolschewismus dort stark wachse. Daher forderte er auch von der Regierung in Paris die schärfsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Agenten der Kommunistischen Internationale.




264. Polizei im Kampf gegen die Aufständischen. Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten fielen als Opfer der Roten Hetze



265. Rote Partisanen aus dem Sowjetaltai

# AUSSENMONGOLEI

von

Dipl.-Ing. Lam Jycho, Charbin

Nur der Name Dschingis Chan spricht noch heute von der ruhmreichen Vergangenheit des einst so starken und stolzen Mongolenvolkes im Osten Asiens. Die Mongolen der Jetztzeit nehmen für sich nicht ohne Grund die Ehre in Anspruch, vor Jahrhunderten das größte Imperium der Welt geschaffen zu haben. Und nun sind die Mongolen ein kleines Volk, dessen Land noch dazu künstlich zerstückelt ist.

Die Außenmongolei umfaßt etwa 1300000 qkm (fast dreimal soviel wie Deutschland) und zählt kaum 650000 Bewohner, wovon 120000 Sowjetbürger, 10000 Chinesen und 5000 Burjaten sind. Diese Zahlen sind nur Schätzungen, denn es gibt immer noch keine zuverlässigen Statistiken über die mongolischen Gebiete. Bekannt ist jedenfalls, daß dieses Land reiche Naturschätze in sich birgt, deren Erschließung bisher keine größeren Fortschritte gemacht hat. Als Existenzquelle der Mongolen gilt die Viehzucht.

Erst im Jahre 1911, nach dem Sturz des Chinesischen Kaiserreichs, wurde die Mongolei unter dem Druck des zaristischen Rußland in die Äußere und Innere aufgeteilt. Die Außenmongolei verfiel dem starken russischen Einfluß. Dagegen blieb die Innenmongolei als eine besondere Verwaltungseinheit im Rahmen Chinas. Drei Jahre später beseitigte die Zarenregierung sogar die Scheinautonomie, um die Reichtümer der Außenmongolei an Vieh und Pferden uneingeschränkt für Kriegszwecke verwenden zu können.

Nach dem Zusammenbruch der russischen Monarchie verstand die Sowjetmacht, sich in den Besitz der Außenmongolei zu setzen, um dieses Land dann zum Sprungbrett der bolschewistischen Weltrevolution in asiatischen Ländern auszugestalten.

Damals befand sich die Mongolei in den Händen einiger sich gegenseitig bekämpfender chinesicher Generale, des Kosakenatamans Semionow und seines Verbündeten, eines Fanatikers der orientalisch-buddhistischen Glaubensbewegung, Baron Ungern-Sternberg. Gegen sie entsandte Moskau den bekannten General Blücher mit dem Befehl, die Mongolei militärisch zu besetzen. Die erforderlichen juristischen Formalitäten eines Eingreifens in die inneren Angelegenheiten der Mongolei regelten die Sowjets durch einen Vertrag (26. Juni 1919), in dem die Anerkennung der mongolischen „selbständigen" Staatlichkeit ausgesprochen wurde.

Blücher übernahm das Oberkommando über alle Roten Truppen Sibiriens in Tschita. Ein direktes Eindringen in die Mongolei war jedoch aus Rücksicht auf China nicht ratsam. Man verfolgte nämlich in Moskau die Absicht, das Chinesische Reich nicht mit Gewalt, sondern auf Umwegen unter die Herrschaft des Bolschewismus zu bringen. Und China hielt zu dieser Zeit die Mongolei für sein Gebiet, warum auch die Moskauer Anerkennung ihrer Selbständigkeit in Nanking nicht ernst genommen wurde.

Die Sowjets wollten sich nun dadurch helfen, daß sie Blücher beauftragten, in der Mongolei eine „volksrevolutionäre" Partei zu gründen und eine Bewegung gegen die chinesische Fremdherrschaft zu schüren. Das war eine Kleinigkeit für die kommunistischen Agenten, denn die zahlreichen Häuptlinge der Mongolenstämme konnten leicht für die revolutionäre Bewegung gegen chinesische Generäle, Semionow und Ungern-Sternberg, gewonnen werden.

Die neugeschaffene Partei bildete am 13. März 1921 in Sibirien eine mongolische „Regierung", an deren Spitze ein Schreiber aus dem Sowjetkonsulat in der Hauptstadt der Mongolei, namens Bodo, stand. Unverzüglich wurde die selbständige „Volksrepublik" proklamiert, die sich an die Moskauer Regierung mit der Bitte um Hilfe wandte. Alle Räuberbanden des Landes mit ihren Anführern, denen zur Seite bolschewistische Agenten als „Berater" standen, schlossen sich der Blücherschen Partei an. Auch die durch die Truppen Semionows ausgeplünderte Bevölkerung beteiligte sich an der „Revolution". Man hatte aber gar keine Ahnung davon, was Moskau dadurch eigentlich erreichen wollte. Niemand wußte auch, daß die „volksrevolutionäre Regierung" in einer so engen Verbindung mit der Komintern stand.

Die Rote Armee ließ nicht lange auf sich warten und besetzte innerhalb einiger Monate das ganze Land. Semionow mußte mit seinen Truppen nach Nordchina flüchten. Ungern-Sternberg geriet in bolschewistische Gefangenschaft und wurde in Nowosibirsk erschossen.

Kaum waren die Bolschewisten ins Land gekommen, als sie schon ihre klassenkämpferische Propaganda entfalteten. Angefangen wurde mit der Agitation für die Absetzung der Landesfürsten. Der marxistische Haß richtete sich auch gegen die Geistlichkeit, die Lamas mit ihren 2700 Klöstern. Man wagte aber nicht, alle Parolen gleich in die Tat umzusetzen, da die Mongolen in ihrer Mehrheit sehr stark an den alten Traditionen festhalten. In Urga lebte noch das Oberhaupt des Landes und der Kirche („Hutuchtu") Dgebd-sun-Damba. Bis zu seinem Tode im Jahre 1924 mußten die Bolschewisten ihn respektieren.

Für die Bekehrung des Volkes zum Kommunismus wurde mit allen Mitteln gesorgt. Gegen die aufständischen Mongolenstämme, die die Kommunistenpest ausrotten und das Mongolische Volk befreien wollten, gingen die Sowjets aufs brutalste vor und benutzten ihre Feldzüge, um die arme Landbevölkerung völlig auszurauben. Dabei ließen die Roten die Güter der Fürsten unberührt, um nachher den Haß der Armen gegen die Reichen lenken zu können. Unter der Führung der geschulten kommunistischen Agenten bildete man zahlreiche Räuberbanden, die im Lande mit Feuer und Schwert wüteten.

Am 5. November 1921 schloß die mongolische „Regierung" einen Freundschaftsvertrag mit der RSFSR, worin die gegenseitige Anerkennung nochmals bestätigt und die Nichtzulassung der fremden Truppen vereinbart wurde. Außerdem erhielt Moskau das Recht,



das Telegraphen- und Telephonnetz kostenlos auszubauen, sowie den Bau von Eisenbahnen auf dem mongolischen Gebiet zu finanzieren. Schließlich wurden alle Sowjetuntertanen für gleichberechtigt mit den Angehörigen der Republik Mongolei erklärt.

Vor der endgültigen Machtübernahme sahen sich jedoch die Bolschewisten genötigt, auf ihrem Territorium eine „Mongolisch-Burjatische Sowjetrepublik" ins Leben zu rufen. Die Gründung fand am 4. Juni 1923 in Werchneudinsk statt. Etwa 5,5 Millionen Menschen (Burjaten, Tataren, Juden, Russen, Ukrainer, Weißruthenen u. a.) zählte die neue Republik, deren Schaffung eine Folge der regen religiösen Tätigkeit der Lamas in der Mongolei war.

Der lamaistische Einfluß wirkte gegen den Internationalismus der Marxistenlehre durch die Erweckung des mongolischen Nationalgefühls nicht nur in der Mongolei, sondern auch in mongolisch-burjatischen Gebieten. Wenn die mongolischen Lamas im allgemeinen auch nicht national gesinnt waren, so ließen sie sich dennoch im Augenblick der Gefahr für die einst so stolze und weltbeherrschende Nation der Mongolen in ihrer Arbeit an der Selbsterhaltung vom Nationalgefühl leiten. Die Gründung der erwähnten Sowjetrepublik sollte also dem primitiven Mongolen eine Genugtuung geben.

Erst später, nachdem der Kriegskommunismus die Bevölkerung der Außenmongolei in besitzlose „Proletarier" verwandelt und die Autorität der Fürstlichkeit sowie der Geistlichkeit untergraben hatte, entschloß sich Blücher, die Macht voll zu übernehmen. Den großen nationalen Aufstand in den Jahren 1922/23 vermochte er, dank der modernen Ausrüstung seiner Truppen, zu unterdrücken. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine starke Rote Garnison nach Urga „im Interesse der Sicherheit des Landes" gelegt. Der erfahrene sibirische Tschekist namens Schtschetinkin leitete den politischen Sicherheitsdienst.

Die Regierung in Urga mußte diese Maßnahmen Blüchers „freiwillig" anerkennen. Im Laufe der Zeit hat jedoch ein Teil der Regierung erkannt, wohin Moskau mit seiner Politik steuert, und versuchte, den bolschewistischen Plänen entgegenzuwirken. Kurzerhand ließ Blücher die Widerspenstigen nach Sibirien verschicken und durch Moskauer Agenten nicht einmal mongolischer Herkunft ersetzen. Ein Teil der Opposition konnte sich durch die Flucht nach der Innenmongolei retten.

Inzwischen kam es zu einer chinesisch-bolschewistischen Annäherung. Am 31. Mai 1924 schloß Moskau einen Freundschaftsvertrag mit China, wodurch die Außenmongolei als ein besonderer Teil Chinas anerkannt wurde. Den Chinesen wurde aber gleichzeitig empfohlen, sich in die inneren Angelegenheiten der Außenmongolei nicht einzumischen, was praktisch das Fortbestehen der Sowjetherrschaft bedeutete.

Nach dem Tode Dgebd-sun-Dambas faßte Moskau den Entschluß, eine mongolische „Volksrepublik" zu gründen. Aus diesem Grunde wurde – entgegen der Stimmung im Volke – kein neuer „Hutuchtu" gewählt. Eine Regierung mit einem Russen namens Theatitsch an der Spitze erschien auf der Bühne. Die Rechte der Landesfürsten und Lamas wurden aufgehoben und jegliche religiöse Tätigkeit verboten.

Die gegenwärtige Verfassung der Republik ist dieselbe wie die der Sowjetrepubliken Turkmenistan oder Tadschikistan. Das Land ist in Gaue („Ajmak") geteilt, deren Grenzziehung vor allen Dingen die Moskauer Kriegspläne berücksichtigt. Der einzige Unterschied zwischen den Sowjetrepubliken und der Außenmongolei ist der, daß die Räte nicht „Sowjets", sondern „Huruldans" heißen. Wie sonstwo in der UdSSR, bildet das Präsidium des kleinen „Huruldan" die oberste Landesbehörde. Lediglich aus taktisch-politischen Gründen hat Moskau die „selbständige" mongolische Republik in die Sowjetunion nicht direkt einbezogen.

Das mit den Bolschewisten damals so befreundete China erhob gegen all diese Vorgänge keinen ernsthaften Einspruch, wofür sich Moskau mit weiteren Schritten zwecks Revolutionierung der Chinesen bedankte. Mit dieser Aufgabe wurde wiederum Blücher, der sich inzwischen den Ehrentitel „Henker der Mongolei" erworben hatte, mit 300 kommunistischen

Agenten in Offiziersuniform betraut. Unter dem Decknamen „Ga-Lin" begann er gleich nach seiner Ankunft mit der Zersetzung der obersten Behörden in Südchina.

Fast hätte der Moskauer Plan damals Erfolg gehabt. War es doch der Freund Sun-Yat-Sens, der „Genosse Kyrill", alias der Jude Grusenberg-Borodin, der von seinem Diplomatenposten in Kanton aus in chinesischen politischen Kreisen die Revolution vorbereitete. Der Tod Sun-Yat-Sens warf die Karten des bolschewistischen Imperialismus empfindlich durcheinander. Die chinesischen Generäle, insbesondere Chiang-Kai-Shek, durchschauten das Spiel Blüchers.

Nach einigen unbedeutenden Rückzugsgefechten mußten Blücher und Borodin das Feld räumen. Sie erlebten aber kurz darauf eine noch unangenehmere Überraschung: die Stelle Ga-Lins (er galt als militärischer Berater Chinas) wurde im Jahre 1929 durch den deutschen Generalstabsoberst Bauer besetzt, der sich das Ziel gesteckt hat, dem Bolschewismus den Weg zur Weltmacht zu versperren.

In der Mongolei hausten die Roten viel schlimmer als irgendwo in der UdSSR. Jederzeit waren sie bereit, China zu überfallen. Parallel damit ging die Bolschewisierung der Mandschurei vor sich. Nur die Rücksicht auf Japan hielt die Sowjetarmee von der Besetzung dieses Landes ab. Es wurde aber die Methode der sogenannten friedlichen Durchdringung angewandt. Eine große Rolle spielte dabei die Ostchinabahn. In den Jahren 1930/31 war die „Durchdringung" schon so weit gekommen, daß fast die gesamte Wirtschaft des Landes von Moskau aus kontrolliert wurde. Es fehlte nur noch eine „Volksrevolution", und die Roten wären mit einer „Regierung", die in Wladiwostok aus unbekannten Elementen zweifelhafter Herkunft bereits zusammengestellt war, sofort zur Stelle gewesen.

Im letzten Augenblick bereitete Japan diesen Plänen der III. Internationale ein Ende. Nochmals traten die Moskauer Agenten einen fluchtartigen Rückzug an, der durch die Abtretung der Eigentumsrechte an der Ostchinabahn gekrönt wurde. Dadurch gewann aber die Außenmongolei als wichtiger Vorposten des Bolschewismus in Asien noch mehr an Bedeutung.

Auch ein kleineres, aber vom strategischen Standpunkt aus sehr wichtiges Land – Urjanchaj oder die Republik Tannu-Tuwa – traf ein ähnliches Schicksal wie die Außenmongolei. Es liegt im Gebirge zwischen der Sowjetunion und der Mongolei, hat eine Fläche von rund 165000 qkm (mehr als ein Drittel Deutschlands) und zählt nur gegen 65000 Einwohner, wovon fast 20 % Einwanderer russischer und ukrainischer Nationalität sind. Diese Republik mit der Hauptstadt Krasnyj wurde von Moskau im Jahre 1921 als ein „selbständiger" Staat anerkannt. Drei Jahre später erfolgte die „freiwillige" Einführung der bolschewistischen Verfassung. Formell regiert auch hier eine „volksrevolutionäre" Partei, die durch die Sowjets aus taktischen Gründen als eine bürgerliche Partei bezeichnet wird, um den Eindruck zu erwecken, als ob die Republik Tannu-Tuwa wirklich selbständig sei. Die Sowjetrubelwährung hat auch in diesem Lande Geltung. Nur an zahlreichen Briefmarken und Poststempeln merkt die Welt das Vorhandensein dieses „Staates".

Was die Moskauer Herrschaft für die Außenmongolei bedeutet, kann nur als ein ewiger Kleinkrieg bezeichnet werden. Die Rote Armee hält alle wichtigsten Verkehrspunkte des Landes in ihren Händen. Die uralte Klosterstadt Urga wurde feierlich in „Ulan-Bator" („Stadt der Roten Helden") umgetauft. Von einer Zusammenfassung der nationalen Kräfte gegen die Bolschewisten kann leider – angesichts der niedrigen Bevölkerungszahl und der großen Landfläche – nicht gesprochen werden. Ein raffiniertes Spitzelsystem sorgt dafür, daß Moskau über die geringsten Regungen des Volkes stets gut informiert wird.

Besonders großen Wert legen die Sowjets auf den Handel mit der Mongolei. Einerseits wird er als politisches Druckmittel ausgenutzt, und andererseits braucht man die mongolischen Viehbestände zur Rettung der ruinierten Viehwirtschaft in der UdSSR. Der ganze mongolische Handel liegt in den Händen der Zentralgenossenschaft „Monzekoop", deren Zentrale in Wirklichkeit nicht in Urga, sondern in Moskau sitzt. Ihr Jahresumsatz beträgt etwa 25 Millionen USA-Dollar.



Täglich wandern nach Werchneudinsk unübersehbare Vieh- und Pferdeherden, wovon ein großer Teil für die Truppen im Fernen Osten gebraucht wird. In den letzten zwei Jahren gehen denselben Weg auch die zahlreichen vollbeladenen Lastkraftwagen auf den ziemlich gut ausgebauten Wüstenstraßen. Und die Mongolei bekommt dafür die minderwertigen Erzeugnisse der Sowjetindustrie. Diese Raubwirtschaft wird in der bolschewistischen Presse als ein „blühender Güteraustausch zwischen zwei selbständigen und von jeder Ausbeutung befreiten Mächten" bezeichnet! Die mongolische Währung „Tuchrik" ist an den Sowjetrubel gebunden und wird nur in Moskau als eine Auslandsvaluta anerkannt. In der Mongolei selbst verwendet man Tuchrik oder Rubel meistens als Lösegeld für Räuberbanden und Sowjetstrafexpeditionen.

Aus strategisch-politischen Gründen ist man in Moskau bestrebt, den fernöstlichen Kriegsschauplatz und insbesondere die Außenmongolei sowie Ostturkestan als Ausfallbasis zum Angriff auf Asien auszubauen. Der Kommandeur der fernöstlichen Roten Armee, Blücher, hat eben diese Aufgabe zu erfüllen. Die häufigen Besuche des mongolischen „Ministerpräsidenten" Hendun und seiner „Minister" in Moskau sind Anzeichen eines formellen Freundschafts- und Militärbündnisses mit der Sowjetunion. Was in der Außenmongolei irgendeinen militärischen Wert hat, ist den Sowjettruppen überlassen. Die mongolische „Regierung" hat nur das Recht, alle Anordnungen des Moskauer Beauftragten, desselben Grusenberg-Borodin, zu bestätigen und bekanntzugeben. Die Militärinstrukteure sind zugleich politische Kommissare für einzelne Gaue. Alle höheren Kommandostellen sind ausschließlich von Sowjetkommunisten besetzt.

Die Verbindung mit den weitentlegenen Orten wird mit Hilfe von Flugzeugen aufrechterhalten. Überall sind gute Flugplätze gebaut worden. Nach Südchina führt eine besondere Fluglinie. Auf den Strecken Urga–Kalgan, Kiachta–Kalgan, Altaj Bulak–Urga, Kobda Uljasataj–Urga, Maimatschin–Urga–Kalgan, Chailar–Urga verkehren zahlreiche Autobusse, die durchweg nur Sowjetsoldaten transportieren. Alle 30–40 km sind Haltestellen und an wichtigen Kreuzpunkten sogar Reparaturwerkstätten eingerichtet. Der Autobusverkehr mit Werchneudinsk ist besonders gut organisiert. Man hat auch mit dem Bau einer Eisenbahnlinie nach Urga begonnen, wobei hauptsächlich politische Verbannte aus dem europäischen Teil der UdSSR als kostenlose Arbeitskräfte Verwendung finden. Eine Autobahn zwischen Teishet und Komsomolsk durch die Tajga soll das Hinterland für die Operationen an der Grenze Mandschukuos für den Fall eines japanischen Vormarsches gegen die Amurbahn sichern.

Mit der Proklamierung der Selbständigkeit der Innenmongolei wurde die bolschewistische Verbindung nach Südchina unterbrochen. Dies blieb nicht ohne Eindruck auf die Sowjets: sie ließen in ihrem offenen Terror nach und berufen sich jetzt auf die nationalen Gefühle der Mongolen. Gleichzeitig – als Antwort auf das japanische Vorgehen – besetzte die Rote Armee Ostturkestan, das heute durch ein Dutzend guter Autowege mit Westturkestan verbunden ist. Das Sowjethauptquartier in Aksu bildete dabei eine indirekte Bedrohung der englischen Kolonialmacht in Indien. Nunmehr ist Moskau in Ostturkestan um den Ausbau von neuen Verkehrslinien nach Südchina bemüht.

So steht es heute um die Außenmongolei oder besser gesagt um den asiatischen Kampfabschnitt des Weltbolschewismus.

Die Zukunft der mongolischen Länder ist mit der Entwicklung der gesamten politischen Lage in Ostasien aufs engste verknüpft. Beide Seiten – der Bolschewismus und seine Bekämpfer – müssen mit dem unerschütterlichen Volkswillen der Mongolen rechnen, die nicht auf die Anhäufung übermäßiger materieller Güter, sondern auf Ehre, Tradition, Freiheit und Unabhängigkeit Wert legen.

Nicht fern ist aber die Zeit der Befreiung der Mongolen. Daran glauben sie ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen: in der Außen- und Innenmongolei, in der mongolisch-burjatischen Sowjetrepublik und in den sonstigen Gebieten Sibiriens. Die panmongolische Idee gewinnt von Tag zu Tag an Bedeutung.

# HINTERINDIEN

von

T. U. Chaw, Bangkok

Die Länder Asiens, die man unter dem Namen Hinterindien zusammenfaßt, stellen in doppelter Beziehung eine Einheit dar: einmal im Hinblick auf ihre geographische Lage als Übergangsgebiete zwischen dem Indischen und Chinesischen Reich und ferner in kultureller Beziehung durch die verbindende Macht der buddhistischen Religion.

Hinterindien umfaßt die Länder Burma, eine große Provinz des Indischen Reiches, die aber ihrer geographischen Lage und ihrer Kultur nach zu den hinterindischen Ländern gezählt werden muß, ferner Siam, einen bis heute souveränen Staat, und Französisch-Indochina, das die Kolonien Chochinchina, die Schutzstaaten Kambodscha, Annam, Tonkin, Laos und von China gepachtetes Gebiet umfaßt.

Burma ist die größte Provinz des Indischen Reiches mit einer Fläche von 261 610 Quadratmeilen und einer Einwohnerzahl von 14,6 Millionen. Es ist für England von größter Wichtigkeit. Einmal stellt seine Bevölkerung, verglichen mit der der übrigen Teile Indiens, ein verhältnismäßig ruhiges Element dar, das von Autonomiebestrebungen noch ziemlich unberührt geblieben ist. Ferner ist es zusammen mit Singapore durch seine Schlüssellage zwischen dem Indischen und Stillen Ozean strategisch von unschätzbarer Bedeutung. Die burmesische Küste ist eine vorzügliche Basis für militärische Befestigungen, und Singapore ist im Begriff, der stärkste Flottenstützpunkt in den asiatischen Gewässern zu werden.

Auf dieses wichtige Land hat natürlich seit langem die III. Internationale ihr Augenmerk gerichtet. Zwar ist in Burma bis jetzt noch keine offizielle Kommunistische Partei organisiert worden, aber das bedeutet nicht, daß die Komintern nicht eifrig an der Arbeit wäre. Die bolschewistische Propaganda hat allerdings hier mit einer besonderen Schwierigkeit zu kämpfen, nämlich mit der stark religiösen Einstellung der Bevölkerung. Sind in Vorderindien der Islam und die Hindureligion für das gesamte kulturelle Leben des Volkes bestimmend, so übt in Hinterindien der Buddhismus denselben tiefen Einfluß aus. Mit der bekannten antireligiösen Propaganda des Marxismus ist also unter dieser Bevölkerung auf absehbare Zeit wohl nichts zu erreichen. Demgemäß arbeitet die Komintern hier mit anderen Mitteln: sie agitiert mit der Parole der „Befreiung der unterdrückten Völker", die in Kolonialländern immer von gefährlicher Wirkung ist.

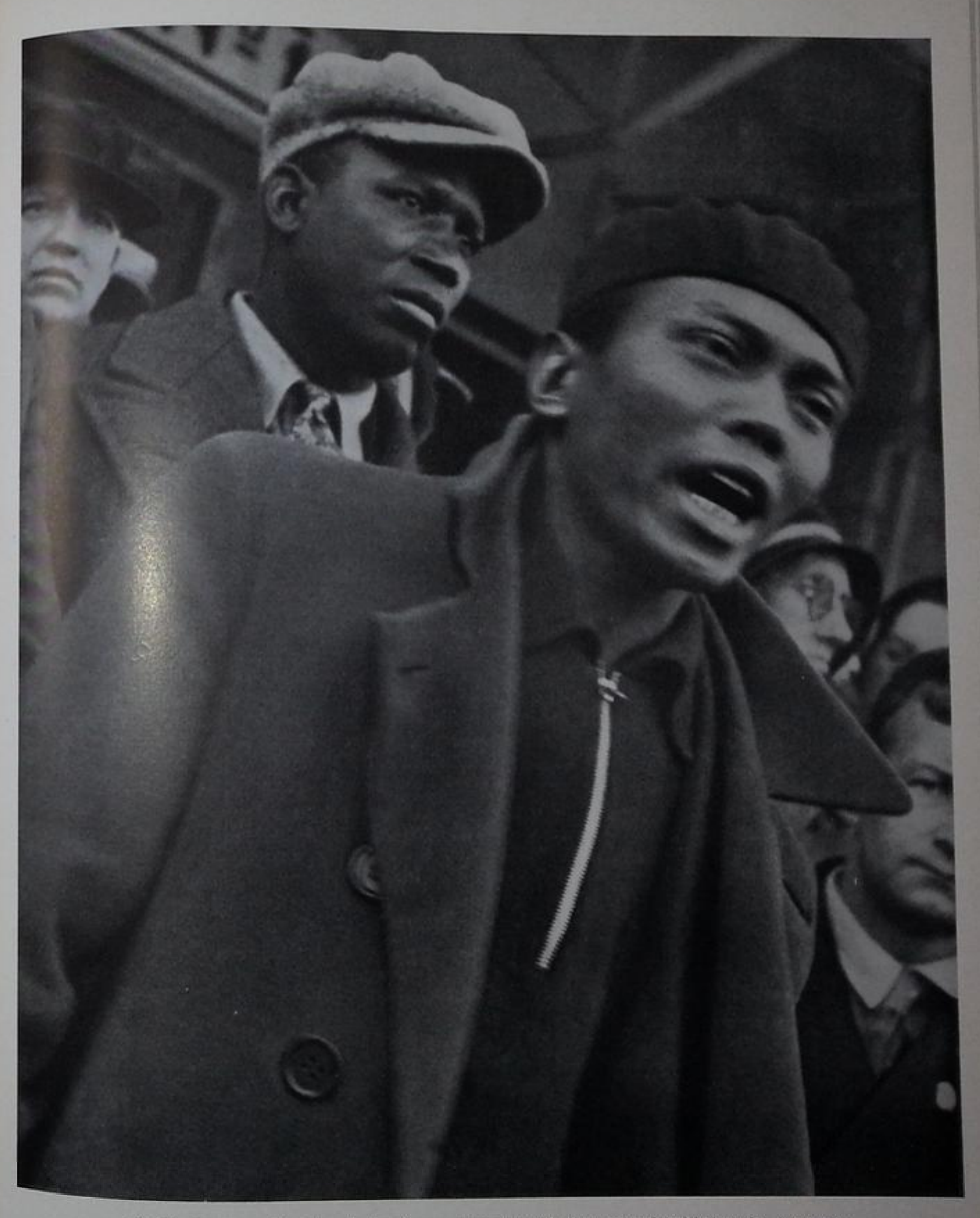
Um in Burma Fuß zu fassen, bedient sich Moskau chinesischer Agenten, die die Aufgabe haben, die Bevölkerung durch eine auf ihre geistige und seelische Verfassung zugeschnittene Propaganda mit den Ideen des Kommunismus vertraut zu machen. Diese Propaganda unterscheidet sich durchaus von der kommunistischen Agitation in anderen, etwa in den europäischen Ländern; sie läßt all die Ideen, die bei der burmesischen Bevölkerung Anstoß erregen könnten, besonders die antireligiösen Doktrinen, beiseite und paßt sich der Volkspsyche geschickt an.

Es ist den kommunistischen Agenten gelungen, verschiedene burmesische Stämme aufzuwiegeln, und 1933 kam es zu blutigen Kämpfen, in die englische Truppen eingreifen mußten. Diese Aufstände sind bei der friedliebenden Mentalität der buddhistischen Bevölkerung als ein sehr bedenklicher Erfolg der Komintern zu werten.

Man erinnert sich noch, daß vor nicht allzu langer Zeit im Kriegshafen von Singapore ein schwerer Dynamitanschlag nur durch die Umsicht der Beamten vereitelt werden konnte. Dieser Terrorakt war von kommunistischen Agenten ausgegangen. Wäre der Anschlag gelungen, so wäre die Fertigstellung des gewaltigen Flottenstützpunktes im Jahre 1937 zur Unmöglichkeit geworden.

*





266. Ein Delegierter der indonesischen Kommunisten hält bei seiner Ankunft in Moskau eine Ansprache

Die Einwohnerzahl Siams beträgt über 10 Millionen. Die Siamesen haben gewisse Berührungspunkte mit den Burmesen einerseits, und mit den halbmongolischen Völkern andererseits. Die Bevölkerung von Nordwestsiam hat chinesischen Einschlag. Man kann deutlich feststellen, wie in diesem Gebiet zwei Kulturen, die indische und die chinesische, aufeinanderstoßen. Ursprünglich gehörte dieses Land der Hindureligion an. Später begann der Siegeszug des Buddhismus. Heute ist Siam durch und durch buddhistisch. Das Siamesische Volk ist stolz darauf, daß Siam als einziges Buddhistenreich auf der Welt heute noch seine Souveränität bewahrt hat.

Der König von Siam, S. M. Prajadhipok, war bis zum Dezember 1932 absoluter Monarch seines Landes. Er regierte mit Umsicht, konnte aber nicht verhindern, daß es zeitweise zu heftigen innerpolitischen Kämpfen kam. 1932 brach eine Revolution aus. Sofort versuchte die Moskauer Internationale sich einzuschalten. Vorläufig gelang es ihr nicht, entscheidende Erfolge zu erzielen. Die zwischen den Revolutionären und den königstreuen Truppen geführten Kämpfe endeten damit, daß im Dezember 1932 die absolute Monarchie beseitigt und dem Volk das zweifelhafte Geschenk der Demokratie gemacht wurde.

Für die Kommunistische Internationale war dies Ergebnis eine erste Etappe. Mit Terrorakten und unermüdlicher Agitation wurde weiter gearbeitet, und schließlich brach im Jahre 1933 eine zweite Revolution aus. Dem König gelang es auch diesmal, den Aufruhr zu unterdrücken. Er gab dem Volk eine neue Verfassung, die ein Volksparlament und ein Kabinett vorsah. Die Lage hat sich einstweilen beruhigt. Der König tut alles, um den Kommunismus zu unterdrücken, und das Volk hält im allgemeinen zu ihm, da es den bolschewistischen Ideen innerlich fernsteht. Trotzdem bedeutet die kommunistische Propaganda, die sich an die leicht aufzustachelnden Instinkte wendet, nach wie vor eine ernste Gefahr.

*

Unter dem Namen Indochina faßt man hier nur diejenigen Gebiete zusammen, die unter französischer Herrschaft stehen. Die Gesamtfläche dieser Länder beträgt 738000 Quadratmeilen mit einer Einwohnerzahl von 21 Millionen. Die Völker Indochinas bilden jedoch keine nationale Einheit; in größter Buntheit sind die verschiedensten Stämme und Rassen über das Gebiet verstreut. Man zählt etwa 13 Millionen Annamiten, rund 1,5 Millionen Kambodschaner, 1,2 Millionen Thai, 100000 Chan, 500000 Chinesen und 24000 Franzosen.

Die französische Politik betrachtet es als eine ihrer Hauptaufgaben, Indochina vor dem chinesischen Einfluß zu bewahren. Die wichtigsten Handelspunkte des Landes sind schon jetzt in den Händen von Chinesen.

Mit der chinesischen Zuwanderung ist die Gefahr der Bolschewisierung Indochinas verbunden. Denn die Komintern hat es verstanden, mit den eindringenden Chinesen zahllose kommunistische Agenten ins Land zu bringen. Die vielen kleineren und größeren gegen die französische Herrschaft gerichteten Aufstände der letzten Jahre sind auf ihre Wühlarbeit zurückzuführen. Besonderes Aufsehen erregte der große Aufruhr im Jahre 1930 in Annam, der ungeheuere Opfer forderte. Es steht fest, daß dieser Aufstand ausschließlich von der Komintern finanziert und geleitet worden ist.

Natürlich setzt die französische Verwaltung den kommunistischen Umtrieben energischen Widerstand entgegen. Sie ist aber in ihrer Abwehrarbeit durch die sowjetophile Politik des französischen Mutterlandes stark behindert. Die kommunistische Agitation in Hinterindien hat sich mit dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund erheblich verstärkt. Solange Frankreich in Europa seine jetzige Politik fortsetzt, wird der Abwehrkampf der französischen Verwaltung in Indochina gegen den Kommunismus kaum von Erfolg gekrönt sein.



267. Eine Riesenversammlung der „Rothemden“ und kommunistischen Bauern, deren weiße Kleidung auf dem Bilde deutlich zu unterscheiden ist, in der Gegend von Peschawar. Sie mußte durch Bombenabwürfe gesprengt werden

# INDIEN

von

Habibur Rahman

Wenn man von Erfolgen bolschewistischer Wühlarbeit in Indien hört, fragt man sich, wie es überhaupt möglich ist, daß eine Bewegung, die der Todfeind aller geistigen und religiösen Kultur ist, in einem Lande, das wie wenige andere als ein Land der Religion gilt, Fuß fassen kann. Die Antwort ergibt sich aus einer Betrachtung der sozialen Lage des Indischen Volkes. Breiteste Massen leben tatsächlich so tief in Not und Unwissenheit, daß es verständlich ist, wenn sie die betrügerischen „Befreiungs“-Parolen und Versprechungen der Moskauer Internationale hinnehmen, ohne sich um den wirklichen Sinn und die Absichten der bolschewistischen Lehren zu kümmern.

Nicht nur der indische Arbeiter, sondern auch das ganze Volk führt einen ungewöhnlich schweren Kampf ums Dasein. Man hört vielfach die Behauptung, die fremde Herrschaft trage die Schuld an diesem Elend. Es ist aber nicht abzustreiten, daß die einheimischen Machthaber ihre Landsleute vielleicht am schlimmsten behandeln.

Etwa 67 % der gesamten Bevölkerung Indiens (353 Millionen) treiben Ackerbau und Viehzucht. Eine ungeheuere Menschenmasse von rund 235 Millionen Bauern führt ein Leben, das man nach europäischen Begriffen kaum ein menschliches Dasein nennen kann. Viele Bauern sind nicht in der Lage, sich täglich auch nur einmal wirklich satt zu essen. Sie sind die Erzeuger mannigfacher Agrarprodukte, für sie selbst aber bleibt kaum etwas anderes übrig als trockenes Brot mit Zwiebeln. Die Ackergeräte bestehen aus Holz und sind vollkommen veraltet; obwohl der Boden fruchtbar ist, erzielt man doch, infolge der langdauernden unerhörten Ausnutzung, heute nicht mehr annähernd so reiche Ernten wie früher. Düngemittel kann sich der indische Bauer nicht leisten.

Die Lage des indischen Arbeiters ist noch schlimmer. Nach statistischen Feststellungen von 1931 beschäftigt die Industrie 9,7 % der Bevölkerung, in Wirklichkeit arbeiten in den Fabriken ständig nur 15,4 Millionen Menschen, die ihre Angehörigen zu ernähren haben. Die Verdienstmöglichkeiten sind derart gering, daß der indische Arbeiter nur notdürftig sein Leben fristen kann. Die niedrigen Frauenlöhne von 20 bis 40 Pfg. pro Tag sprechen für sich selbst. Der größte Teil der männlichen ungelernten Arbeiter hat ein Einkommen von RM 3,– wöchentlich bei 10-stündiger Arbeitszeit. Der gelernte Spinner in Bombay (Bombay zahlt die höchsten Löhne in Indien!) verdient monatlich RM 20,–. Der Weber ist heute der bestbezahlte Arbeiter in der Textilindustrie. Er bezieht ein monatliches Gehalt von RM 40,– bis 60,–. Der letztere Betrag ist der Spitzenlohn einer kaum 10 % der gesamten Arbeiterschaft betragenden hochqualifizierten Oberschicht.

Wenn man in Bombay nachts durch die Straßen geht, sieht man erschütternde Bilder. Zu Tausenden liegen die Bewohner der Stadt obdachlos auf den Straßen, wo sich ihr ganzes Leben abspielt. Die Straße ist das Zuhause des armen indischen Mannes. Bombay ist im englischen Empire die viertgrößte Stadt mit einer Einwohnerzahl von fast anderthalb Millionen Menschen. Allein in dieser Stadt sind rund 80000 Menschen dauernd arbeitslos und müssen ohne jede Unterstützung leben. Es ist sehr schwer, die genaue Zahl der Arbeitslosen in ganz Indien festzustellen; aber im indischen Parlament wurde häufig eine Zahl von rund 40 Millionen Arbeitslosen genannt, die, ohne Hilfe, hungern müssen. – Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß in Indien die meisten Bettler zu finden sind.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist gleichfalls sehr schlecht. Der Inder kann nur auf ein Durchschnittsalter von 23,2 Jahren rechnen. Besonders ist die Säuglingssterblichkeit



268. Indische Kommunisten in der Schriftleitung des Zentralorgans der Gottlosenbewegung „Besboshnik" in Moskau



sehr groß: von 1000 Säuglingen sterben jährlich 200 bis 300. Weiter sind zu erwähnen die zahlreichen Opfer der alljährlichen Cholera-, Pest- und Typhusepidemien.

Daß bei einer so schwierigen materiellen Lage auch die kulturellen Angelegenheiten sehr im argen liegen, ist erklärlich. Die Schulbildung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die statistischen Erhebungen von Dr. Hutton im Jahre 1931 zeigten, daß nur 8 % der gesamten Bevölkerung Indiens des Lesens und Schreibens kundig waren.

*

Betrachtet man die Verhältnisse in den feudalen Staaten Indiens, so macht man die traurige Feststellung, daß es hier noch schlimmer steht als in Britisch-Indien. Es gibt heute noch 612 Staaten in Indien, die in ihrer inneren Verwaltung mehr oder weniger selbständig sind. Man sollte erwarten, daß die Lage des Indischen Volkes in diesen von Einheimischen regierten Staaten besser sei. Aber weit gefehlt. Auf der einen Seite herrscht furchtbare Armut, auf der anderen üppigster Reichtum und Luxus. Die Maharadschas und Nabobs schwimmen im Überfluß. Nicht selten besitzt ein Fürst 10 bis 12 Paläste, das Volk aber hat oft nicht einmal armselige Hütten. In manchen Gegenden herrschen so hoffnungslose Zustände, daß viele Menschen, besonders Arbeitslose, freiwillig in den Tod gehen. Oft aber kommt es auch zu ernsten Unruhen. So entstand z. B. in Kaschmir (Nordindien) ein Aufruhr, in dessen Verlauf der Maharadscha gezwungen wurde, ein Parlament wählen zu lassen und mit diesem zusammen zu regieren. Dasselbe ereignete sich in Alwar. Hier mußte der Maharadscha sein Land auf unbestimmte Zeit verlassen. Chaotische Zustände herrschen in den Rampurstaaten Khapurtalla, Bhahalpur Haidarabad, Patiala. Der Ruf nach einer radikalen Änderung der Verhältnisse wird hier immer lauter.

Ein grelles Schlaglicht auf die bedenkliche Lage des gesamten Indischen Volkes wirft eine Rede, die der Delegierte der indischen Arbeiter auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf, Jamna Das Metha, im Juni 1934 gehalten hat. Indien, erklärte er, sei das ärmste Land der Zivilisation, Millionen Inder erhielten nicht eine einzige volle Mahlzeit am Tage. Wenn die Lage des Indischen Volkes nicht gebessert werde, so würde man es in Zukunft für zwecklos erachten, einen Delegierten nach Genf zu senden.

*

Aus der tiefen Not des Indischen Volkes ist die „Freiheitsbewegung" erwachsen. Man kann ihre Anfänge bis in die Zeit des Weltkrieges zurückverfolgen. Damals lehnten es viele indische Nationalisten ab, sich am europäischen Kriege zu beteiligen; sie verweigerten entschlossen Militärdienst wie auch materielle Hilfeleistung. Besonders die Mohammedaner hielten es für eine große Sünde, gegen ihre Glaubensgenossen in der Türkei zu kämpfen, und versagten die Gefolgschaft. England war natürlich dringend darauf bedacht, indische Truppen zu seiner Verfügung zu bekommen; es schritt zu energischen Maßnahmen, und Tausende von Indern, die sich gegen die Rekrutierung wehrten, wurden interniert. Zwei bekannte indische Führer, die sich gegen die Teilnahme am europäischen Kriege auflehnten, waren Mohammed Ali und Schokat Ali („Ali Brothers").

Der englischen Politik gelang es damals, Gandhi zu gewinnen und damit der Schwierigkeiten Herr zu werden. Nach dem Kriege wurde durch die „Rowlatt Bill" (1918) der Versuch einer Regelung der indischen Verhältnisse unternommen. Die indischen Nationalisten waren jedoch mit dieser Lösung nicht im entferntesten zufrieden. Sie fühlten sich durch das Gesetz in eine viel schärfere Zange genommen als bisher, und die Enttäuschung im Volke war groß.

Nunmehr setzte der Kampf mit großer Heftigkeit ein. Der „All India Congress" versuchte mit allen Mitteln, Großbritannien klarzumachen, daß Indien für Reformen reif sei. Es kam im Verlauf des Kampfes zu zahllosen Reibereien und teilweise blutigen



269. Ein indischer Kommunist spricht auf einer Versammlung in der Sowjetunion

Zusammenstößen zwischen der indischen Bevölkerung und Polizei sowie Militär. Die Gefängnisse waren bald überfüllt.

An die Spitze stellte sich ein Mann, dessen Name überall in der Welt bekannt geworden ist: Gandhi, der im Volksmund „Mahatma“ (der Heilige) heißt. Er stellte die gesamte Bewegung auf eine religiöse Grundlage. Seine Kampfmittel waren die „Satyagraha-Methoden“, der passive Widerstand. Seine religiöse Einstellung und seine persönliche Lauterkeit gewannen Gandhi die Herzen des Indischen Volkes.

*

Überall in der Welt, wo ein Volk für die Umgestaltung und Besserung seiner sozialen Lage kämpft, hat die Kommunistische Internationale versucht, diese Bewegung in ihrem Sinne umzubiegen und für die Zwecke der Weltrevolution zu mißbrauchen. Aber auch da, wo ein Volk für nationale Belange und Selbstverwaltung ficht, hat es die Komintern vielfach verstanden, diese völkischen Motive in ihre Agitation einzuspannen. Moskau sieht im gärenden Unruheherd Indien eine der wichtigsten Domänen der Weltrevolution und setzt alles daran, hier die Führung in die Hand zu bekommen.

Die Bevölkerung Indiens zerfällt religiös in zwei Hauptgruppen, in Hindus und Mohammedaner. Natürlich sind auch noch andere Religionen vorhanden, wie der Buddhismus und das Christentum, aber sie treten zahlenmäßig hinter den beiden ersten weit zurück. Die Bewegung des Indischen Volkes ist in hohem Grade religiös-ethisch betont.

Es ist klar, daß die III. Internationale mit ihrer antireligiösen Propaganda in diesem Lande keinen Erfolg haben kann. Bisher hat es in Indien noch niemand wagen dürfen,



öffentlich auch nur in vorsichtiger Form die Religion anzugreifen. Infolgedessen hat der Bolschewismus, dessen Wendigkeit bekannt ist, andere Wege eingeschlagen. Unter Ausschaltung der religiösen und weltanschaulichen Ideen hat er seine Agitation lediglich auf die Erregung sozialer und nationaler Unzufriedenheit eingestellt.

Zuerst versuchten die Agenten der Komintern, eine engere Verbindung mit den indischen Revolutionären, die sich in Europa aufhielten und auch nach Moskau kamen, herzustellen und auf diesem Wege mit den indischen Nationalisten in Indien Fühlung zu bekommen. Der bekannte bengalische Terrorist M. N. Roy – sein wirklicher Name ist Namder – war während des Krieges in Amerika, um dort gegen England zu agitieren. Als sich die USA im Kriege England anschloß, mußte er fliehen. Es gelang ihm, mit Moskau in Verbindung zu treten. Er wurde als Mitglied des Zentralkomitees in die Komintern aufgenommen. Dann versuchte er, sich nach Indien durchzuschmuggeln, wurde aber entdeckt und ins Gefängnis geworfen. Er war nicht der einzige Inder, der einen festen Kontakt mit Moskau suchte und fand. Andere waren: M. Darkatulla, M. Ascharya, Chatopadhya, Saklatwala. Letzterem ist die Einreise nach Indien überhaupt verboten. Alle diese Agenten hielten sich in Europa auf und unternahmen dauernd Versuche, mit den Nationalisten Indiens in Verbindung zu treten.

Es ist bekannt, daß Moskau zu Beginn des Freiheitskampfes eine große Summe nach Indien schickte. Dieses Geld ist, wie von zuverlässiger Seite behauptet wird, von Zentralasien durch Afghanistan nach Indien gebracht worden. Ebenso – reichliches Propagandamaterial. Eine offizielle kommunistische Partei war aber in Indien nicht vorhanden, und so war es natürlich der heißeste Wunsch der Komintern, geeignete Personen zu finden, die die notwendige Organisationsarbeit übernahmen. Es kam immer wieder vor, daß die aus Moskau geschickten Summen in die Hände solcher „Kommunisten“ fielen, die für den Kommunismus im Grunde genommen nicht viel übrig hatten. Ein bekannter religiöser Hinduführer erhielt z. B. einmal eine größere Geldsumme, die er aber nicht für bolschewistische Propaganda, sondern für die Zwecke seiner Religion verwandte.

Die Komintern ließ sich jedoch durch solche Mißerfolge nicht entmutigen. Es gelang ihr allmählich, mit Hilfe zuverlässiger Agenten in einzelnen Bevölkerungskreisen Fuß zu fassen. So entstanden die kommunistischen Gruppen.

Im Jahre 1921 wurde deren Tätigkeit in einem Hochverratsprozeß, dem „Cawnpur Conspiracy Case“, aufgedeckt. Dieser Prozeß hat in Indien großes Aufsehen erregt. Die Behörden wurden sich darüber klar, daß Moskau die Hand im Spiele hatte und mit allen Mitteln bestrebt war, die Führung im indischen Freiheitskampf an sich zu reißen. Die Aufdeckung der unterirdischen Arbeit der bolschewistischen Gruppen war natürlich ein schwerer Schlag für die Komintern, zumal die Propagandatätigkeit sehr erhebliche Gelder verschlungen hatte.

Nun kam Moskau auf den Gedanken, europäische Agenten mit der Agitationsarbeit zu betrauen, und es gelang auch, einige englische Kommunisten für diesen Zweck zu gewinnen. Naturgemäß hatten aber diese Engländer zunächst wenig Kontakt mit dem Indischen Volke. Sie versuchten, die indischen Nationalisten radikaler Einstellung zu sich herüberzuziehen. Es bildeten sich aufs neue kommunistische Gruppen im Lande. Nach einiger Zeit wurden auch diese Elemente entdeckt, und im März 1929 wurde ein neuer Hochverratsprozeß, der „Meerut Conspiracy Case“, gegen sie eingeleitet. Eine Reihe von Gewerkschaftsführern ließ man verhaften. An erster Stelle die drei englischen Agenten Spratt, Bradley und Hutchinon. Letzterer war der Vorsitzende der „Liga gegen den Imperialismus“. Die englische Regierung hat die Schuldigen für einige Jahre ins Gefängnis gesteckt, ohne sie richtig zu verhören. Erst später gelang es, durch ungeheueres Zeugenaufgebot ein richtiges Bild von den Vorgängen zu erhalten und mit großer Mühe belastendes Material zu beschaffen. Praktisch war die Agitationstätigkeit Moskaus schwer festzustellen, denn es gab weder eine kommunistische Partei noch irgendwelche sichtbaren kommunistischen Organisationen in Indien.

Die Behörden glaubten, durch die Aufdeckung der Meerut-Verschwörung die Tätigkeit der Komintern erstickt zu haben. Tatsächlich bedeutete auch dieser Prozeß für Moskau eine herbe Enttäuschung. Die Schwierigkeiten, eine brauchbare kommunistische Organisation in Indien zu schaffen, schienen außerordentlich. In den folgenden Jahren konnte der Eindruck entstehen, der Bolschewismus habe seine Werbetätigkeit in Indien eingestellt. Wer aber die Komintern kennt, weiß, daß aus verminderter äußerer Aktivität niemals auf ein Nachlassen der Umsturzbestrebungen geschlossen werden darf. In Wirklichkeit hatte man nur die Methoden geändert.

Die gegenwärtige Lage wird durch eine besonders gute Tarnung der illegalen Tätigkeit und straffe Organisation gekennzeichnet. Wie die englische Zeitung „Civil Military Gazette" in Lahore am 10. August 1934 berichtete, sollen die verschiedenen kommunistischen Organisationen und Gewerkschaften jetzt einer Zentralorganisation unterstellt sein. Die so organisierte Bewegung verfolgt ihre Ziele auf einem neuen Wege, durch Erregung von Streikunruhen.



270. Kommunistische Massenversammlung unter der Roten Fahne in Bombay

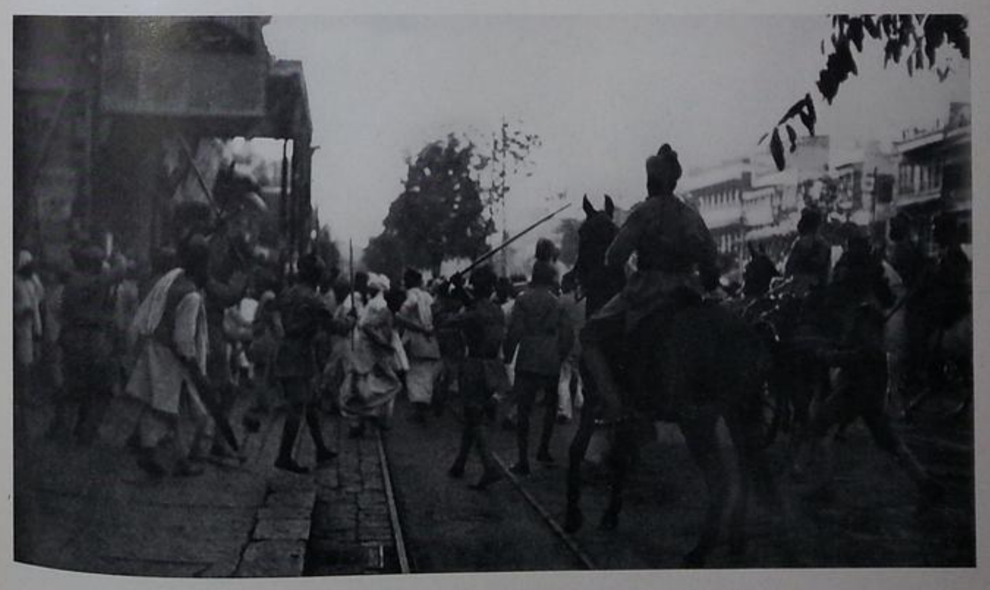
Am 25. April 1934 brach in Bombay ein Textilarbeiterstreik aus, an dem schon am ersten Tage 6350 Arbeiter teilnahmen. In den nächsten Tagen erhöhte sich die Zahl der Streikenden auf 60000. 21 Fabriken wurden stillgelegt. Der Streik dauerte bis zum 19. Juni an. Auch Delhi und Nagpur wurden von den Unruhen ergriffen, die ungeheueren Schaden anrichteten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär, die auf die Menge ein heftiges Feuer eröffneten.

Die gesamten Streikunruhen in Bombay, Delhi und Nagpur sind auf das Schuldkonto der Kommunisten zu setzen, die die Arbeiterschaft aufgehetzt hatten. Infolgedessen schritt die indische Regierung am 27. Juli 1934 zu einem Verbot der kommunistischen Bewegung. Sie erklärte dazu in einem Kommuniqué, die Kommunistische Partei in Indien habe nur die Aufgabe, Unruhe in der Verwaltung zu stiften und das Volk aufzuwiegeln. Die Provinzialregierungen wurden angewiesen, die verschiedenen politischen Gruppen zu untersuchen,





271. Zusammenstoß zwischen Polizei und Aufständischen in Bombay



272. Kommunistische Demonstranten werden von der Polizei zurückgetrieben

um festzustellen, wo kommunistische Betätigung vorliege oder für die Zukunft zu befürchten sei.

Bei dem Verbot der kommunistischen Bewegung ist außerordentlich aufschlußreiches Material zum Vorschein gekommen, das von der Zeitung „The Statesman in Calcutta" in einer Artikelserie ihres Simlaer Sonderkorrespondenten unter dem Titel „Kommunistische Intrigen" veröffentlicht worden ist. Man erfuhr daraus, daß ein von der „Pan Pacific Worker" herausgegebenes Propagandaheft, betitelt „Orgwald", nach Indien eingeschmuggelt wurde. Der Verfasser war ein Chikagoer Kommunist Earl Browder, der zum erstenmal 1929 im Auftrage der Komintern in Indien war. Er blieb 6 Monate da und kehrte dann nach Moskau zurück. Nach seiner Rückkehr ist von dem 12. Plenum des Exekutivkomitees der III. Internationale im August 1932 ein Programm für Indien als ein Teil des Weltrevolutionsprogramms für 1933 ausgearbeitet worden. In dem Heft „Orgwald", das im Sommer 1933 gedruckt wurde, ist dieses Programm veröffentlicht worden. Einige Punkte daraus seien hier wiedergegeben:

„Abschaffung jeder Religion, Beschlagnahme des Privateigentums, völlige soziale „Gleichberechtigung", revolutionäre Propaganda durch die Kommunistische Internationale" . . .

Aus diesem Propagandabuch geht hervor, daß die Komintern nach wie vor eifrig an der Arbeit ist, um sich in Indien festzusetzen.

Sir Henry Clake, Mitglied des indischen Parlaments in Simla, hat am 14. August 1934 das Verbot der Kommunistischen Partei begründet und erklärt, daß die kommunistische Bewegung in Indien dieselben umstürzlerischen Ziele verfolge wie die Komintern in allen Ländern. An der Entschlossenheit der Regierung, die kommunistische Bewegung in Indien nicht aufkommen zu lassen, kann kaum gezweifelt werden. Ebenso sicher aber muß damit gerechnet werden, daß die Komintern ihre unterirdische Agitation fortsetzen wird. Bei der ungeklärten Lage, bei den gewaltigen Spannungen in Indien bedeutet diese Tätigkeit nach wie vor eine ungeheure Gefahr.

# MAZEDONIEN

von

Petko Akulow, Saloniki

Das schwierige und verwickelte „mazedonische Problem" kann durch das Eingreifen der Komintern zu einer gefahrvollen Bedrohung der staatlichen Sicherheit und des Friedens auf dem Balkan werden. Wir geben hier einem besonderen Sachkenner das Wort zu einem informatorischen Überblick.

„Wir haben im vorigen Jahr (1923) zwei niederschmetternde Niederlagen in Bulgarien erlitten; zuerst hatte die Partei aus doktrinär-fatalistischen Erwägungen heraus einen selten günstigen Moment für eine revolutionäre Aktion verpaßt (Aufstand der Bauern nach dem Juniumsturz Zankows) und dann, um diesen Fehler wieder gutzumachen, sich in den Septemberaufstand hineingestürzt, ohne dafür die politischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen."

So beurteilt Trotzkij in seinem Buche „1917, die Lehren der Revolution" die blutigen Ereignisse von 1923 in Bulgarien. Genau so unzufrieden ist der Zentralausschuß der KP Deutschlands mit der Haltung der Kommunistischen Partei Bulgariens (KPB) am 9. Juni 1923, als Stambolijski gestürzt wurde. Gleichzeitig weist er aber in der „Roten Fahne" vom 10. August 1923 auf die gemachten Fehler konkret hin. Es heißt da:

„Die KPB hat es nicht verstanden, die Führung in diesem Kampf an sich zu reißen, die Bewegung zu erweitern und zu vertiefen und dabei die breiten Bauernmassen, denen die Bourgeoisie nichts zu bieten wußte, zu erobern; sie hat ebensowenig die national-revolutionäre mazedonische Bewegung auf dem natürlichen Weg des gemeinsamen revolutionären Kampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung geführt. Als die Befreierin der unterdrückten Nationen hätte die KPB diese unterdrückten Nationen im gemeinsamen Kampfe mitreißen können, anstatt sie an die bürgerlich-faschistische Reaktion auszuliefern."

Diese beiden Probleme, die Bauern- und nationale Frage, stellte nun die Komintern in den Vordergrund der Balkanerörterungen. Die Berliner Konferenz der Kommunistischen Parteien der Balkanländer im Dezember 1923 widmete daher diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit. Und auf der kurz darauf folgenden Konferenz in Baden bei Wien waren sich alle Delegierten darüber einig, daß das Industrieproletariat des Balkan viel zu schwach sei, um die Arbeit der Moskauer Internationale darauf aufbauen zu können. Man müßte also auch die konfessionellen, nationalen und rassischen Gegensätze verschärfen, um die dadurch geschaffene Atmosphäre für die bolschewistische Revolution auszunutzen. Sinowjew erklärte (1924), der Balkan müßte nun zum Ausgangspunkt der europäischen Revolution gemacht werden. Außerdem war es schon ein altes Gesetz der Komintern, nationalrevolutionäre Kräfte für die eigenen Ziele nutzbar zu machen getreu den Worten Lenins: „Sei kein Doktrinär, sondern stelle die nationale Frage so, daß du die Revolution beschleunigst."

Mit der Balkanfrage beschäftigte sich schon 1912 Stalin in einer Broschüre. Und Lenin formulierte sie in seinen „Thesen zur nationalen und kolonialen Frage" folgendermaßen:

„Es ist ferner notwendig, . . . die revolutionären Bewegungen unter den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen . . . durch die Kommunistische Partei des betreffenden Landes direkt zu unterstützen."

Diese Formulierung wurde bereits 1920 vom II. Weltkongreß der Komintern angenommen und vom VI. Kongreß 1928 zum zweiten Male für alle Sektionen als bindend anerkannt.

Die Kommunistische Balkanföderation (KBF) „konkretisierte" diesen allgemeinen Beschluß, d. h. sie wandte ihn auf die Verhältnisse auf dem Balkan an. Die „Kommunistische

„Internationale" Nr. 14/1934 erinnert an den Beschluß der V. Balkankonferenz, „daß alle Kommunistischen Parteien des Balkan den Kampf der unterdrückten Völker des Balkan für die nationale Unabhängigkeit und Autonomie mit allen Kräften unterstützen werden" und „dieser Kampf in der Richtung der Schaffung einer Mazedonischen Sowjetrepublik geleitet wird".

Wie sehr die Kommunisten die nationalrevolutionären Bewegungen als ihre eigene Sache betrachten, zeigen die beiden nachstehenden Beispiele. In der Moskauer „Iswestija" Nr. 264, 1921, sind Aufrufe mazedonischer Separatisten veröffentlicht, in denen die Sowjetregierungen Rußlands und der Ukraine aufgefordert werden, „Maßnahmen zur Lösung der mazedonischen Frage durch die Errichtung eines autonomen mazedonischen Staates zu ergreifen." Im Nachruf für den ermordeten Mazedonier Panitza wird das Ideal der Mazedonier, ihre Unabhängigkeit, und das Ideal der Kommunisten, die Balkanföderation, als die gleiche Angelegenheit hingestellt. Die „Inprekorr" (Nr. 82/1925) schreibt:

> „Nach vielen anderen ist nun auch Panitza gefallen. Der Kampf um die Unabhängigkeit Mazedoniens und um die freie Balkanföderation geht weiter!"

Aber nicht nur eine Fülle von Beschlüssen zeugt vom Interesse der Kommunisten an den revolutionären Kräften der Mazedonier, sondern auch eine ebenso große Menge von Aufrufen, Treuebekundungen usw. liefert einen eindeutigen Hinweis darauf, was man sich in Moskau von dieser Bewegung versprach. Die KBF äußerte sich häufig zu dieser Frage. In einem Artikel, den im Namen des Exekutivkomitees der KBF der aus dem Reichstagsbrandprozeß wohlbekannte Dimitrow unterzeichnete – der übrigens mit der Bolschewisierung des Balkan betraut war –, heißt es:

> „Die Kommunistische Balkanföderation (KBF) erklärt, daß sie voll und ganz auf der Seite der gerechten Sache der Arbeiter und Bauern und der national unterdrückten Kroaten, Slowenen, Mazedonier usw. stehe und ihren heiligen Kampf für die Selbstverteidigung, gegen die blutigen Gewalttaten und für die Befreiung vom Joche der unerträglichen Tyrannei mit allen Kräften unterstützt."

Man ließ es aber nicht allein bei schönen Worten, sondern gab auch praktische Anleitungen. Der VI. Kongreß der Komintern erteilte allgemeine Anweisungen an alle Kommunistischen Parteien:

> „Die Kommunisten müssen bereit sein, in jeder nationalistischen Bewegung mit revolutionärer Tendenz festzustellen, was ihr Wesen darstellt; wodurch sie sich von anderen analogen Bewegungen unterscheidet; die Rolle, die in ihr verschiedene Volksschichten spielen; die Bedeutung, die in dieser Bewegung der Klassenkampf hat . . . Auf das Resultat einer solchen Analyse gestützt, müssen sie ihre eigene Taktik bestimmen. Indem die Kommunisten die revolutionären Nationalisten unterstützen und eine gewisse Zeit hindurch mit der Bourgeoisie der unterdrückten Völker zusammenarbeiten, brauchen sie auf keinen Fall auf den Klassenkampf zu verzichten. Deswegen müssen sie gleichzeitig streng kommunistische revolutionäre Organisationen schaffen. Die Kommunistischen Parteien in verschiedenen Ländern müssen den Freiheitskampf der unterdrückten Minderheiten unterstützen, ihre revolutionäre Aktion leiten, ohne die geringsten Bedenken, ihre Rechte auf vollständigste Autonomie, sogar auf völlige Lostrennung, zu schützen." („Prawda", Nr. 4033, 30. 8. 28.)

Selbst hochstehende Persönlichkeiten der Sowjetdiplomatie, wie Kristian Rakowskij, traten mit großer Leidenschaft für die Unabhängigkeit Mazedoniens ein.

Die Verbindungen der Revolutionäre aus Rußland mit den Mazedoniern reichen übrigens sehr weit zurück. In dem Werke „Die erste Kampforganisation der Bolschewiken 1905–1907"[1])

[1]) Zusammengestellt von S. M. Posner, Verlag „Der alte Bolschewik", Moskau 1934.



schildert Litwinow ausführlich, wie die Bolschewisten und Sozialrevolutionäre aus der Zeit der ersten russischen Revolution (1904/05) für ihre Terroraktionen Bomben von stärkster Wirkung von der „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation" (IMRO) bekamen. Zwecks Anschaffung von Waffen stellte Litwinow-Wallach persönlich eine unmittelbare Verbindung mit dieser Organisation her. Er schildert dieses nicht ganz einwandfreie Geschäft in seinen „Erinnerungen" so:

> „Ich trat in Verbindung mit den mazedonischen Revolutionären und fand einen sehr dienstbereiten, obwohl noch lange keinen uneigennützigen Agenten in der Person des Vertreters des Mazedonischen Komitees, Naum Tifektschiew (er ist von irgend jemandem während des imperialistischen Krieges nach bewährter bulgarischer Art erschlagen worden). Ich beriet mich mit ihm und wir beschlossen, von der bulgarischen Regierung die Zustellung von Waffen nach Warna zu erwirken, mit der Begründung, daß diese Waffen angeblich auf dem Wege des Schmuggels nach dem türkischen Armenien geliefert werden sollen. Die ganze Sache mußte der bulgarischen Regierung so dargelegt werden, als ob die mazedonischen Revolutionäre den Armeniern zum Aufstand gegen den allgemeinen Feind – die Türkei – verhelfen wollten. Weil seinerzeit die Mazedonier die volle Sympathie und Unterstützung der bulgarischen Regierung genossen, so zweifelte Tifektschiew nicht an seinem Erfolg. Und er hat sich darin nicht geirrt."

Der erste Versuch der Komintern, die Kräfte der Mazedonier direkt für die eigenen Ziele nutzbar zu machen, ist die Schaffung eines Verbandes mazedonischer Emigranten nach dem Zusammenbruch 1918, der unter der Leitung von Dimo Hadschi Dimow stand. Man schenkte dieser Taktik aber erst volle Achtung, als 1923 die KPB, wie eingangs erwähnt, versagte. Man stürzte sich nun auf diesen Umweg der Bolschewisierung des Balkan, indem man die nationalen Leidenschaften der Balkanvölker vor den Karren der „proletarischen Revolution" zu spannen versuchte.

Die nationalen Befreiungsbestrebungen der Mazedonier waren in der IMRO zusammengefaßt. Diese Organisation wurde ursprünglich mit dem Zweck gegründet, Mazedonien vom Türkenjoch zu befreien. Als Mazedonien aber unter Bulgarien, Südslawien und Griechenland aufgeteilt wurde, bekam der Kampf eine andere Richtung.

Schon 1907 spaltete sich jedoch diese Organisation. Die „offizielle" Richtung, die Autonomisten, führten Sarafow und Garwanow, während die Linke, die Föderalisten, unter der Führung von Yani Sandanski und Todor Panitza stand. Auch die Föderalisten hatten ihr eigenes Zentralkomitee, das die gegnerischen Führer sogar zum Tode verurteilte und das Urteil auch vollstreckte. Dafür rächten sich die Anhänger der Ermordeten, und so begann der mörderische Bruderkampf.

Der Moskauer Internationale lag sehr viel daran, die IMRO unter ihren Einfluß zu bringen oder aber sie zu vernichten. Man wählte zuerst den einfachsten Weg und versuchte 1924 mit dem damaligen Führer der Autonomisten, Alexandrow, ein Abkommen zu schließen. Er mußte persönlich nach Wien kommen und verhandelte mit dem bekannten Tschekisten Goldstein-Tscherskij. Ein Abkommen kam jedoch nicht zustande, da Alexandrow von kommunistischem Einfluß nichts hören wollte.

Es blieb noch der Weg, durch Verschärfung der Gegensätze zwischen den beiden Richtungen die Organisation zu schwächen und der Führung der Föderalisten, die z. T. bereits stark unter kommunistischem Einfluß standen, auf diese Weise zu helfen. Um diesen Gegensatz möglichst zu vertiefen, wurde noch im selben Jahre Alexandrow ermordet. Der erwartete Erfolg blieb auch nicht aus. Nicht nur die Föderalisten waren nunmehr eine Oppositionsgruppe, sondern auch die bisher einigen Autonomisten spalteten sich in zwei Gruppen, die sich nach ihren Führern „Protogerowisten" und „Michailowisten" nannten. Das Bruder-morden wurde dadurch noch verstärkt. Die Opfer konnten nicht mehr gezählt werden.

Doch genügte das den Kommunisten noch immer nicht. Die Föderalisten hatten bereits ein „legales" und ein „illegales" Komitee, die Autonomisten waren in zwei Lager gespalten. Die KPB gründete außerdem noch das „Nationale Mazedonische Zentralkomitee" innerhalb der KPB und die „Vereinigte Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation" (VIMRO).

Die Pläne der Komintern lagen also auf der Hand. Durch die Zersplitterung der IMRO und die Förderung der Föderalisten sollte diese Organisation geschwächt werden, während die kommunistischen Organisationen die „einzig richtige Lösung" der mazedonischen Frage durch die Schaffung einer Balkanföderation propagierten, in der Mazedonien eine autonome Republik werden sollte, etwa nach dem Muster der Ukraine in der UdSSR.

Die gesamte Leitung der kommunistischen Wühlarbeit hatte, wie bereits erwähnt, Georgi Dimitrow, der seine Residenz in der Sowjetgesandtschaft in Wien aufschlug. Sein Mazedonien-Sachverständiger war Dimitri Iwanow-Wlachow. Dieser hielt die Verbindung zu den Föderalisten durch Panitza aufrecht, während sein Verbindungsmann zu den Kommunisten der ebenfalls durch den Reichstagsbrandprozeß bekannte Wassil Hadschi Tanew war. Dieser war Mitglied des Komitees der KPB, das außer ihm noch drei Referenten hatte, unter ihnen einen Simeon Kawrakirow, dem die Enthüllung dieser Wühlarbeit zu verdanken ist.

273. Der Schlußteil des schriftlichen Geständnisses des Kommunisten Kawrakirow mit seiner Unterschrift

Bei den inneren Kämpfen erbeuteten die Leute des Autonomistenführers Michailow im Jahre 1932 Waffen, die den Sowjetstern trugen. Die eingeleitete Untersuchung deckte Spuren auf, die zu Kawrakirow führten. Dieser wurde entführt und ausführlich verhört. Er gestand, regelmäßige Anweisungen aus dem Auslande mit der Unterschrift „Grigor" von Tanew erhalten zu haben, die er weiterzuleiten hatte. Über den Sinn dieser Anweisungen – aus denen die Tendenz, die Protogerowisten und Michailowisten gegeneinander auszuspielen und dadurch zu schwächen, klar hervorgeht – sagte Kawrakirow folgendes aus:

„Unsere Beziehungen zu den beiden feindlichen Seiten der IMRO waren die gleichen. Wir betrachteten sie als Faschisten, von deren Einflüssen es nötig sei, die mazedonischen Emigranten zu befreien und sie zu dem nationalrevolutionären Geist zu erziehen für den Kampf mit der vereinigten Arbeiterschaft. Unsere Hauptangriffe waren aber aus ganz verständlichen Gründen gegen Iwan Michailow gerichtet, weil um ihn fast alle revolutionären Kräfte der IMRO wie auch die mazedonischen Emigranten gruppiert waren. Es war nötig, ihn in allen mazedonischen Kreisen zu diskreditieren, wie es mit Recht die Protogerowisten und auch diejenigen taten, die sich zwischen die beiden feindlichen Seiten gestellt hatten. Auf diese Art manipulierten wir vorteilhaft mit dem Losungswort „Nieder mit den Morden", was einen gewissen Eindruck auf die mazedonischen Emigranten, die bulgarische Gesellschaft und die ausländische Welt machte. Die Gruppe der Protogerowisten wurde durch Unentschlossenheiten und Schwankungen erschüttert und war dadurch auf dem Kongreß der mazedonischen Bruderschaften isoliert und verlor hauptsächlich durch die unglückliche Expedition in Petritsch die Hilfe der bürgerlich-bulgarischen Kreise ..."

Weiter gestand Kawrakirow, daß Wlachow und Tanew aus Odessa größere Waffenmengen nach Bulgarien schmuggelten, um die nach dem Tode Alexandrows eingetretene Spaltung innerhalb der IMRO für ihre eigenen Zwecke auszunutzen.

Die Kommunisten beabsichtigten, nachdem sie die Führung der Föderalisten ganz in ihre Hand bekommen und einen großen Teil der mazedonischen Bevölkerung in den eigenen Organisationen eingefangen haben würden, in den drei Ländern, auf die Mazedonien aufgeteilt ist, einen bewaffneten Aufstand zu entfachen.

Durch die Enthüllungen Kawrakirows sind die Vorbereitungen der proletarischen Revolution auf dem Balkan wohl etwas gehemmt aber keineswegs unterbunden worden. Im Jahre 1934 berichtete der bulgarische Kommunist Kabaktschiew im Organ der Komintern, daß die KPB die revolutionär-kommunistisch-autonomistischen Bewegungen in Mazedonien, Thrazien und der Dobrudscha unterstütze. Weiterhin meldete er, daß es den Kommunisten gelungen sei, in die IMRO einzudringen, und daß es dem extrem-linken Flügel der separatistischen Bewegung unter dem Einfluß der KPB geglückt sei, der „Vereinigten Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation" 1925 die Grundlage zu schaffen.

Im September 1935 gelang es der bulgarischen politischen Polizei, eine mazedonisch-kommunistische Verschwörung aufzudecken, die sich die Schaffung einer mazedonischen Sowjetrepublik zum Ziel gesetzt hat. Die Polizei hat dazu folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Nach einer langdauernden Beschaffung von Beweismaterial und nach langwierigen Prüfungen und Untersuchungen ist die politische Polizei in Besitz von unzweifelhaften Beweisen für die Existenz einer illegalen Verschwörung gekommen, die sich „Vereinigte Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation" nannte. Der Polizei ist es nun gelungen, die Funktionäre zu identifizieren und festzunehmen. Es wurde festgestellt, daß das Zentralkomitee seinen Sitz in Paris hat und sich aus folgenden Personen zusammensetzte: Dimiter Wlachow, Wladimir Pop Tomow und Jordan Anastasow. Dem Zentralkomitee waren die lokalen Gebietskomitees in Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland unterstellt. Das für Bulgarien zuständige Gebietskomitee der Organisation hatte seinen Sitz in Sofia. Die Gliederung der Organisation entspricht vollständig der Gliederung der Kommunistischen Partei Bulgariens. Das Zentralkomitee ist in ständiger Verbindung mit dem Sekretariat der Kommunistischen Internationale in Moskau gewesen, von wo aus die Organisation Instruktionen und materielle Hilfsmittel bezogen hat.

Gemäß diesen Instruktionen sollte in Mazedonien durch einen bewaffneten Aufstand ein Teil des Staatsgebietes abgetreten und damit eine selbständige Mazedonische Sowjetrepublik nach dem Vorbilde der Republiken der Russischen Sowjetunion gebildet werden."

Die Moskauer Internationale beweist damit wieder, daß die alte Taktik, die nationalrevolutionären Kräfte des Balkans auszunutzen, beibehalten und sogar noch erweitert angewandt wird.

Mazedonien, diese „blutende Wunde" des Balkans, scheint der Komintern den fruchtbarsten Boden für ihre dunklen Pläne zu bieten.

# OSTTURKESTAN

von

Dr. Is'hak-Ogly

Ostturkestan, das Land der Türken, das bisher für die breitere Öffentlichkeit Europas ein nicht ganz klarer geographischer Begriff war, ist in der letzten Zeit in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Fast die gesamte Weltpresse hat sich mit den dortigen Ereignissen beschäftigt; aber trotzdem macht man sich in Europa von diesem Lande nur ein recht unklares Bild.

Ostturkestan, das eine natürliche Fortsetzung Westturkestans ist, grenzt an die Mongolei, Tibet, Indien und Afghanistan, alles Länder, die von der Unsicherheit der politischen Lage in Ostturkestan mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Fläche dieses Gebietes beträgt 1871000 qkm, das ist also rund viermal so groß wie Deutschland. Davon sind aber nur 40 % landwirtschaftlich nutzbar, während die fast 500000 qkm umfassende Wüste Takla-Makan einen großen Teil Ostturkestans bedeckt. Drei größere Flüsse versorgen das Land mit Wasser. Ungeheure unerforschte Naturschätze, wie Steinkohle, Naphtha, Gold usw. und vor allem Rohmaterialien wie Wolle, Baumwolle, Felle, Seide u. a. m. bringt der ostturkestanische Boden hervor.

Die Bevölkerung Ostturkestans wird auf etwa 8 Millionen geschätzt, von denen mehr als 90 % Türken sind und dieselbe Mundart sprechen wie die Bewohner von Fergana und des Siebenstromlandes (türkisch: „Yetti Sou") von Westturkestan. Der restliche Bevölkerungsteil setzt sich zusammen aus etwa 230000 Kalmücken, 160000 Döngenen (das sind Mohammedaner nichttürkischer Abstammung) und einem etwa 40000 Köpfe zählenden, zur mongolischen Rasse gehörenden, aber türkisch sprechenden Volksstamm. Diese ganze Bevölkerung wird von 60000 Chinesen beherrscht.

Durch das Tienschangebirge wird Ostturkestan in ein nördliches Gebiet – Dschungaria – und ein südliches – Kaschgaria – geteilt.

Ostturkestan gehört seit längerer Zeit zu China, aber niemals hat es seine Sonderstellung und seine nationale Eigenart verloren. Stets hat es sich gegen die chinesische Herrschaft gewehrt. Man braucht nur daran zu erinnern, daß innerhalb des vergangenen Jahrhunderts mehr als zehn Aufstände ausgebrochen waren, die sogar dreimal bis zur Proklamierung der Unabhängigkeit führten.

Die chinesische Verwaltung konnte nicht ein einziges Mal aus eigener Kraft die Türko-Mohammedaner niederwerfen; sie bedurfte stets der russischen Hilfe im Kampf gegen den „Hoi-Hoi" (so nennen die Chinesen den Türken von Ostturkestan).

Die russische Regierung hatte den chinesischen Bitten um Hilfe stets sehr bereitwillig Folge geleistet, weil sie in ihrem Bestreben, ihre Herrschaft in Westturkestan zu befestigen, die Vorgänge in Ostturkestan mit großer Aufmerksamkeit verfolgte. Hierdurch gelang es Rußland, Ostturkestan, die Mongolei und die Mandschurei unter seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu bringen, den es besonders in dem ostturkestanischen Gebiet Kaschgaria zu verstärken bemüht war.

Ostturkestan heißt auf chinesisch „Tschin-Dschang", das ist „Neue Provinz". In Europa wird es fälschlich oftmals als „Sin-Tsian" oder „Sin-Kiang" bezeichnet.

Die oberste Regierungsgewalt liegt in den Händen eines von der chinesischen Zentralregierung eingesetzten Gouverneurs (chinesisch: „Dsching-Schugeng").

Seit 20 Jahren, also seit Beginn der chinesischen Revolution, besteht zwischen Ostturkestan und dem Chinesischen Reich kaum noch eine Verbindung. Die am 12. Jahrestag, im 10. Monat, am 10. Tage der Chinesischen Republik (am 10. Oktober 1923) in Kraft getretene Verfassung ist für Ostturkestan ein wesenloser Begriff geblieben. Eine Beziehung zu der



chinesischen Zentralregierung besteht nur in der offiziellen Anerkennung der letzteren durch Ostturkestan. Mit dem Schwinden des chinesischen Einflusses verstärkte sich um so mehr der Einfluß der Sowjetunion, so daß das Land allmählich zwischen den chinesischen Amboß und den bolschewistischen Hammer geriet.

Der von Tag zu Tag sich verstärkende Einfluß der Sowjetunion in Ostturkestan erregte bei seinen südlichen Nachbarn große Beunruhigung. Zwischen der Sowjetunion und England entwickelte sich besonders in Kaschgaria eine Art „diplomatischer Krieg", von dem die Öffentlichkeit allerdings wenig wußte. Die geographische Lage und die Verkehrswege begünstigten dabei die UdSSR.

Günstige Verkehrswege und dazu noch ein zollfreies Handelsrecht erleichterten die wirtschaftliche Eroberung Ostturkestans durch Moskau. Hierdurch wird die Tatsache verständlich, daß der Handelsumsatz zwischen Rußland und Ostturkestan schon vor dem Weltkriege, im Jahre 1913, den Betrag von 20312000 Rubel und damit mehr als drei Viertel des Gesamthandels von Ostturkestan erreichte.

Nach dem Umsturz und nach der Beendigung der Bürgerkriege nahmen die Bolschewisten die Expansionspolitik des zaristischen Rußland wieder auf. Bekanntlich hatten die Bolschewisten mit laut tönenden Worten verkündet, daß sie auf die „Erbschaft des Zarismus" Verzicht geleistet hätten, aber soweit diese „Erbschaft" China betraf, hielten sie an allen früheren Vertragsrechten so zäh wie möglich fest. Die Sowjetregierung erklärte wegen der Mandschurischen Bahn China den Krieg, und die von der zaristischen Regierung im Winter 1911/12 proklamierte Autonomie der Mongolei wurde durch die Sowjetregierung in eine „Mongolische Volksrepublik" umgewandelt.

Nach einer durch die Bürgerkriege erzwungenen Pause wurde die Frage der Eroberung Ostturkestans für die Sowjetregierung wieder akut. Die Tatsache, daß durch die chinesische Revolution und die darauffolgende Anarchie Ostturkestan fast vollständig von Zentralchina abgetrennt war, wurde von Moskau ausgenutzt, um seinen Einfluß weiter auszubreiten. Ohne Kenntnis der Zentralregierung – sogar gegen ihre Interessen – schloß die Sowjetregierung mit dem chinesischen Generalgouverneur in Ostturkestan, der seinen Sitz in Urumtschi hat, politische und wirtschaftliche Verträge ab, wonach verschiedene Sowjetkonsulate in Ostturkestan und andererseits Konsulate der ostturkestanischen Provinzialregierung in Sowjetturkestan errichtet wurden. Während auf diese Weise Ostturkestan unaufhaltsam in die Einflußsphäre der UdSSR geriet, wurde der nominelle chinesische Generalgouverneur in Urumtschi nahezu selbständiger Beherrscher Ostturkestans, mußte sich allerdings aber den Weisungen Moskaus fügen. Dieser politische Einfluß Moskaus ging so weit, daß während des Krieges zwischen der Sowjetunion und China im Jahre 1929 die ostturkestanischen Konsuln in Taschkent, Alma-Ata und anderen Städten Westturkestans Sympathien für die Sowjetunion bewiesen und die Provinzialregierung sogar die diplomatischen Beziehungen aufrechterhielt.

Der Sowjethandel mit Ostturkestan bezifferte sich im Jahre 1931 auf 24175000 Rubel, während in dem gleichen Zeitabschnitt die Handelsbilanz Ostturkestans mit seinen anderen Nachbarländern (China selbst, Afghanistan und Indien) insgesamt nur 8056553 Rupien auswies. Berücksichtigt man dabei noch, daß die Rupie nur den Wert von etwa 70 Kopeken hat, so kann man sich von dem Unterschied in den Handelsbeziehungen Ostturkestans mit der UdSSR einerseits und den übrigen Nachbarländern andererseits leicht ein Bild machen.

Durch das Verhalten der chinesischen Beamten und die unbeschränkte Bewegungsfreiheit der Bolschewisten in Ostturkestan wurde eine Lage geschaffen, die für die einheimische Bevölkerung nicht mehr tragbar war. Die chinesischen Beamten fingen an, den türkischen Bauern ihren Boden zu nehmen und ihn an die aus dem chinesischen Gebiet nach Ostturkestan einwandernden Chinesen zu verteilen. Kohlengruben, die im Besitze der türkischen Bevölkerung waren, wurden mit Steuern außerordentlich belastet.

Aus allen Gebieten Ostturkestans liefen in Urumtschi Protestschriften ein, in denen über das Verhalten der chinesischen Beamten und Soldaten Beschwerde geführt wurde. Der chinesische Gouverneur kümmerte sich um die Klagen der einheimischen Bevölkerung überhaupt nicht; indessen verstärkte sich die Unterdrückung seitens der Chinesen noch mehr. Hierdurch geriet das Volk in begreifliche Empörung, die sich schließlich im Jahre 1931 in einem heftigen Aufstand Luft machte. Der erste Herd des ostturkestanischen Aufstandes war Komul (Hami), wo die türkische Bevölkerung sich gegen den Druck der chinesischen Behörden offen auflehnte. In einer Nacht sammelten sich sieben- bis achthundert Türken, die sich auf den Gebrauch von Waffen gut verstanden. Sie erschossen sämtliche chinesischen Beamten und Soldaten in dieser Stadt und zogen sich danach alle in das Gebirge zurück, das ihnen gut bekannt und das zur Verteidigung günstig war. Die chinesische Provinzialregierung entsandte sofort militärische Kräfte aus Urumtschi nach Komul, die jedoch nicht imstande waren, den Widerstand der Aufständischen zu brechen. Diese erste Niederlage der Regierungstruppen bewirkte eine schnelle Verbreitung der Aufstandsbewegung im ganzen Lande. Von Komul dehnte sich der Aufstand nach allen Seiten aus, besonders nach Kaschgaria.

Da der chinesische Generalgouverneur in Ostturkestan nicht fähig war, den Aufstand mit chinesischen Kräften allein zu unterdrücken, begann er, aus den Russen, die nach der Revolution Ostturkestan als Zufluchtsort gewählt hatten und hauptsächlich in Urumtschi und Goldscha lebten, mit hohem Sold eine Armee zu bilden. Die so organisierten russischen Flüchtlinge, die militärisch ausgebildet waren, wurden von der chinesischen Provinzialregierung mit modernem Kriegsmaterial aus der Sowjetunion ausgerüstet. Die Türken erkannten den Ernst der Lage und erklärten sich zu jedem Opfer bereit, um das Land von dem fremden Joch zu befreien. Sie stießen mit aller Kraft nach Urumtschi vor, wurden aber von den sehr gut bewaffneten Truppen in blutigen Kämpfen geschlagen und erlitten sehr schwere Verluste[1]). Allein in der Umgebung von Pitschen-Turfan kamen auf seiten der Freiheitskämpfer über 20000 Menschen ums Leben, davon über die Hälfte Frauen, Mädchen und Kinder. Diese Grausamkeiten riefen unter den Aufständischen eine unbeschreibliche Wut und Empörung hervor. Sie rafften sich zu äußerster Anstrengung auf, und es gelang ihnen, bis 16 km vor Urumtschi vorzudringen. In dieser bedrohlichen Lage hielt es der „Dsching-Schugeng" für geraten, die Stadt zu verlassen und auf Sowjetgebiet zu flüchten. In Urumtschi selbst bildete sich eine provisorische Regierung, die – als Zugeständnis an die Aufständischen – auch türkische Mitglieder aufnahm, jedoch nur einige Städte der Umgebung von Urumtschi beherrschen konnte.

In Kaschgaria, dem südlichsten Teil des Landes, endete der Kampf mit dem Sieg der vereinigten Kräfte der nationalen Bewegung. Eine im Jahre 1933 in Hotan einberufene Delegiertenversammlung beschloß einstimmig, das Land vom Chinesischen Reich abzutrennen und als unabhängige Ostturkestanische Republik zu konstituieren. In dem offiziellen Aufruf an das Volk, der am 24. Redscheb des Jahres 1352 (d. h. 12. November 1933) in Kaschgar erschien und in türkischer Sprache abgefaßt war, wurde bekanntgemacht, daß zum Präsidenten der Republik Ostturkestan der Organisator der Bewegung, Hodja-Niyaz-Hadjim, gewählt sei.

Die neugebildete Regierung beschloß, sogleich einen außerordentlichen bevollmächtigten Vertreter ins Ausland zu entsenden. Hierfür wurde Dr. Mustafa-Ali-Bey bestimmt, der seine Mission sofort in Afghanistan und Indien aufnahm.

Der Sieg der Freiheitsbewegung und die Bildung einer nationalen Regierung wurde in allen türkischen Ländern mit größter Sympathie aufgenommen. Besonders die Presse in der Türkei, die sonst in ihren Erklärungen der gegen die Sowjetregierung gerichteten türkisch-

[1]) Vgl. die Zeitschrift „Chini Turkestan Awazi", Nanking, Nr. 3.



nationalen Bewegung gegenüber nur allzu zurückhaltend ist, verfolgte die Ereignisse in Ostturkestan mit größter Aufmerksamkeit. Die bedeutendsten Blätter veröffentlichten Aufsätze über die dortigen Vorgänge, und in Istanbul wurden Vorträge über die Geschichte des Landes, die Bewegung und die augenblickliche Lage gehalten.

Der Sowjetunion machte die nationale Bewegung der Ostturkestaner von Anfang an große Sorge und veranlaßte starke Gegenmaßnahmen der Moskauer Regierung. Bereitwillig lieferte sie der chinesischen Provinzialregierung Kriegsmaterial, hauptsächlich zur Bewaffnung der Armee, die auf Betreiben des chinesischen Generalgouverneurs in Urumtschi gebildet worden war. Dies konnte jedoch die nationale Bewegung nicht aufhalten, die sich trotz der sorgfältigen Maßnahmen der Provinzialregierung und der Hilfe der Sowjetwaffen nach dem südlichen Teil des Landes verbreitete. Nun geriet die Sowjetregierung in große Beunruhigung. Sie begann Tausende chinesischer Soldaten, die aus der Mandschurei auf Sowjetgebiet übergetreten waren, zu bewaffnen und sie dann nach Ostturkestan zu transportieren. Diese Maßregeln erschwerten natürlich die Lage der ostturkestanischen Kämpfer, zumal die Komintern es ausgezeichnet verstand, die einzelnen Führer durch Intrigen gegeneinander auszuspielen, um im Land Verwirrung zu stiften. Es gelang den Kommunisten, die ja in der Politik der Zersetzung besondere Erfahrung besitzen, die Döngenen gegen die Türken zu gewinnen. Sie wurden von der Sowjetregierung in jeder Beziehung begünstigt und umworben, und fielen nun ihren türkischen Landsleuten in den Rücken.

Aber trotz dieser Schwierigkeiten gelang es den türkischen Freiheitskämpfern, Herr der Lage zu werden. Die so weit gediehene Entwicklung der Bewegung in Ostturkestan ließ die Komintern nicht mehr schlafen, denn es konnte nicht ausbleiben, daß der Einfluß der Ergebnisse in Ostturkestan auch auf die Situation in Westturkestan, wo seit 16 Jahren ein ununterbrochener Kampf gegen die bolschewistische Herrschaft geführt wird, anfeuernd und aufreizend wirken mußte.

Es war also die allerhöchste Zeit, und Moskau machte die größten Anstrengungen. Es verstärkte die Truppentransporte nach Sowjetturkestan und führte hier gleichzeitig Massenverhaftungen in allen Städten durch. Die Sowjetpresse selbst konnte es nicht verhehlen, daß die Lage in Westturkestan sehr bedenkliche Formen angenommen hatte. Die führenden Moskauer Blätter verbreiteten falsche Nachrichten über Ostturkestan, wie z. B.: Prinz Abdul-Kerim, ein Enkel des Sultans Abdul-Hamid, sei auf den Thron von Ostturkestan berufen worden, oder Japan beabsichtige ein „großes mohammedanisches Reich" in Ostturkestan ins Leben zu rufen, oder sämtliche Antikemalisten und Panislamisten mit Prinz Abdul-Kerim an der Spitze, seien in Ostturkestan tätig. Solche Nachrichten, deren Quelle nur Moskau selbst war, konnten jedoch auf die offiziellen Kreise in Ankara, die zu der UdSSR offenbar außerordentlich freundschaftlich stehen und den Moskauer Regierungskreisen allem Anschein nach besonderes Vertrauen entgegenbringen, nicht ohne Wirkung bleiben. Auch England verhielt sich, veranlaßt durch die bolschewistischen „Panislamismus"-Gerüchte, gegenüber der nationalen Bewegung in Ostturkestan sehr zurückhaltend und kühl[1]).

Die verschiedenartigen Gerüchte, die durch die TASS-Agentur verbreitet und von der fremden Presse unkontrolliert aufgenommen wurden, erschwerten auch die Mission des Regierungsvertreters Dr. Mustafa-Ali-Bey. Natürlich riefen die Ereignisse in Ostturkestan auch in Zentralchina große Beunruhigungen hervor. Die chinesische Presse beschäftigte sich trotz ihrer Sorgen um die Mandschurei und Mongolei sehr intensiv mit Ostturkestan.

Von vornherein war die Sowjetregierung geopolitisch und verkehrspolitisch in der turkestanischen Frage ganz besonders begünstigt. Nach Fertigstellung der Turkestan-Sibirischen

[1]) Vgl. „Ostturkestan, Außenwelt und unsere Aufgabe" von Tschokai-Oghly Moustapha in „Yach Turkestan", Nr. 56, Berlin.

Bahn („Turksib") verstärkte sich die Stellung der Sowjetmacht gegenüber Ostturkestan noch weiter. Dieses Projekt war schon in der zaristischen Zeit entstanden und schon vor der russischen Revolution von der Station Aris (nördlich von Taschkent) bis in die Nähe der Stadt Pischpek fertiggestellt worden. Erst 1931 wurde nun die Bahn in Betrieb genommen. Die UdSSR gab sich damit aber noch nicht zufrieden und nahm noch drei wichtige Eisenbahnlinien in Aussicht. Außerdem schweben noch Projekte von Straßen, die von West-nach Ostturkestan führen sollen.

Obwohl die Bolschewisten China als Besitzer Ostturkestans anerkennen, haben sie es nicht für nötig gehalten, Chinas und der Ostturkestanischen Provinzialregierung Zustimmung für ihre Verkehrsprojekte einzuholen. Sie betrachten Ostturkestan eben als ihre eigene Beute. Diese Tatsache ist auch den chinesischen Beamten wohlbekannt, jedoch fühlen sie sich gezwungen, ihre nominelle Herrschaft mit Sowjethilfe aufrechtzuerhalten. Die Sowjetregierung hat denn auch die Bitte der chinesischen Beamten um Hilfe gegen die Freiheitskämpfer in Ostturkestan unbegrenzt erfüllt. Sie hat sich auch nicht gescheut, den Erfolg durch eigene Truppen zu beschleunigen. Mitte des Jahres 1934 haben die Roten Truppen die Grenze überschritten und sind in Dschungaria einmarschiert, mit der Begründung, man beabsichtige nur die Weißgardisten, die für die Sowjetunion gefährlich werden könnten, zu entwaffnen. Aber die Roten marschierten, ohne den mit Sowjetwaffen ausgerüsteten Weißen auch nur ein Haar zu krümmen, in Dschungaria ein und drangen bis Urumtschi vor. Eine solche Einmischung der Sowjetregierung in die inneren Angelegenheiten Ostturkestans hatte die Machterweiterung der chinesischen Provinzialregierung, an deren Spitze ein bekannter, in Moskau erzogener und außerordentlich sowjetfreundlicher Chinese aus der Mandschurei steht, auch auf Kaschgaria zur Folge. Der Ministerpräsident der Nationalregierung Abdulbaki und einige Minister wurden verhaftet. Nur einzelnen Militärführern gelang es bisher, sich in der Nähe der afghanischen und indischen Grenze mit ihren Getreuen zu verteidigen.

Die gemeinsamen bolschewistisch-chinesischen Bestrebungen, die die Nationalbewegung in Ostturkestan in eine solche Lage gebracht haben, vertieften jedoch in der türkischen Bevölkerung um so mehr die Liebe zur Heimat und Freiheit.

# IV.

# Die Komintern und die Nachbarstaaten der Sowjetunion

# AFGHANISTAN

von

Mir Ghulam Rassul, Kabul

Afghanistan, dieses wildromantische Hochgebirgsland mit seinen kahlen Bergen und öden Steppen, galt noch bis in die neueste Zeit hinein als das „verschlossene Land", von dem das westliche Europa nur von Zeit zu Zeit aus englischen Nachrichten über Strafexpeditionen wegen ermordeter britischer Diplomaten oder Offiziere Kunde erhielt. Nur die Briten und Russen kannten die politische Bedeutung dieses Landes, das wie ein Pufferstaat zwischen dem riesigen Sowjetreich und dem Lebensnerv des Britischen Weltreiches, Indien, liegt. Nach vielen verlustreichen Expeditionen und langwierigen Verhandlungen am Hofe des Emirs in Kabul war es schließlich den Engländern gelungen, den Emir vertraglich zu verpflichten, keine Fremden in das Land zu lassen, mit keinem fremden Staate Verträge abzuschließen und sich jeglicher Einfälle in anglo-indisches Gebiet zu enthalten, wofür man ihm als Gegenleistung jährlich Subsidien in Höhe von 2 Millionen Rupien zahlte.

Während die Engländer ihr indisches Eisenbahnnetz bis an die afghanische Grenze ausdehnten, blieben die Sowjets im Norden nicht untätig und bauten von Buchara eine Linie über Karki nach Termez am Amu Darja und eine über die Oase Merw nach Kuschk bis an die afghanische Grenze heran. Zwischen diesen beiden Weltreichen liegt nun Afghanistan ohne jede Eisenbahn, mit seinen uralten Karawanenstraßen, über die schon vor Jahrhunderten und Jahrtausenden die großen Eroberer, Alexander der Große, Tamerlan, Nadir Schah u. a. gezogen sind.

Während des Weltkrieges hatte die deutsche Regierung durch die Entsendung einer Expedition den Versuch unternommen, den damaligen Emir Habibullah Khan zu bewegen, an der Seite der Türkei den „Djihad", den „Heiligen Krieg", gegen die Engländer in Indien zu proklamieren. Das Unternehmen scheiterte jedoch an der Unentschlossenheit des Emirs.

Habibullah Khans Sohn jedoch, der junge stürmische Amanullah, benutzte noch im letzten Augenblick die Gelegenheit, wo Indien von britischen Truppen verhältnismäßig entblößt war, um den Engländern den Krieg zu erklären und in Indien einzufallen. England ließ sich schließlich im Jahre 1919 herbei, mit dem Emir in Rawalpindi einen Vertrag abzuschließen, der Afghanistan die völlige Unabhängigkeit nach innen und nach außen garantierte.

Amanullah Khan sandte nun eine Sonderabordnung nach Europa, um die offizielle Anerkennung der neuen Unabhängigkeit bei allen größeren Staaten Europas zu erwirken und Gesandtschaften dortselbst einzurichten.

Die erste Gesandtschaft, die die Afghanen einrichteten, war die in Moskau. Bald darauf konnte auch der erste Sowjetgesandte in Kabul seinen Einzug halten. Von diesem Tage an datiert die unterirdische bolschewistische Tätigkeit in Afghanistan. Kabul wurde allmählich zu einem Hexenkessel asiatischer Intrigen der Bolschewisten. Im nächsten Jahre schloß der Emir mit der Sowjetunion einen Vertrag, in dem die Unabhängigkeit Afghanistans von den Sowjets anerkannt und diesen die Erlaubnis erteilt wurde, in den Städten Herat und Mezare-Scherif Konsulate zu errichten. In einem geheimen Zusatzabkommen verpflichtete sich die UdSSR, den Afghanen eine jährliche Unterstützung von 500 000 Golddollar zu zahlen[1]).

[1]) Amtlicherseits ist dieses Zusatzabkommen von den Afghanen in Abrede gestellt worden, es bestand aber tatsächlich. Die erste Zahlung wurde im Jahre 1924 geleistet. Der neue Sowjetgesandte Leonid Stark hatte eine Million Goldrubel nach Kabul gebracht. Das Sowjetgold lag Ende 1924 in Kabul sozusagen auf der Straße, man konnte beliebig sowjetrussische Goldstücke zu 24 Kabulrupien auf dem Basar kaufen, während ein englisches Goldpfund, das an Goldgehalt dem sowjetischen 10-Rubelstück nachstand, nicht unter 26 Kabulrupien zu erhalten war.

Diese prosowjetische Entwicklung der auswärtigen Beziehungen Afghanistans erfüllte die britischen politischen Kreise mit größter Unruhe. Der neugeschaffenen Lage entsprechend mußte England seine bisherige Politik dem unabhängigen Afghanistan gegenüber neu orientieren. Am 22. November 1922 wurde der auf drei Jahre laufende englisch-afghanische Vertrag abgeschlossen. Er regelte vor allem die afghanisch-indischen Handelsbeziehungen, wobei der Handel mit allen Industrieerzeugnissen, einschließlich Waffen, zwischen Indien und Afghanistan frei sein sollte. Afghanistan schickte einen Gesandten nach London und errichtete in Delhi, Bombay und Karachi Konsulate, während den Engländern gestattet wurde, außer einer Gesandtschaft in Kabul, Konsulate in Kandahar und Djelalabad zu errichten. Um den Einfluß Moskaus und somit die bolschewistische Gefahr wenigstens aus der allernächsten Nähe Indiens fernzuhalten, haben die Engländer in einem geheimen Zusatzabkommen den Emir verpflichtet, die Sowjetkonsulate in Kandahar und Djelalabad nicht zuzulassen.

Im Jahre 1923 waren bereits folgende Staaten in Kabul diplomatisch vertreten: England, die Sowjetunion, Italien, Frankreich, Deutschland, Iran und die Türkei. Amanullah ließ ferner durch seine bereits in London, Rom, Paris, Ankara, Berlin, Moskau und Teheran errichteten Gesandtschaften eine große Anzahl von Ingenieuren, Technikern, Ärzten, Instruktoren und anderen Fachleuten anwerben, so daß die ausländischen Kolonien in Kabul bald sehr stark anwuchsen. Die stärkste Kolonie wurde die sowjetische, die 1926 über 120 Mitglieder zählte.

In erster Linie galt der unterirdische Kampf der Bolschewisten den Engländern. Die antibritische Propaganda der Agenten des ersten Sowjetgesandten Raskolnikow hatte bereits 1923 solche Ausmaße bei den unabhängigen Grenzstämmen an der Grenzprovinz Indiens angenommen, daß England energisch in Moskau gegen diese Tätigkeit protestierte und schließlich die Abberufung Raskolnikows erwirken konnte.

In Afghanistan selbst war die kommunistische Propaganda keine leichte Aufgabe. Sie wurde durch eine Reihe von Tatsachen erschwert.

Die Afghanen sind die fanatischsten Mohammedaner, die es gibt. Ihr Leben, ihre Rechtsauffassung, ihre Sitten und Gebräuche sind derartig tief im Islam verwurzelt, daß der atheistische und kulturfeindliche Teil der kommunistischen Propaganda hier nur schwer Fuß fassen könnte. Irgendwelche Maßnahmen gegen die überkommenen Sitten und Gebräuche, selbst wenn diese nicht aus dem Koran unmittelbar herzuleiten sind, können in Afghanistan Revolutionen hervorrufen. Sie haben Amanullah den Thron gekostet.

Neben der Religion gilt dem Afghanen als höchstes Gut seine nationale Ehre. Für internationale Ideen, wie sie der Kommunismus propagiert, hat er nicht viel übrig. Es gibt auch heute in Afghanistan kein „Proletariat“, da keine Industrie vorhanden ist und der Mohammedaner durch den Islam zum Sozialismus in edlem Sinne erzogen ist und es niemals dulden wird, daß sein Bruder hungert.

Auch fehlt in Afghanistan fast vollständig das zersetzende Element der Juden. Schon die früheren Emire, wie Abdurrahman und Habibullah, hatten die Gefahr des Judentums instinktmäßig erkannt und die Juden nach der Grenze im Norden verbannt. Es gibt heute nur in den Orten Herat, Balkh und Mezare-Scherif kleine jüdische Kolonien, doch stehen diese Juden auf einer ziemlich tiefen Kulturstufe und sind heute noch harmlos. Es gibt zwar kein formelles Gesetz, das die Rechte der Juden einschränkt, es hat sich jedoch als ungeschriebenes Gesetz bis auf den heutigen Tag durchgesetzt, daß kein Jude ein öffentliches Amt bekleiden, kein Jude Soldat werden, kein Jude eine Zeitung herausgeben und kein Jude ins Parlament gewählt werden darf. Kürzlich ist infolge frischen Zuzugs von Juden aus der Sowjetunion die Freizügigkeit der Juden von der Regierung eingeschränkt worden.

Aus all diesen Gründen fanden die Bolschewiken ihre Propaganda in Afghanistan erschwert. Aber der Bolschewismus ist ja höchst wandelbar, wie seine Betätigung in den



verschiedenen Ländern des weiten asiatischen Kontinents beweist, und seine Tarnungen sind so mannigfaltig, daß man häufig den Eindruck gewinnt, er habe sich gänzlich gewandelt und seine Grundsätze aufgegeben. Mit großer Geschicklichkeit verstehen es seine Agenten, doch Herde der Unzufriedenheit aufzudecken, die sich weiter schüren und entwickeln lassen, um aus ihnen dann die gewünschten Unruhen und Umwälzungen hervorzurufen. Geht es z. B. nicht mit Internationalismus, dann macht man eben in Nationalismus. In Afghanistan hat es die Komintern verstanden, den Nationalismus des Volkes sich zunutze zu machen. Sie knüpft an die traditionelle Feindschaft der Afghanen – besonders der unabhängigen Grenzstämme – gegen die Engländer an und versucht, die Bevölkerung mit allen möglichen Mitteln aufzuputschen. Ihre Aufgabe ist klar: sie will Afghanistan immer mehr zu einem Unruheherd machen, um die vorhandene Gärung dann für ihre eigentlichen Ziele, die Bolschewisierung und Unterwerfung des Landes, auszunutzen.

Kabul war seit der Unabhängigkeit Afghanistans zum Tummelplatz eines trüben politischen Gesindels aus Indien und Turkestan geworden. Da ließ sich für die Bolschewisten allerhand machen. Der erste GPU-Agent, Agabekow, war dem 1924 nach Kabul reisenden Gesandten Stark als „Attaché“ beigegeben worden[1]). Die Weisungen, die er von seiner höchsten Behörde mitbrachte, richteten sich in erster Linie gegen die bucharischen Emigranten in Afghanistan.

Nach dem Sturze des letzten Emirs von Buchara, der in Kabul ein Asyl gefunden hatte, waren auch zahlreiche Bucharen nach Afghanistan ausgewandert. Auch zahlreiche Turkmenen, die von den Bolschewiken als „Basmatschi“ (Räuber) verfolgt werden, hatten mit ihren großen Karakulschafherden den Amu Darja überquert und in Afghanisch-Turkestan eine neue Heimat gefunden.

Diese Emigranten, deren Tätigkeit in Afghanistan von Moskau mit großer Unruhe verfolgt wird, sollten mit allen Mitteln bewogen werden, nach Buchara zurückzukehren, ebenso die Turkmenen, da die Abwanderung großer Herden von Karakulschafen auch großen materiellen Verlust für die Bolschewisten bedeutete. Die Sowjetgesandtschaft in Kabul versuchte, eine Rückwanderung dieser Emigranten zu organisieren, indem sie ihnen Zusicherungen aller Art, wie Zuweisung von Land, Straffreiheit u. a. m. schriftlich gegeben hatte. Es ließ sich jedoch nur ein kleiner Trupp von etwa 30 Mann dazu bewegen. Aber obwohl der Agent in Kabul den zuständigen Stellen strenge Richtlinien gegeben hatte, die Rückwanderer freundlich zu behandeln und ihnen in jeder Weise entgegenzukommen, wurden die Rückwanderer bald nach ihrem Eintreffen auf Sowjetboden als verdächtige Individuen verhaftet und verschwanden in den Kerkern der Tscheka. Ein Versuch, den Emir von Buchara in Kabul umzubringen, wurde, wie der Agent Agabekow in seinen Erinnerungen mitteilte, wieder fallen gelassen.

Wie schon früher erwähnt, machte sich die Komintern den traditionellen Haß der afghanischen Grenzstämme gegen die Engländer zunutze. Hier hatten sie, wie bereits das Beispiel des Gesandten Raskolnikow zeigte, mehr Erfolg. In Kabul befanden sich genügend aus Indien geflüchtete „Politiker“, Falschmünzer und sonstige dunkle Existenzen, für die das indische CID („Criminal Investigation Department“) ein brennendes Interesse hatte. Mit ihnen traten die Bolschewisten in Verbindung und konnten so ihre Fäden bis nach Indien hinein weiterspinnen. Die kleinen Unruhen an der afghanisch-indischen Grenze nahmen beständig zu.

Im Jahre 1928 hatte die Ausdehnung der Bolschewistenkolonie in Kabul ihren Höhepunkt erreicht. In Moskau verhandelte man über den Abschluß eines Handelsvertrages. Die neu ins Leben gerufene Handelsvertretung der UdSSR begann eine Dumpingeinfuhr nach Afghanistan. Der Sowjethandelsvertreter Lawrow führte den Afghanen in Kabul

[1]) Vgl. das Buch des „bekehrten“ Agabekow.

moderne landwirtschaftliche Maschinen und Geräte vor, Ingenieure aus der UdSSR bauten die neue Telegraphenlinie von Kabul nach Kandahar und von Kabul nach Mezare-Scherif.

Am 31. August 1926 war der Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan zum Abschluß gekommen, der in Verbindung mit gleichartigen Verträgen zwischen der UdSSR und der Türkei, Afghanistan und der Türkei, der UdSSR und Iran, Afghanistan und Iran eine neue politische Lage in Asien schuf. Ferner erwarb Afghanistan von den Bolschewisten mehrere Verkehrs- und 20 Kriegsflugzeuge. Piloten und Monteure aus der Sowjetunion wurden in den afghanischen Staatsdienst übernommen. Dies war der erste Schritt zur Begründung einer afghanischen Luftstreitmacht mit Sowjetpersonal. Eine größere Anzahl afghanischer Flugschüler wurde zur Ausbildung nach Moskau geschickt und kehrte zum größten Teil mit Sowjetfrauen zurück. Weiter schloß die afghanische Regierung mit der UdSSR einen Vertrag über einen regelmäßigen Luftpost- und Personenverkehr zwischen Kabul und Taschkent ab. Diesem Vertrage folgte bald die Unterzeichnung eines „technischen Zusatzabkommens“, in dem bestimmt wurde, daß der Flugdienst von je 50% sowjetischen und 50% afghanischen Angestellten ausgeübt werden sollte. Ferner sollte von den Bolschewisten und den Afghanen jeweils die gleiche Anzahl von Flugzeugen gestellt werden. Die wichtigste Bestimmung dieses Abkommens jedoch betraf den Bau von Flugplätzen bei Tscharikar, Khindjan und Mezare-Scherif. Später kam noch der Flugplatz von Gardez dazu.

Sowjetingenieure verfertigten einen Plan für den Bau der für Afghanistan politisch und wirtschaftlich so wichtigen Autostraße von Kabul nach Mezare-Scherif und Pattak Hissar am Amu Darja. Das Projekt wurde von der afghanischen Regierung genehmigt. Der Bau wurde von den Afghanen erst im vorigen Jahre, unter Abänderung der ursprünglichen Route, über Bamian geführt und fertiggestellt. Sowjetwaren überschwemmten die afghanischen Basare. Es sind zum größten Teil Gummischuhe, Streichhölzer, Kerzen, Tee, Zigaretten, Zucker, Konfitüren, Konserven, Petroleum und Benzin gewesen, alles Dinge, für die Afghanistan einen steigenden Bedarf aufwies. Es gelang den Bolschewisten, den anglo-indischen Waren starke Konkurrenz zu machen. Sie wurde erst in letzter Zeit von der japanischen abgelöst.

So lagen die Verhältnisse gegen Ende des Jahres 1928 kurz vor der Revolution gegen Amanullah. Moskau hatte wie nie zuvor in Afghanistan Fuß gefaßt. Bolschewistische Fachmänner bereisten das ganze Land. Sie waren Angestellte der afghanischen Regierung, Amanullah war doch von den Bolschewisten geradezu wie ein „König“ empfangen worden. Kaum war Amanullah nach Kabul zurückgekehrt, wurden nicht nur die beiden Gesandtschaften der mohammedanischen Länder, Irans und der Türkei, sondern auch die Sowjetgesandtschaft zu Botschaften erhoben. Kabul sandte einen Botschafter nach Moskau, während die Sowjetregierung Leonid Stark zum Botschafter beförderte.

Es war unter diesen Umständen kein Wunder, daß die englische Politik bestrebt war, dem bedrohlichen Einfluß Moskaus vor den Toren Indiens einen vernichtenden Schlag zu versetzen. So kam es zu der großen Revolution von 1928/1929, die Amanullah Khan aus Afghanistan vertrieb und Batsche Saqau auf den Thron von Afghanistan setzte. Die Revolution brachte Moskau in einige Verlegenheit, denn GPU und Außenkommissariat konnten sich zu Anfang nicht einig werden, ob sie den „proletarischen“ Sohn eines Wasserträgers oder den „König“ Amanullah unterstützen sollten. Man einigte sich jedoch – so grotesk diese Tatsache auch ist – auf den König, vor allem aus dem Grunde, weil er ein geschworener Feind der Briten war. Batsche Saqau siegte schließlich, und Amanullah zog sich nach Rom zurück.

Während die Engländer und die übrigen europäischen Mächte ihre Gesandtschaften abberiefen und ihre Staatsangehörigen zum größten Teil mit englischen Flugzeugen nach



Indien schaffen ließen, blieb die Sowjetbotschaft mit dem Geschäftsträger Rix noch in Kabul zurück.

Als 1930 Nadir Schah nach hartnäckigem Kampf Kabul erobern und den Thron besteigen konnte, kehrte als erster der Sowjetbotschafter nach Kabul zurück. Wenngleich der neue König die von Amanullah abgeschlossenen Verträge anerkannte, änderte er doch seine Politik von Grund auf. Die neue afghanische Regierung war das Gegenteil der früheren. Der Einfluß der Sowjets in Afghanistan hat dem englischen Einfluß wieder Platz machen müssen. Die Sowjetangestellten verschwanden, und anglo-indische Elemente gelangten zu hohen Staatsstellungen.

Es war daher erklärlich, daß die unterirdische Aktivität der Komintern wieder wirksam wurde. Dauernd flackern wieder in Afghanistan lokale Aufstände auf. Im Jahre 1934 ermordete ein afghanischer Student den Gesandten in Berlin und Bruder des Königs, Mohammed Aziz. Einige Monate später wurde der König Nadir Schah selbst ermordet. Es folgte ein Attentat auf den Premierminister Mohammed Hashim, der ebenfalls ein Bruder des Königs war. Dieses Attentat mißlang. Ein junger afghanischer Lehrer schlich sich in die britische Gesandtschaft in Kabul in der Absicht, den englischen Gesandten Maconachie zu erschießen, traf ihn jedoch nicht an und erschoß in seinem Haß drei Beamte der Gesandtschaft. Eine Verschwörung gegen den neuen jungen König Zahir Khan wurde aufgedeckt. Es folgten zahlreiche Hinrichtungen und Verhaftungen. All diese Geschehnisse des Jahres 1934 stehen in einem inneren Zusammenhang. Ein Teil der Jungafghanen sieht die noch junge Unabhängigkeit des Landes durch den zunehmenden britischen Einfluß gefährdet. Man fürchtet, in die frühere Abhängigkeit von England zu geraten und läßt sich zu unüberlegten Aktionen mitreißen.

Es ist klar, daß die Agenten der Komintern die antibritische Strömung in Afghanistan mit großem Interesse verfolgen. Sie werden das ihrige dazu beitragen, sie zu fördern und zu schüren, um die Brandfackel der Revolution wieder einmal in Afghanistan zu entzünden.

# CHINA

von

Hip-Chung-Ying, Nanking

Sun-Yat-Sen wollte in seinen berühmten drei Grundlehren den chinesischen Staatsgedanken mit den für China passenden demokratisch-sozialistischen Auffassungen des Westens vereinigen. Er stützte sich noch auf die alte hohe Moral und Kultur, während Chen-Tu-Hsiu, Dekan der philosophischen Fakultät an der Pekinger Universität und später Führer der Kommunistischen Partei, den Konfuzianismus und damit die alte Kultur niederwerfen und ausrotten wollte. „Solange der Konfuzianismus herrscht, bleibt China eine Autokratie.“ Daher lautet die Parole: „Konfuzius ist der Denker und Ethiker des feudalistischen Zeitalters. Nieder mit dem Feudalismus heißt also: Nieder mit Konfuzius!“ – So schrieb Chen-Tu-Hsiu in seiner bekannten Zeitschrift „Neue Jugend“. Während Sun-Yat-Sen die Familie noch als Grundzelle des Staates anerkennt, wollte Chen-Tu-Hsiu mit seinen Anhängern die Familie zerstören. Er warb für das Selbstbestimmungsrecht des Individuums und für die Freiheit der Person. Man veröffentlichte eine Kampfabhandlung in jener Zeitschrift und behauptete: „Ursache aller Übel ist die Gewalt, die unsere Persönlichkeit vernichtet, unsere Familie!“[1])

Von diesem Kampfruf gegen die Tradition und Kultur wurde die chinesische Jugend tief beeinflußt. Ein großer Teil der Intellektuellen ist diesem Rufe von Chen-Tu-Hsiu gefolgt. Nach wenigen Monaten wagte niemand mehr von alter Kultur und von Konfuzius zu reden. Viele Vereinigungen aller Art wurden von den im Ausland studierenden Chinesen gegründet, darunter auch eine „Gesellschaft zur Erforschung des Marxismus“, die seit 1918 bestand.



274. Chen-Tu-Hsiu (rechts), der Führer der chinesischen kommunistischen Partei bis 1927, mit einem seiner Mitarbeiter

Von Mitgliedern dieser Gesellschaft wurde die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) gegründet. Sie bestand aus zehn Mitgliedern, die teils in Peking, teils in Schanghai lebten.

[1]) Mönchen-Helfen, „China“.



DEN HELDEN DER
KANTONER KOMMUNE
VOM DEZEMBER 1927
GEWIDMET



275. Kommunistisches Propagandaplakat für den bewaffneten Aufstand in Kanton

Sie alle waren Universitätsprofessoren. „Die konfuzianische Moral und die alte Staatsauffassung müssen unter allen Umständen ausgerottet werden, und ein neues China soll entstehen auf der Grundlage des Materialismus und der liberalistisch-demokratischen Formel: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit." – Das war das Ziel dieser Partei.

Nachdem die Moskauer Internationale im Westen keinen Erfolg gehabt hatte, wandte sie sich nach Osten. China war mit einemmal Mittelpunkt der kommunistischen Propaganda. Das Vorgehen der Sowjetunion in China gehört zum großen Plane der Weltrevolution, der von der Komintern als wichtigster Programmpunkt mit folgenden Worten festgesetzt wurde:

„Sturz der internationalen Bourgeoisie, Einsetzung der Diktatur des Proletariats und Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik[1])."

China sollte das Werkzeug der Weltrevolution, das Opfer des Marxismus und eine Kolonie der Sowjetrepublik werden!

Damals befand sich China in der Hand einiger Generäle und wurde vollkommen vom Imperialismus beherrscht. Die junge Studentenbewegung vom 4. Mai[2]) war ganz revolutionär und voll großer Unternehmungslust.

Moskau war darüber genau orientiert und schickte im Winter 1919 Wekenskij, einen der Sekretäre der ostasiatischen Abteilung der III. Internationale, nach Peking. Er hatte den Auftrag, in China die marxistische Idee zu verbreiten und Anhänger zu werben. Bei sich hatte er eine Frau und viel Geld. Während er mit beiden Händen Rubel ausschüttete, warb er für den Marxismus. In Peking und Schanghai wurde Wekenskij von Chen-Tu-Hsiu, Li Da-Chiau und ihrem Anhang herzlich empfangen. Die KPCh war entstanden. Sie wurde eine Sektion der Kommunistischen Internationale.

Von dieser Zeit an wurde in China die Agitation und Propaganda unter der Führung Moskaus betrieben. Tausend und aber tausend Büchlein, Zeitschriften und Zeitungen über die Sowjetrepublik, über Marxismus und Leninismus usw. ließ man nicht nur an Literaten und Studenten, sondern auch an Schüler der höheren Schulen verteilen.

Die fünftausendjährige Geschichte Chinas, des Landes der Ethik, wurde nach materialistischer Geschichtsauffassung als Geschichte des Klassenkampfes und der Wirtschaft bezeichnet.

Man behauptete, „daß die Weltgeschichte in China nach genau den gleichen Gesetzen (die der historische Materialismus aufdeckt) verlaufen ist, und daß dort ganz ähnliche Gesellschaftsformen bestanden haben, wie im Europa des sogenannten Mittelalters"[3]).

In der menschlichen Kultur sollte die Wirtschaft der alleinige Herr sein. Im Wirtschaftsleben aber standen nicht Volksgenossen, sondern nur Ausbeuter und Ausgebeutete gegenüber. Ein Marxist veröffentlichte in der Zeitschrift „Das Leben" einen Artikel, worin er erklärte:

„Der Zusammenhang und das Gemeinschaftsleben einer Nation oder eines Volkes sind nicht durch Blut und Sprache, sondern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse begründet."

Mit dieser falschen Weltanschauung wollten die Terroristen das im Grunde friedliche Chinesische Volk zerfleischen und aufeinander hetzen. Konfuzius und Laotse waren für sie tot, dafür lebten aber Marx und Lenin. Alles war erlaubt, was zum Ziele führte. Lüge und Betrug, Verhetzung und Terror, Spionage und Mord, Demonstration und Streik waren die besten Mittel und Methoden der chinesischen Bolschewisten.

[1]) v. Kreitner, „Hinter China steht Moskau".

[2]) Am 4. Mai 1919 wurde in Peking eine Studentenaktion gegen die bekannten 21 Punkte, womit Japan China vergewaltigen wollte, durchgeführt. Dabei wurde der verantwortliche Außenminister schwer verprügelt, weil er die Interessen Chinas nicht wahrgenommen hätte. Auch der durchgeführte Boykott gegen Japan spielte eine große Rolle.

[3]) Wittfogel, „Das erwachende China".



Über die erste Aufgabe der jungen KPCh schrieb die She-Hui-Presse:

„China ist noch nicht reif zum Bolschewismus, daher arbeitete die Partei zunächst unter dem Mäntelchen Demokratie. Auf diesem Wege sollte die Sowjetorganisation der Bauern und Arbeiter heimlich geschaffen werden."

Auf dem II. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1920 berichtete der chinesische Delegierte Lao-Si-Tao, daß die chinesischen Arbeiter als Vertreter eines noch ganz jungen Proletariats am Aufbau einer sozialistischen Partei arbeiten, die nicht nur das industrielle Proletariat, sondern auch die Handwerker umfasse. Lao-Si-Tao sprach weiter von – offenbar wirtschaftlichen – Arbeiterverbänden, deren Zentrum damals in Schanghai war, und die im Laufe des Jahres 1919 eine Reihe von Streiks mit ökonomischen Zielen führten.

Diese Arbeiterverbände von 1919 waren durchweg noch nicht gewerkschaftlich organisiert. Saforow sagte in seinem Referat auf dem I. Kongreß der kommunistischen und revolutionären Organisationen des Fernen Ostens in Moskau im Januar 1922:

„Die bestehenden Verbände, die mit Zunftvorurteilen behaftet sind, die in vielen Beziehungen die früheren Zunftorganisationen geblieben sind, müssen als wirklich proletarische Verbände reorganisiert werden. Das ist die erste Aufgabe."

Hier sei festgestellt, daß die KPCh von der UdSSR – dem „Vaterland" des Proletariats – nicht nur mit Rubeln unterstützt wurde, sondern daß ihr ganzes Tun und Lassen von dort diktiert wurde.

Nach einem Bericht von Mönchen-Helfen nahmen am ersten Parteitag 1921 in Schanghai 11 Delegierte und 70 Parteimitglieder teil. Der Führer und Generalsekretär war Chen-Tu-Hsiu. Seine nächsten Mitarbeiter und Freunde waren Li-Da-Chiau und Tan-Pen-San.

Die Pest des Bolschewismus hatte anfangs nur in Peking und Schanghai Boden gewonnen. Sie verbreitete sich allmählich nach Honkong und Hankau, da die Roten glaubten, daß die fleißigen und ahnungslosen chinesischen Seeleute leicht gewonnen werden könnten. Hier im Süden war der Bolschewismus zum ersten Male mit dem Arbeiter in Berührung gekommen. Gleich wurden Arbeiterverbände unter der Führung der von der Sowjetunion gekauften chinesischen Literaten gebildet. Zum ersten Male wurde ein Streik organisiert.



276. Chen-Kuen, der Delegierte des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes



277. Der Engländer Tom Man auf einer Roten Gewerkschaftskonferenz in Hankau

„Im Frühling 1922 führten in Hongkong 23000 chinesische Seeleute, denen sich 20000 andere Arbeiter anschlossen, einen großartigen Streik, den sie gewannen, und als dessen Haupterfolg sie die Anerkennung ihres Verbandes buchen konnten.

In demselben Jahre 1922 kämpften in und bei Schanghai die Textilarbeiter und Postbeamten in heftigem Streik um die Anerkennung ihrer Verbände.

Im Juli 1922 streikten in Hankau 25000 Metallarbeiter für die Wiedereinstellung ihrer ausgesperrten Verbandsführer und 70 aktiver Gewerkschaftsmitglieder sowie für die Anerkennung des Verbandes. Die Hankauer Gesamtarbeiterschaft und die Eisenbahner unterstützten den Streik. Er endete mit einem vollen Siege für die Arbeiter.“

So berichtete mit Begeisterung und Anerkennung in seinem Buch der Kommunist Wittfogel. Das gleiche Ergebnis zeigte der Streik der Bergarbeiter in Yünnan sowie Streiks der Tabak-, Textilarbeiter und der Eisenbahner in Schanghai im Herbst 1922.

Da es in China fast noch gar kein Großkapital gab, streikten die Marxisten nicht mit den üblichen Parolen („Nieder mit dem Kapitalismus!“), sondern mit Schlagworten gegen die damalige in China herrschende Politik. Parolen wie „Nieder mit den Generalen!“, „Freiheit des Wortes, der Vereine und der Person!“ traten mit bezeichnender Regelmäßigkeit neben den rein gewerkschaftlichen Forderungen auf.

Trotzdem blieb die Komintern mit China unzufrieden. Daher wurde Ga-Lin (Blücher!) beauftragt, nach China zu reisen, um die Kampforganisation zu kontrollieren und die Richtlinien des Zentralkomitees in Moskau der chinesischen Sektion zu übermitteln.

Über diese Reise Ga-Lins berichtete die She-Hui-Presse folgende Einzelheiten:

„Ga-Lin hatte die Aufgabe, die Zusammenarbeit der Kommunistenpartei und der Kuomintang mit allen Mitteln zu fördern, damit die Kraft und Organisation der Kuomintang durch die Kommunisten erobert würden. Nachdem Ga-Lin in seinen Verhandlungen mit Chen-Tu-Hsiu um die Einigung zwischen den obenerwähnten Parteien keinen Erfolg gehabt hatte, telegraphierte er an das Büro der Komintern in Moskau und bat um Anweisungen für sein weiteres Verhalten in dieser sehr ernsten Angelegenheit. Darauf erhielt er den Befehl, die Leitung der Kommunistischen Partei Chinas einzuberufen, um die Entscheidung der von Moskau angeregten Angelegenheit zu treffen.“



In der Versammlung erklärte der Sowjetbeauftragte ausdrücklich:

„Die Kuomintang, die Organisation der chinesischen Nationalrevolution, hat zahlreiche Kampfjahre hinter sich und wurde die größte politische Macht in China. Unsere erste Aufgabe ist daher, die Kuomintang zu bolschewisieren, wenn wir China für den Bolschewismus gewinnen wollen. Das Gebot der Stunde heißt also: Zusammenarbeit mit der Kuomintang.“

Unter dem Druck der Moskauer Zentrale wurde der Vorschlag Ga-Lins einstimmig angenommen.

*

Eine Sensation brachte das Jahr 1924. Sun-Yat-Sen hatte mit der Zustimmung seiner Unterführer die Erlaubnis gegeben, daß Kommunisten der Kuomintang beitreten dürften.

Im Frühling hatte Sun in Schanghai eine Unterredung mit dem Sowjetgesandten Joffe, und im Sommer wurden die Türen der Kuomintang für die Komintern geöffnet. Während die She-Hui-Presse berichtete, daß nicht geschlossene Gruppen, sondern nur einzelne Kommunisten in der Kuomintang unter Anerkennung der „drei Grundlehren“ aufgenommen wurden, behauptete der Marxist Wittfogel, daß die Kuomintang sich auf dem Reorganisations-Kongreß im Januar 1924 den Kommunisten unter Wahrung ihrer organisatorischen Unabhängigkeit anschloß. Über dieses Vorgehen gehen selbst in China die Meinungen auseinander. Nach Mönchen-Helfen soll Sun-Yat-Sen selbst gesagt haben:

„Weshalb sollte die Kuomintang gegen die Kommunisten sein? Manche Kommunisten haben gegen meine ‚drei Grundlehren‘ gesprochen und natürlich bei den Mitgliedern der Kuomintang Widerspruch gefunden, aber solche Kommunisten verstehen ja selbst nicht, was Kommunismus ist. Wegen dieser Unwissenden braucht man nicht die ganze kommunistische Partei zu tadeln.“

Sun unterstrich also, daß seine Lehre nicht mit dem Marxismus oder dem Bolschewismus identisch sei und die Kuomintang nicht mit der Kommunistischen Partei. Sun war ein Nationalist, ein Gegner und Kritiker des Marxismus.

Sun-Yat-Sen sah in den verführten Marxisten zuerst die Chinesen und wollte sie für sich und damit für seine Nation gewinnen. Dieser Plan Suns scheiterte an der List und Bosheit der Moskauer Internationale.

Nachdem das Tor der Kuomintang für marxistische Elemente geöffnet war, kamen Borodin-Grusenberg und Ga-Lin-Blücher als „Ratgeber“ nach Kanton. Auf deren Vorschlag wurde die Partei neu organisiert und eine Militärakademie am Huang-Poo bei Kanton nach dem Muster der Roten Armee errichtet. Chiang-Kai-Shek, der vorher ein Jahr in der UdSSR gelebt hatte, wurde zum Leiter dieser Schule.

Durch den Eintritt der Kommunisten erhielt die Kuomintang einen Stoß nach links. Man wandte sich den revolutionären Studenten und den verhetzten Arbeiter- und Bauernmassen zu. Die Kommunisten arbeiteten als Scheinmitglieder fieberhaft bei der Bildung einer Linksgruppe innerhalb der Kuomintang, mit dem Ziel, diese Partei nach und nach dem Bolschewismus zuzuführen und sie zu vernichten. Zu diesem Zwecke führten sie eine raffinierte Propaganda, um die bisherigen Elemente, die besten und treuesten Anhänger Suns, abzustoßen, auf deren Mitarbeit allerdings die Bolschewisten anfangs noch angewiesen waren. Sie nannten die alten Mitglieder der Kuomintang „Reaktionäre und Feudalisten“ und bezeichneten sie als einen geschlossenen rechten Flügel der Bourgeoisie mit einer ausgesprochen „arbeiterfeindlichen und antirevolutionären“ Tendenz.

In Wirklichkeit hatten sich die Kommunisten, die auf Befehl Moskaus zu der nationalrevolutionären Partei stießen, weder mit Begeisterung für die Kuomintang oder für die „drei Grundlehren“ Suns, noch für den chinesischen Freiheitskampf eingesetzt, sondern sie arbeiteten in der festen Absicht, die Kuomintang als Mittel für ihre ureigenen Zwecke zu benutzen.

„Durch revolutionäres Mißtrauen müssen die revolutionären Arbeiter die siegreiche Bewegung über ihre bürgerlichen Ziele hinaus zur proletarischen Revolution vorwärtstreiben; sie müssen den kleinbürgerlichen Demokraten solche Bedingungen diktieren, daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Untergangs in sich trägt und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird[1]).“

Aus diesen Worten von Marx kann man deutlich die Methode erkennen, die darin besteht, daß das revolutionäre Proletariat sich mit den unterdrückten bürgerlichen Schichten verbinden sollte, um an die Macht zu kommen. Die Marxisten haben diese Methode in China restlos angewandt.

Auf dem Kongreß der revolutionären Organisation des Fernen Ostens 1922 hat Saforow das Ziel noch klarer formuliert:

„Es muß mit Bestimmtheit gesagt werden, das die chinesische Arbeiterklasse, die chinesischen Arbeiter ihren selbständigen Weg zu gehen haben, ohne ihr Geschick mit dieser oder jener demokratischen Partei, mit diesen oder jenen bürgerlichen Elementen zu verbinden . . . Wir unterstützen jede nationalrevolutionäre Bewegung, aber wir unterstützen sie nur, soweit sie nicht gegen die proletarische Bewegung gerichtet ist.“

Diese Linie ist in Lenins Thesen zur Nationalitäten- und Kolonialfrage, die der II. Weltkongreß der Komintern annahm, scharf vorgezeichnet worden:

„Alle kommunistischen Parteien müssen die revolutionären Freiheitsbewegungen in diesen (zurückgebliebenen) Ländern durch die Tat unterstützen. Die Form der Unterstützung muß mit der Kommunistischen Partei des betreffenden Landes erörtert werden.“

Und weiter:

„Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung – sei es auch in ihrer Keimform – aufrechterhalten.“

Und endlich:

„Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Partei – der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen – in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgabe zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation.“

Nachdem Borodin, Ga-Lin und Genossen in China festen Fuß gefaßt hatten, fingen sie an, nach ihren bewährten Methoden für ihre Sache zu werben.

„Russen kamen, Experten der Propaganda und Organisation, und begannen mit den Methoden der Bolschewisten Volksaufklärung, die hier zu Land etwas Unbekanntes war. Propagandaschulen wurden eingerichtet, und dann ging es los mit Umzügen, Versammlungen, Straßenrednern, Flugblättern, Aufschriften an den Wohnhäusern, Tempeln und Schulen. Man schleuderte nur zwei Schlagworte in die Menge. Schlagworte, welche die innersten Herzenswünsche trafen und die wie eine Gottesverheißung in den Ohren der bedrängten Leute klangen: „Nieder mit dem Militarismus, nieder mit dem Imperialismus[2])!“

[1]) Ansprache von Marx im März 1850. Entnommen der „Enthüllung über den Kommunistenprozeß in Köln“, Berlin 1914.
[2]) v. Kreitner.







278. Der „Statthalter“ Moskaus in China: Borodin (Grusenberg) mit seiner Frau

Diese Schlagworte und die Propaganda, die Borodin gegen den Weltkapitalismus in China anwandte, haben zum großen Teil die chinesischen Studenten und die unwissenden Massen auf den falschen Weg geführt, weil sie glaubten, daß die Sowjetunion ein wahrer und ehrlicher Freund Chinas sei.

Dazu setzten die Bolschewisten noch eine weitere Forderung durch. Die diplomatischen Beziehungen zwischen China und der UdSSR wurden am 31. Mai 1924 aufgenommen. Die Sowjetunion schloß als erste der ausländischen Mächte mit China einen Vertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Sie verzichtete auf alle Vorrechte und Konzessionen. Dadurch hatte sie eine ungeheure Propagandagrundlage zum Kampf für den Bolschewismus in China geschaffen. Die Sowjets erhielten das Recht, überall in China Konsulate zu errichten. Die Chinesen, insbesondere Studenten, Schüler und die verführten Massen waren begeistert, da die meisten Chinesen das wahre Gesicht des Bolschewismus nicht durchschauen konnten.

Dies chinesisch-sowjetische Bündnis rief im Norden Chinas große Beunruhigung hervor, da man ahnte, daß es China in die Arme des Bolschewismus trieb. Man hat Sun-Yat-Sen und seinen Mitarbeitern vorgeworfen, daß sie „rot“ geworden seien und die Leitung der Partei den Kommunisten unterstellten. Darauf haben die Führer der Kuomintang wiederholt erklärt, daß ihre Freundschaft mit der Sowjetunion nichts mit dem Bolschewismus zu tun habe, daß es ein reines Zweckbündnis sei. Sun selber schrieb am 13. März 1924:

„Die Kuomintang darf das Bündnis mit Rußland nicht zurückweisen, aber sie duldet es nicht, daß man behauptet, sie werde Rot. Nur ganz dumme Menschen können glauben, das dies ein und dasselbe sei. Das Bündnis mit Sowjetrußland ist ein Akt der Außenpolitik. Die chinesische Regierung unterscheidet sorgfältig zwischen der russischen Regierung und dem russischen Kommunismus. Anerkennung der Sowjetregierung bedeutet nicht Anerkennung des Kommunismus. Wir schließen ein Bündnis mit den Russen, aber wir werden nicht Kommunisten"[1]).

Zu dieser naiven Ansicht bekannten sich später alle Führer der Kuomintang. Aber zu spät, denn die bolschewistische Pest hatte China heimgesucht, und die Jugend und die Belegschaften der Betriebe waren außerordentlich stark beeinflußt worden.



279. Mongolenkinder in Berlin. Eine sechswöchige Reise mußten diese Kleinen ertragen, um beim „zweiten Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder" zur Schau gestellt zu werden

Im November 1924 wurde Sun von der Pekingregierung zu einer Konferenz eingeladen. Während der Fahrt erkrankte Sun in Tientsin, blieb dort einige Wochen und traf am 31. Dezember 1924 in Peking ein, wo er am 12. März 1925 starb. Durch das Hinscheiden Sun-Yat-Sens hat nicht nur die Kuomintang, sondern ganz China einen großen Verlust erlitten. Denn Sun war der Führer der chinesischen Revolution. Er hatte über 40 Jahre für die chinesische Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft. Er hinterließ eine Partei, die in schwerer Krise lag.

Nach dem Tode Suns brach der offene Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel der Kuomintang aus. Da die Bolschewisten die Demagogie der Massenbehandlung besser verstanden, gewannen sie die Sympathien der Jugend und der Massen und verschafften sich die Oberhand in der Partei. Von dieser Zeit an wurde die Partei immer radikaler. Man warf die alten Mitglieder hinaus und machte eine scharfe Wendung nach links. Der rechte Flügel war in sich nicht einig und konnte daher keine Einheitsfront gegen die Marxisten bilden.

Am 4. Mai 1925 traten die chinesischen Arbeiter der japanischen Fabriken Schanghais in den Streik.

„Nach Ablehnung der Forderung, zwei hinausgeworfene aktive Gewerkschaftsmitglieder wieder einzustellen und fünf ins Gefängnis gesteckte Arbeiter wieder freizulassen,

[1]) Mönchen-Helfen.



erklärten die Arbeiter der zwölften Spinnerei am 15. des Monats den Streik. Als Antwort auf diesen Streik schlossen die japanischen Direktoren auch die anderen vier Mühlen, wodurch sie mehr als 20000 Arbeiter aussperrten. Als sich nun mehrere hundert Arbeiter vor der fünften Mühle sammelten und eine Erklärung vom Direktor forderten, wurde um 6 Uhr nachmittags das Fabriktor plötzlich geöffnet und Schüsse fielen von drinnen. 13 Arbeiter wurden verwundet, 7 sehr schwer"[1]).



280. Der IV. Kongreß des Chinesischen Kommunistischen Jugendverbandes in Hankau

„Über dies Vorgehen der Japaner war die öffentliche Meinung empört! Studenten, Literaten, Arbeiter, Kaufleute ziehen demonstrativ durch die Straßen. Am 30. Mai, einem denkwürdigen Datum in der Geschichte Chinas, schießt englische Polizei auf einen solchen Demonstrationszug. 4 Tote, 24 Verwundete, von ihnen 7 tödlich verwundet"[2]).

„Die Studenten agitierten auf den Straßen und Plätzen, von Haus zu Haus, auch in der Fremdenniederlassung; die von den Engländern geleitete Niederlassungspolizei verlor die Nerven und schoß, tötete und verwundete viele"[3]).

Das Ende des Jahres 1925 sah die Kuomintang als Massenbewegung. Von Kreitner hat Recht, wenn er sagt: „Der 30. Mai eröffnete den Weg zu den Massen des Volkes." Unter der Herrschaft der Kommunisten fand der II. Kongreß der Kuomintang im Januar 1926 statt. Hier wurde scharf betont:

„Die nationale Revolution versagte bisher, weil an ihr nur die Intellektuellen teilnahmen. Diese revolutionäre Basis war zu schmal – ihre Kraft daher zu gering. Der künftige Erfolg hängt von der Teilnahme der Massen ab – der Bauern und Arbeiter. Wir müssen in die Fabriken und Bauernhöfe, wir müssen dort die Bedeutung der nationalen Revolution predigen und das werktätige Volk gewinnen"[2]).

[1]) „Shanghai-Times", 17. Mai 1925.
[2]) Mönchen-Helfen.
[3]) v. Kreitner.




281. Auch die Kinder werden „erfaßt“. Eine Abteilung chinesischer Kinder bei einem „Kinderfest der Völker der Sowjetunion“

Am 23. Mai faßte das Zentralexekutivkomitee den Beschluß, jede Verbindung mit der Pekingregierung abzubrechen und nur mit der Sowjetunion, die alle Zeit mit den Bestrebungen des Chinesischen Volkes sympathisiert habe, Hand in Hand zu arbeiten.

Von nun ab begannen die Bolschewisten einen Propagandafeldzug auf dem Lande mit allen Mitteln, um die Bauern zum Klassenkampf aufzureizen. Sie wählten nur diejenigen Schlagworte, die den Herzenswünschen der Bauern entsprachen: „Für die Beseitigung der schweren und ungerechten Steuern!“, „Nieder mit dem Militarismus, den Militärgouverneuren, den Großgrundbesitzern und Mandarinenkonzessionären!“ Eine dritte Forderung verlangte die Zuteilung von Land an die Bauern, d. h. die Aufteilung des Großgrundbesitzes.

Man kann gut verstehen, warum die sonst friedlichen Bauern mit einem Male so revolutionär geworden waren.

„Auf den roten Plakaten, die jetzt die revolutionären Bauernverbände neuerdings in den Dörfern und Landstädten Chinas verbreiteten, riefen mächtige weiße Schriftzeichen Lenins Losung in die Welt hinaus: „Es lebe das Bündnis der Arbeiter und Bauern als der Weg zur Befreiung Chinas“[1]).

Die über Nacht revolutionär gewordenen Bauernverbände entwickelten sich mit großer Schnelligkeit.

„Bei der ersten Bauernkonferenz, die vom 1. Mai 1925 an in Kanton stattfand, waren 21 Kreise der Provinz mit 200000 Mitgliedern vertreten; bei der zweiten Konferenz vom 1. bis 15. Mai 1926 – 49 Kreise mit 626000 Mitgliedern[2])“.

[1]) Wittfogel.
[2]) Schüler, „Die Bauernbewegung in China“.



Die Zahl der Arbeiter Chinas ist bis heute schwer festzustellen. Aber es sind verhältnismäßig sehr wenig, weil man den Anteil der Bauern an der chinesischen Bevölkerung auf 80% schätzt.

Der Vorsitzende des chinesischen Gewerkschaftsbundes Su-Chao-Jeng gab auf dem ersten Gewerkschaftskongreß die Zahl der Arbeiter mit 2750000 an. Seit dem Mai 1925 wurde vor dem II. Arbeiterkongreß einstimmig beschlossen, der Roten Gewerkschaftsinternationale beizutreten.

Die von Bolschewisten organisierte Propaganda auf dem Lande wurde mit Terror und Gewalt, mit Überfall und Mord durchgeführt. Es wurden rote Zettel im Volk verbreitet: „Wer nicht für die Revolution ist, ist gegen die Revolution, und Antirevolutionäre werden



282. Kundgebung gegen die Nanknig-Regierung. Vor der Chinesischen Gesandtschaft in Moskau anläßlich des sowjetisch-chinesischen Konflikts

erschossen!“ Infolgedessen sind viele Tausende unschuldiger Bauern und viele Mitglieder der nationalen Jugend in den Dörfern erschossen worden. Unzählige Häuser und Tempel wurden in Brand gesteckt. Der Bolschewismus hatte durch Terror und Mord gegen die schutzlosen Bauern die Macht über alle erobert.

Endlich erkannte Chiang-Kai-Shek die furchtbare Gefahr und mit ihm viele nationalgesinnte Anhänger Sun-Yat-Sens. Am 20. März 1926 unternahm Chiang einen Staatsstreich in Kanton. Er entwaffnete einige kommunistische Truppenteile, verhaftete und deportierte Chinesen und Moskauer Ratgeber. Die Kommunisten änderten daraufhin ihre Taktik, um unter der Maske der Kuomintang weiter Propaganda zu treiben. Noch blieben sie in der Partei, geduldet von dem General, der ihrer Hilfe bedurfte.

*

In Nord- und Mittelchina gab es im Jahre 1926 folgende kantonfeindliche Armeen: Chang-Tso-Lin beherrschte die drei Nordostprovinzen der Mandschurei und das Gebiet der Pekingregierung bis Shangtung. Der Machtbereich Wu-Pei-Fus erstreckte sich über Mittelchina bis Hankau hinunter. Sun-Chuong-Fang regierte die fünf Provinzen von Schanghai bis Fukien.

Inzwischen war man innerhalb der Kuomintang einig geworden, daß man gegen die Feinde um Sein oder Nichtsein kämpfen müsse. Das Zentralkomitee der Kuomintang beschloß, zur Niederwerfung der Gegner im Juli 1926 eine Offensive gegen den Norden zu ergreifen und den Oberbefehl über sämtliche Kantonarmeen dem General Chiang-Kai-Shek zu übertragen. Nach dem Berichte von Kreitners sollen sich alle militärischen Berater aus Moskau an diesem Feldzug aktiv beteiligt haben.

Anfang Juli ging der Kampf los. Zunächst wandte man sich gegen Hunan, das die Kantonesen fast kampflos eroberten, weil der Machthaber der genannten Provinz Tang-Sen-Chi, einer der Unterführer Wu-Pei-Fus, zur Kantonarmee überging. Mit Tang-Sen-Chi marschierten die Kuomintangtruppen auf Hankau, wo die Kerntruppen Wus konzentriert waren. Nach schwerem Kampf wurde es von der Kantonarmee besetzt.

Der ungeheuere Propagandafeldzug, zu dem die Kommunisten freie Hand hatten, hatte große Erfolge zu verzeichnen.

„Das anfänglich überraschend schnelle Gelingen des Zuges nach Norden (1926) ist nicht zum wenigsten der Propaganda zuzuschreiben, die – schon früher vorbereitet – die Kommunisten im Heer und in dessen zivilem Gefolge unter dem Landvolk verbreiteten, indem sie diesem die Armee Kantons als die Befreierin von ihrem Joch hinzustellen wußten"[1].

*



283. 1. Maifeier in Hankau (Sowjetchina)

Nachdem Hankau in die Hände der Revolutionäre gefallen war, siedelte im Dezember das Zentralkomitee der Kuomintang-Volksregierung von Kanton nach Hankau über, wo eine Wuhangregierung (Sammelname für die drei Städte Hankau, Hanyang und Wuhang, die Hauptstadt der Provinz Hupe) ins Leben gerufen worden war. Sie sollte die Regierung für das gesamte China sein. Diese Wuhangregierung wurde in China allgemein als Werkzeug des Bolschewismus bezeichnet, weil sowohl im Zentralkomitee der Kuomintang als auch in der Volksregierung die Bolschewisten die Mehrheit hatten.

Am 3. Januar 1927 veranstalteten die Roten in Hankau eine Massendemonstration „gegen Militarismus und Imperialismus." Am folgenden Tage stürmten die Massen die britische Konzession.

Über den Zustand und über die Lage der Stadt Hankau berichtet von Kreitner:

„Der nationale Befreiungskampf gegen den Kapitalismus wurde auf alle besitzenden Stände des Inlandes ausgedehnt. 2500000 Arbeiter, gewerkschaftlich organisiert, wurden

[1]) Schüler, „Die kommunistische Bewegung in China" in „Neue Züricher Zeitung", 30. August 1931.



auf die einheimische Bevölkerung losgelassen; Lohnforderungen, Streiks, Terrorakte legten im Machtbereich der Wuhangregierung fast das gesamte Geschäftsleben still, und im Hintergrund dröhnte die politisch-wirtschaftliche Forderung der Masse nach Beteiligung an der Regierungsgewalt, nach Vergesellschaftung aller großen Betriebe. Die besitzenden Klassen sahen ihre Vernichtung bevorstehen."

Von Januar bis Mai wurden allein in Hankau erschossen:

| | |
|---|---|
| Gegenrevolutionäre ..... | 3252 |
| Reaktionäre .......... | 1461 |
| Literaten ............ | 1274 |
| Beamte .............. | 865 |
| Arbeiter .............. | 210 |
| Kuomintangmitglieder... | 153 |
| Nationalisten ........ | 115 |
| Sonstige .............. | 103 |
| | 7433 |



284. Eine Liste von „Schuldigen", die von den Roten ermordet wurden

und verhaftet:

| | |
|---|---|
| Gegenrevolutionäre ..... | 5670 |
| Reaktionäre .......... | 3252 |
| Literaten ............ | 2163 |
| Beamte .............. | 1092 |
| Arbeiter .............. | 720 |
| Kuomingtanmitglieder... | 300 |
| Nationalisten ......... | 200 |
| Sonstige .............. | 170 |
| | 13567 |

Da die Bolschewisten zum täglichen Streik aufpeitschten und dazu aufforderten, alles zu vergesellschaften, mußten alle Geschäfte schließen. Tausende von Arbeitern wurden brotlos. In fünf Monaten hatte man allein in Hankau und in Wuhang etwa 300000 Arbeitslose zu verzeichnen.



285. Rote Rekruten in China

Der Grundbesitz wurde aufgeteilt und die Vermögen wurden beschlagnahmt.

Gerade die Jugend war von diesen marxistischen Irrlehren aufs tiefste beeinflußt. Tag und Nacht wurden Versammlungen abgehalten. Zu jeder Zeit, zu jeder Stunde mußte „Revolution gemacht werden", denn „Lernen ist keine Revolution, sondern Antirevolution". Vom 1. April 1927 ab wurden die Schüler und Studenten zum Eintritt in die Rote Armee aufgefordert. Da die Jugend die Revolution auf der Straße „machte", mußten alle Schulen schließen.

Nachdem die Roten gekommen waren, durften die alten Geldscheine nicht mehr in Umlauf gebracht werden. Sie waren auch nicht mehr einen Pfennig wert. Am 17. April 1927 erließ die Wuhangregierung eine Verordnung, in der es hieß, das einzig und allein die von der Zentralbank herausgegebenen Scheine maßgebend seien.

Schon während des Vormarsches war es zum Streit zwischen Chiang-Kai-Shek und den marxistischen Führern gekommen, weil er die Tätigkeit der politischen Kommissare verbot und jegliche kommunistische Propaganda in der Armee unterband. Dies Vorgehen Chiangs wurde von der Wuhangregierung als „Volksverrat" bezeichnet und seine Absetzung vom Oberkommando und sein Ausschluß aus der Partei verlangt.

In Schanghai wurde von den Kommunisten ein riesiger Streik aufgezogen.

„Die Arbeiterschaft übernahm unter Führung der Marxisten und Kuomintangstudenten die Herrschaft über die Stadt. Der Mob, z. T. bewaffnet, terrorisierte die Bürgerschaft – die Straße regierte.





286. Eine chinesische kommunistische Delegation in Moskau im Jahre 1927



287. Während der Kämpfe in Schanghai: Kirche in einer Vorstadt, die in ein rotes Klubhaus umgewandelt wurde

Am 22. März 1927 rückte Chiang-Kai-Shek in Schanghai ein. Da die Führer der Arbeiterschaft die Pöbelherrschaft nicht beendigen wollten und alle Verhandlungen fruchtlos verliefen, wurde mit Gewalt die Ordnung wieder hergestellt.

Chiang-Kai-Shek hatte genug von den Kommunisten; er entließ die Sowjetrussen seines Gefolges, löste im Bereich seiner Machtsphäre alle Arbeiterverbände auf und entsandte seinen Unterführer Li-Chi-Shen Anfang April nach Kanton, um auch dort Ordnung zu schaffen[1]).“

Nach einigen Tagen marschierte Chiang nach Nanking, entwaffnete dort die Kommunisten und säuberte die Stadt vom Bolschewismus. Bald darauf wurde die Nankingregierung gebildet. Während Wang-Ching-Wei, der Führer der Linken der Kuomintang, unter dem Jubel der Kommunisten im April von Schanghai nach Hankau fuhr, kam Hu-Han-Min, der Führer der Rechten, nach Nanking. Nanking wurde Mittelpunkt des Antimarxismus. Ende April 1927 begann die Nankingregierung einen antibolschewistischen Propagandafeldzug und vertrieb die marxistischen Elemente der Kuomintang.

Die Stellung der Wuhangregierung wurde von Tag zu Tag schlechter, da sie andauernd Konflikte mit dem Ausland hatte und da sie von allen Seiten beschuldigt wurde, allein die Verantwortung an den bolschewistischen Morden zu tragen.

Nach einem Monat wurde selbst in Wuhang zum Kampf gegen den Bolschewismus aufgerufen. Das Militär entwaffnete die Arbeiterwehren, schloß die Gewerkschaften. Die Herrschaft des Bolschewismus in Hankau war zu Ende. Am 27. April 1927 verließen Borodin, Ga-Lin und Genossen China.

*

Was den Kommunisten in Wuhang nicht gelang, versuchten sie in Kanton. Sie putschten, um die Macht zu ergreifen. Aber vergebens.

„Am 11. Dezember 1927 gab es einen Zwischenfall: Die Kommunisten putschten in Kanton und riefen die Arbeiterregierung aus. Nach drei Tagen brach das Unternehmen zusammen. Die Regie war schlecht gewesen. Von 250000 organisierten Menschen folgten nur 100000 dem Rufe. Nun setzte die Gegenaktion ein. Nationalistische Truppen kamen und schlachteten Tausende Männer, Frauen und Kinder mit ungeheurer Grausamkeit ab. Das Rote Kreuz allein beerdigte 2000 Leichen, die auf den Straßen herumlagen. Der sowjetrussische Vizekonsul wurde kurzerhand erschossen, die sowjetrussischen Ämter und Handelshäuser gesperrt und Sowjetbürger deportiert[1]).“

Die Kantoner Kampftage waren das Grausamste und Blutigste, was man in Kanton erlebte. Dagegen wurden diese Kämpfe von Moskau als Ehren- und Heldentat in der Geschichte der III. Internationale gerühmt. Die Kantonesen können heute an diese Tage nur mit Schmerz zurückdenken und wünschen die Leute nie wiederzusehen, die den Aufstand leiteten.

*

Nachdem die Bolschewisten in Wuhang, Kanton und Schanghai Mißerfolge gehabt hatten, zogen sie sich in das Innere Chinas – nach Kiangsi – zurück, um sich vor der Vernichtung zu bewahren. Professor Schüler schrieb, daß die Provinz Kiangsi für die Marxisten besonders geeignet sei, weil sie fast völlig von Gebirgsketten durchzogen und ebenso an ihren Rändern, an den Grenzen nach Tschekiang, Fukien, Kwangtung und Hunan hin von Gebirgswällen geschützt ist.

Wie überall in China waren auch in Kiangsi die Anführer der Bolschewisten die Intellektuellen. Sie schlichen sich zunächst in die Kuomintang ein, wo sie die kommunistischen Ideen propagierten.

[1]) v. Kreitner.





288. Kulturbolschewistische „Vorarbeit“: Eine Delegation chinesischer Pädagogen in Moskau

Im Jahre 1928 hatten die Roten nur eine kleine Organisation; dann trieben sie im Landvolk Propaganda gegen die Nankingregierung und forderten die Bauern zum Klassenkampf auf. Überall, in Stadt und Land, wurde über kommunistischen Terror und Mord geklagt. Von allen Seiten wurde die Regierung aufgefordert, sobald wie möglich der bolschewistischen Pest ein Ende zu machen. Aber alle Warnungen vor der bolschewistischen Gefahr wurden verlacht oder mit der Erklärung abgetan, daß es sich nur um einen lächerlichen Räuber- und Banditenbund handle.

Die Kommunisten verschärften ihre wirkungsvolle Propaganda im Volk, sie zählten die ganzen Sündenregister der Kuomintangregierung auf und riefen die Massen zum Befreiungskampf unter der Führung der Roten Bauernschaft auf. Von den drei Grundsätzen Sun-Yat-Sens behaupteten sie in sinnwidriger Auslegung:

„1. Grundsatz – Ich will Dein Land
2. „ – Ich will Dein Geld
3. „ – Ich will Dein Leben.“

„Was die Roten an Geld und Hilfsmitteln benötigten, holten sie aus den Städten. Direkter Angriff oder Verrat öffneten die Tore; sie töteten die Beamten und Honoratioren, hoben Millionen Dollars an Kontributionen aus und schleppten Petroleum, Lebensmittel und andere Waren fort, die sie zu billigsten Preisen an die Landbevölkerung abgaben[1]).“

Die Rote Armee wurde nach dem Vorbild der UdSSR organisiert und durch Fachleute aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet. Bauern, Schüler und Schülerinnen wurden der Armee

[1]) v. Kreitner.



289. Zwei Führerinnen von Roten Frauenbataillonen



290. Die Kampfstellung der Nanking-Truppen in Kiangsi



291. An der sowjetisch-chinesischen Grenze: Kommune „Rote Maschinengewehrsoldaten"

eingegliedert. Da die Bolschewisten nur mit Gewalt regierten, wagte keiner, „Nein" zu sagen. Die Gegner wurden getötet, ihre Häuser in Brand gesetzt, Frauen und Mädchen geschändet.

Als die Bolschewisten in das Yangtsegebiet, die Machtstellung Chiang-Kai-Sheks, einbrachen und Nanking bedrohten, entschloß man sich endlich, gegen sie vorzugehen. Ende 1930 wurde vom Generalstab in Nanking ein Plan gegen den gefährlichen Feind ausgearbeitet. Chiang schickte einen General mit 50000 Mann der Roten Armee entgegen mit dem Befehl, „binnen dreier Monate den Kommunismus zu vernichten."

Es wurde eine schwere Enttäuschung! Der verantwortliche General wurde gefangen und hingerichtet, und seine Soldaten gingen mit der ganzen Ausrüstung zu den Feinden über.

Nun erst wußte Nanking, mit wem die Regierung es zu tun hatte. Die Sache wurde ernst. Im Februar 1931 schickte Chiang-Kai-Shek den Kriegsminister Ho-Yin-Ching mit 100000 Mann gegen die Kampffront der Marxisten; gleichzeitig wurde er von den Generalen der Provinzen unterstützt.

Professor Schüler berichtete, daß die Roten an sich große Vorteile im Kampf gegen die Nankingtruppen hatten, weil sie in enger Verbindung mit der einheimischen Bevölkerung standen, von ihr mit Nachrichten besser versorgt und auch sonst besser unterstützt wurden als die landfremde Kuomintangarmee.

Dazu kam noch die bessere Führung:

„Scheinangriffe und Scheinrückzüge, überraschende Angriffe von der Flanke und von rückwärts, fortwährende Überfälle durch die Vertrauen einflößenden bäuerlichen Partisanen. Dazu die zersetzende Propaganda in den Reihen der für solche Einflüsse überempfänglichen, zum großen Teil zwangsweise rekrutierten Kuomintangtruppen[1])."

Daher endete auch dieser Feldzug mit einer Niederlage der Nankingarmee.

Die Regierung in Nanking war jetzt darüber im klaren, daß es einen Kampf auf Leben und Tod gäbe. Marschall Chiang-Kai-Shek wandte sich an die Öffentlichkeit und appellierte an die Generäle mit den Worten:

„Das, was vor drei Jahren noch aus einer Handvoll Banditen bestand, ist zu einer furchtbaren und ungeheuren Organisation angewachsen, welche die Provinzen Kiangsi und Hupeh nahezu ganz und die Provinzen Hunan, Ankwei, Szechuan, Fukien, Chekiang, Honan, Shangtung und Kwangtung zum großen Teile erfaßt hat. Marschall Chiang-Kai-Shek wird mit 30 Divisionen – insgesamt 500000 Mann – den Kampf gegen die kommunistische Armee am 1. Juli beginnen. Die Roten Kräfte bestehen aus 300000 regulären Truppen, von denen 120000 modern ausgerüstet sind. Außerdem haben sie noch etwa eine Million Bauernpartisanen aufgeboten, die mit Lanzen und Schwertern bewaffnet sind. Die kommenden Kämpfe werden nicht nur über das Schicksal der Nationalregierung, sondern auch darüber entscheiden, ob die alte chinesische Kultur bestehen bleiben oder durch das kommunistische System abgelöst werden wird."

Dieser Appell hatte einen großen Erfolg und fand in ganz China Widerhall. Am 22. Juni begab sich Chiang-Kai-Shek auf den Kampfplatz und übernahm die Führung. Diesmal war die Armee mit Flugzeugen und anderen modernen Kampfmitteln ausgerüstet. Anfänglich erzielte er auch Erfolge, dann aber ging es auch nicht weiter. Die Fortsetzung des Kampfes wurde durch die Naturkatastrophe im Yangtsekiangtal aufgehalten, wo vier Millionen Wohnhäuser zerstört, viele Millionen Menschen obdachlos gemacht und über zehn Millionen dem Hunger preisgegeben wurden.

Die Macht der Roten wurde durch das Überlaufen weiterer Kuomintangtruppen außerordentlich verstärkt. Im Oktober 1931 wurde eine chinesische Sowjetregierung ins Leben gerufen mit dem Hauptsitz in Jui-Kin, von wo aus das ganze Sowjetgebiet regiert wurde.

[1]) v. Kreitner.

„Wenn auch die chinesischen Sowjetgebiete keine zusammenhängende geographische Einheit bilden, so haben sie doch eine zentrale Gesamtleitung, das ist die Stadt Jui-Kin im südöstlichen Gebirgsland von Kiangsi, nahe der Grenze von Fukien[1]).“

Der Leiter des politischen Zentralkomitees der chinesischen Sowjets war der bekannte Kommunist Mau-She-Tung, der in der Sowjetunion und Deutschland studiert hat. Er hat die Verwaltung des Sowjetstaates in China nach Moskauer Muster organisiert. Neben ihm war der Oberbefehlshaber der Roten Armee Chu-Te, der sich ebenfalls in Moskau und Berlin zum Studium aufgehalten und den Vormarsch der Kuomintang-



292. Eine Massenversammlung in dem von Kommunisten eroberten Tschangtschai

truppen von Kanton nach Hankau mitgemacht hat. Die Stärke der Roten betrug etwa 300000 Mann.

Anfangs hatten sie nur wenig Waffen und Munition, dann haben sie durch Eroberung und durch den Übertritt von Regierungstruppen viele Gewehre, Kanonen, auch Flugzeuge erhalten. Außer der eigentlichen Armee verfügte Chu-Te noch über Bauerntruppen, Jugend- und Frauenformationen.

Am 7. November 1931, am Jahrestage der bolschewistischen Oktoberrevolution, tagte der „Erste Allchinesische Sowjetkongreß“ mit 610 Abgeordneten. Hier wurde der Entwurf einer „Verfassung der Chinesischen Sowjetrepublik“ aufgestellt, die sich zu einer „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ bekennt.

Am selben Tage wurde ein Sieg über die Nankingtruppen gefeiert, an dem sämtliche Formationen der politischen Organisation und der Roten Armee teilnahmen. Es fand auch eine Parade vor Vertretern der Sowjetregierung statt. Gleichzeitig begann eine Säuberungsaktion innerhalb der Partei, und Tausende und Abertausende Anhänger Trotzkijs und sonstige Gegner wurden auf der Stelle erschossen. Der Terror nahm unbeschreibliche Formen an.

[1]) Schüler.



Nach dem Bericht der Kuomintang in Nanking haben die Roten innerhalb der vier Jahre folgende Schäden angerichtet:

| | |
|---|---|
| Vermögensbeschlagnahme . . . | 306949900 Dollar |
| Häuser in Brand gesteckt . . . | 82228 |
| Ermordete . . . . . . . . . . . . . . . . | 128075 |
| Brotlose und Flüchtlinge . . . . | 1615100 |




293. Die Rote Armee Sowjetchinas bei einem Meeting (aus der AIZ)

Von Kiangsi, der Hochburg des Bolschewismus, stießen die Bolschewiken in die benachbarten Provinzen Fukien, Hunan und Szechuan vor. Sie versuchten, auch dort Boden zu gewinnen, wurden aber überall von Provinztruppen geschlagen.

Mehrere Jahre hat die Nankingregierung versucht, durch Einsatz starker militärischer Kräfte und durch kriegerische Operationen, die zeitweise von allen Richtungen einsetzten, den Kommunisten ein Ende zu machen. All diese Versuche scheiterten in dem unzugänglichen Gebirgsland an dem heftigsten Widerstand der Kommunisten. Doch die Regierungstruppen sind auch nicht kampfmüde geworden und versuchten die Bekämpfung der volksfeindlichen Bolschewisten mit neuen Methoden. Die „Ostasiatische Rundschau“ (Nr. 16, Hamburg 1934) berichtete:

„Chiang-Kai-Shek ist darum im vergangenen Jahr zu neuen Methoden übergegangen. In der Provinz Kiangsi wurde das gesamte von Kommunisten beherrschte Gebiet durch Anlage einer dem römischen Limes vergleichbarem Befestigungslinie abgesperrt. Zahlreiche kleinere und größere befestigte Bastionen und Wachthäuser, die miteinander durch gute Straßen verbunden sind, umgeben in der Provinz Kiangsi die Kommunistenrepublik. Starke Truppenabteilungen stehen zu jederzeitigem Einsatz bereit . . .“

Diese scharfe Absperrung bedeutete für die in den Gebirgsgegenden Süd-Kiangsis herrschenden Kommunisten einen außerordentlich scharfen Druck. Ausfälle, die in früheren



294. Hinrichtung in Sowjetchina

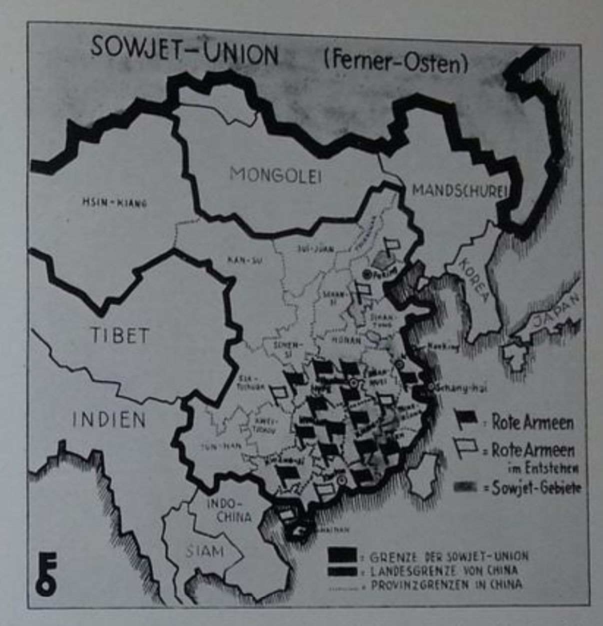


295. Hinrichtung auf offener Straße



296. Verstümmelung eines Hingerichteten






297. Die Karte veranschaulicht die Größe der chinesischen Sowjetgebiete im Jahre 1932



298. Aus dem sowjetisch-chinesischen Konflikt: Eine durch Granaten völlig zerstörte Eisenbahnlinie

Jahren häufig mit Erfolg durchgeführt werden konnten, erwiesen sich jetzt als unmöglich. Damit schwand auch die Möglichkeit, die ausgehenden Munitionsvorräte zu ergänzen und vor allen Dingen Salz und Reis für die Bevölkerung heranzuschaffen. Infolge des Mangels an Reis und Salz und anderen Lebensnotwendigkeiten versuchten die Kommunisten, in den äußeren Teil der Provinz Fukien einzufallen.

Dies war auch der letzte Angriff, den die Bolschewisten in Kiangsi unternommen hatten. Die Regierungstruppen, die unter dem Befehl des Generals Chiang-Kai-Shek standen, bereiteten einen Generalangriff vor, mit dem Ziele, die Sowjetrepublik zwischen dem südlichen Kiangsi und dem westlichen Fukien zu vernichten. Die Kommunisten wußten ganz genau, daß die Stunde ihres Schicksals geschlagen hatte, und daß sie sich in Kiangsi nicht lange halten konnten. Daher versuchten sie, so bald wie möglich nach dem äußeren Westchina – nach Szetschwan zu gelangen, um ihre Existenz zu sichern, da Szetschwan weit von Nanking entfernt und ein Angriff der nationalen Armee wegen des Mangels an Verkehrsmitteln schwieriger war. „Tan-Hai-Ting“ meldete, daß sich die Rote Armee von ihrem „Chinesischen Moskau“ – von Hui-Chiang – in Richtung nach Kwangtung, Kwangsi und Hunan in Bewegung gesetzt habe.

Zu welchem Zweck die bolschewistischen Armeen nach Westchina vordringen, hat Marschall Chiang-Kai-Shek selbst vor Vertretern der chinesischen und ausländischen Presse erklärt: „Die Roten Truppen sind bestrebt, das von der Komintern aufgestellte Ziel, einen Ausgang zum Stillen Ozean zu gewinnen, zu erreichen. Dieser ‚Rote Korridor‘ soll sich durch die Provinzen Sin-Kiang (Chinesisch-Turkestan), Kansu, Hunan und Fukien, d. h. von der chinesisch-sowjetischen Grenze bis zur Küste des Stillen Ozeans hinziehen.“

Der Kampf zwischen den Nankingtruppen und den Kommunisten verschärfte sich Tag für Tag. Die Roten mußten vor der Übermacht der nationalen Armee weichen. Sie versuchten auf dem Wege nach Südwest an der Grenze der Provinzen Kwangtung und Kwangsi entlang zu flüchten. Hier wurden sie aber von Provinztruppen angegriffen.

In einer Unterredung erklärte der chinesische Gesandte Liu-Chung-Chi:

> „Die Nationalregierung rechnet mit der endgültigen Unterdrückung der Kommunisten in den südlichen Provinzen Chinas in kürzester Zeit. Die aus Kiangsi und Fukien vertriebenen Kommunisten haben an der Grenze auf der Flucht eine vernichtende Niederlage erlitten.“

Diese Hoffnung ist nur zum Teil in Erfüllung gegangen. Im Sommer 1935 gelang den Roten Truppen nach sechsmonatlichen schweren Kämpfen der Durchbruch nach Szechuan.




299. Die illegale Rote Presse Chinas auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale






300. Der Zug der Kampfkräfte der chinesischen Roten Armee. Die Stellungen der Armee Chiang-Kai-Chek („Prawda“ vom 3. Juli 1935)



301. Eine Abteilung der chinesischen Roten Armee im Herbst 1935



302. Rote „Arbeiter- und Bauernarmee" in Sowjetchina



303. „Die Rote Frauenschutzwehr im Dorfe Dji-Me, im Sowjetgebiet in Ost-Kwantung. In allen Sowjetgebieten kämpfen die Arbeiter- und Bauernfrauen Schulter an Schulter mit ihren Männern um die Errichtung und Festigung der Sowjetmacht. Wie man sieht, sind die Frauen ganz verschieden bewaffnet, teils mit Gewehren, teils mit Lanzen" (aus der AIZ)

wo sie sich mit anderen kommunistischen Formationen zu einer Gesamtarmee von 200000 bis 250000 Mann vereinigt zu haben scheint.

Die Roten sind abgedrängt, aber nicht vernichtet. Der Kampf muß weitergehen.

Der Bolschewismus, der Todfeind der chinesischen Welt- und Lebensauffassung, muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Der Marxismus, der die Materie über Geist und Seele stellt, der den Klassenkampf predigt, entspricht nicht dem chinesischen Charakter. Dieser Feind der Erneuerung, dieses Opium der chinesischen Kultur und diese Zerstörung der Volksgemeinschaft muß, wenn Land und Volk gerettet werden sollen, auf Leben und Tod bekämpft werden.

Die Kommunisten wenden nun auch die alte Taktik der politischen Morde, des „individuellen Terrors", wieder an. Chiang-Kai-Shek entkam nur dadurch einem Mordanschlag am 1. November 1935 gelegentlich der Eröffnungssitzung der Reichstagung der Kuomintang, daß er sich zufällig im Kongreßgebäude aufhielt, während sich die übrigen Teilnehmer der Tagung photographieren ließen. Auf diese Gruppe feuerte ein Zeitungsvertreter plötzlich drei Schüsse ab und verletzte den Ministerpräsidenten Wang-Sching-Wei lebensgefährlich. So fand die für Chiang-Kai-Shek bestimmte Kugel ein anderes Opfer. Die polizeiliche Untersuchung ermittelte außer vier unmittelbar an dem Mord beteiligten Personen eine weitverzweigte Organisation, deren Ziel die Ermordung Chiang-Kai-Sheks war. Nach chinesischen Pressemeldungen hatten die Attentäter ihre Anweisungen aus Moskau erhalten.

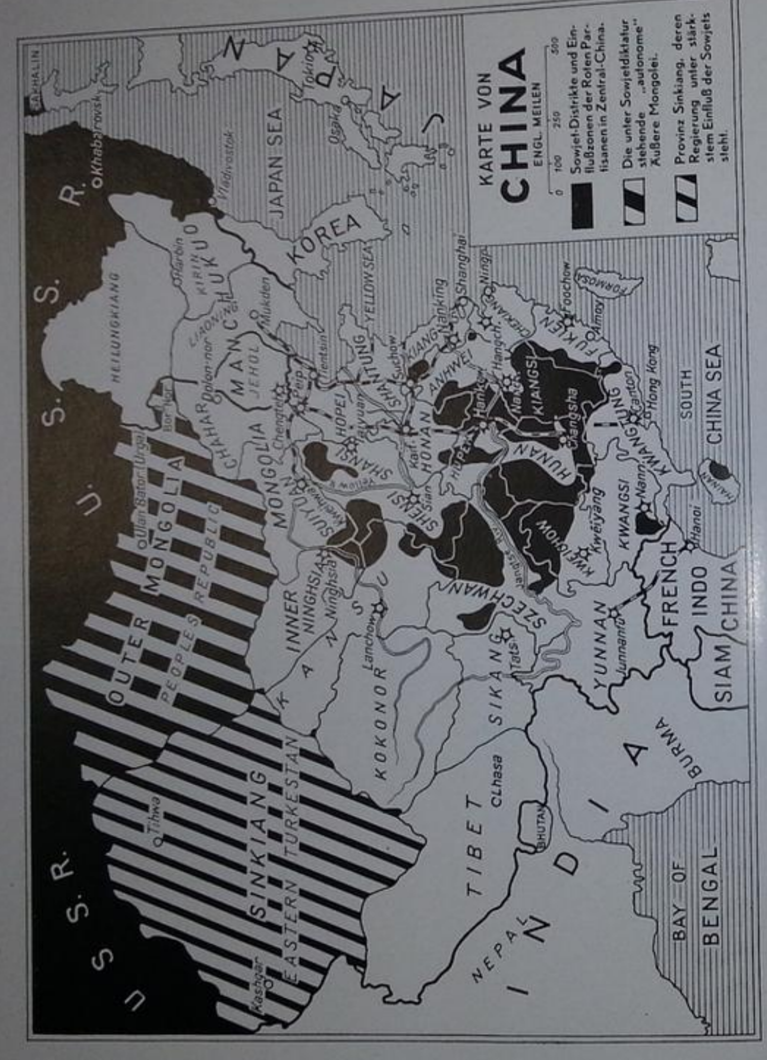
Chiang-Kai-Shek und andere Kuomintangführer haben die bolschewistische Gefahr rechtzeitig erkannt und den Kampf aufgenommen. Ihre Verdienste kann ihnen niemand absprechen. Aber sie wissen selbst, daß eine Idee – wenn sie auch falsch ist – nur mit einer besseren Idee bekämpft werden kann, da eine Weltanschauung nicht allein mit Waffengewalt zu bekämpfen ist. Man muß die Gegner überzeugen durch Tat und Leistung für das Vaterland und für das Volk!






304. Die Eroberung eines großen Teiles von China durch die Sowjets ist bereits vollzogen: ein chinesischer Dollar mit den Bildern von Marx und Lenin

305. Auf den chinesischen Ministerpräsidenten Wang-Sching-Wei wurde in Nanking ein Revolver-Attentat verübt, bei dem der Ministerpräsident schwer verletzt wurde. Laut Polizeibericht geschah die Tat auf Anweisung aus Moskau




306. Diese Karte zeigt die ungeheuren Eroberungen des „Roten Imperialismus" in den Randgebieten des Reiches der Mitte und die große Ausdehnung der kommunistischen Einflußzonen in Zentralchina. Man schätzt das vom Kommunismus absolut beherrschte Gesamtgebiet heute auf etwa 300000 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von ca. 100 Millionen Chinesen





307. Ermordete Bauern

# ESTLAND

## I

von

Chefredakteur Axel de Vries, Tallinn (Reval)

Die Kommunistische Partei in Estland ist, gleich den meisten anderen estnischen politischen Organisationen, als ein Teil der früheren russischen politischen Strömungen entstanden. Estland gehörte bis zum Jahre 1918 zum Russischen Reiche. Insbesondere innerhalb der estnischen sozialistischen Gruppen haben russische politische Vorbilder nachhaltig gewirkt. Die sozialdemokratische Partei Rußlands ist erst 1903 in die beiden Gruppen der „Mehrheitler" (Bolschewisten) und „Minderheitler" (Menschewisten) zerfallen. Bis dahin gingen diese beiden Teile des Marxismus in Rußland in ihrem politischen Kampf mehr oder weniger einheitlich zusammen.

Diese Entwicklung hat auch der Marxismus in Estland und mit ihm die Kommunistische Partei mitgemacht. Das erste aktive Hervortreten von späteren Kommunisten in Estland, wenn auch damals noch im Gesamtrahmen der revolutionären marxistischen Bewegung, läßt sich im Jahre 1905 feststellen. Im Herbst 1905, während der ersten Revolution in Rußland, wurden durch die in Tallinn (Reval) gebildeten Trupps von Fabrikarbeitern und revolutionären Intellektuellen Brandstiftungen und Plünderungen auf dem flachen Lande veranstaltet. Die Initiative zur Bildung dieser Trupps und die Durchführung ihrer Aktionen ist von radikal eingestellten politischen Agitatoren ausgegangen, die späterhin führend innerhalb der Kommunistischen Partei hervorgetreten sind, wie das z. B. für die bekannten Leiter der Partei, Hans Pögelmann und Kesküla, nachträglich erwiesen worden ist.

Die Jahre von 1906 bis zum Ausbruch der Revolution im Jahre 1917 sind vergangen, ohne daß estnische Kommunisten irgendwie aktiv hervorgetreten wären. Der Zerfall des Marxismus in Rußland im Jahre 1903 hat sich in Estland nicht ausgewirkt, vor allem wohl deshalb, weil die Bolschewisten damals zahlen- und einflußmäßig nur eine kleine Minderheit innerhalb des Gesamtmarxismus bildeten. Erst im Februar 1917 machten sich innerhalb des Marxismus Estlands dieselben scharfen Spannungen geltend, die nach der Rückkehr Lenins aus der Schweiz im April 1917 auch innerhalb der marxistischen Bewegung in Rußland zutage traten.

Die Opposition gegen die temporäre russische Regierung im Jahre 1917 fand auch in Estland ihr Zentrum in den Soldaten- und Arbeiterräten, die zur Hochburg der Kommunisten wurden. Seit der Rückkehr Lenins bis zur deutschen Okkupation im Februar 1918 hat die Kommunistische Partei ihre Richtung der Gesamtpolitik der Kommunisten Rußlands völlig angeglichen. Sie bildete damals nur die „Nordbaltische Abteilung" der gesamtbolschewistischen Partei. Der Kampf zwischen der Kerenskij-Regierung und den Arbeiter- und Soldatenräten, der mit der Machtergreifung durch die Kommunisten im November 1917 endete, wurde auch in Estland ausgetragen.

Im Sommer 1917 haben in Estland die Wahlen in den ersten Estnischen Landesrat stattgefunden, in dem die estnischen bürgerlichen Parteien und die estnische Sozialdemokratie die Mehrheit erhielten. Die Politik der Kommunisten war in diesem Zeitabschnitt darauf gerichtet, sowohl die Organe der zentralen russischen Staatsgewalt, wie auch die estnische lokale Selbstverwaltung zu bekämpfen und ihre Maßnahmen zu sabotieren. Vornehmlich in zwei Richtungen äußerte sich das Machtstreben der Kommunisten, soweit es die Auseinandersetzungen im estnischen Volk selbst betraf. Es richtete sich gegen den Gedanken der estnischen Autonomie und im besonderen gegen die Bildung estnischer nationaler Truppenteile, die nach dem Ausbruch der russischen Revolution vorgenommen wurde, und zeigte sich in der Zersetzungsarbeit innerhalb der schon bestehenden militärischen Formationen.

Nachdem die KP in Rußland die Macht in Petrograd und Moskau an sich gerissen hatte, verstärkte sich naturgemäß auch die Aktivität der Kommunisten in Estland. Am 4. November 1917 wurde in Tallinn ein revolutionäres Militärkomitee geschaffen, und fünf Tage darauf übernahmen die Kommunisten die staatliche Zentralverwaltung.

Am 15. November wurde der Estnische Landesrat auseinandergetrieben. Am 20. November übernahm Anwelt, der Führer der Kommunisten in Tallinn, auch die örtliche Selbstverwaltung. Am 2. Februar 1918 wurden die estnischen nationalen Truppen aufgelöst. Am 9. Februar wurden die eben stattgefundenen Wahlen in die Konstituierende Versammlung, die keine kommunistische Mehrheit ergeben hatten, für ungültig erklärt.

In der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie auf der einen und den Kommunisten auf der anderen Seite war es den letzteren gelungen, mit Unterstützung der im Lande befindlichen kommunistisch verseuchten russischen Truppenteile, die politische Macht an sich zu reißen. Erst der Einmarsch der deutschen Truppen im Februar 1918 machte der Herrschaft der Kommunisten ein Ende. Die meisten Führer flüchteten nach Sowjetrußland.

Als es nach dem 9. November 1918 offensichtlich wurde, daß der Abzug der deutschen Truppen aus Estland nur noch eine Frage der Zeit sei, begannen sich die Kommunisten wieder zu regen. Ihre Aussichten waren nicht schlecht. Der junge Freistaat besaß keinerlei organisiertes Militär, das dem zu erwartenden Angriff der Sowjettruppen Widerstand leisten konnte. Ebensowenig gab es eine staatliche Verwaltung im Innern des Landes, die den Kampf gegen die kommunistische Bewegung hätte aufnehmen können.

Die Weisungen, die von der geflüchteten Zentralleitung der KP Estlands aus Moskau ergingen, verlangten eindeutig, daß die im Lande verbliebenen Funktionäre die Übergangszeit ausnutzen und die politische Macht an sich reißen sollten. Noch während die deutschen



Truppen da waren, versuchten die örtlichen Kommunisten, diesen Direktiven gerecht zu werden. Es gelang ihnen, am 12. November 1918 einen Teil der Arbeiterschaft auf die Straße zu bringen, wobei geplant war, nach einem großen Demonstrationszug die wichtigsten Regierungsgebäude zu besetzen. Dieser Aufstandsversuch wurde jedoch durch das Eingreifen deutscher Truppen zunichte gemacht.

Um die Jahreswende 1919 hatten sich die Verhältnisse infolge des Aufbaus der estnischen Armee und des Verwaltungsapparates so weit gewandelt, daß Putschversuche für die Kommunisten nicht mehr Aussichten auf Erfolg zu haben schienen. Wohl war es bolschewistischen Truppen gelungen, auf ihrem Einmarsch nach Estland stellenweise etwa bis 40 km an Tallinn heranzukommen. Auch ist es später festgestellt worden, daß, wenn der bolschewistische Vormarsch noch etwa 10–15 km weiter geführt hätte, ein Aufstandsversuch in Tallinn geplant war. Das Zeichen zu diesem Aufstand sollte das Zurückgehen des Stabes der 1. Estnischen Division, die die Abwehr gegen die angreifenden Kommunisten an der Ostfront leitete, auf die Station Rasik sein. Diese Absicht war jedoch bekanntgeworden, und der Divisionsstab verblieb auf der Station Kedder, obgleich diese Station selbst nur etwa 5–6 km von der Frontlinie entfernt war.

Der Umbruch an der Front, der in den ersten Januartagen 1919 eintrat und zum fluchtartigen Rückzug der bolschewistischen Truppen führte, setzte den Putschplänen der Kommunisten in Tallinn und auf dem Lande ein Ende.

Die estnischen Kommunisten hatten während des Herbstes 1918 in Rußland eine Reihe von Truppenteilen gebildet, die im Verbande der in Estland eingedrungenen Sowjettruppen kämpften. Zugleich war durch J. Anwelt unter dem Namen „Estnische Arbeiterkommune" eine nach außen selbständige estnische Sowjetregierung gebildet worden, die die Verwaltung in den besetzten Gebieten Estlands übernahm. In dem unbesetzten Landesteil leitete der fähigste Organisator, den die estnischen Kommunisten hervorgebracht haben, W. Kingisepp, die illegale Arbeit.

Im Februar 1919 unternahmen die Kommunisten einen neuen Putschversuch, und zwar brach auf der Insel Oesel am 17. d. M. unerwartet ein bolschewistischer Aufstand aus. Der Anlaß hierzu wurde von den Kommunisten sehr geschickt gewählt. Am 16. waren an der Ostküste von Oesel eine ganze Reihe von zum Militärdienst ausgehobenen jungen Leuten versammelt, die auf das Festland übergesetzt werden sollten. Es gelang den Kommunisten, diese Rekruten zum Aufstand zu bewegen. Die am Ort befindlichen Offiziere, die den Transport leiten sollten, wurden getötet. Ebenso mehrere andere Personen, z. B. der Arensburger deutsche Konsulatssekretär Krupp mit seiner Frau und der Oeselsche Landmarschall Baron Axel Buxhoeveden mit seinem Bruder. Am 17. wurde diese Tatsache in Tallinn bekannt. Man ließ sofort eine aus Matrosen und Kavallerie ausammengesetzte Abteilung nach Oesel entsenden, der es gelang, nach einigen Scharmützeln mit den Aufständischen, diese auseinanderzutreiben und Arensburg am 20. Februar zu entsetzen. Damit war der Aufstand niedergeschlagen.

Wie sich bei der Untersuchung herausgestellt hat, lag die Führung und die Organisation des Oeselschen Aufstandes in der Hand von Kingisepp. Der Plan zielte darauf hin, durch einen Aufstand im Rücken des kämpfenden Heeres Unruhen zu schaffen, wobei zugleich durch einen Angriff von der Front her dieser günstige Augenblick benutzt werden sollte. Die Verbindung mit den in Kurland stehenden bolschewistischen Truppen sollte sofort aufgenommen werden.

Die Herrschaft der „Estnischen Arbeiterkommune" in den zeitweise von Sowjettruppen besetzten Gebieten Estlands hatte trotz der Kürze einen nachhaltigen Umschwung in der Einstellung der Bevölkerung mit sich gebracht. Im Gefolge des kurz vor dem Zusammenbruch der deutschen Truppen im Jahre 1918 von den Kommunisten proklamierten Terrors, der u. a. zur Verschickung vieler Hunderte von Esten und Deutschbalten nach Sibirien

und Petrograd führte, waren während der letzten Tage der kommunistischen Herrschaft bereits Mordtaten zu verzeichnen.

Im Herbst 1918, nach dem Einzug der Roten Truppen, nahm der Terror überaus brutale Formen an. Es fanden Massenerschießungen statt, denen Pastoren, Ärzte, Gesindewirte und sonst viele Menschen, Esten und Deutsche, zum Opfer fielen. Besonders in Tartu (Dorpat) und in Wesenberg war es zu einer wahren Schreckensherrschaft gekommen. Die Gefangenen in Tartu wurden in einem Keller hingeschlachtet. Unter den Ermordeten befanden sich ein russischer Bischof, der deutsche Pastor Hahn und eine Reihe von deutschen Gutsbesitzern. In Wesenberg kam es zu einer Massenexekution, wobei die Ermordeten in aufrechter Haltung unter dem Gesang eines Chorals den Tod erwarteten. Pastor Paucker ging mit vielen seiner Gemeindeglieder als Blutzeuge für seinen Glauben in den Tod. Diese Terrormaßnahmen



308. So regierten die Bolschewisten in Wesenberg

ließen die gesamte Bevölkerung die Vertreibung der kommunistischen Truppen als eine wahre Befreiung und Wohltat empfinden.

Im März 1919 ging der größte Teil der estnischen kommunistischen Truppen auf die Seite der Estnischen Nationalarmee über. Als dann im Frühling die Wahlen in die zweite Estnische Konstituierende Versammlung erfolgten und es den Kommunisten hierbei gelang, nur einen ganz kleinen Prozentsatz der Wählerschaft getarnt für sich zu mobilisieren (die Aufstellung einer offiziellen kommunistischen Wahlliste wurde nicht zugelassen), erklärte W. Kingisepp am 19. Juli, daß das „Opium des Nationalismus" sich als stärker als die kommunistische Bewegung erwiesen hätte. Die Kommunisten gaben daraufhin den militärischen Kampf gegen die Estnische Republik auf und versuchten Friedensverhandlungen zwischen Tallinn und Moskau zu vermitteln, in der Hoffnung, daß sich nach Beendigung des Krieges die Lage zu ihren Gunsten ändern würde. Die zugleich mit der „Estnischen Arbeiterkommune" geschaffene Kommunistische Partei Estlands (KPE) wurde als Sektion der Kommunistischen Internationale umorganisiert. Das Ziel der Kommunisten ist seitdem in der Bolschewisierung der estnischen Arbeiterorganisationen und in der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes zu sehen.



Schon ein Jahr nach dem Tartuer (Dorpater) Friedensschluß wurde durch die politische Polizei der Beginn einer verstärkten kommunistischen Propaganda- und Organisationstätigkeit festgestellt. Es mehrten sich die Hinweise darauf, daß nicht nur der kommunistische Agitationsapparat ausgebaut, sondern auch planmäßig auf einen bewaffneten Umsturz hingearbeitet wurde. Im Vorfrühling 1922 gelang es, den erfolgreichsten kommunistischen Agitator Kingisepp zu verhaften. Er wurde erschossen.

Die Tätigkeit der Bolschewisten wurde durch den Ausfall dieser Kraft eine Zeitlang stark behindert. Doch schon im Jahre 1923 machte sich die kommunistische Propaganda mit erneuter Kraft bemerkbar. Im Laufe der Jahre 1923 und 1924 erfolgten umfangreiche Ver-



309. Opfer der Bolschewisten in Dorpat. Drei von den Toten sind Geistliche

haftungen. Bald wurden untrügliche Anzeichen dafür offenbar, daß in der Stadt und im Kreise Tartu militärische kommunistische Abteilungen gebildet wurden. Die psychologisch-politische Situation bot für den sich vorbereitenden Kommunistenputsch nicht allzu schlechte Aussichten. Der Kampf der estnischen Parteien untereinander hatte Formen angenommen, die in weitesten Kreisen der Bevölkerung die Achtung vor dem Parlament und der Staatsregierung untergruben. Unzufriedenheit und Enttäuschung hatten die Bevölkerung ergriffen.

*

Der Kommunistenputsch, der in den Morgenstunden des 1. Dezember 1924 ausbrach, war sorgfältig vorbereitet worden. Auch der Zeitpunkt war nicht schlecht gewählt. Der Aufstand fand kurz nach dem großen Kommunistenprozeß (149 Verhaftete) statt, in einem Augenblick, wo die innenpolitischen Streitigkeiten der Parteien ihren Höhepunkt erreichten.

Zwischen 5 und 6 Uhr morgens, noch in völliger Dunkelheit, überfielen kommunistische bewaffnete Banden, deren Stärke zwischen 5–50 Mann schwankte, eine Reihe von Regierungsinstitutionen, Kasernen und anderen wichtigen Gebäuden. So wurden besetzt oder angegriffen: das Domschloß, als Sitz der Regierung, der Hauptbahnhof und ein Bahnhof

der Schmalspurbahn, das Post- und Telegraphengebäude, das Kriegsministerium, das Haus des Staatsältesten (Ministerpräsidenten), die Kadettenlehranstalt, die Kaserne des in Tallinn stationierten 10. Infanterieregiments, die Tankabteilung, die Reserve der berittenen Polizei, die Fliegerabteilung, die Wohnung des Innenministers Einbund, der als ausgesprochener Gegener der Kommunisten sehr verhaßt war, die Kaserne des Verbindungsbataillons und die Amtsräume verschiedener Polizeibezirke.

Die Angriffe auf die Kadettenlehranstalt, die Kasernen des 10. Regiments und die Tankabteilung wurden abgewiesen. Infolge der tapferen Haltung des Militärs konnten schon kurz nach Ausbruch des Putsches Truppenabteilungen freigemacht werden, die dann in wenigen Stunden sämtliche besetzten Gebäude wieder zurückeroberten. Getötet wurden in diesen Kämpfen und bei den vorhergehenden Überfällen 5 Offiziere, 3 Kadetten, 2 Soldaten, 4 Zivilpersonen und 5 Polizisten. Unter anderen wurde vor dem Hauptbahnhof der Verkehrsminister Kark von den Kommunisten erschossen, der auf den Bahnhof eilte, nachdem ihm mitgeteilt worden war, daß Brückensprengungen erfolgt wären. Von den Kommunisten wurden etwa 80 Mann während der Kämpfe selbst und kurz nachher verhaftet. Auch in den folgenden Tagen gelang es, einer größeren Anzahl von Aufständischen habhaft zu werden. Die meisten von ihnen wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen.

Obwohl die politische Polizei schon seit längerer Zeit Nachricht über Aufstandsabsichten der Kommunisten hatte, brach der Putsch selbst für die Sicherheitsbehörden und die Staatspolizei unerwartet aus.

Der Beschluß, einen bewaffneten Aufstand durchzuführen, war schon vor geraumer Zeit gefaßt worden. Die Kommunistenführer glaubten, daß es angesichts der gespannten innenpolitischen Lage möglich sein würde, durch einen Putsch in Tallinn die Macht zu ergreifen, und daß es dann leicht sein würde, die Arbeiterschaft zu bewaffnen und sich dadurch eine feste Stütze zu schaffen. Eine bis ins einzelne gehende Agitation unter der Arbeiterschaft war infolge der staatlichen Abwehrmaßnahmen nicht möglich. Daher mußte mit relativ geringen Kräften vorgegangen werden.

Die Bildung der einzelnen kommunistischen militärischen Abteilungen geschah auf folgende Weise: In Tallinn gab es unter den Arbeitslosen und insbesondere unter den Arbeitern der zahlreichen Sowjethandelsunternehmungen, vor allen Dingen im Hafen, eine große Anzahl von Elementen, die kommunistisch verseucht waren und angeworben werden konnten. Im ganzen hat es sich ungefähr um 5–6000 Mann gehandelt. Die Ausbildung der Führer ging nicht in Estland, sondern in der Sowjetunion vor sich. Von der estnischen Sektion der III. Internationale wurden im Laufe des Jahres 1924 in Petrograd besondere Kurse zu diesem Zweck veranstaltet. Ebenso entnahm man eine Anzahl von Führern den Zöglingen der Militärlehranstalten der Sowjetarmee, die Esten waren. Diese sowie der Führer der KPE Anwelt begaben sich (zuerst die politischen Führer und wenige Tage vor dem Putsch die militärischen Führer der Stoßtrupps) aus Rußland nach Estland. Die Kommunisten fuhren mit der Eisenbahn bis zur Station Jamburg (der letzten Sowjetstation vor Narva), wurden zu Fuß durch Vertrauensleute über die Grenze gebracht, umgingen Narva und stiegen bei der ersten oder zweiten Station nach Narva wieder in den Zug nach Tallinn.

Die Bewaffnung der Stoßtrupps war recht bunt und wenig einheitlich. Auch Waffen und Handgranaten waren zum größten Teil aus der Sowjetunion herübergeschmuggelt worden, insbesondere Maschinenpistolen, die bei einem Teil der Aufständischen gefunden wurden und die damals in Estland noch ganz unbekannt waren.

Der Tag und die Stunde des Putsches wurden erst im letzten Augenblick bekanntgegeben. Den einzelnen vorgemerkten Mitgliedern der Stoßtrupps wurde vorgeschrieben, sich am 30. November nachmittags in bestimmten Wohnungen einzufinden. Keinen der Leute ließ man dann heraus. Sie mußten dort bis zum Morgen warten. Auch die Führer der Stoßtrupps kannten die Stunde des Aufstandes nicht. Erst kurz vor seiner Durchführung wurde



ihnen die Zeit durch Kuriere bekanntgegeben. Durch diese Vorsichtsmaßregel erklärt sich u. a. der Umstand, daß die Behörden und die Polizei unvorbereitet vom Putsch überrascht wurden. Die politische Polizei sowie die Spionageabwehrabteilung des Kriegsministeriums hatten ihre Vertrauensleute unter den Kommunisten (auch unter den Mitgliedern der Stoßtrupps). Diese Leute konnten jedoch keine Meldungen geben, da sie sich nicht von den geheimen Treffpunkten entfernen durften.

Da die Kräfte der Kommunisten zu gering waren, um im ganzen Lande einen Aufstand zu inszenieren, beschränkte sich der Aufstandsplan auf Tallinn. Aus einzelnen Städten, wie z. B. aus Pernau, waren kommunistische Kräfte zum 1. Dezember nach Tallinn herübergezogen worden. Um Entsatzversuche von den außerhalb stehenden Truppenteilen zu unterbinden, wurden in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember eine Anzahl von Eisenbahnbrücken der nach Tallinn führenden Hauptschienenwege gesprengt.

Wenn der Putsch gelungen wäre, sollte eine kommunistische Regierung gebildet werden, die sofort radiotelegraphisch die Machtergreifung an alle Welt mitzuteilen hatte. Danach sollte der Widerstand der estnischen Regierung gegen den Putsch als „gegenrevolutionäre Maßnahme“ gebrandmarkt werden. Die neue kommunistische Regierung sollte unverzüglich ein militärisches Bündnis mit der Sowjetunion abschließen, kraft dessen die Besetzung Estlands durch die Rote Armee erfolgt wäre. Daß von den Kommunisten auf eine baldige militärische Unterstützung seitens der UdSSR gerechnet werden konnte, erhellt unzweideutig aus folgenden Tatsachen: 1. Starke Kräfte der Sowjetflotte kreuzten in der Nacht zum 1. Dezember auf der Höhe von Tallinn. Sie waren dazu ausersehen, in den Kampf einzugreifen, sobald die Proklamierung der estnischen Sowjetregierung erfolgt war. 2. Für die Zeit zwischen dem 5. und 12. Dezember war eine „Probemobilisierung“ der 56. Roten Territorialdivision vorgesehen, die an der estnischen Grenze lag und deren Stab sich in Pleskau befand. Es sollten vier Jahrgänge einberufen werden. Nach dem Mißlingen des Putsches in Tallinn wurde diese „Probemobilisierung“ abgesagt. Die Rolle, welche die Sowjetgesandtschaft in Tallinn während des Putsches spielte, ersieht man aus Zeugenaussagen, wonach aus dem Gebäude der Moskauer Vertretung im Laufe der Nacht Direktiven erteilt wurden und über den Verlauf des Putsches Nachrichten gesammelt wurden. Mehrere der am Putsch Beteiligten sind nach dessen Mißlingen in die Gesandtschaft der UdSSR geflüchtet.

Es war einwandfrei festgestellt worden, daß der Kommunistenputsch vom 1. Dezember 1924 in Tallinn nicht als Lokalaufstand einer estnischen politischen Gruppe anzusehen ist, sondern als Versuch der Machtergreifung durch die Kommunisten, die im engsten militärpolitischen Einvernehmen mit der Komintern und der Sowjetunion handelten.

Nach dem Putsch des 1. Dezember wurde die KPE und ihre Presse verboten, ihre Abgeordneten wurden aus dem Parlament und den Selbstverwaltungsorganen entfernt. Von dieser Zeit an ist es den Kommunisten, die noch im ersten Parlament 5 und im zweiten 10 Abgeordnetensitze von 100 besetzt hatten, nicht mehr möglich, mit legalen Mitteln ihre Propagandatätigkeit fortzusetzen.

Die Neugründung des estnischen Schutzkorps, einer militärischen Organisation nationalgesinnter Bürger, nach dem 1. Dezember 1924 hat die Aussichten eines bewaffneten Aufstandes der Roten verringert.

Die unterirdische bolschewistische Arbeit in Estland gliedert sich etwa wie folgt: 1. Nach wie vor wird versucht, radikal eingestellte Kreise der Arbeiterschaft durch Agenten, Flugblätter usw. zu beeinflussen. 2. Es besteht ein unterirdisches Netz von kommunistischen Spionagestellen in Estland. Bezeichnend ist dabei, daß im Spionagedienst ein Stamm von geschulten und gut qualifizierten Personen verwandt wird. Wie sich bei den Verhaftungen einiger Agenten erwiesen hat, haben diese eine eingehende Schulung durchgemacht.

Wenn man den Abwehrkampf des Estnischen Volkes gegen den Kommunismus verfolgt, so wird man unschwer erkennen, daß er notgedrungen von einer anfänglichen Duldung der

Kommunistischen Partei und Presse zu immer schärferem Vorgehen geführt hat, bis er zuletzt in einer völligen Ausschließung des Kommunismus aus dem legalen politischen Leben des Landes gipfelte.





310 und 311 Geiselmord in Riga. Ermordete Frauen im Hof des Zentralgefängnisses Mai 1919



312. Geiselmord in Tuckum





313. Opfer der bolschewistischen Blutherrschaft in Mitau

II

## „Der 1. Dezember 1924"

### Die Verbindungen nach Rußland[1])

Der Charakter des Staatsstreiches und die Aussagen seiner Urheber zeigen klar, daß es sich nicht um eine spontane, unwiderstehliche Volksbewegung handelte, wie man es sonst bei Revolutionen gewohnt ist, sondern vielmehr um einen Putsch, der von einer Handvoll Verschwörer vorbereitet und von in ihrem Solde stehenden Agenten durchgeführt wurde. Die bolschewistischen Zeitungen gaben zu, daß die Revolte von der estnischen Sektion der Komintern in Petersburg organisiert worden war. Die Anführer des Aufstandes kamen aus jener Stadt, von wo man auch die Mehrzahl der Waffen geschickt hatte. Anwelt behauptet im „Klassenkampf" Nr. 52, daß der Führer der Angriffsgruppen ein Sachverständiger auf dem Gebiet des Bürgerkrieges sei und daß man allein in der Roten Armee diese Kenntnisse erwerben könne. In der Tasche eines in Tondi getöteten Aufständischen fand man ein Exemplar des Werkes des Roten Generals Werhowski, „Lehrbuch der allgemeinen Taktik"; das Buch war auf der Seite aufgeschlagen, wo die Angriffstaktik behandelt wird. Der Operationsplan war von Heinrich Tummeltau vom Roten Generalstab ausgearbeitet, während der Kommandeur des Roten Regiments A. H. Lillakas nach Tallinn geschickt wurde, um seine Ausführung zu leiten. Man hatte den Kommunisten von Tallinn

[1]) Aus J. Saar, „Der 1. Dezember 1924 — Der mißlungene Staatsstreichversuch der Kommunisten in Tallinn/Estland am 1. Dezember 1924", Tallinn. 1925.

versprochen, daß sie bald von Roten Truppen „von auswärts“ verstärkt werden würden; sie brauchten nur einen Tag und eine Nacht standzuhalten. Vor dem Aufstand hatte ihnen einer ihrer Anführer gesagt: „Rußland wird bald da sein; es braucht nur die Grenze zu überschreiten; alles wird dann unterworfen, und wir werden wieder glücklich sein.“

Es fällt schwer, die genaue Anzahl der Personen festzustellen, die zur Teilnahme am Staatsstreich aus Rußland herüberkamen. Die Mehrzahl entging der Bestrafung, ebenso gewisse Führer der Verschwörung, denn den einfachen kommunistischen Kämpfern waren sie unbekannt und konnten daher von ihnen nicht verraten werden.

Man schätzt ihre Zahl auf ungefähr vierzig oder vielleicht sogar fünfzig; zehn von ihnen wurden verhaftet: A. Lillakas, Kommandeur eines Roten Regiments, Käär, Roter Offizier und Hörer an der bolschewistischen Universität, J. Lemming, Chef eines Roten Detachements von Pskov (56. Division, 167. Regiment), Eduard Ling, Schüler einer Parteischule und die Roten Soldaten Kägu, Ed. Rauk, Ed. Sander, J. Estrang, N. Odintsor, J. Mõttus.

Ihre Aussagen stimmen überein. Sie wurden auf Befehl der Partei mobilisiert, und der estnischen Sektion der Komintern zur Verfügung gestellt; der Sekretär dieser Sektion war gleichzeitig Sekretär des Fremdenbüros beim Kommissariat des Auswärtigen; es war dies der ältere Bruder zweier Aufständigen: R. Wakman; er gab den für den Handstreich bestimmten Individuen Geld und Waffen und brachte sie mit Hilfe der russischen Grenzpolizei nach Estland. Wakman hatte Käär verschiedene Quittungen unterzeichnen lassen, um ihn zum Stillschweigen über die Aufgabe der Entsandten und über die Tätigkeit der Organisatoren der Verschwörung zu zwingen. Die gleiche estnische Sektion hatte mehrere Jahre vorher den Befehl gegeben, für Estland zu optieren, und zwar an dieselben Roobach, Grünbach und Pilt, die zu der Bande gehörten, die den Flugplatz angriff. Diese Option war von der Partei grundsätzlich verboten; sie konnte nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der estnischen Sektion stattfinden.

Eine große Zahl der Aufständischen stand in Diensten der sowjetrussischen Gesandtschaft in Tallinn. Mehrere unter ihnen wurden verhaftet: darunter vor allem der Kurier Maritow (in Tondi), der Laufbursche O. Tüürmann und der Portier Kütt (im Flughafen), der Portier Hendrikson (im 10. Regiment) und die Stenotypistin Marie Rikko.

Zwei andere Portiers Uibo und Undo, die ebenfalls am Aufstand teilgenommen hatten und von ihren Kameraden denunziert wurden, konnten rechtzeitig entfliehen.

Die zahlreichste Gruppe der Beschuldigten wurde durch 33 Arbeiter des „Dobroflot“ und des „Zentrosojus“ gebildet; an ihrer Spitze standen die zwei Wächter Polikarp Purikov und Aleksei Kochuchsevitsch, Sowjetbürger und ehemalige Matrosen des Roten Torpedobootes „Avtroil“.

Die Gesamtzahl der Arbeiter in diesen beiden Organisationen überstieg nicht 200. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, unter ihnen einen viel höheren Prozentsatz von Aufständischen als sonst irgendwo zu finden; die Menschen, die im Dienste dieser russischen Unternehmungen standen, wurden nur auf die Empfehlung von mindestens zwei Kommunisten eingestellt: deswegen erhoben die Petersburger Zeitungen während des Prozesses der 149 gegen Tallinn bereits die Drohung des „Roten Hafens“.

Von allen Industrie- und Handelsunternehmungen in Tallinn feierte am Morgen des 1. Dezember als einziger der „Dobroflot“. Die Arbeiter hatten sich zwar an ihre Arbeitsplätze begeben, aber statt sich an die Arbeit zu machen, liefen sie untätig zwischen dem Kran und den Lagern hin und her, ohne Frage in Erwartung von Nachrichten aus der Stadt; die Arbeit begann nicht vor 10 Uhr.

# FINNLAND

von

Chefredakteur Vatanen, Helsinki

Finnlands geschichtliche Bestimmung, Grenzwache des ganzen europäischen Nordens gegen den Osten zu halten, hat dieser kleinen Nation durch die unmittelbare Nachbarschaft des bolschewistischen Staates eine sehr wichtige Teilaufgabe im großen Weltkampf gegen den Kommunismus gegeben. Finnlands jahrhundertelanger nationaler Kampf gegen die vordringende großrussische Macht nahm im Freiheitskriege 1918 einen besonderen Charakter an: neben der Erkämpfung der nationalen Freiheit galt es nämlich, auch einen inneren Unruhefaktor, der von den inzwischen erfolgten Umwälzungen im Zarenreiche herrührte, zu beseitigen. Ein Teil des Finnenvolkes selbst wurde durch die neue revolutionäre „Wasserscheide“ den großen nationalen Ideen entfremdet und in die Reihen des Feindes geführt. Ein blutiger Bruderkampf mit allen seinen grausamen Nebenerscheinungen war die unausbleibliche Folge.

Die Wellen dieser großen tragischen Entscheidung haben sich später niemals ganz gelegt. Zwar glätteten sie sich allmählich, und eine vollkommene soziale Ruhe schien schon in wenigen Jahren im Lande zu herrschen. Die Beruhigung war jedoch nur scheinbar, denn die unterirdischen Kräfte der kommunistischen Umwälzung setzten ihre Wühlarbeit unaufhaltsam fort. Durch zahllose Kanäle floß das Gift des Bolschewismus ins Land, immer neue Positionen für die Wiederaufnahme des blutigen Klassenkampfes wurden gewonnen, weite vaterländische Kreise beunruhigt und damit eine gewaltige nationale Gegenwelle vorbereitet. Finnlands Schicksal sollte es sein, wieder an der Spitze im Kampf gegen die marxistische Weltrevolution zu stehen und mit seinem Beispiel auch andere Länder zu beeinflussen.

Finnland ist in seiner sozialen Struktur ein Land, in dem die Gegensätze des sozialen Lebens bei weitem nicht so schroff sind wie in den großen Industrieländern. Eigentlich wäre die Lage der marxistischen Gefahr gegenüber gar nicht so besorgniserregend, wenn die über 1000 km lange östliche Grenze nicht gerade die Hauptdomäne der Weltrevolution, die UdSSR, berührte. Die industrielle Entwicklung in Finnland hat zwar große Ergebnisse erzielt und eine zahlreiche Arbeiterschaft geschaffen, aber in der wirtschaftlichen Struktur und in der beruflichen Aufteilung der Bevölkerung sind die alten Elemente des ursprünglichen Bauernlandes überwiegend.

Was den Bauernstand betrifft, so ist dessen historische Entwicklung ganz nordisch gewesen. Man hat in Finnland niemals die Leibeigenschaft im Sinne der kontinentalen oder russischen Verhältnisse gekannt, und das Bauerntum hat immer das Rückgrat des sozial freien Volkes gebildet. Zwar gab es besonders in Westfinnland unter den Pächtern ein zahlreiches ländliches Proletariat. Es war aber in seinen Lebensbedingungen mit den ärmsten Bevölkerungsklassen der anderen Länder nicht ganz zu vergleichen, weil ein großer Teil dieser Pächter doch einen größeren Besitz als die gewöhnlichen Kleinbauerngrundstücke, z. B. in Deutschland, ihr eigen nannten. Hinzu kommt noch, daß bereits im ersten Jahr der Selbständigkeit (1918) vom Finnischen Reichstag ein Agrarreformgesetz angenommen wurde, das Hunderttausenden von Pächtern eigenen Grund und Boden gab, und daß später eine fortdauernde Kolonisationsarbeit mit Aufwand großer staatlicher Mittel betrieben worden ist.

Die marxistischen Ideen sind demgemäß in Finnland erst verhältnismäßig spät eingedrungen. Die Arbeiterbewegung hatte in ihren ersten Anfängen einen alle Bevölkerungsschichten, vor allen Dingen das jüngere gebildete bürgerliche Element und die besten Kreise der Arbeiterschaft verbindenden Charakter; sie war von besten kulturellen und sozialen Interessen beseelt, besaß keine Parteifärbung und hatte sehr wenig Gemeinsames mit den marxistischen Lehren. Es wurden viele Vereine ins Leben gerufen, die ausschließlich kulturelle Ziele verfolgten. Die ersten eigentlichen „Arbeitervereine“ entstanden etwas später.

So wurde der erste Arbeiterverein in Vasa im Jahre 1883 gegründet, der nächste im folgenden Jahre in Helsinki und dann weitere in schnellem Tempo in allen wichtigeren Ortschaften. Auch diese Arbeitervereine waren zunächst nicht Agitationsherde der marxistischen Ideen, sondern nur eine Fortsetzung – in mehr praktisch-beruflichem Sinne – der früheren kulturellen Organisationen. Das bestätigt auch die Tatsache, daß mehrere der „besten Männer" des „bürgerlichen" Finnland in diesen Vereinen begeistert mitwirkten.

Als die Anhänger des internationalen Sozialismus auch in diesen unparteiischen Organisationen immer mehr Einfluß gewannen, die leitenden Positionen an sich zu reißen trachteten, und die kulturelle Tätigkeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, war die Spaltung nicht mehr zu vermeiden. Die Sozialisten organisierten schon große Streikbewegungen, und das erste sozialistische Presseorgan, „Suomen Työmies", begann mit einer intensiven Aufwiegelungsarbeit. Die Folge davon war, daß ein großer Teil der früheren bürgerlich gesinnten Leiter der Bewegung eigene Wege ging und die neuen Vereine den Marxisten überließ.

Dieser erste Stellungskampf um die leitenden Positionen innerhalb der finnischen Arbeiterschaft wurde in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts entschieden. Im Leben Finnlands war eine neue Kraft aufgetaucht, die bald sogar eine bestimmende Rolle in den Geschicken des Landes erhalten sollte. Vorläufig war die sozialistische Bewegung aber noch ziemlich zersplittert und unorganisiert. In den wichtigeren Industriezentren bot wohl die zahlreiche Arbeiterschaft einen günstigen Boden für die Verbreitung des Marxismus, und auch auf dem Lande bei dem weniger bemittelten Bauerntum drangen die marxistischen Lehren immer wieder vor. Aber es mangelte noch an fester Organisation in der sozialistischen Bewegung.

Dieser Mangel wurde beseitigt durch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, zuerst unter dem Namen „Arbeiterpartei Finnlands" (1899). Diese Partei hatte zunächst keinen besonders revolutionären Charakter, sondern wirkte im Geiste eines reformistischen Programms für verschiedene Neuerungen im sozialen und staatlichen Leben. Daneben wurden die ersten, das ganze Land umfassenden Gewerkschaften gegründet und schließlich die umfassendste Gewerkschaftsorganisation Finnlands (1907), in der die Sozialdemokraten von Anfang an einen entscheidenden Einfluß gewannen, und die damit zu einem bedeutenden Machtmittel in den Händen der neuen Partei wurde. Offiziell hob man die Parteilosigkeit der Gewerkschaften immer hervor. In Wirklichkeit aber bildeten diese Organisationen nur Zweige der gesamten marxistischen Bewegung.

Die Zeit vor dem Kriege war keineswegs geeignet, besonders radikale Richtungen innerhalb des Marxismus zu fördern. Die russische Herrschaft unterdrückte das Land mit den Mitteln des zaristischen Gendarmeriestaates. Die Losung „Finis Finnlandiae" herrschte im russischen Parlament („Duma") nach der ersten Revolution (1905–1906), die dem unterdrückten Lande nur eine Atempause von einigen Jahren brachte. Alle finnischen Parteien kämpften deshalb natürlich gegen den gemeinsamen Gegner, und so war für radikale Sonderströmungen die Zeit nicht gerade besonders günstig.

Während der Revolution konnte man einige grundlegende Reformen durchführen, wie z. B. die große Reform, die an Stelle des früheren Vierständeparlaments ein neues Einkammersystem setzte. Dieses System, das auch eine völlige Erneuerung der Wahlgesetzgebung mit sich brachte, bedeutete einen ungeahnten Machtgewinn für die marxistischen Kreise. Bald wuchs die Sozialdemokratische Partei den alten bürgerlichen Gruppen über den Kopf und konnte einmal, im Jahre 1916, sogar die absolute Mehrheit im Parlament erobern (103 gegen 97 der Bürgerlichen).

Finnlands Teilnahme an der Erhebung gegen den Zarismus in den Jahren 1905–1906 in Form eines Generalstreiks bedeutete allerdings nur Kampf gegen die russische Herrschaft. Denn es gab schon genug Zeichen einer tiefgehenden Spaltung im Volke selbst. Die



Sozialdemokraten hatten sich schon vor der ersten Revolution viele der Doktrinen der russischen revolutionären Sozialisten angeeignet und kämpften nicht nur gegen die Unterdrückung, sondern auch – und das war für den linken Flügel der Partei schon die Hauptsache – für einen sozialen Umsturz gegen das finnische Bürgertum. In Helsinki wurde die erste „Rote Garde" gegründet (1905), und bevor diese Organisation auf Befehl der Regierung im Sommer 1906 aufgelöst wurde, gab es einen blutigen Zusammenstoß mit den bürgerlichen Schützenkorpsmännern. Mit Besorgnis wurde diese Entwicklung im Lande beobachtet, und mit Recht sah man darin das düstere Vorzeichen einer schweren Zukunft. Es wurde klar, daß neben dem nationalen Feind möglicherweise bald auch ein innerer Gegner zu bekämpfen sein würde.

Der Weltkrieg brachte nur eine Verschärfung des nationalen Kampfes und der sozialen Gegensätze. Der russische Druck auf Finnland wurde immer stärker und die Lage immer hoffnungsloser. Die Verbannung der besten Söhne des Landes nach Sibirien, Einkerkerung und Haussuchungen waren an der Tagesordnung, und bald verkündete die Hinrichtung eines finnischen Arbeiters wegen der Verletzung der Kriegszustandsdekrete, was die Finnen zu erwarten hätten. Aus Furcht vor einer deutschen Landung an den finnischen Küsten vermehrten die Russen ihre Truppen im Lande gewaltig, so daß vor der Revolution über 100000 Russen im Lande als „Schutz" stationiert waren. Die finnischen aktivistischen Kreise bereiteten ihrerseits die endgültige Befreiung des Landes mit Unterstützung Deutschlands oder Schwedens vor. Tausende junger Finnen gingen als „Jäger" nach Deutschland, um die notwendige Waffenübung für den Endkampf zu bekommen. Auch die Sozialisten nahmen an dieser Bewegung einigermaßen teil, obgleich die Wege schon sehr auseinanderzugehen begannen. Die Anwesenheit so zahlreicher Russen und die großen Befestigungsarbeiten, bei denen viele Tausende von Arbeitern beschäftigt waren, riefen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und auch der übrigen Bevölkerung Erbitterung hervor.

Auf diesem Boden wuchs die Blutsaat der Revolutionszeit und der Freiheitskriege.

Nach der Märzrevolution 1917 machte die Radikalisierung der finnischen Sozialdemokratie rasche Fortschritte. Der Sturz des zaristischen Regimes gab dem Volke ganz neue Hoffnungen auf die Erlangung der Selbständigkeit, und die großen deutschen Siege an der Ostfront befestigten den Eindruck, daß die Erfüllung der nationalen Ziele in naher Zukunft möglich sein würde. Dem Optimismus der ersten Frühlingsmonate folgte jedoch bald ein tiefer Pessimismus infolge der unruhigen Entwicklung der nächsten Zeit. Die Zersetzung der russischen Truppen ging schnell vor sich und nahm scheußliche Formen in zahlreichen Offiziersmorden und in der Auflösung jeder Disziplin an. Was aber am schlimmsten war, war die Erkenntnis, daß die finnische Sozialdemokratie vielleicht gar nicht mehr in die nationale Einheitsfront einzugliedern sein würde. Die zahlreichen Streikunruhen bildeten ernste Hindernisse für den ungestörten Verlauf des Erwerbslebens, und die großen Massen der Arbeiterschaft wurden von der revolutionären Propaganda immer mehr erfaßt.

Die sozialdemokratische Parteiführung knüpfte alle ihre Hoffnungen an den endgültigen Sieg der Bolschewisten und unterhielt enge Beziehungen zu Lenins Anhängerschaft. Als dann im Herbst 1917 das nationale Finnland klar für die Unabhängigkeit eintrat und sich mit der Bildung des neuen Schützenkorps auf die schlimmsten Möglichkeiten vorbereitete, kam es zu einem vollständigen Bruch. Die sozialdemokratische Mehrheit im Reichstag hatte bei Behandlung des Gesetzes über die Übertragung der höchsten Staatsgewalten auf das Parlament bewiesen, daß sie nicht mehr die vollständige Trennung Finnlands von dem sich immer mehr zersetzenden Staatskörper des revolutionären Rußland wollte, sondern mit einer weitgehenden Autonomie zufrieden sein würde. Dann folgte die gewaltsame Auflösung des finnischen Reichstages seitens der Kerenskij-Regierung und die neuen Wahlen, die die marxistische Mehrheit im Reichstage zurückdrängte. Mit 92 Sitzen gegenüber 108 der Nationalen hatten die Marxisten keine Aussicht mehr, auf gesetzlichem Wege ihr Ziel zu erreichen. Der Weg des blutigen Bürgerkrieges wurde im Herbst 1917 beschritten.

Die Lügenhetze der Marxisten gegen die finnische Regierung und besonders gegen die Schützenkorps bereitete den Boden für den marxistischen Umsturz vor. Als Werkzeug der Revolution wurde die Rote Garde geschaffen, und Lenin selbst gab in Briefen sowie durch besondere Abgesandte Befehle für die Revolte. Als „Mobilisierungsprobe" wurde im November 1917 ein Generalstreik angeordnet. Er zeitigte bereits furchtbare Ergebnisse. 34 Menschen sind von den Rotgardisten binnen einer Woche ermordet worden, zum Teil nach schrecklichen Martern. Die Mord- und Streikwoche gab dem Finnischen Volke eine Kostprobe von den Methoden der marxistischen Umsturzbewegung. Die nächsten Monate bis zum Beginn des Freiheitskrieges waren voller unerhörter Spannung und steigender Unruhe. Zunächst fiel die wichtigste Entscheidung. Die Unabhängigkeitserklärung der Svinhufvud-Regierung wurde vom Reichstag am 6. Dezember 1917 angenommen. Die Sowjetregierung mußte bald die Anerkennung aussprechen, es folgten Deutschland, Frankreich und mehrere andere Mächte.

Die marxistische Umsturzgefahr drohte jedoch immer mehr. Die Reihen der Roten Garde verdichteten sich. Die steigende Unterstützung, die die Bolschewisten ihren Verbündeten in Form von Waffen und Freiwilligen gewährten, zeigte deutlich, wie wenig die Sowjetregierung gesonnen war, Finnlands Unantastbarkeit und Freiheit zu respektieren. Die Zurückziehung der zahlreichen Sowjettruppen aus dem Lande wurde immer wieder hinausgeschoben. Nach Lenins Erklärung hatten die Sowjets ihre Anerkennung in der Hoffnung zugestanden, „daß das siegreiche Sowjetfinnland seine Geschicke doch bald wieder mit Sowjetrußland vereinigen würde." Es waren sogar „Sowjetgarden" gegründet worden. Diese neuen Kerntruppen kümmerten sich nicht um die offizielle Haltung der Sowjetregierung.

Das nationale Finnland knüpfte seine Hoffnungen zunächst an Deutschland. In Zusammenarbeit mit deutschen Truppen wurde der Freiheitskrieg, ein über dreimonatiger, äußerst blutiger Kampf gegen die Bolschewisten und die mehr als 100000 Mann zählende Rote Garde, gewonnen.

Als Finnlands „Weißer General", der jetzige Feldmarschall Mannerheim, am 16. Mai 1918 an der Spitze der siegreichen Volksarmee in die Hauptstadt einmarschierte, hatten sich die letzten Wellen des Kampfes schon gelegt. Der Sieg war teuer erkauft worden: mit Tausenden von Opfern und riesigem materiellem Schaden, mit bestem Blut und großen Leiden des Volkes.

Der Rote Terror, unzählige Morde, schwere Lebensmittelnot, Zwangsrekrutierung der Roten Garden, Einkerkerungen und Haussuchungen wirkten zusammen, um die Lage



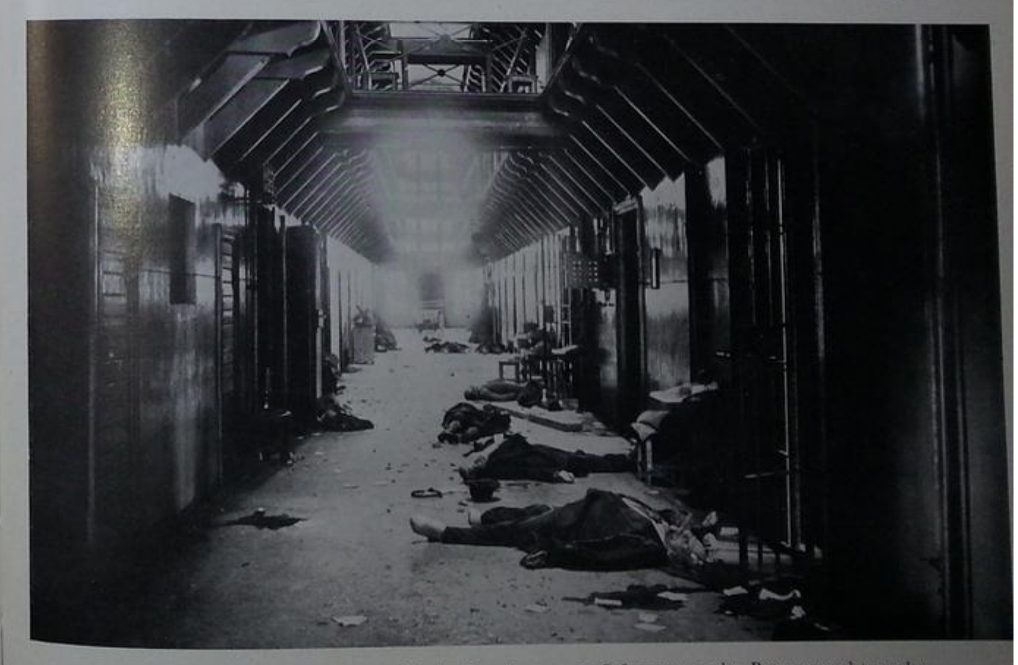


314 und 315. Ein von den Roten gemordeter Junge, dem man vorher die Hände festband





316. Kurz vor ihrer Flucht nach Sowjetrußland warfen die Bolschewisten Handgranaten in die Zellen der Gefangenen



317. Der Korridor des Wiborger Landschaftsgefängnisses, wo 30 Gefangene von den Roten ermordet wurden

unerträglich zu machen. Die Mordlust der fanatisierten Garden steigerte sich in der letzten Phase des Kampfes zu einem wahren Blutrausch, der in schrecklichsten Metzeleien Befriedigung suchte. In manchen Gegenden hatten die lokalen Roten Garden Proskriptionslisten zusammengestellt, die Hunderte von Namen der besten nationalen Elemente enthielten. Besonders die gefangenen Bürger waren der Roten Mordgier schonungslos ausgeliefert. Etwa zweieinhalbtausend Zivilisten kamen ums Leben, und wäre der Sieg nicht so rasch und entscheidend gewesen, so hätte die Zahl der Opfer noch viel mehr betragen.

Als die siegreichen Weißen Truppen Südfinnland befreiten, wurden vielerorts unheimliche Tragödien enthüllt. Besonders das Totenfeld von Kuovola, wo die Roten viele Hunderte furchtbar verstümmelter Leichen begraben hatten, blieb die Trauerstätte einer ganzen Landschaft. Dorthin waren viele Gefangene von weit und breit herangeschleppt und den bolschewistischen Henkern überantwortet worden. Geistliche, Kaufleute, Bauern, Arbeiter und Intellektuelle teilten dasselbe Schicksal.

Die Verlustliste des Freiheitskrieges umfaßte etwa 6000 Gefallene oder Ermordete. Viele Gegenden waren verwüstet. Die Rote Gegenregierung hatte sogar eine allgemeine Ausraubung Finnlands vorbereitet, um alle materiellen Werte nach der ersten großen Niederlage nach Sowjetrußland schleppen zu lassen.

Die Schlußbilanz des Freiheitskrieges war schmerzhaft aber ehrenvoll. Noch während des Krieges hatte Lenin von der „Wiedereroberung Finnlands" gesprochen und ein anderes Mitglied der Sowjetregierung auf einem Kongreß erklärt, die Revolution in Finnland habe dem bolschewistischen Gedanken „ein Fenster nach dem Westen" geöffnet. Das Los des ganzen Nordens Europas stand auf dem Spiel.

Dem finnischen Marxismus war ein vernichtender Schlag versetzt. Als politische Macht lag er vorläufig völlig darnieder. Die finnische Sozialdemokratie hatte sich mit dem Bolschewismus verbündet und gegen den nationalen Gedanken losgeschlagen. Es war ein Verbrechen, für das jetzt streng gebüßt werden mußte.

*

Bald sollte sich jedoch erweisen, daß der Sieg der nationalen Kräfte über den Marxismus die Ruhe im Lande keineswegs endgültig hergestellt hatte. Auf den Trümmern der früheren mächtigen Sozialdemokratischen Partei baute die neue sozialdemokratische Bewegung ihre Organisation wieder auf, wenn auch der offizielle Marxismus gemäßigter wurde und sich von den revolutionären Ideen der nach der RSFSR geflüchteten Parteileitung lossagte. Die Sozialdemokratische Partei war nicht verboten worden, und die gemäßigten Elemente konnten wieder die Oberhand gewinnen. Die allgemeine demokratische Entwicklung der folgenden Jahre gab der Bewegung reichlich Gelegenheit, neue Kräfte zu sammeln und in Ruhe zu organisieren.

Die Bundesgenossenschaft mit dem Bolschewismus wurde der Sozialdemokratie in Finnland jedoch in anderer Weise verhängnisvoll. Der militante Kommunismus übte auf die unversöhnlichen Kreise der Roten Arbeiterschaft eine viel stärkere Anziehungskraft aus, als der Reformismus der offiziellen Sozialdemokratie. So sah man, bald nach der Organisierung der geheimen Kommunistischen Partei, in Finnland einen heftigen und zähen Kampf um die Führung der aufgehetzten Massen einsetzen. Obwohl der gemäßigte Flügel der Sozialdemokraten die beherrschende Position in der Partei selbst behaupten konnte, erkämpften die Kommunisten durch ihre raffinierte Taktik manche Vorteile, eroberten die Gewerkschaften und zwangen jedenfalls die sozialdemokratische Parteileitung, in ihrer Taktik radikalere Wege einzuschlagen, als es vielleicht ohne den kommunistischen Vorstoß der Fall gewesen wäre.

Diese neue Partei war rein kommunistisch und auch an der Begründung der Moskauer Kommunistischen Internationale beteiligt, deren Mitglied sie sogleich wurde. Sie umfaßte



die unversöhnlichsten Elemente und nahm von Anfang an eine kategorische Kampfhaltung ein. Die Vorbereitung eines neuen bewaffneten Aufstandes in Finnland war das Ziel ihrer gesamten Tätigkeit. Alle Doktrinen des ersten Kominternkongresses wurden vorbehaltslos angenommen.

Bald begann auch die Organisation der geheimen aufwieglerischen Arbeit in Finnland selbst. Neue kommunistische Zellen entstanden hie und da, und eine feste Organisation wurde geschaffen. Aus Moskau und Stockholm kam die Propagandaliteratur. Besonderes Gewicht legte man auf die Bearbeitung des finnischen Militärs mit Flugblättern usw. Das Rote Druckmaterial aus jenen Tagen ist sehr aufschlußreich für das Studium der kommunistischen Methoden. Man gab den „Glaubensgenossen" bis ins einzelne gehende Anweisungen über alles, was im Zusammenhange mit einer Aufstandsbewegung in Frage kommen konnte: über die Vernichtung der Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenverbindung, die Organisation militärischer Spionage usw. Aus der RSFSR schmuggelte man Waffen, Sprengstoffe und Geld ein, und die dort geschulten Organisatoren begannen ihre unterirdische Arbeit.

Die geheimen kommunistischen Zellen bildeten in Finnland bald ein weites Netz, größere Erfolge aber waren vorläufig nicht zu verzeichnen. So wurde der Glaube an einen nahe bevorstehenden Ausbruch der Revolution auch bei den eifrigsten Vorkämpfern der III. Internationale erschüttert, deren Leitung bald ihre Taktik ändern mußte. Nach dem II. Kongreß der Komintern schrieb Karl Radek an die deutschen Kommunisten: „Die Taktik der Kommunistischen Partei muß von der Voraussetzung ausgehen, daß, wenn die kapitalistische Welt auch der proletarischen Revolution sicher nicht entgehen kann, diese Revolution sich doch nur langsam entwickeln wird." Diese Grundsätze wurden auch den finnischen Heißspornen eingepaukt. Direkte Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes hatte von nun an nur eine sekundäre Bedeutung. An erste Stelle setzte man die Eroberung und ideologische Vorbereitung der Massen. Besondere Aufmerksamkeit widmete man dem Kampf in den Arbeiterorganisationen und im Parlament.

Die erste Folge dieser Veränderung der bolschewistischen Umsturztaktik war der verschärfte Kampf gegen die Sozialdemokraten. Die Grundform der kommunistischen Bewegung, die geheime illegale Partei, mußte sich nun auch legale Formen schaffen, die getarnten öffentlichen kommunistischen Organisationen, die selbst im Parlament vertreten waren und auch dieses zum Felde ihrer Propaganda machten.

Die bolschewistische Seuche konnte so schon mehrere Jahre nach ihrer Unterdrückung in Finnland neu in Erscheinung treten und das gesellschaftliche Leben immer tiefer durchdringen. Es ist eigentlich unbegreiflich, wie dies alles überhaupt geduldet wurde, wenn man die furchtbaren Erlebnisse des Freiheitskrieges berücksichtigte. Jedoch ist zu bedenken, daß die demokratische Welle im Staatsleben damals vielleicht ihren Höhepunkt erreicht hatte und die einzige Macht, die mit einem gewissen Erfolge gegen den Kommunismus kämpfte, nur die Staatspolizei war. Ihre Mittel waren leider nur zu bescheiden, um der Umsturzbewegung entscheidende Schläge versetzen zu können. Geheime Zellenbildungen, Spionagegruppen usw. wurden ab und zu entdeckt, dies bedeutete aber wenig im Vergleich mit den Erfolgen, die die Kommunisten öffentlich ganz in Ruhe erzielen konnten.

Die Kernorganisation dieser ganzen illegal oder legal arbeitenden Bewegung war immer die geheime Kommunistische Partei Finnlands, deren Zentrale und oberste Leitung von der UdSSR her alles kontrollierte. Das direkt der Moskauer Internationale untergeordnete Zentralkomitee befand sich in der ersten Zeit in Leningrad, wurde aber bald nach Moskau verlegt. Dem ZK unmittelbar war dann das in Finnland arbeitende sogenannte „Suomibüro", das oberste geheime Organ in Finnland selbst, unterstellt.

Die illegalen Parteiorganisationen im Lande waren dann in drei Sektionen eingeteilt: die eigentliche Partei, die Jugendsektion und die Militärsektion. Von den dreien war die Partei die wichtigste und das eigentliche Instrument der Massenbeeinflussung.

Den empfindlichsten Schaden hat die Militärzersetzungsorganisation dem nationalen Finnland zugefügt. Die Rekruten wurden durch die Partei und das Suomibüro der militärischen Sektion zur Verfügung gestellt, und da diese Leute schon vor dem Eintritt in den Waffendienst sorgfältig für die neue Aufgabe geschult wurden, war es sehr schwer, ihre unterirdische Wühlarbeit wirksam zu bekämpfen. Es gab in den meisten Truppenteilen geheime kommunistische Zellen. Einmal wurden sogar 15 Zellen mit einem Schlage nur in einem Regiment entdeckt.

Der Umfang dieser landesverräterischen Tätigkeit wurde bei der Aushebung ihres Hauptquartiers mit seinen Geheimarchiven in einer Vorstadt von Helsinki im Jahre 1927 enthüllt. Die Spionageorganisation war in ihren Einzelheiten „musterhaft". Ein Generalorganisator, direkt dem Suomibüro unterstellt, leitete die ganze Tätigkeit. Er hatte diktatorische Vollmachten, ein zahlreiches Personal stand ihm zur Verfügung. Bei allen Regimentern und Bataillonen waren geheime Organisatoren für Propaganda, Zellenbildung und Spionage eingesetzt. In größeren Garnisonen arbeiteten „Militärkomitees" unter der Leitung des lokalen Organisators. Auf den Kompaniezellen baute sich die Organisation auf. Im Juli 1927 hatten die Kommunisten in der Finnischen Armee 91 besoldete Spitzel. Die Ausgaben der Militärsektion beliefen sich auf 300000 Fmk (damals etwa 32000 RM) im Jahre – Gelder, die aus der Sowjetunion kamen, während die einheimischen Mittel der Partei hierbei nicht mitgezählt waren.

Prozesse gegen Kommunisten wegen militärischer Spionage sind in Finnland, wie in vielen anderen Ländern, eine ungemein häufige Erscheinung. Unzweifelhaft fördernd wirkte auf die Spionage der Umstand, daß die finnische Gesetzgebung nur sehr milde Strafen, einige Jahre Gefängnis oder Zuchthaus, für diese Landesverräter vorsah. Die letzten großen Spionagefälle von internationalem Charakter haben jedoch die finnische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit überzeugt, mit größerer Härte gegen diese verbrecherische Tätigkeit vorzugehen.

In ihrem illegalen Kampf gegen die Nation und den nationalen Staat scheuen die Kommunisten kein Mittel. Im Herbst 1933 flüchtete ein finnischer Reserveleutnant über die Grenze nach der UdSSR. Die Untersuchung dieses zuerst völlig rätselhaften Falles lieferte der Staatspolizei bald Beweise, daß dieser Offizier namens Pentikäinen, der beim finnischen Generalstab als Photograph gearbeitet hatte, schon lange Spionage trieb. Die Spuren führten weiter, und nach einigen Wochen wurde die gefährlichste Spionageorganisation entdeckt, die überhaupt in Finnland jemals existiert hat. Ihre Leiter waren Ausländer, die auch mit den in Paris aufgedeckten internationalen Spionageorganen in Verbindung standen. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß man es mit dem bolschewistischen Nachrichtendienst zu tun hatte. Im ganzen wurden etwa 35 Personen verhaftet, davon kamen 24 ins Gefängnis.

Ein anderer Spionagefall, der sich zur selben Zeit abspielte, erwies sich als noch abscheulicher. Nach der Verhaftung einiger Spitzel in Vaasa wurde eine größere Organisation aufgedeckt, die als Waffe gegen die Leiter der technischen Vorbereitung der Finnischen Wehrmacht Gift angewandt hatte. Ein Todesfall wurde bereits einwandfrei als Giftmord erwiesen. Eine Kommunistin, Jenny Anttila, diente als Hausgehilfin bei dem leitenden Direktor der großen Patronenfabrik in Lapua. Sie verschaffte den kommunistischen Spionageleitern Zugang zum Fabrikbüro, von wo mehrere äußerst wichtige Geheimdokumente gestohlen wurden. Um den Diebstahl geheimzuhalten, gab die Anttila dem Direktor, Oberstleutnant Asplund, starkes arsenikhaltiges Gift.

Von ganz besonderer Bedeutung für diese Militärspionage und Propaganda war die Rote Offiziersschule in Leningrad. Dort wurden finnische bolschewistische Flüchtlinge militärisch ausgebildet. Sie arbeiteten später als Organisatoren in Finnland. In den Jahren 1924–1928 wurden 67 solcher Roter Offiziere in Finnland verhaftet und verurteilt. Obgleich diese Schule im Jahre 1926 wegen der Proteste der finnischen Regierung geschlossen werden mußte, hat man ihre Aufgabe anderen Stellen übertragen, so daß die Schulung der



kommunistischen Umsturzleiter auch jetzt fortgeführt wird. Daneben hatte auch die GPU ihr eigenes Netz in Finnland organisiert.

Im Jahre 1929 wurde das Auftreten der Kommunisten immer herausfordernder. Die öffentliche Meinung im Lande, besonders in der nationalgesinnten Landschaft Osterbotten, war von der kommunistischen Wühlarbeit bis aufs äußerste gereizt. Ein vulkanartiger Ausbruch stand unmittelbar bevor. Als dann eine kommunistische Jugenddemonstration nach Sowjetmuster in roten Hemden und Kokarden im Lapua – dem Zentrum der späteren Volksbewegung – ein Propagandafest zu veranstalten versuchte, kam es zu Tätlichkeiten. Mit diesem Kampf nahm eine gewaltige Volksbewegung ihren Anfang.

Finnland erlebte dramatische Tage im Sommer 1930. Die Stimmung im Lande war unerhört gespannt und nationalbegeistert. Die Lapuabewegung feierte ihre Triumphe. Über 10000 Bauern aus allen Teilen des Landes marschierten auf den Straßen von Helsinki. Das Volk war fest entschlossen, dem bolschewistischen Unfug endlich den Todesstoß zu versetzen. Der Reichstag wurde aufgelöst und eine Koalitionsregierung aller nationalen Parteien ergriff das Ruder. Die Wahlen gaben den nationalen Parteien die erforderliche Zweidrittelmehrheit, um die verfassungsändernde neue Gesetzgebung gegen den Kommunismus durchzusetzen.

So wurde die bolschewistische Bewegung in Finnland von der Bildfläche verbannt, alle kommunistischen und kommunistisch-gewerkschaftlichen Organisationen aufgelöst und jede Teilnahme von Kommunisten am politischen oder kommunalen Leben des Landes, auch in getarnter Form, gesetzlich verboten. Den Umfang der Aktion zeigt am besten die Tatsache, daß etwa anderthalbtausend verschiedene Organisationen zur Auflösung verurteilt wurden.

Die Reinigung wirkte mit elementarer Kraft. Viele Kommunisten wurden über die östliche Grenze nach ihrer „wahren Heimat" befördert. Es kam auch zu einigen Zusammenstößen, aber im ganzen lief alles ziemlich ruhig ab.

Finnland hatte sich seiner geschichtlichen Bestimmung treu erwiesen und seine Aufgabe im Weltkampf gegen die bolschewistische Gefahr erfüllt. Die kommunistische Bewegung, die in ihren Gewerkschaften bereits über 90000 Mitglieder zählte und bei Wahlen über 10 % des Volkes mitgerissen hatte, wurden beseitigt, und die Reste, die sich unterirdisch wieder zu organisieren versuchten, werden stets energisch niedergekämpft.

Die finnische Volksbewegung geht weiter. Nach dem Kommunismus scheint bald auch das Schicksal der Sozialdemokratie heranzunahen, die die kommunistischen Flüchtlinge unter ihre Fittiche genommen hat. Der Kampf gegen den Marxismus ist eine Lösung der gegenwärtigen Epoche des nationalen Gedankens. Es ist das Gebot des Selbsterhaltungstriebes eines gesunden Volkes.



318. Der finnische Kommunist O. W. Kuusinen, der seine Partei beim VII. Weltkongeß der Komintern in Moskau vertrat



319. Das Bankett anläßlich der Unterzeichnung des iranisch-sowjetischen Friedens- und Wirtschaftspaktes

# IRAN

von

Mohamed Kurshid Alam, Teheran

Ein Sprichwort sagt: „Die Geschichte ist der Spiegel der Vergangenheit und ein Handbuch für die Gegenwart.“ Wenn man dieses Sprichwort auf die Geschichte Irans anwendet, so ist sein Sinn voll und ganz gerechtfertigt.

Betrachtet man die geschichtlichen Ereignisse aus der Zeit vor dem Weltkriege, so sieht man, daß Iran als selbständiger Staat eigentlich gar nicht mehr existierte, sondern in zwei Teile gespalten war. Der nördliche Teil wurde von Rußland ausgebeutet, der südliche von Großbritannien in die Zange genommen. Die geographische Lage des Landes ist so unkompliziert, daß es ohne große Anstrengung, wenigstens von Rußland aus, erobert werden konnte. Seine füllhornähnliche Gestalt stellt ein Verbindungsglied zwischen Vorder- und Zentralasien, zwischen dem Persischen und dem Kaspischen Meer dar, ein Gebiet, das im Norden in beträchtlicher Breite von der Sowjetunion begrenzt wird, im Osten von dem mohammedanischen Afghanistan, Belutschistan und Indien, im Nordwesten vom Irak und der Türkei, während es im Süden durch den Persischen Meerbusen von Arabien getrennt wird.

Im Jahre 1907 schlossen die beiden sogenannten Schutzmächte, England und Rußland, einen Vertrag, durch den die Teilung Irans erfolgte, ohne daß man es überhaupt nach seiner Meinung gefragt oder davon in Kenntnis gesetzt hätte. Bei dem Vorhaben, Iran zu schwächen, bedienten sich die beiden Mächte des wirksamen Mittels, die Finanzen des Landes zu



ruinieren. Iran stand schließlich vor der Notwendigkeit, größere Anleihen aufzunehmen. Rußland und Großbritannien verlangten dafür weitgehende Konzessionen auf wirtschaftlichem, politischem und strategischem Gebiet. Iran war bald nicht mehr Herr im eigenen Lande. Alle Einnahmen, die sich aus den reichen Ölquellen, Bergwerken und Zöllen ergaben, flossen den russischen und englischen Staatsbanken zu.

Bei Ausbruch des Weltkrieges befand sich Iran in den Händen der beiden Großmächte wie eine Schachfigur, die man nach Belieben da- oder dorthin schieben konnte. Das Volk Irans aber, und ganz besonders der Bauer, war von einem glühenden Haß gegen seine Ausbeuter beseelt. Das nationale Gefühl wurde noch verstärkt duch die Ausrufung des „Heiligen Krieges“ gegen Rußland und Großbritannien durch den Mufti-Oberpriester der Schia in Mesopotamien.

Iran hätte diese Situation zum Vorteil für sich ausnutzen und dabei mindestens Rußland abschütteln können, aber es erklärte ausdrücklich seine Neutralität. Rußland verletzte jedoch diese Neutralität immer aufs neue. Schließlich kam es sogar dahin, daß im November 1915 russische Truppen Teheran besetzten. Die heißersehnte Freiheit hat also Iran durch den Weltkrieg nicht gewonnen. Der iranische Boden wurde nunmehr Kriegsschauplatz für bolschewistische Revolutionäre und englische Truppen. Während dieser Kämpfe wandte sich die Mentalität des Volkes Irans zugunsten der Sowjetunion. Es entstand die Meinung, daß die UdSSR in der Tat der Friedensbringer für die geknechteten Völker sei.

Es würde zu weit führen, wollte man die Kämpfe in Aserbeidschan und Baku schildern, die in Iran einen starken Widerhall fanden. Tatsache ist, daß die Sowjetunion nach Beendigung der Revolution ihre Agenten nach Iran schickte mit dem Auftrage, das Land nach Möglichkeit zu bolschewisieren. Es gelang dem Bolschewismus, dort festen Fuß zu fassen, denn die Bevölkerung war den Intrigen der Roten nicht gewachsen. Das Analphabetentum in Iran war sehr groß. Bis zum Jahre 1910 gab es nur religiöse Schulen, wo den Kindern die Lehren des Korans beigebracht wurden. So wäre es eigentlich kaum zu erwarten, daß der Bolschewismus hier wirklich Fuß fassen könnte, es sei denn, daß damit ganz besondere nationale Vorteile verknüpft wären.

Für das Volk war der Bolschewismus die einzige Hoffnung, das harte Joch der fremden Mächte abzuschütteln. Moskau gab sich redlich Mühe, Iran seinen Einflüssen gefügig zu machen, und hat besonders die Presse reichlich mit Propagandamaterial und Geld versehen. Nicht uninteressant sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen der bekannten Zeitung „Iran“. Dieses halboffizielle Blatt erklärte damals: „Die Doktrinen des Bolschewismus sind vollkommen auf den Islam eingestellt, und die Gedanken des Kommunismus sind mit den Lehren Mohammeds durchaus vereinbar.“

Wenn man diese Behauptungen des „Iran“ liest, so weiß man, „wie richtig“ die Iraner damals über den Kommunismus unterrichtet waren.

Als die Sowjettruppen am 18. Mai 1920 in Ensoly zum ersten Male landeten und weiter ins Land marschierten, stellten sich ihnen die Truppen der englischen Armee entgegen. Es fanden heiße Kämpfe auf dem Boden Irans statt. Der damalige Staatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes, Lord Curzon, erklärte im Oberhaus am 16. November 1920:

> „Es ist unbedingt nötig, unsere Truppen in Nordwestpersien zum Schutze gegen die weitere Ausdehnung des Bolschewismus zu belassen. Die bisherige englische Politik in Persien kann indes nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden, denn so freundlich auch die englischen Gefühle für Persien sind, kann doch nicht erwartet werden, daß ihnen zuliebe dauernd finanzielle Opfer gebracht werden.“

Es ging deutlich aus der Rede Curzons hervor, daß er sich nicht weiter um die Angelegenheit zu kümmern wünschte. Er versuchte die Lage so hinzustellen, als ob Iran mit dem

Bolschewismus allein fertig werden würde. England begann sich daher aus Iran zurückzuziehen und nahm auch seine Truppen zurück. Die Zeitschrift „Near East“ schrieb über die englische Politik in Iran am 18. November 1920 folgendes:

„In bezug auf Persien raten wir zu einem baldigen Rückzug aus Kafahan, mit der Aussicht, Persien dadurch die Gelegenheit zu geben, sich durch eine Konsolidierung seiner Kräfte und durch die Errichtung einer Regierung mit dem Sitz im Süden selbst zu helfen. Die Erfahrung und der gesunde Menschenverstand sprechen gegen die Möglichkeit, daß irgendeine persische Regierung in Teheran gut arbeiten könnte; und wir hoffen, daß die englische Regierung von dem Versuch ablassen wird, eine Truppenmacht so weit nördlich aufrechtzuerhalten.“

Schließlich wurden im Dezember 1920 die englischen Truppen zurückgezogen.

Großbritannien sah in der Sowjetunion eine Gefahr, da die meisten Schutzgebiete Englands in der Einflußzone Moskaus lagen. Es fiel Großbritannien nicht leicht, Iran aufzugeben und der Sowjetunion zu überlassen. Wenn es Moskau auch nicht gelang, Iran der UdSSR anzugliedern, so ist die Möglichkeit doch nicht von der Hand zu weisen, daß es auf die Dauer dem bolschewistischen Einfluß erliegen könnte. Würde dieser Fall eintreten, dann wäre Indien, die stärkste Säule des englischen Imperiums, stark gefährdet und Afghanistan als Pufferstaat nicht mehr zu gebrauchen. Auch läge die Möglichkeit nahe, daß mit der Bolschewisierung Irans das Mandatsgebiet des Irak gleichfalls für England verlorenginge.

Unterdessen hatte auch die Bevölkerung Irans erkannt, welche Ziele der Bolschewismus eigentlich verfolge, und der jahrzehntelange Haß, der dem früheren Rußland gegolten hatte, entbrannte aufs neue. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß das Sowjetsystem genau so imperialistisch handele wie einst das zaristische Rußland, wurde der Revolutionsgedanke im Iranischen Volke immer mächtiger.

Andererseits war Moskau nicht untätig, sondern versuchte mit allen Mitteln seine Propagandatätigkeit in Iran aufzuziehen. Anfang 1922 fand in Tiflis eine Konferenz der transkaukasischen Bolschewisten statt, auf der die Beziehungen der Sowjetunion zu Iran eingehend durchgesprochen wurden. Der Vorsitzende dieses Kongresses, Ordschonikidse, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß in Teheran bereits eine kommunistische Partei gegründet worden sei, die über eine kommunistische Zeitung, „Tufan“, verfüge. Die bolschewistische Zeitung in Tiflis, „Ekonomitscheskaja Schisn Grusii“, veröffentlichte Ende Februar 1922 die Gesichtspunkte der Sowjetunion, unter denen sie mit Iran Verhandlungen führen wollte. Die Sowjetregierung sandte soviel Geld nach Iran, daß die „Times“ von einem wahren Goldregen sprach, der über das Land niederginge. Es fanden sich auch viele Personen, die sich bestechen ließen und sich bereit erklärten, für die Sowjetunion zu agitieren. Mehrere Zeitungen begannen in bolschewistischem Sinne zu arbeiten, an erster Stelle die „Tufan“, die mit Sowjetgeld neu gegründet wurde. Diese Zeitung brachte die Richtlinien des bolschewistischen Systems zum ersten Male am 26. August 1922 heraus. Ebenso wurden noch andere Zeitungen zugelassen, wie die „Iran-s-Asad“, „Färda“, „Zäban-s-Kargäran“, die das Sprachrohr der Teheraner Bolschewisten zu werden versprach. Moskau setzte alles daran, Iran endlich der Sowjetunion anzugliedern, um dann weiter über Iran die Fäden nach allen orientalischen Staaten spinnen zu können.

Die Komintern hat nicht allein durch die ihr freundlich gesinnte Presse gearbeitet, sondern auch bewaffnete und blutige Aufstände organisiert, die viele Opfer auf beiden Seiten forderten. Ein bekannter kommunistischer Agent war Hirza Kutschik Khan, der von der Sowjetunion alles geliefert erhielt: Geld, Waffen und was er sonst für seine Tätigkeit brauchte. Ihm schlossen sich andere an, wie Khalu Quarban, Haider Khan Amogli, Ezanaullah Khan. Letztere wollten mit Gewalt eine kommunistische Regierung aufrichten und eine





320. Kulturpropaganda im Orient: Sowjetschule in Teheran



321. Ehrengäste bei der Eröffnungsfeier der Sowjetschule: in der Mitte der iranische Hofminister Teimurtat, links von ihm der Sowjetgesandte Dawtian

Verwaltung nach Sowjetmuster einführen, stießen dabei aber auf den Widerstand des Mirza Kutschik Khan.

Nach einem erfolglosen Einigungsversuch griff Mirza am 1. Oktober 1921 das von den Bolschewisten besetzte Rescht im Gilangebiet am Kaspischen Meer an. Bei den sich entwickelnden Gefechten, in deren Verlauf Rescht öfters den Besitzer wechselte und auf beiden Seiten empfindliche Verluste zu verzeichnen waren, wurde Haider Khan Amogli gefangengenommen. Er entfloh, wurde aber auf der Flucht erschossen. Khalu Quarban rief nun seine Anhänger, die in Mendschil gegen die englischen Regierungstruppen kämpften, zurück, wodurch Mirza Kutschik Khan gezwungen wurde, Rescht zu verlassen. Er floh in die umliegenden Wälder, wo er den Tod durch Erfrieren gefunden haben soll.

Die bolschewistischen Elemente riefen im ganzen Lande Aufstände hervor, verübten Terrorakte in schlimmster Form, steckten Dörfer in Brand und begingen alle möglichen Grausamkeiten. Am 13. Oktober 1921 kam der Kriegsminister Sardar Sepeh nach dem Gilaner Kriegsschauplatz, wo es ihm gelang, die bolschewistischen Aufständischen zu vernichten. Die kommunistischen Zeitungen haben gegen das entschlossene Vorgehen des Kriegsministers Sepeh scharf protestiert. Die bekannte Zeitung „Sotar-s-Iran" übte eine besonders abfällige Kritik über den Kriegsminister und scheute sich nicht, Sardar Sepeh persönlich zu beleidigen. Das Blatt wurde daraufhin beschlagnahmt und der verantwortliche Redakteur mit 250 Peitschenhieben und mehreren Tagen Dunkelhaft bestraft. Die kommunistischen Aufständischen wurden, soweit sie nicht flohen, getötet.

Der Urheber der rettenden nationalistischen Erhebung war der Redakteur der Zeitung, Ziaudin. Er riß zusammen mit dem Hauptmann Riza Chan Pahlewi die Macht an sich. Riza Chan wurde, nachdem am 31. August 1925 das Parlament der Chadscharen-Dynastie ein Ende bereitet hatte, zum König gewählt. Am 25. April 1926 fand seine Krönung in Teheran statt. Riza Chan Pahlewi, der sich in schwerster Zeit für sein Vaterland eingesetzt hatte, führte nun mit rücksichtsloser Energie die Säuberungsaktion durch.

Es war keine einfache Aufgabe, Iran vor dem Bolschewismus zu retten, nachdem dieser schon vielerorts im Lande festen Fuß gefaßt hatte. Riza Chan nahm den Kampf gegen das Rote Chaos auf und führte ihn siegreich zu Ende. Es gelang ihm auch, den Bolschewismus zu unterdrücken. Natürlich ist er dennoch davon überzeugt, daß die Komintern es nicht unterlassen wird, in Iran geheime Propaganda zu treiben. Scharfe Überwachungsmaßnahmen sorgen jedoch dafür, daß die Propagandaversuche im Keime erstickt werden.

Am 6. April 1927 hat die UdSSR um Zollerleichterung für die Errichtung eines Automobildienstes zwischen Chorazan und Turkestan nachgesucht. Die Regierung Irans hat dieses Ansinnen abgelehnt mit der Begründung, daß eine Zollerleichterung nur die Förderung des Schmuggels in dieser Gegend bedeuten würde. Iran ist bemüht, seine Rohstoffe, wie Baumwolle, Gummi, Sultaninen, Därme und sonstige Produkte, nicht in der Sowjetunion unterzubringen, um sich auf diese Weise auch wirtschaftlich von ihr unabhängig zu machen. Mit großem Eifer wird eine transiranische Eisenbahn gebaut, um sich auch in dieser Hinsicht von der Sowjetunion zu lösen. Im Oktober 1927 wurde der Bahnbau in Angriff genommen und hat schon gute Fortschritte gemacht. Neue Straßen, Brücken und Kanäle sind in verschiedenen Provinzen geplant.

Die bolschewistische Gefahr in Iran ist auch heute noch akut und groß, aber durch das tatkräftige Wirken des Königs ist die Verbreitung der kulturfeindlichen, antireligiösen Doktrinen im Volke stark eingedämmt worden. Wenn der alte Traum des hochberühmten und gelehrten Jamal Uddin Afghani, eines begeisterten Anhängers der panislamischen Bewegung, in Erfüllung ginge, so wäre die islamisch-orientalische Mauer lang und stark genug, um dem Ansturm des Bolschewismus zu widerstehen.





312. Kommunistische Demonstration in Tokio bei der Beerdigung des Marxistenführers Toschihiko Sakai

## JAPAN

von

Dr. M. Okojima, Tokio

Das japanische Volk ist auf Grund seiner geschichtlichen Entwicklung und nicht zuletzt seiner geographischen Lage heute noch ein innig geschlossenes Volk, dessen Leben im Vergleich zum Westen stark patriarchalisch blieb. Individualistische Tendenzen sind dort nur wenig anzutreffen.

Bis vor 70 Jahren kannte Japan keine „Arbeiterfrage". Damals war die japanische Gesellschaft in vier Stände geteilt, aber auch diese entsprachen keineswegs den europäischen Begriffen: die Ritter bildeten den höchsten Stand, dann kamen die Bauern, die Handwerker und zuletzt die Kaufleute. Später, unter dem Einfluß des modernen Kapitalismus, prägten sich die Unterschiede zwischen arm und reich stärker aus. Aber die Klassenunterschiede Proletariat und Kapitalismus haben sich nicht in gleicher Weise wie im Westen entwickelt.

Die Anfänge des Marxismus sind in einer Zeit zu suchen, als die erste große Umschichtung der Bevölkerung eintrat mit der sehr schnellen Umwandlung des alten feudalen Agrarstaates in einen modernen Industriestaat. Der Mangel an sozialpolitischer Erfahrung, in einigen Fällen wohl mangelndes soziales Gewissen der jungen Unternehmerschicht, versetzte die Industriearbeiter in eine Lebenslage, die zu einer Opposition gegen die bestehende wirtschaftliche Ordnung reizte.



323. Versammlung der Tokioter städtischen Verkehrsgewerkschaft, bei der die Kommunisten die Führung errangen

Radikal wurde aber die Bewegung erst im Jahre 1919, als sie von geschickten Sowjetpropagandisten mehr und mehr ins bolschewistische Fahrwasser gelenkt wurde. Dennoch hat der Marxismus Erfolge von dem Umfange, wie er sie in der Arbeiterschaft der westlichen Länder errang, unter den japanischen Arbeitern nie verzeichnen können. Zu Ehren des japanischen Arbeiters sei gesagt, daß er trotz seiner oft schweren Lage im ganzen mehr nationalen Bestand, mehr überlieferungstreue Gesinnung und mehr politische Instinktsicherheit gegenüber dem Marxismus an den Tag legte, als seine Berufsgenossen in vielen anderen Ländern.

So ist es weiter nicht verwunderlich und bekräftigt das eben Gesagte, wenn der Anteil der Arbeiter an der kommunistischen Bewegung zahlenmäßig gering blieb. Die Hauptträger des Kommunismus in Japan kamen nicht aus den Reihen der Arbeiterschaft, sondern aus denen der Intellektuellen. Professoren, Literaten, Studenten und eine gewisse Klasse alter und junger „Jugendbewegter" waren die Wortführer des Marxismus. Bei vielen jener kommunistischen Professoren beruhte die offene Neigung zum Marxismus auf einer durchaus ehrlichen Überzeugung, die sie sich zumeist bei ihrem langjährigen Studium an europäischen und amerikaischen Universitäten in der Atmosphäre liberalistischer Wissenschaft aneigneten. Andere „Pioniere" des Kommunismus rekrutierten sich aus Literaten, Bohemiens, Schwärmern ohne ein gesundes Rückgrat des Verstandes und des Willens, aufnahmebereit für jeden Theorienschwindel, wenn er nur extravagant genug und in einer fremden Sprache niedergeschrieben war.

Ihre erste Filiale in Japan, in Form einer geheimen Organisation, gründete die Komintern im Jahre 1921. Schnell stieg die Zahl ihrer Anhänger. Aber schon 1922 wurde die Organisation aufgedeckt und liquidiert.





324. Der Führer der „Rodo Nominto", radikale Arbeiter- und Bauernpartei, spricht auf einer Wahlversammlung in Osaka

Der Eingriff der Regierung scheint recht gründlich gewesen zu sein, denn in den darauffolgenden vier Jahren entstanden nur einzelne unbedeutende kommunistische Gruppen. Erst am 15. Dezember 1926 gelang es, die Partei illegal neu zu gründen. Die Lehren von 1922 blieben nicht vergeblich, und so gelang es den Kommunisten dieses Mal, einen besser funktionierenden Apparat zu organisieren. Erst Ende 1927 konnte die Mehrzahl der leitenden Persönlichkeiten bei einer Führerbesprechung in einem Kurort Nordjapans verhaftet werden. Etwa $1^1/_2$ Jahre später, am 15. März 1928, wurde dann der gesamte Parteiapparat ausgehoben. Dieser Tag wurde zu einem Markstein in der Geschichte der Bekämpfung des Kommunismus und wird als der „Fall vom 15. März" bezeichnet.

Jetzt wurde der Regierung klar, wie weit die kommunistische Seuche bereits um sich gegriffen hatte. Es war die Schaffung eines „Gesetzes zum Schutze des Staatswesens und der öffentlichen Sicherheit", als ein Abwehrmittel gegen die Komintern, notwendig geworden.

Trotz der durchgreifenden Maßnahmen gelang es auch diesmal zwei von den Roten Rädelsführern, zu entkommen, Professor Sano und Nabejama, die die kommunistische Arbeit fortsetzten. Zum zweiten Markstein in der Geschichte der Bekämpfung des Kommunismus wurde der „Fall vom 16. April". Damals (1929) ließ man Sano und Nabejama verhaften. Damit erhielt die kommunistische Bewegung einen Stoß, von dem sie sich niemals wieder ganz erholt hat.

Aber noch gab die Komintern den Kampf nicht auf. Sie beauftragte Sano, einen Neffen des erwähnten Professors, der sich längere Zeit in der Sowjetunion aufgehalten hatte, mit



325. Die letzte legale Sitzung der aufgelösten „Rodo Nominto"-Partei in Japan. Ganz links der Parteiführer

der Wiederaufrichtung der kommunistischen Bewegung. Schon im Sommer 1930 wurde auch die neue Organisation aufgedeckt. Die Verhaftung ging nicht ohne Blutvergießen vor sich. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Noch im selben Jahre 1929 kam Kasama als neuer Beauftragter der Komintern nach Japan. Er stammte aus bäuerlichen Kreisen, hatte lange Jahre in Moskau studiert und sich als guter Organisator ausgezeichnet. Kasama unternahm als erster den Versuch, den Kommunismus, der bis dahin seine Anhänger fast nur aus intellektuellen Schichten rekrutierte, in die Massen zu tragen. Es gelang ihm auch, einen größeren Einfluß zu gewinnen.

Als jedoch nach einiger Zeit (1931) der „Mandschukuofall" eintrat, änderte sich die Lage. Der außenpolitische Konflikt brachte es mit sich, vielleicht nicht zuletzt durch eine kluge Aufklärung der Regierung, daß das nationale Empfinden der Volksmassen sich ungewöhnlich steigerte, wodurch Kasamas Bestrebungen im Auftrage der Moskauer Internationale zu einem Zusammengehen mit chinesischen und mandschurischen Kommunisten nicht nur kein Verständnis fand, sondern von der Öffentlichkeit scharf abgelehnt wurde.

Der fünfte und letzte große Schlag der Regierung gegen den Kommunismus erfolgte am 30. Oktober 1932. An diesem Tage fand in Atami in der Nähe von Tokio eine Besprechung der kommunistischen Führer statt. In einer großangelegten Aktion gelang es der Polizei, fast sämtliche Teilnehmer auszuheben und weitere Verhaftungen im Lande vorzunehmen.

Von besonderer Bedeutung war hierbei die Festnahme des Professors Kawakami. Dieser, kurz vorher Professor an der Kaiserlichen Universität in Kioto, war der Ideologe der kommunistischen Bewegung, der sowohl in Kreisen seiner Anhänger als auch in der breiten Öffentlichkeit großen Einfluß zu gewinnen verstanden hatte.

In unzähligen Abhandlungen über Sozialismus und Kommunismus in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern errang Professor Kawakami Weltruf. Um so überraschender





# Im Lande der aufgehenden Sonne

## 1. MAI 1930 IN TOKIO

Von Dr. T. KUNIZAKI

Am 1. Mai, an diesem Kampftag des internationalen Proletariats, demonstrieren die japanischen Arbeiter überall in den Städten Japans für ihre Ziele der Befreiung vom Kapitalismus. Wie die Arbeiter anderer kapitalistischer Länder haben die japanischen Arbeiter viele Kampferfahrungen gesammelt. Die sich immer mehr verschärfenden Widersprüche des japanischen Imperialismus, die grausamste Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung, über 2,5 Millionen Arbeitslose, die ohne einen Groschen Unterstützung einfach dem Hungertode ausgesetzt sind, die Agrarkrise, die Millionen kleine Bauernwirtschaften zertrümmert und vernichtet, die [illegible] Durchführung der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjet-Union macht den 1. Mai dieses Jahres [illegible] bedeutungsvoll auch für die japanischen Arbeiter. Die [illegible]welle steigt seit 1929 andauernd, sie erfaßt die großen Betriebe und solche Betriebe, in denen nur Arbeiterinnen beschäftigt sind. Blutige Zusammenstöße mit den Polizisten und gekauften Banden der Unternehmer, und nicht zuletzt die Erstarkung der Einflüsse der kommunistischen Partei Japans und der revolutionären Gewerkschaften werden bewirken, daß in diesem Jahre trotz allem Verrat der reformistischen und zentristischen Arbeiterführer gewaltige Arbeitermassen für die revolutionären Forderungen aufmarschieren werden.

Das japanische Proletariat hatte 1920 seine erste Mai-Kundgebung in Tokio. Die Demonstration wurde nicht erlaubt. Trotz dieser Maßnahme der Polizei und Verhaftung

Der 1. Mai 1930 in Tokio. Die Polizei versucht, den linken Gewerkschaftsbund [illegible] anischen Arbeiter an der Teilnahme bei der Mai-Demonstration der

Eine Arbeiterin spricht

Ueber 50000 Arbeiter, darunter eine große Zahl von werktätigen Frauen beteiligten sich unter revolutionären Losungen 1930 am Maiaufmarsch der Gewerkschaften in Tokio

326. Kommunistische Weltpropaganda gegen Japan (aus AIZ)



327. Koreanische Kommunisten feiern in Tokio den 1. Mai 1930



328. Maidemonstration in Tokio. Polizei muß gegen kommunistische Demonstranten einschreiten






329. Amerikanische Kommunisten demonstrieren in Washington gegen Japan

und bedeutender war seine öffentliche Erklärung, worin er gestand, mit seinen Werken der Jugend Schaden zugefügt zu haben.

Im gleichen Jahre (1933) erklärten zwei weitere Führer der Kommunistischen Partei (Sano und Nabojama) aus dem Gefängnis heraus, daß sie ihre Meinung über den Kommunismus geändert hätten. Sie verurteilten die Methoden der III. Internationale, denn der Sozialismus müsse je nach den Verhältnissen eines jeden Staates angewandt werden. Diese Erklärung rief unter den Marxisten allergrößtes Aufsehen hervor; viele von ihnen stimmten bezeichnenderweise diesen Ansichten bei.

Als Professor Sano am 20. April 1934 vor Gericht kam, gab er in der Form von zehn Punkten seine Geisteswandlung an:

„1. Der Kommunismus der Kommunistischen Internationale ist für Japan nicht notwendig und gefährlich.
2. Jedes Land soll seinen eigenen Sozialismus haben.
3. Wir bekämpfen den Gedanken der Komintern, die den Klassenkampf zur Grundlage hat.
4. Wir sind gegen die Theorien der Komintern, welche die gleichen starren Methoden den verschiedenen Ländern aufzwingt.
5. Wir sind gegen die Politik der Komintern, die das Kaiserliche Haus in die Verwicklungen des Klassenkampfes hineinziehen will.
6. Wir erkennen die Wichtigkeit eines nationalen Charakters an.
7. Wir würdigen die Tüchtigkeit und Überlegenheit des Japanischen Volkes.



# Weltkrieg droht!

## VON WILLI MÜNZENBERG

Der japanische Feldzug im Fernen Osten, der im Herbst 1931 begann, ist in eine neue Phase äußerster Verschärfung eingetreten. Nach der Konstituierung der japanischen Oberherrschaft in der Mandschurei durch die Errichtung des Vasallenstaates Mandschu-Kuo, stößt der japanische Imperialismus jetzt weiter nach dem Osten vor, um zunächst die Provinz Jehol an sich zu reißen und von dort aus ganz Nordchina zu umklammern und zu besetzen.

Das japanische Oberkommando hat die neue Offensive eröffnet mit einem Fliegerbomben- und Artillerieangriff auf die Hafenstadt Tschanghaikwang.

Nach vielstündigem, mörderischem Feuer haben die japanischen Truppen die Stadt besetzt. Das nächste Ziel der japanischen Offensive ist Peking. Sowohl Tschanghaikwang als auch Peking sind strategische Knotenpunkte von entscheidender Bedeutung für ihren imperialistischen Überfall auf die fernöstlichen Gebiete der Sowjetunion.

Die neue japanische Offensive im Fernen Osten erfolgt kurz nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China. Diese Tatsache charakterisiert zur Genüge die weitere Zielrichtung des japanischen Feldzuges.

Der japanische Delegierte im Völkerbund hat während der Verhandlungen über die Lage im Fernen Osten kein Hehl daraus gemacht, daß die japanische Kriegspolitik im Fernen Osten letzten Endes und in der Hauptsache gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Die neuen Ereignisse werfen ein grelles Licht auf die politische Bedeutung der neuen, überschäumenden Antisowjethetze, die seit einigen Wochen wieder die Spalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Weltpresse füllt.

Die imperialistische Großmacht rüstet mit äußerster Kraftanstrengung auf die unvermeidliche und immer näher heranrückende kriegerische Auseinandersetzung um die Vormachtstellung im Fernen Osten und setzen zugleich alle Hebel in Bewegung, um einen militärischen Weltblock gegen die Sowjetunion zustande zu bringen.



Die einzige Kraft, die imstande ist, den neuen Weltkrieg, der im Fernen Osten seit fast anderthalb Jahren begonnen hat, zu verhindern und die Sowjetunion vor dem räuberischen Angriff des Weltimperialismus zu schützen, sind die Arbeitermassen und die werktätigen Schichten aller Länder, die Schulter an Schulter mit den den Sozialismus aufbauenden Massen der Sowjetunion ihre Millionenkraft in die Wagschale werfen. Der leidenschaftliche Appell des Amsterdamer Antikriegskongresses und der Pariser Bürositzung des Internationalen Antikriegskomitees zum aktiven Massenkampf gegen das neue imperialistische Kriegsverbrechen muß und wird Millionen Werktätiger in der ganzen Welt aufrütteln!

330. Eine Seite aus Münzenbergs AIZ mit der typisch antijapanischen Hetze

331. Noch eine Seite aus Münzenbergs AIZ



332. Pioniere in Japan in dem proletarischen Kinderheim Kamaido, Tokio (aus „Der Rote Stern“)

8. Wir mißbilligen das Verhalten derjenigen, die unbedingt gegen den Krieg sind, und sind der Meinung, daß man sich am Kriege beteiligen kann mit der Absicht, den Inhalt des Krieges selbst zu ändern.
9. Das japanische Proletariat muß eine geschlossene Front bilden.
10. Wir müssen uns bemühen, auch die Frage der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu lösen.“

Dieser entscheidende Umschwung war keineswegs von selbst gekommen. Zwar hat sich aus der japanischen Volksseele, aus der Überlieferungstreue, aus dem Kulturstolz und aus dem politischen Instinkt eine sehr wirksame Abwehraktion gegen den Marxismus entwickelt, aber allein damit wäre die marxistische Gefahr nicht zu bannen gewesen, am wenigsten in dieser überraschend kurzen Zeit.

Daß die kommunistische Gefahr gebannt wurde, war der Erfolg einer planmäßigen Arbeit seitens der Regierung.

Die ganze Aktion lief in zwei Richtungen zugleich. Zunächst wandte man kompromißlos Gewaltmittel zur Unterdrückung der Geheimströmungen an. Der Polizeiapparat funktionierte ausgezeichnet.

Dieses aber war nur die weniger bedeutsame und sozusagen negative Seite der Aktion. Die positive Seite bestand in der Wiedererweckung, Vertiefung und Sicherung des nationalen Bewußtseins im Volke.

Besonders wichtig war, daß es der Regierung gelang, zahlreiche Gelehrte, Verbände, Bünde und Zeitungen zu erfassen und nach ihren Anregungen und Anweisungen in die Kampffront gegen den Marxismus aktiv einzureihen. Dadurch wurde dieser Kampf in die Ebene intellektueller und kulturpolitischer Auseinandersetzungen gehoben, wo der Kommunismus so verwüstend gewirkt hatte. So erreichte die Regierung gerade in jenen Kreisen des Volkes ein bedeutendes Wiedererstarken des nationalen Bewußtseins, die bis dahin die geringste Widerstandskraft gegen den Kommunismus aufwiesen.





333. Bei einer 15000köpfigen Demonstration in Tokio hetzt ein kommunistischer Redner zu Massenstreiks auf



334. Eine Demonstration vor dem Gebäude der Straßenbahngewerkschaft in Tokio wird von der Polizei zerstreut



335. Ankunft einer Delegation japanischer und mongolischer Kommunisten in Moskau



336. Bolschewistische Kulturpropaganda in Japan. Eine Ausstellung von Kinoplakaten und Photos in Kioto

Im Zuge dieser Aktion wurde auch eine Auflösung der Gewerkschaften notwendig, denn hier hätten es die Kommunisten verstanden, auf die Führung den stärksten Einfluß zu gewinnen und durch Streiks oder ähnliche Maßnahmen das Wirtschaftsleben zu terrorisieren.

Wie in anderen Ländern versuchte Moskau auch in Japan vor allem die Jugend für sich zu gewinnen. Bezeichnend ist es, daß auch hier die Mehrzahl der Anhänger nicht den Arbeiter- und Bauernkreisen entstammten, sondern aus Studenten und Schülern bestand.

Da die Kommunistische Partei in Japan niemals legal bestand, so gab es auch nur eine illegale bolschewistische Presse. Leider trug jedoch die große japanische Tagespresse in ihrer Mehrzahl niemals einen ausgeprägten antikommunistischen Charakter, sondern wurde in rein liberalistischem Geiste geführt.

Restlos erledigt in dem Sinne, daß in Zukunft keine Gefahr mehr droht, ist der Kommunismus in Japan natürlich nicht. Es fragt sich, ob das überhaupt unter den heutigen Verhältnissen möglich ist.

Für Japan selbst bestehen zwei Möglichkeiten einer neuen Infektion. Die eine liegt in der sozialpolitischen Lage im Innern, die der Regierung sehr wohl bekannt ist. Die andere Gefahrenquelle ist die Nachbarschaft der Sowjetunion und Chinas.

Gerade die Lage im Fernen Osten gibt dem japanischen Kampf gegen den Kommunismus eine Bedeutung, die weit über eine nur japanische Angelegenheit hinausgeht. Man wird den japanischen Politikern recht geben müssen, daß auch Mandschukuo durch diese Dinge berührt wird. Für Japan bedeutet die Proklamierung der mandschurischen Staatlichkeit mehr als die Gewinnung einer Rohstoffquelle, eines Auffanggebietes für überschüssige Bevölkerung oder einer strategischen Operationsbasis. Mandschukuo bietet eine hochwichtige Chance gegen die drohende Kommunisierung des gesamten Fernen Ostens.



337. Eine kommunistische Delegation aus Polen wird in Moskau empfangen

# POLEN

## I

von

Wladzimierz v. Skarzynski, Warschau

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) entstand am 16. Dezember 1918 aus zwei alten revolutionären Organisationen: der SDKPiL (Sozialdemokratie Kongreßpolens und Litauens) und der „PPS lewica" (Linkssozialisten). Schon vor dem Kriege waren andere kommunistische Gruppen in diesen beiden Parteien aufgegangen, so z. B. „Proletarjat" (gegründet 1882), von dessen Führern Waryński und Jan Młot (wirklicher Name Simon Dickstein) genannt seien. Eine bedeutende Rolle spielte dort auch Felix Kohn. Eine andere Gruppe war der „Związek Robotników Polskich" (Verband Polnischer Arbeiter, gegründet 1889), mit seinen beiden im polnischen Kommunismus maßgeblich gewordenen Führern – Julian Marchlewski (Karski) und Adolf Warszawski (Warski) – beides Juden. Die SDKPiL nannte in ihrer ersten Zeit einen hervorragenden Führerstab ihr eigen: Rosa Luxemburg, Jan Tyszko (Leo Jogiches), Felix Dzierżyński, der später so berüchtigt gewordene Tschekaleiter, Josef Janowicz (Unschlicht), Karl Radek (Sobelsohn), Jakob Hanecki (Fürstenberg), Heinrich Kamiński (Stein und später Domski). Im weiteren Verlauf stießen zu dieser Gruppe auch Elemente, die sich aus der PPS („Polska Partija Socjalistyczna") abgesondert hatten, weil sie sich den nationalen Belangen der polnischen Arbeiterschaft nicht ganz versagten. Bezeichnenderweise findet man darunter Łapiński



(Lewinsohn), Walicki (Hortwitz), Bernhard Schapiro-Besem, Dr. Sachs u. a. Einen besonders starken Teil stellten naturgemäß auch kommunistische Anhänger aus den jüdischen sozialistischen Parteien, wie „Bund", „Paole-Sjon" und „Ferajnigte", sowie ukrainische und weißrussische Kommunisten. In jüdischen Gruppen spielte eine große Rolle Henrykowski (Saul Amsterdam), später Mitglied des Zentralkomitees der Moskauer Internationale.

Aus all diesen Elementen und Gruppen entstand also die KPP mit dem späteren Zusatz: Sektion der III. Internationale. In Warschau fand der Gründungskongreß statt. Das Programm wurde unter Mitwirkung und rückhaltloser Billigung von Rosa Luxemburg und Jan Tyszko entworfen. Dieses Programm ersetzte alle alten Parteibeschlüsse und besteht aus drei Teilen. Der erste schildert die Faktoren der Weltrevolution, ihren bisherigen Gang, die Parolen und Formen des Kampfes und die „Diktatur des Proletariats". Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Untergang und Zerfall der II. Internationale als revolutionsfeindlicher und zu bekämpfender Organisation. Der dritte Teil befaßt sich mit den besonderen Aufgaben der KPP. Darin heißt es:

„Das polnische Proletariat verwirft jede Parole wie nationale Selbständigkeit, Autonomie, Selbstbestimmung, die mit der Entwicklung der politischen Formen der kapitalistischen Welt verknüpft sind. Indem das Proletariat in seinem Kampf um seine eigene Diktatur, mit allen seinen Feinden kämpfend, eine eigene revolutionäre bewaffnete Macht aufstellen will, wird es gegen die Bildung einer gegenrevolutionären bürgerlichen polnischen Armee ebenso kämpfen wie gegen jeden Krieg um nationale Grenzen. Für das internationale Lager der sozialen Revolution gibt es keine Fragen der Grenzen; sein Boden wird durch Interessengemeinschaft der internationalen Arbeiterklasse gebildet, die jede nationale Unterdrückung ausschließt und allen nationalen Konflikten den Boden entzieht."

Als Richtlinie für die Parteiarbeit gilt:

„Den unmittelbaren Kampf, um die politische Macht vorwärtszutragen und zu organisieren und in den Massen Klarheit darüber zu schaffen, daß dieser Kampf nur durch eine Entscheidungsschlacht zwischen den Kräften der Revolution und der Gegenrevolution erfolgen kann."

Klar war auch das Ziel umrissen:

„Die Errichtung einer Sowjetrepublik in Polen und die Vereinigung mit dem einzigen proletarischen Vaterland, der Sowjetunion."

*

Im April 1919 fand der erste Parteitag statt. Es handelte sich vor allem um die Frage der herannahenden Wahlen zum verfassunggebenden Sejm. Der Parteitag beschloß, die Wahlen zu boykottieren, mit der Begründung, daß die Partei allen politischen Organisationen der Bourgeoisie den Kampf ansage und man durch Verzicht auf die Wahlen den Sejm diskreditieren wolle. Die KPP glaubte damals, die Sowjetherrschaft in Polen sei so nahe, daß man alle Kraft auf direkte Aktionen verlegen könnte. In Deutschland herrschte zu jener Zeit Bürgerkrieg, und es schien fast so, als ob ein Sowjetdeutschland im Entstehen begriffen sei. In Rußland hatte sich der Bolschewismus blutig durchgesetzt. Es war also nur eine Frage der Zeit, wann Polen inmitten zweier Sowjetstaaten dem Bolschewismus wie eine reife Frucht in den Schoß fallen würde. In der Tat war der Kommunismus in Polen 1919 nicht unbeträchtlich vorgedrungen: bei den Wahlen zu den allgemeinen Arbeiterräten erhielt die KPP in Warschau 297 Mandate gegen 303 der PPS. In Lodz und Lublin war das Verhältnis ähnlich. Im Dąbrowaer Industriegebiet ergaben die Wahlen eine kommunistische Zweidrittelmehrheit. Man schritt zur Bewaffnung der Arbeiterräte, so besonders im Dąbrowabezirk, wo eine Rote Garde organisiert wurde, die eine Reihe von Zusammenstößen mit den

regulären Truppen der Armee hatte. In Warschau wurden große Straßenkundgebungen veranstaltet, besonders als die Mission des Moskauer Roten Kreuzes nach Warschau kam und dort, weil sie mit den polnischen Kommunisten konspirierte, verhaftet wurde. Es kam auch zu blutigen Zusammenstößen.

*

Inzwischen hatte die Polnische Nation in ihrem selbständigen Staate einen erbitterten Krieg gegen die Sowjets zu führen, die auf keinen Fall den neuen Polnischen Staat dulden wollten. Es kam zu jenem berühmten Vorstoß der jungen kaum noch organisierten Polnischen Armee gemeinsam mit den ukrainischen Truppen nach Kiew und der großen Offensive der Bolschewisten auf Warschau (1920). Unaufhaltsam drangen die Roten mordend und sengend vor. Europa und die übrige Welt hatte kaum Verständnis für den Verzweiflungskampf, der für die Rettung der ganzen Welt vor dem Bolschewismus geführt wurde. Kaum, daß man diesen Kampf irgendwie unterstützte. Deutschland war so zermürbt, daß es den bolschewistischen Scharen, wenn sie Polen überrannt hätten, leicht in die Hände gefallen wäre. Das Resultat wäre der Weltbolschewismus gewesen.

Es wird eine der entscheidenden Taten der Weltgeschichte bleiben, daß das Polnische Volk sich in diesem Augenblick in einem unerhörten Aufschwung und Aufopferungsbewußtsein zusammenfand und die Roten Horden, die schon an den Toren Warschaus standen, wieder zurückwarf. Graf D'Abernon hat nicht ohne Grund in seinem Buche – „The Eigteenth Dicisive Battle of the World" – die Schlacht bei Warschau vom August 1920 eine der bedeutendsten der Weltgeschichte genannt. Er schrieb: „Wenn es Pilsudski und Weygand nicht gelungen wäre, dem triumphalen Vormarsch der Sowjetarmee durch die Schlacht von Warschau Einhalt zu gebieten, so hätte nicht nur das Christentum einen Schlag von zerschmetternder Wirkung erhalten, sondern das Bestehen der gesamten westlichen Zivilisation wäre betroffen gewesen" (Studnicki, „Das politische System Europas und Polen", Warschau 1935).

In diesem gigantischen Verzweiflungskampf der Polnischen Armee war die Taktik der KPP ganz klar. In den Paragraphen über Hoch- und Landesverrat aller Länder kann man die Tatbestände finden, die von den Kommunisten Polens in diesem entscheidenden Augenblick restlos erfüllt wurden. Ende Februar 1920 trat eigens zur Besprechung der Kriegsfrage eine Vollversammlung der Arbeiterräte zusammen. Es wurde folgende Resolution gefaßt: „Die polnischen Arbeiter und Bauern müssen in jedem Fall mit der Roten Armee gemeinsame Sache machen und die Waffen gegen die herrschenden Klassen Polens richten." Auch der Parteiausschuß tagte im selben Monat und faßte einen Beschluß, der lautet:

> „Die polnische Arbeiterklasse erblickt in Sowjetrußland ihren Bundesgenossen und verwirft nicht nur den Krieg mit ihm, sondern erstrebt ein enges Bündnis . . . Der Parteiausschuß stellt fest und unterstreicht aufs nachdrücklichste, daß es Pflicht und Recht der Arbeiterklasse ist, anderen Ländern tätige Hilfe in ihrem revolutionären Kampf zu leisten. Aus diesem Grunde ist die bewaffnete Hilfe des russischen Proletariats für die heranreifende polnische Revolution keine Invasion und hat auch nichts mit dem Streben nach Eroberungen und nationalen Kriegsparolen gemeinsam, sondern ist nur die Verwirklichung der internationalen Solidarität des revolutionären Proletariats."

Laut diesen Beschlüssen taten dann die Kommunisten in Polen alles, um den Widerstand der Polnischen Nation den Roten Eroberern gegenüber zu unterminieren und zu brechen. Wo sie nur konnten, versuchten sie die Armee zu demoralisieren und die Disziplin zu untergraben. In der Armee wurden Soldatenräte gebildet, die ganz offen das Überlaufen zur Roten Armee propagierten. Viele polnische Offiziere fielen nicht von Sowjetkugeln, sondern von polnisch-kommunistischen. Ein riesiges Spionagenetz arbeitete für die Bolschewisten. Besonders stark rekrutierten sich die Spione aus den Reihen der jüdischen sozialistischen Parteien.





338. Ein fliegendes bolschewistisches Standgericht in der Stadt Lomża



339. Im Büro des Etappenkommandanten in Lomża während der Besetzung der Stadt durch die Sowjettruppen

Wo nur die Sowjetarmee einen Ort besetzt hatte, errichteten die Kommunisten sofort einen sogenannten „Rewkom" (Revolutionskomitee) und bildeten eine Rote Miliz, alles unter Führung von bolschewistischen Militärkommissaren. So wurde nach der Besetzung von Bialystok dort ein „Centralrewkom" für Polen unter Leitung von Julian Karski (Marchlewski) errichtet, in dem u.a. folgende Mitglieder saßen: Felix Dzierżyński, Felix Kohn, Josef Unschlicht. Karski ist später der maßgebende Mann der KPP geblieben.

Ebenso große Ausmaße nahmen auch die Sabotageaktionen an. Auf Anordnung der Parteileitung und ihrer Beauftragten wurde systematisch Kriegsmaterial vernichtet, Transporte zerstört, Militär durch Lärm verraten usw. Eine energische Aktion der Armeeführung unter Pilsudski setzte ein. Man ließ kurzerhand fast sämtliche Juden und verdächtige Elemente ins Konzentrationslager schaffen, und diese verbrecherischen Akte kamen nicht mehr so häufig vor.

Bei Warschau wurde im August 1920 die entscheidende Wendung herbeigeführt. Die Bolschewisten fluteten zurück. In Riga schloß man den Präliminarfrieden. Europa war vom Bolschewismus gerettet. Durch den Friedensschluß und die späteren Abkommen wurde das Verhältnis zwischen der UdSSR und Polen äußerlich geregelt. Desto heftiger setzte aber der unterirdische Angriff der III. Internationale von Moskau aus auf Polen ein.

*

Der Krieg gegen die Bolschewisten hatte dem Polnischen Volke gezeigt, wie seine angeblichen „Beglücker" aussahen. Es war bezeichnend, daß noch lange eine rein theoretische Debatte voll gegenseitiger Vorwürfe in der kommunistischen Parteipresse geführt wurde, warum die Rote Armee und die Volkskommissare in Polen ein so volksfeindliches Benehmen an den Tag gelegt hätten. Denn als die Sowjets ganz Polen rechts der Weichsel in der Hand hatten, vergaßen sie die Verwirklichung des Sozialismus und begnügten sich mit bloßem Terror. Dieser Fehler rächte sich später. Es wurde für den Kommunismus sehr schwer, in bäuerlichen Gegenden Fuß zu fassen, da die Bauern aus berechtigten Gründen keinen Versprechungen kommunistischer Agitatoren mehr glaubten.

Ganz ähnlich verhielt es sich mit der werktätigen Bevölkerung der Städte im besetzten Gebiet. Auch sie hatten für lange Zeit genug vom Kommunismus und seinem Blutregiment. Gleichzeitig hatte in der polnischen Bevölkerung, die schon von vornherein zur Betonung des eigenen Volkstums neigte, durch die nationale Erhebung auch das Nationalgefühl einen solchen Auftrieb bekommen, daß internationale Elemente immer auf großen Widerstand stießen. Daher schlug die PPS, die damals fast immer an der Regierungsbildung beteiligt war, einen ausgesprochen nationalen Kurs ein.

Nun setzte der taktische Kampf der Kommunisten Polens auf Weisung der Moskauer Internationale gegen die „Sozialreaktionäre" der Amsterdamer Internationale ein. Man erschöpfte sich in heftiger Fehde. Es blieb nicht aus, daß eine Reihe von Anhängern der PPS, denen der Kurs nicht radikal genug war, zur KPP überging. Es waren das vor allen Dingen Leute aus den jüdischen Linksparteien. Eine große Gruppe des „Bund" („Kombund") wechselte mit seinen Führern (Alexander Minz aus Lodz, Abe Flug und Jeckel Grünberg) hinüber; ebenso aus dem „Paole-Sjon" – Saul Amsterdam und Alfred Lampe, aus der „Feraijnigten" – Isaak Gordin, Israel Geist und einige andere. Besonderen Staub wirbelte der Übertritt des Abgeordneten Łańcucki auf, der heute in Moskau in einer Parteidienststelle sitzt, und Georg Sochacki (Czeszejko), der in der PPS Sekretär des Exekutivkomitees gewesen war. Sochacki wurde dann Abgeordneter im Sejm und Mitglied des Zentralkomitees der KPP, außerdem Vertreter der Partei bei der Komintern in Moskau. An der Umstellung der Taktik der KPP waren, außer den obengenannten, besonders Brand-Lauer und Kostrzewa (Marja Koszutska) beteiligt. Der „Nowy Przegląd" war damals das theoretische Organ der Kommunisten. Man fand sich damit ab, daß eine kürzere oder längere



demokratische Periode eintreten würde, die sich aber im Endeffekt unentrinnbar im weltrevolutionären Sinne entwickeln müsse. Danach richtete man die Taktik ein. Auf der Parteikonferenz im Sommer 1922 wurde diese Taktik gutgeheißen und die Parteiführung mit deren Durchführung betraut.

Es kam allerdings zu einer Opposition, da ein großer Teil der „konsequenten" Kommunisten nicht mit der „neuen ökonomischen Politik" Lenins einverstanden war. Aber der Referent des Zentralkomitees Bieńkowski (Brun) beteuerte feierlich: „Die Interessen Sowjetrußlands sind identisch mit den Interessen der Weltrevolution." Es geschah das in einem Augenblick, als in Berlin drei Internationalen zugleich tagten (!): die II. unter Vandervelde, die II½. unter Otto Bauer aus Wien und die III. unter Radek-Sobelsohn. Wieder war die Parteikonferenz Polens geteilter Meinung. Erst nach einigem Schwanken kam man überein, die Konferenz der Moskauer Internationale in Berlin zu beschicken.

Es wurde beschlossen, die Propaganda zu steigern, sich auf die Kleinarbeit zu verlegen und vor allem durch immer neue Streiks, die wahllos angezettelt werden sollten, die werktätigen Massen zu gewinnen. Schon vorher hatte der Generalstreik am 2. Dezember 1921, der allerdings infolge des energischen Zugreifens der polnischen Behörden ein Fiasko erlitt, die Leidenschaften aufgepeitscht. Einen größeren Umfang nahm dann der Eisenbahnerstreik an, ferner eine ganze Reihe von Streiks in der Textilindustrie, in der Metallindustrie, bei den städtischen Arbeitern und im früheren deutschen Gebietsteil bei den Landarbeitern.

Beachtenswert ist vor allem der Eisenbahnerstreik, der damals Polen sehr gefährdete. In Lwów fand im November ein Eisenbahnerkongreß statt, auf dem eine starke Rote Fraktion erschien (44 von den 250 Delegierten). Schon vorher hatte ein Eisenbahnerstreik stattgefunden, der allerdings schnell beigelegt worden war, da die Regierung sich den Gewerkschaften gegenüber nachgiebig gezeigt hatte, um nicht das ganze Transportwesen zu gefährden. Die KPP nahm nun die Beilegung dieses Streiks zum Anlaß, um die Eisenbahner in einen neuen Ausstand zu schicken, mit dem Zweck, wie es Brand-Lauer formulierte, „die Abwehr der Arbeiter zu organisieren und die Kampfbereitschaft des ganzen Proletariats zu steigern". Der Kongreß beschloß auf Drängen der Kommunisten, den Streik durchzuführen. Doch die Leitung der Gewerkschaft vereitelte unter dem Einfluß der PPS die Durchführung des Streikbeschlusses, aus der Erwägung heraus, daß ein Eisenbahnerstreik in diesem Augenblick untragbar für das Allgemeinwohl sei. Da setzte die kommunistische Wühlarbeit ein. Sie brachte Sektionen des Eisenbahnerverbandes, die sich für den Streik ausgesprochen, dann aber auf Weisung der Parteileitung davon Abstand genommen hatten, unter ihren Einfluß, bildete ein illegales Komitee und begann mit dem Streik.

An erster Stelle wurde bezeichnenderweise nicht die Befriedigung der Wünsche der Eisenbahnarbeiter, sondern die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert. Am heftigsten wirkte sich der Aufstand in Warschau aus. Als die Regierung energisch durchgriff, da putschte man am 18. Streiktage auch die Lokomotivführer zum Sympathiestreik auf. Um die Streikpropaganda durchs ganze Land zu tragen, wurde der Generalstreik proklamiert mit der Parole: „Gegen den Weißen Terror, für das Streikrecht, für die Freilassung der politischen Gefangenen!" Die Gewerkschaftszentrale wurde gezwungen, gleichfalls den Proteststreik zu erklären, begrenzte aber von vornherein seine Dauer auf zwei Tage und ordnete vor allen Dingen an, daß die Landarbeiter sich dem Streik auf keinen Fall anschließen dürften.

In Warschau selbst gelang es den Kommunisten, Straßendemonstrationen zu veranstalten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Jetzt allerdings griff die Regierung energisch durch, erklärte die Militarisierung der Eisenbahnen und drohte mit der Todesstrafe wegen Gefährdung des Gemeinwohls. Die Gewerkschaft lenkte nach erfolgten Zugeständnissen ein, und die Arbeit an den Eisenbahnen konnte wieder aufgenommen werden. – Während des Streikes war die Propagandatätigkeit der KPP außerordentlich aktiv. Die



340. Blutige Maifeier in Warschau

Regierung hatte sämtliche Streikliteratur als illegale Propaganda erklärt, trotzdem wurde eine Unmenge von Aufrufen und Flugblättern verbreitet, deren Gesamtauflage auf eine Viertelmillion beziffert werden konnte, darunter sechs größere Verfügungen und sechs Aufrufe. Man muß bedenken, daß dieser ganze Streik vor der Ratifizierung des Rigaer Friedens stattfand, also während des Belagerungszustands.

Mit dem Friedensschluß wurde der Belagerungszustand aufgehoben. Es entstanden nun die legalen Möglichkeiten für die bolschewistische Arbeit. Diese wurden dann auch sofort ausgenutzt. Anfang Mai eröffnete man eine Kampagne gegen das Gesetz über die Lohnsteuer. Besonders im Kohlenrevier wurde von den Bergarbeitern die Streikparole aufgegriffen und ein Streik ins Werk gesetzt, der wieder den polnischen Staat in einem entscheidenden Augenblick traf. Es war gerade zur Zeit des oberschlesischen Aufstandes, der die ganze Aufmerksamkeit des Polnischen Staates erforderte. Die Zechen in Oberschlesien lagen wegen der Kämpfe still. In diesem kritischen Augenblick legte man auch die Kohlenversorgung durch einen Streik im anderen Kohlenrevier lahm. Angesichts dieser Gefahr mußte die Regierung zu schärfsten Mitteln greifen. Besonders als die Streikenden in großen Demonstrationen Arbeiter anderer Betriebe aus den Fabriken holten, um so den Streik durch Terror auszudehnen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, bei denen die Polizei zuerst zurückweichen und Verstärkung herbeiholen mußte.

Die Maifeier 1922 brachte wieder große Demonstrationen. Die Regierung hatte kommunistische Umzüge verboten und mit deren gewaltsamer Verhinderung gedroht. Die Parteileitung aber beschloß, überall Massenkundgebungen aufzuziehen. Alle Roten Gewerkschaften



341. Kommunistische Plünderungen in Warschau

und alle unter bolschewistischem Einfluß stehenden Kultur- und Bildungsorganisationen schlossen sich den Umzügen an. In Warschau, in Lódź und im Kohlenrevier kam es dann auch zu heftigen Zusammenstößen mit Polizeitruppen, deren Ketten an vielen Stellen durchbrochen wurden. Die Kommunisten wollten unter keinen Umständen auf diese Demonstrationen verzichten, wenn sie auch für ihre Anhänger ebenso blutig wie aussichtslos waren. Es galt, auf diese Weise ihre kämpferische Haltung gegenüber den Mehrheitssozialisten zum Ausdruck zu bringen, die ihre eigene Maifeier abhielten und sich mit den Sicherheitsbedingungen der Polizei einverstanden erklärt hatten.

Der systematische Streik blieb das Mittel, das die KPP immer wieder anwandte. Nach kurzer Legalität war sie vom Staat als illegal erklärt und in der Öffentlichkeit lahmgelegt worden, konnte also nur durch die sattsam bekannte Unterminierung des Staates wirken. Auf verschiedenen Parteikongressen und Sitzungen der III. Internationale hatte immer wieder die Frage eine Rolle gespielt, inwieweit ein Zusammengehen mit anderen sozialistischen Organisationen, wenigstens in Teilforderungen und Teilaktionen, in Betracht käme. Die Entschließungen wurden oft durch die Hoffnung auf Deutschland bestimmt.

So heißt es 1923 im Begrüßungsreferat Sinowjew-Radomyslskijs: „Die Revolution in Deutschland geht unaufhaltsam vorwärts, und in nicht allzu langer Zeit ereignen sich dort ernste Umwälzungen." Daß die Taktik der Kommunisten in Polen auf Anweisung von Moskau all die Jahre hindurch auf Deutschland abgestellt war, ist verständlich. Denn es war ja klar, daß der Boden in Deutschland damals für den Kommunismus bedeutend leichter zu bearbeiten war als der in Polen, daß also in dem vor dem Abgrund stehenden Deutschland der Angriff konzentrischer geführt werden mußte, um Polen als leichte Beute in die Zange zu nehmen. Deswegen wurde auch, zum großen Kummer der KPP, die polnische kommunistische Bewegung von Moskau aus weniger unterstützt. So erklärte z. B. Sinowjew den polnischen Delegierten: „Es ist eine hundertprozentige Gewißheit, daß unsere Partei und die Sowjetunion dafür bürgen, daß wir vorläufig nur warten, Kräfte sammeln, uns auch zurückziehen und manövrieren einzig und allein, um im entscheidenden Augenblick alle unsere Mittel in die Schale der internationalen proletarischen Revolution und der deutschen Revolution zu werfen." Nicht ohne Interesse ist es, daß Sinowjew fortfährt: „Wenn allerdings die proletarische Revolution in Deutschland eine Niederlage erleiden sollte, so würde das nicht nur für die III. Internationale und Sowjetrußland, sondern auch für die polnischen Arbeiter und viele andere Abteilungen der Arbeiterarmee ein schwerer Schlag sein." Heute, zehn Jahre später, lassen diese Worte erkennen, welch ein schwerer Schlag für den Weltkommunismus die Machtergreifung durch Adolf Hitler gewesen ist. Dadurch wurde die Moskauer Internationale gezwungen, ihre Arbeit auf andere Länder umzustellen.

Als illegale Organisation arbeitete die KPP weiter, getarnt mit allen Mitteln, die sie in der Vergangenheit gelernt hatte. Die Gesamtzahl der herausgegebenen illegalen Veröffentlichungen überstieg 1927 schon 490 mit einer Auflage von ungefähr 3,5 Millionen. Es seien genannt der „Czerwony Sztandar", dessen Auflage mit 3000 beziffert wurde. Ferner auf dem Lande das Parteiorgan „Hromada" mit einer schätzungsweisen Auflage von 4000. Mehr theoretisch war der „Nowy Przegląd". Die KP der Westukraine gab heraus: ein theoretisches Organ „Nasza Prawda", „Zemlja i Wolja" und für polnische Arbeiter „Komunistyczny Sztandar". In jiddischer Sprache erschien unter legaler Decke „Der Kampf" sowie eine große Reihe illegaler Zeitschriften.

Durch möglichst blutige Kundgebungen und immer neue Streiks sollte das Proletariat wachgerüttelt werden. Es wären hier zu nennen die blutigen Vorfälle in Kraków am 6. November 1923, ein Generalstreik in Oberschlesien, ein Eisenbahnerstreik und ein Poststreik. Besonders heftig wandte sich die Polemik der Kommunisten aus Anlaß dieses Streiks gegen



die Mehrheitssozialisten. Im Jahre 1925 zettelten die Kommunisten in Warschau einen großen Metallarbeiterstreik an.

Obgleich die KPP illegal war, stellte sie zu allen Wahlen eigene Listen auf. Die Stimmen dieser Listen wurden annulliert. Den Kommunisten jedoch kam es auf die Demonstration an. Es wurden alle möglichen und unmöglichen Anlässe zu „politischen Kampagnen" benutzt. Genannt seien nur die „Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen", die „Kampagne für die Eintreibung einer 700 Millionen Złoty betragenden Besitzsteuer von der Bourgeoisie", die „Kampagne für die Entsendung einer Delegation nach der UdSSR", die „Protestkampagne gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti". Innerhalb der Partei gab es auch eine „Anti-Trotzki-Kampagne".

Im Mai 1926 brachte ein entschlossener Staatsstreich Józef Piłsudski und seine Männer an die Regierung. Diese Tat, die die polnische Politik entscheidend änderte, hatte auch eine einschneidende Bedeutung für die Kommunistische Partei Polens. Durch den Umsturz wurde die Tätigkeit der KPP in Polen auf längere Zeit paralysiert.

*

Nur allmählich erholte sich die Partei von diesem Schlage, nachdem auch eine innere Parteikrise unter z. T. scharfen Meinungskämpfen durch energisches Zugreifen der Komintern überwunden worden war. Dazu kam, daß die Weltkrise auch in Polen sich bemerkbar machte. Eine Absatzkrise im Agrarlande, die Versteifung des Geldmarktes und die Arbeitslosigkeit brachten große Teile Polens in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Da setzte die Aktivität der KPP mit erneuter Schärfe ein. Auf dem V. Parteikongreß wurden die taktischen Maßnahmen der illegalen Arbeit festgelegt. Besonderer Nachdruck wurde auf die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand gelegt. Die Gründung und Verstärkung vonKampftrupps wurde anbefohlen:

„Die Aufgabe dieser Trupps ist nicht nur die Verteidigung der Redner, Abgeordneten und Versammlungen vor Überfällen der Polizei und faschistischer und sozialfaschistischer Kampfgruppen, sondern vor allem die Organisation von Massenangriffen auf die Polizei und auf andere Kampfgruppen, um sie von den Massen entwaffnen zu lassen, ferner die Errichtung von Polizeifallen . . ."

Besondere Beachtung wurde der Zersetzung der Armee gewidmet:

„Die Zersetzungsagitation ist innerhalb der Armee mit Hilfe der Bauern- und Arbeitermassen fortzuführen. Im Gegensatz zur polnischen bürgerlich-faschistischen Armee muß die Rote Armee als die Armee der Arbeiter und Bauern, als die Armee der internationalen proletarischen Revolution populär gemacht werden."

Hinsichtlich der Kirche wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Kampf gegen die Priesterschaft muß mit der Begründung, daß die bäuerlichen Massen durch die Priesterschaft materiell ausgesogen und moralisch unterdrückt werden, eine Verschärfung erfahren. Diese Aktion muß durch systematische Aufklärungsarbeiten emporgetragen werden zum Niveau einer antireligiösen Aktion."

Mit dieser Taktik wurde gearbeitet. Das XI. Plenum der Komintern rechnete im Frühling 1931 Polen zu den vier Ländern, in denen die Revolution sich gut entwickele und wachse (Deutschland, Polen, Spanien und China). Mit konzentrierter Kraft zettelte die Partei die Streiks an. Die Streikwelle nahm mehrfach gefährliche Ausmaße an. Schon vorher war ein großer Streik der Textilarbeiter in Lodz gestartet worden. Jetzt wurde unter Anwendung von Terror im Mai 1931 ein großer Landarbeiterstreik und ein Bergarbeiterstreik in Piotrków, ein Straßenbahnerstreik in Warschau und unzählige Teilstreiks aufgezogen. Auch die

Streiktaktik war vielfach neu. Der „italienische" Streik wurde häufig angewandt, wobei die Arbeiter streikten und gleichzeitig die Fabriken besetzt hielten. An manchen Stellen ging es dabei sehr blutig zu.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Dokument, das Aufschluß über die Stellung der Kommunisten zum Terror gibt. Auf einem Eisenbahnhof in Ostpolen hatten die Kommunisten ein Bombenattentat verübt, wobei ein Arbeiter ums Leben kam. Das offizielle Parteibulletin mußte sich grundsätzlich mit dieser Frage befassen und stellte fest:

> „Terrorakte in Verbindung mit dem Revolutionskampf der Massen werden zu einem zielvollen und verstärkten Kampfesmittel. Der bewaffnete Massenkampf, begleitet von Terrorakten oder Anschlägen auf strategische Objekte, bringt eine Beschleunigung des Sieges."

Langsam nahmen die Streiks größeren Umfang an. Im Frühling 1933 begann eine neue Serie großer Kämpfe, darunter vor allem der Streik der Textilarbeiter in Lódź und Bialystok. Die Streikkämpfe dieses Jahres übertrafen zahlenmäßig alle früheren. Bei allen spielte die KPP die führende Rolle. Auch die Aktivierung des Bauernaufstandes nahm in einer Reihe von Kreisen in Westgalizien große Ausmaße an. Die Zersetzung der Armee wurde mit Nachdruck betrieben. In Deutschland wurde in den Jahren 1931 und 1932 die Zeitung „Żołnierz Rewolucji" hergestellt und in der Polnischen Armee verbreitet. Sie war besonders den Fragen des bewaffneten Aufstandes gewidmet. Auch der Kulturkampf dehnte sich aus. So wurde, ebenfalls aus Berlin, eine Menge Broschüren antireligiösen Inhalts zum Weihnachtsfest 1932 versandt.

*

Nach der nationalen Erhebung in Deutschland, die wie eine Bombe in Moskau einschlug, fiel Deutschland als Zentrum und Brennpunkt des bolschewistischen Angriffes auf Europa aus. Mit veränderter Taktik wurden nun die Fronten des Bolschewismus verschoben. Der Angriff wurde unter großen Opfern nach Frankreich verlegt und gleichzeitig auch in Polen verstärkt. Inmitten einer solchen verschärften Kampfperiode steht augenblicklich Polen. Die Umorganisation der GPU und ihre erhöhte Tätigkeit, die reichlicher fließenden Geldmittel lassen auf die vermehrte Aktivität der Kommunisten schließen. Gleichzeitig ist auch die Taktik gegenüber der II. Internationale geändert worden. Wie in Frankreich die kommunistisch-sozialistische Einheitsfront auf Betreiben der Komintern zurückzuführen ist, so tritt auch die KPP an die PPS mit ähnlichen Vorschlägen heran.

In einem Heft der „Kommunistischen Internationale" heißt es:

> „Unter der Leitung der Komintern mit Lenin und Stalin an der Spitze hat die KPP große Erfolge auf dem Gebiet der Bolschewisierung errungen.
>
> Die Eroberungen, die die KPP im Laufe ihres fünfzehnjährigen Kampfes gemacht hat, geben uns die Garantie, daß sie den Weg zum Ziel der Bolschewisierung weiter verfolgen wird . . .
>
> Unter der Flagge der Komintern Lenins und Stalins wird die KPP die Massen Polens zu siegreichen Kämpfen für Sowjetpolen führen . . .
>
> Fünfzehn Jahre Kampf, das bedeutet Kampf zum Schutz der Sowjetunion, des alleinigen Vaterlandes des internationalen Proletariats, dessen Grenzen das polnische Proletariat in erster Linie verteidigen muß."

In diesem letzten Satz des Aufrufs ist klar genug erwähnt, weswegen die Leitung der Weltrevolution in Moskau ein Sowjetpolen um jeden Preis erringen will: Polen sollte das Einfallstor für den Kommunismus nach Europa werden!

Das heutige Polen ist aber noch der starke Wall, der Europa vor der Gefahr des Bolschewismus bewahrt. Leider scheint die übrige Welt nicht immer genügend Verständnis für diese Gefahr und für die Aufgabe Polens zu haben.



## II

von

Jan Alfred Reguła, Warschau

Mitglied des Instituts zur Wissenschaftlichen Erforschung des Kommunismus[1])

Man darf die kommunistische Gefahr in Polen nicht unterschätzen, wie es leider in anderen Ländern sehr häufig geschieht. Solange der Grundsatz vom sogenannten „Vaterland des internationalen Proletariats" aufgestellt bleibt, solange die Sowjetunion und ihr äußerer Exponent, die Komintern, nicht auf die Idee der bolschewistischen Weltrevolution verzichtet, wird die kommunistische Bewegung immer wiederkehren, denn sie hat die politisch-organisatorische und materielle Unterstützung aus dem Osten.

Polen, das in Europa die längste und wichtigste Grenze mit der UdSSR hat, ist in erster Linie durch den Bolschewismus gefährdet. Es ist begreiflich, daß die Wirtschaftsschwierigkeiten, die sich aus der allgemeinen Krise ergeben, die kommunistische Gefahr nur verstärken.

Die öffentliche Meinung Polens wird in letzter Zeit im besonderem Maße durch die Politik der Moskauer Regierung beunruhigt. Die Polen vermögen besser als die anderen Völker die Sowjetwirklichkeit zu erkennen. Diejenigen, die jetzt noch an friedliche Tendenzen der Sowjets glauben, kann man in Polen an den Fingern abzählen. Der Kommunismus Moskaus hat seine kriegerische und revolutionäre Grundlage bewahrt. Solange auf dem Territorium der UdSSR die Bolschewisten herrschen, deren wichtigstes Ziel die internationale Revolution und die Beherrschung der ganzen Welt ist, wird der Sowjetstaat immer die Kriegsgefahrenquelle darstellen. Der Frieden und die pazifistische Phraseologie, deren sich die Sowjetdiplomatie heute bedient, ist nur notwendig, um die Wachsamkeit der zivilisierten Völker bis zu einer Zeit einzuschläfern, in der die UdSSR ihre Rüstungspläne verwirklicht, ihre Verkehrsverhältnisse gebessert und das ganze Land durch rücksichtslose Ausrottung der restlichen selbständigen Bevölkerungsschichten zu einer Friedhofsruhe gebracht hat.

Dieses innere bolschewistische Programm ist für einen nicht allzu langen Zeitabschnitt berechnet und bildet das Wesen der Auffassung Stalins vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande". Hiermit soll keinesfalls auf die revolutionäre Tätigkeit im internationalen Raum verzichtet werden. Das darf man nicht einen Augenblick aus den Augen lassen.

Bei den großen inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion ist es möglich, daß die Bolschewisten ihre Pläne nicht zu verwirklichen vermögen. Wenn dann die innerlich verwundeten und völlig versklavten Völker der UdSSR nicht mehr mitmachen, werden die Kommunisten ihre „Friedenspolitik" aufgeben und zur Politik des revolutionären Krieges übergehen. Denkt man dabei an die Stärke der Roten Armee, so soll man sich nicht nur die einzelnen Bestandteile dieser Wehrmacht klarmachen (die Agitationsfähigkeit des Bolschewismus, die zahlenmäßige Armeestärke, die ungeheuerliche Masse der aufgespeicherten Reichtümer, die technischen Kampfmittel), sondern vor allem nicht vergessen, daß jeder Rotarmist seinen Eid auf die internationale Revolution leistet.

Polen wünscht keine territorialen Eroberungen im Osten. Den polnischen Interessen widerspricht jeder Krieg. Um so mehr wäre es für Polen ein politischer Selbstmord und eine große Gefahr für seine Unabhängigkeit, wenn es den Kommunismus sich entwickeln ließe. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet die polnische Öffentlichkeit die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Polens.

[1]) Verfasser des Werkes „Historja Komunistycznej Partji Polski w świetle faktów i dokumentów" („Geschichte der Kommunistischen Partei Polens im Lichte von Tatsachen und Dokumenten"), Warschau 1934 (zwei Auflagen).

Als Massenbewegung stellt die KPP im Augenblick keine allzu große Gefahr dar; aber die KPP ist eine aktive Agentur, die im Interesse einer fremden Macht zum Schaden Polens ihre Tätigkeit entfaltet. Und diese fremde Macht hat auf ihr Programm das klare Ziel geschrieben: „Eroberung der Macht über die ganze Welt". Daher ist die KPP das allerschlimmste destruktive Element Polens.

Die bolschewistische Gefahr kann als internationale Macht folgerichtig nicht allein als Feind Polens bekämpft werden, wie es vielleicht in anderen Staaten geschieht. Der Kommunismus ist eine Weltgefahr und muß mit Rücksicht darauf auch von der gesamten Welt bekämpft werden. Wer sich einigermaßen in die Fragen des Kommunismus vertieft hat, wem der augenblickliche Stand der Zivilisation und der Kultur teuer ist und wem Patriotismus, Gottesglaube, christliche Moral und die Freiheit des Menschen in seiner Arbeit noch etwas bedeuten, der begreift, daß der Kommunismus ein Übel ist, das vernichtet werden muß. Der Bolschewismus wird aber so lange nicht endgültig beseitigt werden können, bis er in Gestalt der Sowjetunion seine treibende Kraft und seine staatspolitische Grundlage besitzt.

Leider haben sich noch nicht alle Persönlichkeiten der westeuropäischen Staaten diese Wahrheit zu eigen gemacht. Bei dem diplomatischen Spiel, das sich letzthin zwischen einigen europäischen Ländern und der UdSSR entwickelte, hat es sich wieder gezeigt, wie meisterhaft die Bolschewisten zu ihrem eigenen Nutzen zu manövrieren verstehen. Für den Kaviar, den die Sowjetmachthaber den Auslandsdiplomaten in Moskau vorsetzen, werden sie zu gegebener Zeit ihre Rechnung präsentieren.

Vielleicht versteht man in Polen diese Dinge besser, denn hier waren die Roten „Volksbeglücker" im Jahre 1920 tief im Lande. Und was das wichtigste ist, war Polen damals fast allein und hat in heldenhafter Verteidigung nicht nur das eigene Vaterland und die eigene Freiheit, sondern die Freiheit von ganz Europa gerettet!

# RUMÄNIEN

von

A. Brateanu, Bukarest

Sowohl die Komintern als auch die Sowjetunion betrachten Bessarabien als den Schlüssel für die Verwirklichung ihrer Pläne in Rumänien, was für ihre weiteren Ziele eine entscheidende Bedeutung besitzt.

Bessarabien, von russischen Kreisen gern als „altes slawisches Land" bezeichnet, beginnt erst seit dem Frieden von Bukarest (1812), als es von der Türkei an Rußland abgetreten wurde, seine eigene Geschichte. Seither hat es eine Entwicklung genommen, die von der des Fürstentums Moldau sehr verschieden ist.

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches bildete Bessarabien eine demokratische Moldowanische Republik als Teil der Russischen Republik (1917). Im Januar 1918 rief der bessarabische Landrat die rumänischen Truppen ins Land. Sein nächster Schritt war die formelle Loslösung von Rußland (7. Februar 1918). Zwei Monate später wurde der Anschluß an Großrumänien beschlossen.

Die Sowjetunion hat bis heute die Eingliederung Bessarabiens in Großrumänien, die das Rumänische Volk viele Opfer gekostet hat, formell nicht anerkannt.

*

Die Moskauer Internationale hat der Bolschewisierung Rumäniens und insbesondere Bessarabiens stets eine große Bedeutung beigemessen. Sobald über Rumänien im Jahre 1919 eine Verbindung mit dem damals bolschewistischen Ungarn hätte hergestellt werden können, wäre auch die Radikalisierung Deutschlands und Österreichs erfolgt und somit der Endsieg der bolschewistischen Weltrevolution gesichert gewesen.

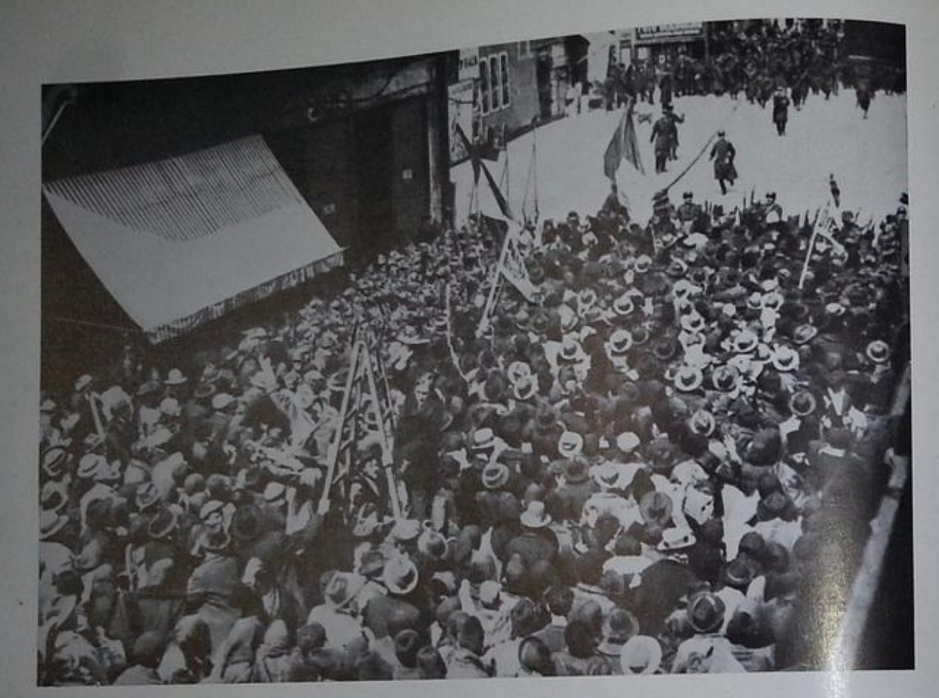
Zu diesem Zweck wurde in Charkow eine besondere bolschewistische Propagandazentrale ins Leben gerufen. Sie hatte in Kamenetz-Podolsk, Balta und Odessa Unterzentralen, die je einen Teil Bessarabiens zugeteilt erhielten: Kamenetz-Podolsk – den Norden mit Chotin (später auch die benachbarte Bukowina), Balta – die Mitte mit der bessarabischen Hauptstadt Chisinau, Odessa – den Süden mit Cetatea-Alba und Tighina.

Es wurde ein bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteter Plan festgelegt, der im wesentlichen drei Betätigungsarten vorsah:

1. Organisierung von Angriffen auf Grenzposten und auf die Zivilbevölkerung, die den Rumänischen Staat veranlassen mußten, ein größeres Heer in Bessarabien zu stationieren, was das normale Leben des Landes ungünstig beeinflussen mußte.
2. Organisierung von Attentaten auf die Eisenbahnlinien und von Terrorakten im Innern des Landes.
3. Gründung revolutionärer Gruppen im Lande.

In Durchführung dieses Programms wurde Bessarabien von bolschewistischen Agenten überschwemmt, denen es nicht schwer fiel, den Abschaum der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Es erfolgten Hunderte von Terrorakten, ja, es kam sogar zu Versuchen, einen bewaffneten Aufstand anzuzetteln. Passierscheine und andere Dokumente, die bei Terroristen gefunden wurden, bezeugen eindeutig, daß Moskau der Urheber der Unruhen war. Es stellte sich auch heraus, daß große Mengen von Gewehren und Handgranaten aus der UdSSR an die Terroristen verteilt wurden. Oft wurden die rumänischen Militärposten von den Roten regelrecht beschossen, um den Grenzübertritt von Agenten zu decken.

Im September 1924 brach ein gefährlicher Bolschewistenaufstand in Tatar-Bunar aus, der in Odessa organisiert war. Die mit Maschinengewehren und anderen modernen Waffen ausgerüsteten Terroristen hatten schon eine ganze Reihe von Ortschaften besetzt, als es dem





342 und 343. Demonstrationen kommunistischer Kriegsinvaliden in Rumänien

energischen Vorgehen des rumänischen Militärs gelang, die Revolte zu lokalisieren und schließlich zu unterdrücken.

Trotz des Verbotes der Kommunistischen Partei setzte in den darauffolgenden Jahren die III. Internationale ihre Tätigkeit in Rumänien fort. Unzählige Bolschewistennester wurden seitdem ausgehoben und aufgelöst. Es stellte sich bei vielen heraus, daß sie nicht nur Agitation, besonders anläßlich der zahlreichen Streiks, sondern auch Militärspionage zugunsten der Sowjetunion betrieben.



344. Gruppe von Terroristen

Bemerkenswert ist die starke Beteiligung der Juden an der kommunistischen Bewegung. Die gefährlichste Tätigkeit ist gerade in solchen Ortschaften zu beobachten, die in größerem Maße von Juden bevölkert sind. Einerseits sind die Juden an den konspirativen kommunistischen Zellen stark beteiligt, andererseits sind sie die Träger der ganzen „legalen" kommunistischen Arbeit.

Am ausgiebigsten und wirkungsvollsten wird die prokommunistische Propaganda von einem großen Teil der rumänischen Presse selbst durchgeführt. Wie das möglich ist, wird vielleicht verständlich, wenn man berücksichtigt, daß diese sich weithin in jüdischen Händen befindet oder zumindest unter starkem jüdischen Einfluß steht. Während ein kleiner Teil der jüdischen Presse (z. B. „Cuvantul Liber", „Zorile", „Vorwärts" u. a.) offen für den Kommunismus eintritt, ist der gemäßigtere Teil nur bolschewistischer Stimmungsmacher. Anläßlich verschiedener Prozesse bekannten sie ihre Rote Gesinnung ganz offen. In spaltenlangen Berichten werden die Angeklagten als „unschuldige Opfer" dargestellt, so daß man sich fast wundert, sie und nicht den Staatsanwalt auf der Anklagebank zu sehen. Werden sie aber aus Mangel an Beweisen freigesprochen, so wird ein „Sieg des Volkswillens" gefeiert.

Auch sonstige Zersetzung wird in aller Öffentlichkeit getrieben. Der bolschewistische Skribent diskutiert z. B. unter irgendeinem rumänisch klingenden Pseudonym die „Fragen des Christentums" auf solche Weise, daß der ungewarnte Leser sich von der Kirche entfernt

und so dem Kommunismus zugänglich gemacht wird. Auch ein Teil der Presse der nationalen Minderheiten befindet sich in jüdisch-kommunistischen Händen. Die Zeitschriften- und Bücherverlage stehen fast ausnahmslos unter jüdischem Einfluß. Durch ihre kulturbolschewistische Tätigkeit verseuchen sie das junge, im Aufstieg begriffene rumänische Schrifttum und zerstören systematisch jede gesunde geistige Orientierung.

In seinem Kampf um die Eroberung der Massen wendet der Bolschewismus in Rumänien besonders in den letzten zwei Jahren dieselben Methoden an, die auf dem VII. Weltkongreß der Komintern formuliert und allen Sektionen empfohlen wurden: Einbruch in die bürgerliche Front und Agitation bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Berüchtigte Kommunisten haben in ganz Rumänien die Leitung der gegen die rumänischen Rechtsbewegungen gerichteten „antifaschistischen" Verbände wie auch aller anderen sonst üblichen Nebenorganisationen der Kommunistischen Partei (z. B. „Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands", „Liga gegen Imperialismus und Krieg" usw.).

Dies und vieles andere beweist, daß die neue Taktik der Komintern für Rumänien noch gefährlicher als die des bewaffneten Aufstandes ist. Wie stark die Bolschewisierung fortgeschritten ist und welchen Erfolg sie auch in den intellektuellen Kreisen zu verzeichnen hat, beweist das Beispiel der Professoren von der Universität Jassy, die dem rumänischen Kultusministerium eine Denkschrift einreichten, in der sie einen „Kulturaustausch" mit der Sowjetunion forderten. Das Ministerium hatte nichts dagegen einzuwenden.

*

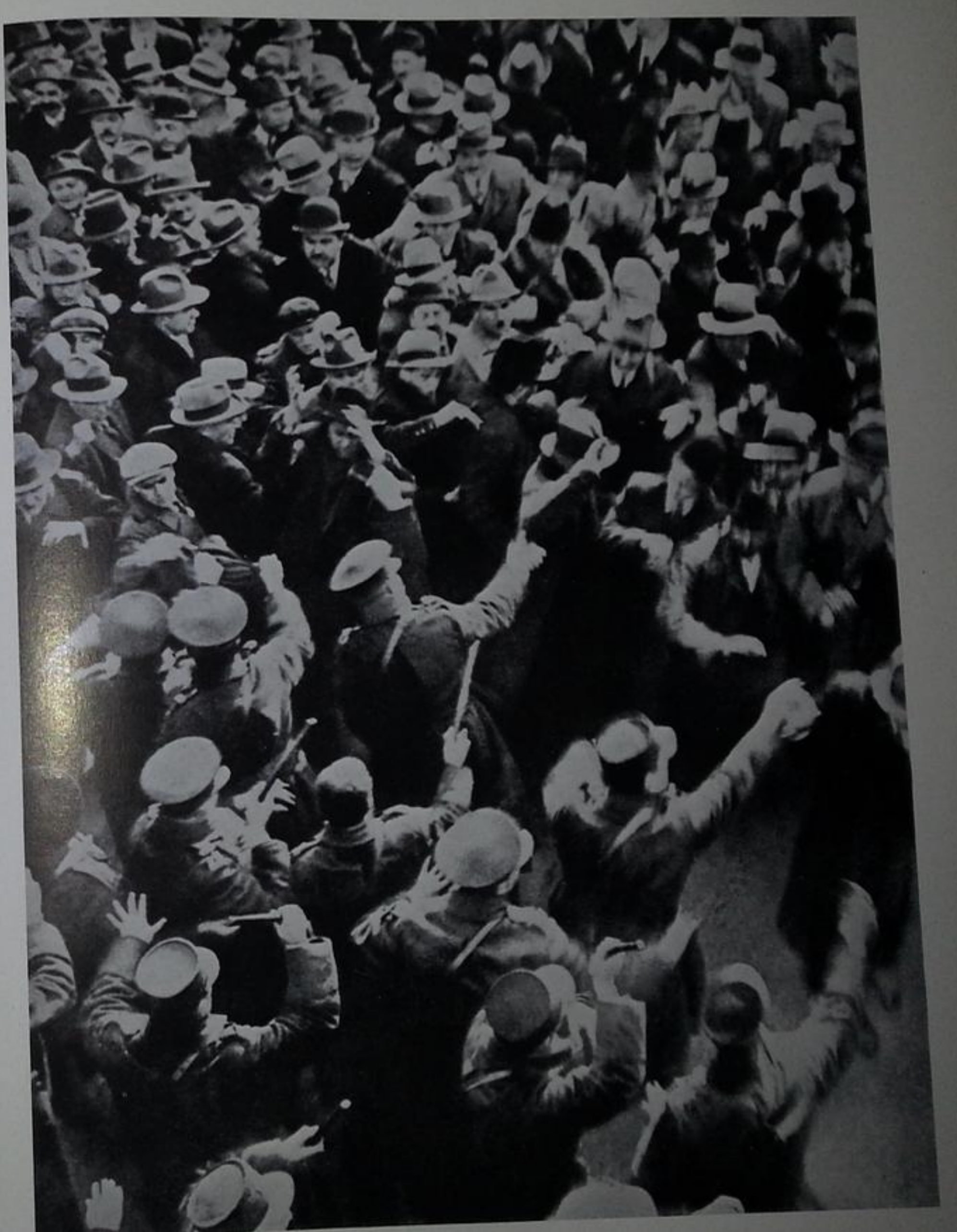
Die kommunistische Propaganda hat in Rumänien in den letzten zwei Jahren durch die veränderte Einstellung der Behörden bedrohlich zugenommen. Während vor dieser Zeit jede kommunistische Tätigkeit schon im Keime erstickt wurde, wird heute der konspirative Bolschewismus zwar bekämpft, der in aller Öffentlichkeit betriebene „moderierte" jedoch geduldet und sogar gefördert. Daß es möglich war, die verantwortlichen Staatsmänner Rumäniens zu der Überzeugung zu bringen, daß sie die Verbreitung des Kommunismus in Rumänien dulden, ist auf einen starken Druck aus dem Ausland zurückzuführen. Das ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetdiplomatie und dem rumänischen Judentum. Es wird versucht, mit Hilfe eines „Manövers" das Rumänische Volk zu überrumpeln und ihm den Bolschewismus aufzuzwingen.

Frankreich sah sich nach neuen Verbündeten um und fand die Sowjets dazu sehr geeignet. Es schloß mit ihnen ein Bündnis, das die Sicherung Rumäniens völlig außer acht läßt. – Die Sowjetunion möchte, getrieben von ihren imperialistischen Absichten, in der bessarabischen Frage für die Zukunft sich völlige Freiheit vorbehalten. Das protestierende, an die Freundschaft erinnernde Rumänien wird beruhigt und mit schönen Worten getröstet: es erhält von seiten der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt zugesichert, dessen Konsequenzen jedoch äußerst bedenklicher Natur sind.

Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund ist für Rumänien insofern wichtig, als dies den Anlaß zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern bot. Die jüdisch-kommunistische Presse Rumäniens feierte einen Triumph, da doch mit der Errichtung einer Sowjetgesandtschaft in Bukarest eine mächtige bolschewistische Zentrale im Herzen Rumäniens geschaffen wurde. Für Rumänien, das durch seine Nachbarschaft im Nordosten einer besonders regen kommunistischen Tätigkeit ausgesetzt ist und von den Juden im Inneren des Landes zersetzt wird, bedeutet diese neue Zentrale eine ungeheure Gefahr.

Die Einbeziehung Rumäniens in das französisch-sowjetische Bündnissystem ist das weitaus gefährlichste aller diplomatischen Manöver der Sowjetunion. Moskau hat nach dem Militärabkommen mit Frankreich sofort ein ähnliches Bündnis mit der Tschechoslowakei abgeschlossen und dadurch in Mitteleuropa eine Operationsbasis für die Rote Armee, die Armee der Weltrevolution, geschaffen. Allein diese Basis ist für die Sowjetunion solange





345. Eine kommunistische Demonstration in Bukarest wird von der Polizei zerstreut

bedeutungslos, als sie mit ihrem eigenen Territorium nicht direkt in Verbindung steht. So mußten die Sowjets den Weg eines Bündnisses mit Rumänien beschreiten. Wie wichtig es ist, den rumänischen Widerstand dagegen zu brechen, ist aus dem Artikel 4 des tschechisch-sowjetischen Bündnisses ersichtlich:

„. . . falls eine der Hohen Vertragschließenden Parteien Gegenstand eines Überfalls seitens einer oder mehrerer Mächte unter Umständen wird, die keine Handhabe zur Erweisung von Hilfe und Unterstützung im Rahmen des vorliegenden Vertrages bieten, sich dann die andere Hohe Vertragschließende Partei verpflichtet, im Laufe des Konfliktes dem oder den Angreifern weder direkt noch indirekt zu helfen oder ihn bzw. sie zu unterstützen, wobei jede der Parteien erklärt, daß sie durch keinerlei Abkommen über Hilfeleistung gebunden ist, das in Widerspruch zu der vorigen Verpflichtung stünde."

Demnach ist das ganze Bündnissystem wertlos, wenn „keine Handhabe zur Erweisung von Hilfe" gegeben ist, d. h. wenn die Sowjettruppen der Tschechoslowakei nicht über Rumänien zu Hilfe eilen können.

Wenn aber Rumänien den Durchmarsch der Roten Armee gestatten würde, wäre dies im Kriegsfalle eine Verletzung der Neutralität Rumäniens gegenüber anderen Vertragspartnern, und somit wäre es in einen Krieg verwickelt, in dem es keinerlei nationale Interessen zu verteidigen hat.

Andererseits aber ist sowohl aus dem französischen wie auch aus dem tschechischen Pakt mit der Sowjetunion ersichtlich, daß beide Länder sich durch die jeweiligen Bündnisse mit Rumänien nicht verpflichtet fühlen, im Falle eines rumänisch-sowjetischen Konfliktes ihre neu übernommenen Verpflichtungen Moskau gegenüber für ungültig zu erklären. Rollt also eines Tages die Sowjetunion die bessarabische Frage auf, so kann Rumänien auf diese beiden Verbündeten nicht rechnen.

Eine militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR bedingt, daß die bolschewistischen Truppen auf dem Wege nach der Tschechoslowakei bestimmte Gegenden Rumäniens besetzen, um ihren Durchmarsch zu sichern. Von einer Besetzung ist in erster Linie Bessarabien bedroht. Im Laufe der Geschichte ist das besetzte Bessarabien schon zweimal nicht herausgegeben worden, und beide Male konnte sich das Rumänische Volk dagegen nicht wehren. Soll sich jetzt das Spiel ein drittes Mal wiederholen? Aber auch, abgesehen von dieser Gefahr, ist ganz Rumänien von der Anwesenheit des Heeres der Weltrevolution im eigenen Lande aufs schwerste bedroht. Dieses wird doch gewiß in der Lage sein, einer „plötzlich ausbrechenden" kommunistischen Revolution den nötigen Nachdruck zu verleihen und so ihr Gelingen zu sichern.

*

Wenn man die beiden Waffen des internationalen Bolschewismus – die zersetzende Wühlarbeit der Komintern und die „diplomatische Tätigkeit" der Sowjetunion – in Rumänien an der Arbeit sieht, kann bestimmt kein Zweifel über die ungeheuere Gefahr bestehen, der Rumänien heute mehr denn je ausgesetzt ist.






316. Der mit Sowjetfahnen geschmückte Eingang der Textilfabrik in Kayseri (Türkei) anläßlich der feierlichen Eröffnung. Diese Fabrik wurde mit Hilfe einer Sowjetanleihe von Sowjetingenieuren erbaut und mit Sowjetmaschinen ausgestattet. Der größte Teil der 3000 Mann starken Belegschaft mußte vorher in der Sowjetunion „beruflich" geschult werden

## TÜRKEI

von

Prof. Dr. G. Jäschke, Berlin

Die im Mai 1920 gebildete „Regierung der Türkischen Großen Nationalversammlung" ist die erste bürgerliche Regierung, mit der die Sowjetregierung Freundschaft schloß. Wenn hierfür auch nicht uneigennützige Beweggründe ausschlaggebend waren, sondern der Wunsch, den Hauptfeind England zu schädigen, so ist doch die Anerkennung eines nationalen Staates bemerkenswert wegen der notwendigerweise damit verbundenen Hinausschiebung eines wesentlichen Teiles der Moskauer Politik: der Ausbreitung der Weltrevolution. Zu diesem Aufschub hat sich das Volkskommissariat des Äußern erst allmählich durchgerungen. Im Jahre 1919, in dem nach einem Wort Tschitscherins[1]) „die größte historische Tatsache, die Gründung der Dritten Internationale, der ganzen (Moskauer) Außenpolitik den Stempel aufdrückte", betrachtete man in Moskau die zusammengebrochene Türkei als eine sichere Beute des Bolschewismus. So sagte Tschitscherin in seinem Aufruf an die „Genossen Arbeiter und Bauern der Türkei" vom 13. September 1919[2]): „Euer Land ist in der Hand von ausbeutenden Paschas. Weder eure Militärpartei noch eure demokratischen Parteien können euch befreien . . . Alle Werktätigen der ganzen Welt müssen sich gegen ihre Unterdrücker vereinigen. Deshalb hofft die russische Regierung, daß ihr, Arbeiter und Bauern der Türkei, . . . uns eure brüderliche Hand reicht."

[1]) Tschitscherin, „Zwei Jahre auswärtige Politik Sowjet-Rußlands", Berlin 1920.

[2]) Kljutschnikow-Sabanin, „Die internationale Politik der neuesten Zeit in Verträgen, Noten und Erklärungen", Moskau 1925–29.

Der Kopf des türkischen Kommunismus, der in Moskau das Licht der Welt erblickte, war Mustafa Süphi, ein Intellektueller von ungewöhnlicher Begabung. Er schuf am 25. Juli 1918 die erste türkische kommunistische Organisation und nahm am I. Kongreß der Moskauer Internationale im März 1919 teil. Mit Hilfe Stalins, dessen besonderes Vertrauen er gewann, gründete er die kommunistische Zeitung „Yeni Dünya". Nach Überwältigung der national-türkischen Republik Aserbeidschan durch die Rote Armee verlegte Süphi den Mittelpunkt seiner Tätigkeit im Mai 1920 nach Baku, wo die Agitation bedeutend erweitert werden konnte. Als Träger des kommunistischen Gedankens dienten vor allem türkische Kriegsgefangene, die vollkommen verseucht in ihre Heimat geschickt wurden. Geheime Kuriere sorgten für die Verbreitung der „Yeni Dünya" in Anatolien. Auch die ersten diplomatischen Vertreter Moskaus waren nichts anderes als Agenten der Komintern, die in Angora in ziemlich plumper Weise um Sympathie für die Weltrevolution warben.

Um der kommunistischen Ansteckungsgefahr zu begegnen, die in einem Augenblick der außenpolitisch notwendigen Annäherung an Moskau zweifellos groß war, griff man in Angora zu einer List: man schuf eine amtliche „Kommunistische Partei", die den echten Bolschewisten das Wasser abgrub. Unter Berufung auf den sozialen Kern des Islams, der damals noch in der Türkei eine große Macht war, erzählte man den Bauern, daß die Große Nationalversammlung schon von sich aus den Kommunismus zu verwirklichen trachte. Mustafa Kemal warnte in einem persönlichen Briefe Mustafa Süphi, der darauf brannte, nach Anatolien zu kommen, vor „überflüssigem und vorzeitigem Auftreten". Trotzdem gelang es dem baschkirischen Agenten Scherif Manatow, am 14. Juli 1920 in Angora eine geheime Kommunistische Partei der Türkei (KPT) ins Leben zu rufen.

Im Gründungsaufruf¹) heißt es: „Die KPT ist gegründet worden, um das Volk aufzuklären, um das gegenwärtige, auf alten Glaubensvorstellungen beruhende Verwaltungssystem zu stürzen und die soziale Revolution zustandezubringen. Die KPT bekämpft ebenso den Absolutismus des Sultans wie die verlogene Politik Mustafa Kemals; sie betrachtet es als ihre heiligste Pflicht, zusammen mit den kommunistischen Genossen der übrigen Länder unter der Roten Fahne als eine Armee der Weltrevolution zu kämpfen."

Obwohl Manatow ausgewiesen wurde, fraß das bolschewistische Gift weiter. Der mit großem Pomp in Baku inszenierte „Erste Kongreß der Völker des Ostens" vom September 1920 gestaltete sich zu einer Kundgebung nicht nur gegen England, sondern auch gegen Mustafa Kemal, dessen Politik der Präsident des Kongresses, Sinowjew-Radomyslskij, scharf kritisierte: „Wir vergessen keinen Augenblick, daß die Bewegung, an deren Spitze Kemal steht, keine kommunistische Bewegung ist. Die große Bedeutung der im Osten beginnenden Revolution besteht nicht darin, die englischen Herren Imperialisten zu bitten, die Füße vom Tisch zu nehmen, um dann den reichen Türken zu gestatten, ihre Füße um so bequemer auf den Tisch zu legen . . . Wir müssen warten, bis in der Türkei eine wahre Volksrevolution ausbricht." Und in dem von Mustafa Süphi mitunterzeichneten „Aufruf des Kongresses an die Ostvölker"²) wird erklärt: „Alle bisherigen Heiligen Kriege waren nichts als Lug und Trug; sie dienten nur den Interessen Eurer eigennützigen Herrscher. Nun rufen wir Euch zum ersten wahren Heiligen Kriege unter dem Roten Banner der Kommunistischen Internationale. Erhebe Dich, Bauer Anatoliens!" Die in Angora erscheinende Zeitung „Emek" übernahm in ihrer Nr. 6 einen Hetzartikel³) aus dem Blatt der türkischen Kommunisten in Bulgarien „Ziya", der mit folgenden Worten schloß: „Absoluter Herrscher Anatoliens ist Kemal . . . Er wird das Volk Anatoliens nicht glücklich machen . . . Nur die soziale Revolution kann das Volk . . . befreien; deshalb wird gleich nach Beendigung des Krieges gegen den griechischen Imperialismus der Bürgerkrieg eröffnet werden."

¹) „Cumhuriyet", Tageszeitung, Nr. 2594, Istanbul, 28. Juli 1931.
²) „Almanach des Verlages der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1921.
³) „Nowyj Wostok", Zeitschrift, Bd. II, Moskau.



Nachdem die Regierung dem Spiel ihrer „Freunde" eine Zeitlang zugeschaut und im Dezember 1920 sogar die „Volkskommunistische Partei" („Halk Iştirakûn Firkasi") amtlich zugelassen hatte, entlud sich das lange drohende reinigende Gewitter. Der Verrat des Freischärlers Tscherkeß Edhem, der mitten im Krieg zum Aufstand und Streik aufrief¹), bewog Mustafa Kemal, zuzupacken und die Apostel des Unfriedens hinter Schloß und Riegel zu setzen. Die Woge der Volksempörung gegen die Sendlinge Moskaus verschlang auch Mustafa Süphi, der gerade in diesem Augenblick seine Arbeit in Anatolien aufnehmen wollte. Zusammen mit 14 führenden Genossen verhaftet und ausgewiesen, verschwand er in den Fluten des Schwarzen Meeres, ohne daß die Sowjetregierung seinetwegen einen ernsthaften Schritt unternahm.

Im Gegenteil: diese Klärung der innerpolitischen Lage scheint die Verhandlungen über den „Freundschafts- und Bruderschaftsvertrag" erleichtert zu haben, der endlich am 16. März 1921 zustande kam. Wenn einzelne Unentwegte in Moskau glaubten, daß dieser Vertrag „die soziale Revolution wie in der ganzen islamischen Welt, so auch in der Türkei beschleunigen" werde²), so irrten sie sich gründlich. Erst im Herbst 1921 nach der Sakariaschlacht konnten sich die Kommunisten von ihrer schweren Niederlage erholen. Durch das besondere Amnestiegesetz der Türkischen Großen Nationalversammlung vom 29. September 1921 aus dem Gefängnis befreit, schlossen sie sich im März 1922 von neuem als „Volkskommunistische Partei" zusammen. Ihr neues Organ „Yeni Hayat" führte eine wesentlich vorsichtigere Sprache als „Emek". Im September 1922 fand in Angora der erste illegale Parteitag statt: unter den 30 Delegierten befanden sich zwei Bauern und ein afrikanischer Neger. Die Sowjetregierung und die Komintern waren durch Beobachter vertreten. Zutreffend bemerkte ein deutscher Teilnehmer³): „Der Zeitpunkt einer wirklichen proletarischen Revolution ist in diesem Lande noch sehr weit entfernt."

Nach Vertreibung der Griechen aus Anatolien und Ostthrakien zögerte die türkische Regierung nicht, den Anhängern der Weltrevolution zum zweiten Male den Prozeß zu machen. Unter der Beschuldigung, mit Hilfe von „Ausländern" den verbotenen Parteitag abgehalten zu haben, wurden über 200 Kommunisten in verschiedenen Städten verhaftet und wegen Hochverrats und Spionage angeklagt. Obwohl in den folgenden Jahren die innerpolitische Lage der Türkei sich weiter festigte, jagte Moskau auch fernerhin dem Phantom einer proletarischen Revolution in diesem Lande nach. Einem der Haupthetzer (Dr. Schefik Hüsnü), der vom Unabhängigkeitsgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, gelang es, in die schützenden Arme der Sowjets zu fliehen. Von dem sonstigen Treiben der Kommunisten erfuhr die Öffentlichkeit nur gelegentlich durch Prozesse, in denen fast regelmäßig der „Edelkommunist" Nazim Hikmet eine Rolle spielte. Sobald dieser seine Strafe verbüßt hatte, pflegte er die türkische Arbeiterschaft mit einem neuen kommunistischen Erguß zu beglücken, der ihn alsbald ins Gefängnis zurückbrachte.

Die Liebe und Verehrung, die Kamâl Atatürk heute bei seinem Volke genießt, scheinen es der Türkischen Republik zu gestatten, sehr freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion zu unterhalten. Diese hindern aber die Komintern nicht, auch jetzt noch ihre Wühlarbeit gegen die Türkei fortzusetzen. Wenige Monate nach dem herzlichen Empfang, der im Oktober 1933 dem Kriegskommissar Woroschilow in Ankara bereitet wurde, erschien im parteiamtlichen Verlag in Moskau eine Sammlung von „Programmatischen Urkunden der Kommunistischen Parteien des Ostens", in der auch das gegenwärtige Aktionsprogramm der KPT enthalten ist. Es zeigt mit so überraschender Offenheit die Einstellung der III. Internationale gegenüber der Türkei von heute, daß es eine eingehende Behandlung verdient.

*

¹) „Cumhuriyet", Nr. 2593.
²) Pawlowitsch-Weltman, „Die revolutionäre Türkei" in „Die Türkei im Kampf um die Unabhängigkeit", Moskau 1925.
³) Leonid-Friedrich, „Angora", Berlin 1923.

Aus dem Aktionsprogramm der KPT:

„1. Die KPT, die als Sektion der Komintern gilt, führt den Kampf gegen den Imperialis-
mus und die Herrschaft der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer unter den besonderen
Bedingungen der Türkei für die UdSSR, für die internationale proletarische Revolu-
tion und den Kommunismus, für die Ablösung der bestehenden bürgerlichen Herr-
schaft durch das Sowjetsystem. Indem diese Partei das Proletariat organisiert und den
Klassenkampf gegen alle Arten der Unterdrückung und Ausbeutung führt, bereitet sie
die Bedingungen für die Diktatur in Sowjetform vor ... Nur diese Diktatur kann
den Übergang zum sozialistischen System im Bunde mit der UdSSR sichern.

2. Die KPT führt einen unversöhnlichen und erbitterten Kampf gegen die kemalistische
Volkspartei ... unter Enthüllung ihres volksfeindlichen Charakters und ihrer Ver-
bindung mit dem ausländischen Imperialismus.

8. Die KPT kämpft für eine allgemeine Amnestie aller Revolutionäre, die in den Ge-
fängnissen Kemals schmachten.

10. Die KPT enthüllt das Parlament vor den Massen als ein Mittel der kemalistischen
Diktatur.

13. Die KPT erkennt das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten ohne jede
Einschränkung und bis zur gänzlichen Lostrennung von der Türkei an.

20. Die KPT bekämpft jede Außenpolitik, die eine Annäherung an die imperialistischen
Großmächte sucht, sie erstrebt ein politisches und wirtschaftliches Bündnis mit der
UdSSR, weil nur die enge Zusammenarbeit der werktätigen Massen der Türkei mit der
UdSSR die Unabhängigkeit der Türkei verbürgt; sie tritt für ein enges Bündnis mit
der nationalen Befreiungsbewegung der vom Imperialismus unterdrückten Kolo-
nien und Halbkolonien ein.

28. Die KPT bekämpft die Wirtschaftspolitik der kemalistischen Diktatur, eine Politik,
die zur Unterstützung der großkapitalistischen Unternehmungen und der damit verbun-
denen türkisch-fremdländischen Gesellschaften dient.

29. Die KPT ist davon überzeugt, daß nur die engste Vereinigung mit den Kräften der
UdSSR, wo der Fünfjahresplan verwirklicht wird, die freie wirtschaftliche Entwick-
lung der Türkei verbürgt.

39. Die KPT richtet ihre besondere Aufmerksamkeit auf den Kampf unter der Jugend
der armen Klassen ...

40. unter der Lehrerschaft und

41. in der Armee.

44. Sobald die KPT die Macht übernimmt, organisiert sie die Abwehr der Gegenrevolution.

53. Die KPT wird den Arbeitern in der Türkei alle Vorteile gewähren, die die Arbeiter
in der UdSSR genießen.

55. Den nationalen Minderheiten, die in geschlossenen Massen leben (z. B. Kurden,
Lasen), verleiht die Arbeiter- und Bauernregierung der Türkei das Recht auf Selbst-
bestimmung einschließlich der Trennung vom türkischen Staat ... Die Kommunisten
werden für einen brüderlichen Bund der werktätigen Massen der Minderheiten mit den
türkischen Arbeitern und Bauern sorgen. Gleichzeitig wird die türkische Arbeiter-
und Bauernregierung, die sich in Form einer Sowjetrepublik organisiert, ein Bündnis
mit den werktätigen Massen der bisher unterdrückten Minderheiten in Form eines
Bundes von Sowjetrepubliken für den Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus
erstreben ..."

Im Vorwort zu diesem Programm wird ein Ausspruch von Stalin zitiert: „Die kemalistische Revolution ist eine von der nationalen Handelsbourgeoisie von oben her gemachte Revolution, die im Kampf mit den fremden Imperialisten entstand und sich in ihrer weiteren



Entwicklung naturgemäß gegen die Bauern und Arbeiter und gegen die Möglichkeit einer Agrarrevolution selbst richtete." Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick wird großspurig behauptet, daß die KPT trotz der grausamen Schläge des weißen Terrors heute 90 % aller türkischen Arbeiter umfasse.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Programm der Gedanke, daß der Kampf gegen den Imperialismus vom Kampf gegen die kemalistische Volkspartei nicht zu trennen sei.

Daß ein solches Buch unter mindestens stillschweigender Billigung der Sowjetregierung erscheinen darf, wirft ein eigenartiges Licht auf die freundschaftlichen Beziehungen Moskaus zur Türkei, die erst kürzlich von Molotow und Litwinow als „Musterbeispiel der Politik des Friedens und der praktischen Zusammenarbeit" gepriesen worden sind. Aber weit ist das Gewissen der Moskauer Bolschewisten auch gegenüber ihren besten Freunden!

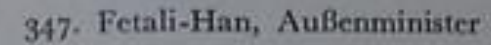
Oder sollte vielleicht Pawlowitsch-Weltman mit seiner Prophezeiung[1]) recht behalten: „Das Bündnis mit der Türkei kann lediglich einen zeitweiligen Charakter tragen"?

[1]) Hurwicz, „Die Orientpolitik der Dritten Internationale", Berlin 1922.

# V.

## Die Komintern und die Völker der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)





347. Fetali-Han, Außenminister



348. Yusufbeyli Nasip Bey, Ministerpräsident



349. Hasan Bey, Präsident des Parlaments

alle von Kommunisten 1920 erschossen

# ASERBEIDSCHAN

von

Redakteur Hilal Munschi

Die türkische Republik Aserbeidschan hat das Unglück, zu denjenigen Ländern zu gehören, in denen Moskau erbarmungslos und nach allen Regeln der bolschewistischen Kunst herrscht. Die Sowjetmachthaber sind Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und zugleich auch der III. Internationale. Hat die Komintern ein Land so weit zersetzt, daß dort die Unterwelt die Straße beherrscht und die bestehende Ordnung vernichtet ist, dann erscheinen die „legalen Organe" auf der Bühne der örtlichen Sowjets. Moskau hat mit dieser Methode alle sogenannten „Bundesrepubliken" der Union „sowjetisiert" und sich einverleibt.

Aserbeidschan liegt heute bereits seit 15 Jahren in den schweren Ketten des Bolschewismus. Der Leninismus und Stalinismus feiern ihre Orgien in diesem reichen Lande, wo bis zum Jahre 1920, d. h. bis zur Vernichtung der nationalen Selbständigkeit, Ruhe und Ordnung, Wohlstand und Nationalgeist geherrscht hatten.

Die offizielle Begründung der Eroberung Aserbeidschans geht dahin, daß „die proletarischen Massen Aserbeidschans ihre Moskauer Brüder zu Hilfe gerufen haben, um sie von der kapitalistischen Regierung in Baku zu befreien". Diese These wurde nicht allein bei der Besetzung Aserbeidschans angewandt, sondern auch bei der Besetzung Georgiens, der Ukraine, des Nordkaukasischen Staatenbundes, der Krim, Turkestans, Idel-Urals, Ostkareliens, beim Putsch in Estland usw. Hätten nun die jahrelangen Wühlereien der Komintern in China, Deutschland, Polen, den Randstaaten oder irgendwo die ersehnten Früchte gebracht, so hätte Moskau seine Aktionen in diesen Ländern mit denselben Worten begründet.

Tschitscherin brachte im Frühjahr 1922 zur Genueser Wirtschaftskonferenz auch einige Vertreter der „selbständigen Sowjetrepubliken" (Aserbeidschan, Georgien und Ukraine) mit sich, um die Anklagen wegen der gewaltsamen Vernichtung jener Republiken zurückzuweisen. Das Auftauchen dieser „Vertreter" – übrigens dreier obskurer Typen mit übelster Vergangenheit – sollte die „irrigen Behauptungen und ungerechten Verleumdungen der Sowjetfeinde" zerstreuen. Allerdings hatte Tschitscherin mit dieser Komödie nur wenig Erfolg.

Gerade Aserbeidschan hat keine „proletarischen Massen" und keine „marxistischen Elemente", auf die sich Moskau berufen und verlassen könnte. Kein geringerer als Stalin selbst hat sich oft auf den Parteikongressen bitter darüber beklagt, daß Moskau in einem so wichtigen Grenzlande wie Aserbeidschan bis jetzt kein „Proletariat" bzw. keine genügenden „marxistischen Kader" besitzt, obwohl man seit 15 Jahren das ganze Land in ein Meer kommunistischer Propaganda getaucht hat. Wenn Dschugaschwili sich über die „Mißstände" beklagt, so muß er doch auch wissen, daß in einem Lande, wo von 3 Millionen Einwohnern etwa 2,8 Millionen Mohammedaner und nationalbewußte Türken sind, keine andere Idee als der Haß gegen die Fremdherrschaft des Nordens besteht.

Sowohl die geistige Struktur als auch die kulturelle Entwicklung des Aserbeidschanischen Volkes sind niemals für den Marxismus geeignet gewesen. Kulturell ist der Aserbeidschaner mit seinen Volksgenossen in der Türkei so stark verbunden, daß ein Unterschied zwischen dem anatolischen und aserbeidschanischen Türken überhaupt nicht feststellbar ist. Die Quellen ihrer nationalen Begeisterung liegen in der gemeinsamen und ruhmreichen Geschichte des Türkentums. Auf der anderen Seite ist der Aserbeidschaner mit den ebenfalls von Moskau unterdrückten Türken in Turkestan, Idel-Ural, Nordkaukasus und der Krim kulturell und schicksalsmäßig verbunden.

Aserbeidschan ist kein Industrieland mit den in marxistischen Pamphleten beschriebenen „Arbeitermassen". Es ist vorzugsweise ein Agrarland, wo fast jeder Bauer sein eigenes Feld, seine eigenen Last- und Nutztiere besaß. Der Bauer hat niemals das System der Leibeigenschaft gekannt, den Schandfleck der Geschichte Rußlands, der heute im Bolschewismus wiedergekehrt ist. Der türkische Bauer war stets freier Eigentümer seiner Scholle. Wenn der russische Bauer heute schlimmer als in den Zeiten der Leibeigenschaft aus einem Kolchos in den anderen Kolchos getrieben wird und unter der Knute eines vaterlandslosen Gesindels judo-marxistischer Herkunft Felder bestellen muß, so empfindet der Türke diese Schmach der Sklaverei noch stärker.

Dies ist auch Stalin bekannt, weil er als Georgier die Psyche seines Nachbarvolkes ganz genau kennt. Die dauernden Aufstände der Bauern, die fortwährenden Revolten des türkischen Teiles der Arbeiterschaft in den Petroleumgebieten von Baku, der passive Widerstand der kollektivierten türkischen Bauern, die massenhafte Flucht des Volkes nach der Türkei und Iran, die Sabotageakte der Bevölkerung gegen die Maßnahmen und Verordnungen der Partei, das Umsichgreifen der nationalistischen Bewegung in den intellektuellen Schichten des Landes und die Vermehrung antikommunistischer Selbständigkeitsorganisationen sind die natürlichen Folgen der fünfzehnjährigen Herrschaft der Roten, die sich in Aserbeidschan viel barbarischer als ihre Vorgänger in der Zarenzeit benehmen.

Rußland hat Aserbeidschan zuerst im Jahre 1801 angegriffen. 30 Jahre hat es gedauert, bis der Zarismus sich in Aserbeidschan einigermaßen festsetzen konnte. Und selbst dann hat das Russische Imperium es nicht fertiggebracht, seine Macht in alle Teile des Landes auszubreiten. Der Bauer revoltierte, er organisierte Aufstände und flüchtete in die Berge. Er führte den Guerillakrieg gegen die fremde Macht, die gekommen war, um sein Volk zu russifizieren und die Reichtümer des Landes auszubeuten.

Mit Haß stellte sich das Volk den am 27. April 1920 in Aserbeidschan eingedrungenen Bolschewisten entgegen, denen es im Laufe der nächsten Jahre oft blutige Schlachten in allen Provinzen lieferte. Die Bemühungen der Komintern, die der gewaltsamen Vernichtung des nationalen Staates durch die Rote Armee vorangingen, waren für Moskau von keinem großen Nutzen, weil alle Versuche, wenigstens unter dem russischen Teil der Arbeiterschaft im Petroleumgebiet einen Aufstand zu organisieren, fehlschlugen.

Der Kampf entbrannte zwischen ungleichen Gegnern an mehreren Fronten. Es war ein Kampf 1 : 10. Die junge Republik Aserbeidschan, die in den zwei Jahren ihrer Selbständigkeit ein kleines Heer von etwa 10000 Mann organisiert hatte, leistete dem militärisch weit überlegenen Feind starken Widerstand. Nach der Besetzung Bakus erfolgte eine



allgemeine Volkserhebung in allen Teilen des Landes, die die Vollendung der bolschewistischen Machtergreifung mindestens noch zwei Jahre hinauszögerte.

Das Aserbeidschanische Volk befindet sich nunmehr in den Händen der Roten Barbaren und muß alle grausamen „Experimente" des Bolschewismus unter dem Terror der GPU über sich ergehen lassen. Inzwischen läßt die Komintern kommunistische Werke immer mehr in die türkische Sprache übersetzen, da man in Moskau feststellen mußte, daß das aserbeidschanische „Proletariat" nicht einmal die elementarsten Grundsätze des Kommunismus kennt.

Gleich nach Beginn der bolschewistischen Revolution sandte Lenin den berüchtigten Türkenhasser Schaumian nach Baku, damit er die bereits im ganzen Lande einsetzende Unabhängigkeitsbewegung mit Hilfe der von der türkischen Front zurückkehrenden bolschewistischen Soldaten der russischen Armee im Keime ersticke. Zugleich aber versah man Schaumian mit dem später berühmt gewordenen „Dekret Nr. 13", wonach er aus den von der Zarenarmee eroberten Teilen der Türkei eine „Nationale Armenische Republik" zusammensetzen und deren Selbständigkeit proklamieren sollte. Für diese doppelte Aufgabe – Verhinderung der Selbständigkeitsbewegung der transkaukasischen Völker und Gründung eines „Großarmenischen Staates" – hatte Lenin dem Armenier Schaumian zwei Richtlinien mit auf den Weg gegeben: kommunistische Propaganda im Kaukasus, hauptsächlich in Baku und Tiflis, und Schaffung eines Bündnisses zwischen den Kommunisten und den armenischen Nationalisten („Daschnaken").

Bezeichnenderweise wollte Lenin von einer Selbständigkeit des zu Rußland gehörenden Teiles von Armenien nichts wissen; er wollte nur für die „unterdrückten Armenier in der Türkei" eintreten. Schaumian machte seinen Verbündeten zur Bedingung, daß die armenischen Nationalisten unter allen Umständen mit den Kommunisten Hand in Hand zu gehen hätten, um die Bestrebungen der „Musavatisten" (Anhänger der aserbeidschanischen nationalen Partei „Musavat") zu bekämpfen. Trotz dieser Bemühungen haben alle damaligen Wahlen mit einer erschreckenden Niederlage für die Jünger Lenins geendet. Schaumian und Genossen blieben immer weit zurück hinter den dem ganzen Volke seit Jahrzehnten bekannten Führern, wie Resul-Zade Mehmet Emin, Toptschibaschi Ali Merdan, Fethali Han, Hassan Bey Yusufbeyli, Nasip Bey u. a. m. Diese Namen sind bekannt als Führer des Türkentums auch in anderen türko-tatarischen Ländern der UdSSR. Sie kämpften unter dem Zarismus nicht allein für die Befreiung ihrer eigenen Heimat, sondern vertraten oft, wie z. B. Toptschibaschi Ali Merdan Bey, auch die Interessen Turkestans u. a. in der Reichsduma. Darum blieben alle bolschewistischen Versuche fruchtlos. Die Unabhängigkeitsbewegung zeitigte hingegen einen solchen Fortschritt, daß die Ausrufung der Republik Aserbeidschan zur baldigen Verwirklichung drängte.

Um die Situation zu retten und sich vor der Komintern rechtfertigen zu können, mußten die Bolschewisten zur Gewalt greifen. Am 31. März 1918 veranstalteten sie in Baku und anderen Städten mit Hilfe der völlig demoralisierten russisch-armenischen Truppen ein grausames Blutbad. Ihm fielen allein in Baku 15000 unschuldige Männer, Frauen, Greise und Kinder zum Opfer, übrigens zumeist aus den Kreisen der Arbeiterschaft und der Intellektuellen. Die Redaktionen der türkischen Presse, die Gebäude der nationalen Organisationen und alles, was überhaupt als national bekannt war, wurde in Brand gesteckt und vernichtet.

Es vergingen aber kaum vier Monate nach diesem Blutbad, als dem Traum Lenins ein jähes Ende bereitet wurde: die vereinigten aserbeidschanisch-türkischen Truppen eroberten Baku zurück und machten Schluß mit der kommunistisch-armenischen Blutherrschaft.

Diese Periode des Roten Terrors blieb für die Aserbeidschaner stets eine grausige Erinnerung. Deshalb gab das Volk während des Bestehens der Nationalen Republik bei keiner Wahl seine Stimme den Kommunisten, obwohl sie ihre Propaganda mit allen Mitteln betreiben konnten.

Trotz seiner Tapferkeit wurde das Türkische Volk Aserbeidschans von den Bolschewisten überwältigt. Trotz seines mutigen Widerstandes wird dieses Volk bis heute von den Bolschewisten geknechtet, zersetzt und ausgebeutet. Und dennoch hat es den Willen zur Freiheit nicht verloren.

# GEORGIEN

von

Dr. N. Nakuraschwili, London

Über vierzehn Jahre lebt Georgien unter der Sowjetherrschaft. Für alle, denen das Schicksal ihres eigenen Landes und Volkes am Herzen liegt, wird es von großem Interesse sein, zu erfahren, wie ein edles Kulturland zugrunde gerichtet und das urchristliche Volk der Georgier dem Bolschewismus zum Opfer gebracht wurde.

Seiner geopolitischen Lage wegen ist Georgien stets ein Kampfobjekt großer Mächte gewesen. Christlich seit dem 3. Jahrhundert, war es das äußerste Bollwerk der abendländischen Kultur, das der Ausbreitung des Islam standzuhalten vermochte. Trotz seiner ungünstigen Lage verstand Georgien aber immer, sich sein nationales Leben zu erhalten und seinen Glauben zu bewahren. Die georgischen Könige versuchten immer wieder, mit Europa in Verbindung zu treten und mit den westlichen Staaten Bündnisse zu schließen. Da aber all diese Versuche erfolglos blieben und das Land sich in schwieriger politischer sowie wirtschaftlicher Situation befand, mußte sich Heraklius II. im XVIII. Jahrhundert an Rußland wenden. Es kam so im Jahre 1783 zum Vertrag zwischen Tiflis und Petersburg. Die Zaren hielten aber ihr Treuebündnis nicht. Am 12. September 1801 wurde Georgien annektiert und in ein Gouvernement des Imperiums verwandelt.

So lagen die Verhältnisse, als im Jahre 1892 eine kleine Gruppe georgischer Intellektueller begann, die marxistische Lehre zu verbreiten. Schon ein Jahr darauf wurde die Georgische Sozialdemokratische Partei durch Jordania (Ministerpräsident Georgiens 1918–21), Makharadse (jetziger Führer der Kommunistischen Partei Transkaukasiens) u.a.m. gegründet und der Sozialdemokratie Rußlands angeschlossen. Angesichts der damaligen sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung (90% Bauern) und der schwachen Entwicklung von Industrie und Handel (Makharadse gab für das Jahr 1894 die Zahl der Arbeiter in sämtlichen Betrieben Georgiens mit 22828 an) hatte der georgische „Marxismus" immer zwei Seelen in seiner Brust: praktisch eine nationale und theoretisch eine internationale. Nach der Revolution von 1905 in Rußland und der Schaffung des Parlaments („Duma") erhielt die Sozialdemokratische Partei die Möglichkeit, auf der Bühne der russischen Politik aufzutreten.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges setzten alle nationalgesinnten Georgier ihre Hoffnungen auf den Sieg der Zentralmächte. Sie glaubten, daß im Falle einer Niederlage Rußlands unbedingt die Revolution ausbrechen und allen Völkern des Zarenreiches die langersehnte Befreiung mit sich bringen müßte. Im Auslande gründete man ein Georgisches Unabhängigkeitskomitee. Führende Vertreter der georgischen Sozialdemokratie wußten jedoch nach dem Sturz der russischen Monarchie nichts besseres, als sich an dem „neuen Regime" aktiv zu beteiligen.

Unterdessen entstanden zur Wahrung der Rechte und Interessen der Aserbeidschaner, Armenier und Georgier die Nationalräte. Mit der Machtergreifung durch die Bolschewisten in Petrograd und Moskau kamen in die transkaukasischen Länder viele georgische und russische Sozialdemokraten. Als der ganze Norden in Flammen des Terrors stand, herrschten unten im kaukasischen Süden Ruhe und Ordnung.

Am 10. Februar 1918 trat in Tiflis der Landtag Transkaukasiens zusammen. Als die Türken, auf Grund des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, die Stadt Batum besetzten, erschien eine Landtagsabordnung, um mit ihnen zu verhandeln. Am 9. April 1918 wurde dann die Unabhängigkeit Transkaukasiens proklamiert. Leider scheiterten die deutschen Vermittlungsbemühungen (General von Lossow und Graf von der Schulenburg) bei den Türken. Die Lage spitzte sich dermaßen zu, daß der georgische Delegationsführer, der



Sozialdemokrat Tschchenkeli, am 25. Mai dem Georgischen Nationalrat vorschlug, die Unabhängigkeit Georgiens von Rußland zu proklamieren. Das geschah am 26. Mai 1918.

Zu jener Zeit rückten vereinbarungsgemäß die deutschen Truppen (General Kreß von Kressenstein) ins Land und wurden von der georgischen Bevölkerung mit Jubel empfangen. Die Deutschen mußten – nach dem Sturz der Hohenzollern in Berlin – Georgien wieder verlassen. An ihre Stelle kamen die Engländer.

Im Jahre 1919 wurde dann die Georgische Konstituierende Versammlung, in der die Sozialdemokraten die Mehrheit bildeten, gewählt, und der „menschewistische" Staat ging daran, verschiedene Reformen auf seine Art durchzuführen, die leider die nationalen Widerstandskräfte oft eher schwächten, als stärkten. Vor allem zögerte die damalige Regierung mit der Schaffung einer regulären Wehrmacht.

Ende 1919 verließ auch die englische Besatzung Georgien. Die kommunistische Gefahr rückte näher. Am 28. April 1920 haben die Sowjets Aserbeidschan erobert und standen bereits an der Grenze Georgiens. Es kam dann zum Vertrag vom 7. Mai, wonach Moskau die Unabhängigkeit der Georgischen Republik anerkannte und sich verpflichtete, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Georgiens zu unterlassen. Dafür mußte die georgische Regierung ihrerseits große Zugeständnisse machen, „die nötigen Maßregeln zu treffen, um sämtliche Truppen und Detachements, die nicht zur Georgischen Armee gehören, zu entfernen (Art. 5, §5), ihnen den Aufenthalt in Georgien zu verbieten und den Einzelpersonen dieser Truppen den Eintritt selbst als Freiwillige in den georgischen Militärdienst zu verwehren (Art. 5, §7)." Wie Prof. Awilesschwili später schrieb, „war es de facto eine offene Anerkennung der politischen Vorherrschaft der Moskauer Regierung und Verzicht auf eine europäische Orientierung".

Die Ententemächte erkannten aber das unabhängige Georgien am 27. Januar 1921 de jure an und erörterten auch die Frage der Aufnahme in den Völkerbund. Vierzehn Tage später antworteten darauf die Truppen Moskaus mit dem Überschreiten der georgischen Grenze ohne vorherige Kriegserklärung. Zum Kriege nicht vorbereitet, konnte die junge Republik sich nicht lange halten. Tiflis fiel am 25. Februar 1921.

Die Sowjetmacht hatte also Georgien unterworfen. In Gestalt eines wilden Bolschewismus, der seinem Wesen nach den Kaukasiern völlig fremd ist, drang Moskau weiter vor. Für die Weltöffentlichkeit dichteten die Sendboten der Kommunistischen Internationale ein Märchen zusammen, wonach ein „Aufstand der Arbeiter und Bauern, die die Rote Armee zur Hilfe gerufen hätten", in Georgien ausgebrochen sein sollte.

Eine Diktatur der Sowjetbajonette wurde im Lande der Georgier errichtet. Gleich in den ersten Tagen der Okkupation waren unzählige Menschen verhaftet, die nationalen Selbstverwaltungsorgane auseinandergejagt und sämtliche politischen Funktionen dem Lande genommen worden. Im Herbst 1922 verwandelte Moskau Georgien in eine Sowjetrepublik im Rahmen der UdSSR. Damit gingen die letzten Spuren einer formellen Souveränität verloren.

Georgien kapitulierte aber auch unter dem Bolschewistenjoch nicht. Das Volk stand in den Jahren 1921 und 1922 gegen die Unterdrücker auf. In Kachetien kämpften die empörten nationalbewußten Georgier unter Führung von Tscholokaschwili gegen die Übermacht der Roten. Keine Grausamkeiten der Tschekisten vermochten das Volk einzuschüchtern. In den Städten fanden Massendemonstrationen statt, an denen meistenteils Frauen und Schulkinder beteiligt waren. – Daß die Unterwerfung Georgiens eine schon längst beschlossene Sache war, beweisen folgende Worte aus den „Materialien zum politischen Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Georgiens" (Tiflis 1925): „Genosse Trotzkij, der neulich in Tiflis war, bezeichnete die Lage in Georgien wie folgt: ‚Im Jahre 1922 sagte mir Stalin, man müsse Georgien kreuz und quer umpflügen, um dort den Einfluß und die Kraft der Konterrevolutionäre zu vernichten'." Also der Jude Bronstein-Trotzkij gab das Zeichen zur Ausrottung der Georgier, und seine Henker begannen, das georgische Land „umzupflügen" ...

Schlimmer als in der Mongolenzeit wurde und wird die Kirche verfolgt. In den ersten zwei Jahren schlossen die Bolschewisten rund 500 christliche Gotteshäuser und wandelten dieselben in Sport- oder Klubhäuser um. In der Kathedrale in Tiflis konnte im Jahre 1925 die bekannte Tänzerin Isidora Duncan ihre Gastspiele geben. Die alte Kathedrale in Kuthais wurde kurzerhand abgerissen, um einem Lenindenkmal Platz zu machen. Auch in Tiflis und Batum wurden verschiedene Kirchen dem Abbruch preisgegeben. Der ehrwürdige 70jährige Patriarch Ambrosius versuchte in einer Denkschrift an die Konferenz in Genua (1924) dagegen zu protestieren, wurde aber verhaftet und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er starb im Gefängnis im Jahre 1927. Seine Mitangeklagten, der Metropolit von Kuthais, Nazarius, die Oberpriester Mzedlidse und Djadjanidse sowie der Protodiakonus Kuchianidse, wurden bald nach dem Prozeß erschossen.

Getreu seinem Ideal – „Lieber Heldentod, als Leben in Schmach!" – griff das zur Verzweiflung gebrachte Volk im August 1924 wieder zu den Waffen. Der beispiellose Kampf fast wehrloser Menschen gegen die regulären Sowjettruppen endete wieder mit dem Siege des Bolschewismus, und es begann ein wahres Hinschlachten der Georgier. Die Zahl der Ermordeten konnte nur auf Grund privater Feststellungen geschätzt werden. Es waren an 7000 Menschen. Prof. Dr. Erich Obst, der sich in jener Zeit auf einer Studienreise in Georgien befand, schilderte seine Eindrücke in der „Zeitschrift für Geopolitik"[1]) folgendermaßen: „Kaum eine einzige georgische Familie, die nicht den Verlust mindestens eines Angehörigen zu beklagen hat. Mit unerhörter Grausamkeit ist der georgische Aufstand niedergeschlagen worden. Die offizielle kommunistische Statistik gibt zwar an, daß nur einige hundert Menschen standrechtlich erschossen wurden. Aber wen interessiert diese Zahl? Die wirklichen Opfer einer rachelüsternen Soldateska zählen nach Tausenden. Sie wurden auch ohne standrechtliches Urteil erschossen, oftmals selbst dann, wenn sie nachweislich am Aufstand in keiner Weise beteiligt waren." An diesem Aufstand waren nicht nur Männer, sondern auch Frauen beteiligt. Die rechte Hand Stalins, Ordschonikidse, gab zu, daß die georgischen Frauen selbst ihre Männer anspornten, an dem Nationalaufstand teilzunehmen. Es wurden mehrere Frauen erschossen und sehr viele verbannt.

Das Georgische Volk kennt in seiner Geschichte genug Kriege und Aufstände. Jedoch waren seine früheren Feinde noch ritterlich, während diejenigen der Jetztzeit nur als Mörder bezeichnet werden können. Der bekannte Tschekist Mjasnikow schrieb in „Sarja Wostoka"[2]): „Als der Aufstand in Grusien unterdrückt war, sagte mir einer der Verhafteten: ‚Gewiß, der Aufstand ist liquidiert, aber ganz Europa wird davon unterrichtet sein' . . ." Armer Georgier, er wußte nicht, daß Europa und die ganze Welt an dem Schicksal eines zwei Millionen starken Kulturvolkes wenig interessiert sind!

Auf die Frage, wie viele Menschen erschossen seien, antwortete der Parteisekretär Kachiani: „Es fehlen die statistischen Zahlen, aber es waren nicht wenige. Jedenfalls werden sie sich nicht gefreut haben, den Aufstand organisiert zu haben. Wir haben sie zu Hunderten erschossen, und man muß sagen, daß die Aufständischen . . . nicht einen einzigen von unseren gefangenen Genossen zu erschießen wagten . . . Jetzt sollen sie Bericht nach Europa erstatten, ihr korrektes Benehmen uns gegenüber anerkennen lassen und zugleich von der Barbarei der Bolschewisten reden, die kein Menschenleben schonen. Lassen wir sie reden, das bringt uns keinen Schaden"[3]).

Nach dem Aufstand sind die Sowjets immer bestrebt gewesen, alle georgischen Kräfte aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen. Der oberste Repräsentant der Sowjetunion, Kalinin, verlangte sogar, daß alle arbeitslosen georgischen Intellektuellen aus Georgien entfernt und in anderen Teilen der UdSSR verwendet werden[4]). Ohnedies wurden Tausende von Georgiern nach Sibirien verbannt. Bereits im Aufstandsjahre gab es in Georgien unter den Beamten nur 50 % Georgier (in Tiflis nur 37 %). Im Jahre 1929 erklärte der

[1]) Jahrgang I, Heft 12. [2]) 14. September 1924. [3]) „Rabotschaja Prawda" vom 2. September 1924.
[4]) „Sarja Wostoka" vom 15. März 1925.



Kommunist Schgenti auf dem VI. Kongreß der KP Georgiens: „In unseren Versammlungen werden Berichte nicht mehr in der Volkssprache erstattet, man spricht nur russisch und nicht mehr georgisch. Wer russisch spricht, wird als aktiver Arbeiter gezählt, wer diese Sprache nicht kennt – als ‚passives Element'." Die „nationale Opposition" innerhalb der KP in Georgien nimmt aber immer zu. Und die Machthaber verfahren mit den Oppositionellen sehr kurz, indem sie Verhaftungen und Verbannungen anordnen.

In einem ununterbrochenen Kampfe stehen die Bolschewisten mit der georgischen Bauernschaft nach der Einführung der Kollektivwirtschaft, die die gesamte Landwirtschaft ruinierte. Denn die wichtigsten Landesprodukte, wie Wein, Obst, Tabak, Tee und Baumwolle, erfordern stets eine sorgfältige und sachgemäße Pflege des Einzelbauern. Dasselbe betrifft auch die stark entwickelte Schafzucht. Steuererhebungen erfolgen unter Peitschen und Prügeln. Es kommt sehr oft vor, daß den Bauern so viel Abgaben an Naturalien auferlegt werden, daß sie sie sich anderweitig beschaffen müssen. Die weltberühmten Weinberge sind fast halbiert worden. Die Tabakernte sank z. B. von 9739 t im Jahre 1929 auf nur noch 4400 t im Jahre 1931.

Bitter ist die Lage der Bauern in Georgien. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Landbevölkerung einige Male aufgestanden ist. Der Parteileiter Transkaukasiens, Eliava, mußte auf der Konferenz im Juni 1930 in Baku offen zugeben, daß die organisierten „Bauernbanden" gegen die Sowjetmacht kämpfen und in diesem Kampfe sich Leute zusammengefunden hätten, die früher einander haßten. So wurde z. B. eine „Bande" der Tataren von einem armenischen Geistlichen geführt.

Die „Diktatur des Proletariats" versucht auch die Kultur und die Volkssitten der Georgier zu zersetzen und in erster Linie die Familie als Grundpfeiler der Volksgemeinschaft zu vernichten. Das gesamte Schulwesen ist ausschließlich kommunistisch. In den Schulbüchern ist nur von der „Oktoberrevolution" und „Vater Lenin" die Rede. Die georgische ruhmvolle Geschichte wird darin nicht erwähnt. Die alten Universitätsprofessoren (Historiker und Begründer der Universität Dr. Ivane Djavachischwili und Philologe Grigol Zereteli) wurden wegen ihrer „nationalen" oder „religiösen Tendenz" entlassen. An der im Jahre 1930 gegründeten Akademie der Wissenschaften in Tiflis sind kaum 50 % Hochschullehrer, während den Rest Parteifunktionäre, die mit der Wissenschaft nichts zu tun haben, ausmachen. Wie der Universitätsrektor, der Kommunist Toroschelidse, vor einigen Jahren berichtete, gab es sehr viel Studenten, besonders unter den Zöglingen der bolschewistischen Schulen, denen es an den primitivsten arithmetischen Kenntnissen mangele . . . Das georgische Buch führt ein klägliches Dasein. Die Nationalwerke sind aus den Theatern verbannt. Nur die marxistisch-leninistisch-stalinistischen oder erotischen Bühnenstücke dürfen aufgeführt werden.

Es soll auch der georgische Geist ausgemerzt werden. „Alle Dichter, Romanisten, Dramaturgen, Publizisten müssen über die Kollektivierung schreiben und sie loben." Wer das nicht versteht und nicht alle seine Kräfte der proletarischen Revolution widmen will, „ist Reaktionär und wird bestraft"[1]). Es hilft den georgischen Schriftstellern auch nichts, sich in die Vergangenheit zu begeben. Sie werden scharf beobachtet und streng bestraft. Und trotzdem gelang es Moskau nicht, den freiheitliebenden Georgier zum Sklaven zu machen. Selbst die Schriftsteller, die, um einen üblichen Sowjetausdruck zu gebrauchen, „sich auf die Sowjetplattform stellen", konnten die aufgezwungenen Richtlinien nicht einhalten. So schrieb der junge Lordkipanidse: „Ich bin nicht in der Lage, in biblischer Sprache die Verordnungen des Zentralkomitees zu dichten oder die Direktiven der Kommunistenpartei zu besingen . . ." Und ein anderer Dichter (Wakeli) sagte, „daß sein Vaterland eine Welt des unsterblichen Kampfes sei, ein Garten auf der Brust des Weltalls und das georgische Blut der Sonne gleiche"[2]).

Wenn die Moskauer Bolschewisten sich mit Verfolgungen und allerhand Verboten in Georgien zu behaupten trachten, so können sie den georgischen Nationalgeist nicht verbieten. Der Kampf geht weiter.

[1]) „Kommunist" Nr. 69, 1930. [2]) „Kommunist" vom 9. Juli 1929.

# IDEL-URAL

von

U. F. Temir, Istanbul

Das Land an der Wolga und dem Uralgebirge, Idel-Ural („Idel" – türkischer Name der Wolga), ist uraltes türkisches Kulturgebiet mit türkischer Urbevölkerung, das im Norden und Nordosten finnisch-ugrische Stämme zu Nachbarn hat. Die mächtigen Staaten, die hier seit dem V. Jahrhundert entstanden, waren die Khanate Bulgar, die Goldene Horde und Kasan. Der große Handelsstaat Kasan versperrte seinem erstarkenden Rivalen, Moskowien, den Weg zum Orient. In dem über hundert Jahre langen Kriege blieb schließlich Moskau Sieger (1552).

Um das Wiederaufkommen eines fähigen Staatsvolkes – das die Moskowiter „Tataren"[1]) nannten – zu verhindern, unterdrückte die Zarenregierung all seine Kultureinrichtungen und beließ es unter systematischer Verfolgung in völlig entrechteter Lage. Erst Ende des XVIII. Jahrhunderts erlangten die Türken in Idel-Ural die elementarsten Rechte: Unterricht in der Muttersprache, Errichtung von Moscheen, Grunderwerb, Handel und Gewerbe. Der über zweihundert Jahre lange Widerstand gegen den Vernichtungswillen und das Russifizierungsbestreben Moskaus zeugt von der urwüchsigen Kraft, die dem Türkenvolk innewohnt.

In kurzer Zeit wurde Kasan zum Kulturzentrum nicht nur für Idel-Ural, sondern für alle Türkenländer überhaupt. So berichtete z. B. der Forscher Vambery im Jahre 1885: „Die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen zeigt (bei den Kasan-Tataren) einen so niedrigen Prozentsatz, der selbst in Frankreich und England nicht nachgewiesen werden kann." Die zaristische Regierung unterhielt vor 1917 im Gouvernement Kasan nur 35 türkische Schulen.

Die Hauptquellen der Volksbildung der Türken waren aber über 7000 Moscheen (der „Islamischen Religiösen Versammlung" in Ufa unterstellt), mit den an sie angegliederten Elementarschulen, deren Kosten ausschließlich von der islamischen Gemeinde getragen wurden. An diesen Schulen wirkten zumindest der Geistliche und seine Frau als Lehrkräfte. Diese Schulen vermittelten zwar keine höhere, wohl aber eine allgemeine Bildung, die weit über dem Durchschnitt der herrschenden Russen stand. Hieran ist auch zu erkennen, wie schwer die Vernichtung dieser Schulorganisation durch die religionsfeindlichen Bolschewisten die türkische Bevölkerung treffen mußte, um so mehr, als die Lehrer-Geistlichen von der neuen Sowjetlaienschule als „Klassenfeinde" nicht übernommen wurden. Die Folge war ein Absinken der allgemeinen Bildung bei der ländlichen mohammedanischen Bevölkerung unter der Gewaltherrschaft des Kommunismus.

Die Revolution von 1905 hatte mit der Schaffung eigener Presseorgane (vor 1905 durften die Türken in Rußland keine Zeitungen herausgeben), Vertretung in der „Duma" und der Gewährung der Freizügigkeit einen gewaltigen kulturellen Aufschwung zur Folge, der die Tataren in die vorderste Front der Freiheitsbewegung aller Türken in Rußland stellte. Die Revolution von 1917 brachte die Idel-Uraler insofern in eine Sonderlage gegenüber den Turkestanern und Aserbeidschanern, als sie nebst den Krimtürken militärdienstpflichtig waren und daher nach der Auflösung der Frontarmee des Zaren über eigene Nationaltruppen verfügten (die Zahl der Kriegsteilnehmer türkischer Nationalität aus Idel-Ural wurde auf 800–900000 geschätzt).

Auf den Kongressen der Türkvölker nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches wurde beschlossen, als Übergangslösung eine föderative Umbildung Rußlands auf der Grundlage

[1]) Die Tataren sind ein rein türkischer Volksstamm (wie auch die Baschkiren, Tschuwaschen usw.) und bilden die Mehrheit der Bevölkerung der heutigen Autonomen Republik Tatarstan und einen bedeutenden Teil von Baschkirien. Die Gesamtheit der Idel-Ural-Türken wird häufig auch Türk-Tataren oder nur Tataren genannt.



des Nationalitätenprinzips anzustreben. Der Staat Idel-Ural organisierte sich bald und übernahm zunächst die kulturellen Angelegenheiten. Leider gelang es seiner Militärorganisation („Schuro") infolge der inzwischen in Rußland ausgebrochenen Anarchie nicht, die an der Front gebildeten türkischen Truppen geschlossen in die Heimat zurückzuführen. So wurde Idel-Ural zum Schauplatz des Bürgerkrieges zwischen Roten und Weißen Machthabern.

Für die gegen Religion und Volkstum gerichteten Grundsätze des Kommunismus waren die Kasan-Tataren ebensowenig zu gewinnen, wie für dessen Internationalismus. Die jahrhundertelange Verfolgung durch das Zarenregime hatte das Volk nur fester an seine höchsten Werte gebunden. Der Türke in Idel-Ural und mit ihm 30 Millionen andere Türkenstämme unter Zarenherrschaft waren durch und durch nationalistisch, russenfeindlich und religiös gestimmt. Das haben die Bolschewisten in Moskau richtig erkannt, als der Rat der Volkskommissare am 7. Dezember 1917 folgenden „Aufruf an die Mohammedaner Rußlands und des Orients" erließ:

> „Genossen, Brüder, . . . Mohammedaner Rußlands, Tataren an der Wolga und in der Krim, Kirgisen und Sarten Sibiriens und Turkestans, Türken und Tataren Transkaukasiens, Bewohner des Kaukasus – alle, deren Moscheen und Gotteshäuser zerstört, deren Glaube und Sitten von den Tyrannen Rußlands mit Füßen getreten wurden! Von heute an werden Euer Glaube und Eure Sitten, Eure nationalen und kulturellen Einrichtungen für frei und unantastbar erklärt. Richtet Euer nationales Leben frei und unbehindert ein. Ihr habt Recht darauf. Wisset, daß Eure Rechte, wie auch die aller Völker Rußlands mit der ganzen Macht der Revolution und ihrer Organe . . . geschützt werden."

Die in die Enge geratenen Bolschewisten brauchten Rückendeckung und spekulierten außerdem auf die „Weltrevolution" im Orient. Damals gingen die Weißen Generäle gegen die Roten Truppen vor und machten kein Hehl aus ihren Plänen, das „einige und unteilbare" Rußland wieder aufzurichten.

Im März 1918 rief Moskau die „Tatar-Baschkirische Sowjetrepublik der Russischen Sowjetföderation" aus, die den nördlichen Teil Idel-Urals umfaßte. Was die Sowjets später als „Geschenk der Arbeiter- und Bauernrepublik" zu bezeichnen pflegten, war nur eine durch die damaligen Verhältnisse erzwungene Anerkennung eines Teiles der Mindestforderungen der türkischen Nationalisten. Das dem so ist, beweist auch die mit der Zeit fortschreitende Rücknahme dieser Zugeständnisse. Auch die „Tatar-Baschkirische Republik" wurde später in eine Tatarische und eine Baschkirische aufgeteilt. Eine Tschuwaschische, zwei autonome Gebiete, „Mari" und „Wotjak" (Finnenstämme), kamen dazu. An der mittleren Wolga wurde die Republik der Wolgadeutschen gegründet. Der südliche Teil kam zu Kasakstan.

Die Grenzziehung der durch ihre vollständige Abhängigkeit vom Kreml zur Bedeutungslosigkeit verdammten „Republiken" vollzog man nach den Gesichtspunkten des Roten Imperialismus Moskaus. Da man den Republiken einige Freiheit in der Umsiedlung lassen mußte, wurden aus denselben sorgfältig alle Gebiete herausgeschnitten, die dünn besiedelt waren (z. B. im Osten Baschkiriens), um diese Gebiete nach den Plänen Moskaus den Russen zu überlassen. Baschkirien mußte von Tatarstan und Tschuwaschstan getrennt werden, um von Moskau aus aufgefüllt zu werden (inzwischen geschehen), während der Bevölkerungsüberschuß der beiden letzten Gebiete nach Sibirien geleitet wird.

Wirtschaftspolitisch werden Industriegebiete (z. B. Magnitostroj im Ural) und Verkehrswege herausgeschnitten. Auf der Landkarte Idel-Urals läßt sich verfolgen, wie sich z. B. die Bahnen Samara-Orenburg und Orenburg–Swerdlowsk sowie die Untere Wolga auf schmalen, manchmal nur 15 Kilometer breiten, Moskau direkt unterstellten Streifen zwischen den zerstückelten „Republiken" hindurchschlängeln.

In kultureller Hinsicht sollte peinlichst vermieden werden, daß sich Stämme desselben Volkes zu größeren Einheiten zusammenschließen und Moskau gefährlich werden könnten.

So wurde die „Nation“ der Baschkiren entdeckt, die sich in der Sprache von den Tataren dadurch unterscheidet, daß sie alle „s“ mit einem „h“ aussprechen. Selbstverständlich bekamen sie auch ein eigenes Alphabet. Von den etwa 12 Millionen Einwohnern Idel-Urals wurden 8,5–9 Millionen in nationalen Gebieten untergebracht. Den Rest verwaltet Moskau direkt.

Mit statistischen Zahlen wird hin und her jongliert, um günstige Verhältnisse für die Moskauer Zwecke zu erzielen. Auf dem VII. Kongreß Sowjettatarstans warf z. B. der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare dem Leiter des Statistischen Amts, der Moskau direkt untersteht, die „Unterschlagung“ von 300000 Einwohnern vor, was eine scheinbare Vermehrung der Russen von 10% bedeutet.

Zu den eigentlichen Früchten der Bolschewistenherrschaft gehört zunächst die Hungersnot 1921/22, die niemals derartige Ausmaße angenommen hätte, wenn ihr nicht eine völlige Ausplünderung der Bauern in den vorhergehenden Jahren vorausgegangen wäre. Nach der Schätzung der amerikanischen und europäischen Hilfsorganisationen betrug die Zahl der Todesopfer damals 2–3 Millionen. Die Sowjetstatistik (1926) gibt den Rückgang der Bevölkerungszahl wie folgt an: Tataren 15% (seit 1920), Baschkiren 8% (seit 1913), Wolgadeutsche 14% (seit 1920). Seitdem vergehen in Idel-Ural keine zwei Jahre hintereinander, ohne daß eine neue Hungersnot ausbricht. Die Tragödie der Wolgadeutschen ist noch frisch im Gedächtnis. Seit fünf Jahren herrscht in Idel-Ural ununterbrochene Hungersnot. Dabei gab es zwischen 1891 und 1921 keine einzige bedeutende Mißernte.

Über die Lage der türkischen Bauern im Wolgagebiet nach der bolschewistischen „Agrarreform“ bringt die Sowjetstatistik aufschlußreiche Zahlen. Die russischen Siedler haben bei der Aufteilung des Großgrundbesitzes in Tatarstan 64,3% des Bodens erhalten, wodurch sich die Ungleichheit in der Bodenverteilung weiter zu Ungunsten der Tataren verschoben hat. Der russische Siedler besitzt im Durchschnitt 20% mehr Boden als der tatarische Bauer; außerdem ist seine Wirtschaft infolge besserer Lage und Beschaffenheit des Bodens um 50–60% ertragreicher. In der Begründung wird angeführt, daß „infolge der geschichtlichen Entwicklung“ der Großgrundbesitz „zumeist den russischen Dörfern näherlag“[1]).

Aber nicht immer haben die Bolschewisten der „geschichtlichen Entwicklung“ soviel Pietät entgegengebracht. In Baschkirien z. B. lagen die Verhältnisse umgekehrt. Vor der Revolution besaßen vom Boden: Baschkiren 44,2 %, Siedler (Russen) 20,9 %, Domänen 20 %. Der Anteil der Baschkiren betrug 6–8 ha pro Kopf. Und 1925 – nur noch 3,5–5,4 ha. Das kam laut offiziellen Sowjetquellen folgendermaßen zustande: da die „geschichtlich bedingte Verworrenheit in der Bodennutzung . . . weiter verschärft durch die unorganisierte Übersiedlung in den Jahren 1918–20 aus den zentralen Gebieten der RSFSR . . . mit Fällen eigenmächtiger Enteignung baschkirischen Bodens“ und die „unklaren Rechte der Baschkiren auf die ihnen entzogenen Ländereien . . . nach einer Klärung verlangten . . . veröffentlichte die baschkirische Regierung das Zirkular Nr. 41, welches das Besitzrecht derjenigen Personen auf den Boden bestätigte . . . die baschkirischen Boden nutzten.“[2]) Ist also die „Geschichte“ nicht in den Dienst der Moskauer Kolonisationspolitik zu stellen, so hilft ein „Zirkular Nr. 41“. Jedesmal aber bekommt der volksfremde Siedler den Boden.

Daß die Bolschewisten ihr Versprechen vom 7. Dezember 1917 nicht einhielten, konnte niemanden, außer einigen Phantasten, überraschen, die vergessen hatten, einen Blick in das Programm der Kommunistenpartei zu werfen. Kaum war der Bürgerkrieg zu Ende und die unmittelbare Bedrohung der bolschewistischen Herrschaft behoben, begann der Kampf gegen die Religion. 1931 blieb in Idel-Ural keine einzige Moschee ungeschlossen. Damit kehrten in bezug auf den Islam Verhältnisse zurück, wie sie vor 1784 geherrscht hatten. Aber genau

[1]) „In 5 Jahren“, Kasan 1925 (russ.).
[2]) „10 Jahre Sowjetbaschkirien“, Ufa 1929 (russ.).



wie die früheren 230 Jahre der Verfolgung den Islam nicht zu vernichten vermochten, so wird der Bolschewismus ihn auch nicht brechen können. Für die Politik der Komintern ist es bezeichnend, daß zwei Moscheen in Moskau zur Zeit noch offenstehen, damit die ausländischen Touristen und Diplomaten sich überzeugen können, wie „liberal“ sich die Kommunisten sogar in ihrer Hochburg dem Islam gegenüber verhalten . . .

Gleichzeitig setzte eine von Moskau befohlene Verfolgung der nationalen Kultur ein. Sämtliche vor der Revolution erschienenen türkischen Bücher wurden als „unproletarisch“ verboten. All das gipfelte in einer Propaganda, selbst die Muttersprache als „unproletarisch“ zu verwerfen und die „Sprache der proletarischen Revolution“ anzunehmen. Das wurde sogar von einem großen Teil der türkischen Kommunisten als Russifikationspolitik unter der Fahne des Kommunismus empfunden. Besonders stark war die Reaktion in Kasan.

Moskau witterte Ungehorsam. Anfang 1929 wurde in Moskau Sultan'ali, einer der ersten tatarischen Kommunisten und ehemaliger Stellvertreter Stalins im Volkskommissariat für Nationalitätenfragen, verhaftet, unter der Beschuldigung, in den türkischen Gebieten einen Aufstand gegen die Sowjetregierung vorbereitet zu haben. Er habe eine Organisation „Turan“ gegründet, der auch viele Kommunisten beigetreten seien, und die zum Ziel haben sollte, die Sowjetregierung in den türkischen Gebieten durch eine „Turanische Republik der Orientvölker“ zu ersetzen. In ihren illegalen Schriften und Aufrufen bezeichnete sie die KP als eine „Panrussische Partei“, die die Türkvölker in einzelne Stämme auflöst, um ein „einiges und unteilbares“ Rußland aufzurichten. Am 5. November desselben Jahres schloß eine aus je einem Juden, Russen und Letten bestehende Kontrollkommission des Zentralkomitees der KP in Moskau folgende führenden tatarischen Kommunisten aus der Partei aus: Muchtarow, Parteimitglied seit 1918, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare Tatarstans 1920–23, Sabirow, Mitglied seit 1918, Parteileiter von 1920–23, Mansurow, Mitglied seit 1917, Propagandaleiter der Partei 1920–23, Jambajew, Mitglied seit 1919, Volkskommissar für Landwirtschaft.

Bei der im April 1930 erfolgten Parteisäuberung wurden 261 Mitglieder als „automatisch ausgeschieden“ – d. h. verhaftet! – angegeben. 860 Tataren wurden aus der Partei ausgeschlossen, 239 von verantwortlichen Posten entfernt. Obwohl die Moskauer und Kasaner Zeitungen in der „Sache Sultan'ali“ bereits einen großen Schauprozeß angekündigt hatten, wurde Anfang 1931 die ganze Angelegenheit von der Sowjetregierung mit einmal totgeschwiegen. Sultan'ali und mit ihm viele andere sind spurlos verschwunden. Zehntausende sind in den Jahren 1929–31 aus dem Wolgagebiet nach Solowkij verbannt worden. Zu ihnen gehörte die gesamte intellektuelle Schicht der Tataren. Wie gründlich das „Aufräumen“ war, geht daraus hervor, daß 1932 60 % aller Schullehrer in Idel-Ural nur Volksschulbildung besaßen[1]).

Es muß auch festgestellt werden, daß der verantwortliche Parteisekretär in den „nationalen Republiken“, den Moskau als seinen allmächtigen Fronvogt entsendet und der sogar die Macht besitzt, die „Regierung“ abzusetzen, stets ein Jude, seltener ein Russe und niemals ein Einheimischer ist. So waren es z. B. in Tatarstan seit 1925: Morosow (Russe), Chotaiwitsch (Jude), Rasumow (Russe), sein Stellvertreter Abramow (Jude), z. Z. Lepa (Jude). In Baschkirien seit 1927: Jurewitsch (Jude), Bykin (Jude).

Nach der Sowjetstatistik ist der Anteil der nichtrussischen Mitglieder an der KP, mit Ausnahme von Juden, stets weit unter ihrem Anteil an der Bevölkerung zurückgeblieben. Die russischen Einwohner Idel-Urals stellen etwa 65–70 % aller Parteimitglieder. Wenn sie die unteren Massen der Partei bilden, so haben die Juden meistens die Leitung, und die Einheimischen sind die Opfer ihrer Politik. Diese Tatsache wird noch viel krasser, wenn man berücksichtigt, daß der Kommunismus der Türken häufig nur äußerlich ist. So wurde

[1]) „Die Revolution und die Nationalitäten“, Moskau 1932, Nr. 7.

z. B. durch die Kontrolle einer Komsomolabteilung in Tatarstan festgestellt, daß 25 % der jungen „Kommunisten" fasteten, was bei der Strenge des islamischen Fastens einen erheblichen religiösen Enthusiasmus voraussetzt.

Am deutlichsten lassen sich die Schwierigkeiten, denen Moskau in Idel-Ural gegenübersteht, erkennen aus den Worten des Juden Lepa, mit welchen er auf dem Parteikongreß am 15. Januar 1934 in Kasan den „lokalen Nationalismus" schilderte. Danach gehört zu seinem Wesen:

1. Das Bestreben, sich von der Sowjetunion unabhängig zu machen.
2. Verständnisloses Verhalten gegenüber dem Programm der Arbeiterklasse und der Partei bei der Lösung der nationalen Frage.
3. Das Bestreben, die Tatarisierung des Staatsapparats Tatarstans und der Arbeiterschaft mit Gewalt durchzuführen.
4. Das Bestreben, das Vertrauen der Bevölkerung zu den Parteimitgliedern zu untergraben.
5. Der Wille, dem „Großmachtchauvinismus" durch Sabotage des sozialistischen Aufbaus zu begegnen.
6. Das Bestreben, die verbindenden Elemente der Arbeiterklasse der Sowjetunion zu übersehen und die trennenden hervorzuheben.

Man wird es Lepa zugestehen müssen, daß er die Gefahr, die der Moskauer Herrschaft in Idel-Ural droht, richtig erkannt hat.

# INGERMANLAND

von

A. Kotro, Wiborg

Rund um Leningrad, in einem etwa 50 Kilometer breiten Streifen südlich vom Finnischen Meerbusen, von der Grenze Estlands im Westen bis zum Südufer des Ladoga-Sees im Osten und nördlich der Newa bis zur Grenze Finnlands, lebten nach der Zählung von 1917 etwa 140500 evangelische Finnen, 20000 griechisch-orthodoxe Ingrier und 500 griechisch-orthodoxe Voten. Vor Jahrhunderten war das finnisch-völkische Gebiet noch viel weiter nach Südosten ausgedehnt. Bis in die Zeit nach dem Weltkrieg hinein bildeten die finnischen Stämme die große Mehrheit der Landbevölkerung von Ingrien, während andere Nationalitäten Rußlands in den Städten oder längs der Hauptverkehrswege (Eisenbahnen und Newa-Fluß) konzentriert waren.

Nachdem Ingermanland auf Grund des Friedens von Stolbowa im Jahre 1617 mit Finnland vereinigt wurde, faßte dort die evangelische Kirche festen Fuß, und der Bildungsgrad der Bevölkerung erreichte eine ansehnliche Höhe. Dies war gerade, was den Ingermanländern ermöglichte, trotz der wirtschaftlichen Unterlegenheit sich in Rasse und Kultur unvermischt mit Russen zu erhalten. Während der Zarenherrschaft war ein ausgesprochenes nationales Kulturleben zwar nicht möglich, jedoch vermochte die Volkskirche sich zu behaupten. Auch die Volksschule war eigensprachig. Es gab u. a. seit 1863 ein finnisches Lehrerseminar und seit 1870 eine finnische Zeitung.

*

Die Revolution von 1917 brachte den Finnen Ingermanlands anfangs die Möglichkeit, eigene Wirtschafts- und Kulturorgane zu bilden. Das hörte aber mit dem bolschewistischen Umsturz auf. Zwei Jahre hindurch kämpfte Ingermanland um seine Freiheit gegen die Roten mit der Waffe in der Hand, mußte aber im Jahre 1920 kapitulieren.

Die Sowjets hatten offiziell vor der Unterzeichnung ihres Friedens mit Finnland in Tartu im Jahre 1920 folgende Erklärung über die Rechte der finnischen Bevölkerung Ingriens abgegeben:

> „Die russische Delegation erklärt im Namen der Regierung der Russischen Föderalistischen Räterepublik, daß die finnische Bevölkerung des Gouvernements Petersburg im vollen Maße alle Rechte und Vorteile genießt, die die Gesetze Rußlands den Minderheitsnationalitäten gewähren. Dies bezieht sich besonders darauf, daß:
>
> die besagte finnische Bevölkerung das Recht hat, innerhalb der Grenzen der allgemeinen Gesetze und Verordnungen des Reiches die Volksaufklärungstätigkeit, die kommunale und interkommunale Verwaltung und die lokale Rechtspflege frei zu ordnen,
>
> das Recht, alle erforderlichen gemeinsamen Maßnahmen zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage vorzunehmen,
>
> das Recht, die vorgenannten Aufgaben zu verwirklichen durch die erforderlichen repräsentativen und exekutiven Organe, die gemäß der geltenden Gesetzgebung hinreichende Unterstützung aus allgemeinen Mitteln erhalten,
>
> das Recht, in ihrer Volksaufklärungstätigkeit und auch in ihren anderen inneren Angelegenheiten die Sprache der lokalen Bevölkerung frei anzuwenden"[1]).

[1]) Vgl. „Die Finnen in Ingermanland" vom Gesandten a. D. Dr. Hermann Gummerus (Nordische Rundschau", 1932).

Diese Erklärung der Moskauer Vertreter war eine der wichtigsten Voraussetzungen des Vertragsabschlusses in Tartu. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sowjetregierung in diesem Falle eine völkerrechtliche Verpflichtung auf sich genommen hat.

*

Die Bolschewistenherrschaft bedeutet jedoch für die ingermanländischen Finnen eine ebenso rücksichtslose Unterdrückung, wie für alle Völker der UdSSR. Aus der zugesagten Kulturautonomie ist nur ein teilweiser Schulunterricht in finnischer Sprache geworden, wobei die Bevölkerung an der Organisation desselben keinesfalls beteiligt ist.

Besonders harte Verfolgungen hat in Ingermanland die evangelische Konfession zu erleiden. Sämtliche Kirchen und Pfarrhäuser wurden konfisziert, zum Teil zerstört und der Rest in kommunistische Klubs verwandelt. Wenn irgendwo der Gottesdienst noch geduldet wurde, mußten die Kirchengemeinden hohe Sondersteuern dafür aufbringen. Jeglicher Religionsunterricht an Schulkinder, selbst in der Familie, wurde verboten.

Was die örtliche Selbstverwaltung anbetrifft, so ist durch eine raffinierte Abgrenzung der Gemeinden und Bezirke bewußt dafür gesorgt, daß die finnischen Gebiete keine Möglichkeit zur Wahrung ihrer völkischen Interessen besitzen.

Die Kollektivwirtschaft auf dem Lande hat für die zum westlichen Kulturkreis gehörigen Finnen Ingermanlands eine Katastrophe bedeutet. Der Nichtbeitritt zum „Kolchos" zog eine strenge Beaufsichtigung durch die GPU nach sich, große Steuererhöhungen, Einziehung des Besitzes und Verbannung in die nördlichen oder östlichen Gebiete der Sowjetunion.

*

Ende 1930 ging die Sowjetmacht daran, die ingermanländischen Finnen selbst physisch zu vernichten. Ohne Gerichtsverfahren wurden ganze Familien verhaftet, rücksichtsloser als Tiere verladen und in das „Tal des Todes", die Bergwerke von Hiipinä auf der Halbinsel Kola, die Tundren von Sibirien oder nach dem Fernen Osten abtransportiert.

Das Schicksal der Vertriebenen ist unbeschreiblich. In arktischer Kälte ohne menschenwürdige Wohnstätten, in Zelten oder Holzbaracken, ohne irgendwelche sanitären Einrichtungen und genügende Nahrung zwangen die Agenten Moskaus finnische Greise und Kinder, Männer und Frauen zur schwersten Arbeit. Jeder Fluchtversuch wurde mit dem Tode bestraft. Von einigen wenigen Flüchtlingen erfuhr die Welt, daß ein Massensterben an den Verbannungsorten herrsche.

Gerade in der letzten Zeit, während man in Stresa und Genf über die Festigung des europäischen Friedens verhandelte, hat Moskau seine Gewaltmaßnahmen in Ingermanland wieder aufgenommen. Laut zuverlässigen Berichten erhielten bis April 1935 rund 2000 Familien den Befehl, sich zur Abreise „mit unbekanntem Ziel" bereitzuhalten. Vor Ostern waren schon etwa 1000 Familien, wie es scheint, nach Turkestan und an die Grenze der Außenmongolei abtransportiert worden.

Diese Vernichtungspolitik der Moskauer Regierung darf – angesichts der bekannten Deklaration in Tartu – keinesfalls von Finnland und der Weltöffentlichkeit geduldet werden. Wo es sich um die bewußte Ausrottung einer friedlichen Bevölkerung und um die Verfolgung des christlichen Glaubens handelt, müssen alle Kulturländer dagegen aufs schärfste protestieren.

# KARELIEN

von

E. Arippainen, Helsinki

Die finnischen Völker sind wahrscheinlich vor 13–15 Jahrhunderten vom Südosten her in ihre heutigen Gebiete gekommen. Nur ein kleinerer Teil (Esten) blieb südlich des Finnischen Meerbusens. Der Rest zog über den Meerbusen oder beiderseits vom Ladoga-See nach Norden und eroberte das Land der Lappen, das heutige Finnland. Am Ostrande dieses Raumes siedelten sich die Karelier an. Die finnische Bevölkerung Ingermanlands kam etwas später schon vom Norden her.

Am Ende des 1. Jahrtausends standen die Finnenvölker in einem unaufhörlichen Selbsterhaltungskampfe zwischen zwei feindlichen Mächten – Schweden und Nowgorod – und wurden schließlich Anfang des XIV. Jahrhunderts völlig unterworfen. Im Frieden von Pähkinäsaari (Schlüsselburg) im Jahre 1323 wurden dann zum ersten Male die politischen Grenzen festgelegt. Die westfinnischen Stämme mit einem Teil der Karelier kamen unter schwedische Herrschaft, und die Ostkarelier blieben bei Nowgorod. Diese erste Teilung Kareliens hatte ihre Folgen auch in religiöser Hinsicht: die schwedischen Untertanen wurden zuerst römisch-katholisch und dann evangelisch, die Ostkarelier – griechisch-orthodox.

Nach dem „Nordischen Krieg" Karls XII. mußte Schweden (1721) Estland und Ingermanland an das Russische Reich abtreten. Und noch später kam auf Grund des Friedensvertrags von Hamina (Fredrikshamn) im Jahre 1809 schließlich auch Finnland unter russische Herrschaft. Wenn Finnland damals wenigstens eine Autonomie innerhalb Rußlands bewahren konnte, so wurden alle anderen Gebiete der finnischen Stämme in russische Provinzen verwandelt. Daraus erklärt sich z. B. auch ein merklicher Unterschied in der kulturellen Entwicklung der Ostkarelier und Finnen.

Die Welle des allgemeinen nationalen Erwachens in Europa im vorigen Jahrhundert erreichte auch das ferne Ostkarelien. Die ersten Anzeichen dafür sind bereits vor etwa 150 Jahren festzustellen. Jedoch wurden diese Anfänge der völkischen Wiedergeburt der Ostkarelier durch die Russifizierung, deren Spitze die Kirche und das Schulwesen bildeten, überschattet.

Die Revolution von 1905 rief in Ostkarelien eine größere Bewegung hervor, die sich in zahlreichen Volksversammlungen und später in einer Denkschrift an das Parlament Rußlands („Duma") mit der Forderung eines eigensprachigen Schulwesens äußerte. In derselben Zeit gründeten die in Finnland lebenden Ostkarelier einen Bund, der eine rege kulturelle Tätigkeit (Schulen, Büchereien, Zeitungen, Lehrbücher usw.) ohne Rücksicht auf die administrativen Grenzen des Zarenreiches entfaltete.

Während des Weltkrieges wurden auch die geringsten Bestrebungen der Ostkarelier verfolgt und unterdrückt. Erst die Revolution im März 1917 eröffnete neue Möglichkeiten. Bereits im Sommer desselben Jahres wurde in Uhtua (Uchtinsk) eine Tagung der ostkarelischen Gemeindevertreter abgehalten und eine Entschließung über die autonome Verwaltung des Landes ausgearbeitet.

Der bolschewistische Umsturz erfüllte anfangs die Karelier mit der Hoffnung auf das von Lenin verkündete „freie Selbstbestimmungsrecht bis zur völligen Trennung" von Rußland ... Jedoch mußten sie sehr bald in Erfahrung bringen, daß man den Versprechungen der führenden Bolschewisten keinen Glauben schenken dürfe.

Die Lage Ostkareliens gestaltete sich von Tag zu Tag immer schwieriger. Der rücksichtslose Terror gegen Andersdenkende forderte unzählige Opfer. Das Leben war unerträglich geworden. Die karelischen Führer suchten nach einem Ausweg und beriefen im Januar 1918 eine neue Volksversammlung, in der beschlossen wurde, sich von Sowjetrußland unabhängig zu proklamieren und eine selbständige Karelische Republik zu gründen.

Das war die Zeit des schwersten Kampfes um die Freiheit und Selbständigkeit des finnischen Brudervolkes gegen den Imperialismus Moskaus. Die Ostkarelier konnten sich angesichts dieses ungleichen Ringens nicht passiv verhalten und faßten im Spätwinter 1918 in mehreren Versammlungen den Beschluß, eine Union mit Finnland einzugehen.

*

Als der Rote Terror im Laufe des Jahres 1918 unglaubliche Formen annahm, griffen auch die Karelier zu den Waffen und begannen einen fast vierjährigen ununterbrochenen Kampf gegen die kommunistischen Eroberer. Die Hoffnung auf eine Waffenhilfe aus Finnland war vergeblich, weil das Finnische Volk selbst einen ungleichen Kampf auf Tod und Leben führen mußte. Lediglich kleinere finnische Formationen von etwa insgesamt 1500 Mann konnten nach Ostkarelien geschickt werden. Die Übermacht der Moskauer Truppen war so groß, daß sich die junge und kleine Karelisch-finnische Armee hinter die Grenze Finnlands zurückziehen mußte.

Der Kampf flammte jedoch Anfang 1919 von neuem in Südkarelien um Aunus (Olonetz) herum auf. Die Roten zwangen aber die selbstlosen Freiheitskämpfer wieder, das ostkarelische Gebiet zu verlassen. Anfang 1920 brach dann der große Volksaufstand in Nordkarelien aus. In der Zeit dieses Aufstandes trat in Uhtua (21. März bis 1. April 1920) die erste aus der allgemeinen Wahl hervorgegangene Volksvertretung Ostkareliens zusammen und bestätigte die Trennung des Landes von der RSFSR. Außerdem wurden die wichtigsten Rechts-, Kultur-, Wirtschafts- und Verwaltungsfragen erörtert. Es wurde u. a. die Gründung einer eigenen Universität sowie die Einführung der Schulpflicht und der Religionsfreiheit beschlossen. Der bolschewistische Vormarsch verhinderte leider die Durchführung dieser Gesetze.

*

Im Sommer 1920 begannen in Tartu (Dorpat) die Friedensverhandlungen zwischen Finnland und der RSFSR. Die Bolschewisten wandten unterdessen ihren alten Trick an, indem sie – um der finnischen Forderung nach einer freien Volksabstimmung in Ostkarelien Boden zu entziehen – in größter Eile eine „Volksversammlung" beriefen. Selbstverständlich mußte sie die Zugehörigkeit des karelischen Landes zum Sowjetstaate „billigen" und als äußerer Ausdruck dieser „Willenskundgebung" eine „Arbeiterkommune Karelien" bilden.

Trotz aller Bemühungen der karelischen Vertreter in Helsinki brachten die Friedensverhandlungen in Tartu keine dem Willen des Karelischen Volkes entsprechenden Ergebnisse. Denn die damalige Staatsführung Finnlands glaubte an die Zusicherungen Moskaus und begnügte sich damit, daß im Vertrag vom 14. Oktober 1920 eine Garantie der Nationalautonomie für Ostkarelien durch die Sowjets ausgesprochen wurde. Die betreffende Erklärung der bolschewistischen Delegation lautete:

„1. Die karelische Bevölkerung der Gouvernements Archangelsk und Aunus (Olonetz) genießt das Recht der nationalen Selbstbestimmung.
2. Das von dieser Bevölkerung bewohnte Ostkarelien bildet innenpolitisch ein autonomes Gebiet, welches zu der RSFSR auf dem Prinzip einer Föderation gehört.
3. Über die Gebietsangelegenheiten entscheidet eine Volksvertretung, die von der einheimischen Bevölkerung gewählt wird und das Recht besitzt, eine Selbstbesteuerung für die Zwecke der Gebietsverwaltung zu bestimmen, Verordnungen betreffs die lokalen Angelegenheiten zu erlassen sowie die innere Verwaltung zu regeln.
4. Die Volkssprache ist die Sprache der Gesetzgebung, Verwaltung und Volksbildung.
5. Das autonome Gebiet Ostkareliens besitzt das Recht, sein Wirtschaftsleben gemäß seinen eigenen lokalen Erfordernissen und im Einklang mit dem allgemeinen Wirtschaftssystem der Republik zu regeln.



6. ... im autonomen Gebiet Ostkareliens wird ein Milizsystem eingeführt, was die Aufhebung des stehenden Heeres und statt dessen die Schaffung einer Bürgermiliz für die lokale Verteidigung bedeutet."

Was ist nun aus all diesen feierlichen und völkerrechtlich bindenden Versprechungen der Moskauer Regierung geworden? –

1. Das Selbstbestimmungsrecht ist auf dem Papier geblieben. Die regierende Partei der Sowjetunion bestimmt allein nach den Befehlen der Zentralmachthaber über alle Fragen.
2. Die heutige „Autonome Karelische Sozialistische Sowjetrepubilk" hat Moskau in der Weise „entstehen" lassen, daß man an das eigentliche Ostkarelien große reinrussische Gebiete angegliedert und dadurch die Karelier zu einer Minderheit von etwa einem Drittel der Gesamtbevölkerung herabgedrückt hat.
3. Eine allgemeine freie Volksvertretung Ostkareliens wurde niemals gewählt.
4. Die karelische Sprache wurde nur zum Teil in der Verwaltung und im Schulwesen eingeführt.
5. Wirtschaftlich ist Ostkarelien zu einem Ausbeutungsobjekt im Rahmen der UdSSR geworden.
6. Neben dem Milizwesen gibt es in Ostkarelien ein stehendes Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrdienstpflicht von 2–3 Jahren.

Somit ist der Friedensvertrag von Tartu von der Sowjetmacht bezüglich Ostkareliens gebrochen worden.

Noch einmal im Herbst 1921 erhob sich das freiheitsliebende Volk zum Kampf gegen den Terror und die Unterdrückungspolitik Moskaus. Eine zehnfache Sowjetarmee zwang aber die schwach ausgerüsteten karelischen Bauern, ihre Waffen im Jahre 1922 zu strecken.

*

Die Führer des Karelischen Volkes hatten sich bereits in den ersten Jahren des Nationalkampfes außer an Finnland auch an die benachbarten Staaten (Schweden, Dänemark, Estland) und an die Ententemächte (England, USA, Frankreich, Italien, Belgien) vergeblich gewandt. Als nun die Bestimmungen des Vertrags von Tartu unerfüllt blieben, machte die finnische Regierung zahlreiche Vorstellungen in Moskau. Alles wurde aber mit der Ausrede, es sei eine „innere Angelegenheit" des Sowjetstaates, abgelehnt.

Finnland wandte sich dann auf Verlangen der Karelier an den Völkerbund. Im Januar 1922 und später 1923 wurde die karelische Frage in Genf erörtert, und es kam auch zum prinzipiellen Erfolg der karelisch-finnischen Forderungen, ohne jedoch daß Ostkarelien daraus irgendwelchen praktischen Nutzen ziehen konnte, da die UdSSR damals noch nicht Mitglied des Völkerbundes war. Der Genfer Beschluß lautete:

„Die Generalversammlung des Völkerbundes erkennt die ganze Wichtigkeit der ostkarelischen Frage an und beachtet die Erklärung der finnischen Delegation, daß die finnische Regierung, da es keinen entgegengesetzten Beschluß oder Spruch irgendeines internationalen Gerichtes gibt, an ihrem Recht festhält, die Bestimmungen des Dorpater Friedensvertrages und der daran angeschlossenen Deklarationen über die Stellung Ostkareliens ihrer Natur nach als internationale Verpflichtungen zu betrachten, und fordert den Rat auf, auch weiterhin alle nützlichen Auskünfte, die diese Frage betreffen, zu sammeln, so daß man jene befriedigende Entscheidung suchen könnte, die die späteren Verhältnisse möglich machen."

Auch der Haager Internationale Schiedsgerichtshof konnte in dieser Frage keinen Beschluß fassen, da die andere Partei – die Sowjetregierung – einfach wegblieb. Jedoch waren die Gutachten vieler Völkerrechtler (K. Strupp, De Visscher, van der Vlugt, Lie, Stael u. a.)

für Moskau vernichtend. Übereinstimmend wurde der Rechtsanspruch Finnlands anerkannt und die „Autonome Karelische Sozialistische Sowjetrepublik" als den Vertragsbestimmungen nicht entsprechend abgelehnt.

Mit dem Eintritt der UdSSR in die Genfer Liga durften die Karelier erwarten, daß die Moskauer Regierung nunmehr auch ihre Verpflichtung zur „Wahrung der Grundsätze von Recht und Menschlichkeit" baldmöglichst erfüllen würde . . . Bis jetzt ist das aber nicht geschehen.

*

Die Sowjetrepublik Karelien erstreckt sich auf ein Gebiet von 145226 Quadratkilometer, wovon etwa zwei Drittel (ungefähr bis zur Murmansker Bahn) auf die rein karelischen Volksgebiete (teilweise über 90 %) entfallen.

Infolge der bolschewistischen Wirtschaftsmaßnahmen ist Karelien wohl zu einem wichtigen Faktor innerhalb der Sowjetunion geworden, aber das Volk hat davon keinen Nutzen. In Armut und Elend müssen die Karelier nach dem mißlungenen Kollektivierungsversuch ihr Leben fristen. Die Hungersnot ist in Ostkarelien eine alljährliche Erscheinung.

Die Holzwirtschaft der Sowjets mit ihrer Exportpolitik bedeutet für das karelische Land eine systematische Vernichtung des Volksvermögens. Nur 25 % des Erlöses aus dem Holzverkauf verbleiben für den Bedarf Sowjetkareliens. Bis vor fünf Jahren zwangen die Bolschewisten ihre Gefangenen, die Waldarbeiten zu verrichten. Nachdem aber das Ausland die Einfuhr des Sowjetholzes, das durch Sklavenarbeit gefällt und bearbeitet wurde, zu verbieten drohte, hat Moskau befohlen, die karelische Bevölkerung, Männer und Frauen, dafür zu verwenden. Halbverhungert, ohne ausreichende Kleidung müssen nun die Karelier im eiskalten Winter arbeiten, in unzulänglichen Baracken nur einige Stunden schlafen und am nächsten Tag wieder mit dem unglaublich hohen Akkordpensum kämpfen. Und das – damit die Welt nicht mehr von der Sklaverei in der Sowjetunion sprechen könne . . .

Mit außerordentlichem Geschick wird Ostkarelien bolschewisiert und gleichzeitig russifiziert. Die Schul- und Siedlungspolitik des Kommunismus sorgt dafür. Einerseits werden Russen auf dem karelischen Boden angesiedelt, andererseits – Tausende von Kareliern nach Sibirien, Turkestan oder woanders hin verbannt. Auf diese Weise gelang es Moskau, das völkische Gesicht Ostkareliens zu verfälschen.

*

Unbeugsam ist jedoch der Kultur- und Freiheitswille der Karelier. Ihr Nationalbewußtsein und ihre glühende Vaterlandsliebe haben sie in jahrelangen heldenhaften Kämpfen kundgetan.

„Wir haben den Kampf nicht herausgefordert, sondern das eidbrüchige Sowjetrußland, das nach allen Himmelsrichtungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur vollständigen Trennung – von seiner ersten Revolution an – verkündet, und dies sowohl für Finnland als auch für Karelien unter verschiedenen Formen erklärt, und doch blutiger als jede andere russische Regierung die Geißel und das Schwert über dem Haupt unseres Stammes schwingt und uns mit Hungersnot erschöpft.

Wir sind ein friedliebendes, den Frieden ersehnendes Volk. Wir warten auf nichts so innig, als daß wir nach der erkämpften Befreiung in Frieden unsere ganze Arbeit, unsere ganze Energie, unsere ganze geistige Kraft auf die Hebung des Kultur- und des Lebenszustandes unseres Volkes richten können, auf einen solchen Stand, wo wir frei an der Stärkung unserer zerrissenen Volksfamilie arbeiten können, eine Arbeit, die ihrerseits das Leben der großen Menschheit bereichern wird."

Diese Worte des Appells an die gesamte Kulturwelt während des Freiheitskrieges haben ihren Sinn immer noch nicht verloren.



# KRIM

von

Cafer Seydahmed

Die Herrschaft des Bolschewismus auf der Halbinsel Krim zeichnete sich dadurch aus, daß dieses herrliche Ländchen zu denjenigen Gebieten der Sowjetunion zählt, wo sich die brutalsten Ereignisse abgespielt haben.

Zum ersten Male eroberten die Sendlinge Lenins die neuproklamierte Nationalrepublik der Krimtürken am 13. Januar 1918. Diesen „Sieg" Moskaus erleichterte die vorhergehende Wühl- und Propagandaarbeit der kommunistischen Agenten, die keine Versprechungen und keine Parolen gescheut haben, um der Roten Armee den Weg zu ebnen.

Gegenüber der Krim trieben die Bolschewisten die gleiche Politik wie gegenüber den anderen türk-tatarischen Ländern des ehemaligen Russischen Reiches. Dabei spielte der bekannte Aufruf Lenins und Stalins, der das Volkskommissariat für Nationalitätenfragen leitete, an die Türk-Tataren eine bedeutende Rolle. Moskau wollte dadurch die unterdrückten Völker in ihrem Selbständigkeitskampfe irreführen und nach Möglichkeit Anhänger für die Sache des Bolschewismus gewinnen.

Nicht zuletzt bedienten sich die kommunistischen Agitatoren unter den Krimtataren auch einer „großen Tat" Lenins, die seine „Freundschaft" den türkischen Stämmen gegenüber beweisen sollte und darin bestand, daß der Petrograder Sowjet am 9. Dezember 1917 den, laut Überlieferung vom Kalifen Osman stammenden, kostbaren Koran aus der „Eremitage" (bekanntes Museum) nach Samarkand überführen ließ.

All diese „Argumente" wurden durch die Bolschewisten gegen die nationale Regierung der Krim mit Cihan Bey an der Spitze ins Feld geführt. Trotzdem blieben die nationalbewußten Krimtürken in ihrem Freiheitsstreben unerschütterlich. Darin äußerte sich die jahrzehntelange systematische Kampftätigkeit gegen den Zarismus unter der Führung solcher Männer wie z. B. Gasprinskij Ismail Bey. Es war außerdem in der Krim schon Ende 1917 bekannt, daß die Tscheka und die Rote Armee in Turkestan, Idel-Ural und auf dem Kaukasus gerade gegen die Türken den Vernichtungsfeldzug mit besonderer Schärfe führte, sobald die Anhänger Lenins dort die Macht an sich zu reißen vermochten.

Da alle Versuche Moskaus, die Sowjetisierung der Krim von innen heraus zu vollziehen, zu keinem Ergebnis führten, entschloß sich das Rote Armeekommando, die Krimer Republik gewaltsam zu okkupieren, was auch im Januar 1918 geschah. Die bolschewistische Blutherrschaft dauerte aber damals nur drei Monate. Die verbündeten ukrainischen und deutschen Truppen (General Natijew und General Koch) bereiteten diesem Schreckensregime schon im April desselben Jahres ein Ende.

Und trotzdem haben die Bolschewisten in einer so kurzen Periode das blühende Land in eine Wüste verwandelt. Fast alle nationalen Führer und sogar der Regierungschef wurden ohne jedes Verfahren erschossen . . . Selbstverständlich hat die ausgeplünderte Bevölkerung die Ukrainer und die Deutschen als Befreier aufs wärmste begrüßt. Leider änderte sich die Lage wieder nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches.

Zunächst wurde die Halbinsel Krim zum Schauplatz der blutigen Kämpfe zwischen den Roten Truppen Lenins und den Weißen Truppen Denikins (später Wrangels). Das endete mit dem zweiten Einmarsch der Sowjetarmee im Jahre 1920. Kein anderer als der ungarische Jude Bela Kun war damals der Leiter der Tscheka, deren Grausamkeiten ihresgleichen in der Weltgeschichte nicht kennen. Tausende von unschuldigen Menschen fielen unter den Schüssen der Eroberer. Sogar eigenhändig hat Kun seine Opfer in den Tod geschickt. Auf mindestens 70000 wurden die Ermordeten geschätzt.



350. Der berüchtigte Jude Aaron Kohn, genannt Bela Kun

Noch schlimmer war für die Krim das zweite Jahr der Kominternherrschaft mit ihrer unbeschreiblichen Hungersnot. Rund ein Viertel der Bevölkerung der Halbinsel kam dabei ums Leben. In Bachtschisaraj, der Hauptstadt der Krimrepublik, starben 55 % aller Einwohner.

Dieser bewußten Vernichtungspolitik gegenüber der bodenständigen Krimbevölkerung blieben die Bolschewisten bis in die letzte Zeit hinein treu. Insbesondere im Jahre 1923 äußerte sich der Ausrottungswille der Sowjets. Man faßte damals in Moskau den Beschluß, mehr als 100000 Juden aus allen Teilen der UdSSR und sogar aus dem Auslande nach der Krim zu schaffen und dort anzusiedeln. Es sollte aus dem fruchtbarsten Gebiet am Schwarzen Meer eine „Nationale Heimstätte für die Juden" errichtet werden . . . Um diese verbrecherische Absicht zu verwirklichen, wurden die Krimbauern zu Zehntausenden verbannt. Bereits unterwegs gingen drei Viertel dieser Opfer des bolschewistisch-jüdischen Wahnsinns zugrunde. Es stellte sich aber bald heraus, daß – trotz der weitgehendsten finanziellen Hilfe des Weltjudentums – die jüdischen Krimkolonisten keine Lust bekundeten, auf dem Lande zu bleiben und zu arbeiten. Nach und nach verließen die Neusiedler ihre Dörfer und machten sich in den benachbarten Städten seßhaft, wo sie ihren „nationalen" Berufen nachgehen konnten.

Kaum war die Judenplage in der Krim vorüber, als die bekannte Kollektivierung über die Landwirtschaft hereinbrach und die letzten Reste der Krimbauern zu Sklaven des Bolschewismus machte. Als „Kulaken", „Konterrevolutionäre" und „Nationalisten" mußten wiederum viele Tausende der Krimtataren ihre Heimat verlassen und in Verbannung gehen.

Das sind die vielgepriesenen „Errungenschaften" der Moskauer Sowjetherrschaft in der Krim. Ob der Bolschewismus sein Ziel, alle Türken aus der Krim völlig zu verjagen, tatsächlich erreichen wird, bleibt eine offene Frage.



# NORDKAUKASUS

von

H. M. Karabagi, Paris

Die Republik von Nordkaukasus, die gewöhnlich unter dem Namen „Republik Dagestan" bekannt ist, hat ihre Unabhängigkeit von Rußland früher als die anderen kaukasischen Republiken – Aserbeidschan, Georgien und Armenien – ausgerufen. Das war bereits am 11. Mai 1918 geschehen.

Nordkaukasus grenzt im Südwesten und Süden an Georgien und Aserbeidschan, im Osten an das Kaspische Meer, im Norden an die Gebiete der Kubankosaken und im Westen an das Schwarze Meer. Durch die jahrzehntelangen Freiheitskämpfe früher gegen das Russische Reich und heute gegen die Bolschewistenherrschaft ist Nordkaukasus weit über seine Grenzen bekannt geworden. Weder der Zarismus noch der Kommunismus vermochten es, in allen Teilen des Landes wirklich Fuß zu fassen. Der beispiellose Kampf Imam Schamils, Hadschi Murats und anderer Nationalhelden Dagestans dauerte von 1801 an über 40 Jahre. Sogar in der russischen Literatur wurde dieser Kampf besungen, und die amtlichen Schulbücher der russischen Geschichte zollten dem heroischen Ringen ihre Anerkennung, das die Tscherkessen, Inguschen, Avaren, Tschetschenzen, Lesginer, Osseten, Kabardiner, Nogayer u. a. m. um ihre Selbständigkeit führten.

Der Zusammenbruch der russischen Monarchie im Jahre 1917 bot den nordkaukasischen Bergvölkern eine willkommene Gelegenheit, sich von der Fremdherrschaft endgültig zu befreien. Selbstverständlich ließen auch die marxistischen Parteien Rußlands kein Mittel unversucht, um die Freiheitsbewegung im Nordkaukasus zu unterdrücken. Die Bolschewisten standen natürlich an der Spitze der zersetzenden Propaganda mit ihren unzähligen Agitatoren und Druckerzeugnissen.

Jedoch erst der Sturz der „demokratischen" Scheinmacht Kerenskijs und die Gründung der Moskauer Internationale eröffneten für die Agenten Lenins und Stalins den Weg zum planmäßigen Angriff auf den Nordkaukasus. Der erwartete Erfolg blieb aber aus. Denn in einem Lande ohne Industrie und ohne „Proletariat" fielen die „Lehren Karl Marx' in leninistischer Deutung" auf unfruchtbaren Boden. Hinzu kommt, daß die Kominternagenten – mangels „Sachkennern" aus der bodenständigen Bevölkerung – hauptsächlich Fremde waren, denen die Volksmassen mit einem glühenden Haß begegneten.

Bald erkannte Moskau die Aussichtslosigkeit der bisherigen Methoden und änderte seine Taktik. Gewaltakte, Brandstiftungen, Zerstörungen und blutiger Terror brachen aus. Die Sowjetregierung war mehr an der Sicherung der Eisenbahnlinie nach Baku und Tiflis, zu den unerschöpflichen Naphthaquellen Aserbeidschans, interessiert, als an einer allgemeinen Bolschewisierung des Landes.

Während der armenische Bolschewist Schaumian im Jahre 1918 von März bis September in Baku „regierte", waren die wichtigsten Städte und Verkehrspunkte im Nordkaukasus von den Roten besetzt. Die berühmten Kurorte – Essentuki, Pjatigorsk, Kislowodsk u. a. – litten unter der Herrschaft des bolschewistischen Mobs, der alles zerstörte, was ihm in den Weg trat. Bauern und Handwerker, Kaufleute und Industrielle wurden zu Hunderten von der Tscheka hingerichtet. In jedem Tscherkessen und überhaupt in jedem Bergbewohner sahen die Kommunisten einen „Nationalisten", einen „Türkophilen" oder einen „Panislamiten". Der geringste Verdacht genügte, um an die Wand gestellt zu werden.

Wie in den Zeiten Schamils flüchteten die Dagestaner in die Berge und eröffneten von dort aus einen erbitterten Krieg gegen die Sowjettruppen. Der Kampf war erfolgreich: Dagestan wurde vom Bolschewismus gesäubert.

Die Selbständigkeitsperiode Dagestans dauerte aber nur kurze Zeit. Kein anderer als General Denikin, Führer der russischen Weißen Armee, bereitete dem jungen Staat ein Ende. Es dauerte aber nicht lange, und Denikin wurde durch die Sowjets geschlagen. Damit begann nun die eigentliche Tragödie des nördlichen Kaukasus. Das Land wurde von der Roten Armee besetzt. Wieder wüteten die Moskauer Mörder, Brandstifter und Plünderer in Stadt und Dorf. Zehntausende von Angehörigen aller einheimischen Völker und Stämme fielen als Opfer des bolschewistischen Imperialismus.

Und später ging der kommunistische Vernichtungskampf nach allen Regeln der „Kominternstrategie" vor sich. Während Lenin und sein noch grausamerer Nachfolger „die Befreiung des nordkaukasischen Proletariats" der gesamten Welt verkündeten, wurden vor Augen der Weltöffentlichkeit die freiheitsliebenden und heldenmütigen Söhne des Berglandes Dagestan ausgerottet oder versklavt.



351. Lenin hält von einem Kraftwagen aus eine Ansprache auf dem Roten Platz in Moskau anläßlich der Parade der Roten Armee (Sommer 1919)

# RUSSLAND

von

Dr. Th. Aleksandrow, Charbin

Der Novemberumsturz in Rußland vom Jahre 1917 hat 180 Millionen Menschen, Angehörige vieler Nationen und Völkerschaften, der Gewalt des Bolschewismus unterworfen. Seit diesem Zeitpunkt geht der Kampf um die Vollendung der kommunistischen Weltherrschaft ununterbrochen weiter.

Die Geschichtsschreiber der liberalen Welt haben bisher vergeblich versucht, den Bolschewismus mit den ihnen eigenen Mitteln der Betrachtung zu „erklären". Alle Bemühungen, ihn als das Ergebnis eines logisch erscheinenden Entwicklungsprozesses, gewissermaßen als ein großes „Naturereignis" darzustellen, haben nur Verwirrung angerichtet. Vielleicht können die bürgerlichen Menschen Europas und Amerikas niemals die richtige Einsicht in das letzte Wesen des Bolschewismus gewinnen. Noch immer sprechen und schreiben sie von der „russischen Revolution", wo es sich um eine kommunistische Revolution in Rußland handelt; von einer „russischen Regierung" – statt von einem internationalen und übervölkischen Machtzentrum; von „Rußland" schlechthin – statt von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die einen übervölkischen Staat mit einem noch nicht verwirklichten Anspruch auf Universalität darstellt.

Jede Geschichtsbetrachtung muß von den realen Gegebenheiten ausgehen. Gewiß, die Völker des alten Rußland mit ihren geistigen und moralischen Bindungen an die eigene




352. Karl Radek-Sobelsohn bei einem Vortrag vor deutschen Kommunisten in Moskau

Vergangenheit sind noch vorhanden. Der politische Begriff „Rußland" aber als Einheitsstaat existiert nicht mehr. Das „Rußland" von heute bildet nur einen Teil der UdSSR.

Das Ziel des Bolschewismus, in dessen Dienst alle Mittel der Staatsmacht gestellt werden, ist die kommunistische Weltrepublik, die Sowjetunion auf $^6/_6$ der Erdoberfläche, die UdSSR unter Anschluß von Sowjetpolen, Sowjetdeutschland, Sowjetfrankreich, Sowjetamerika usw. Das Programm der Moskauer Internationale sagt darüber: „Die Diktatur des Weltproletariats . . . erfordert, daß die neu entstehenden proletarischen Republiken sich mit den bereits bestehenden verbinden, daß das Netz dieser Föderationen . . . ständig wächst und daß die Föderationen schließlich zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Welt werden, die den Zusammenschluß der Menschheit unter der Hegemonie des staatlich organisierten Weltproletariats verwirklicht."

Das ist nicht nur eine allgemeine, auf eine bestimmte Propagandawirkung abgestimmte Phrase, sondern ein reales Programm, das die Grundlage der Sowjetpolitik bildet, alle wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen der bolschewistischen Regierung bestimmt. Stalin selbst hat in unzähligen Schriften und Reden sich zu ihm bekannt und als „treuer Schüler von Marx und Lenin" festgestellt: „Die Revolution in der Sowjetunion ist ein Teil der Weltrevolution, deren Anfang und die Basis für deren Entfaltung."

Mit solchen Äußerungen steht Stalin nicht vereinzelt da. Der stellvertretende Kriegskommissar Tuchatschewskij erklärte mit aller Offenheit, daß der revolutionäre Angriffskrieg der Roten Armee gegen andere Staaten mit dem Ziel ihrer Eroberung die wichtigste Aufgabe der Roten Wehrmacht sei, zu der sie sich vorbereiten müsse. Diese Zielsetzung hat den Aufbau der Roten Armee und die Wehr- und Rüstungspolitik der UdSSR bis zum heutigen Tage bestimmt.

Die Sowjetpolitik stellt unter dem Gesichtspunkt ihrer weltrevolutionären Ziele einen offenen imperialistischen Versuch dar, unter Einsatz aller Machtmittel des „in einem Lande



siegreichen Sozialismus" andere Völker und Länder zu erobern, überall die bestehenden Regierungsgewalten zu stürzen und sie durch die bolschewistische Diktatur zu ersetzen.

Der Bolschewismus ist, wie die Sowjetunion anschaulich zeigt, keineswegs eine „Diktatur der Arbeiterschaft". Das ehemalige Rußland ist der Diktatur einer neuen Kaste unterworfen, die ihrer völkischen und sozialen Herkunft nach auf keinen einheitlichen Nenner zu bringen ist. Diese Kaste besteht aus Angehörigen verschiedener Völker und verschiedener sozialer Schichten, wobei die Intellektuellen und die Juden in den führenden Stellen der Partei und des Staates die ausschlaggebende Rolle spielen. Keinerlei Hemmungen grundsätzlicher oder weltanschaulicher Art kennt diese Kaste. Auch das, was als „Theorie des Kommunismus" ausgegeben wird, dient ihr lediglich als Mittel zum Zweck. Allein dieser Zweck ist, über Raum und Zeit erhaben, eindeutig bestimmt: es ist die Diktatur über Arbeiter und Bauern, über alle Völker des früheren Rußland, über das noch zu erobernde Europa, über die noch zu erobernde Welt!

Zur Erreichung dieses Zieles ist jedes Mittel recht und gestattet. Die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung, ihre außenpolitische Taktik des Paktierens mit „bourgeoisen" Staaten, ihre letzten Anbiederungsversuche an die „Sozialfaschisten" der II. Internationale, ihr Eintritt in den Völkerbund – alle diese Erscheinungen können nur von denen, die das Wesen des Bolschewismus nicht erkannt haben, als „Inkonsequenzen" aufgefaßt werden.

Alles, was der Kommunismus unternimmt, bleibt immer nur eine Spekuation auf bestimmte Mentalitäten mit dem Ziel der Differenzierung, der Zersetzung und der Vernichtung. Niemals ist der Bolschewismus imstande, aufbauend zu wirken, vorhandene Kräfte unter einer Idee zu sammeln und schöpfersich tätig zu sein.

In einem haben die Bolschewisten allerdings recht: in ihrer immer wiederkehrenden Feststellung, daß der „in einem Lande siegreiche Sozialismus" mit der übrigen Welt nichts gemein habe, daß es zwischen beiden keine gemeinsamen Interessen und keine verbindenden Brücken geben könne. Daraus ziehen die Kommunisten den Schluß, daß ein Krieg oder eine „ganze Reihe von revolutionären Kriegen" der UdSSR gegen alle anderen Staaten unvermeidlich und daß nur mit Feuer und Schwert eine Lösung der heranreifenden Konflikte möglich sei.

Unbegreiflich bleibt angesichts dieser Tatsache, die vor der ganzen Welt offen daliegt und der allgemeinen Erkenntnis zugänglich ist, das Mißverstehen der durch den Weltkommunismus provozierten Entwicklung. Es bleibt Narrheit oder Verbrechen, heute noch von einer „Friedenspolitik" des Stalinschen „nationalen Staates" zu sprechen, während die bolschewistischen Bombengeschwader und Tanks angriffsbereit gegen alle Nachbarstaaten gerichtet sind.

Die sprichwörtliche Blindheit und Indolenz der bürgerlichen Welt kann nicht der letzte Grund dieser bemerkenswerten Verkennung der Wirklichkeit sein. Bei näherer Untersuchung der oft verschlungenen Fäden des bolschewistischen Einflusses in den noch nicht bolschewisierten Ländern wird es offenbar, daß die verkehrten Anschauungen im wesentlichen auf drei Quellen zurückgehen: auf die unmittelbaren Interessenten einer Politik der Gewalt, die Romantiker des „sozialistischen Experiments" und schließlich die Propagandisten der Sowjetunion, die sehr häufig in den Kreisen der Intellektuellen, Literaten, Studenten, Lehrer und Professoren der liberalen Welt zu finden sind. Bernard Shaw, H. G. Wells, Romain Rolland, Henri Malraux, Lord Marley, Karin Michaelis und die gestrigen „Rußlandkenner" in Deutschland sind dafür Beispiele genug.

*

Diese Verbündeten und Hehler des Bolschewismus gehören zu derselben Menschenkategorie, wie die Helfer und Wegbereiter des Bolschewismus vor der Revolution von 1917. Radikale Liberalisten, profithungrige Kapitalisten, Freimaurer und Juden, eine entwurzelte



353. Zerstörte Kirche



354. Das Ende der russischen Kirchenglocken: Zertrümmerte Glocken aus Moskauer Gotteshäusern, die die Sowjetregierung an Frankreich zum Einschmelzen verkauft hat, beim Umladen in Rotterdam





355. Die Zarenfamilie in Tobolsk



356. Die Stätte, wo die Zarenfamilie ermordet wurde







357–361. Die Zarenmörder: Jacob Swerdlow, Jacob Jurowskij, Chaje Goloschtschekin und Peter Jernakow. Rechts: Die Familie Jurowskijs – sein Vater Haïm Itzkowitsch, seine Mutter Ester Moissejewna, seine Frau Manja Jankelewna und sein Sohn

„Großstadtintelligenz“ – haben auch im ehemaligen Rußland die bolschewistische Revolution gefördert und vorbereitet, jeden Widerstand gegen sie zersetzt und lahmgelegt. Seit anderthalb Jahrhunderten ist ein Spiel mit verteilten Rollen im Gange, mit dem Ziel der Eroberung der Weltmacht durch eine ineinander verfilzte übervölkische Clique, die heute über die Machtmittel eines Sechstels der Erde verfügt.

Bis zum Zusammenbruch wurde das Russische Reich von einer Monarchie regiert, die ihre Macht nicht vom Volke, sondern von Gott herleitete. Sie hatte um die Wende des Jahrhunderts den Zusammenhang mit den Massen verloren, sie war den von ihr beherrschten Völkern entfremdet und von ihnen isoliert. Der letzte Zar fiel einsam und verlassen unter den Kugeln eines Juden. Weit von ihm entfernt und doch gefühlsmäßig ihm immer noch überwiegend ergeben lebte die Masse des russischen Bauerntums, zum großen Teil landlos, anarchisch, primitiv und revolutionär im Geiste eines Pugatschew oder Rasin.

In den wenigen Industriezentren zusammengeballt, darbte eine halbbäuerliche Arbeiterschaft, hilflos ausgeliefert an die oft ausländischen Großunternehmer, die sie haßte, wie ein



362. Das „Gehirn“ der UdSSR – eine interessante Gruppenaufnahme bolschewistischer „Volkskommissare“: 1. Moses Uritzkij (vgl. die charakteristischen Gesichter rechts und links von ihm). – 2. Lejba Bronstein-Trotzkij. – 3. Swerdlow. – 4. Radomyslskij-Sinowjew. – 5. Fajermann. – 6. Gen. Micail von der bolschewistischen Akademie auf Capri

ausgebeutetes Kolonialvolk seine fremden Herren haßt. Von Haus aus anarchisch-revolutionär, fiel diese Arbeiterschaft denjenigen zum Opfer, die sich um ihr Schicksal zu kümmern vorgaben: marxistischen Agitatoren, meist jüdischer Herkunft.

Eine dritte Quelle revolutionärer Gärung im Zarenreiche von ungeheurer Bedeutung bildeten die nichtrussischen Nationen und Völkerstämme, die rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachten. Mannigfaltig wie diese Völker selbst waren auch ihre religiösen und nationalpolitischen Bekenntnisse. Neben den christlichen Konfessionen und Sekten erfaßten die beiden großen asiatischen Religionen des Islam und des Buddhismus einen bedeutenden Teil der Einwohner des ehemaligen Rußland, von den zahlreichen primitiven Religionen kleiner Stämme ganz zu schweigen. So begegneten sich in dem gewaltigen Raum zwischen der Ostsee und dem Stillen Ozean die verschiedensten Kulturkreise des Orients und des Okzidents.

Die meisten dieser Völker kämpften seit Jahrzehnten und Jahrhunderten gegen die Moskauer Herrschaft und waren geneigt, willig nach jeder Ideologie zu greifen, die die bestehende Ordnung zu beseitigen geeignet erschien. Die Intellektuellenschicht der nichtrussischen Völker stellte das „Offizierkorps“ der Revolution von 1917.

Doch fehlte zunächst noch der „Generalstab“, das Zentrum, in dem alle vorhandenen Kräfte, nach einem einheitlichen strategischen Plan zusammengefaßt, auf den Marsch



gebracht und in den Kampf eingesetzt werden konnten. Diesen Generalstab stellte gegen Ende des XIX. Jahrhunderts das Judentum, das auch vorher schon überall „an der Front“ war, wo es galt, die Zarenmonarchie zu untergraben und die Unzufriedenheit der Massen für seine Zwecke auszunützen. Das Judentum verstand es, die marxistische Theorie der „revolutionären Situation“ in Rußland anzupassen, sie im leninistischen Sinne zu „konkretisieren“, den Bauern Land, den Arbeitern Lohn, den Nationalitäten Freiheit zu versprechen und so die erste „Einheitsfront der Tat“ herzustellen. An der Spitze dieser „Revolutionsarmee“ eroberte es den Zarenpalast im Kreml, um dann die eigenen Verbündeten zum Gegenstand einer totalen Ausbeutung zu machen.

Was taten dagegen die „staatserhaltenden“ Elemente der Kirche und des Militärs, der Beamtenschaft, des Adels, der gebildeten Schichten, und schließlich, was tat die so viel genannte „Ochrana“ (Geheimpolizei)? Die zahlenmäßig geringfügigen, kulturell und politisch jedoch maßgebenden Gruppen hätten wahrscheinlich ohne allzu großen Kraftaufwand die Revolution vermeiden können, wenn sie richtig gesonnen, gedacht und gehandelt hätten.

Eine besondere, geradezu selbstmörderische Rolle spielte die russische Intellektuellenschicht, die aus der revolutionären Romantik in einen rationalistischen Atheismus und schließlich in Marxismus und Bolschewismus abglitt. Mit dem wachsenden Einfluß dieser Schicht, den Reformen der Selbstverwaltung („Semstwo“) und dem Konstitutionalismus geriet das gesamte öffentliche Leben, Presse, Theater und Literatur fast widerstandslos in das seichte Fahrwasser einer liberalen Demokratie, die hinter den Kulissen von Freimaurern und Juden geleitet wurde und sowohl der Sozialdemokratie wie den Sozialrevolutionären bewußt Vorschub leistete.

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen auch die Zitadelle des Zarismus, die „Ochrana“, restlos versagte, ja geradezu zur Helferin des Umsturzes wurde. Ihre jüdischen Agenten vom Schlage eines Asew, die von beiden Seiten Geld nahmen und nach beiden Seiten hin konspirierten, haben um die bolschewistische Revolution kaum geringere „Verdienste“ als die Bolschewisten selbst.

In einer solchen politischen Atmosphäre hatte das Judentum ein verhältnismäßig leichtes Spiel, um so mehr als es über die reichen Geldquellen seiner nach Amerika ausgewanderten Rassengenossen verfügte. Das Gesicht des Juden tauchte überall auf, wo die Verschwörung gegen den Staat vorbereitet wurde. Juden waren maßgebend in der stärksten bürgerlich-liberalen Partei der „Kadetten“ (Konstitutionelle Demokraten) Miljukows; sie waren es auch bei den Sozialrevolutionären; sie saßen in den Reihen der Internationalisten usw. Unter den Gründern der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1898 befanden sich fast 50% Juden.

Alle diese Juden, wo sie auch „arbeiten“ mochten, wirkten gemeinsam im Interesse des Umsturzes. Mit der bolschewistischen Revolution wurde ihr Werk gekrönt und die Herrschaft des atheistischen Judentums im ehemaligen Lande der „rechtgläubigen Zaren“ errichtet.

Die oberste politische und militärische Führung der Novemberrevolution (nach altem Kalender „Oktoberrevolution“) lag in den Händen von zehn Personen, darunter eines Georgiers (Dschugaschwili-Stalin), eines Polen (Dzerzinski), eines Russen (Bubnow), eines Mischlings (Uljanow-Lenin)[1]) und folgender sechs Juden: Bronstein-Trotzkij, Rosenfeld-Kamenew, Radomyslskij-Sinowjew, Swerdlow und Uritzkij.

Seitdem haben sich die Verhältnisse nicht geändert. Maßgebend in allen Kommandostellen, und zwar proportional zu deren Wichtigkeit, ist das Judentum. Die zweite Stelle nehmen die Nichtrussen ein, und erst die dritte ist den Russen selbst vorbehalten.

Aus allem Gesagten ergibt sich die Schlußfolgerung von selbst: die Diktatur der bolschewistischen Herrscherclique ist im völkischen, geistigen und politischen Sinne eine Fremdherrschaft auch über das Land des Russischen Volkes.

*

[1]) Vgl. Anm. S. 232.

Ich bestätige,

1) dass die eingegangenen Bedingungen, die von Platten mit der deutschen Gesandtschaft getroffen wurden, mir bekannt gemacht worden sind;

2) dass ich mich den Anordnungen des Reiseführers Platten unterwerfe;

3) dass mir eine Mitteilung des "Petit Parisien" bekanntgegeben worden ist, wonach die russische provisorische Regierung die durch Deutschland Reisenden als Hochverräter zu behandeln drohe,

4) dass ich die ganze politische Verantwortlichkeit für diese Reise ausschliesslich auf mich nehme;

5) dass mir von Platten die Reise nur bis Stockholm garantiert worden ist.

Bern - Zürich, 9. April 1917.

1 Lenin.
2 Frau Lenin
3 Georg Safaroff
4 Valentine Safaroff-Mostitschkine
5 Gregor Ussijewitsch
6 Helen Kon
7 Inès Armand
F. Grebelsky
A. Konstantinowitsch
E. Mirinhoff
M. Mirinhoff
A. Skowno
G. Zinowiew
Radomyslski (und Sohn)
D. Slussareff
B. Eltchaninoff
G. Brillant
D. Rosenblum
A. Abramowitsch
Ravitsch

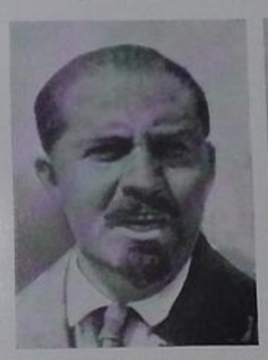
363. Faksimile-Wiedergabe der Unterschriften der Bolschewisten, die zusammen mit Lenin die Reise durch Deutschland antraten




364. Moses S. Uritzkij, der Schöpfer der Tscheka


365. G. Sinowjew-Radomyslskij


366. Lejba Trotzkij-Bronstein, Gründer der Roten Armee


367. Laser Moissejewitsch Kaganowitsch, Verkehrsminister, Schwiegervater und nächster Vertrauter Stalins


368. Der Rote Diktator Stalin-Dschugaschwili


369. Litwinow-Wallach-Mejer-Finkelstein


370. Der Tschekist Unschlicht


371. Karl Radek-Sobelsohn, alter Bolschewist, Sowjetliterat und außenpolitischer Mitarbeiter des regierungsamtl. Organs „Iswestija"


372. Jagoda, Innenkommissar und Leiter der GPU

Am 8. März 1917 (28. Februar alten Stils, daher die Bezeichnung „Februarrevolution“) kam es in Petrograd zu Arbeiterunruhen, die die Revolution einleiteten. Das Militär schloß sich zum Teil den Revolutionären an. Am 15. März dankte der Zar ab. Ein Vollzugsausschuß der „Duma“ mit Rodsjanko, Miljukow und Gutschkow an der Spitze übernahm die Regierung, während sich gleichzeitig ein Exekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte („Sowjets“) unter Tschejidse und Kerenskij danebenstellte.

Die Revolution war „gemacht“. Doch die neue Regierung stand den Aufgaben, die ihrer harrten, verständnislos, ideenlos und feige gegenüber. Die politische Situation war zu diesem Zeitpunkt durch zwei Notwendigkeiten gekennzeichnet: 1. Beendigung des ohnehin verlorenen Krieges, der dem Lande ungeheuere ideelle und materielle Verluste gebracht hatte; 2. Agrarreform, da die alte Bodenverteilung nicht länger aufrechterhalten werden konnte.



373. Ein Straßenbild aus Petrograd während des mißglückten Juliputsches von 1917. Maschinengewehre der Kerenskij-Regierung sprengen den bolschewistischen Demonstrationszug auf dem Newskij-Prospekt

Eine zielsichere Inangriffnahme beider Aufgaben hätte den Staat wieder aufrichten können. Doch das liberale Bürgertum schwankte untätig zwischen den verschiedensten politischen Parolen hin und her. Und das Exekutivkomitee der Sowjets war inzwischen damit beschäftigt, die letzten Reste des Gehorsams in der Armee zu beseitigen.

Die Liberalen sahen sich gezwungen, die Macht mit den Linken zu teilen. Die zweite provisorische Regierung unter dem Fürsten Lwow, der unter anderen wieder Miljukow und Gutschkow angehörten, mußte auch Kerenskij (zugleich als Beauftragten der Sowjets zur Beaufsichtigung der Regierung) übernehmen. Je länger die Regierung in Untätigkeit verblieb, um so mehr wuchs der Einfluß der Linken, bis schließlich Kerenskij selbst eine rein „sozialistische“ Regierung bildete.

Die inneren Verschiebungen innerhalb der Regierung änderten nicht viel an ihrem eigentlichen Charakter. Auch Kerenskij paktierte weiter mit den Ententemächten und machte den Bauern Versprechungen für die Zukunft, ohne in der Gegenwart etwas zu unternehmen. Er wurde dafür zwar von Frankreich und England unterstützt, doch verlor er



innerhalb Rußlands immer mehr an Boden. Der inzwischen seit Lenins Rückkehr kräftig einsetzenden bolschewistischen Propaganda war er nicht gewachsen. Lenin nahm sofort den Kampf gegen die Menschewisten (Sozialdemokraten) und Sozialrevolutionäre auf, indem er seine Propaganda gerade auf diejenigen Probleme einstellte, die von der provisorischen Regierung nicht gelöst wurden. Die Sowjets wuchsen sich immer mehr zu einer Nebenregierung aus. Zwar wurde im Sommer ein bolschewistischer Aufstand in Petrograd unterdrückt, doch blieb das auf den weiteren Gang der Ereignisse ohne Einfluß.

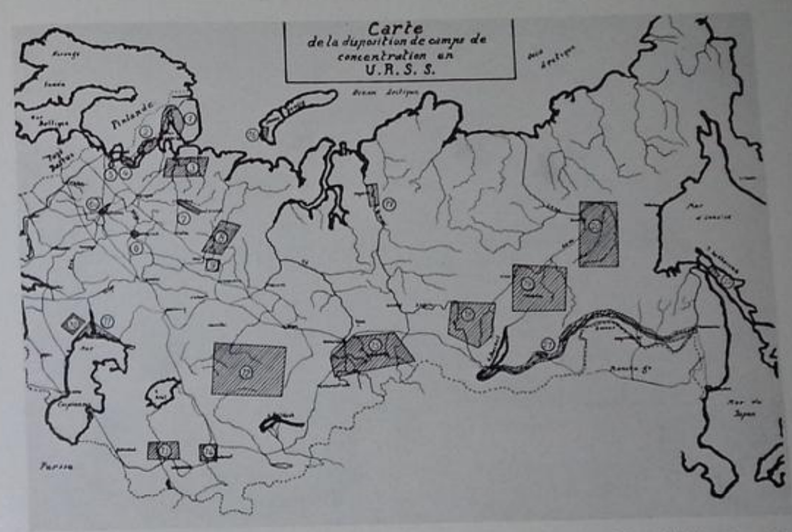


374. Eine Sitzung des revolutionären Kriegskomitees (Oktober 1917). Von links nach rechts: Petsche, Bersin, Burbukow (Stabschef), Muralow, Mandelstamm, Prosarow. Hinter Muralow – Arossew. Ganz vorn – Jaroslawskij (Gubelmann)

Kerenskijs Hoffnung, durch militärische Erfolge an der Front die Volksmassen von der inneren Lage ablenken zu können, scheiterte. Die auf seinen Befehl im Juni 1917 unternommene Offensive in Galizien brach unter großen Verlusten zusammen und goß nur Wasser auf die Mühlen des Bolschewismus. Schon begann der Bürgerkrieg sein Haupt drohend zu erheben. Ein zweiter bolschewistischer Putsch mißlang. Lenin floh nach Finnland. General Kornilow versuchte im August 1917 mit seinen Truppen, dem Bolschewismus entgegenzutreten. Jedoch fiel ihm Kerenskij in den Rücken. Der Versuch mißlang, und Kerenskijs Macht schwand immer mehr dahin.

Jetzt war Lenins Zeit gekommen. Am 7. November (25. Oktober alten Stils) erfolgte der bolschewistische Umsturz in Petrograd. Unter den Parolen „Sofortiger Friedensschluß!“ und „Alles Land den Bauern!“ hatte es die bolschewistische Agitation verstanden, für sich günstige Stimmungen in den Volksmassen zu erzeugen. Am 15. Dezember 1917 wurde der Waffenstillstand mit den Zentralmächten geschlossen, am 3. März 1918 der Brest-Litowsker Friedensvertrag unterzeichnet.

375. Lenin in einer bolschewistischen Versammlung (aus der AIZ)




376. Karte der Roten Terrorherrschaft. Die schraffierten Stellen dieser Karte bezeichnen die Verteilung der bolschewistischen Konzentrationslager, in denen Zehntausende von Angehörigen aller Völker und Schichten der UdSSR als Zwangsarbeiter unerhörten Leiden ausgesetzt sind. Die Konzentrationslager werden planmäßig in den Gebieten mit den schwersten klimatischen und gesundheitlichen Bedingungen angelegt

1. Lager von Solowkii: Holz, Wasserkraftwerk, Fischfang. 2. Lager von „Belomorskij" (Weißmeer) — Kanal (Weißes Meer—Ostsee). 3. Nordlager: Holz. 4. Lager von Svyrsk: Wasserkraftwerk. 5. Lager von Wolchow: Aluminiumfabrik. 6a. Lager von Dmitrow (Moskau) — Kanal (Moskau—Wolga). 6b. Lager von Sornovo: Hafen. 7. Lager von Kotlaß: Eisenbahn. 8. Lager von Wischera: Chemische Fabrik und Bergbau. 9. Lager von Kungul: Bergbau und Hüttenwerke. 10. Lager vom Nordkaukasus: Getreide-„Fabriken". 11. Lager von Astrachan: Fischfang. 12. Lager von Kasakstan: Viehzucht und Konservenfabriken. 13. Lager von Tchardjouy: Baumwolle und Textilfabriken. 14. Lager von Taschkent: Baumwolle und Textilfabriken. 15. Lager von Sibirien: Kohle und Metallwerke. 16. Lager von Novaja Semlja: Blei. 17. Lager von Igorka: Hafen, Holz. 18. Lager von Narim: Holz. 19. Lena-Lager: Gold.

Vorher war bereits die am 18. Januar 1918 einberufene Verfassunggebende Versammlung, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Bolschewisten darin nur eine Minderheit bildeten, mit Gewalt durch einen Sowjetkongreß ersetzt worden. Dieser schaffte u. a. das Grundbesitzrecht ab und proklamierte gleichzeitig die Aufteilung der Güter unter die Bauern. Das war ein geschickter Propagandatrick der Bolschewisten, der im gegebenen Augenblick seine Wirkung nicht verfehlte. Er rief bei den Bauern die Illusion hervor, als sollten sie von jetzt an Eigentümer und Herren von Grund und Boden sein. Die gleichzeitige „Nationalisierung" des Bodens war jedoch von vornherein auf die spätere Enteignung der Bauern berechnet, und das Ganze stellte somit einen bewußten Betrug an der Bauernschaft dar.

Vom ersten Augenblick ihrer Machtergreifung an führten die Bolschewisten ihren Kampf mit den brutalsten Mitteln des Terrors. Unter solchen Umständen war der Bürgerkrieg nicht mehr zu vermeiden. Während des Jahres 1918 begannen sich die gegenrevolutionären Strömungen bemerkbar zu machen. Im Januar 1919 übernahm General Denikin den Oberbefehl der Weißen Truppen im Süden, in Sibirien kämpfte Admiral Koltschak, im Nordwesten General Judenitsch. Die in der ersten Periode erkämpften Erfolge der Weißen verwandelten sich jedoch in Niederlagen, zumal auch die Gegenrevolution es nicht verstand, für die nichtrussischen Nationalitäten ein befreiendes Wort zu finden. Unter solchen Umständen fiel es den Bolschewisten

nicht schwer, mit der ihnen eigenen Demagogie die Gegenrevolution der Reaktion und des Söldnerdienstes für die „Interessen des fremden Kapitals" zu bezichtigen. Die Weißen Bewegungen brachen zusammen, und Ende 1920 waren die Bolschewisten die Herren der Lage.

Auch die bolschewistischen Kriege gegen die neuentstandenen Nationalstaaten fanden zu diesem Zeitpunkt ihr Ende. In den Friedensverträgen mit Estland am 1. Februar, mit Litauen am 12. Juli, mit Lettland am 11. August, mit Finnland am 5. Oktober 1920 und mit Polen am 18. März 1921 mußten sich die Bolschewisten mit der Selbständigkeit dieser Völker einverstanden erklären. Dagegen vermochten sie die Unabhängigkeit der Ukraine, Weißrutheniens, Georgiens, der Türkengebiete u. a. in einem Meer von Blut zu vernichten.

All diese Kriege wurden als „revolutionäre Kriege" mit beispielloser Roheit geführt. Die Bolschewisten selbst nennen diese Zeit die „heroische Periode der kommunistischen Revolution". Es war die Periode des sogenannten Kriegskommunismus, in der Hand in Hand mit den Blutorgien an der Front und unter der friedlichen Bevölkerung die ersten radikalen kommunistischen Wirtschaftsexperimente gemacht wurden. Es war die Zeit der Massenenteignungen, des Massenraubs und des Massenmords. Millionen von Menschenleben wurden vernichtet, Milliardenwerte zerstört.

Wenn die Bolschewisten in ihrer Propaganda die Behauptung aufstellen, sie seien die Vertreter der „werktätigen Massen", so muß demgegenüber festgestellt werden, daß diese Massen mit Terror und Hunger gezwungen wurden, unter der Herrschaft des Kommunismus zu leben. Selbst die stets als die „treueste Garde" des Bolschewismus bezeichneten Matrosen von Kronstadt revoltierten schon im Februar–März 1920 gegen die Sowjetmacht und gaben damit den unmittelbaren Anstoß zu der von Lenin Ende März eröffneten „NEP"-Periode („NEP" ist die russische Abkürzung für „Neue Ökonomische Politik").

Lenin selbst bezeichnete die „NEP" als einen Rückzug, jedoch hat er nicht versäumt hinzuzufügen, daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme handele, um später umso energischer einen neuen kommunistischen Vorstoß zu unternehmen. Die Lockerung des Wirtschaftskommunismus war, wie alle ähnlichen Maßnahmen der Sowjetregierung, nur ein Mittel zum Zweck, ein Mittel zur Festigung der bolschewistischen Diktatur, zur politischen Eroberung der Bauernmassen. Diese Lockerung war erforderlich, um den fortschreitenden Ruin der Landwirtschaft aufzuhalten, weil die Bauern dafür bestimmt waren, mit ihrer Arbeit die gewaltigen Mittel für die damals bereits in Aussicht genommene Rüstungs- und Industrialisierungspolitik der Sowjetunion aufzubringen.

Kaum war die Landwirtschaft notdürftig wieder hergestellt, setzte sofort die kommunistische Gewaltpolitik auf dem Lande von neuem ein. Die Enteignung der Bauern wurde auf breitester Basis in Angriff genommen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft vernichtete das freie Bauerntum, proletarisierte es und machte es zu Landarbeitern im Dienste des neuen Staatskapitalismus mit seinen brutalen Ausbeutungsmethoden.

Die Folge waren Hungerkatastrophen, wie sie die Geschichte aller Völker bisher noch nicht gekannt hat. Das bezieht sich nicht etwa nur auf die ersten Jahre der bolschewistischen Herrschaft. Der Kardinal Erzbischof Innitzer schätzt die Zahl der Verhungerten in der UdSSR auf viele Millionen. Der Erzbischof von Canterbury macht über die Zahl der Hungertoten allein im Jahre 1933 folgende Angaben: es sind „eher 6 Millionen als 3 Millionen"[1]).

Der augenfälligste Ausdruck des Sowjetkapitalismus sind die Fünfjahrpläne, durch die eine Industrialisierung des Landes auf Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung durchgeführt wird. Der Staat tritt hier als Großunternehmer auf und setzt seine Machtmittel ein, um durch Enteignung der Volksmassen, durch Errichtung eines kapitalistischen Monopols in seinen Händen, durch ein raffiniertes Akkordlohnsystem einen „Mehrwert" (um mit Marx

[1]) „Times", 26. Juli 1934.



zu sprechen) herauszuschinden, der immer neue Kapitalinvestierungen gestattet. Führt auch das forcierte Tempo dieser Politik oft zu Fehlinvestierungen, verschlingt auch die bolschewistische Wirtschaftsbürokratie durch ihre Überorganisation, durch ihren Leerlauf, durch ihren Mangel an Verantwortlichkeit, durch ihre Unwissenheit gewaltige Mittel, so wird die Unterbilanz der bolschewistischen Wirtschaft immer wieder auf Kosten des schaffenden Menschen „ausgeglichen".

Soweit es sich dabei nicht lediglich um Renommierbauten handelt, die in erster Linie der Propaganda im Auslande dienen sollen, um auch dort die Arbeiterschaft für die „Segnungen" und die „Leistungsfähigkeit" des Kommunismus einzufangen, sind die praktischen Ergebnisse der Industrialisierung sehr eindeutig durch die aggressive Zielsetzung der Sowjetpolitik im ganzen bestimmt. Dazu bedarf es einer militärischen Macht, die sich auf eine militarisierte Wirtschaft und eine starke Rüstungsindustrie stützen kann. Der Aufbau der Rüstungsindustrie mit Hilfe der Arbeiter- und Bauerngroschen – das ist das „wirtschaftspolitische Ergebnis" der bisherigen Fünfjahrpläne.

So erklärt sich das „Zwischenziel" des stalinistischen „Sozialistischen Aufbaus in einem Lande", das von gewissen Kreisen für das „Endziel", und jener leninistische „Umweg", der so oft für die „letzte Strecke des Weges" gehalten wird. Alle Wege Moskaus führen zur Weltrevolution, alle Maßnahmen sind ausnahmslos auf dieses imperialistische Ziel ausgerichtet.

Man braucht bloß die Kulturpolitik des Bolschewismus zu betrachten, um zu erkennen, daß er im höchsten Grade konsequent vorgeht. Die Vernichtung der Familie und der Religion ist die Voraussetzung für die dauernde Festigung des Kommunismus. Und nur hier kennt der Bolschewismus keinerlei Prinzipienlosigkeit. Hier ist er niemals und nirgends bereit, einen – mehr als taktischen – „Rückzug" anzutreten. Mit dem Kulturbolschewismus, der die



377. Was der „Intourist" zeigt: Ausländische Touristen am Dnjeprostroj. Die bolschewistische Reise- und Propaganda-Organisation „Intourist" veranstaltet seit Jahren Gesellschaftsreisen für Ausländer durch den Sowjetstaat, bei denen den Besuchern nur das gezeigt wird, was der Kommunistischen Partei zweckdienlich erscheint







378. Bolschewistisches „Begräbnis". Abtransport der Leichen von verhungerten Bauern (1921). — 379. Verhungerter und seiner Kleidung beraubter Bauer (1933). — 380. Infolge von Futtermangel gefallene Bauernpferde (1933)

Das zeigt der „Intourist" nicht!








381. Bauernfamilie in einem der Hungergebiete der UdSSR (1933). — 382. Eltern- und obdachlose Kinder, die zu zehntausenden von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt ziehen. — 383. Sowjetschlange vor einem Petroleumladen. In trostlosen Reihen muß das Sowjet-„Proletariat" anstehen, um die Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs in winzigen Mengen zu Wucherpreisen kaufen zu können. Die Schlangen bilden sich im frühen Morgengrauen, stundenlang vor Eröffnung des „Kooperativs", und oft müssen die Menschen mit leeren Händen wieder umkehren

Das zeigt der „Intourist" nicht!

völkische Substanz zersetzt und vernichtet, steht und fällt der Kommunismus schlechthin. Wird das Volk auf irgendeinem Nebengebiet durch kleine „Konzessionen“ und durchaus unwesentliche „Zugeständnisse“ irregeführt, so setzt um so stärker immer wieder die Trennung der Kinder vom Elternhaus, die kommunistische Erziehung in der Schule und im „Komsomol“, die bolschewistisch-politische Schulung in der Armee und die Bekämpfung jeder religiösen Regung ein.

Der Kampf gegen die Religion wird mit allen Mitteln der Propaganda, der Gesetzgebung und des offenen Terrors geführt. Die Zahl der Blutopfer des Bolschewismus aus den Reihen der Kirchendiener verschiedener Bekenntnisse ist so groß, daß genaue Zahlen kaum aufzutreiben sind. Tausende von Geistlichen sind zu Zwangsarbeiten verurteilt. Von den 50000 orthodoxen Priestern sind im günstigsten Falle nur noch wenige Hundert im Dienst. Die meisten der 181337 „Kultdiener“ (Priester, Diakone, Mönche, Nonnen) sind tot oder bevölkern die Zwangsarbeitslager der GPU. Der größte Teil der Kirchen ist geschlossen worden und profanen Zwecken zugeführt oder dem Erdboden gleich gemacht. Der protestantischen und der römischen Kirche ist es nicht besser ergangen.



384. Jaroslawskij-Gubelmann, der Leiter des bolschewistischen Verbandes der „Kriegerischen Gottlosen“



385. Professor Bontsch-Brujewitsch, Schwager Lenins und Erbauer des Radiosenders „Neue Komintern“, Vorkämpfer der Gottlosenbewegung

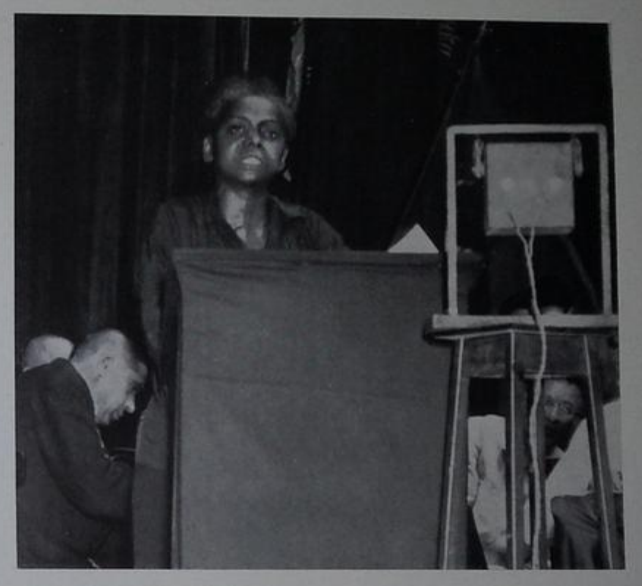


386. Frau Kollontaj, Sowjetgesandtin

Nach allem Gesagten ist es daher unmöglich, den Bolschewismus nach einzelnen seiner Maßnahmen beurteilen und „deuten“ zu wollen. Einzelne Maßnahmen können nur im Rahmen der gesamten Sowjetpolitik, nur auf dem Hintergrund aller ursächlichen Zusammenhänge gewertet werden. Von einem solchen Standpunkt aus, der den Überblick über das Ganze gestattet, wird man vergeblich nach „Abweichungen“ suchen; man wird feststellen müssen, daß die bolschewistische Politik in strengster Ausrichtung auf ihre weltrevolutionären und weltimperialistischen Ziele geleitet wird.

Diese Ziele erfordern eine entwurzelte, willenlose und gefügige Masse ohne eigene kulturelle und politische Bestrebungen, die sich widerstandslos an allen Abschnitten der „weltrevolutionären Front“ einsetzen läßt, die bedenkenlos bereit ist, zu marschieren, zu kämpfen und zu fallen, wenn es ihr von der bolschewistischen Herrscherclique befohlen wird. Nur mit einem solchen Werkzeug können die Bolschewisten an das weltrevolutionäre Programm herantreten, das die Bolschewisierung der Welt und den Sieg des Sowjetimperialismus in allen Erdteilen bezweckt.





387. Die Neger-Delegierte Marie Adams auf einem Frauenkongreß



388. Der „Sowjetdichter“ Maxim Gorkij (links) und der Leiter des Staatsverlages der UdSSR, Chalatow (rechts mit Hut)



389. Opfer der Bolschewisten in Kyjiw (Kiew)

# UKRAINE

von

Dr. P. M. Koronyckyj, Lwów

Die offizielle kommunistische Theorie und Propaganda proklamierte sofort bei der bolschewistischen Revolution die Ukrainer als selbständige Nationalität mit dem Recht auf staatliche Selbstverwaltung. Dieses Manöver hat besonders dazu beigetragen, große Teile des Ukrainischen Volkes über die wirklichen Absichten Moskaus hinwegzutäuschen. Das Schicksal des Ukrainischen Volkes in der daraufhin errichteten „Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik" wird hier von einem Vertreter der ukrainischen Nationalität selbst geschildert.

Mitte des XVII. Jahrhunderts wurde die Ukraina, kurz nachdem der geniale ukrainische Heeresführer und Staatsmann, Hetman Bohdan Chmelnyckyj, die polnische Macht westlich des Dnipro (Dnjepr) zum Wanken brachte, durch den Vertrag von Perejaslaw (1654) mit dem Moskauer Zarenreiche als Bundesstaat vereinigt. Moskau achtete aber nicht die Bestimmungen des Vertrages, so daß das nachfolgende halbe Jahrhundert von einem ständigen Kampf der Ukrainer gegen die Russen erfüllt war, bis schließlich der große Hetman Iwan Mazepa im Bunde mit Karl XII. von Schweden einen offenen Krieg gegen Peter den Großen führte. Bei Poltawa waren im Jahre 1709 die ukrainisch-schwedischen Streitkräfte von Russen geschlagen worden.

Durch eine Kulturbewegung wurde die ukrainische Staatsidee im XVIII. und XIX. Jahrhundert wachgehalten. Das klassische Werk von Iwan Kotljarewskyj – die ewige „Aenejida" –






390. Die Tscheka von Kyjiw. Die vier unteren sind Henker. Nr. 10 in kaukasischer Kleidung der Jude Kin. Auf dem Plakat die Inschrift: „Außerordentliche Kommission, Tod allen Feinden des Proletariats"



391. Blutkeller der Tscheka in Kyjiw, Elisabethstr. 3

ist ein Denkmal jener Periode. Erst unter dem Einfluß der Ideen der französischen Revolution und des nationalen Erwachens aller europäischen Völker um die Wende des XVIII. Jahrhunderts trat im ukrainischen Selbständigkeitskampf ein Umschwung ein.

Nicht zufällig fanden die liberalen „Dekabristen“ Rußlands mit ihrem „Separatismus“ vor über 100 Jahren ihren wichtigen Standort in der Ukraina. Ihre z. T. freimaurerischen Bestrebungen und mannigfaltigen Pläne einer Aufteilung des Russischen Imperiums blieben bis zur Revolution von 1917 lebendig. Aus den „dekabristisch“ eingestellten Ukrainern bildete sich auch der bekannte Kreis der „Kyrylo-Metodijiwci“, die eine slawische Föderation anstrebten. Die führende Rolle unter ihnen spielte der größte ukrainische Dichter Taras Schewtschenko (1814–61), der in der zaristischen Verbannung in Mittelasien seine Gesundheit ließ und im Alter von nur 47 Jahren starb.

Bewußt oder unbewußt suchten die ukrainischen Volksmassen, suchte vor allem die ukrainische Jugend im revolutionären Sozialismus das Mittel zur Beseitigung der Fremd-



392. Opfer der Bolschewisten in Kyjiw

herrschaft in der Ukraina. Diese Verquickung der nationalen Bewegung mit der internationalen liberal-demokratischen und marxistischen Ideenwelt wurde später dem ukrainischen Freiheitskampf zum Verhängnis.

Das erste ukrainische Parlament von 1917 („Zentralna Rada“) mit dem berühmten Historiker Mychajlo Hruschewskyj an der Spitze, der im Herbst 1934 in der bolschewistischen Verbannung im Kaukasus starb, geriet mit der damaligen Regierung Kerenskijs in Konflikt. Die „Zentralna Rada“ bildete die erste ukrainische Regierung („Generalnyj Sekretariat“) und rief am 22. Januar 1918 die unabhängige Ukrainische Volksrepublik („Ukrainska Narodnja Respublika“) aus.

Die Schlacht bei Kruty östlich von Kyjiw (Kiew) in den letzten Januartagen 1918, wobei über 100 ukrainische nationalbegeisterte Schüler und Studenten von einer zehnfachen Übermacht der Bolschewisten aus der Armee des „Roten Henkers“ Murawjow vernichtet wurden, war ein tragisches Ergebnis einer durch pazifistischen Internationalismus angefressenen nationalen Volksbewegung.

Es folgten die blutigen Orgien des Moskauer Bolschewismus in Kyjiw. Nur durch den Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk am 9. Februar 1918 mit Deutschland und seinen Verbündeten sowie dank der Waffenhilfe der deutschen und österreichisch-ungarischen



Truppen wurde die Ukraina vorübergehend vom Bolschewismus befreit. Seite an Seite mit den deutschen Soldaten kämpften die Ukrainer unter Führung des ersten ukrainischen Kriegsministers und späteren Staatsoberhauptes der Ukrainischen Volksrepublik, Symon Petljura, der am 25. Mai 1926 durch den Juden Schwarzbart in Paris ermordet wurde.

Leider kam es zwischen der deutschen und ukrainischen Führung zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Und nach dem großen Volksaufstand Ende 1918 gegen die damalige Regierung ergaben sich dann im Zusammenhange mit dem Abzug der Deutschen schwere politische Komplikationen für den jungen Ukrainischen Staat.

Der Verzweiflungskampf der kleinen Ukrainischen Wehrmacht gegen den Bolschewismus dauerte noch bis Ende 1920. Die grausamsten Schrecken des Freiheitskrieges spielten sich in der Ukraina ab. Mehrere Male wechselte die ukrainische Hauptstadt Kyjiw ihre Machthaber



393. Von Bolschewisten Ermordete in Charkiw

und blieb schließlich in der Hand des Feindes. Einer blutigen Hölle glich damals die Ukraina. Die Fronten liefen hundertfach in- nud übereinander.

Folgenschwer für den ukrainischen Unabhängigkeitskampf war die Besetzung der Westukraina (Galizien, Bukowina, Transkarpathien) durch Polen, Rumänen und Tschechen. Dadurch wurde der Rückhalt der ukrainischen Armeen zerstört, und die Ukrainer erlagen nach furchtbaren Kämpfen der Roten Übermacht, um so mehr als die russische Weiße Armee ihrerseits die Ukrainer angriff.

Der Zusammenbruch der Truppen Denikins, Koltschaks, Judenitschs u. a. m., sowie das Scheitern des ukrainisch-polnischen Feldzugs gegen die Sowjets im Frühjahr 1920, gaben den Bolschewisten die Möglichkeit, sich mit aller Macht auf die Ukrainer zu werfen, nachdem der Krieg gegen Polen im Frieden von Riga sein Ende gefunden hatte.

Die völlige Unterwerfung der Ukraina, die trotz Anerkennung als selbständiger Staat nirgends in der Welt eine wirksame Hilfe gegen Moskau erhielt, war das vorläufige Ergebnis eines jahrzehntelangen revolutionären und eines jahrelangen Kampfes mit der Waffe in der Hand, des Kampfes um die nationale Freiheit und staatliche Selbständigkeit.

*

Es erübrigt sich im Grunde genommen, darauf hinzuweisen oder gar zu beweisen, daß alle lauten Verkündigungen der Moskauer Kommunisten[1]) über die nationale Selbstbestimmung und Freiheit der Völker in der Sowjetunion sich in kürzester Frist als demagogische Schlagworte erwiesen. Die „Diktatur des Proletariats" wurde zu einer Diktatur über das Volk und die „Freiheit der Völker" – zu einer zentralistischen Ausbeutung und Ausrottung aller Völker im Reiche der Moskauer Internationale.

Die Sowjetukraina umfaßt ein Gebiet von fast einer halben Million Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von rund 33 Millionen. Große Teile des ukrainischen Volksgebietes hat Moskau der russischen Sowjetrepublik zugeschlagen. Mehr als 70 % der gesamten Sowjetkohle und etwa 65 % des Eisenerzes stammen aus der Ukraina. Auf eine solche „Freiprovinz" will der Bolschewismus natürlich nicht verzichten. Äußerlich errichtete man eine „selbständige" Sowjetrepublik, die sogar in den ersten Jahren ihre „eigenen" diplomatischen Scheinvertretungen im Auslande unterhielt.

Auch eine gewisse kulturelle Autonomie gewährte das Moskauer Zentrum der Ukraina. Sie besteht aber nur in einer rein mechanischen Anwendung der ukrainischen Sprache in den Schulen, bei den Behörden und im öffentlichen Leben und hat den Zweck, die bolschewistischen Dogmen den Ukrainern in ihrer Muttersprache beizubringen. Es war aber durchaus nicht leicht, die ukrainischen Intellektuellen zu bestechen oder irrezuführen. Alle Ukrainer trachteten danach, die dekorative staatliche Selbständigkeit in eine wirkliche zu verwandeln und der Autonomie einen lebendigen nationalen Inhalt zu geben. Das mußte naturgemäß zu Konflikten mit den bolschewistischen Okkupationsbehörden führen und kostete die Ukrainer viel Opfer.

Die ursprünglich mit Hilfe der Moskauer Regierung gebildete Ukrainische Kommunistische Partei (UKP) geriet sehr bald in Streit mit dem Moskauer Zentrum und wurde aufgelöst. Viele Mitglieder dieser Partei wurden deportiert und manche erschossen. Die bolschewistische Arbeit in der Ukraina wurde dann der Kommunistischen Partei (der Bolschewisten) der Ukraina (KP(b)U) anvertraut, in der das ukrainische Element auf das notwendige Minimum herabgesetzt wurde. Doch fanden sich häufig auch darin nicht wenig Ukrainer, die wegen „Chauvinismus" und Zuneigung zu westeuropäischen Strömungen gemaßregelt wurden.

Der Prozentsatz der Ukrainer in der KP(b)U machte kaum die Hälfte aus (Rest Juden und Russen, die nicht mehr als 15 % der ganzen Bevölkerung der Ukraina bilden). Fast 70 % aller Kommunisten in der Ukraina sind bolschewistische Angestellte. Die Zahl der Ukrainer im Sowjetdienste beträgt aber nur 11 % aller Sowjetbeamten in der Ukraina. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die Roten Okkupanten keinesfalls auf die Unterstützung der ukrainischen Intellektuellen rechnen können.

Im Kampfe gegen die fremde Gewaltherrschaft stehen die gebildeten Ukrainer treu an der Seite ihres Volkes und versäumen keine Gelegenheit, die Führung zu ergreifen. Die Bolschewisten verloren sehr bald jede Hoffnung, sich die ukrainischen Intellektuellen dienstbar zu machen, und begannen mit den grausamsten Verfolgungen. Den Agenten der GPU war es nicht schwer, eine ideelle, in vielen Fällen aber auch angeblich eine organisatorische Verbindung zwischen den widerspenstigen ukrainischen Bauern und den Intellektuellen, vor allem den Schullehrern und den Geistlichen nachzuweisen.

Den Gipfel der bolschewistischen Verfolgungen bildete der Charkiwer Monstreprozeß der 45 Ukrainer im Jahre 1929. Die Professoren Jefremow, Hermajse, Durdukiwskyj, der ehemalige ukrainische Minister des Äußeren Nikowskyj und andere bedeutende Ukrainer wurden beschuldigt, den „Bund zur Befreiung der Ukraina" gebildet zu haben, der sich die Lostrennung der Ukraina von der Sowjetunion zum Ziel setzte. Die Verbreitung der ukrainischen nationalen Idee in der Schule, unter dem Klerus der Ukrainischen Autokephalen

[1]) Nach M. Danko, „Die Nation in Sowjetketten", Wien 1932.



Kirche und im Volke erklärte der bolschewistische Staatsanwalt für ein Staatsverbrechen, da diese Idee mit den Grundsätzen des Bolschewismus unvereinbar sei.

Die Zahl der zu dieser Zeit hingerichteten Ukrainer kann man daraus ermessen, daß das Charkiwer Oberste Gericht in einem einzigen Monat über 1500 (fünfzehnhundert!) Todesurteile bestätigte. Die Flüchtlinge aus der „Solowki-Hölle" berichteten später, daß damals viele Tausende von ukrainischen Studenten und anderen Intellektuellen eingeliefert wurden.

Dieser Prozeß war der entscheidendste Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Moskau und der Ukraina und beseitigte beiderseits jegliche Illusionen. Die Okkupationsbehörden waren mit ihrer Verwaltungskunst in der Ukraina fertig und betraten nun offen den Weg grausamsten Terrors, der den ukrainischen nationalen Geist ausmerzen sollte. In allen ukrainischen wissenschaftlichen Institutionen und Lehranstalten wurde eine gründliche „Säuberung" durchgeführt. Am ärgsten war die Allukrainische Akademie der Wissenschaften daran, deren Mitglieder bei dem Charkiwer Prozeß verurteilt wurden. An Stelle der alten ukrainischen Gelehrten wurden zu Akademiemitgliedern die Propheten des Bolschewismus vom Range eines Skrypnyk und Satonskyj bestellt. Der erste – ein Erzbolschewik ukrainischer Herkunft – konnte schließlich der Unterdrückungspolitik der III. Internationale in der Ukraina nicht ruhig zusehen und versuchte im Sommer des Jahres 1933 bei Stalin persönlich dagegen zu protestieren, was ihm aber sein Leben kostete.

*



394. Eine von den Bolschewisten gesprengte Kirche in Charkiw

Sehr schlimm steht es mit der ukrainischen Schule. Das Analphabetentum in der Ukraina ist erschreckend groß, die Erwachsenen vergessen das Lesen um so schneller, als die Bevölkerung kein Interesse für die bolschewistischen Bücher und Zeitungen hat. Die Arbeit der Volkslehrer wird in der Ukraina so schlecht bezahlt, daß sie massenhaft in die Fabriken fliehen. In den Schulen fehlen fast überall Bücher, Papier, Tinte, Bleistifte und andere Lehrmittel. Das Elend der Bevölkerung ist so groß, daß die Kinder oft die Schule mangels Bekleidung nicht besuchen können.

Die Verfolgung der Ukrainischen Kirche ist im wesentlichen ein Teil der Unterdrückung des ganzen Ukrainischen Volkes. Die nationale Ukrainische Kirche wurde gänzlich aufgelöst. Die Unterdrückung der ukrainischen Geistlichkeit wurde besonders grausam und umfassend durchgeführt, die Kirchen wurden vollkommen ausgeraubt und zum Teil gesprengt.

Wenn anderen Kirchengemeinschaften vorgeworfen wurde, daß die Religion an und für sich eine konterrevolutionäre Sache ist, so wurden die Führer der Ukrainischen Kirche beschuldigt, sich nicht mit der Religion, sondern mit der Politik befaßt zu haben. Die ganze oberste Führung der Ukrainischen Kirche mit dem achtzigjährigen Metropoliten Lypkiwskyj an der Spitze und den Bischöfen Jareschtschenko, Orlyk, Jewtschenko, Krotewytsch und anderen wurde beschuldigt, ein Teil des „Bundes zur Befreiung der Ukraina" zu sein. Sie wurden nach den Solowetzki-Inseln deportiert.

*

Alle Maßnahmen der bolschewistischen Regierung in der Ukraina sind als Formen einer Bekämpfung des ukrainischen Volkstums zu werten. Das bezieht sich insbesondere auf die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Ukraina. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß diese Kollektivierung durch die Entwicklung des Kampfes zwischen Moskau und der Ukraina bedingt wurde und einen bedeutenden Einfluß auf den Werdegang des Bolschewismus selbst hatte.

Dem gesunden Verstand eines Bauern war es klar, daß die Kollektivierung die freien Landwirte zu Leibeigenen der bolschewistischen Kollektivverwaltung mache.

Da an der Spitze der antikollektivistischen Bewegung aus wohlverständlichen Gründen die stärkeren Wirtschaften standen, die am meisten zu verlieren hatten, waren die Bolschewisten von vornherein bemüht, die Kollektivierung als eine gegen die Großbauern gerichtete Bewegung hinzustellen und dadurch einen Klassenkampf auf dem Lande zu entfachen. Es gelang ihnen aber selten, ein Dorf zu spalten, gewöhnlich stützten sich die bolschewistischen Organe auf ortsfremde Elemente und bezahlte Helfershelfer aus der Mitte der ärmsten Bauern. Die „Liquidierung der Großbauern als einer sozialen Klasse" benützten die bolschewistischen Behörden systematisch zur Ausrottung der stärksten nationalen Elemente in der Ukraina.

„Man schritt dann zu einem anderen Mittel der direkten Methode, die einfach darin bestand, alle ‚unliebsamen' Elemente als ‚Kulaken' und ‚Klassenfeinde' zu Tausenden ohne ein Gerichtsverfahren in die Wälder des Nordens und Sibiriens zur Zwangsarbeit zu verbannen. Das Schicksal dieser verfolgten und verbannten ‚Kulaken' wird für immer eines der furchtbarsten Kapitel im Buche der Geschichte Rußlands bleiben[1]."

„Der Hunger wird jetzt zu einer politischen Waffe. Künftig sollte es sich darum handeln, planmäßig vorzugehen und mit Hilfe des Hungers, so vor allem auch in den Agrargebieten, diejenigen Kreise auszurotten, in denen man die natürlichen Gegner der von den Sowjets auf den Gebieten des Volkstums, der Religion, der Familie usw. vertretenen Auffassungen sah[2]."

[1]) Aus Ammende, Dr. E., „Muß Rußland hungern?" Wien 1935, S. 165/166.
[2]) Ebenda, S. 177/178.



Durch diese Ausrottungspolitik trachten die Bolschewisten, gleichzeitig zwei Ziele zu erreichen: den Überschuß der ukrainischen Landbevölkerung von den ukrainischen Städten abzulenken und durch den „Verbrauch" von Hunderttausenden ukrainischer Sklaven die Eiswüsten des Nordens der Sowjetwirtschaft zu erschließen (Bau des Kanals Ostsee-Weißmeer!).

Die Kollektivierung artete in der Ukraina in offenen Raub aus, der ungeheure Werte vernichtete und die Landwirtschaften in vielen Bezirken in ein Chaos verwandelte. Die Lokalbehörden „kollektivierten" alles – landwirtschaftliche Geräte, Kleider, Geschirr, Vieh, Geflügel usw. Einen Teil der Beute verkauften dann die Agenten der GPU den beraubten Bauern zurück.

Nachdem etwa 85 % der Anbaufläche in der Ukraina kollektiviert wurden, zeigte die Ernte ein gänzliches Fiasko der bolschewistischen Agrarpolitik. Die Kollektivierung der ukrainischen Landwirtschaft wurde so zu einem Pyrrhussieg des Bolschewismus.

*

Der Prophet des Bolschewismus, Lenin, sagte: „Freiheit ist ein bürgerliches Vorurteil." Das bezieht sich auch auf die nationale Freiheit. Der Drang der Ukrainischen Nation nach Freiheit und das Bestreben, die Ketten der Roten Fremdherrschaft zu zerreißen, spielt daher ständig eine bedeutende Rolle in den Beziehungen zwischen dem Sowjetreiche und der Ukraina.

Jede Form der antibolschewistischen Bewegung unter den fremden Völkern der Sowjetunion bekommt einen nationalen Inhalt, so auch der Kampf gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft und gegen die Vernichtung der kirchlichen Organisationen in der Ukraina.

Die Bolschewisten bemühen sich, die Bedeutung der Nationalitätenfrage in der Sowjetunion zu verschleiern. Nirgends zeigt sich aber die Heuchelei und Demagogie so kraß, wie gerade in dieser Frage.



395. Ein zu Tode Gemarterter in Charkiw

Der Kampf der Völker der Sowjetunion gegen die kommunistische Unterdrückung schließt jede Möglichkeit einer Evolution des Bolschewismus aus. Die Bolschewisten leben in ständiger Angst vor ihren eigenen „Untertanen". Diese Angst treibt sie zu ungeheuren und dabei ganz sinnlosen Aufwendungen für die Sicherung ihrer Gewaltherrschaft, die in schreiendem Mißverhältnis zur Finanzkraft des Staates stehen und die Hungersnot zu einer ständigen Plage machen.

Eine besondere Verschärfung erfährt die ukrainische Frage im Rahmen der UdSSR dadurch, daß ein bedeutender Teil des Ukrainischen Volkes außerhalb der Sowjetgrenzen lebt: in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei.

Der Krieg und die Nachkriegszeit haben die Lage in der zerrissenen Ukraina in vielen Dingen geändert, doch manches ist auch beim alten geblieben. Die tragischen Geschehnisse in der Ukraina finden in allen ukrainischen Siedlungsgebieten lebhaften Widerhall. Jede neue Tat der Unterdrückung der ukrainischen Bevölkerung seitens der Sowjetbehörden, jede neue Scheußlichkeit der GPU empört die Ukrainer außerhalb der Sowjetgrenzen und verbreitet diese Empörung in weite Kreise der Kulturwelt.

Vergeblich bemüht sich der Bolschewismus, den Kampf des Ukrainischen Volkes als „Seperatismus" zu verschreien, oder ihn gar mit irgendwelchen angeblichen „Annektionsabsichten" fremder Staaten in Verbindung zu bringen. Richtig urteilt darüber der Generalsekretär der Europäischen Nationalitätenkongresse Dr. Ewald Ammende in seinem Buch:

> „Nein, alle Moskauer Hinweise auf die Machenschaften der bezahlten Staatsfeinde, der Agenten des Auslandes, der polnischen Pans, der deutschen Barone, der englischen Dickschädel, der ‚Deterdings und Rosenbergs', werden darüber nicht hinwegtäuschen können, daß es sich heute, ebenso wie im Sommer 1933, um einen Kampf handelt, den Moskau gegen die volksbewußten Kreise der Ukraine in ihrer Gesamtheit zu führen hat[1]."

Der Kampf der Ukrainer ist ein Kampf um die natürlichen Lebensrechte eines großen Volkes, ein Kampf gegen die Vergiftung, Versklavung und Ausbeutung durch die Komintern. In diesem Kampf steht das Ukrainische Volk in einer Front mit allen vom Bolschewismus bedrohten und terrorisierten Nationen. Am Widerstand der Völker werden auf die Dauer auch die raffinierten Gewaltmethoden des bolschewistischen Weltimperialismus zerschellen.

---

[1]) Aus Ammende, Dr. E., „Muß Rußland hungern?" Wien, S. 116.

# WESTTURKESTAN

von

Dr. Tahir Schakir

Turkestan ist ein fast 4 Millionen Quadratkilometer großes Land im Innern Asiens. Die früheren Geschichtsschreiber nannten es auch „Turan". In der letzten Zeit ist es üblich geworden, mit „Turkestan" nur den westlichen unter der Sowjetherrschaft stehenden Teil Turkestans zu bezeichnen.

Nach den neuesten Statistiken lebt in Westturkestan eine Bevölkerung von etwa 17 Millionen mit einer türkischen Mehrheit von 85–90 %. Die Sowjetunion hat das Land aus machtpolitischen Gründen in sechs sogenannte „Republiken" geteilt, die ihre Namen nach Kabilenstämmen erhielten: Kasakistan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Karakalpakstan.

Das zaristische Rußland hatte in Turkestan eine eindeutige Kolonialpolitik getrieben.

Selbstverständlich sympatisierte daher das unterdrückte Volk mit jedem von außen gegen den russischen Imperialismus gerichteten Angriff und interessierte sich ebenso für die revolutionären Strömungen innerhalb des Zarenreiches. Vom nationalen Standpunkt aus war Turkestan stets bereit, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um die Fremdherrschaft abzuschütteln.

So kam es im Jahre 1916 zum großen Aufstand der Turkestaner. Das war der erste heftige Stoß, den Rußland während des Weltkrieges vom Innern her erhielt. Vielleicht war er auch ein Vorläufer der Ereignisse von 1917. Noch hat sich nach dem Volksaufstand in Turkestan die Erregung nicht gelegt, als in Petrograd die große Revolution ausbrach. Im Europäischen Rußland krachten schon die ersten Bomben des Bürgerkrieges, und in Zentralasien waren noch bedeutende Truppenteile der russischen Armee mit der Niederwerfung des nationalen Aufstandes der Turkestaner beschäftigt.

Auch die provisorische „demokratische" Regierung Rußlands behandelte Turkestan nach dem alten Rezept und verweigerte dem nach Freiheit und Selbstbestimmung strebenden Volk jegliches Recht. Das kam insbesondere im Verhalten Kerenskijs selbst zum Ausdruck, als ihn eine turkestanische Abordnung zwecks Überreichung einer Denkschrift aufsuchte.

Der Kampf zwischen verschiedenen Parteien ging in Rußland weiter. Die Turkestaner waren aber nur am Sturz des zentralistischen Systems und an einer dauernden Schwächung der russischen Staatsmacht interessiert. Die Führer der nationalen Bewegung suchten möglichst viel Zeit zu gewinnen, um inzwischen die Mängel in der technischen sowie militärischen Vorbereitung der Volksmassen zu beseitigen.

Im Dezember 1917 wurde die Proklamierung der vorläufigen nationalen Regierung von Turkestan erforderlich. Diese Regierung sollte vor allem in kürzester Zeit eine Nationalversammlung einberufen und die dazu notwendigen Vorbereitungen treffen. Die Bildung der eigenen Regierung rief am meisten Beunruhigung in den Kreisen der damaligen, ausschließlich aus russischen Eisenbahnern zusammengesetzten, Arbeiter- und Soldatenräte hervor. Der Zentralrat hatte sich inzwischen in eine „Sowjetregierung" verwandelt und sagte der Nationalregierung den schärfsten Kampf an. Es war aber weder in der Sowjetregierung noch in den Parteien (bolschewistische und sozialrevolutionäre) auch nur ein einziger wirklicher Vertreter des Volkes selbst. Das bestätigt auch der Moskauer Sowjetbevollmächtigte, der Kommunist G. Safarow, der in seinem Buch, „Die koloniale Revolution – Erfahrung in Turkestan" (1921, russisch), u.a. erklärt: „Die russische Revolution in Turkestan hatte von Anfang an eine kolonisatorische Tonart. Als unbedingte Folge davon waren die Parteien der Bolschewisten und linken Sozialdemokraten vom ersten Tage an Zufluchtsort für verschiedene Abenteurer und Karrieristen, ja sogar verbrecherische Elemente."

Nachdem die „Weißen" Bewegungen der Russen durch die Bolschewisten unterdrückt waren, kam Sowjetrußland in unmittelbare Berührung mit Turkestan, dessen nationale Truppen den Kampf gegen die Rotgardisten des Arbeiter- und Soldatenrates fortsetzten. Es versteht sich dabei, daß die turkestanische Nationalregierung aus Zeitmangel ihre junge Waffenmacht nicht so gut vorbereiten und ausrüsten konnte, wie es bei den Kommunisten der Fall war, die das gesamte Kriegsmaterial der Zarenarmee zur Verfügung hatten.

Mit der Niederlage der turkestanischen Regierung war die Bevölkerung gezwungen, einen allgemeinen Volkskampf gegen den Roten Imperialismus selbst aufzunehmen. So kam es zum – in der Sowjetliteratur böswillig mit „Basmatschi" (Banditen) bezeichneten – nationalen Aufstand gegen die Moskauer Herrschaft.

Da es unter den Turkestanern keine Klassen gab, bemühte sich die Moskauer bolschewistisch-imperialistische Diktatur in erster Linie, eine turkestanische „proletarische Klasse" zu schaffen. In einem Lande mit 85 % Bauern ist das aber kein aussichtsreiches Unterfangen. Bis vor kurzem gaben die Bolschewisten selbst zu, der Begriff „Proletarier" sei in Turkestan immer noch eine „unklare Kategorie" (Schalwa Elijawa). Das Sowjetsystem in Turkestan ist also ganz ohne Mitwirkung irgendeiner Volksschicht entstanden und verdankt sein Bestehen ausschließlich der Macht der Sowjetarmee mit ihren Kanonen und Flugzeugen. Wenn diese Armee eine Erschütterung erfährt, so platzen sofort die Bomben in Turkestan. Die heutige Lage erinnert an die des Jahres 1916. Nur mit dem Unterschied, daß sie noch viel gespannter ist.

In Turkestan kann überhaupt von einer eigenen turkestanischen Kommunistischen Partei kaum gesprochen werden. Als moderne turkestanische Parteien machten sich dagegen schon in den Vorkriegsjahren eine fortschrittliche („Dschadidismus") und eine konservative („Ulema") Bewegung bemerkbar.

Nach den Sowjetangaben waren zu Anfang der Revolution in Turkestan noch nicht mal 30000 Arbeiter, und dieselben waren gar nicht in einer „proletarischen" Organisation zusammengeschlossen. Im Jahre 1932/33, also nach dem Abschluß des ersten Fünfjahresplanes, wurde die Zahl der gesamten Arbeiter mit 120000 angegeben (75800 in Kasakistan und 45000 im mittelasiatischen Teil). Dabei erreicht der Anteil der einheimischen Arbeiter nirgends ein Drittel. Bei einer nationalen Mehrheit von 85–90 % ist diese Zahl auffallend gering.

Erst im Jahre 1934 stellte einer der leitenden Sowjetagenten in Turkestan (Mandschara) fest, daß in Turkestan die allgemeinen Lebensverhältnisse der Arbeiter sehr schlecht sind und es nicht mal menschenwürdige Baracken gibt. Er sagte weiter, die Sowjetwirtschaftsorgane treten absichtlich nicht ernsthaft an die Frage der nationalen „Kader" heran[1]). Aus der Presse selbst kann man feststellen, daß die Sowjetorgane bemüht sind, die turkestanischen Arbeiter aus den Werken zu verdrängen und neuangesiedelte Russen einzustellen. Der Leiter der Parteisäuberungsaktion in Turkestan (Peters) bestätigte im Jahre 1934 die Tatsache, daß die turkestanischen und die russischen Arbeiter in den Staatswerken in jeder Beziehung verschiedenartige Behandlung erfahren. Die Russen leben in besseren Wohnräumen, erhalten bessere Verpflegung und dazu noch höhere Löhne (5–6mal) bei kürzerer Arbeitszeit als die Turkestaner. Das ist kein Einzelfall. Man kann das ganze Land durchwandern: überall dasselbe Bild.

Die Kommunistische Partei ist von Moskau bevollmächtigt, Turkestan im Namen der UdSSR zu verwalten. Anfangs wurde der turkestanischen Bevölkerung jede Beteiligung an der Partei und der Regierungsmacht aberkannt. Aber im Verlauf der Entwicklung der turkestanischen nationalen Bewegung und des Aufstandes wurde die Lage zu ernst, und die Sowjets fühlten sich bedroht. Man suchte jetzt nach einzelnen Einheimischen, um sie

[1]) „Prawda Wostoka", 14. 11. 34.



wenigstens pro forma an die Partei und die Regierung heranzuziehen. Leider ließen sich wie überall auch hier charakterschwache Menschen finden. So entstand später das „Muselmanische Komitee" der Partei. Diese Entwicklung führte zu der heute offiziell funktionierenden Parteiorganisation.

Der verantwortliche Sekretär der Partei von Kasakistan, der Armenier Mirzojan, gab Anfang des Jahres den Gesamtbestand der Partei mit 77500 (40000 ordentliche Mitglieder und 37500 Kandidaten) an. 50,6 % davon sollen aus Einheimischen bestehen. Im übrigen Teil des Landes gibt man insgesamt 88000 Parteimitglieder an. Alle diese Angaben sind vor der Durchführung der letzten „Säuberung" gemacht. Bis zum 5. September 1934 wurden in manchen Bezirken etwa 20000 Parteiangehörge von der Säuberungsaktion betroffen; dabei mußte man 24 % von ihnen aus der Partei ausschließen[1]). Wie sich aus den späteren Zahlen ergibt, stieg dieser Ausschluß in manchen Bezirken auf 50–60 %.

Nach Sowjetangaben sollen in Usbekistan 47 % der Parteiangehörigen Arbeiter, 42 % Bauern und 11 % Beamte und Angestellte sein[2]). Wie man daraus ersieht, sind fast die Hälfte der Parteimitglieder Landbewohner. Wenn man aber die Einteilung der Partei nach Nationalitäten prüfen würde, so hätte man ein ganz anderes Bild. Der größte Teil der angeblich parteizugehörigen Turkestaner gehört dem Landvolk an. Die Sowjetpresse gibt aber offen zu, daß es auf dem turkestanischen Dorf weder einen regelrecht funktionierenden Parteiapparat, noch überhaupt eine klare Vorstellung über die Parteizugehörigkeit gibt. Der Parteisekretär von Usbekistan (A. Iram) gibt ein noch klareres Bild über das Parteiwesen im Dorf. Er sagt: „Wenn man in ein Dorf kommt und fragt: ‚Wo ist eure ‚Jatschejka' (Parteizelle)?' – bekommt man gleich die Antwort, sie sei soeben fortgeritten. Als ich immer auf dieselbe Antwort stieß, habe ich erst gedacht, das käme vielleicht von der Unkenntnis der Bevölkerung. Aber später habe ich einwandfrei festgestellt, daß es tatsächlich so war. Die ganze ‚Jatschejka' des Dorfes bestand meist aus einem einzigen Mann, nämlich dem (von oben ernannten) Sekretär."

Ebenso wie im Dorf fühlten sich auch die Leute in der Stadt gezwungen, sich einschreiben zu lassen, aber sie wußten selbst nicht, um was es sich handelte. In den Fabrikbetrieben, öffentlichen Ämtern und Hochschulen geht im wahrsten Sinne des Wortes ein Kampf vor sich. Der turkestanische Kommunist beschuldigt seine russischen Genossen der Verfechtung des russischen Imperialismus und der Russe seine turkestanischen Genossen des engherzigen Nationalismus.

Die höhere Leitung der Partei, die ja die letzte und entscheidende Instanz im Lande bildet (z. B. die Leitung des Mittelasiatischen Büros und des Sekretariats von Kasakistan), ist wiederholt von Russen, Armeniern, Juden u. a. besetzt worden, aber nie von einem Turkestaner. Dies zeigt den Charakter der Roten Herrschaft in Turkestan und das Mißtrauen der Moskauer Machthaber ihren turkestanischen Genossen gegenüber. Man hat unter ihnen in 17 Jahren keinen Mann finden können, der treu und zuverlässig den Interessen Moskaus hätte dienen wollen.

In der zaristischen Zeit wurde Turkestan als zwei Generalgouvernements – „Kirgisskij" und „Turkestanskij Kraij" – und zwei Vasallenkhanate – Buchara und Chiwa – verwaltet. Nach der Bolschewisierung des Landes machte man zuerst aus jeder dieser Einheiten eine Sowjetrepublik. Erst im Jahre 1924 teilte man das Land im Verlauf der „nationalen Einteilungspolitik" aufs neue in verschiedene Verwaltungseinheiten. Dabei suchte man diese Teilung politisch auszunutzen, indem man die Stämmeeinheiten des türkischen Volkes zugrundelegte. Dadurch entstanden die sechs „nationalen" Republiken in Turkestan. Schon im Jahre 1919 wurde innerhalb der turkestanischen Kommunisten das Problem einer einheitlichen türkischen Republik aller in der Sowjetunion lebenden Türken aufgeworfen. Als

[1]) „Turkmenskaja Iskra", 15. 9. 34.
[2]) „Ksyl-Usbekistan", 17. 1. 34.

Gegenmaßnahme erfolgte die Aufteilung Turkestans in die Stämmerepubliken. Seitdem ist die Sowjetregierung bemüht, die Zersplitterung eines in jeder Beziehung einheitlichen Volkes durch Schaffung verschiedenartiger künstlich erzeugter Gegensätze noch zu steigern. Die turkestanische, ja überhaupt die türkische Jugend in der UdSSR (auch die angeblich kommunistische) kämpft in strenger Geschlossenheit dagegen.

Die alte, von den Turkestanern in aller Schärfe bekämpfte Ansiedlungspolitik der Zarenregierungen, nahm die Sowjetregierung wieder auf und führt sie in einem „revolutionären Tempo“ durch. Dem widersetzt sich sogar der turkestanische Kommunist. So entbrennt auch hier ein beispielloser Kampf.

So beschuldigt z. B. der frühere Kulturkommissar J. Sadwakas, in einem ausführlichen, in der Zeitschrift „Bolschewik“ veröffentlichten Artikel, die Sowjetregierung der genauen Fortsetzung der zaristischen Kolonialpolitik. Dabei erzählt er manche Einzelheiten. So soll der Apparat des früheren Kolonisationsamtes mit seinem ganzen Personal dem Landwirtschaftskommissariat angegliedert worden sein, und die Durchführung der gesamten Siedlungspläne der Zarenregierung wird fortgesetzt. Die heftigen Angriffe der turkestanischen Kommunisten, ja sogar die Beschlüsse der Provinzialregierung und der gesetzgebenden Organe, wurden achtlos beiseitegetan. Die Sowjetregierung befahl ihrem Bevollmächtigten in Kasakistan (Goloschtschekin), rücksichtslos durchzugreifen. Der frühere Kominternleiter Sinowjew-Radomyslskij hat ihn einmal mit Recht „Pharao der Steppe“ genannt. Er hat die pharaonische Sowjetpolitik in Turkestan (Kasakistan) bis zum Jahre 1932 fortgesetzt, wo er die letzte Hungerkatastrophe herbeiführte.

Die bolschewistische Literatur der ersten Jahre der Revolution stellte die Baumwollanbaupolitik der Zarenregierung unter schärfste Kritik. Sie fand, daß die damalige Forderung, ein Drittel der Anbaufläche mit Baumwolle zu bestellen, ein unerträglicher Druck auf die Bauern sei. Aber sehr bald gab die Sowjetregierung ihr früheres Verhalten auf und nahm die alte Politik verschärft wieder auf. Sie verlangte 100 %-igen Baumwollanbau. Sie begnügte sich nicht mit wirtschafts- und finanzpolitischen gesetzlichen Maßnahmen, sondern terrorisierte die Bauern, die die Baumwolle im geforderten Maße nicht anbauen wollten. Der turkestanische Bauer hat schwere Erfahrungen gemacht und will nicht wieder hungern. Rein wirtschaftlich gesehen ist die Baumwollanbaupolitik Moskaus den Turkestanern gegenüber nichts anderes als eine beispiellose Ausbeutung.

Der turkestanische Oppositionelle ist auch in dieser Frage mit seinen russischen „Genossen“ nicht einig. Er sagt ganz offen, daß die Sowjetpolitik unmenschlich ist. Er betrachtet sie als unrechtmäßige Vernichtung der armen Bauern. Er sagt, daß er dieser Politik nicht zustimmen kann. Der vor seinem Selbstmord in Moskau in ehrenvoller Verbannung lebende langjährige Kommissar Hidis-Ali schrieb: „Der turkestanische Bauer ist nicht auf seiten der Sowjetregierung, er ist jeden Augenblick bereit, sich jeder sowjetfeindlichen Bewegung anzuschließen, um sich von dieser schweren Last zu befreien.“ Der Brief wurde seinerzeit teilweise in der Sowjetpresse veröffentlicht.

Die Sowjets aber führten ihre „Sozialisierung“ der Landwirtschaft Turkestans auch bei den Viehzüchtern in verstärktem Tempo durch. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurden 80–90 % der nomadischen und halbnomadischen Herdenwirtschaft „sozialisiert“. Die Herden wurden enteignet und zum Eigentum einer aus soundso vielen Familien bestehenden Kollektivwirtschaft erklärt. Dabei hatte niemand, besonders nicht die Kommunisten, die als Leitung eingesetzt waren, eine Ahnung, wie gewirtschaftet werden sollte. Nach der plötzlichen Durchführung dieser Maßnahmen entstand bei der Bevölkerung eine Panik, und es wurde eine große Menge Vieh vertrieben und vernichtet. Durch die Mißwirtschaft in den Kolchosen ist die Viehzucht im Lande zugrunde gerichtet worden. Vor dem Kriege hatte man in Turkestan 50–60 Millionen Stück Vieh. 1930 waren es nur noch 15 Millionen. Die Tragik dieses Verlustes ist für Turkestan viel größer als man sich das vorstellen kann, denn die



Viehzucht war die wichtigste Existenzquelle einer großen Bevölkerungsschicht. Diese wirtschaftliche Katastrophe hat in Turkestan eine neue Hungersnot hervorgerufen, der die Bevölkerung besonders in Kasakistan ausgeliefert ist.

Innerhalb der 15jährigen Sowjetherrschaft hat Turkestan zweimal eine Hungersnot durchgemacht. Die erste war im Jahre 1918/19. Die Opfer dieser Katastrophe waren vor allem die Viehzüchter in den Steppen und die Baumwollbauern in den Dörfern. Man hat damals die Opfer der Hungersnot auf eine Million geschätzt. Der Leiter des damaligen Hilfskomitees, der Kommunist T. Ryskulow, bestätigt in seinem Werk[1]), daß die Sowjetregierung diese Katastrophe künstlich herbeigeführt hatte, um an der Macht zu bleiben. 1933/34 war das Turkestanische Volk zum zweiten Male einer noch schwereren Hungersnot ausgesetzt, die mehr als eine Million Menschenleben forderte. Moskau meint wohl, der Kirgise sei wirtschaftlich „zurückgeblieben“ und vom Standpunkt des Marxismus aus schwach, er würde sowieso aussterben . . .

Der turkestanische Oppositionelle will in seinem Lande selbst die Leitung des Staatsapparates übernehmen. Wenn die „nationalen“ Republiken wirklich gleichberechtigt sind, dann wollen sie nicht mehr verwaltet werden, sondern selbst über ihr eigenes Schicksal verfügen. Der Moskauer Kommunist will immer noch der alleinige Herr in Turkestan sein und den Vertreter der Herrenschicht spielen. Die Sowjetregierung gibt wohl in nichtssagenden propagandistischen Auslassungen den turkestanischen Stimmen recht, hält aber in der Tat an ihrer kolonisatorischen Politik fest.

Allein die Erkenntnis der Gärung innerhalb der Kommunistischen Partei Turkestans kann ein klares Bild von der äußerst gespannten Lage im Lande geben. Ohne auf die weiteren Einzelheiten einzugehen, kann man feststellen, daß in Turkestan ein erbitterter Kampf zwischen dem Turkestanischen Volk und dem Sowjetimperialismus geführt wird. Die Turkestaner kämpfen um ihr nationales Dasein und Recht. Diesen Kampf wird das Volk einig und mutig durchführen.

---

[1]) „Die Revolution und die bodenständige Bevölkerung Turkestans“, 1925, Taschkent (russ.).

# WEISSRUTHENIEN

von

A. Tanin, Wilna

Die Revolution von 1917 brachte den unterdrückten Völkern Rußlands die langersehnte Freiheit und Selbständigkeit. Darunter auch dem 10 Millionen starken Weißruthenischen Volke (auch „weißrussisch" oder „belorussisch" genannt), das auf dem großen Kongreß in Minsk im Jahre 1918 seinen unabhängigen Nationalstaat proklamierte.

Nach 400 Jahren der Fremdherrschaft war es für die Weißruthenen eine außerordentlich schwere Aufgabe, ihre junge Volksrepublik gegen den vordringenden Bolschewismus zu verteidigen. Wenn auch Weißruthenien an dem Wall zwischen dem kommunistischen Osten und dem nationalen Westen einen bedeutenden Anteil hatte, so mußte es im ungleichen Kampfe seine Unabhängigkeit einbüßen.

Am Anfang versuchte Moskau, das Volk der Belorussen von innen heraus zu zersetzen und es auf diesem Wege zu erobern. Es gab auf dem weißruthenischen Territorium – insbesondere unter den starken Minderheiten in den Städten – genug Anhänger oder bezahlte Agenten des Marxo-Leninismus. Daß die Juden dabei eine entscheidende Rolle spielten, ist allen zur Genüge bekannt. Nachdem aber die Kremlgewaltigen erkannt hatten, daß die propagandistische Unterwerfung des für die weltrevolutionären Pläne der III. Internationale so wichtigen Gebietes zu lange dauern und kaum zu einem Erfolge führen würde, wurde die Hauptstadt Minsk durch die Rote Armee im Kriege gegen Polen am 11. Juni 19[illegible] besetzt.

Rücksichtslos gingen die Eroberer gegen die nationalgesinnten Weißruthenen vor. Die Regierungsmitglieder wurden z. T. ermordet oder verbannt. Und als Antwort auf die spontanen blutigen Aufstände der Bauernschaft ließ Moskau einen scheinselbständigen Staat – „Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik" (BSSR) – schaffen.

Wenn die Sowjets dadurch die weißruthenischen Volksmassen irreführen und etwa für sich gewinnen wollten, so ist dieses Ziel keineswegs erreicht worden. Ein unaufhörlicher Kampf zwischen den Belorussen und den fremdrassigen Bolschewisten geht vor sich. Gegen alles Weißruthenische führt Moskau einen systematischen Feldzug. Die Intellektuellenschicht wurde durch Erschießungen und Verbannungen bis auf unbedeutende Reste ausgerottet. Prof. Ignatouski, Präsident der Akademie der Wissenschaften in Minsk, mußte wegen seiner Haltung in Fragen der „leninistischen Weltauffassung" sein Leben lassen. Tausende weißruthenischer Studenten, Lehrer, Bauern und Arbeiter darben als Kanal- oder Grubenarbeiter im Norden und in Sibirien.

Unter der Parole des „Kampfes gegen die Konterrevolution" wird diese Vernichtungspolitik des Bolschewismus in Belorußland geführt. Mit besonderer Schärfe richtet sie sich gegen die Bauern im Zusammenhange mit der Kollektivierung der Landwirtschaft. Und die bekannte Räumung der Gebiete längs der polnischen Grenze begründet die Sowjetregierung mit der angeblichen Notwendigkeit der militärischen Sicherung gerade derjenigen Linie, die das weißruthenische Volksgebiet auf Grund des Rigaer Friedensvertrages zwischen Moskau und Warschau in zwei Teile zerrissen hat. Viele Zehntausende der Weißruthenen müssen ihr Vaterland verlassen, damit die Sowjetmacht bestehen kann ...

Der eroberungssüchtige Bolschewismus scheut keine Mittel, um die Weißruthenen sowie alle Völker der UdSSR nach Möglichkeit zu schwächen und völlig zu unterjochen. Die Greueltaten der Roten beweisen eindeutig, daß es den Schöpfern der Belorussischen Sowjetrepublik nur darauf ankommt, das fast 1/4 Million qkm große Land im Laufe der Zeit gänzlich zu internationalisieren und dadurch die Wiederaufrichtung der nationalen Selbständigkeit der Weißruthenen unmöglich zu machen.



Zwei Mächte ringen in Sowjetweißrußland: das nationalbewußte Weißruthenentum und der moskowitisch-jüdische Bolschewismus. In diesem Kampfe wird Moskau durch diejenigen nichtbolschewistischen Staaten unterstützt, die dem tragischen Schicksal des freiheitliebenden Volkes der Weißruthenen gleichgültig gegenüberstehen. Trotzdem wird es dem Sowjetimperialismus nie gelingen, das Volk, welches nach vier Jahrhunderten der Unterdrückungen erwacht ist, zu vernichten.

Mögen die Worte, die ein junger weißruthenischer Kommunist in einer Versammlung in Witebsk sprach, für Moskau eine Warnung sein:

> „Genossen – Brüder! Von dieser Tribüne aus hat man euch viel gelogen, aber es ist nun die Zeit für die Wahrheit gekommen. Höret: es gibt keine Arbeiter- und Bauernmacht, – es gibt eine Bande von Mördern – Moskowitern und Juden –, die uns zu Sklaven machen wollen. Es ist Zeit aufzuschreien, damit die ganze Welt hört: Stalin mordet Weißruthenien! Diejenigen, die verbannt werden, sind keine Popen und keine Gutsbesitzer. Es sind diejenigen, die sich die Aufgabe stellten, Weißruthenien wieder aufzurichten ... Man hat uns 17 Jahre lang belogen. Die Kommunisten versprachen uns die Freiheit und gaben die Moskauer Knute und den jüdischen Kommissar. Brüder, es kommt die Stunde der Vergeltung für die unerhörten Erniedrigungen. Und wir müssen siegen, – wir müssen, da wir ganz Weißruthenien sind!"

# NACHWORT

Die Seiten dieses Buches legen Zeugnis ab von der erschreckenden und gefahrvollen Zerrüttung des nationalen und internationalen Lebens durch die planmäßige Wühlarbeit des Bolschewismus. Es erübrigt sich, diesen unheilvollen Vorgang noch einmal zusammenfassend schildern zu wollen, weil jede Zeile Hinweise und Belege enthält für die eine entscheidende Tatsache der Gegenwart, die Tatsache, daß alles Gesunde, Ehrenhafte, Gläubige und Positive, bei welchem Volk und in welchem Land es auch sei, in der unmittelbaren Gefahr schwebt, von den dunklen Mächten der Zersetzung, Ehrlosigkeit und Negation, von den Gewalten der politischen Unterwelt überrannt und vernichtet zu werden. Es entspricht dem widernatürlichen und widergöttlichen Wesen des Bolschewismus, daß er nur zerstörend, verwüstend und letzten Endes immer unfruchtbar tätig werden kann, daß sein Angriff immer und überall auf die Substanz der Dinge und das Fundament jeder Ordnung gerichtet sein muß. Der Bolschewismus wäre nicht er selbst, wenn er nicht einen fanatischen Gotteshaß mit einer erbitterten Feindschaft gegen jegliches Volkstum verbinden würde, wenn er nicht in seiner Machtbesessenheit und Widersittlichkeit blindwütig gegen die ewigen Gesetze der Natur und der menschlichen Gemeinschaft Sturm laufen würde.

Nur eine oberflächliche oder korrumpierte Denkweise kann diese Grundwahrheit leugnen oder beiseite schieben. Wir können und werden es niemals glauben, daß die nichtbolschewistische, Welt sich auf die Dauer einer solchen Denkungsart hingibt. Wir glauben vielmehr, daß die Schatten der Dämmerung, die heute über Europa hinziehen, nicht die Vorboten des hereinbrechenden Abends, sondern die Künder eines neuen Morgens der Völker sind. Wir glauben, daß die bessere Einsicht im Begriffe steht, sich mit dem Willen zur Tat zu vermählen, um durch planvoll mutiges Handeln dem Weltverderben Widerstand zu bieten. Wir glauben, daß bald die Stunde schlagen wird, wo die Nationen, überdrüssig der Lüge und empört über die Verbrechen des Bolschewismus, von der Abwehr zum Angriff übergehen, um den gefährlichsten Feind aller Völker, die Komintern, endgültig zu vernichten.

Schon rühren sich in allen Ländern die Kräfte, um den Vernichtungskampf gegen die Kommunistische Internationale zu eröffnen. Den weltrevolutionären und weltimperialistischen Gelüsten Moskaus stellt sich eine Phalanx der Patrioten entgegen, um im Bunde mit allen gesunden Elementen des religiösen, kulturellen, sozialen und politischen Lebens den Ansturm der Unterwelt zurückzuschlagen. Der durch Betrug und Drohung künstlich zusammengehaltenen kommunistischen „Einheitsfront" stellt sich die echte Einheitsfront des Antikommunismus entgegen. Die Zeit ist reif. Das Urteil ist gesprochen; die Parolen sind erteilt:

Gegen Gottlosigkeit und Zersetzung von Sitte und Familie!
Für Gottesglauben und sittliche Ordnung!
Gegen Klassenkampf und Bürgerkrieg!
Für Volksgemeinschaft und soziale Gerechtigkeit!
Gegen bolschewistische Weltrevolution und Roten Imperialismus!
Für Frieden, Ehre und Recht im Zusammenleben der Völker!

## NACHWEIS DER BILDER

A. B. Text und Bild, Stockholm: Nr. 123.
A la Page, Paris: Nr. 114.
Aus A. I. Z.: Nr. 16, 21, 53, 55, 59, 62, 97, 99, 126, 129, 135, 136, 140, 166, 167, 183, 202, 210, 218, 238, 279, 293, 297, 301, 302, 303, 326, 327, 330, 331, 342, 343, 345, 375.
Archiv der Antikomintern, Berlin: Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 13, 18, 19, 20, 27, 30, 33, 38, 39, 41, 42, 43, 54, 57, 65, 66, 67, 70, 74, 82, 83, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 110, 115, 116, 118, 119, 120, 121, 122, 125, 127, 130, 134, 152, 154, 157, 164, 168, 169, 173, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 186, 187, 191, 192, 201, 203, 204, 207, 208, 209, 212, 213, 214, 215, 216, 219, 220, 228, 229, 230, 231, 242, 243, 244, 247, 248, 252, 253, 255, 256, 258, 259, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 268, 269, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 280, 281, 282, 283, 284, 289, 287, 288, 289, 290, 291, 294, 295, 296, 298, 299, 304, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 319, 320, 321, 324, 325, 333, 334, 335, 336, 337, 340, 344, 346, 347, 348, 349, 351, 352, 353, 362, 368, 370, 371, 372, 373, 374, 377, 378, 381, 384, 385, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395.
The Associated Press, Berlin: Nr. 1, 2, 51, 60, 71, 227, 369.
Berliner Illustrierte Zeitung 1920, Nr. 36: Nr. 338, 339.
„Blick in die Welt“, Berlin, vom 21. April 1934: Nr. 17.
Ehrt, „Bewaffneter Aufstand“, Berlin 1933: Nr. 84, 221, 222, 223, 224, 225, 226.
Ehrt-Roden, „Terror“, Berlin 1934: Nr. 193, 194, 195, 196, 198, 199, 200.
„Entente Internationale contre la III[ème] Internationale“, Genf: Nr. 376.
Jé Ericson, Kramfors: Nr. 124.
Fehst, „Bolschewismus und Judentum“, Berlin 1934: Nr. 257, 350, 363, 364, 365, 366, 386.
„Je Suis Partout“, Paris, vom 30. November 1935: Nr. 32.
Kolaroff, „Im Lande der Galgen“, Moskau 1926: Nr. 184, 190.
„Die kommunistische Internationale“, Jahrg. 2 Heft 9: Nr. 318.
Laborado Fotografico Garay, Valladolid: Nr. 145.
Laubenheimer, „Und Du Siehst die Sowjets Richtig“, Berlin 1935: Nr. 379, 380, 382, 383.
„Het Leven“, Amsterdam, vom 10. Juli 1934: Nr. 78, 79, 80, 81.
„Das Neue Tagebuch“, Paris 1935, Heft 25: Nr. 49.
New York Times (Wide World), Berlin: Nr. 3, 9, 10, 26, 31, 34, 35, 36, 37, 40, 46, 50, 56, 58, 64, 68, 76, 112, 113, 139, 141, 155, 156, 159, 162, 165, 174, 197, 205, 211, 217, 245, 250, 251, 254, 322, 323, 328, 329, 341.
Photo-Press, Zürich: Nr. 128.
„Prawda“, Moskau, vom 3. Juli 1935: Nr. 300.
„La revolucion de octubre en España“, Madrid, 1934: Nr. 142, 143, 144, 148, 149, 150, 151.
„De Rijseenheid“, Amsterdam, vom 3. Oktober 1934: Nr. 75.
„Rote Arbeiter- und Bauernarmee“, Moskau 1934: Nr. 12, 367.
„Die Rote Fahne“, Prag: Nr. 241.
„Der Rote Stern“, früher Berlin: Nr. 11, 69, 161, 206, 267, 270, 285, 292, 332.
Sagarra, Barcelona: Nr. 133, 146, 147.
Scherls Bilderdienst, Berlin: Nr. 14, 22, 23, 24, 44, 45, 47, 48, 77, 96, 98, 100, 105, 132, 137, 138, 188, 189, 260, 305.
R. Sennecke, Berlin: Nr. 15, 111, 160, 163, 170, 246, 249, 354.
Sokoloff, „Enquête judifière sur l'assassinat de la famille Impériale Russe“, Paris 1924: Nr. 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361.
Sowjetzeitungen, verschiedene (Iswestija, Deutsche Zentralzeitung, Moskau, Wetschernaja Moskwa): Nr. 28, 29, 72, 73, 117, 153, 175, 185.
„Storia della Rivolutione Fascista“, Rom: Nr. 232, 233, 234, 235, 236, 237, 239, 240.
„Weltbild“, Berlin: Nr. 25, 52, 61, 63, 131, 158, 171, 172.



